

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1966 · TEIL IV

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

UNTER BERATENDER MITARBEIT VON

H. Aptheker (USA), G. Bondi † (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

REDAKTION

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Horst Handke, Heinz Kreißig, Karl Lärmer, Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann,  
Roswitha Czollek (Redaktionssekretär)

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther



1966 · TEIL IV

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1966

Redaktionsschluß: 1. 4. 1966

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1967 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/38/67      Karte: 877/66

Gesamtherstellung: IV/2/14 VEB Werkdruck, 445 Gräfenhainichen · 2697

Bestellnummer: 2103/66/4 · ES 5 B 2/14 D

20,-

# Inhalt

Zu diesem Band . . . . . 7

## MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

- S. POLLARD Die Bildung und Ausbildung der industriellen Klassen Britanniens im 18. Jahrhundert *CT 940* . . . 11
- M. RÓZYCKA-GLASSOWA Agrartechnik und Ackerbau im nordöstlichen Polen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts *CC 350* 30
- J. SCHNEIDER Die Darstellung der Pauperes in den Historiae Gregors von Tours. Ein Beitrag zur sozialökonomischen Struktur Galliens im 6. Jahrhundert *CC 772* . . . 57
- E. CH. WELSKOPF Zu den Problemen von Ethik und Moral in Ökonomie und Politik der Antike *X. 140* . . . . . 75

## DISKUSSIONEN

- H. WAGNER Neue Fragestellungen in der politischen Ökonomie des Imperialismus und ihre Beziehungen zur wirtschaftshistorischen Forschung *A 149* . . . . . 96
- A. SCHRÖTER Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland *BA 130, 168* . . . . . 126

## BETRIEBSGESCHICHTE

- I. KOPPELOW Über Quellen zur Geschichte der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe *A 306* . . . . . 141
- H. SEIDL Die Periodisierung einzelner Betriebsgeschichten auf Grund der nationalen Periodisierung für die Zeit ab 1945 *BL 135* . . . . . 154
- G. GEBAUER Quellen zur Geschichte der Betriebe im Stadtarchiv Leipzig *BE 264,3* . . . . . 184

## BERICHTE

Zum Dritten Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte im August 1965 (W. Jonas) . . . . .	4702	193
Bericht über die wirtschafts- und agrarhistorische Arbeitstagung in Würzburg vom 7. bis 10. März 1966 (R. Berthold) . . . . .	A 302	196

## QUELLEN UND MATERIALIEN

R. CZOLLEK	Estnische Phosphate im Griff der IG Farbenindustrie AG . . . . .	BA 525, 531	201
W. SCHULZE	Der Quedlinburger Dom als Kultstätte der SS . . . . .	BE 093, 056	215
Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)			
W. SCHULZE	Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg . . . . .		235

## LITERATURKRITIK

H. MOHRMANN	Über die Ergebnisse des Zweiten Vatikanums. Ein Überblick, verbunden mit Bemerkungen zur „Soziologie der Päpste“ . . . . .	246
J. KUCZYNSKI	Einige Überlegungen über Leitungsprobleme bei der Lektüre von Sidney Pollard, The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain . . . . .	267
H. HOFFMANN	Zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland. Bemerkungen und Gedanken zu Kurt Hinze, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685 bis 1806 . . . . .	271

## BIBLIOGRAPHIE

H. RADANDT	Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG über Südosteuropa . . . . .	289
Autorenverzeichnis . . . . .		
		315

Nach Redaktionsschluß:

Gerhard Bondi	9. März 1911 bis 3. Dezember 1966 (Nachruf) . . . . .	317
---------------	---	-----

## Zu diesem Band

Die Fortsetzung der Behandlung aktueller Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, denen der vorangehende Teil III gewidmet war, findet der Leser in diesem Band in der Rubrik Diskussionen. Neben den dort veröffentlichten Beiträgen von H. Wagner und A. Schröter sei auch noch auf die Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Imperialismus von R. Czollek und H. Mohrmann und die Bibliographie von H. Radandt verwiesen.

Die Arbeiten zur Lage und Struktur der sich herausbildenden Arbeiterklasse – es sind die Studien von S. Pollard, von J. Kuczynski und von H. Hoffmann – enthalten sicher auch für Historiker, die sich mit der Geschichte der frühen Arbeiterbewegung beschäftigen, nützliche und wertvolle Erkenntnisse und Überlegungen.

Ein hochbedeutendes Forschungsfeld entwickelt sich – ähnlich wie schon in den Naturwissenschaften – im Grenzgebiet verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen. Die Untersuchung solcher Probleme wird zu einer Quelle außerordentlich tiefer und fruchtbarer theoretischer Erkenntnisse, die nicht nur unser Wissen von gesellschaftlichen Gesamtzusammenhängen erweitert, sondern auch wieder auf jede Einzeldisziplin, sei es Ökonomie, Geschichte oder Philosophie, bereichernd und befruchtend zurückwirkt. Wir freuen uns deshalb, die Studie von E. Ch. Welskopf zu bringen, die uns zugleich so großartig zeigt, wie wertvoll und unmittelbar die Aussagekraft der Geschichte des Altertums für Probleme unseres heutigen Lebens sein kann.

Aus der Abteilung Betriebsgeschichte seien besonders die beiden methodologisch anleitenden Studien von I. Koppelow und H. Seidl hervorgehoben. H. Seidl nimmt sich einer außerordentlich wichtigen Problematik an, und seine Überlegungen werden zahlreichen Betriebshistorikern wertvolle Hilfe geben. Aber es sind eben erste Gedanken, und wir würden uns freuen, wenn sich noch weitere Betriebsgeschichtsforscher an der Diskussion solcher grundlegenden methodologischen Fragen wie der nach der Periodisierung beteiligen würden.

Mit besonderer Freude nahmen wir eine Studie unserer polnischen Kollegin M. Różycka-Glassowa zu Problemen der agraren Produktivkräfte im 18. Jahrhundert und den Beitrag von J. Schneider zur sozialökonomischen Struktur des Frühfeudalismus in diesen Band auf.

Monographien,  
Studien und Referate

Diskussionen

Betriebsgeschichte

# Die Bildung und Ausbildung der industriellen Klassen Britanniens im 18. Jahrhundert

VON SIDNEY POLLARD

Wer da meint, ein gewisses Minimum an anwendbarer Bildung sei notwendige Voraussetzung des Industrialisierungsprozesses, den muß die britische Geschichte irgendwie verblüffen. Es ist nämlich eine weit verbreitete Auffassung, daß das britische (und speziell das englische) Bildungswesen im 18. Jahrhundert höchst unzulänglich war, und zwar sowohl im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern jener Zeit, als auch gemessen an modernen Gesellschaften; und doch war Britannien das Land, das ohne Hilfe von außen und ohne geschichtliches Vorbild eine industrielle Revolution durchführte. Zum Teil sind wir an dieser Verblüffung selber schuld. Wie groß die Mängel des Bildungswesens des 18. Jahrhunderts auch gewesen sein mögen – sie waren nichts im Vergleich mit denen der vollindustrialisierten Viktorianischen Gesellschaft, die es nicht vermochte, befriedigende Bildungsmöglichkeiten, und zwar vor allem auf dem Gebiet der technischen Ausbildung, zu schaffen. Das tatsächliche Sinken des Bildungsniveaus<sup>1</sup> in diesem Zeitalter wirtschaftlichen „Fortschritts“ war es, was die Geschichtsapologeten veranlaßte, dieses Versagen in die Vergangenheit zu projizieren und den Mythos von der Unzulänglichkeit des 18. Jahrhunderts zu schaffen. Neuere Forschungen<sup>2</sup> haben ergeben, daß das tatsächliche Bild während der industriellen Revolution viel mannigfaltiger war. Irgendwie gelang es der britischen Gesellschaft, eine genügende Zahl von Wissenschaftlern und Technikern, von Managern und Angestellten und von gelernten und anpassungsfähigen Arbeitern hervorzubringen, die man für jene Vielfalt technischer und organisatorischer Neuerungen brauchte, durch die die industrielle Revolution gekennzeichnet war. Es ist das Anliegen des vorliegenden Beitrages, diesen Prozeß der Anpassung des Bildungswesens zu beschreiben.

1 *Argles, Michael*, South Kensington to Robbins, London 1964, S. 11–13 u. 22.

2 Siehe insbesondere *Hans, Nicholas*, *New Trends in Education in the Eighteenth Century*, London 1951; *Webb, R. K.*, *The British Working-Class Reader 1790–1848*, London 1955; *Jones, M. G.*, *The Charity School Movement*, Cambridge 1938. Siehe auch *Pollard, Sidney*, *The Genesis of Modern Management*, London 1965, Kapitel 4, auf dessen Quellen sich die vorliegende Arbeit weitgehend stützt.

## I

Das Thema kann in sehr großen Zügen in drei Teile gegliedert werden, wenn die Grenzen auch nicht leicht zu ziehen sind. Da war zunächst die Elementarbildung, ausreichend für die Handwerker bzw. Gelernten und das Proletariat der neuen Fabrikindustrie und auch für die einfallsreichen Mechaniker und andere, die zu Erfindungen und Neuerungen fähig waren, ohne im Besitz formaler Bildung zu sein. Zweitens gab es die „höhere“ Bildung, die für die Kaufleute, die Industriekapitäne und die Grundlagenforscher jener Zeit erforderlich war. Und drittens existierte, in mancher Hinsicht sich mit den anderen beiden überschneidend, eine Erwachsenenbildung für diejenigen, die ihre früheren Chancen verpaßt hatten oder sich nach Art embryonaler wissenschaftlicher Gesellschaften mit gegenseitiger Bildung und Unterweisung befaßten.

In Schottland gab es bekanntlich ein auf den Pfarrgemeinden basierendes umfassendes System der Elementarbildung, das freilich auf Grund der schlechten Bezahlung der Lehrer, der geringen Bevölkerungsdichte und der sozialen und politischen Umwälzungen, vor allem in den Highlands, nicht so umfassend war, wie häufig angenommen wird.<sup>3</sup> Aber trotz dieser Mängel war das System umfassender und das Ansehen der Bildung weit größer als in den meisten anderen vergleichbaren unterentwickelten Ländern, und wenn das englische und walisische Bildungswesen so oft der Unfähigkeit beschuldigt wird, geschieht dies im Vergleich mit Schottland. Jedenfalls war der Prozentsatz der Bevölkerung, der lesen und schreiben konnte, in Schottland bemerkenswert hoch. Und die Mehrheit der Knaben konnte noch etwas mehr als nur das ABC lernen. Die Scharen von Schotten, die nach dem Süden strömten, um die englische Industrie zu entwickeln, und diejenigen, die in den beiden Jahrhunderten nach der Vereinigung nach Übersee gingen, um die Schifffahrt, den Handel und die Verwaltung des Empire aufzubauen (ganz abgesehen von denen, die daheim blieben, um ihr eigenes, armes Land zu entwickeln), gehörten zu den charakteristischen Zügen der britischen Expansion. Man möchte sogar sagen, daß die industrielle Revolution ohne den Zustrom gebildeter Schotten überhaupt nicht in Gang gekommen wäre, aber dann würde man wiederum die großen Leistungen der englischen und walisischen Bildungseinrichtungen außer acht lassen.

In der Vergangenheit richtete sich die Aufmerksamkeit ungebührlich stark auf die formalen *Grammar Schools*, jene Lateinschulen, die größtenteils in den Jahren nach der Reformation gegründet wurden<sup>4</sup>, um „arme fortgeschrittene

3 *Graham, H. G.*, *The Social Life of Scotland in the Eighteenth Century*, London 1901; *Jones, M. G.*, a. a. O., Kapitel 6.

4 *Stone, Lawrence*, *The Educational Revolution in England, 1540–1640*, in: *Past and Present*, 28/1964; *Jordan, W. K.*, *Philanthropy in England 1480 bis 1660*, London 1959, S. 279–297, und andere Arbeiten desselben Autors, insbesondere *The Charities of London 1480–1660*, London 1960, *The Charities of Rural England 1480–1660*, London 1961, und *Social Institutions in Kent, 1480, – 1660*, in: *Archaeologia Cantiana*, Bd 75, 1961.



Schüler“ Latein zu lehren. Mit diesen Einrichtungen war es freilich allgemein abwärts gegangen. Viele waren korrupt, beschränkt und unwissenschaftlich geworden oder existierten faktisch überhaupt nicht mehr, wenn ihr Verfall auch keineswegs allgemein war.

Speziell im Norden, der unterentwickelt und rückständig wie Schottland war, gab es selbst für Kinder der Armen die eine oder andere Bildungsmöglichkeit. Aus den nordwestlichen Grafschaften kam „ein ständiger Strom von Emigranten, die die Kontore in London füllten oder ein Plätzchen in der Kirche oder auf den unteren Rängen des öffentlichen Dienstes fanden“. 1796 war, wie ein Zeitgenosse schrieb, der Norden Englands „eine regelrechte Manufaktur für Bank- und Kaufmannsangestellte“ geworden, und aus einer Schule in Northumberland kamen „mehrere Jugendliche . . . als Beamte und Verwalter in verschiedene Teile des Vereinigten Königreichs . . ., deren Eignung für solche Posten hauptsächlich der dort erhaltenen Bildung zuzuschreiben war“.<sup>5</sup>

Diese Einschätzung wird durch eine neuere eingehende Untersuchung der so entscheidend wichtigen Grafschaft Lancashire während der Jahre 1786 bis 1840 erhärtet.<sup>6</sup> Ende des 18. Jahrhunderts gab es dort 76 *Gymnasien* oder *Grammar Schools*, die auch tatsächlich in Betrieb waren, und nicht weniger als 54 davon vermittelten den Kindern der Armen kostenlos Kenntnisse im Lesen, Schreiben oder Rechnen, einige auch in allen drei Elementarfächern. Zwölf dieser Schulen erteilten überhaupt nur Elementarunterricht. Der Prozentsatz der armen Elementarschüler variierte erheblich – und ebenso ihre Herkunft: Ihre Väter waren arme Farmer und Arbeiter, allerdings nur in wenigen Fällen Tagelöhner. Als dann jedoch die wachsenden und immer wohlhabender werdenden Mittelschichten (ebenso wie die steigenden Kosten des Krieges mit Frankreich) einen Druck auf die Schulen ausübten, damit sie sich der gebührenpflichtigen höheren Bildung zuwandten und ihre Elementarklassen abstießen, traf dieses Bestreben, das nach 1805 Lord Eldons Gerichtsentscheid hinter sich hatte, in den kleineren Städten und Dörfern, die keine anderen Bildungsmöglichkeiten besaßen, allgemein auf Widerstand; nur in den größeren Städten, wo es noch andere Einrichtungen des Elementarunterrichts für die Armen gab, war dieser Druck erfolgreich.<sup>7</sup>

Wenn Menschen mit einer solchen Ausbildung die unteren Ränge der Mittelschichten des 18. Jahrhunderts besetzen konnten, so reichten diese Schulen bestimmt für diejenigen aus, die die untergeordneten Mechaniker- oder Fabrik-

5 *Dobbs, A. E.*, *Education and Social Movements 1700–1850*, London 1919, S. 67f.; *Bouch, C. M. C./Jones, G. P.*, *A Short Economic and Social History of the Lake Countries 1500–1830*, Manchester 1961, S. 201; *Hill, Frederic*, *National Education, Its Present State and Prospect*, 2 Bde, London 1836, Bd 1, S. 241.

6 *Sanderson, J. Michael*, *The Grammar School and the Education of the Poor, 1786–1840*, in: *British Journal of Educational Studies*, 11. Jg. 1962/63.

7 Siehe auch *Adamson, J. W.*, *English Education 1789–1902*, Cambridge 1964, S. 47.

arbeiterstellen einnehmen sollten. Allgemein waren diese alten Schulen allerdings für die Kinder der armen Arbeiter oder Farmer doch nur von begrenztem Nutzen.

Daneben entstand im Laufe des Jahrhunderts allerdings noch ein zweiter Schultyp: die *Charity School*.

„Von 1699, als die Society for Promoting Christian Knowledge die Bewegung koordinierte, bis zum Aufkommen der Sonntagsschulen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts waren die auf Stiftungen und Spenden basierenden *charity schools* das wichtigste und vielerorts auch einzige Bildungsmittel für die Kinder der Armen.“<sup>8</sup>

„Der Hauptzweck dieser Wohltätigkeit war ein religiöser und moralischer, während ein zweites, aber doch auch bedeutsames Ziel darin bestand, die Armen in die Lage zu versetzen, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“<sup>9</sup>

Ein erstaunlicher Segen an – keineswegs immer uneigennütziger – Philanthropie wurde den Armenschulen in allen Teilen des Vereinigten Königreichs im 18. Jahrhundert zuteil:

Wenn im Laufe von hundert Jahren in England und Wales nur 128 neue *Grammar Schools* entstanden, so wurden, hauptsächlich aus privaten Spenden, gleichzeitig buchstäblich Tausende solcher Armenschulen gegründet. Viele von ihnen beschränkten sich darauf, die Kinder lesen und schreiben zu lehren, um ihnen ein Minimum an Religionskenntnissen und soziale Gehorsamkeit zu vermitteln. Das war auch der Hauptzweck der Sonntagsschulen, die sich nach 1780 von Gloucester aus verbreiteten, während Hannah More's Schulen, die nach 1789 unter den Bergleuten und Arbeitern von Mendip aus dem Boden schossen, nach ihrem eigenen denkwürdigen Ausspruch dazu bestimmt waren, „die unteren Klassen zu Fleiß und Tugendhaftigkeit zu erziehen“.<sup>10</sup>

Andere Schulen erteilten einen fortschrittlicheren Unterricht, der Schreiben und Rechnen ebenso wie Lesen und die Ausbildung für bestimmte handwerkliche Tätigkeiten umfaßte. In London, wo die Lehrer gut genug bezahlt wurden, um ihre Tätigkeit auch für qualifizierte Leute anziehend zu machen, und wo Nachfrage nach Angestellten bestand, die lesen und schreiben konnten, war das Unterrichtsniveau besonders hoch. Der beste Gradmesser für die Qualität des Unterrichts in London und anderen Städten ist die damals häufig geübte Kritik, die Kinder der Armen erhielten eine so viel bessere Bildung, als dies anderswo der Fall sei, daß „sie die Kinder der Kleinhändler in den schon überfüllten manuellen Gewerben verdrängten und sich, weil sie lesen und schreiben und rechnen konnten, ihren Weg in das Business der Ladenbesitzer und Klein-

8 Jones, M. G., a. a. O., S. 23.

9 Adamson, J. W., *A Short History of Education*, Cambridge 1919, S. 197; siehe auch Owen, David, *English Philanthropy 1660–1960*, Cambridge, Mass., 1965, S. 23–35.

10 Jones M. G., a. a. O., S. 159. – Die beste Darstellung über „den alten Bischof im Weiberock“ siehe *dieselbe*, Hannah More, Cambridge 1952.

händler bahnten und sogar die Kinder einer höheren Schicht als Hauspersonal beiseite schoben“.<sup>11</sup>

Gegen Ende des Jahrhunderts waren die ganz Armen tatsächlich aus den Armenschulen verdrängt und auf die Straße oder in die Sonntagsschulen vertrieben, um den Kindern der bessergestellten Armen Platz zu machen, die danach strebten, den Bedarf der „Handwerker und Kleinhändler“ zu befriedigen, die „junge Leute brauchten, die lesen und schreiben und rechnen konnten“. Im Kleinhandel „war der Junge aus der Armenschule, mit seiner Ausbildung im Lesen und Schreiben, für diese sehr wichtige Arbeit gefragt“.<sup>12</sup>

Die Industrie- bzw. Gewerbeschulen waren ein Teil dieser Bewegung, die vor allem nach dem General Workhouse Act vom Jahre 1723 florierten. Häufig mit Pfarrunterstützung gegründet, unterwiesen sie die Schüler sowohl in industrieller Arbeit als auch in Religion, und ihre Attraktion scheint in der Hoffnung begründet gewesen zu sein, die „Bildung“ der Kinder durch den Verkauf der Produkte ihrer eigenen Arbeit zu finanzieren. Als Mittel zur Verbilligung des Unterrichts für die Armen scheiterten diese Schulen allerdings, denn der typische Arbeitshausleiter war mit Bestimmtheit entweder korrupt oder unfähig<sup>13</sup> und außerstande, sich gegen die Konkurrenz des rücksichtslosen Unternehmers durchzusetzen, der sein eigenes Eigentum verwaltete und häufig Kinderarbeit unter kaum größerem Kostenaufwand als die Industrie- bzw. Gewerbeschulen anwandte. Die Idee wurde dann am Ende des Jahrhunderts wieder aufgegriffen, und zwar speziell durch Pitt und durch die *Society for the Bettering of the Conditions and Improving the Comforts of the Poor*.<sup>14</sup>

Neben diesen Einrichtungen gab es noch Bemühungen individueller Lehrer, die in den Städten häufig professionell, in den Dörfern zuweilen nebenberuflich, tätig waren und denen es Spaß machte, aufgeweckte Jungen ihrer Umgebung zu unterrichten und geistig zu bilden. Es ist schwer, ihre ganze Bedeutung zu ermessen. Einige dieser Lehrer erwarben sich schließlich einen glänzenden Ruf auf dem einen oder anderen Gebiet der Wissenschaft, andere waren weniger originell, aber vielleicht doch ebenso anregend. Einige der größten Persönlichkeiten der industriellen Revolution hatten die Dorfschule als einzige oder hauptsächlichliche Bildungsgrundlage: Unter den Maschinenbauern William Edwards, Joseph Bramah, George Stephenson, Richard Trevithick, James Brindley, John Gilbert, Matthew Murray, Richard Roberts, John U. Rastrick und Timothy Hackworth, unter den Baumwollspinnern Richard Arkwright, Jedediah Strutt, John Kennedy und James McConnell, dann der Porzellanfabrikant

11 *Dieselbe*, *The Charity School Movement*, a. a. O., S. 86.

12 *Ebenda*, S. 160f.

13 *Marshall, Dorothy*, *The English Poor in the Eighteenth Century*, London 1926, S. 12f.

14 Siehe ihre Berichte 1797–1808; ferner *Armytage, W. H. G.*, *Some Sources for the History of Technical Education in England – II*, in: *British Journal of Educational Studies*, 5. Jg. 1956/57, S. 159f.; *Adamson, J. W.*, *English Education 1789–1902*, a. a. O., S. 19f.

Josiah Wedgwood, der Chemiker Samuel Garbett und der Erfinder der Klöppelmaschine, John Heathcoat. Wenn geniale Erfinder, von denen die meisten überdies ein Vermögen in der Industrie machten, auf solchen Fundamenten aufbauen konnten, dann muß es auch für andere eine Fülle von Möglichkeiten gegeben haben.

Man sollte beachten, daß fast alle diese Leute genau wie Tausende andere ihre „Bildung“ vervollständigten, indem sie bei örtlichen Handwerkern in die Lehre gingen. Der Anteil dieser Meister ihres Fachs, vor allem im Bau- und Metallgewerbe, am Fortschritt und an der technischen Entwicklung wird oft unterschätzt, ebenso wie auch der Wert des eigentümlich fixierten Grades an Freiheit von Lehrzeitvorschriften im England des 18. Jahrhunderts. Denn während die ländlichen und nicht durch Vorschriften regulierten Gewerbe, vor allem das Textilgewerbe, frei genug waren, um dem Fabriksystem keinerlei Hindernisse entgegenzusetzen, hatten andere ihre Zunftbeschränkungen lange genug beibehalten, um sie in die von den entstehenden Gewerkschaften verfochtenen neuen Lehrzeitvorschriften hinüberzuretten und dadurch die Normen handwerklichen Könnens zu bewahren, ohne die Einführung neuer Methoden und neuer Fähigkeiten zu behindern.<sup>15</sup>

Die Rolle der Lehrlingsausbildung ist ein zu weitgespanntes Thema, als daß sie in diesem Beitrag näher behandelt werden könnte, aber die Bedeutung der neuen Fabriken, Bergwerke und Werkstätten als technische Schulen oder Akademien muß, wenn auch nur kurz, behandelt werden. Matthew Boultons Metallwarenfabrik in Soho, die wahren Pioniercharakter hatte, wurde ein „Künstlerseminar für technisches Zeichnen und Modellherstellung“, und nachdem sich Boulton mit James Watt zusammengetan hatte, um die erste Maschinenbaufabrik der Welt zu gründen, „gingen aus der Ausbildung, die unter Boultons unmittelbarer Aufsicht erfolgte, die bekannten ‚Soho-Arbeiter‘ hervor, deren Dienste direkt und indirekt gesucht waren, wohin immer ihr Ruhm drang“. Nur sie wußten mit dem „Soho-Rechenschieber“ umzugehen. Als es sie anderswohin zog, wurden andere Werke – wie Fenton und Murray in Leeds oder Maudslay in London – ihrerseits zu Ausbildungszentren.<sup>16</sup> George Stephenson schulte eine ganze Generation von Eisenbahnbauern, so wie Manchester

15 Siehe *Armytage, W. H. G.*, a. a. O., S. 74f.

16 *Shaw, Stebbin*, History and Antiquities of Staffordshire, 2 Bde, London 1798 u. 1801, Bd 2, S. 118; *Meteyard, E.*, The Life of Josiah Wedgwood, 2 Bde, London 1865 u. 1866, Bd 2, S. 27; *Timmings, S.*, Birmingham and the Midland Harware District, London 1866, S. 221; *Farey, John*, A Treatise on the Steam Engine, London 1827, S. 531f.; *Dickinson, H. W.*, James Watt, Cambridge 1935, S. 168; *derselbe*, Matthew Boulton, Cambridge 1937, S. 171; *Fleming, A. P. M./Brooklehurst, H. J.*, A History of Engineering, London 1925, S. 276f.; *Crumph, W. B.*, The Leeds Woollen Industry, 1780–1870, Leeds 1931, S. 322f.; *Kilburn Scott, E.*, Matthew Murray, Leeds 1928, S. 19 u. 36; *Insull, A. D.*, The Albion Mill Story, B. A. – Diss. Nottingham 1955, S. 28 u. 30.

unvergleichliche Experten im Baumwollmaschinenbau hervorbrachte.<sup>17</sup> Ebenso entwickelten sich seit 1770 Coalbrookdale und dann auch die Carron Company in Schottland zu Schulen der Eisenarbeiter, und die Aufseher der Kohlengruben am Tyne hatten gleichfalls ihre Schüler. Die Kupferwerke von Swansea, die Chemischen Werke von Roebuck und Garbett, Wedgwoods Töpferei und Arkwrights Baumwollfabrik schulten eine beträchtliche Zahl von Menschen in der neuen Technik und schickten sie aus, um ihrerseits wieder andere auszubilden.<sup>18</sup>

## II

Für diejenigen, die zahlen konnten, fand sich stets die eine oder andere Bildungsmöglichkeit, und interessant ist nicht so sehr die Tatsache, daß es sie gab, sondern die Art und Weise, wie sie den Bedürfnissen der neuen Industrieordnung entsprachen. Zu Beginn des Jahrhunderts reichten die Möglichkeiten von privaten „*Dame*“ Schools und *Grammar Schools* für die unteren Mittelklassen bis zu den *Great Public Schools*, Privatlehrern, Universitäten und solchen Fachausbildungsstätten wie den *Inns of Court* für diejenigen auf dem oberen Abschnitt der sozialen Stufenleiter. Die auffallendsten Veränderungen, die mit der industriellen Revolution auf diesem Gebiet vor sich gingen, waren die Umwandlung des Privatunterrichts und der kleinen Ein-Mann-Schulen, die Änderung des Lehrplans in vielen Lateinschulen und vor allem die Herausbildung eines neuen Schultyps, der „Akademie“; hierzu gehörten die großen „Nonkonformistischen Akademien“, die es in ihrer Blütezeit, was Gelehrsamkeit und Forschung anlangt, durchaus mit den alten Universitäten aufnehmen konnten und sie zuweilen noch übertrafen.

Der Druck, der diese Veränderungen auslöste, hatte verschiedene Quellen. Zum Teil ergab er sich aus der Bildungstheorie, die im wesentlichen auf Locke und Rousseau basierte und in geschickter Weise mit der Auseinandersetzung um private oder staatliche Bildung verknüpft wurde.<sup>19</sup> Zum Teil war er auch religiösen Ursprungs, und zwar ergab er sich hier aus der unterschiedlichen Einstellung von Calvinisten und Quäkern, die alle auf ihre Art die Nützlichkeitsaspekte der Bildung hervorhoben.

„Es ist dem Händler eigen, daß er seiner Familie und seinem Land dienen soll“, schrieb Dr. Doddridge, der vielleicht größte unter den nonkonformistischen Lehrern, einem Fragesteller. „... es wäre eine Unklugheit Ihnen selbst und eine Ungerechtigkeit der Welt gegenüber, so viel Zeit in ihrem Studierzimmer

17 *Select Committee on Artisans and Machinery, Report, 1894, S. 347*, Aussage T. C. Herves.

18 Nähere Einzelheiten siehe *Pollard, Sidney, a. a. O., S. 176–179*.

19 *Musgrove, F., Two Educational Controversies in Eighteenth-Century England. Nature and Nurture; Private and Public Education, in: Paedagogica Historica, 2. Jg. 1962.*

zu verbringen, daß Sie dabei Ihren Speicher vernachlässigen, und sich so sehr in die Wälzer der Philosophie oder Geschichte, der Dichtung oder auch der Theologie zu vertiefen, daß Sie dabei vergessen, in Ihr Kontobuch zu blicken.“<sup>20</sup>

Zum Teil aber entsprang dieser Druck auch den Bedürfnissen der Kaufleute nach entsprechender Ausbildung für die gewaltige Ausweitung des Überseehandels, die seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert im Gange war. Teilweise aber beruhte er auch auf dem Bedarf der Industriellen an Managern, Angestellten, Aufsehern und gelernten Arbeitern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

So äußerte 1775 Charles Udale die Auffassung, man solle den Kindern in den höheren Schulen anstelle der klassischen Bildung „erstens kompetente Kenntnisse in ihrer eigenen Muttersprache, sodann . . . ihre verschiedenen religiösen und moralischen Pflichten und schließlich . . . die verschiedenen nützlichen Zweige des kaufmännischen und sonstigen Wissens entsprechend ihren jeweiligen Fähigkeiten und beabsichtigten Lebensstationen“ vermitteln.<sup>21</sup>

Und William Reynolds, der große Eisenfabrikant, schrieb 1777: „Die Kinder werden zu oft gelehrt, einen lateinischen Text zu konstruieren und schön zu schreiben, ohne je mit den nützlichsten Wahrheiten der Naturphilosophie vertraut gemacht zu werden, was ihren Fähigkeiten und ihren Neigungen weit besser entsprechen würde, als jahrelang über der lateinischen Formenlehre zu brüten, wie das oft der Fall ist.“<sup>22</sup>

Zwei Jahre später schrieb der führende Porzellanfabrikant, Josiah Wedgwood, offensichtlich in Übereinstimmung mit dem Gelehrten Erasmus Darwin, dem Großvater des Begründers der Evolutionstheorie, es sei „eine sehr müßige Zeitvergeudung, wenn Knaben, die für ein Gewerbe bestimmt sind, Latein lernen, da sie es selten zu einem einigermaßen erträglichen Grad der Vollkommenheit darin brächten oder behielten, was sie gelernt haben. Außerdem brauchten sie es nicht, und die Zeit würde viel besser darauf verwandt werden, sich in Französisch und Rechnen zu vervollkommen“.<sup>23</sup>

Und William Strutt, Sohn des Pioniers unter den Strumpf- und Baumwollfabrikanten, schrieb 1774 in bezug auf Lord Chesterfields berühmte Briefe an seinen Sohn: „Ich werde mich bestimmt bemühen, mich in der französischen Sprache so sehr zu verbessern, wie ich nur kann, und zwar sowohl im Lesen als auch im Sprechen; was Latein betrifft, so muß ich gestehen, daß ich im Augenblick nicht weiß, was es einem Menschen meines Status nützen würde, aber vielleicht können Sie es mir sagen . . . In Algebra und anderen Zweigen der

20 *Smith, J. W. Ashley*, *The Birth of Modern Education: the Contribution of the Dissenting Academies 1660–1800*, London 1954, S. 133f.

21 *Hughes, Edward*, *North Country Life in the Eighteenth Century*, Bd 2: Cumberland and Westmorland 1700–1830, London 1965, S. 298 Anm.

22 *Raistrick, Arthur*, *Dynasty of Ironfounders, the Darbys and Coalbrookdale*, London 1952, S. 93.

23 *Wedgwood, Josiah*, *Letters to Bentley, 1771–1780*, Privatdruck 1903, Briefe v. 8. 11., 28. 11. u. 19. 12. 1779.



Mathematik habe ich mich nur bemüht, so viel zu lernen, daß ich in der Lage bin, diejenigen Bücher zu lesen und zu verstehen, die (meiner Meinung nach) einige wissenschaftliche Themen behandeln.“<sup>24</sup>

Das sind einige der Männer, die mitten im Zentrum der industriellen Revolution standen. Ihre utilitaristische Bildungsphilosophie, für die noch viele weitere Beispiele angeführt werden könnten, hatte hinter sich die Macht und den Reichtum der emporkommenden Klasse der Kaufleute und Fabrikanten. Selbst die alten Universitäten Oxford und Cambridge richteten im Laufe des Jahrhunderts verschiedene Lehrstühle für wissenschaftliche und mathematische Studien ein, und der Collegeunterricht in diesen Fächern nahm zu, wenn er auch in den offiziellen Universitätsprüfungen keinen Niederschlag fand<sup>25</sup>, wohingegen die schottischen Universitäten auf der ganzen Linie in den vordersten Reihen der wissenschaftlichen Revolution standen. Ebenso beugten sich viele der alten *Grammar Schools* dem Druck, so in Manchester, Hull und Newcastle, in Congleton, Chorlton und Middleton, und andere änderten durch Parlamentsbeschluß ihren Lehrplan, so in Macclesfield (1774), Bolton (1784), Haydon Bridge (1785) und Wigan.<sup>26</sup> In London wurde die Christ's Hospital School zum hervorragenden, bahnbrechenden Beispiel der Anpassung einer alten Schulgründung an den neuen „praktischen“ Unterricht und hervorragender Leistungen auf diesem Gebiet. Die schottischen *Grammar Schools*, die solchen Männern wie James Watt (Greenock), John Rennie (Dunbar), Charles Macintosh (Glasgow) oder James Nasmyth (Edinburger High School) die Grundausbildung vermittelt hatten, waren zumindest ebenso aufgeschlossen und wendig.

Aber auf anderen Gebieten gab es noch bedeutsamere Entwicklungen. Dies war einmal die Ausdehnung des Privatunterrichts im eigenen Hause oder mit individuellen Lehrern in den Reihen der industriellen Mittelklasse. Das bekannteste Experiment mit dem Unterricht im eigenen Hause ist vielleicht das Josiah Wedgwoods, der drei eigene Kinder, einen Neffen und zwei Kinder seiner Angestellten in seinem eigenen Hause von drei seiner Angestellten in Latein, Schreiben und Rechnen, von einem französischen Kriegsgefangenen in Französisch und Zeichnen und von verschiedenen Lehrern, darunter auch er selber, in wissenschaftlichen Fächern und bestimmten Arbeitsfertigkeiten unterrichten ließ – das alles gekoppelt mit einem rigorosen System der Charakterbildung.<sup>27</sup> Zu den Privatlehrern jener Zeit gehörten so hervorragende wissen-

24 *Fitton, R. S./Wadsworth, A. P.*, *The Strutts and the Arkwrights, 1758–1830*, Manchester 1958, S. 151.

25 *Adamson, J. W.*, *A Short History of Education*, a. a. O., S. 222f.

26 *Hans, Nicholas*, a. a. O., S. 38–41; *Simon, Brian*, *Studies in the History of Education, 1780–1870*, London 1960, S. 102–109.

27 *Wedgwood, Josiah*, *Private Correspondence, 1781–1794*, Privatdruck 1906, insbes. S. 16, 132 u. 547–556; *Musgrove, F.*, *Middle-Class Families and Schools, 1780–1880*, in: *Sociological Review*, N. F., 7/1959; *derselbe*, *Middle-Class Education and Employment in the Nineteenth Century*, in: *Economic History Review*, 2. Folge, 12. Jg. 1/1959.

schaftliche Köpfe wie Joseph Priestley, Colin Milne, Charles Hutton und John Bonnycastle.

Anderswo betrieben Geistliche derartige Ein-Mann-Schulen, oft zur Aufbesserung ihrer Pfründen, aber zuweilen auch mit starkem Einfluß auf die Laufbahn ihrer Schützlinge. Einige der Industrieriesen jener Zeit – Matthew Boulton und Joshua Field, die später große Maschinenbauunternehmer werden sollten, der Brauereiunternehmer Samuel Whitbread und der Baumwollspinner George Strutt – erwarben in solchen „Schulen“ genügend Wissen für ihre eindrucksvolle Laufbahn.

Die vielleicht bedeutsamste Neuerung des Jahrhunderts war jedoch wohl die „Akademie“.<sup>28</sup> Wie das ganze Bildungswesen des Jahrhunderts kann man sie schwer in ein bestimmtes Bildungs-„System“ einordnen: so wie einige ortsansässige Lehrer ein höheres Niveau hatten als manche alte *Grammar School* und so wie andere Schulen in mancher Beziehung die Universitäten hinsichtlich des Lehrplans übertrafen, so spannte sich der Bogen der Akademien von Einrichtungen, die kaum über Ein-Mann-Schulen hinausgingen, bis zu großen und berühmten Institutionen, an denen einige der führenden Wissenschaftler und Gelehrten jener Zeit unterrichteten und die die Universitäten in den Schatten stellten.

Es gab fünf große Gruppen von Fächern, die dort gelehrt wurden: klassische Bildung, Seefahrt, Kriegskunst, Handelslehre und Technik; an den größten dieser Einrichtungen, vor allem in London, waren alle oder doch die meisten dieser Fächer vertreten. Die Little Tower Street Academy, die sich auf Mathematik, Vermessung und Buchhaltung konzentrierte, war auf die Ausbildung sachkundiger Angestellter, Aufseher und Gutsverwalter orientiert. Andere, ebenfalls in London gegründete, spezialisierten sich auf Chemie, Physik, Schifffahrt, Schiffsbau oder Architektur.

In den Industriegebieten lehrte Dr. Henry Clarke zusammen mit seinem Bruder in Salford kaufmännische Fächer, moderne Sprachen, Physik und Chemie. Leonard und Thomas Burrow unterrichteten in den fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts in Manchester neben anderen Fächern Arithmetik „mit ihrer Anwendung auf alle nützlichen Lebenszwecke und Gewerbebezweige“, ferner „Buchhaltung, Vermessung usw.“. Charles Hutton, später Professor für Mathematik an der Militärakademie von Woolwich, unterrichtete zwischen 1760 und 1773 an der Mathematikschule in Newcastle-on-Tyne, zu deren Lehrfächern Schreiben, Arithmetik, kaufmännisches Rechnen (einschließlich doppelte Buchführung), Algebra, Geometrie, Vermessung, Trigonometrie, sphärische Geometrie, Kegelschnitt, Mechanik, Statik und Hydrostatik, Differentialrechnung usw. „zusammen mit ihren verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten in der Seefahrt, der Vermessung, der Höhen- und Längenmessung, der Geschützlehre, der Chronometrie, der Eichung, der Geographie, der Astronomie usw.“ gehörten. In Bristol lehrte Dr. Beddoes, ein ehemaliger Oxford-Dozent, nicht

28 Die beste Darstellung siehe *Hans, Nicholas*, a. a. O.



nur klassische Fächer, sondern auch „Mathematik, Algebra, Botanik, Physik, Französisch und . . . Moralbeziehungen, was eine Form der Elementarökonomik gewesen zu sein scheint“.<sup>29</sup>

Gleichzeitig mit diesen Einrichtungen entstanden die „Nonkonformistischen Akademien“ als Antwort der Dissenter auf ihren Ausschluß aus Oxford und Cambridge; wie diese bildeten auch sie schließlich nicht nur Geistliche, sondern auch Angehörige der anderen beiden anerkannten Berufe – Medizin und Recht – aus, und zwar nach einem gemeinsamen Grundkursus. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts, als Dr. Doddridge in Northampton (1729–51) den dominierenden Einfluß ausübte, blieb man im wesentlichen in diesem Rahmen; aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, als die Warrington Academy (1757–83), wahrscheinlich die beste höhere Bildungsanstalt im damaligen England, dominierte, orientierte sich die Bildung auf die Bedürfnisse der industriellen Mittelklassen, die auch begierig danach griffen.

Bereits um die Jahrhundertwende versicherte Daniel Defoe, an der Newingtoner Green Academy fünf Sprachen, Mathematik, Physik, Logik, Geographie, Geschichte und Politik gelernt zu haben, während in Hoxton, wo in der Mitte des Jahrhunderts drei Mitglieder der Royal Society zum Lehrkörper gehörten, unter anderem Logik, Geographie, Physik, Algebra, Trigonometrie, Geometrie und verschiedene Zweige der angewandten Mathematik wie Schifffahrt und Astronomie gelehrt wurden. In Warrington erhielten die modernen Fächer anscheinend den Vorrang. Abgesehen von modernen Sprachen, englischer Literatur, Geographie, Handelslehre, politischer Ökonomie, Buchhaltung, Zeichnen und Projektieren, Anatomie, Chemie, Physik und Mathematik führte der hervorragendste Lehrer dieser Akademie, der Chemiker Joseph Priestley, auch Geschichte, Verfassungsgeschichte und Recht ein. Sein Buch, *Essay on a Course of Liberal Education for Civil and Active Life*, „viele Male neue aufgelegt, hatte weitreichenden Einfluß auf die Umgestaltung der Bildungspraxis“.<sup>30</sup> An der Akademie von Manchester (1786 bis 1803) schließlich wurden neben klassischer Bildung auch kaufmännische Tätigkeit und Handelsrecht

29 Weitere Beispiele siehe *Pollard, Sidney*, a. a. O., S. 115f.

30 *Simon, Brian*, a. a. O., S. 57. – Allgemein siehe *McLachlan, H.*, *English Education under the Test Acts*, Manchester 1931; *derselbe*, *Essays and Addresses*, Manchester 1950; *Parker, Irene*, *Dissenting Academies in England*, Cambridge 1914; *Bebb, E. D.*, *Nonconformity in Social and Economic Life, 1660–1800*, London 1935; *Turner, D. M.*, *History of Science Teaching in England*, London 1927; *Fulton, John F.*, *The Warrington Academy (1757 bis 1786)*, in: *Bulletin of the Institute of the History of Medicine*, 1. Jg. 1933; *Lincoln, Anthony*, *Some Political and Social Ideas of English Dissent, 1763 bis 1800*, Cambridge 1938; *Roberts, H. P.*, *Non-Conformist Academies in Wales (1662–1872)*, in: *Transactions of the Honorable Society of Cymmrodorion*, 1930; *Chaloner, W. H.*, *Dr. Joseph Priestley, John Wilkinson and the French Revolution, 1789–1802*, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5. Folge, 8. Jg. 1957.

gelehrt, und die Studenten schickte man auf das College of Arts and Sciences in Manchester, damit sie dort bei solchen Lehrmeistern wie John Dalton Naturwissenschaft studierten.

Die Folge war, daß in Warrington nur 59 von 393 Studenten die geistliche Laufbahn einschlugen und weitere 43 die anderen beiden Berufe, Medizin und Rechtswesen, ergriffen, während sich mindestens 114 – vielleicht aber sogar 200 – dem Handel und der Industrie zuwandten. Von den 93 Studenten der Akademie von Exeter wurden 6 Rechtsanwälte, 9 Ärzte, 13 „Esquires“, und 24 gingen in Handel und Industrie. In Manchester wurden nur 20 von 142 Geistliche. Abgesehen von weniger berühmten Persönlichkeiten erhielten die führenden Industriellen John und William Wilkinson, Joseph Whitworth, John Wedgwood, Samuel Galton (jr.) und Thomas Bentley ihre Bildung in diesen Akademien, die vielleicht besser als irgendeine andere Institution bewiesen, daß die neuen Industriellen imstande waren, sich nicht nur eigene Bildungsinstrumente zu schaffen, sondern schon vorhandene, ursprünglich für andere Zwecke geschaffene, ihrem eigenen Willen unterzuordnen.

### III

In einem Zeitalter rascher Veränderungen auf dem Gebiet des Handels, der Wissenschaft und der Technologie genügte es nicht, der Jugend gesicherte Kenntnisse zu vermitteln; es mußten vielmehr Wege gefunden werden, um die vorhandenen Kenntnisse weiterzuentwickeln und die neue Wissenschaft so schnell wie möglich unter den Erwachsenen zu verbreiten, die Machtpositionen innehatten. Die zur Zeit der Restauration im Jahre 1662 gegründete Royal Society war eine dieser Einrichtungen, aber wenn sie auch noch ihre Bedeutung hatte, war sie doch schon gänzlich unzureichend. Der Geist des Zeitalters war durchaus imstande, sich auch für diese Zwecke eigene Institutionen zu schaffen.

Einige von ihnen entstanden aus den geselligen oder literarischen Kreisen, die sich in den Londoner Kaffeehäusern trafen, so die Botanical Society 1721 im „Rainbow“, die Linnaean Society 1788 im „Marlborough Coffeehouse“, die Gesellschaft der Ärzte, klerikaler Dissenter und Lehrer von konformistischen Akademien, die in den siebziger Jahren im „London Coffeehouse“ tagte, und die Royal Society of Arts, die auf einer Zusammenkunft bei Rawthmell's im Covent Garden gegründet wurde.<sup>31</sup>

In anderen Kaffeehäusern schlugen Wanderdozenten ihre Laboratorien auf und führten in der Öffentlichkeit ihre Experimente vor. Diese Lehrer, zu denen J. T. Desaguliers, Adam Walker, John Dalton und John Banks gehörten, hatten starken Zuspruch und gehörten zu den erfolgreichsten Verbreitern der Experimentalwissenschaften, besonders unter den Mittelschichten. Graf Rum-

<sup>31</sup> *Armytage, W. H. G., Four Hundred Years of English Education, Cambridge 1964, S. 55–57.*

fords Royal Institution, die 1799 gegründet wurde, war zum Teil ein Versuch, diesen Lektionen eine ständige Heimstatt zu geben, und durch die Heranziehung von Humphrey Davy, Frederick Accum und Michael Faraday wurde sie tatsächlich zur Wirkungsstätte von drei der fruchtbarsten wissenschaftlichen Geister des frühen 19. Jahrhunderts. Zur gleichen Zeit hinterließ Dr. John Anderson, ein streitbarer Professor der Universität von Glasgow, der sich mit seinen Kollegen ständig in den Haaren lag, seine Laboreinrichtung – und sehr geringe Bezüge –, um eine Konkurrenzuniversität zu gründen; dort wurden seit 1796 Vorlesungen über Wissenschaft und Technologie vor großen Klassen von Handwerkern gehalten, die das Glück hatten, von einigen der besten Hochschullehrer jener Zeit, darunter Dr. Thomas Garnett, Dr. George Birkbeck und Dr. Andrew Ure, unterrichtet zu werden.<sup>32</sup> Die „Institution“ hielt sich bis zum heutigen Tage, und kürzlich erst ist ihr die Würde und der Status der „University of Strathclyde“ verliehen worden.

Am bedeutsamsten von allem aber waren wohl die Zusammenkünfte der Literarischen und Philosophischen Gesellschaften der Industriegebiete, deren erste und größte – die Lunar Society of Birmingham – zwischen 1766 und 1768 Gestalt annahm. In ihr wirkte eine Gruppe führender Wissenschaftler und Industrieller jener Zeit, darunter mehr als ein halbes Dutzend Mitglieder der Royal Society, die ihre Experimente, ihre Probleme und ihre Ergebnisse auf einem erstaunlich weiten Feld der Wissenschaft und Technik diskutierten. Und dabei waren manche Fragen noch kaum aus dem Embryonalstadium heraus. Abgesehen von Samuel Galton, dem Fabrikanten und Chemiker, Joseph Priestley, dem Lehrer und Wissenschaftler, und zwei Medizinern aus den Reihen der Royal Society, William Withering und Jonathan Stokes, erinnert sich Richard Lovell Edgworth noch an folgende:

„Mr. Keir mit seiner Weltkenntnis und seinem gesunden Menschenverstand; Dr. Small mit seiner Güte und seiner tiefen Weisheit; Wedgwood mit seinem unermüdlichen Fleiß, seiner Experimentierfreudigkeit und seinem gelassenen Forscherdrang; Boltan (sic) mit seiner Beweglichkeit, seiner raschen Auffassungsgabe und seinem kühnen Unternehmungsgeist; Watt mit seiner starken Erfindungsgabe, seiner unbeirrbaren Beharrlichkeit und seiner unerschöpflichen Energie; Darwin mit seiner Phantasie, seinem Sinn für Wissenschaft und seiner dichterischen Gabe, und Day mit seiner unermüdlichen Wahrheitssuche, seiner Integrität und Begabung.“<sup>33</sup>

Wenn sich Britannien nur zu oft als unfähig erwiesen hat, sein abstraktes wissenschaftliches Denken praktischen Problemen anzupassen, so kann man von dieser Gruppe sagen, daß sie nicht nur einige der führenden Denker und

<sup>32</sup> Kelly, Thomas, George Birkbeck, Pioneer of Adult Education, Liverpool 1957; Muir, James, John Anderson, Glasgow 1950.

<sup>33</sup> Simon, Brian, a. a. O., S. 19. – Siehe auch Schofield, Robert E., The Lunar Society of Birmingham, Oxford 1936; Musson, A. E./Robinson, E., Science and Industry in the Late Eighteenth Century, in: Economic History Review, 2. Serie, 8. Jg. 1960.

Experimentalisten der ganzen damaligen Welt, sondern gleichzeitig auch die Eigentümer der modernsten Werke des Maschinenbaus, der Metallwaren-, Glas-, Töpferei- und Chemieindustrie umfaßte.

Die Literarische und Philosophische Gesellschaft von Manchester war kaum weniger hervorragend; sie kombinierte mit gleichem Erfolg Bereiche der Wissenschaft, der Kultur und der neuen Industrie.

Zu ihren Mitgliedern gehörten Dr. Thomas Percival, der Reformator des Fabrik- und Gesundheitswesens, John Dalton, Dr. Ferriar, John Aiken und, eine Zeitlang, Robert Owen. Mit ihrer Hilfe wurde 1781 das College of Arts and Sciences von Manchester gegründet, um „junge Leute und Handwerker, die bereits in der Industrie beschäftigt waren, Wissenschaft, Technik, Medizin, Recht und Literatur zu lehren“.<sup>34</sup> Die Gesellschaften von Derby und Lichfield bezogen ihre Anregung direkt aus Birmingham, aber in anderen Zentren wie Newcastle, Bristol, Leeds, Liverpool, Sheffield, Bath, Exeter, Northampton, Plymouth, Glasgow und Edinburgh (die Royal Society) ging der Anstoß von den örtlichen Bedürfnissen und von örtlichen Industriellen und Gelehrten aus.<sup>35</sup>

#### IV

Vom Standpunkt einer sich entwickelnden, sich industrialisierenden Gesellschaft aus gesehen, waren zweifellos im Britannien des ausgehenden 18. Jahrhunderts Bildungseinrichtungen in genügender Quantität und Qualität vorhanden, um die Massenproduktion für den erweiterten Markt durch die erforderliche Wissenschaft und Technik zu stützen. Für einen kurzen Zeitraum wurde mit der Elfenbeinturm-Tradition der englischen Wissenschaft<sup>36</sup> gebrochen, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, die jüngsten Entdeckungen der Physiker, Chemiker, Mathematiker und anderen Wissenschaftlern anzuwenden und ihrerseits ihre spekulativen Theorien zu befruchten.

Ebenso unterliegt es auch keinem Zweifel, von wo der Druck ausging. Die Industriellen und ihre Manager und Techniker selber waren es, die zusammen mit den Kaufleuten und Bankherren die vorhandenen Institutionen unter Druck setzten, damit sie sich umorientierten, oder die, wenn dies nicht gelang,

<sup>34</sup> *Simon Brian*, a. a. O., S. 26; siehe auch *Smith, R. Angus*, *A Centenary of Science in Manchester*, London 1883.

<sup>35</sup> *Robinson, Eric*, *The Derby Philosophical Society*, in: *Annals of Science*, 9. Jg. 1953; *McKie, Douglas*, *Scientific Societies to the end of the Eighteenth Century*, in: *Natural Philosophy Through the 18th Century*, Sondernummer von *The Philosophical Magazine* zum 150jähr. Bestehen der Zeitschrift (1948), hg. v. Allan Ferguson.

<sup>36</sup> In Schottland hatte man sich schon immer stärker mit der angewandten Wissenschaft befaßt. Über den schottischen Beitrag in dieser Zeit siehe *Clow, A. u. N.*, *The Chemical Revolution. A Contribution to Social Technology*, London 1952.

neue Institutionen schufen, die die neue Richtung des Bildungswesens anerkannten. Auf diese Weise wurden viele örtliche *Grammar Schools* und andere Gründungen, *Charity* und *Workhouse Schools*, die schottischen und sogar die beiden englischen Universitäten nach den neuen Vorstellungen umgestaltet. Wo keine alten Institutionen bestanden, wurden neue gegründet, darunter Akademien aller Art und örtliche Gesellschaften für Gelehrsamkeit und gegenseitige Unterweisung.

Mit Traditionen wurde gebrochen, wo immer sie sich als hinderlich erwiesen. Die Dissenter-Akademien verwandelten sich nicht nur aus religiösen Seminaren in weltliche Colleges, sondern zogen sogar Anglikaner der offiziellen Kirche an, die trotz religiöser Differenzen von ihrem praktischen Unterricht profitieren wollten. Im ganzen Land wurde die klassische Bildung von ihrem Podest heruntergeholt, und die modernen Fächer errangen einen kurzen Sieg (bis die Konterrevolution des folgenden Jahrhunderts unter Matthew Arnold der klassischen Bildung wieder zu ihrer Vorangstellung verhalf, und zwar durch Wiederbelebung der *Public Schools*, in denen die Menschen nicht zur Entwicklung einer Wirtschaft, sondern zur Verwaltung eines Empire ausgebildet wurden). Prominente Wissenschaftler hielten es nicht für unter ihrer Würde, Vorlesungen vor Handwerkern zu halten, um deren handwerkliches Können durch theoretische Kenntnisse zu verbessern. Eine Zeitlang war es sogar nicht ungewöhnlich, daß englische Industrielle und Wissenschaftler auf dem Kontinent studierten: der Duke of Bridgewater, Pionier des Kanalbaus, inspizierte auf seiner Grand Tour nicht nur den canal du midi, sondern hörte auch Vorlesungen über „Experimental-Philosophie“ in Lyon; Fothergill, Boultons Partner, war auf dem Kontinent in die Lehre gegangen, und Boulton und Watt ließen ihre eigenen Söhne mehrere Jahre im Ausland Sprachen und Wissenschaft studieren. John Henry Vivian, ein Pionier der Kupferindustrie, studierte in Deutschland Metallurgie und Francis Garbett in Schweden Kaufmännische Lehre und Technik; der Brücken- und Eisenbahningenieur I. K. Brunel vervollständigte seine Bildung an französischen Akademien.<sup>37</sup>

So war es möglich, daß der Schwung der technologischen und organisatorischen Veränderungen in der Industrie über mehrere Generationen hinweg wirksam blieb. Gleichzeitig gelang es den Industriellen, ihre Söhne zu erfolgreichen Geschäftsleuten zu erziehen, oder, soweit sie soziale Ambitionen hatten und die vornehme und unnütze Bildung der Aristokratie in den *Public Schools* und an den alten Universitäten bevorzugten, die Grundlagen für eine Klasse fähiger Berufsmanager zu legen.<sup>38</sup>

Weit komplizierter war dagegen der Wandel auf dem Gebiet der Bildungsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung. Gegenüber dem Handwerk, der Hausindustrie und der bäuerlichen Landwirtschaft der vorangegangenen Ära

<sup>37</sup> Pollard, Sidney, a. a. O., S. 119.

<sup>38</sup> Derselbe, The Genesis of the Managerial Profession: the Experience of the Industrial Revolution in Great Britain, in: Studies in Romanticism, 2/1965.

brauchte die neue Industrie viel durchgebildete Arbeiter bestimmter Kategorien, zum Teil mit gänzlich neuer Ausbildung und mit größter Bildung; gleichzeitig aber brauchte sie auch größere Gefügigkeit und Disziplin, weniger Eigeninitiative und Unabhängigkeit und ein geringeres persönliches Interesse an der Arbeit.

So wurden eine Zeitlang die Einrichtungen zur Vermittlung von Elementarkenntnissen im Lesen, Schreiben und Rechnen beträchtlich erweitert. Sobald sich die Schulen der Armen jedoch über das traurige Niveau der gebührenpflichtigen „*Dame*“ oder *Village Schools* erhoben, wurden die Armen zugunsten der bessergestellten Handwerker und Kleinhändler daraus verdrängt, und ihre Bildung blieb nun auf die Sonntagsschulen und ähnliche Einrichtungen beschränkt, wo sie lediglich lesen lernten und im übrigen eine rigorose Erziehung zu Glauben, Gehorsam und Respekt erhielten. Es ist im Grunde eine Geschichte zunehmender Differenzierung: Wie in vielen anderen Bereichen des Lebens wurde auch hier die Kluft zwischen Unternehmern und Handwerkern oder gelernten Arbeitern sowie zwischen diesen und dem Fabrikproletariat immer breiter.

Wenn es daher bei den typisch lokalisierten und personengebundenen Einrichtungen des frühen 18. Jahrhunderts durchaus möglich war, daß ein aufgeweckter Junge aus ärmster Familie irgendwo von einem Dorflehrer aufgegriffen und auf die Spitze der Bildungleiter gebracht wurde, so konnte ein anderer gänzlich ohne Hoffnung bleiben, und in der Regel gab es in den Dörfern und in den Kleinstädten immer noch größere Möglichkeiten als in den Slums der großen Städte. Im allgemeinen aber war durch örtliches Interesse und Protektion viel zu erreichen, und in der Mitte des Jahrhunderts – und auch noch eine Generation danach – hatte die britische Gesellschaft vielleicht eine größere Mobilität als irgendwann davor oder danach.

Am Ende des Jahrhunderts gab es zwar mehr Leitern, aber infolge der Privilegien und Machtpositionen, die sich in der Industrie herausgebildet hatten, herrschte auf ihnen auch ein weit größeres Gedränge. Auf diejenigen, die an der untersten Stufe begannen, wirkte ein System, das zur Ausbildung stumpfer Maschinenwärter bestimmt war, nicht gerade als Anreiz zur Entwicklung neuerungsfreudiger Techniker. Die Straße von der Armut zum Reichtum, von jeher schmal, wurde noch schmaler, als die neue Klasse der Industriekapitalisten – wie andere Oberklassen vor ihr – begann, das Bildungswesen als mächtige Waffe im Kampf um Privilegien zu benutzen. Die Maschen des Siebes waren immer enger geworden.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren die Bildungsmöglichkeiten der Armen zwar zufallsabhängig und ungewiß, aber es gab sie, und man konnte sie dulden, weil das Gesellschaftssystem nach der Glorious Revolution stabil erschien und der einzelne, der mit ihrer Hilfe aus seiner Klasse aufstieg und sich dem Gewerbe oder Spezialberufen zuwandte, nur individuellen Erfolg errang, ohne die bestehende industrielle Ordnung oder Klassenstruktur aus den Angeln zu heben. Diejenigen, die leer ausgingen, blieben bei ihrer traditionellen Arbeit



auf dem Feld oder in der Werkstatt und konnten unberücksichtigt bleiben. Mit der Entwicklung des Fabriksystems aber konnte man die Arbeiter in den neuen Industrien nicht mehr sich selber überlassen: Ihre Bildung mußte bewußt den „Bedürfnissen“ einer proletarischen Klasse angepaßt werden, und, keineswegs neutral, hemmte sie aktiv ihre vollere menschliche Entfaltung. Es bedurfte eines ganzen Jahrhunderts sich wandelnder industrieller Bedürfnisse und erbitterter demokratischer Kämpfe, um diesen Prozeß umzukehren.

(Übersetzt von *Roswitha Czollek*)

## SUMMARY

It has long been held that the British educational system of the eighteenth century in general, and that of England in particular, was inefficient and incompetent. Yet it is clear that the development of the industrial revolution in that century was not held up because of educational shortcomings but, on the contrary, found a well-trained class of artisans and a scientific, technical and commercial competence among the entrepreneurs and managers of the new firms in industry, mining and trade that compared well with other societies at similar stages of development.

The position was, in fact, more complex than is commonly allowed, and recent research both in educational and in industrial history has allowed us to reconstruct some of the real educational background to the British industrial revolution. The subject can best be studied under three heads: the elementary provision for mechanics, artisans and proletarians; the advanced provisions for owners and managers; and the scientific and technological societies for study and research among adults.

For the working classes, schooling was uncertain and uneven in different localities, but provision as a whole was remarkably widespread, varied and efficient. Many old grammar school foundations had turned to educate some of the children of the poor in the three R's and in science. The Charity Schools, besides providing elementary instruction in reading and writing, also went further in many instances and became efficient industrial training centres in most towns of any importance; and Sunday Schools at the end of the century performed similar functions for the children of the very poor. There were also individual teachers in the villages who had a profound influence on many men of ability. Apart from this, the pioneering firms themselves became training centres in many industries, and apprenticeship survived in a sufficiently flexible form to preserve and transmit valuable traditional skills without inhibiting the growth of new ones.

Middle-class, fee-paying schools had always existed, and under pressure, first from the merchants and later in the century from industrialists, many of them, particularly in the industrial districts, turned from their classical bias towards modern subjects like pure and applied science, modern languages and commerce. Beyond this, private tuition began to lay emphasis on the same utilitarian syllabus, and, above all, the „Academy“ became the symbol of the new liberal and vocational education of the professional and industrial middle class. It ranged from small, ephemeral schools with a single teacher to the great Nonconformist Academies at the top, which vied with the Universities in the standing of their teaching and research. The Scottish Universities, and to some extent even Oxford and Cambridge in England, also expanded their interest in science, political economy and other subjects of value to the new men.

Perhaps the most significant development was the growth of „Lit. and Phil.“ Societies, with the Birmingham Lunar Society in the van, and other organizations for the exchange of learning and of ideas. There were also itinerant lecturers, and adult education societies by the end of the century began to engage in similar work at a lower level.



Thus the education system, in its broader sense, proved highly flexible and adaptable to the needs of merchants and industrialists, who were able to obtain from it the trained workmen, clerks, managers and technicians they required. The system was never comprehensive nor was it equitable, but it fitted into the open, mobile society at the onset of industrialisation. This phase was not to last very long. Within two generations, by the early nineteenth century, it had not only become more rigid, but it had also become a bastion of privilege, withholding true education from the working classes, and shifting the emphasis of middle-class education from commercial success to developing the qualities of a Mandarin class administering an Empire.

# Agrartechnik und Ackerbau im nordöstlichen Polen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

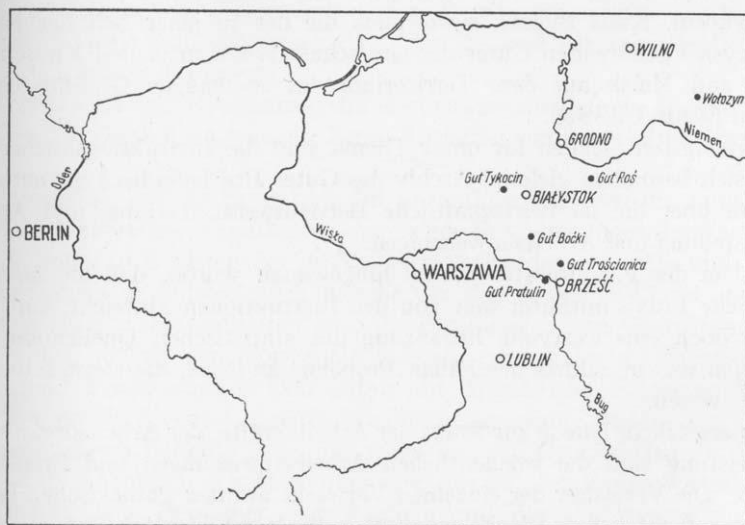
VON MARIA RÓŻYCKA-GLASSOWA

Untersuchungen über die Bewirtschaftung der Großgrundbesitzungen in Polen zur Zeit des Feudalismus wurden besonders nach dem zweiten Weltkrieg verstärkt durchgeführt. Die Aufnahme der Gutsarchivalien in die Staatsarchive bereicherte die bisherige Quellenbasis und ermöglichte eingehende Forschungen zu diesem Thema, die sich bis jetzt in der Hauptsache mit Mittel- und Westpolen, in geringerem Maße auch mit Südpolen beschäftigten.<sup>1</sup>

- 1 *Baranowski, B.*, Wysokość plonów w końcu XVIII i początkach XIX w. w dobrach nieborowskich (Die Höhe der Ernteerträge gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jh. auf den Gütern von Nieborów), in: *Rocznik Łódzki*, Bd 1, 1958, S. 11–23; *Baranowski, I. T.*, Wieś i folwark (Dorf und Vorwerk), Warschau 1914, S. 301; *Dobrowolski, K.*, Dzieje wsi Niedźwiedzia w powiecie limanowskim do schyłku dawnej Rzeczypospolitej (Die Geschichte des Dorfes Niedźwiedzia, Kreis Limanowa, bis zum Untergang der alten Rzeczypospolita), in: *Studia poświęcone Fr. Bujakowi* (Festschrift für Fr. Bujak), Lwów 1931, S. 479 bis 563; *Leskiewiczowa, J.*, Dobra osieckie w okresie gospodarki folwarczno-pańszczyźnianej XVI–XIX w. (Die Güter von Osieck in der Zeit der Feudalwirtschaft des 16. bis 19. Jh.), Wrocław 1957, S. 252; *Różycka, M.*, Struktura wysiewów i wysokość plonów w drugiej połowie XVIII w. w kluczu opatowskim (Die Struktur der Aussaaten und die Höhe der Ernteerträge in der zweiten Hälfte des 18. Jh. auf dem Gut von Opatów), in: *Studia z dziejów gospodarstwa wiejskiego*, Bd 4, Warschau 1961, S. 163–187; *Rutkowski, J.*, Klucz brzozowski biskupstwa przemyskiego w w. XVIII (Das Gut Brzozów im Bistum Przemyśl im 18. Jh.), Krakau 1910, S. 212; *Rychlikowa, I.*, Klucz wielkoporębski Wodzickich w drugiej połowie XVIII wieku (Die Wodzickische Gutswirtschaft in Wielka Poręba in der zweiten Hälfte des 18. Jh.), Wrocław-Warschau 1960, S. 285; *Szczygielski, W.*, Wysokość plonów w dobrach przygodzkich w drugiej połowie XVIII w. (Die Ernteerträge auf den Gütern von Przygoda in der zweiten Hälfte des 18. Jh.), in: *Studia z dziejów gospodarstwa wiejskiego*, Bd 4, Warschau 1961, S. 151–161; *Topolski, J.*, Gospodarstwo wiejskie w dobrach arcybiskupstwa gnieźnieńskiego od XVI do XVIII wieku (Die Landwirtschaft auf den Gütern des Erzbistums Gniezno vom 16. bis 18. Jh.), Poznań 1958, S. 434; *Zubyk, R.*, Gospodarstwo folwarczne z końcem XVIII w. (Die Vorwerkswirtschaft am Ende des 18. Jh.), in: *Studia poświęcone Fr. Bujakowi*, a. a. O., S. 227–261; *Żytkowicz, L.*, Struktura docho-

Die vorliegende Arbeit soll die Technik, die Organisation und die Produktionsergebnisse des Ackerbaus auf den großen Gütern um Białystok, Grodno (heute UdSSR) und im nördlichen Teil der Wojewodschaft Lublin in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts darstellen. Als Quellengrundlage dient vor allem das Archiv der Herrschaft Roś<sup>2</sup>, das die Akten der zu jener Zeit der Familie Potocki gehörenden Güter enthält und folgende vier Besitzungen umfaßt:

1. das Gut Roś in der Gegend von Grodno im Landkreis Wołkowysk mit acht Vorwerken (Roś, Nowosiółki, Endrychowce, Bobłowo, Żeniowce, Zubowszczyzna, Skrzybów und Szewki),
2. das Gut Boćki im Kreis Bielsk, Wojewodschaft Białystok, mit fünf Vorwerken (Boćki, Dubno, Andryjanki, Knorydy und Romaszki),
3. das Gut Pratulin im Kreis Biała, Wojewodschaft Lublin, mit vier Vorwerken (Pratulin, Zaczopki, Kołczyn und Dobronieź),



Maßstab 1:9 600 000

Abb. 1:

*Lage der Potockischen Güter, der Grafschaft Wołożyn und der Güter von I. Branicka in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts*

du pańskiego w końcu XVIII w. Dobra Janów biskupstwa łuckiego (Die Struktur des gutsherrschaftlichen Einkommens am Ende des 18. Jh. Die Güter von Janów des Bistums Łuck), in: *Studia Historica w 35-lecie pracy naukowej Henryka Łowmiańskiego* (Studia Historica zu Ehren des 35jährigen wissenschaftlichen Wirkens von Henryk Łowmiański), Warschau 1958, S. 373–418.

<sup>2</sup> Archiwum Główne Akt Dawnych (Hauptarchiv für alte Akten), Warschau, Archiwum Roskie (Roś-Archiv), Nr 186–232.

4. das Gut Trościanica, unweit dem Gut Pratulin (am gegenüberliegenden Ufer des Bug), im Kreis Brześć (heute UdSSR) mit vier Vorwerken (Trościanica, Wieliczkowo, Koszyłowo und Kruhel) und zwei weiteren (Buczemla und Oleszkowice), die nur kurze Zeit zum Gut Trościanica gehörten.

Aus den Quellen ergibt sich die Größe der Bodenfläche nur für das Gut Roś. Sie umfaßte nach den Vermessungen von 1804 etwa 2700 Hektar Ackerboden, 806 Hektar Wiesen und 1382 Hektar Wald. Zu Boćki gehörten nach unseren auf Grund der Angaben über die Aussaat vorgenommenen Berechnungen etwa 1180 bis 1766 Hektar Ackerfläche und ungefähr 400 Hektar Wiesen. Über die Wiesenflächen der Güter Trościanica und Pratulin besitzen wir keinerlei Angaben; die Ackerflächen betragen für Trościanica etwa 400 bis 700 Hektar und für Pratulin 800 bis 1000 Hektar.

Um eine Vergleichsmöglichkeit zu haben, wurden auch die sogenannten Białostoker Güter herangezogen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Izabela Branicka<sup>3</sup> gehörten (sie umfaßten die Güter von Białystok und das Gut Tykocin, Kreis Bielsk), sowie auch die der zu jener Zeit der Familie Czartoryski<sup>4</sup> gehörenden Güter der Grafschaft Wołożyn in den Kreisen Oszmiana und Mińsk auf dem Territorium des ehemaligen Großfürstentums Litauen (heute UdSSR).

Die ergiebigsten Quellen für unser Thema sind die Instruktionsbücher, von denen sich besonders viele im Archiv des Gutes Roś befinden.<sup>5</sup> Sie enthalten Berichte über die landwirtschaftliche Betriebsweise, Termine und Art der Feldbestellung und Arbeitsanweisungen.

Obwohl in der Fachliteratur darauf hingewiesen wurde, daß die landwirtschaftliche Praxis mitunter weit von den Instruktionen abweicht, sind diese Bücher doch eine wertvolle Ergänzung des statistischen Quellenmaterials. Sie helfen uns in zahlreichen Fällen Probleme zu lösen, die sonst schwer zu erklären wären.

Eine unersetzliche Quelle zur Frage der Arbeitskräfte, der Arbeitsorganisation und -leistung sind die wöchentlichen Arbeitsanweisungen und Frondienstberichte. Die Verwalter der einzelnen Vorwerke auf den Potockischen Gütern waren verpflichtet, jede Woche genau über die Anzahl der Arbeitstage und die Tätigkeit der frondienstpflchtigen Bauern sowie der Knechte, Mägde und Tagelöhner zu berichten. Manche dieser Berichte enthalten sogar Angaben über das Maß an geleisteter Arbeit. Sie gestatten eine ziemlich genaue Be-

3 Ebenda, Archiwum Branickich z Białegostoku (Branicki-Archiv in Białystok).

4 Muzeum Czartoryskich (Czartoryski-Museum), Krakau, Rękopisy Archiwum Czartoryskich (Handschriften des Czartoryski-Archivs), Nr 4666–4668, 4670–4674, 4678–4691.

5 Die Mehrzahl davon wurde veröffentlicht: *Instrukcje gospodarcze dla dóbr magnackich i szlacheckich z XIII i XIX wieku* (Wirtschaftsinstruktionen für Magnaten- und Adelsgüter aus dem 18. u. 19. Jh.), hg. v. B. Baranowski u. a., Bd 1, Wrocław 1958, S. 749.

rechnung der für die verschiedenen Tätigkeiten aufgewendeten Arbeitszeit. Diese Frondienstberichte sind eine wertvolle Ergänzung der in den Dienstweisungen enthaltenen Aufzeichnungen über die Technik der landwirtschaftlichen Produktion. Sie bieten die Möglichkeit, die Feldbestellarbeiten der Reihe nach zu verfolgen. Für das Gut Roś sind sie für die Jahre 1803/04 vollständig und für das Gut Boćki für die Jahre 1801 bis 1804 mit gewissen Lücken erhalten geblieben.

Grundlegendes Material über die Aussaat, die Saatgut- und Erntemengen sowie über die Höhe der Ernteerträge gibt es in den Berichtsakten, die die Abrechnungen der Gutsverwalter und -ökonomen sowie die sogenannten Kreszenzregister (registry krescencji) enthalten. Die Abrechnungen sind summarische Jahresberichte über den Besitzstand der Vorwerke. Sie umfassen den Bestand an Getreide und Vieh, die Anzahl der vorhandenen Geräte, die Summe des in der Gutskasse befindlichen Geldes, die Menge des den Bauern geliehenen Getreides usw. Ferner enthalten sie Gesamtaufstellungen über Saatgut, Ernte- und Druschergebnisse, Verzeichnisse der Deputatzahlungen an Getreide (ordynaria) sowie Aufzeichnungen über die Zu- und Abgänge an Getreide, Vieh, Milch, Honig, Leder usw.

Die Wirtschafts- und Kreszenzregister sind gewissermaßen ein laufend genau geführtes Tagebuch über Aussaat, Ernte, Druschergebnisse, Getreideausgänge usw.

Verhältnismäßig geringe Bedeutung für unser Thema haben die zahlreichen Inventarverzeichnisse. Sie enthalten eingehende Beschreibungen der Vorwerksgebäude, manchmal Listen der im Vorwerk vorhandenen Geräte und Werkzeuge sowie genaue Aufstellungen über die Verpflichtungen und Leistungen der einzelnen Bauern. Sie enthalten auch Beschreibungen von Gastwirtschaften und Mühlen, die zu den Vorwerken gehören, von Feldern, Wiesen, Waldungen und Fischteichen, jedoch selten mit Angabe der Flächengröße. Ergänzt werden die Inventarverzeichnisse durch sogenannte Boden- und Besitzprüfungen, durch Berichte über die Abgaben und Grundzinsen der Untertanen, mit genauesten Angaben über die Anzahl der Bauernwirtschaften, der arbeitsfähigen Bewohner, der Zugtiere und der Dienstverpflichtungen der Bauern.

Reichhaltiges Material enthält auch die Wirtschaftskorrespondenz, die mitunter den Charakter von Sofort-Verfügungen hat.

Die Regierungszeit von Stanisław August Poniatowski (1765 bis 1795) ist durch eine bedeutende Intensivierung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gekennzeichnet. Der allgemeine kulturelle Fortschritt und die Zunahme der gesellschaftlichen Bedürfnisse gehörten zweifellos zu den Hauptursachen des Strebens nach Erhöhung der Agrarproduktion. Die steigende Nachfrage nach Getreide im Westen, besonders in England und Frankreich, begünstigte diese Entwicklung und eröffnete Polen beachtliche Möglichkeiten für die Getreideausfuhr. In dieser Zeit erschien eine Reihe fortschrittlicher

Arbeiten, die die Einführung des sogenannten „neuen landwirtschaftlichen Systems“ (nowe rolnictwo) propagierten, also vor allem die Abschaffung der Dreifelderwirtschaft, die Beseitigung der Brache und der Getreidemonokulturen durch den Anbau von Feldfutterpflanzen (Schmetterlingsblütlern) und Hackfrüchten, die Anwendung von Gründünger sowie die Verbesserung alter und die Einführung neuer landwirtschaftlicher Geräte.

Das Streben nach Veränderungen und Verbesserungen kam in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch in der Praxis zum Ausdruck, allerdings noch in Anlehnung an die alten Formen der landwirtschaftlichen Betriebsweise. Das betraf vor allem die großen Gutswirtschaften, die die größten Möglichkeiten hatten, aus der Getreideausfuhr Einkünfte zu erzielen. Sie hatten unter den Kriegsjahren im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts am wenigsten gelitten und besaßen in jedem Fall eine wesentlich größere Wirtschaftskraft als der verarmte Kleinadel. Zur Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft beschritten sie verschiedene Wege: sie erhöhten entweder die Ausbeutung der dienstpflichtigen Erbuntertanen – was jedoch auf längere Zeit negative Ergebnisse zeitigte –, oder sie versuchten, die geldlichen Zinsleistungen der Bauern zu steigern. In geringerem Maße war man bemüht, das „neue landwirtschaftliche System“ einzuführen, das bei Fortbestehen der überlebten Produktionsverhältnisse (Frondienstverfassung) auch kaum durchzusetzen war. Das Hauptproblem für die Gutswirtschaften war die veraltete Dreifelderwirtschaft. Auf manchen Gütern versuchte man, sie durch Bebauung der Brache und den Anbau neuer Pflanzen zu verbessern (zum Beispiel auf den Gütern des Erzbistums Gniezno<sup>6</sup> und auf den Erbgütern der Familie Zamojski<sup>7</sup>). Auf den Gütern der Familie Potocki dagegen ging man 1762/63, allerdings nur für eine begrenzte Zeit, von der Drei- zur Zweifelderwirtschaft über, indem man fast kein Sommergetreide mehr anbaute, das eine Feld mit Roggen bestellte und das andere brach liegen ließ. Diese Veränderung sollte – laut Wirtschaftsweisung – zur intensiveren Bearbeitung des bestellten Landes und damit zur Erhöhung der Produktion von Roggen für den Export führen. Das Bestreben, die Produktion auf diesem Wege zu erhöhen, zeigt deutlich die Grenzen der damaligen Wirtschaftsverfassung, sowohl im Hinblick auf die Agrartechnik als auch hinsichtlich der feudalen Produktionsverhältnisse. Mit den vorhandenen primitiven Geräten, bei gleichzeitigem Mangel an dienstpflichtigen Arbeitshänden und nur schwach entwickelter Viehzucht, waren die weit ausgedehnten Ackerflächen schwerlich zu bebauen und zu düngen. Die relativ geringen Einnahmen aus dem Ackerbau gestatteten auch nicht, Tagelöhner zu beschäftigen. Schlechte Bearbeitung des Bodens und Düngermangel hatten zur fast völligen Unfruchtbarkeit des Bodens geführt. Unter diesen Verhältnissen war eine Verringerung der Aussaatflächen die einfachste Lösung, um

6 Vgl. *Topolski, I.*, a. a. O., S. 73.

7 Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Lublinie, Archiwum Ordynacji zamojskich (Staatliches Wojewodschaftsarchiv Lublin, Gutsarchiv Zamość), Nr 35.

eine bessere Bearbeitung zu erreichen und dem Boden längere Erholungspausen zu gewähren.

Tabelle 1 zeigt den Übergang der Vorwerke zum Zweifeldersystem und die Veränderungen, die in den nachfolgenden Jahren eintraten.

Tabelle 1

*Veränderungen der Anbausysteme in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf den Potockischen Gütern*

*a) auf den Vorwerken des Gutes Roś*

Jahr	Roś	Nowosólki	Endrychowce	Bobłowo	Zubowszczyzna	Żeniowce	Skrzybów	Szewki
1761	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder
1765	3 „	2 „	3 „	2 „	2 „	2 „	2 „	2 „
1773	3 „	2 „	3 „	2 „	2 „	2 „	2 „	2 „
1782	3 „	2 „	3 „	2 „	3 „	2 „	2 „	2 „
1799	3 „	2 „	3 „	3 „	3 „	2 „	2 „	2 „
1804	3 „	2 „	3 „	3 „	3 „	3 „	3 „	3 „

*b) auf den Vorwerken des Gutes Boćki*

Jahr	Boćki	Knorydy	Romaszki	Dubno	Andryjanki	Brześcianka
1761	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder
1762	3 „	2 „	2 „	2 „	3 „	3 „

*c) auf den Vorwerken des Gutes Trościanica*

Jahr	Trościanica	Wieliczkowo	Koszyłowo	Buczemla	Oleszkowice	Kruhel
1760	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder	3 Felder
1763	2 „ (Roggen)	2 „ (Sommerpflanzen)	2 „ (Roggen)	.	.	.
1776	2 „	2 „	2 „	3 „	3 „	3 „

*d) auf den Vorwerken des Gutes Pratulin*

Jahr	Pratulin	Kołczyn
1770	2 Felder	2 Felder
1773	3 „	.

Die Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebsweise auf den Potockischen Gütern kann man nicht einfach als Rückschritt bezeichnen. Hier waren sie ein Versuch, die Bestellungstechnik zu verbessern und das Produktionsvolumen zu vergrößern. Ihre Einführung beweist das Bestreben, die gegebenen Möglichkeiten restlos auszuschöpfen. Sie führte tatsächlich zu einer zeitweiligen Erhöhung der Getreideerträge. Solche tiefgreifenden Veränderungen konnten wir bisher nur auf den Potockischen Gütern feststellen.

Aber unter den bestehenden Verhältnissen konnte auch die eingeführte Zweifeldersystem keine befriedigende Lösung sein. Trotz vorübergehender



„Verbesserung“ führte auch sie mit den Jahren zur Erschöpfung des Ackerlandes, so daß man früher oder später zur Dreifelderwirtschaft zurückkehrte. Die Hauptursache für das niedrige Niveau der Agrartechnik im 18. Jahrhundert waren außer der veralteten Wirtschaftsverfassung die primitiven Ackergeräte, die seit Jahrhunderten kaum Veränderungen und Verbesserungen erfahren hatten.

Die meist noch erbuntertägigen Bauern benutzten bei der Arbeit auf den Vorwerken fast ausnahmslos ihre eigenen Geräte, zu deren Weiterentwicklung daher keinerlei Anreiz vorhanden war. Die Aufzeichnungen in den Akten weisen im Gegenteil darauf hin, daß die Bauern bei ihren Fronleistungen schlechtes Gerät benutzten. Erst die Beschäftigung von ständigen Tagelöhnern führte zur Weiterentwicklung der Produktionsinstrumente. Jetzt nämlich lag es im Interesse der Gutshöfe, alle Arbeiten bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Qualität so schnell wie möglich ausführen zu lassen. Der erste Schritt war die Einführung (gegebenenfalls die Vermehrung der Anzahl) vorwerkseigener Geräte für die Knechte. Anfangs wurden sie noch von den Bauern hergestellt und zeigten daher keine wesentlichen Verbesserungen.

Das wichtigste Gerät zur Bodenbearbeitung im Großfürstentum Litauen, in der Gegend von Białystok und im nördlichen Teil der Wojewodschaft Lublin war die Zoche – ein Mittelding zwischen Haken und eigentlichem Pflug –, die in den westlichen Teilen Polens niemals verbreitet war.

Die Literatur des 19. Jahrhunderts hielt die zweischarige Zoche, auch podlaskische oder litauische Zoche genannt, für besser als den Pflug des 18. Jahrhunderts. Sie war leichter und bot beim Ackern geringeren Widerstand. Die zwei gabelförmig angebrachten Pflughäupter mit der streichbrettartigen Vorrichtung, die aus zwei Backen bestand, konnten leichter in den Boden eindringen und beanspruchten weniger Zugkraft. Die durch die Zoche gebildete Scholle war weniger breit als die „gepflügte“ und betrug je nach Einstellung etwa 19 bis 28 Zentimeter, auf den Potockischen Gütern etwa 24 Zentimeter. Die Furchentiefe betrug 7 bis 19 Zentimeter. Durch ihr leichtes Gewicht und ihren geringen Tiefgang eignete sie sich zum Bearbeiten steinigem Bodens und Neulands besser als der Pflug, verlangte aber einen geschickten und sicheren Pflüger. Ihr Nachteil bestand darin, daß sie die Scholle nicht in ihrer ganzen Breite ablöste, sondern nur an der Seite anschnitt und sie so vom Boden abriß. Das begünstigte die Queckenbildung. Bei sandigem oder lockerem Boden zerkrümelte die Erdscholle und fiel zwischen den Backen in die Furche zurück. Ähnlich wie der Pflug wendete sie die Erde nach einer Seite, im Gegensatz zu der russischen Zoche, die das Erdreich nach beiden Seiten auswarf. In Landstrichen, in denen die Zoche im Gebrauch war, wurde kein Haken (radło)<sup>8</sup> verwendet, da

8 Radło = Haken, auch Haken-, Rühr- oder Wühlpflug genannt, ohne Streichbrett; plug = Pflug (auch Beet- oder Karrenpflug genannt) mit Streichbrett und Vordergestell (Karren), im Gegensatz zum pluzycza = Schwingpflug ohne Vordergestell.



sie sowohl zum Pflügen als auch nach Abnahme der streichbrettartigen Vorrichtung zum Schälén benutzt werden konnte.<sup>9</sup>

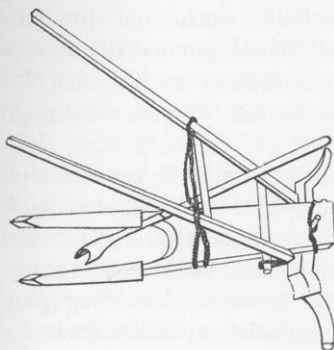


Abb. 2: *Zocha*\*

\* Nach: *Rau, Ludwig*, Abhandlungen über die Zochen und Betrachtungen über die Entstehung der Pflüge überhaupt, in: *Annalen der Landwirtschaft*, 37/1861, S. 333.

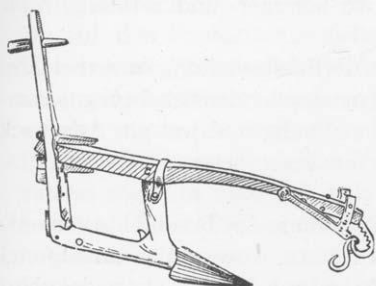


Abb. 3: *Radło*\*

\* Nach: *Moszyński, K.*, *Kultura ludowa Słowian*, T. 1, Krakau 1929, Abb. 135.

Die auf den Gütern verwendeten Eggen hatten Holz- oder Eisenzinken. Zur Getreideernte dienten im allgemeinen Sicheln. Nur ausnahmsweise, wenn das Getreide durch Hagel flachgeschlagen war, wurde es mit Sensen geschnitten. Der Drusch erfolgte mit Dreschflegeln.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden Windfegen und Siebe zur Reinigung des Getreides eingeführt. Die sorgfältigere Reinigung erbrachte einen höheren Verkaufswert und führte – soweit das Getreide als Saatgut verwendet wurde – zu höheren Ernteerträgen.

<sup>9</sup> *Chmielewski, S.*, *Zmiany w zachodniej granicy zasięgu sochy w Europie w świetle źródeł historycznych* (Veränderungen der Westgrenze des Verbreitungsgebietes der Zocha in Europa im Lichte der Geschichtsquellen), in: *Roczniki Dziejów Społeczno-Gospodarczych*, Bd 23, 1962; *Euniewski, T.*, *Socha litewska v. podlaska* (Die litauische oder podlaskische Zocha), Warschau 1899, S. 15; *Oczapowski, M.*, *Gospodarstwo wiejskie*, Bd 3, Warschau 1835, S. 194; *Falkowski, J.*, *Narzędzia rolnicze typu rylcowego* (Landwirtschaftliche Geräte von der Art des Grabstichels), Lwów 1931, S. 132; *Frankowski, E.*, *Sochy, radła, pluźyce i pługi w Polsce* (Zocha, Haken, Schwingpflug und Pflug in Polen), Poznań 1929, S. 21.

Auf den Gütern Roś und Boćki waren 1750 bis 1760 überhaupt keine guts-eigenen Geräte vorhanden. Erst nach 1760 wurden auf den Vorwerken Zochen und Eggen eingeführt. Statistisch gesehen entfielen gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf jedes Vorwerk durchschnittlich eine halbe Zoche und eine halbe Egge. Dagegen wurden die Vorwerke aller Güter mit Windfegen und Reinigungs-sieben ausgestattet. Sicheln und Sensen sind im Geräteverzeichnis der Vorwerke nicht aufgeführt. Auf den von der Verfasserin untersuchten Gütern gab es auch keine Wagen.

Die Art und die Technik der Feldbestellung sind in hohem Maße von den landwirtschaftlichen Produktionsinstrumenten, von der Betriebsweise, der Struktur der pflanzlichen Produktion und den Gepflogenheiten der betreffenden Gegend abhängig. Dauer und Reihenfolge der einzelnen Feldarbeiten unterschieden sich dementsprechend in Gegenden, wo der Acker mit dem Pflug (plug) und dem Haken (radło) bestellt wurde, deutlich von solchen, wo die Zoche das wichtigste Instrument war; und in Gegenden, wo vorwiegend Wintergetreide angebaut wurde, waren sie anders als dort, wo Sommer- und Wintergetreide etwa in gleichem Umfang produziert wurde.

Unzählige Versuche wurden unternommen, um die Feldbestellung zu verbessern. Die Zahl der Verfügungen, die die Einführung neuer oder die Beachtung geltender Bestellungsrichtlinien vorschrieben, wuchs ständig und war ein Ausdruck des wachsenden Interesses der Gutsbesitzer an einer besseren Wirtschaftsführung.

Im System der Dreifelderwirtschaft war die Bestellung des Brachfelds von entscheidender Bedeutung, vor allem auf solchen Gütern, wo verhältnismäßig viel Wintergetreide angebaut wurde. Besondere Bedeutung für den Getreideanbau hatte die sogenannte Schwarzbrache. Sie blieb von der Ernte bis zur Aussaat im nächsten Jahr unbestellt und wurde nur umgebrochen. Schon die zeitgenössischen Vorläufer neuzeitlicher Feldbestellung<sup>10</sup> kannten den günstigen Einfluß der Bearbeitung des Feldes durch den Schälplflug im Herbst. In der Praxis wurde jedoch erst im späten Frühjahr damit begonnen, nachdem das Brachfeld im Herbst und Vorfrühling noch als Weide für das Vieh gedient hatte.

Die von der Verfasserin untersuchten Güter stellen in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar: Im Zusammenhang mit der ganz starken Ausrichtung auf den Anbau von Winterroggen ging man hier in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts teilweise dazu über, schon im Herbst mit dem Pflügen zu beginnen. Das zeigen zahlreiche Anweisungen und Berichte. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte die Bearbeitung des Brachfeldes mit dem Schälplflug erst im späten Frühjahr begonnen und sich manchmal bis in den August hingezogen.

Die erste Bearbeitung des Bodens mit dem Schälplflug erfolgte in der Längsrichtung der Ackerbeete. Auf den Gütern der Familie Potocki können wir auch

<sup>10</sup> *Kluk, K.*, O rolnictwie (Über die Landwirtschaft), hg. v. S. Inglot, Wrocław 1954, S. 267; *Jablonowska, A.*, Ustawy powszechnie dla dóbr moich rządów (Allgemeine Gesetze für die Verwalter meiner Güter), Bd 1, Siemiatycze 1784.

feststellen, daß gedüngter oder tiefer gelegener und daher feuchter Boden anschließend noch einmal mit dem Haken quer zur ersten Pflugbahn durchgezogen wurde, wozu man sicherlich die Zoche mit abgenommenem Streichbrett benutzte. Der Nutzen des Hakens, der die Erde faktisch nur aufriß, bestand im wesentlichen in der besseren Zerkrümelung der Erde. Diese Arbeit begann sofort nach Beendigung des Schältpflügens und dauerte meist von Mitte bis Ende Juni oder bis zur ersten Julihälfte.

Die gepflügten Flächen wurden geeget. Das Eggen solcher Flächen, die mit dem Haken bearbeitet waren, gehörte zu den Ausnahmen und geschah nur auf besondere Anweisung.

Dem Eggen folgte ein letztes Pflügen vor der Aussaat, das in den Quellen als Beetpflügen (*orka wzagony*) bezeichnet wird. Es begann in den letzten Juli- oder ersten Augusttagen und endete Ende August oder Anfang September. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann das Beetpflügen im September und dauerte – während die Aussaat bereits begonnen hatte – manchmal bis Ende Oktober.

Da auf den Potockischen Gütern nur ein kleiner Teil des Landes mit dem Haken (*radlo*) bearbeitet wurde, beschränkte sich die Feldbestellung dort auf zweimaliges Pflügen. Auch auf anderen Gütern, auf denen die Zoche verwendet wurde (bei Białystok, Grodno und in Litauen), verfuhr man so.

Nach dem Pflügen wurde das Wintergetreide ausgesät und anschließend geeget; zuletzt zog man nochmals tiefe Rinnen, um das Abfließen des Wassers zu erleichtern. Diese Rinnen wurden mit der Zoche ausgeführt und mit der Handhacke nachgezogen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts änderte sich die Bestellungstechnik auf den Potockischen Gütern. Anstelle der bisher gebräuchlichen Beete zu vier Pflugfurchen wurden nach 1760 die Felder in Beeten zu acht Furchen gepflügt. Dadurch vergrößerte sich die Anbaufläche etwas, und die Pflanzen entwickelten sich gleichmäßiger.

Das erste Brachfeldpflügen begann nun – wie bereits erwähnt – schon im Herbst statt im späten Frühjahr, und die Bodenvorbereitung für das Wintergetreide wurde dadurch schon Ende August statt im September oder Oktober abgeschlossen. Das wirkte sich günstig auf die Roggenerträge aus. Die Brachfeldbestellung dauerte jetzt zwar länger, aber die damit zusammenhängende längere Arbeitsruhe zwischen den einzelnen Pflugarbeiten erlaubte auch eine gründlichere Beseitigung des ausgepflügten Unkrauts mit der Hand. Es ist auch anzunehmen, daß man in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einer sorgfältigeren und genaueren Bodenbearbeitung größere Aufmerksamkeit schenkte.

Vergleichen wir die Methoden der Brachfeldbestellung von solchen Gebieten, wo mit der Zoche gepflügt wurde, mit solchen Landstrichen, wo der Pflug (*plug*) angewendet wurde, so stellen wir fest, daß in letzteren die Arbeitsgänge bei der Feldbearbeitung zahlreicher waren. Hier war man im allgemeinen – selbst bei nicht so gründlicher Feldbestellung – bestrebt, den Boden zwischen dem Schäl-

pflügen und dem Beetpflügen mit dem Haken (radło) zu bearbeiten und zu eggen. Nicht selten wurde ein zusätzliches Pflügen oder eine zusätzliche Bearbeitung mit dem Haken und der Egge durchgeführt. In Gebieten, wo mit der Zoche gepflügt wurde, beschränkte sich die Bodenbearbeitung auf das Schälen und Beetpflügen, und nur wenige Flächen wurden mit dem Haken bearbeitet und geeegt. Die Ursache dieser Unterschiede liegt in der Pflügetechnik der Zoche, mit der genauer gepflügt wurde als mit dem damaligen Pflug (plug). Deshalb kann man nicht schlußfolgern, daß das Niveau der Agrartechnik in den Gebieten, wo hauptsächlich die Zoche zur Feldbestellung diente, niedriger gewesen sei.

Wie wenig Bedeutung auf den von der Verfasserin untersuchten Gütern dem Anbau von Sommergetreide beigemessen wurde, geht schon aus der geringen Anzahl entsprechender Arbeitsanweisungen im Vergleich zu denen hervor, die den Anbau von Wintergetreide betreffen. Dieses geringere Interesse hängt sicherlich damit zusammen, daß das Sommergetreide vor allem für den eigenen Bedarf verbraucht wurde.

Den größten Anteil am Sommergetreide hatte der Hafer, der verhältnismäßig wenig sorgfältige Feldarbeiten verlangte. Auf den Potockischen Gütern begannen die Vorbereitungen für die Sommersaat im Herbst nach der Aussaat des Wintergetreides, also Ende September oder Anfang Oktober, und dauerten je nach der Witterung manchmal bis in den November hinein. In dieser Zeit pflügte man vor allem die Flächen, die für die Aussaat von Gerste, Sommerweizen und Erbsen vorgesehen waren. Erst danach wurden auch die für Hafer bestimmten Felder gepflügt. Am sorgfältigsten wurden die Felder für Gerste bearbeitet: Das im Herbst gepflügte Feld wurde im Frühjahr mit dem Haken (radło) bearbeitet und danach zum eigentlichen Saatfeld gepflügt. Für Sommerweizen und sicherlich auch für andere Sommersaaten wurde der Boden das erste Mal im Herbst, das zweite Mal im Frühjahr gepflügt. Für den Haferanbau wurde das Feld nur einmal, im Herbst oder im Frühjahr, zum Saatfeld gepflügt. Alle Felder für Sommergetreide wurden nach der Saat geeegt.

Bei der Düngung spielte im 18. Jahrhundert der Naturdung die wichtigste Rolle. Er wurde aus den Ställen unmittelbar aufs Feld gebracht. In den Jahren 1770 bis 1780 begann man auf den Potockischen Gütern, den Dung in besonderen, auf dem Hof ausgehobenen Gruben aufzubewahren.

Gedüngt wurden vor allem die Felder, die für den Anbau von Winter- und Sommerweizen vorgesehen waren. Die Gerste wurde dagegen meist erst in dem Jahr nach der erfolgten Düngung ausgesät. Auch der für Hirse, Flachs, Hanf und Erbsen vorgesehene Boden wurde gedüngt. Auf den Potockischen Vorwerken wurde nach 1760, als man verhältnismäßig wenig Sommergetreide und Weizen anbaute, vor allem das für Roggen bestimmte Brachfeld gedüngt. Trotz aller Bemühungen, die Düngermengen zu vergrößern – sei es durch Auffüllung der Dunggruben durch pflanzliche und mineralische Stoffe, sei es, daß man die Stallstreu öfter wechselte –, und trotz der allgemeinen und wiederholten Anweisungen zur zwangsweisen Ausbringung von Dung aus den Stäl-

lungen der Dorfschenken und Pachtgüter reichte er nur für eine verschwindend kleine Anzahl von Feldern: auf der Herrschaft Roś im Jahre 1803 nur für fünf Prozent des bebauten Landes. Der Grund dafür lag in der Disproportion zwischen Ackerbau und Viehzucht. Die Dungkraft der geringen vorhandenen Mengen wurde aber noch verringert durch unsachgemäße Lagerung und durch zu langes Liegenlassen des meist ohnehin ungenügend verrotteten Dungs auf dem Felde, bevor man ihn unterpflügte.

Gesät wurde ausschließlich mit der Hand, was besonders viel Übung erforderte. Auf jedem Vorwerk war man daher bemüht, die am besten säenden Bauern auszusuchen, die diese Tätigkeit dann in jedem Jahr ausübten. Das Saatgut stammte meist vom Vorwerk und nur selten – etwa bei Roggen und Hafer – aus den Ablieferungen der Bauern. In jedem Falle wurde das im gleichen Jahr geerntete Getreide als Saatgut benutzt. Man drosch das Wintergetreide daher sofort aus, um im Herbst genügend Saatgut zu haben.

Die Aussaattermine waren nicht nur von der geographischen Lage und vom Klima abhängig, sondern auch vom Tempo der Feldarbeiten. In der ersten und zu Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgte die Aussaat von Winterroggen auf den Potockischen Gütern sehr spät und zog sich bis Ende Oktober hin. Das verhältnismäßig kalte Klima und die frühen Fröste in den nördöstlichen Gebieten Polens verlangten aber eine rechtzeitige Aussaat des Wintergetreides, besonders des Roggens. Nach den erhalten gebliebenen Anweisungen sollte die Roggenaussaat schon in der ersten Septemberhälfte erfolgen. Jede Verspätung wirkte sich nachteilig auf die Ertragshöhe aus und konnte die Auswinterung der gesamten Saat zur Folge haben. In diesem Zusammenhang muß die Vorverlegung der Aussaattermine um mehr als einen Monat in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Bewirtschaftung dieser Gebiete betrachtet werden. In zahlreichen Anweisungen der sechziger und späterer Jahre des 18. Jahrhunderts wird die frühzeitige Aussaat des Wintergetreides befohlen; die Wirtschaftsberichte zeigen, daß auch danach gehandelt wurde.

Zwischen der ersten und zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden auch die Termine für die Sommergetreideaussaat geändert. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts fiel sie meist auf den Mai, in der zweiten Hälfte dagegen auf den April. Diese Vorverlegung des Termins war insofern von Vorteil, als die späte Aussaat die Entwicklung der Pflanzen bei Trockenheit ungünstig beeinflusst hatte. Den Wachstumsbedingungen der Pflanzen entsprechend, säte man zuerst Hafer, etwas später Gerste und Erbsen und etwa zur gleichen Zeit Roggen. Ende April und im Mai wurden Flachs, Hanf und Raps gesät, denen als letzte Feldfrucht erst im Juni die Hirse folgte.

Die Dienstanweisungen und Arbeitsordnungen forderten, dünn zu säen. Die vorgefundenen Aufzeichnungen gestatten, die Aussaatmengen für Winterroggen zu berechnen, dagegen besitzen wir keinerlei Angaben über die Saatchichte von Sommergetreide. Um Białystok und in Litauen waren die Aussaatmengen für Roggen im Vergleich zu den übrigen Landesteilen Polens verhält-

nismäßig gering. Damals wurden 62 bis 100 Kilogramm Saatgut je Hektar ausgesät, bei leichteren Böden säte man noch weniger.

Die Pflege der Saaten beschränkte sich auf das Jäten, besonders bei Weizen, Flachs und Hirse. Die in der Nähe von Gehöften gelegenen Felder wurden vor Geflügel geschützt.

Zum Mähen wurden fast ausschließlich Sichel verwendet. Sensen benutzte man bei sehr niedrigem oder bei niedergeschlagenem Getreide. Flachs, Hanf und Hirse wurden meist herausgerissen. Die Anwendung von Sichel für die Getreidemahd war nicht nur durch die Anschauung bedingt, daß beim Sensenschnitt zu viele Körner herausfielen, sondern hing sicherlich auch mit der Arbeitskräftestruktur zusammen.

Das Sicheln des Getreides führten vor allem Frauen aus, während die Männer die Sense führten. Die Frondienstpflicht legte für Männer und Frauen jeweils eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen fest, die auf dem Gut geleistet werden mußten. Auf den Vorwerken gab es immer einen großen Anteil solcher Arbeiten, die nur Männer verrichten konnten. Die primitive Agrartechnik erforderte jedoch, auch die Frondienstleistungen der Frauen voll auszunutzen. Bei einem generellen Übergang von der Sichel zur Sense hätte man einen Teil der Männer statt zur Bearbeitung des Brachlandes und anderer im Vorwerk notwendigen Arbeiten bei der Ernte einsetzen müssen. Dadurch wäre ein nicht zu befriedigender Bedarf an männlichen Arbeitskräften entstanden, während gleichzeitig für die Frauen nicht genügend Arbeit vorhanden gewesen wäre.

Die Erntetermine waren vom Klima der betreffenden Gegend und von den Witterungsbedingungen des gegebenen Jahres abhängig. Auf den im Gebiet Białystok und Grodno gelegenen Gütern wurde Mitte Juli mit der Roggen- und Gerstenmahd begonnen. Die Gerstenernte, die mitunter einige Tage später einsetzte als die Roggenernte, wurde verhältnismäßig rasch beendet, während die Roggenernte den ganzen August hindurch dauerte und manchmal sogar erst in den ersten Septembertagen zu Ende ging. Anfang August wurde der Weizen und im weiteren Verlauf des August der Hafer gemäht. Flachs und Erbsen erntete man gegen Ende August, Hanf und Hirse im September.

Der Getreidedrusch – mit Dreschflegeln auf der Tenne in der Scheune durchgeführt – setzte im August ein, noch vor Beendigung der Ernte, und man begann mit dem für die Wintersaat notwendigen Getreide. Der Drusch der übrigen Feldfrüchte, der viele Arbeitskräfte beanspruchte, zog sich durch den ganzen Herbst und Winter bis in den April und manchmal sogar bis in den Mai hinein hin.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann man, auf die sorgfältigere Reinigung des Getreides zu achten. In dieser Zeit wurden, wie bereits erwähnt, Windfegen und Siebe zur Reinigung des Getreides eingeführt. Vorher war das Getreide dadurch gereinigt worden, daß man es worfelte, das heißt gegen den Wind warf.

Eine entscheidende Rolle bei den Veränderungen in der Wirtschaftsführung der Güter im 18. und 19. Jahrhundert spielte der Übergang von der Fron- zur



Lohnarbeit, der zur Grundlage sowohl für eine intensivere Bewirtschaftung als auch für Änderungen in der landwirtschaftlichen Betriebsweise und der Agrartechnik wurde. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitstechnik in der Landwirtschaft scheiterten nämlich bisher vornehmlich am Widerstand und an der Nachlässigkeit der erbuntertägigen Bauern. Die unbezahlten Frondienste boten ihnen keinerlei Anreiz zur Vervollkommnung der Geräte und der Arbeitstechnik. Trotz der Festlegung des Arbeitspensums und der Beaufsichtigung während der Arbeit „auf dem Herrschaftlichen“ wurden die Arbeiten schlecht ausgeführt. In den Akten gibt es oft Bemerkungen darüber, daß die erbuntertägigen Bauern die schlechtesten Arbeiter auf das Vorwerk schickten, die schwächsten Zugtiere und das schlechteste Gerät. Erst nach Einführung der Lohnarbeit bemühten sich auch die Gutsverwaltungen, die Arbeiten so schnell wie möglich durchführen zu lassen, um die Kosten zu verringern. Die Verschiebung des Schwergewichts von der Fronarbeit zur Lohnarbeit war durch eine Reihe von Faktoren bedingt, deren wichtigster das Wachstum der Warenproduktion in der Landwirtschaft war. Dieser Entwicklungsprozeß ging sehr langsam und ungleichmäßig vor sich: Während des 18. Jahrhunderts spielte auf den Vorwerken die Fronarbeit noch die Hauptrolle. Nur allmählich verringerte sich auf den hier untersuchten Gütern die Anzahl der Fronarbeitstage, und ebenso langsam wuchs die Anzahl der ständigen Lohnarbeiter (Knechte, Deputatempfänger) und der Saisonarbeiter. Auf der Herrschaft Roś waren die Bauern in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verpflichtet, von je einer viertel Hufe wöchentlich vier Tage Spanndienst und vier Tage Frauenarbeit sowie jährlich zwanzig Tage zusätzlicher Dienste (in besonders dringenden Fällen, meist bei der Ernte) zu leisten. 1745 wurden die Dienste auf drei Tage Spanndienst und drei Tage Frauenarbeit je Woche herabgesetzt und die zusätzlichen Dienste gleichzeitig von zwanzig auf zwölf Tage pro Jahr vermindert. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verringerte sich die Anzahl der Fronarbeitstage weiter. Das Inventarbuch des Jahres 1786 enthält die Anweisung, daß in der Mehrzahl der Dörfer jeder Viertelhüfner wöchentlich zwei Tage Mannesarbeit und zwei Tage Frauenarbeit zu leisten habe. Die wachsende Zahl der Lohnarbeiter läßt sich nur bei den ständigen Deputatempfängern nachweisen; in bezug auf die Saisonarbeiter fehlt jegliches Quellenmaterial. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts arbeiteten auf den acht Vorwerken der Herrschaft Roś, abgesehen von den in der Verwaltung Beschäftigten, 13 Deputatempfänger. 1767 stieg ihre Zahl auf 19, und 1803 waren es bereits etwa 38. Diese Zahlen umfassen nur die in der Vorwerkswirtschaft Tätigen. Eine ähnliche Zunahme der Anzahl ständiger Lohnarbeiter beobachten wir auf dem Gut Boćki. Trotzdem ist auf diesen Gütern der Anteil der Lohnarbeit noch verhältnismäßig gering und beträgt in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts nur zehn bis sechzehn Prozent. Auf anderen Gütern Zentralpolens beträgt sie im gleichen Zeitraum schon ungefähr 38 Prozent.

Die Aufteilung der Arbeitstage eines Wirtschaftsjahres umfaßte sowohl die Arbeit der dienstpflichtigen Leibuntertanen als auch die der Tagelöhner. Der



Tabelle 2

Tätigkeit	Arbeitstage	in Prozent
Landwirtschaftliche Hauptproduktion	32 999	54,1
Wiesenbewirtschaftung	2 426	3,9
Viehzucht	4 688	7,7
Gartenwirtschaft	2 115	3,6
andere Arbeiten (Innen- transport, Wärterdienst, Holzfällen und Holz- abfuhr usw.)	18 755	30,7
	<u>60 983</u>	<u>100</u>

*Aufteilung der Arbeitstage nach  
Wirtschaftszweigen auf den Vor-  
werken des Gutes Roś in der Zeit  
vom 1. 7. 1803 bis 1. 7. 1804*

größte Teil der Arbeitstage, nämlich 54,1 Prozent, entfiel auf die direkt mit der pflanzlichen Produktion zusammenhängenden Arbeiten, 3,9 Prozent entfielen auf die Wiesenbewirtschaftung, 7,7 Prozent auf die Viehzucht und 3,6 Prozent auf die Gartenarbeit. Ein verhältnismäßig großer Teil der Arbeitstage wurde für direkt mit der allgemeinen Vorwerkwirtschaft zusammenhängende Arbeiten verwendet. Fuhrwerksdienste, Holzhauer- und Holzabfuhrarbeiten, Einzäunungsarbeiten, Zaunreparaturen usw. machten insgesamt ungefähr 30,7 Prozent aller Arbeitstage aus. Die Aufteilung der Arbeitstage nach Frondienst und Lohnarbeit ist auf Grund der Lückenhaftigkeit des vorhandenen Materials leider nicht möglich.

Tabelle 3

Tätigkeit	Arbeitstage	in Prozent
Brachfeldbestellung und Wintersaat	5 939	18,0
Feldbestellung für Sommergetreide und Sommersaat	3 288	10,0
Düngen	1 645	5,0
Jäten	712	2,1
Erntearbeiten	8 509	25,8
Dreschen	12 906	39,1
	<u>32 999</u>	<u>100</u>

*Aufteilung der Arbeitstage auf die  
einzelnen Tätigkeiten bei der land-  
wirtschaftlichen Hauptproduktion  
auf dem Gut Roś in der Zeit vom  
1. 7. 1803 bis 1. 7. 1804*

Innerhalb der für die pflanzliche Produktion verwendeten Arbeitstage nahm das Dreschen den größten Raum ein, etwa 39 Prozent. Auf die Feldbestellung entfielen 28 Prozent, das heißt nur wenig mehr als auf die Erntearbeiten (25 Prozent). Den geringsten Teil der Arbeitstage beanspruchten das Düngen (5 Prozent) und das Jäten (2 Prozent). Es gab allerdings gewisse Abweichungen innerhalb dieser Einteilung je nach den Ernteergebnissen. Ähnlich ist der prozentuale Anteil der Feldarbeitstage auf dem Gut Boćki. Nach diesen Unterlagen können wir errechnen, wieviel Arbeitstage durchschnittlich für die Be-

arbeitung von einem Hektar (der im betreffenden Jahr bestellten) Ackerfläche notwendig waren. Die Fuhrwerks- und Fußdienste wurden wegen der Ungenauigkeit der Quellenangaben zusammen angegeben. Die Berechnung ergibt für

Feldbestellung und Aussaat	9	Arbeitstag(e)
Düngen	2,6	„
Jäten	1	„
Erntearbeiten	8	„
Dreschen	12	„

Man darf also annehmen, daß zur Bearbeitung eines Hektars in der Zeit der Dreifelderwirtschaft bei überwiegendem Getreideanbau durchschnittlich etwa 32 Arbeitstage nötig waren. Diese Berechnungen werden durch die Angaben der in Zentralpolen gelegenen Güter von Nieborów<sup>11</sup> bestätigt, wo für die Bearbeitung eines Hektars etwa 35 Arbeitstage gebraucht wurden.

In dieser Zeit, in der das Brachensystem vorherrschte, beschränkte sich die pflanzliche Produktion im allgemeinen auf den Anbau der vier Grundgetreidearten (Roggen, Weizen, Gerste und Hafer), die etwa 95 Prozent der gesamten Aussaat ausmachten. Die restlichen 5 Prozent verteilten sich auf andere Getreidearten (Buchweizen und geringe Mengen Hirse), Hülsenfrüchte (Erbsen) sowie Öl- und Faserpflanzen (Raps, Hanf und Flachs).

Tabelle 4

*Veränderungen der Anbaustruktur auf den Potockischen Gütern im 18. Jahrhundert*  
(prozentualer Anteil der einzelnen Feldfrüchte an der jeweiligen Anbaufläche)

## a) auf dem Gut Roś

Feldfrucht	1736-44	1754-62	1763-71	1772-80	1781-89	1799-1805
Winterroggen	57,6	66,5	74,7	69,4	70,6	57,8
Winterweizen	0,6	1,4	0,9	1,8	1,6	3,4
Sommerroggen	2,7	1,0	0,5	—	—	—
Sommerweizen	1,5	0,5	—	—	—	—
Gerste	14,5	8,8	4,3	7,1	8,4	10,6
Hafer	19,2	15,1	16,8	18,8	16,9	25,1
Erbsen	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	0,8
Buchweizen	3,0	5,1	1,4	1,1	1,9	1,9
Hirse	—	0,1	—	—	—	—
Flachs	0,3	0,7	0,5	0,6	—	0,2
Hanf	0,2	0,3	0,5	0,6	—	0,2
Raps	—	0,1	0,1	—	—	—
Winterpflanzen insgesamt	58,2	67,9	75,6	71,2	72,2	61,5
Sommerpflanzen insgesamt	41,8	32,1	24,4	28,8	27,8	38,5

11 Archiwum Głównie Akt Dawnych, Warszawa, Archiwum Gospodarcze Nieborowskie (Wirtschaftsarchiv Nieborów), Nr 30-32 u. 79.

*b) auf dem Gut Bočki*

Feldfrucht	1728-36	1754-62	1781-89	1790-98	1799-1805
Winterroggen	39,5	41,9	50,3	49,2	45,3
Winterweizen	4,4	4,2	4,5	5,2	5,2
Sommerroggen	0,9	1,5	0,5	0,6	0,9
Sommerweizen	—	—	—	—	—
Gerste	9,7	7,7	8,1	8,8	9,3
Hafer	41,3	40,8	33,7	32,9	36,0
Erbsen	1,3	1,0	1,1	0,9	1,2
Buchweizen	2,2	2,0	1,0	1,4	1,2
Hirse	—	0,1	—	0,06	—
Flachs	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Hanf	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Raps	—	—	—	0,04	—
Winterpflanzen insges.	43,9	46,1	54,8	54,4	50,5
Sommerpflanzen insges.	56,1	53,9	45,2	45,6	49,5

*c) auf dem Gut Trościanica*

Feldfrucht	1728-36	1754-62	1763-71	1772-80
Winterroggen	60,9	51,6	68,0	69,7
Winterweizen	7,3	1,3	1,1	1,8
Sommerroggen	—	2,4	0,9	0,4
Sommerweizen	—	1,8	0,2	0,4
Gerste	12,3	12,0	6,6	8,9
Hafer	15,3	25,6	19,5	16,0
Erbsen	0,7	0,7	0,7	0,7
Buchweizen	2,7	3,7	2,0	1,5
Hirse	0,1	0,1	0,1	—
Flachs	0,3	0,3	0,3	0,2
Hanf	0,4	0,4	0,5	0,4
Raps	—	0,1	0,1	—
Winterpflanzen insges.	68,2	52,9	69,1	71,5
Sommerpflanzen insges.	31,8	47,1	30,9	28,5

*d) auf dem Gut Pratulín*

Feldfrucht	1751-62	1763-71	1772-80
Winterroggen	41,7	60,9	57,4
Winterweizen	6,3	2,4	5,5
Sommerroggen	4,1	0,6	—
Sommerweizen	—	—	—
Gerste	18,8	11,1	10,9
Hafer	23,7	21,0	23,2
Erbsen	1,1	0,6	0,6
Buchweizen	3,6	2,0	1,8
Hirse	0,2	0,1	0,1
Flachs	0,2	0,5	0,2
Hanf	0,3	0,8	0,3
Raps	—	—	—
Winterpflanzen insges.	48,0	63,3	62,9
Sommerpflanzen insges.	52,0	36,7	37,1

Der Anbau neuer Pflanzen spielte keine Rolle auf den untersuchten Gütern. Kartoffeln wurden erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt. Die Ausaatstruktur der Potockischen Güter deckt sich etwa mit der allgemeinen in Polen. Die tiefgreifenden Veränderungen in den sechziger Jahren, die zur Erhöhung der Produktion von Wintergetreide führten, kommen zwar auch in der Tabelle deutlich zum Ausdruck, ändern aber nicht das allgemeine Strukturgefüge. Die Ausdehnung des Roggenanbaus stand im Zeichen des Exports. Schwankte der Roggenanteil an der Gesamtaussaat in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwischen 30 bis 55 Prozent, so stieg er in den Jahren 1762 bis 1780 auf 40 bis 70 Prozent an.

Die Höhe der Ernteerträge ist das Grundkriterium für die Beurteilung der Wirtschaftsführung auf den Gütern. Sie sind der wichtigste Gradmesser aller Veränderungen, die in der landwirtschaftlichen Betriebsweise, in der Bestellungstechnik, im Düngen und in der Qualität der landwirtschaftlichen Geräte eintreten.

Tabelle 5

*Durchschnittliche Ernteergebnisse im Vielfachen der Saatmenge*

	1728-36	1736-44	1754-62	1763-71	1772-80	1781-89	1790-98	1799-1805
a) Roggen								
Roś	—	2,0	2,7	4,7	5,8	—	—	5,5
Boćki	3,4	—	2,2	—	5,5	5,3	5,7	4,8
Pratulín	—	—	3,5	7,8	8,6	—	—	—
Trościanica	2,1	—	3,0	5,1	5,4	—	—	—
Lada	—	—	—	4,8	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	4,7	8,9	—	—	—
Wołożyn	—	—	2,0	—	4,8	6,9	—	—
b) Weizen								
Roś	—	2,0	2,7	4,2	4,7	—	—	6,8
Boćki	5,0	—	2,8	—	5,9	5,4	6,7	4,9
Lada	—	—	—	6,5	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	3,4	11,7	—	—	—
Wołożyn	—	—	3,6	—	5,6	—	—	—
c) Gerste								
Roś	—	2,0	2,3	4,7	4,7	—	—	8,3
Boćki	4,4	—	4,1	—	5,4	7,4	5,5	8,6
Pratulín	—	—	4,3	7,8	—	—	—	—
Trościanica	3,6	—	3,0	5,7	—	—	—	—
Lada	—	—	—	5,4	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	5,6	—	—	—	—
Wołożyn	—	—	3,6	—	4,9	7,0	—	—

---

 1728-36 1736-44 1754-62 1763-71 1772-80 1781-89 1790-98 1799-1805
 

---

d) *Hafer*

Roß	—	1,4	1,7	3,7	—	—	—	5,8
Boćki	2,4	—	2,1	—	2,6	4,1	4,9	4,6
Pratulin	—	—	2,6	5,0	—	—	—	—
Trościanica	2,1	—	2,5	3,1	—	—	—	—
Lada	—	—	—	2,7	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	—	4,4	—	—	—
Wołożyn	—	—	1,8	—	2,1	3,2	—	—

e) *Erbsen*

Roß	—	1,0	2,6	3,4	5,4	—	—	7,8
Boćki	3,9	—	2,3	—	5,2	5,1	5,0	6,6
Lada	—	—	—	3,3	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	—	12,2	—	—	—
Wołożyn	—	—	—	3,6	6,3	5,6	—	—

f) *Hirse*

Roß	—	1,5	3,7	3,6	5,1	—	—	3,8
Boćki	2,8	—	2,2	—	2,5	3,1	5,2	7,1
Pratulin	—	—	2,6	3,9	—	—	—	—
Trościanica	2,0	—	—	—	—	—	—	—
Lada	—	—	—	4,5	—	—	—	—
Choroszcz	—	—	—	—	6,2	—	—	—
Wołożyn	—	—	3,1	—	4,3	4,6	—	—

Diese Aufstellung zeigt ein beachtliches Ansteigen der Erträge aller Getreidearten. Setzt man den Ernteertrag in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf den einzelnen Besitzungen gleich 100 (Pratulin und Wołożyn 1754 bis 1762 gleich 100), so ergibt sich folgender Index:

Tabelle 6

*Index der Ernteerträge auf den Potockischen Gütern und in der Grafschaft Wołożyn im 18. Jahrhundert*

Zeitraum	Roß	Bocki	Pratulin	Trościanica	Wołożyn
a) <i>Roggen</i>					
1728-1736	—	100	—	100	—
1736-1744	100	—	—	—	—
1754-1762	135	65	100	143	100
1763-1771	235	—	223	243	—
1772-1780	290	161	245	257	240
1781-1789	—	156	—	—	345
1790-1798	—	168	—	—	—
1799-1804	275	141	—	—	—

Zeitraum	Roś	Bočki	Pratulín	Trościanica	Wolożyn
b) <i>Weizen</i>					
1728—1736	—	100	—	—	—
1736—1744	100	—	—	—	—
1754—1762	135	56	—	—	100
1763—1771	210	—	—	—	—
1772—1780	235	118	—	—	163
1781—1789	—	108	—	—	144
1790—1798	—	134	—	—	—
1799—1804	340	98	—	—	—
c) <i>Gerste</i>					
1728—1736	—	100	—	100	—
1736—1744	100	—	—	—	—
1754—1762	115	93	—	83	100
1763—1771	235	—	—	158	—
1772—1780	235	123	—	—	136
1781—1789	—	168	—	—	198
1790—1798	—	125	—	—	—
1799—1805	415	196	—	—	—
d) <i>Hafer</i>					
1728—1736	—	100	—	100	—
1736—1744	100	—	—	—	—
1754—1762	121	87	—	119	100
1763—1771	200	—	—	147	—
1772—1780	264	108	—	—	116
1781—1789	—	170	—	—	177
1790—1798	—	204	—	—	—
1799—1804	414	191	—	—	—

Die größte Zunahme der Ernteerträge beobachten wir auf dem Gut Roś. Wenn man die ersten neun Jahre in der Tabelle mit den letzten vergleicht, ergibt sich hier als Zuwachskennziffer für Roggen 275, für Weizen 340, für Gerste 415 und für Hafer 414. Selbst wenn man annimmt, daß die Jahre 1736 bis 1744 äußerst schlechte Ernten hatten und die Jahre 1799 bis 1805 ungewöhnlich gute Ernten brachten, gestattet der Zuwachs in den übrigen Jahren den Schluß, daß die Ernteerträge aller Getreidearten im Durchschnitt annähernd um das Zwei- bis Dreifache stiegen.

Auf dem Gut Bočki ging der Anstieg langsamer vor sich. Das rührt zum Teil daher, daß der zum Ausgangspunkt gewählte Zeitabschnitt 1728 bis 1736 hier verhältnismäßig hohe Ernteerträge aufwies. Die niedrigsten Ernteergebnisse lagen in den Jahren 1754 bis 1762. Ein Vergleich der Ernteergebnisse dieser Jahre mit denen der Jahre 1799 bis 1805 ergäbe eine wesentlich höhere Zuwachsrates. In diesem Falle wollen wir jedoch nicht auf die angenommene

Vergleichsgrundlage verzichten, da das lückenhafte Quellenmaterial kein Urteil darüber zuläßt, welche der beiden Ertragsziffern für das Gut Boćki als normal gelten kann. Auch ob das Absinken der Erträge in den Jahren 1754 bis 1762 eine zufällige Erscheinung ist oder eine allgemeine Tendenz zum Ausdruck bringt, ist schwer zu entscheiden. Allgemein kann man sagen, daß die Ernteerträge auf dem Gut Boćki gegen Ende des Jahrhunderts bei Roggen auf das Anderthalbfache, bei Gerste und Hafer auf das Doppelte angestiegen waren. Obwohl für Trościanica und Pratulin nur wenige Angaben vorhanden sind, bestätigen auch sie diese Forschungsergebnisse.

Die beachtliche Ertragszunahme war nicht nur für die Potockischen Güter charakteristisch, sondern eine allgemeine Entwicklungstendenz, wie die Erträge von Wołożin zeigen.

Die Ertragshöhe der einzelnen Jahre schwankt allerdings viel stärker, als das in den Neunjahresdurchschnitten zum Ausdruck kommt. Die Gründe dafür liegen in der Hauptsache in der landwirtschaftlichen Betriebsweise, in der Technik der Feldbestellung und in der vollkommenen Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von der Witterung. Die Brache sowie das nachlässige und wiederholte Umlegen des Bodens zerstörten die Bodenstruktur und machten den Acker besonders anfällig für Witterungseinflüsse. Die verbesserte Agrartechnik führte zwar zu einer beachtlichen Zunahme der Durchschnittserträge, konnte aber die großen Schwankungen in der Ertragshöhe nicht ausschalten.

Nach 1760 stiegen die Ernteerträge so stark an, daß trotz aller Schwankungen die niedrigsten Erträge eines einzelnen Jahres im letzten Viertel des Jahrhunderts mindestens den Höchstertrag in der ersten Hälfte des Jahrhunderts erreichten oder ihn sogar übertrafen. So waren auf dem Gut Roś 1736 bis 1760 Roggenernten, die das 3- bis 3,5fache der Aussaat betrug, Höchsterträge. 1770 bis 1805 stellten sie jedoch Minimalerträge dar.

Tabelle 7

*Durchschnittliches Druschergebnis auf den Potockischen Gütern*

in hl pro Hocke

Zeitraum	Roś	Boćki	Pratulin	Trościanica
a) Roggen				
1728—1736	—	1,39	—	1,16
1736—1744	0,99	—	—	—
1754—1762	1,16	1,40	1,38	1,08
1763—1771	1,30	—	1,44	1,38
1772—1780	1,07	1,48	1,08	1,22
1781—1789	—	1,61	—	—
1790—1798	—	1,54	—	—
1799—1805	0,92	1,46	—	—



Zeitraum	Roś	Boćki	Pratulín	Trościanica
b) <i>Weizen</i>				
1728–1736	–	1,12	–	–
1736–1744	0,73	–	–	–
1754–1762	0,67	0,92	0,71	–
1763–1771	0,82	–	0,81	–
1772–1780	0,80	1,16	0,81	–
1781–1789	–	1,17	–	–
1790–1798	–	1,31	–	–
1799–1805	0,71	0,96	–	–
c) <i>Gerste</i>				
1728–1736	–	1,25	–	0,97
1736–1744	0,73	–	–	–
1754–1762	0,89	1,24	1,22	1,02
1763–1771	1,07	–	1,09	1,04
1772–1780	0,82	1,10	0,94	–
1781–1789	–	1,54	–	–
1790–1798	–	1,20	–	–
1799–1805	0,91	1,44	–	–
d) <i>Hafer</i>				
1728–1736	–	1,52	–	1,41
1736–1744	1,05	–	–	–
1754–1762	1,23	1,46	1,60	1,36
1763–1771	1,38	–	1,76	1,44
1772–1780	1,22	1,64	1,61	–
1781–1789	–	1,91	–	–
1790–1798	–	1,92	–	–
1799–1805	1,13	1,68	–	–

Die durchschnittlichen Druschergebnisse pro Hocke in den vier Gütern der Familie Potocki und in der Grafschaft Wołożyn blieben bei den vier Grundgetreidearten in den angeführten Zeitabschnitten fast gleich. Die unbedeutenden Abweichungen stehen in gar keinem Verhältnis zu den Schwankungen im Ernteertrag. So wurde zum Beispiel auf dem Gut Roś in den Jahren 1736 bis 1744 mit einem Ertrag, der dem Zweifachen der Saatmenge entsprach, die niedrigste Roggenernte erzielt. Die Erträge stiegen in den Jahren 1799 bis 1805 auf das 5,5fache an, während sich das Druschergebnis pro Hocke gar nicht veränderte, ja sogar etwas abnahm, indem es von durchschnittlich 0,99 Hektolitern im Zeitraum 1736 bis 1744 auf 0,92 Hektoliter im Zeitraum 1799 bis 1805 sank. Wie wenig die Ernteerträge mit den Druschergebnissen pro Hocke zusammenhängen, zeigt eine Zusammenstellung aus den Akten des Gutes Roś für die Jahre mit außerordentlich niedrigen und außerordentlich hohen Ernteerträgen.

Tabelle 8

Jahr	Ertrag als Vielfaches der Saatmenge	Druschergebnis pro Hocke in Hektoliter	<i>Vergleich der Ernteerträge mit den Druschergebnissen</i>
1736	1,6	1,13	
1766	2,0	1,18	
1767	2,0	1,35	
1770	8,9	1,34	
1771	9,1	1,43	
1776	8,7	1,11	

Ähnlich liegen die Dinge bei anderen Getreidearten und auf anderen Gütern. Die Höhe der Ernteerträge war also von der Zahl der Hocken, die von der gleichen Fläche eingebracht wurden, abhängig, mit anderen Worten: vom Aufgehen des Saatguts. Die entscheidenden Faktoren für die Erhöhung des Ernteertrages lagen daher in den Maßnahmen, die bewirkten, daß die Mehrzahl der ausgesäten Samenkörner Frucht trug:

1. Vorverlegung der Saat- und Erntetermine,
2. sorgfältigere Feldbestellung,
3. Übergang vom Vierfurchen- zum Achtfurchen-Saatbeet und
4. bessere Reinigung des Getreides.

Auch die Veränderung der landwirtschaftlichen Betriebsweise und der Aussaatstruktur auf den Potockischen Gütern dürfen als Ursache der Ertragszunahme nicht übersehen werden; denn bei der Mehrheit dieser Güter begann die Ertragszunahme unmittelbar im Anschluß an diese Maßnahmen. Die Umwandlung des Dreifeldersystems in das Zweifeldersystem beeinflusste die Ertragshöhe zwar nicht direkt; die Ernteerträge stiegen auch auf den Gütern, wo die Dreifelderwirtschaft beibehalten wurde, wie zum Beispiel in Wołożyn. Die Verringerung der Anbauflächen führte jedoch zu einer sorgfältigeren Feldbearbeitung und gestattete, unfruchtbaren Boden unbearbeitet zu lassen. Trotz der verringerten Fläche nahm die Getreideproduktion zu.

Mittelbar führten auch die Erweiterung und das bessere Funktionieren der Gutsverwaltungen nach 1760 sowie die Tatsache, daß sich die Diebstähle an Feldfrüchten durch eine genauere Kontrolle und Rechnungslegung und die bessere Beaufsichtigung des Erntegutes verringerten, zu größeren Erträgen.

Ein zahlenmäßig nicht zu erfassender, aber nicht unwichtiger Faktor liegt in den eventuellen klimatischen Veränderungen zwischen der ersten und der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Vor 1760 erreichten relativ häufige Mißernten oft noch nicht einmal die Menge des eingebrachten Saatgutes. Nach 1760 gab es fast keine Mißernten.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß in den von der Verfasserin untersuchten Gebieten die Roggenerträge im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts auf den Großgrundbesitzungen durchschnittlich etwa das 5,5fache der Aussaatmenge betragen (auf den Gütern Boćki, Roś, Trościanica und Wołożyn)

und bei besonders guten Böden sogar das Sieben- bis Achtfache erreichten (auf den Vorwerken Choroszcz und Sobolew, die Izabela Branicka gehörten, und auf dem Gut Pratulin). Im Vergleich mit anderen Teilen Polens müssen diese Erträge als hoch bezeichnet werden. In Großpolen erzielte man auf den Gütern von Gniezno und Przygodkzice etwa das 3,5- bis 4fache der Aussaatmenge<sup>12</sup>, auf den Gütern von Nieborów, wo verhältnismäßig gut gewirtschaftet wurde, das Fünffache<sup>13</sup> und auf den Gütern von Opatów das 4,3fache<sup>14</sup>.

Die Weizenenerträge machten auf den untersuchten Gütern etwa das Vier- bis Fünffache, die Gerstenenerträge das 4,5- bis 5,5fache, die Hafererträge das Drei- bis Vierfache, die Erbsenerträge das 4,5- bis 5fache und die Hirseerträge das 2,5- bis 5fache der Aussaatmenge aus.

Berechnet man diese Ergebnisse nach den bekannten Roggenaussaatnormen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß auf den Potockischen Gütern pro Hektar je nach der Saatchichte etwa 300 bis 880, durchschnittlich also etwa 500 Kilogramm geerntet wurden.

Tabelle 9

*Die Veränderung des Verhältnisses zwischen Aussaat- und Erntemengen bei den vier Grundgetreidearten auf den Potockischen Gütern (Index)*

Zeitraum	Saatgutmenge	Erntemenge
<i>a) auf dem Gut Roś</i>		
1736—1744	100	100
1754—1762	79	110
1763—1771	75	169
1772—1780	58	188
1781—1789	75	—
1799—1805	76	243
<i>b) auf dem Gut Boćki</i>		
1728—1736	100	100
1754—1762	87	76
1772—1780	75	—
1781—1789	74	128
1790—1798	74	138
1799—1803	82	141
<i>c) auf dem Gut Trościanica</i>		
1728—1736	100	100
1754—1762	94	103
1763—1771	110	282
1772—1780	89	188

<sup>12</sup> Topolski, J., a. a. O., S. 217; Szczygielski, W., a. a. O., S. 153.

<sup>13</sup> Baranowski, B., a. a. O., S. 20—23.

<sup>14</sup> Różycka, M., a. a. O., S. 173.

Zeitraum	Saatgutmenge	Erntemenge
<i>d) auf dem Gut Pratulín</i>		
1751—1762	100	100
1763—1771	60	109
1772—1780	65	109

Den größten Produktivitätsanstieg verzeichnete das Gut Roś. Im Vergleich zu den Jahren 1736 bis 1744 stieg der Produktionsindex für die vier Grundgetreidearten bis zum Zeitraum 1763 bis 1780 annähernd auf 175 und bis zum Zeitraum 1799 bis 1805 auf 243. Die Aussaatmenge verringerte sich dagegen um ein Viertel, während der Index der Hektarerträge auf 150 bis 200 stieg. Die Produktionszunahme umfaßte alle vier Grundgetreidearten, obwohl die Aussaatmenge bei Sommergetreide in einem viel größeren Maße abnahm als bei Wintergetreide.

Im Zusammenhang mit der bedeutenden Zunahme der Getreideproduktion änderte sich auch die Struktur des Getreideverbrauchs. Der prozentuale Anteil des für die Ausfuhr bestimmten Getreides stieg auf Kosten der für Saatgut bestimmten Mengen. Aus dem Gut Roś wurde zum Beispiel im Zeitraum 1763—1777 fast dreimal soviel Roggen ausgeführt wie im Zeitraum 1736 bis 1744.

Die Angaben über die gesamte Getreideausfuhr Polens in dieser Zeit bestätigen die allgemeine Zunahme der Warenproduktion bei Getreide. Im Zeitraum 1700 bis 1719 wurden über den Hafen Gdańsk jährlich 20000 Last (1 Last = 60 Danziger Scheffel) exportiert, 1720 bis 1760 waren es bereits 31000 Last und 1762 bis 1769 sogar 56000 Last pro Jahr.<sup>15</sup>

In den zunehmenden Exportmöglichkeiten spiegelte sich letzten Endes auch die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft wider, die ihrerseits eng verbunden war mit den allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen jener Zeit.

<sup>15</sup> *Rutkowski, J.*, Historia gospodarcza Polski (Wirtschaftsgeschichte Polens), Warschau 1953, S. 563.

## RESUMÉ

Niniejszy artykuł ma na celu przedstawienie techniki, organizacji i wyników produkcji roślinnej w wielkiej własności na terenie Białostockiego, Grodzieńskiego i północnej części województwa lubelskiego w drugiej połowie XVIII w. Praca została oparta głównie na Archiwum Roskim zawierającym materiał źródłowy dla dóbr należących w owym czasie do Potockich (klucz roski, boćkowski, trościanicki i pratuliński). Ponadto dla celów porównawczych opracowano również materiały dla dóbr zwanych białostockimi należącymi w drugiej połowie XVIII w. do Izabeli Branickiej (dobra białostockie, klucz tykociński, starostwo bielskie) oraz dla dóbr wolożyńskich położonych na terenie Wileńskiego należących w tym okresie do Czartoryskich.

Sprzyjająca koniunktura na zboże w latach 1760 – 1770 była przyczyną szeregu ulepszeń, mających na celu podniesienie produkcji zbożowej w dobrach wielkiej własności. Kluczowym problemem jaki stanął przed właścicielami dóbr wielkiej własności była zamiana przestarzałego systemu rolniczego – trójpolówki z ugorom. To też w niektórych dobrach (np. arcybiskupstwa gnieźnieńskiego, Ordynacji Zamojskiej) dążono do częściowego ulepszenia trójpolówki przez zmniejszenie ugorów i siew nowych upraw. W przeciwnieństwie do tych typowych dróg podniesienia produkcji, zmiany wprowadzone w dobrach Potockich po 1760 r. polegają na zwiększaniu ugorów i likwidacji części upraw. W 1762–1763 r. w myśl nowo wydanej instrukcji większość folwarków dóbr Potockich zmienia podział pól z trzech na 2 pola, likwiduje uprawę zbóż jarych i wprowadza uprawę żyta na jednym polu a ugór na drugim. Świadczy to o całkowitym załamaniu się dotychczasowego systemu zarówno pod względem technicznym, jak i społecznym. Powierzchnia pól okazała się zbyt rozległa dla dobrego uprawiania i nawożenia przy prymitywnych narzędziach, braku rąk pańszczyźnianych i słabej hodowli. Niskie dochody z uprawy roli nie pozwalały na zatrudnienie sił najemnych. Bardzo zła uprawa i brak nawozu prowadził do całkowitego wyjałowienia ziemi. W tej sytuacji najprostszym rozwiązaniem było zmniejszenie areału uprawnego, co pozwalało na lepszą uprawę i dawało dłuższy odpoczynek ziemi. Wprowadzenie dwupolówki nastawionej wyłącznie na uprawę żyta przyniosło administracji dóbr spodziewane rezultaty. Z punktu widzenia celów doraźnych ocenić trzeba tę innowację dodatnio, choć w dalszych następstwach przy wieloletnim trwaniu tego systemu, prowadził on do niszczenia gleby, z czego zresztą zdawała sobie sprawę administracja dóbr i w końcu XVIII w. stopniowo przywracano w folwarkach układ trójpolowy.

W związku z przejściem większości folwarków w 1762 r. na 2-polówkę zmienia się znacznie struktura wysiewów w dobrach Potockich. Maleją zasiewy zbóż jarych, wzrasta znacznie wysiew żyta przeznaczonego w większości na wywóz. W pierwszej połowie XVIII w. udział żyta w wysiewie wahał się w granicach 30–55%, a w latach 1762–1780 wzrasta do 40–70%. W tym okresie wprowadzono ponadto szereg zmian i ulepszeń, które chociaż nie wykraczały poza ramy dotychczasowego systemu wydajnie jednak przyczyniły się do zwiększenia produkcji. Należy tu przede wszystkim podkreślić takie momenty:

1. wcześniejsze terminy wysiewów i zbiorów,
2. dokładniejsza uprawa i zwracanie uwagi na zaoranie całego pola,

3. przejście z wąskich 4-skibowych zagonów na szersze 8-skibowe,
4. czyszczenie zboża za pomocą harf i młynków.

Obok zmian w systemie i technice produkcji, autorka omawia zagadnienie sił roboczych, pracochłonności poszczególnych robót i wydajności pracy. Ze względu na typ zachowanych hóródeł, zagadnienia te opracowano przede wszystkim dla przełomu XVIII i XIX w. Można jedynie stwierdzić, że liczba zatrudnionych stałych ordynariuszy w folwarkach klucza roskiego wzrasta w końcu XVIII w. prawie trzykrotnie w stosunku do połowy tego stulecia. Mimo to, obliczenia na podstawie danych z pierwszych lat XIX stulecia wykazały, iż w dobrach Potockich jeszcze w tym okresie udział pracy najemnej (stałej i sezonowej) był minimalny i wynosił zaledwie 10–16% robocizny, a większość prac była wykonywana przy pomocy robocizny pańszczyźnianej. Podczas gdy w innych dobrach w tym okresie w Polsce Centralnej, udział pracy najemnej był nieco większy i sięgał do 37%. Obliczono, iż liczba dniówek roboczych związanych z produkcją rolną wynosiła ponad 50% ogólnej liczby dniówek. Na uprawę 1 ha potrzeba było około 32–35 dniówek.

Najbardziej czułym wskaźnikiem, pozwalającym na ocenę poziomu techniki rolnej oraz zmian jakie wystąpiły w badanym okresie jest wysokość plonów. Rezultatem zmian w systemie rolnym i technice produkcji był znaczny wzrost plonów w latach 1760–1770, który utrzymał się aż do końca badanego stulecia. W porównaniu z plonami w latach 1730–1760 plony 4 podstawowych zbóż w dobrach Potockich wzrastają około 2–3 razy. Podobny wzrost plonów w tym okresie występuje w hrabstwie wołyńskim. Przeciętna wysokość plonów w okresie 1762–1804 kształtuje się następująco: dla żyta – 5 ziaren, a wyjątkowo nawet w folwarkach o bardzo dobrej glebie – 6–8 ziaren, dla pszenicy 5–7 ziaren, jęczmienia 5–8 ziaren, owsa 3–5 ziaren.

Wzrost plonów w dobrach Potockich spowodował, mimo zmniejszenia ilości zasiewów, znaczny wzrost produkcji zbożowej. W okresie 1762–1804 przeciętne wysiewy maleją o 0,75–0,80 raza, a zbiory wzrastają 1,5–2 razy w stosunku do okresu poprzedniego. W związku ze znacznym wzrostem produkcji zmienia się struktura rozchodu zbóż; zmniejsza się znacznie procent ziarna przeznaczonego na siew, a wzrasta procent ziarna przeznaczonego na wywóz. W kluczu roskim na przykład w latach 1763–1777 wywożono zagranicę prawie 3 razy więcej żyta niż w latach 1736–1744.

Potwierdzeniem, iż wzrost produkcji towarowej zboża w badanych dobrach nie był faktem odosobnionym, są dane o wywozie zboża z Polski w tym okresie. W latach 1700–1719 wywożono przez Gdańsk 20 tys. łasztów rocznie, w latach 1720–1760 – 31 tys., a w latach 1762–1769 – 56 tys. Te możliwości eksportowe wpływały w poważnym stopniu nie tylko na układ stosunków społecznych, ale jak widać z przytoczonych danych, na system uprawy roli.

# Die Darstellung der Pauperes in den *Historiae Gregors von Tours*

Ein Beitrag zur sozialökonomischen Struktur Galliens im 6. Jahrhundert

VON JOHANNES SCHNEIDER

Das südliche Gallien war der Teil des spätantiken Imperium Romanum, der auch noch in dessen letzten Jahrhunderten seinen Reichtum und seine Kultur hatte wahren können. Darin unterschied es sich nicht nur von den meisten übrigen Provinzen des sich langsam auflösenden Reiches, sondern auch von der angrenzenden nördlichen, schwächer romanisierten Hälfte Galliens, so daß es unbestritten das Zentrum des ökonomischen, geistigen und auch kirchlichen Lebens im gallischen Raum darstellte.<sup>1</sup> So blieb es auch bis zum Ausgang des 5. Jahrhunderts. Dann aber begann sich das Schwergewicht immer eindeutiger nach dem mittleren und dem nördlichen Gallien zu verlagern, bis schließlich in der Karolingerzeit die Vorrangstellung ganz auf diesen Reichsteil überging.<sup>2</sup> Gewiß war auch das Land südlich der Loire von den Franken gewaltsam gewonnen worden, und die Franken hatten sich hier nicht weniger unabänderlich festgesetzt, als es etwa die Langobarden in Italien getan hatten. Aber weder war die Eroberung dieses gallischen Gebietes so katastrophenartig erfolgt wie im Falle der anderen Provinzen des römischen Reiches, noch verliefen hier, auch schon infolge der zahlenmäßigen Relation, die Überschichtung und Durchdringung der alteingesessenen Bevölkerung durch die Franken so intensiv, daß diese nicht weitgehend ihre bisherige gesellschaftliche Ordnung und Lebensform zunächst hätte beibehalten können, obwohl der Stand der Entwicklung, den die germanischen Franken damals erreicht hatten, ihre Rechtsauffassung, die Stellung und Funktion ihres Adels und ihr bäuerliches Gefolgschaftswesen völlig neue und einflußstarke Elemente für das traditionsreiche Land bedeuteten.<sup>3</sup> Der gallorömische Provinzialadel war samt seinem Großgrundbesitz jedenfalls im wesentlichen intakt geblieben, intakt geblieben waren auch das System der spätantiken Civitates mit ihrer Munizipalverfassung, der darauf basierende Fernhandel, die Geldwirtschaft sowie das hochentwickelte römische Steuer- und Zollsystem, und sie vermochten noch etliche Generationen hin-

1 Vgl. *Génicot, Léopold*, *Aux origines de la civilisation occidentale. Nord et Sud de la Gaule*, in: *Miscellanea Historica in honorem Leonis van der Essen*, Bd 1, Brüssel-Paris 1947, S. 82 ff.

2 Vgl. ebenda, S. 92.

3 Vgl. *Bosl, Karl*, *Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa*, München-Wien 1964, S. 232 ff.



durch fortzuleben, bis als Folge der inneren Auflösung der merowingischen Königsmacht im 7. Jahrhundert und der Sarazenenfälle zu Beginn des 8. Jahrhunderts auch diese letzten Träger der unmittelbaren Kontinuität dahingeschwunden waren.<sup>4</sup> Die neue geistige Großmacht der ausgehenden Antike dagegen, die katholische Kirche, vermochte sie nicht nur zu überdauern, sondern sie hatte sogar neue Kräfte gewonnen und ihren Herrschaftsanspruch und Herrschaftsbereich entscheidend konsolidiert.<sup>5</sup>

So ist es nicht verwunderlich, daß trotz des sonst weithin zu beobachtenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs, den das Eindringen der Barbaren in die Alte Welt zur Folge hatte, am ehesten noch in diesem Raum, in dem sich die antiken Formen relativ unberührt hatten fortentwickeln können<sup>6</sup>, der Übergang zwischen der dahinsterbenden römischen Sklavenhaltergesellschaft einerseits und dem emporkommenden frühfeudalen merowingisch-fränkischen Staat andererseits relativ langsam und kontinuierlich vor sich ging<sup>7</sup>, und vornehmlich war es das 6. Jahrhundert, dem in diesem Prozeß eine besondere Funktion zufiel. Denn während seiner ersten Jahrzehnte hatte sich das Königsgeschlecht der Merowinger im Anschluß an die zielbewußte Politik Chlodwigs, die weitgehend auf eine Übernahme und Einschmelzung römischer Institutionen ausgerichtet war<sup>8</sup>, die ökonomische Basis schaffen können, auf die gestützt es den neuen Staat organisierte und ausbaute<sup>9</sup>, nicht zuletzt mit dem Ziel, die gallorömische Bevölkerung seinem System einzugliedern und politisch und ökonomisch abhängig zu halten. Jedoch war das wiederum undurchführbar ohne die Mitwirkung der spätrömischen Großgrundbesitzeraristokratie Galliens. Diese hatte sich im 4. und 5. Jahrhundert aus den in Gallien ansässigen und mit den Institutionen des alten Imperiums noch eng verwachsenen Senatorensgeschlechtern herausgebildet<sup>10</sup>, dann aber hatte sie sich unter dem Einfluß der neuen Verhältnisse allmählich so von ihrer alten ideologischen Grundlage gelöst, daß sie, obwohl sie neben der Kirche weiterhin der entscheidende Vermittler der antiken Tradition blieb, schließlich zu einem integrierenden und wesentlichen Element der neuen Klasse der Feudalherren und damit der neuen frühmittelalterlichen Gesellschaft wurde.

4 Vgl. *Buchner, Rudolf*, Das merowingische Königtum, in: Das Königtum. Seine geistigen und rechtlichen Grundlagen, Mainauvorträge 1954, Lindau u. Konstanz 1956, S. 148 u. 151 (freundlicher Hinweis von Bernhard Töpfer).

5 Zur Funktion der Kirche als Kontinuitätsträger vgl. auch *Töpfer, Bernhard*, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 13. Jg. 1965, S. 788. 6 Vgl. ebenda.

7 Zum Kontinuitätsproblem speziell vgl. ebenda, S. 785 ff. u. 807.

8 Vgl. *Buchner, Rudolf*, a. a. O., S. 147 f.

9 Vgl. *Stern, Leo/Bartmuß, Hans-Joachim*, Deutschland in der Feudalepoche von der Wende des 5./6. Jahrhunderts bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts, Berlin 1963, S. 49 ff.

10 Vgl. *Stroheker, Karl Friedrich*, Der senatorische Adel im spätantiken Gallien, Tübingen 1948, S. 3.

Mitten in dieses ausgesprochen als Übergangsperiode sich charakterisierende 6. Jahrhundert hinein mit seinem gleichzeitig der entsinkenden Antike und dem neu heraufsteigenden Mittelalter zugewandten Doppelgesicht<sup>11</sup> und in eben diesem gallischen Raum, in dem die Kraftströme, die von den neuen Zentren, aber durchaus auch noch vom alten Rom ausgingen, unmittelbar aufeinandertrafen und am innigsten verschmolzen, wurde Georgius Florentius geboren. Mit seiner Lebenszeit von 538 oder 539 bis wohl 594 hat er fast die ganze zweite Hälfte des 6. Jahrhunderts umspannt und hat seit 573 als Bischof Gregor von Tours rund zwei Jahrzehnte lang nicht nur zu den bedeutendsten Vertretern des gallischen Episkopats gehört, sondern dank seiner Herkunft aus einer der führenden senatorischen Familien des Landes auch auf der höchsten Ebene des politischen Lebens seiner Zeit eine wichtige Rolle gespielt.<sup>12</sup>

Neben umfangreichen hagiographischen Schriften, deren bedeutender Ausgewert für die Sozialstruktur Galliens im 6. Jahrhundert erst kürzlich in den ergebnisreichen Forschungen von F. Graus mit erschlossen worden ist<sup>13</sup>, entstammen seiner Feder die *decem libri Historiarum*. Schon durch ihre ungekünstelte Frische, ihre unmittelbare Anschaulichkeit und Lebensnähe üben sie einen solchen Reiz aus, daß man, wie Ranke sagte, „Gregor nicht weglegen kann, ohne ihn bis zu Ende gelesen zu haben.“<sup>14</sup> Vor allem aber stellen sie die wichtigste und ausführlichste literarische Quelle dar, die aus dem 6. Jahrhundert überliefert ist und eine relativ gute Kenntnis des merowingischen Gallien dieser Zeit vermittelt, zumal sie in wesentlich geringerem Maße idealisiert und stilisiert und auch weniger zweckgebunden ist, als es die Heiligenlegenden sind.<sup>15</sup> Außerdem wiegt ihre Bedeutung deshalb um so schwerer, weil abgesehen von der Lex Salica spezielle juristische und urkundliche Texte für diesen Raum nur in geringem Umfang vorhanden sind.

Freilich war Gregor begreiflicherweise zunächst der Vertreter seines Standes und seiner Stellung<sup>16</sup>, und so galt sein vornehmliches Interesse auch in der Frankengeschichte erst einmal den führenden Vertretern des gallischen Episkopats und aktuellen theologischen Problemen, zum anderen den maß-

11 Vgl. *Hellmann, Siegmund*, *Ausgewählte Abhandlungen zur Historiographie und Geistesgeschichte des Mittelalters*, Weimar 1961, S. 63.

12 Zur Biographie Gregors von Tours vgl. *Wattenbach, Wilhelm/Levison, Wilhelm*, *Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter. Vorzeit und Karolinger*, H. 1, bearb. v. Wilhelm Levison, Weimar 1952, S. 99 ff.; *Buchner, Rudolf*, *Einführung zu: Gregor von Tours. Zehn Bücher Geschichten*, auf Grund der Übersetzung Wilhelm v. Giesebrechts neubearb., Bd 1, Berlin o. J., S. VIII ff.; zur Prosopographie vgl. *Stroheker, Karl Friedrich*, a. a. O., S. 179 f.

13 *Graus, František*, *Volk, Herrscher und Heiliger im Reich der Merowinger, Studien zur Hagiographie der Merowingerzeit (im folgenden: Volk)*, Prag 1965.

14 *Ranke, Leopold v.*, *Weltgeschichte*, Bd 4, 2, 367, zit. nach *Hellmann, Siegmund*, a. a. O., S. 70.

15 Über diese vgl. *Graus, František*, *Volk*, a. a. O., S. 442 ff.

16 Vgl. *Stroheker, Karl Friedrich*, a. a. O., S. 127 ff.

geblichen Männern und Frauen aus dem merowingischen Königshaus und aus der aristokratischen Oberschicht samt den verschlungenen politischen und diplomatischen Vorgängen seiner Zeit, an denen er öfter selbst auch unmittelbar beteiligt war. Aber dadurch, daß er sie in seiner Darstellung alle in die reale und von ihm durchaus auch realistisch gezeichnete Umwelt hineinstellte, in die sie gehörten, berührte er in seinen Geschichten zwangsläufig auch die Welt und das Los der Menschen aus den niederen Schichten.

So tauchen bei Gregor neben den als Personen meist sehr plastisch gezeichneten verschiedenen Königen und Grafen oder den zahlreichen Bischöfen und sonstigen Angehörigen des Klerus auch die *pauperes* mit auf, wenn auch nicht im gleichen Umfang<sup>17</sup> wie jene. Jedoch ist gerade dieses Wort als Kontrastbegriff zu den Bezeichnungen für die Vertreter der Oberschichten, die in der Literatur dieser Epoche unter anderem als *potentes*, *proceres* oder *meliores* erscheinen, bei der soziologischen Analyse der spätantik-frühmittelalterlichen Gesellschaft außerordentlich wichtig, und so ist es kein Zufall, daß ihm in der Forschung der letzten Zeit wiederholt eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.<sup>18</sup> Freilich muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß sich der Bereich seiner Bedeutungen, die nach verschiedenen Richtungen hin ausstrahlen, schon der Natur des Wortes nach keineswegs so präzise abstecken läßt, wie es etwa bei Begriffen wie *rex*, *senator* oder selbst auch *colonus* der Fall ist, da bei ihm jeweils sowohl ethische und religiöse als auch soziale und ökonomische Komponenten in den verschiedensten Abstufungen mitzuschwingen pflegen. Und vollends war Gregor, der geborene Erzähler, dem es vor allem

17 Im Index der maßgeblichen kritischen, von Bruno Krusch und Wilhelm Levison besorgten Ausgabe der *Monumenta Germaniae historica* (Scriptores rerum Merovingicarum. I 1. Gregorii episcopi Turonensis libri historiarum X. Ed. altera. Hannoverae 1951), nach der hier – ohne Wiederholung des Titels – zitiert wird, ist das Lemma *pauperes* allerdings nur ein einziges Mal, und noch dazu nur mit einem Verweis, vertreten. Dabei umfaßt der von Wilhelm Levison selbst erarbeitete Index der Lexica et Grammatica nicht weniger als 74 Seiten. Ohne nun daraus eine unbillige generelle Forderung ableiten zu wollen, spiegelt dieser Sachverhalt in gewisser Weise doch wider, daß die hier berührte Fragestellung damals noch wenig aktuell war. In Wirklichkeit findet sich *pauper* in Gregors Historien an über 60 Stellen, zu denen noch 5 Belege für *paupertas* kommen. – In der material- und kenntnisreichen Arbeit von MacGonagle, Sara Hansell, *The poor in Gregory of Tours. A study of the attitude of Merovingian society towards the poor as reflected in the literature of the time*, phil. Diss. New York 1936, ist das Armenproblem vornehmlich im Hinblick auf das nach der Auffassung der Verfasserin gerade im 6. Jahrhundert einen Höhepunkt erreichende soziale Wirken der Kirche und der in ihr wurzelnden mystisch-religiösen Kräfte dargestellt, ein Aspekt, der zu einseitig ist und zwangsläufig zu einer Unterschätzung der ökonomischen Voraussetzungen führt.

18 Verwiesen sei vor allem auf Bosl, Karl, a. a. O., S. 106–134 u. a. sowie auf Graus, František, Volk, a. a. O., S. 136 ff.

darauf ankam, das Geschehen selbst lebendig werden und sprechen zu lassen, bei der Darstellung spezieller Sachverhalte etwa juristischer, ökonomischer oder militärischer Art durchaus nicht auf die Verwendung einer exakten und eindeutigen Terminologie bedacht, die sich in den Rechtsquellen seiner Zeit wenigstens noch einigermaßen fassen läßt. Schließlich hatte das Wort *pauperes*, dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend, eo ipso einen ausgesprochen kollektiven Inhalt, und so geht es auch bei den *pauperes* Gregors meist einfach um die ganze Gruppe, wobei der Kontext in der Regel kaum irgendwelche spezielleren Anhaltspunkte zu ihrer Charakterisierung bietet. Dagegen wird ein einzelner *pauper* nur selten als Individuum faßbar, und auch dann ist er gewöhnlich nur mit dem nichtssagenden Beiwort *quidam* versehen.

Generell gilt natürlich auch in Gregors Historien für einen wahrhaften Christen das aus dem 2. Korintherbrief 9,7: *hilarem enim datorem diligit Deus* hergeleitete Gebot, den Armen mit fröhlicher Spende Beistand zu leisten<sup>19</sup>, und so ist es in der aus dem Mund des Klausners Hospitius kommenden Prophezeiung auch ein markantes Zeichen der allgemeinen Not, die beim Einbruch der unchristlich-barbarischen Langobarden alle heimsuchen wird, daß dann kein Armer mehr gespeist werden kann.<sup>20</sup> Insbesondere aber stehen die *pauperes* zunächst zu zwei Gruppen in näherer Beziehung, zu den Vertretern des Klerus, namentlich den Bischöfen, und zu den Herrschern, also zu den Personen, denen über das allgemeine christliche Gebot hinaus auch schon auf Grund ihrer Funktion und von Amts wegen, wenn auch von zum Teil verschiedenen Positionen aus, eine Verpflichtung gegenüber den *pauperes* oblag.

So pflegte der heilige Bischof Sidonius Apollinaris ohne Wissen seiner Frau Silbergeräte aus dem Haus fortzuschaffen und sie den Armen zu schenken.<sup>21</sup> Wenn sie es merkte, wies sie ihn zurecht, so daß er alles wieder zurückbrachte und den *egeni*, wie es statt *pauperes* dann weiter heißt, den Wert dafür in bar ersetzte.<sup>22</sup> Wenn *egenus* hier völlig synonym mit *pauper* gebraucht wird, so liegt dem die alte biblische Verbindung *egenus et pauper* zugrunde.<sup>23</sup> Gemeint sind also absolut besitz- und mittellose Leute, die von der Kirche betreut wurden und sich in einer unmittelbaren, ihre Existenz gefährdenden wirtschaftlichen Notlage befanden, über die ihnen die Sach- oder Geldspenden des Bischofs hinweghelfen sollten. In ähnlicher Weise verteilten Gold an die Armen die Bischöfe Salvius und Baudinus<sup>24</sup>, der letztere die Riesensumme der

19 5, 19 S. 225, 18 von Kaiser Tiberius II. Constantinus: *magnus et verus christianus erat, dum hilare distributione pauperibus opem praestat.*

20 6, 6 S. 272, 16.

21 2, 22 S. 67, 32. — Weiteres über die karitative Tätigkeit des Sidonius siehe bei MacGonagle, Sara Hansell, a. a. O., S. 17f. 22 2, 22 S. 68, 1.

23 *Egenus* und *pauper* stehen an nicht weniger als 11 Stellen in der Vulgata nebeneinander; vgl. Dutripon, F. P., *Bibliorum sacrorum concordantiae*, Barri-Ducis 1868, S. 441 s. v. *egenus*.

24 7, 1 S. 327, 2 bzw. 10, 31 S. 533, 11.

ihm von seinem Vorgänger hinterlassenen mehr als 20000 Goldgulden. Papst Gregor I. verkaufte nach seiner Wahl den ihm trotz der Ausstattung von sieben Klöstern immer noch verbliebenen Grundbesitz und seine übrige Habe und gab den Erlös den Armen<sup>25</sup>, während der bei dieser Handlung zutage tretende Gedanke an die *paupertas* um Christi willen, das heißt an die persönliche Besitzlosigkeit, in der Darstellung Gregors von Tours bemerkenswerterweise sonst keine Rolle spielt<sup>26</sup>. Zweifellos handelt es sich in allen diesen Fällen um ungewöhnlich hohe Spenden, die ihren Spendern schon zu ihrer Zeit besonderen Ruhm eingebracht hatten, zu dessen weiterem Fortleben nun auch Gregor mit seinem Bericht beitragen wollte.

Der am meisten benutzte Ausdruck für dieses karitative Wirken nach dem Vorbild der genannten Bischöfe ist bei Gregor das Verbum *erogare*. Ja, er läßt es sogar auch einem von ihm sonst nur mit tadelnden Worten bedachten Pseudopropheten zukommen, der im Jahre 591 während einer schweren Seuche in Gallien aufgetreten war und das Gold und Silber sowie die Kleidungsstücke, die ihm zum Dank für seine Krankenheilungen von der ihm zuströmenden Volksmenge gegeben worden waren, den Armen schenkte, nach Gregor freilich nur in demagogischer Absicht.<sup>27</sup> Hier sind die *pauperes* als eine besondere Gruppe von der sonst indifferenten *multitudo populi*, zu der den Spenden nach zu urteilen auch eine Reihe durchaus vermögender Leute gehört haben mußte, schon deutlich abgehoben, so wie auch bei Bischof Avitus betont wird, daß er allen Leuten Gerechtigkeit angedeihen ließ, seine spezielle Hilfe aber den Armen, Witwen und Waisen galt.<sup>28</sup> Die Verteilung des ihm gespendeten Goldes und Silbers für die Notdurft der Armen lobt Gregor auch bei dem Klausner Eparchius, obwohl er ihm noch größere Verdienste beim Loskauf von Gefangenen nachrühmt.<sup>29</sup>

Zum Unterschied von den Bischöfen standen dem Presbyter Cato in Clermont eigene Mittel zu größeren Spenden offenbar weniger zur Verfügung. Dafür betreute er die Armen so trefflich, daß er sich ihrer Ergebenheit und Anhäng-

25 10,1 S. 478,3; vgl. auch *MacGonagle, Sara Hansell*, a. a. O., S. 29.

26 Er findet sich nur noch einmal als Grundsatz des schon genannten Bischofs Salvius 7, 1 S. 323, 22: *melius esse uti paupertatem . . . quam . . . lucra sectari*. Zur Frage der kirchlich-religiösen *paupertas* vgl. *Bosl, Karl*, a. a. O., S. 121 ff.

27 10, 25 S. 518, 9. Die betont soziale Note im Handeln dieses „volkstümlichen Heiligen“ unterstreicht mit Recht *Graus, František*, *Volk*, a. a. O., S. 266.

28 4, 35 S. 168, 11 f.: *iustitiam populis tribuens, pauperibus opem, viduis solacium pupillisque maximum adiumentum*. Die formelhafte und typisch hagiographische Verbindung von *pauperes*, *viduae* und *pupilli* generalisiert natürlich besonders stark.

29 6, 8 S. 277, 11 bzw. 278, 1 und 278, 29. Zum Motiv des Loskaufs von Gefangenen vgl. *Graus, František*, Die Gewalt bei den Anfängen des Feudalismus und die „Gefangenenbefreiungen“ der merowingischen Hagiographie (im folgenden: Gewalt), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961*, T. 1, S. 94 ff., sowie *MacGonagle, Sara Hansell*, a. a. O., S. 67–72 u. 86 f.



lichkeit, wie Gregor allerdings mißbilligend feststellt, sogar zur Sicherung seiner persönlichen Position gegenüber seinem Bischof bedienen konnte.<sup>30</sup> Vermutlich verwaltete er den Armenfonds seines Bistums und tat es wirklich zum Besten seiner Schutzbefohlenen. Denn im Gegensatz zu ihm gab es auch ungetreue Verwalter, wie der Fall des Diakons Lampadius zeigt, der die Armen übel schädigte und sich von dem, was er ihnen vorenthielt, sogar Äcker, Weinberge und Knechte hatte verschaffen können.<sup>31</sup> Danach zu urteilen, müssen den kirchlichen Institutionen teilweise recht beträchtliche Mittel für die Armenfürsorge zur Verfügung gestanden haben, die angesichts ihres karitativen, zu den kirchlichen Grundfunktionen gehörenden Zweckes einen besonderen Schutz genossen<sup>32</sup>, der sich etwa in dem von der heiligen Rade-gunde zur Sicherung ihres Klosters verfaßten Brief ausdrückt, daß alle, die sich am Klostergut vergreifen, als *praedones* und *spoliatores pauperum* der Ungnade der Bischöfe verfallen sollten.<sup>33</sup> Der besagte Lampadius wurde seines Amtes entsetzt und geriet selbst in größte Armut. Für die Auffassung Gregors und seines Kreises ist es nun überaus bezeichnend, daß ein wesentliches Kriterium für das tiefe soziale Absinken des Lampadius darin gesehen wurde, daß er nunmehr seinen Lebensunterhalt mit seiner Hände Arbeit verdienen mußte.<sup>34</sup> Auch dieses Faktum gehörte offenbar mit zu den Merkmalen der Einstufung als *pauper*.

So genossen die *pauperes* von seiten der Kirche und den an ihrer Spitze Stehenden eine vor allem karitative Betreuung, die neben bestimmten organisatorischen Voraussetzungen oft entscheidend durch persönliche Initiative bestimmt war. Nur bei dem Bischof Maurilio von Cahors bewegte sie sich in einer anderen Richtung: Ihm rühmt Gregor nach, daß er die Armen seiner Kirche vor dem Zugriff schlimmer Richter geschützt habe.<sup>35</sup> Hier wird also auch bei Gregor deutlich, daß Mittellosigkeit gleichzeitig auch Rechtlosigkeit nach sich zog und die *pauperes*, unter denen in diesem Fall wohl die Hintersassen dieser Kirche zu verstehen sind<sup>36</sup>, leicht einer Willkürjustiz preisgegeben waren.

30 4, 31 S. 166, 4 (*satis dilectur pauperum*) bzw. 4, 11 S. 142, 4ff. Dagegen wird von dem ebenfalls in Clermont ansässigen begüterten Presbyter Eufra-sius gesagt: *rare reficiebat egenos* (4, 35 S. 167, 33).

31 5, 5 S. 200, 18 u. 202, 28.

32 Eine Mahnung zu sorgfältiger Kontrolle des Kirchenvermögens, *ne pauperibus aliquid deperiret*, aus dem Mund einer Besessenen an den Bischof von Trier steht 8, 12 S. 379, 6. 33 9, 42 S. 472, 7.

34 5, 5 S. 203, 2 *in maxima paupertate degens manibus propriis victum quaerit*.

35 5, 42 S. 249, 7 *defendens pauperes ecclesia esuae*; in Iob 29, 12f., worauf sich Gregor bezieht, stehen synonym zu seinen *pauperes* die Worte *egenus* und *inops*. Der *defensor pauperum* schlechthin ist natürlich auch für Gregor Christus (9, 42 S. 473, 11).

36 Vgl. Waitz, *Georg*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd 2, 4. Aufl., Darmstadt 1953, S. 211 Anm. 3.

Die relativ häufige Erwähnung der *pauperes* bei Gregor im Zusammenhang mit der Darstellung von kirchlichen Persönlichkeiten, insbesondere von Bischöfen, beruht natürlich zu einem Teil auf dem Einfluß der hagiographischen Topik. In gleicher Weise wie bei den Bischöfen wurde auch bei einem christlichen Herrscher die Fürsorge für die Armen als eine seiner vornehmsten Aufgaben angesehen, wie es Bischof Injuriosus gegenüber König Chlotachar I., der von den Kirchen ein Drittel ihrer Einkünfte fordern wollte und damit im wesentlichen den Armenfonds geschädigt hätte, sehr nachdrücklich ausspricht: *Iniquum est, ut pauperes, quos tuo debes alere horreo, ab eorum stipe tua horrea repleantur*.<sup>37</sup> Umgekehrt wird diese Tugend bei einigen der Herrscher rühmend hervorgehoben, so bei Theudebert I. und bei Childebert II.<sup>38</sup>, wenn es sich bei letzterem auch nur um die Verteilung der beschlagnahmten Habe des Mummolus handelte. Auch König Gunthramn schenkte wiederholt den ihm zustehenden Anteil an eingezogenen Vermögen an die Armen und an die Kirchen, er gab aber offenbar auch aus seinem eigenen Besitz<sup>39</sup>, und Gregor berichtet von ihm sogar, daß er sich selbst über die Schutzverpflichtung gegenüber den Armen ausdrücklich und grundsätzlich äußerte<sup>40</sup>.

Kam es Gregor schon bei diesem Merowingerkönig darauf an, dessen Persönlichkeit in einem möglichst guten Licht erscheinen zu lassen<sup>41</sup>, wozu als ein wesentliches Element die Armenfürsorge gehörte, so trifft das noch viel mehr auf den römischen Kaiser Tiberius II. Constantinus zu. Diesem standen zur Armenfürsorge nicht nur die ungewöhnlichen Schätze seines Vorgängers Justin zur Verfügung, sondern auch weitere auf wunderbare Weise zu seinen Lebzeiten entdeckte<sup>42</sup>, die er nach Gregors Urteil als ein wahrhafter Christ so gebedreudig an die Armen verteilte, daß ihn die Kaiserin Sophia aus Sorge um das Staatsvermögen deswegen öfter schalt.<sup>43</sup> Gregor widmete dem Preis dieser Tugend des Tiberius gleich ein ganzes Kapitel, in dem nicht nur viermal die almosenempfangenden *pauperes* angeführt werden<sup>44</sup>, sondern Gregor verwendete angesichts der Verdichtung dieses Gedankens an dieser einen Stelle wohl aus dem Streben nach einer Variatio synonyma ohne ersichtlichen Unter-

37 4, 2 S. 136, 5.

38 3, 25 S. 123, 16 bzw. 8, 3 S. 373, 9.

39 7, 40 S. 363, 7. 17 bzw. 7, 7 S. 330, 17. — Zur Mildtätigkeit König Gunthramns vgl. auch MacGonagle, Sara Hansell, a. a. O., S. 38 u. 96.

40 9, 20 S. 441, 3 *de defensionem pauperum sermonem habens*.

41 Zur proköniglichen Tendenz Gregors zuletzt Graus, František, Volk, a. a. O., S. 321 u. 341 u. a.

42 5, 19 S. 225, 10 *cum multa . . . pauperibus erogaret*; zum Verbum vgl. S. 62 der vorliegenden Arbeit.

43 5, 19 S. 225, 11 *cum . . . augusta illa eum frequentius increparet, quod rem publicam redegisset in paupertate*. Ähnlich war dieses Motiv auch schon bei Bischof Sidonius Apollinaris ausgeführt; vgl. S. 61 der vorliegenden Arbeit.

44 5, 19 S. 225, 10. 13. 16. 226, 7.



schied in der Bedeutung auch die Worte *inopes* und *egeni* mit<sup>45</sup>. Damit wurde Kaiser Tiberius das höchste Lob zuteil, das Gregor unter diesem Aspekt in den Historien zu vergeben hatte, denn um dessen Verherrlichung ging es ihm vornehmlich, wenn die Armen hier so gehäuft in Erscheinung traten.

Umgekehrt stellten die *pauperes* und das Verhalten ihnen gegenüber für Gregor auch den Maßstab dar, wenn er ein vernichtendes Urteil über die fällen wollte, die sich seinen bis zur Leidenschaftlichkeit entflammaren Haß zugezogen hatten, wie es auf Chilperich I. und Fredegunde zutraf. Denn erst als die Königin in den Tränen der Armen, den Klagen der Witwen und den Seufzern der Waisen die wahre Ursache für die Heimsuchungen ihrer Familie erkannt hatte<sup>46</sup>, entschloß sich Chilperich zu Spenden an die Armen und an die Kirche<sup>47</sup>; trotzdem brandmarkte Gregor in der zusammenfassenden Charakteristik dessen für einen Herrscher geradezu frevelhaften Abscheu gegen die Wahrung der Interessen der Armen noch einmal mit scharfen Worten: *causas pauperum exosas habebat*<sup>48</sup>.

Daß Gregor trotzdem bei einer großen Zahl von Männern und Frauen aus der weitverzweigten Familie des Herrscherhauses, mit denen er direkt oder indirekt in Berührung kam, eigentlich nur selten von der christlichen Armenfürsorge sprach, hatte seinen Grund zweifellos darin, daß das Ideal des christlichen Herrschers, das sich literarisch schon damals immer voller zu entfalten begann<sup>49</sup>, der Welt der merowingischen Wirklichkeit meist noch recht fern stand. In diesem stürmischen und wechselvollen Jahrhundert blieb im wesentlichen eben doch die Kirche der Hort, aus dem die sozialen Hilfsmaßnahmen immer noch einigermaßen regelmäßig flossen, und auch diese hatten letzten Endes nur einen bedingten Erfolg, da das Übel nie an der Wurzel gepackt wurde. Aber auch von den sonstigen führenden Laien, den Herzögen, Grafen und Nobiles samt deren Frauen, wußte Gregor nur ganz wenige zu nennen, die sich um die *pauperes* verdient gemacht hatten. Zu diesen gehörte Herzog Chrodi<sup>50</sup>, der zur Verwirklichung seiner karitativen Absichten den Weg wählte, den Kirchen reiche Schenkungen an Grundbesitz zu machen, damit die Armen davon ver-

45 5, 19 S. 225, 9 *inopum . . . optimum defensorem*; S. 227, 5 *hilari erogatione dispensavit egenis*.

46 5, 34 S. 240, 2 wieder mit der Dreiheit der *pauperes*, *viduae* und *orfani* in der pathetisch gesteigerten Schilderung; vgl. auch Anm. 28. — In diesem Vorgang sieht MacGonagle, *Sara Hansell*, a. a. O., S. 98f. u. 104, ein besonders markantes Beispiel für die wie von den Heiligen, so im 6. Jahrhundert auch von den Armen ausstrahlende mystische Kraft.

47 5, 34 S. 241, 4.

48 6, 46 S. 320, 9.

49 Vgl. Graus, *František*, Volk, a. a. O., S. 348f.

50 6, 20 S. 288, 18 *pauperum . . . refector*; vgl. auch Dalton, *O. M.*, *The History of the Franks by Gregory of Tours*, Bd 1, Oxford 1928, S. 387. — Zur Erwähnung Chrodins bei Venantius Fortunatus und Fredegar vgl. MacGonagle, *Sara Hansell*, a. a. O., S. 37 u. 96.

sorgt werden könnten<sup>51</sup>; ferner gehörte dazu der reiche Senator Ecdicius, der bei einer großen Hungersnot in den siebziger Jahren des 5. Jahrhunderts, wie noch hundert Jahre später zu Gregors Zeiten berichtet wurde, über 4000 Arme aus den benachbarten Städten in sein Haus zusammenholen ließ, um sie dort während der ganzen Notzeit zu speisen, und dann auch wieder für ihren Abtransport sorgte<sup>52</sup>, eine Geschichte, die wohl schon in fast legendärer Form Gregor tradiert und von ihm offenkundig durch biblisch-hagiographische Motive noch stark überhöht worden ist. Während hier die große Zahl der über 4000 gespeisten Armen Erstaunen erregt, ist es bei der Geschichte von dem mildtätigen Antiochäer, der täglich einen Armen zum Essen zu sich einzuladen pflegte, das Faktum, daß er eines Tages in der ganzen großen Stadt keinen Armen fand. Es war das der Tag, an dem dem Wohltäter im Hinblick auf das bevorstehende Wunder die Begegnung mit der engelhaften Erscheinung vor dem Stadttor beschieden war.<sup>53</sup> So stand für den Schriftsteller auch hier das christlich-barmherzige Handeln samt der daraus resultierenden Belohnung im Vordergrund, die spezielle Situation der *pauferes* und ihre Ursachen waren dagegen weniger relevant und wurden in diesen Zusammenhängen nicht näher berührt.

Trotzdem gibt es noch eine Reihe von Stellen in Gregors Historien, die für die soziologische Einordnung der *pauferes* in die gesellschaftliche Formation ihrer Zeit deshalb ergiebiger sind, weil den *pauferes* hier eine andere Personen-Gruppe an die Seite oder gegenübergestellt ist oder irgendwelche spezielleren Bemerkungen zu ihrem Besitzstand oder zu ihrer Rechtsstellung – und seien es auch nur indirekte – gemacht werden. So ist gleich die erste Erwähnung der *pauferes* in den Historien überhaupt recht aufschlußreich: Als in Bourges noch in den Anfängen des Christentums in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts nach einem für den Gottesdienst geeigneten größeren Haus gesucht wurde, ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten, weil von den Christen selbst keiner ein solches besaß, da sie aus den Kreisen der *pauferes* kamen, denen, wenn überhaupt, nur kleinere Häuser oder Wohnungen zur Verfügung standen. Die *senatores* und *meliores loci* aber, also die Angehörigen des Amtsadels und die wohlhabenden, bessergestellten Bürger, hingen damals noch dem Heidentum an.<sup>54</sup> Die hier ersichtliche Scheidung von *senatores* und *meliores loci* einerseits und *pauferes* andererseits ist bei der Schilderung der maßlosen Habsucht Kaiser Justins II. auf das noch allgemeinere Gegensatzpaar *senatores* – *pauferes* reduziert. Beiden Gruppen gegenüber verhielt sich Justin verabscheuenswert, aktiv, indem er die Senatoren, das heißt die Vermögenden, ausplünderte, passiv, indem er den *pauferes*, mit denen also alle, die dem Senatorenstand nicht angehörten, zusammengefaßt sind, das verweigerte, was sie von ihm als

51 6, 20 S. 289, 4.

52 2, 24 S. 69, 32 ff.

53 10, 24 S. 516, 8, wieder mit dem aus der biblischen Junktur abgeleiteten Synonym *egenus* S. 516, 9.

54 1, 31 S. 24, 7.

dem Kaiser hätten erwarten können.<sup>55</sup> Der aber war ein *contemptor pauperum, senatorum spoliatur*.<sup>56</sup>

Die Differenzierung zur höherstehenden Gruppe<sup>57</sup>, die sich hier unmittelbar auf die Frage des Vermögens bezog, spiegelt sich an einer weiteren Stelle auf der militärischen Ebene wider: Beim Übergang eines Heeres über einen stark strömenden Fluß in der Bretagne konnten die *robustiores* übersetzen, den *inferiores* und *pauperes* aber, die zur Begleitung der *robustiores* gehörten, war das nicht möglich, und sie fielen dem feindlichen Überfall zum Opfer.<sup>58</sup> Mit den *robustiores* sind zweifellos diejenigen gemeint, denen es ihr Besitz erlaubte, sich selbst voll auszurüsten; zum größten Teil dürften sie sogar beritten gewesen sein, so daß sie als erste und ungefährdet durch den Fluß gehen konnten.<sup>59</sup> Wenn dann die sie Begleitenden nochmals in *inferiores* und *pauperes* getrennt wurden, waren mit den ersteren vermutlich die einfacher Bewaffneten gemeint, das gemeine Fußvolk, mit *pauperes* speziell die Leute des Trosses.<sup>60</sup>

Während es bisher nur um eine scharfe Zweiteilung in eine vermögende und wenig zahlreiche Oberschicht einerseits und die Minder- und Unbemittelten andererseits ging, in die auch die *pauperes* mit eingeschlossen waren, stellten die *pauperes* gemeinsam mit den *infirmi* innerhalb der Einwohnerschaft von Poitiers die Gruppe dar, bei der die Voraussetzung für eine Steuerveranlagung als *tributarii* nicht gegeben war und die deshalb von den Steuerrevisoren von Zahlungen befreit wurden.<sup>61</sup> Die *pauperes* waren hier also Leute ohne Besitz und Vermögen und ohne Einkommen, die *infirmi* solche, die, offenbar ohne im Verband einer zumindest normal situierten Familie zu stehen, ihr körperlicher Zustand an einer Erwerbstätigkeit hinderte, das heißt, modern aus-

55 Vgl. S. 64 der vorliegenden Arbeit.

56 4, 40 S. 172, 1. Der Chiasmus macht die bewußte Gegenüberstellung noch deutlicher. Ähnlich stehen *pauper* und *senator* auch in Gregors Lib. vit. patr. 4, 5 nebeneinander, worauf schon Stroheker, *Karl Friedrich*, a. a. O., S. 117 Anm. 57, aufmerksam gemacht hat.

57 Im einzelnen kann auf die verschiedenen von Gregor dafür gewählten Ausdrücke wie *maiores*, *potentes*, *priores*, *proceres* u. ä. hier nur insoweit eingegangen werden, als sie in unmittelbarer Beziehung zum Begriff der *pauperes* stehen.

58 10, 9 S. 493, 6.

59 Noch an einer weiteren Stelle, ebenfalls beim Flußübergang eines Heeres, treten *robustiores viri* bei Gregor auf (7, 35 S. 356, 2), was die Vermutung einer Art terminologischer Verwendung bei Gregor nahelegt. Diesmal steht ihnen der *populus minor* gegenüber, zwar undifferenziert, aber durch die Zugehörigkeit zu den *plaustra* und *diversa impedimenta* eindeutig charakterisiert.

60 Daß diese selbst auch Pferde hatten, wie Waitz, *Georg*, a. a. O., S. 211, annimmt, geht aus der Stelle nicht hervor, es sei denn, man denkt an die Troßpferde, die aber nicht Eigentum der *pauperes* waren. Die von der Strömung Fortgerissenen dürften zu den *robustiores* gehört haben, die den Flußübergang sofort gewagt hatten.

61 9, 30 S. 448, 11.

gedrückt, steuerbefreite Invaliden.<sup>62</sup> Schließlich erwiesen sich die *pauperes* anlässlich der Schilderung der großen Hungersnot in Gallien vom Jahre 585 als die am härtesten Betroffenen unter der mit *populus* bezeichneten städtischen Bevölkerung: Sie besaßen keinerlei Bargeld, konnten die Wucherpreise der Kaufleute für Mehl nicht bezahlen, was dem *populus* sonst möglich war, und wurden für ein paar Nahrungsmittel von den Kaufleuten der Schuldknechtschaft (*servitium*) unterworfen.<sup>63</sup>

Die bisherigen Feststellungen könnten den Anschein erwecken, als hätten bei Gregor die *pauperes*, wenn es um eine Differenzierung innerhalb der Unterschichten geht, ganz generell auf der untersten Stufe des gesellschaftlichen Gefüges gestanden. Daß dem aber nicht so war und daß trotz der häufigen synonymen Verwendung von *pauper* und *egenus* zwischen ihnen gelegentlich ein Unterschied gemacht wurde, dafür bietet das zweite Buch von Gregors Historien ein recht anschauliches Beispiel, wenn es auch bei der Geschichte eigentlich nur auf das Brotwunder ankam. Während nämlich die hochbetagte Frau des Bischofs Namatianus von Clermont im schwarzen Gewand in einer von ihr gestifteten Kirche saß, um die Maler bei der Arbeit anzuleiten, trat ein Mann, der zum Gebet in die Kirche gekommen war, auf sie zu und legte ihr einen Laib Brot in den Schoß, weil er sie irrtümlich für *una de egentibus* gehalten hatte. Der aber, der das tat und tun konnte, war selbst ein *pauper*<sup>64</sup>; deshalb wohnte wohl dieser Gabe eine besondere Kraft inne, die die Gabe eines Reichen sicher nicht gehabt hätte. Jedenfalls war dem *pauper* die alte, schwarzgekleidete Frau mindestens als noch ärmer erschienen, als er selbst es war, und er war keineswegs so mittellos, daß er nicht ohne weiteres ein Brot hatte verschenken können.<sup>65</sup> Der *pauper* stand sozial also noch über dem *egenus*, hier als einzelner, während es an einer anderen Stelle, auf die schon Bosl wegen der dort vorgenommenen Scheidung von *pauper* und *egenus* hingewiesen hatte<sup>66</sup>, um die ganze Gruppe ging. Dort versuchten bei einer wüsten Schlägerei in einer Kirche einige von den in einem festen Verhältnis zur Kirche stehenden und listenmäßig erfaßten *matricolarii*<sup>67</sup> und von den ihnen gleichgestellten son-

62 *Infirmus* drückt bei Gregor, soweit ich sehe, stets eine Minderung des normalen Gesundheitszustandes aus, und nur in diesem Sinn ist die häufig verwendete Übersetzung „hilflos“ zu verstehen. Die Bedeutung der Mittellosigkeit kann dann höchstens noch sekundär hinzutreten, so etwa bei dem beim heiligen Martin Heilung suchenden Kranken, der auch als Armer bezeichnet wird (2, 1 S. 37, 11). Für das Wirken des Bischofs ist der *infirmus pauper* sowieso ein günstigerer Partner als ein *infirmus dives*.

63 7, 45 S. 365, 15.

64 2, 17 S. 65, 2. 5.

65 Auch der *homo pauperculus*, der sich so betrunken hatte, daß er dann in der Kirche einschlieft, hatte seine Zeche vermutlich selbst bezahlt (2, 7 S. 49, 7).

66 Bosl, Karl, a. a. O., S. 119.

67 Zum Begriff der *matricolarii* vgl. MacGonagle, Sara Hansell, a. a. O., S. 32f., wobei allerdings die S. 34 aus wenigen Einzelfällen abgeleiteten Schlüsse auf eine aktive Rolle der Armen in ihrer Verallgemeinerung zu weit gehen; richtig S. 55 u. 65.

stigen *pauperes*, zum Schutz für ihre Kirche sofort die Ausschreitungen zu steuern<sup>68</sup>, die von ihnen als besondere Gruppe abgehobenen *inergumeni* und *diversi egeni* – Bosl bezeichnete sie als Proletariat – eilten, mit Steinen und Knüppeln bewaffnet, erst herbei, um gleichfalls Rache für die Schändung des Gotteshauses zu nehmen. Genau dazu passen auch die Worte, die die zu König Gunthramn befohlenen Heerführer mit der Absicht, die trefflichen Herrscher-eigenschaften ihres Königs zu rühmen, aussprachen und in denen es in deutlicher Abstufung heißt: *qui amor in aeclesiis, quae reverentia in sacerdotibus, quae pietas in pauperibus quaeve dispensatio in egenis*<sup>69</sup> – auch hier stehen die *egeni* nicht ohne Grund an der letzten Stelle. So läßt sich, auch wenn die Andeutungen nur sehr spärlich sind, doch eine gewisse Abgrenzung der *pauperes* vor allem nach oben, aber doch auch innerhalb der Unterschichten nach unten erkennen, ganz abgesehen davon, daß die große Gruppe der *servi* und *mancipia* von vornherein auf einer anderen Stufe stand.

Wesentlich ist vor allem noch, daß die *pauperes* verschiedentlich einen gewissen Besitz aufzuweisen hatten. Da ist von einem *tugurium*, der Hütte einer *paupercula*, die Rede<sup>70</sup>, in die sich der von seinem Vater Chlothar I. verfolgte Chramn mit Frau und Tochter flüchtete und die ihnen dann über den Köpfen niedergebrannt wurde. Marodierende Soldaten plünderten die *hospiciola* der Armen – es mußte in ihnen demnach etwas zu holen gewesen sein –, im gleichen Satz wird weiter von der Plünderung der Weinberge und vom Forttreiben des Viehs berichtet.<sup>71</sup> Das alles war also im Besitz dieser *pauperes*. Noch sicherer ist das aus dem Verhalten des schlimmen Kämmerers Eberulf zu erkennen, der seine Pferde und Rinder in die Saaten und Weinberge der *pauperes* treiben ließ und sie dadurch um den Lohn ihrer *labores* brachte.<sup>72</sup> Gerade die letzte Bemerkung ist wieder wichtig: Diese *pauperes*, die etwas Vieh besaßen, erhielten sich von dem, was sie mit ihrer Hände Arbeit<sup>73</sup> auf ihren Feldern und Weinbergen produzierten: Es waren kleine, in mehr oder weniger bescheidenen Verhältnissen lebende Bauern, kleine Hüfner, die ländlichen Grundholden,

68 7, 29 S. 349, 14.

69 8, 30 S. 396, 1. Im vorangehenden Kapitel machten sich zwei von Fredegunde als Mörder gedungene Kleriker Mitleid heischend an König Childebert heran und taten so, als seien sie *mendici* (8, 29 S. 391, 18). Ertappt gaben sie bei ihrem Verhör zu, sich als *egeni* verstellt zu haben (8, 29 S. 393, 3). Von *pauper* ist nicht die Rede, das mit *mendicus*/Bettler nicht gleichzusetzen ist, wie schon Graus, *František*, Volk, a. a. O., S. 137 Anm. 501, auf Grund zahlreicher hagiographischer Belege bemerkt. Anders ist die Situation 7, 18 S. 338, 13, wo *quidam pauper* König Gunthramn vor einem Mordanschlag warnt. Aus dem Munde eines der *pauperes*, denen Gunthramns Fürsorge in besonderem Maße galt, mußte eine solche Warnung um so eindrucksvoller wirken.

70 4, 20 S. 154, 2. Weitere Beispiele für *tugurium* bzw. *domus* als Besitz von *pauperes* siehe bei Graus, *František*, Volk, a. a. O., S. 137 Anm. 502.

71 6, 45 S. 319, 6.

72 7, 22 S. 343, 1.

73 Vgl. S. 63 der vorliegenden Arbeit.

wie sie wiederholt auch in Gregors hagiographischen Schriften anzutreffen sind<sup>74</sup>. Wieweit sie sich jedoch mit dem Typ des *possessor* deckten, dessen Boden je Aripennis von Chilperich mit einer Amphora Wein belastet wurde, ist wenigstens aus Gregors Darstellung nicht zu erkennen.<sup>75</sup> Die geschädigten *pauperes* griffen unmittelbar zur Selbsthilfe – übrigens das einzige Mal im Rahmen der Historien – und verjagten Eberulfs Vieh, im Endeffekt waren sie aber doch seiner Horde schutzlos ausgeliefert. Chlodwig dagegen hieb eigenhändig einen Soldaten, der gegen das Verbot und gewaltsam vom Heuvorrat eines *pauper* genommen hatte, nieder und wollte damit seiner Verpflichtung gegenüber dem heiligen Martin, zu dessen Bereich der *pauper* gehörte, Genüge tun.<sup>76</sup> Als plünderenswert wurde von den Soldaten schließlich auch die Habe der *pauperes* angesehen, die in die Julians-Basilika von Brioude gerettet worden war.<sup>77</sup>

Im Jahre 584 fand die mit großem Pomp veranstaltete Brautfahrt der Prinzessin Rigunth, der Tochter Chilperichs I., nach Spanien statt. Was die Aufwendungen dafür und die dabei verursachten Schäden anlangte, glich die Brautfahrt jedoch mehr einer Kriegsfahrt, und wieder einmal waren es die *pauperes*, die die Hauptlast der Kosten zu tragen hatten. Das geschah auf dem Lande durch Plünderungen<sup>78</sup>, in den Städten durch außerordentliche Kontributionen, die der König den *pauperes* zur Schonung des eigenen Säckels auferlegte<sup>79</sup>. So wie sich auf dem Land in der Gruppe der *pauperes* Leute mit einem gewissen, wenn auch bescheidenen Besitz befanden, mußte das auf das Vermögen der *pauperes* unter der städtischen Bevölkerung, auf die städtischen Kleinbürger zutreffen, bei denen es sich immer noch lohnte, die Steuerschraube anzusetzen. Noch deutlicher ist diese Situation an der unter verschiedenen Gesichtspunkten viel behandelten Stelle<sup>80</sup> erkennbar, wo Gregor berichtet, daß König Chilperich von den *pauperes et iuniores* der Kirchen von Tours das

74 Vgl. dazu Graus, *František*, Volk, a. a. O., S. 137 Anm. 502. – Trotzdem ginge eine unmittelbare Bedeutungsgleichsetzung von *pauper/Bauer*, die Graus (Volk, a. a. O., S. 136 Anm. 501) erwägt, zu weit.

75 Außer hier, 5, 28 S. 234, 1, wo offenbar der Wortlaut der Verordnung zugrunde liegt, scheint Gregor das Wort *possessor* nicht zu verwenden. Übrigens ist der Träger des Widerstandes gegen Chilperichs Steuerverordnung in 5, 28 in Limoges der *populus*, wie es auch andernorts der Fall ist (vgl. Graus, *František*, Gewalt, a. a. O., S. 153 Anm. 387; Volk, S. 212). Von den *pauperes*, die ja wiederholt vom *populus* abgehoben sind, ist im behandelten Zusammenhang nicht unmittelbar die Rede, wie aus Bosls Darstellung leicht geschlossen werden könnte. (Vgl. Bosl, *Karl*, a. a. O., S. 119.)

76 2, 37 S. 85, 11. Natürlich sollte diese Erzählung auch wieder dem Ansehen Chlodwigs zugute kommen.

77 3, 12 S. 108, 17.

78 Siehe S. 69 der vorliegenden Arbeit.

79 6, 45 S. 318, 23 *de pauperum coniectures*.

80 Zuletzt Bosl, *Karl*, a. a. O., S. 119 u. 286.



Banngeld wegen Nichtbefolgung des Heeresaufgebots eintreiben ließ<sup>81</sup>, obwohl sie normalerweise der *publica functio* nicht unterlagen, das heißt steuerfrei waren<sup>82</sup>. Solch eine Maßnahme setzte aber ebenso wie die voraufgegangene Aufforderung zum Feldzug die entsprechende bürgerliche Verpflichtung und die dieser zugrunde liegende finanzielle Möglichkeit voraus.<sup>83</sup>

Rein auf die finanzielle Situation zielen auch noch zwei weitere Stellen, an denen *pauper* adjektivisch verwendet ist. In der Stadt Clermont wurden einige der Bürger von durchziehenden Sachsen arg betrogen, indem sie sich beim Tausch für ihre guten Goldbarren von diesen wie Gold aussehende Bronzebarren aufhängen ließen. So wurden sie *pauperes*<sup>84</sup>, das heißt, sie hatten ihr in Gold angelegtes Vermögen eingebüßt und waren dadurch vermögenslos geworden, aber keinesfalls arm und verelendet, denn alles andere, was sie neben den Goldbarren zweifellos gehabt hatten, war ihnen ja geblieben. In Verdun wiederum fand Bischof Desideratus bei der Rückkehr aus der Gefangenschaft die Einwohner als *valde pauperes* vor.<sup>85</sup> Es ging der ganzen Stadt sehr schlecht, weil der Handel darniederlag. Daraufhin erbat der Bischof von König Theudebert ein Darlehen von 7000 Goldgulden, mit dessen Hilfe die Bürger bald wieder auf die Höhe kamen und *divites* wurden.<sup>86</sup> Sie blieben es vollends, als der großherzige König auch noch auf die Zinsen und die Rückgabe des Darlehens verzichtete. Hier wurde mit dem Wort *pauper* also nur gesagt, daß die Einwohner von Verdun oder wenigstens die Geschäftsleute unter ihnen durch schlechten Geschäftsgang in Not geraten waren, sie waren verarmt, aber nicht pauperisiert, und mit dem nötigen Betriebskapital änderte sich sofort wieder alles zum Besseren.

Neben diesen speziell das Vermögen und den Besitzstand betreffenden Gesichtspunkten darf für die soziologische Einschätzung der *pauperes* schließlich auch die Tatsache nicht ganz übersehen werden, daß wenigstens einzelnen von ihnen ein gewisser gesellschaftlicher Aufstieg gelang. So hatte es der Helfershelfer des berühmten Grafen Leudastes, der Gregor verhaßte Rikulf, bis zum Archidiakon der Kirche von Tours gebracht, obwohl er armer Leute Kind war<sup>87</sup>,

81 5, 26 S. 233, 1.

82 Vgl. *Dannenbauer, Heinrich*, Grundlagen der mittelalterlichen Welt, Stuttgart 1958, S. 244.

83 Auf die in 7, 42 geschilderte ähnliche Situation hatte schon *Waitz, Georg*, a. a. O., S. 209 Anm. 2, hingewiesen; dort ist bezeichnenderweise von den *homines* des heiligen Martin die Rede. 84 4, 42 S. 177, 10.

85 3, 34 S. 129, 17 (mit sonst nicht zu beobachtender Verstärkung durch *valde*); vgl. auch S. 130, 8.

86 Ebenfalls im Gegensatz zu *divitiae* – womit hier die den Kirchen zugefallenen Reichtümer gemeint sind – wird in einem Fall *pauper* als Adjektiv auf eine Sache angewendet: Gregor läßt Chilperich I. übertreibend ausrufen: *ecce pauper remansit fiscus noster* (6, 46 S. 320, 14).

87 5, 49 S. 262, 6 *de pauperibus provocatus*. Auch bei seinem Todfeind Leudastes selbst, der sich sogar an den *spolia* der Armen bereichert hatte (5, 49 S. 262, 23), hat Gregor die niedrige Herkunft als Sohn eines *servus* und die kümmerlichen



wie Gregor ausdrücklich und in abschätziger Weise feststellt. Bei der zweiten und der vierten Frau König Chariberts I., den Schwestern Merofledis und Marcovefa, handelte es sich allerdings um die rein persönlichen Motive des Königs, die zu ihrem Aufstieg bis in die höchste Gesellschaft führten. Sie waren die Töchter *pauperis cuiusdam*, der ausnahmsweise sogar einmal etwas näher charakterisiert wird: Er war ein *artifex lanariae*<sup>88</sup>, ein Wollarbeiter, ein Handwerker also. Die legitime Königin Ingoberga hatte sich nun ein, wie sie sich erhoffte, sehr wirksames und für die damalige Situation recht bezeichnendes Mittel ausgedacht, um ihre Nebenbuhlerinnen bei ihrem Gemahl in Verruf zu bringen: Sie führte ihm den Vater der Mädchen überraschend bei seiner Handarbeit, die ja gemeinhin als *opus servile* verachtet wurde, vor<sup>89</sup>; doch es gelang ihr nicht, die ehemaligen *ancillae* damit zu diskreditieren, wenn sie auch weiterhin als unebenbürtig angesehen wurden<sup>90</sup>.

Es ist ein vielfältig schillerndes Bild mit relativ unscharfen Konturen, nicht das einer homogenen sozialen Gruppe, das sich aus der Betrachtung der *pauperes* in Gregors Historien ergeben hat. Trotzdem lassen sich gewisse Grundvorstellungen erkennen, die der Bischof von Tours, dem es nicht auf eine fest umrissene Terminologie ankam und dem die Fixierung einer solchen bei dem beständigen und tiefgreifenden Wandel seiner Zeit kaum gelungen wäre, mit der Verwendung dieses Wortes verbunden hat, das schon seiner Natur nach zu einer Aussage allgemeineren Charakters tendiert.

Die *pauperes* waren für ihn, zunächst rein karitativ gesehen, die Mittellosen und Bedürftigen, die zur Erhaltung ihrer Existenz auf die Hilfe der Kirche und der öffentlichen Hand, die durch den König vertreten wurde, angewiesen waren. Es war die Gruppe der „Armen“ in dem Sinn, der dem modernen Wortgebrauch am ehesten entspricht, mit dem aber sowohl bei Gregor wie im Sprachgebrauch der ganzen Zeit der Merowinger nur ein Teilbereich erfaßt wurde.<sup>91</sup> Dabei war ihre Erwähnung bisweilen nur schematisch und formelhaft und christlich-typologischen Zusammenhängen entsprungen. Sie galt auch weniger dem Problem der Armut selbst als vielmehr der Glorifizierung derer, die den Armen halfen, wie überhaupt diese Gruppe der *pauperes* in Gregors Historien eine wesentlich weniger ausgeprägte Funktion hat als in den Heiligenlegenden, in denen sie nach den von Graus gewonnenen Ergebnissen eine viel aktivere Rolle

Anfänge als Küchenjunge breit ausgemalt; vgl. zu Leudastes auch *Bosl, Karl*, a. a. O., S. 246; zur Problematik dieser Emporkömmlinge vgl. *Graus, František*, *Gewalt*, a. a. O., S. 81 Anm. 82 *derselbe*, *Volk*, a. a. O., S. 348.

88 4, 26 S. 157, 5 ff.

89 4, 26 S. 157, 8 *patrem . . . operare fecit*; vgl. auch *Bosl, Karl*, a. a. O., S. 198.

90 4, 27 S. 160, 1 *indignas*.

91 Vgl. *Graus, František*, *Volk*, a. a. O., S. 136 f.; *MacGonagle, Sara Hansell*, a. a. O., S. 100–102, rechnet, ihrer weiter gefaßten Konzeption entsprechend, zusammenfassend die *matricularii*, die Bettler, die kleineren Eigentümer, die Sklaven, die Gefangenen und die Aussätzigen zu den „Armen“.

als das „Volk“ spielte<sup>92</sup>. Im soziologisch strengeren Sinn stellte Gregor, allerdings nur ganz vereinzelt, die *pauperes* als geschlossene Gruppe den *senatores* und *meliores loci*, denen militärisch etwa die *robustiores* entsprochen haben dürften, entgegen. Damit verkörperten sie für ihn einmal die Unterschichten im weitesten Sinn, und zwar gegenüber der Oberschicht, zu der er selbst gehörte, ohne daß ihm diese Schichtung zum Problem geworden wäre. Dagegen tritt die in der mittelalterlichen Literatur so oft formulierte und vor allem in der Hagiographie verbreitete Grundantithese von *dives* und *pauper*<sup>93</sup> in Gregors historischem Werk fast völlig zurück und beschränkt sich – noch dazu im adjektivischen Gebrauch – auf den Bereich von hohem geschäftlichen Gewinn oder Verlust.

Andererseits waren die *pauperes* aber auch nicht mit dem *populus* schlechthin identisch, sondern unterschieden sich, auch wenn über die so wesentliche Frage ihres Personalstatus nichts Exaktes ausgesagt wird, durch einige sehr greifbare Merkmale von der großen Menge, ohne zu einem politisch selbständigen oder gar aktiven Faktor zu werden: Sie hatten einen gewissen Besitz, ein kleines Haus, einige Felder und Weinberge, etwas Vieh, sie waren als Handwerker tätig und verrichteten als unmittelbare Produzenten und deshalb wenig geachtet die Arbeit selbst. Mochte ihr Verdienst auch nur gering gewesen sein, so gehörten sie als kleine Bauern auf dem Land oder als kleine Leute in der Stadt doch meist wieder zu den Abgabe- und Steuerpflichtigen. Damit standen sie eindeutig über den völlig mittellosen *egeni* oder *mendici* und hatten erst recht nichts mit den *servi* oder *mancipia* gemein.

Nun hatte schon ein reichliches Jahrhundert vor Gregor, etwa um 440, der Presbyter Salvian, der ebenfalls in Südgallien wirkte, die schon damals dort herrschenden sozialen Gegensätze zwischen der Aristokratie und den niederen Schichten dargestellt. Er hatte es sogar bewußt getan und sich nicht gescheut, gegen den römischen Adel scharf Partei zu nehmen.<sup>94</sup> Das aber lag Gregor, dem Bischof senatorischer Herkunft, fern, so wie es ihm, abgesehen von den Fragen des Glaubens, auch sonst weniger darum ging, die tieferen Zusammenhänge reflektierend zu enthüllen oder kritisch zu bewältigen oder gar als Verfechter einer christlicheren und gerechteren Ordnung aufzutreten. Deshalb interessierten ihn bei aller Schärfe des Blickes für die Realitäten des Lebens seiner Zeit auch das Alltagsleben der *pauperes*, ihre Arbeit, ihre wirtschaftliche und soziale Situation und auch die Bedrückungen, denen sie ausgesetzt waren, wenigstens im Rahmen seiner Historien, nicht in erster Linie um ihrer selbst willen<sup>95</sup>, sondern sie gehörten oft nur zum Hintergrund der Bühne, auf der sich die guten oder schlechten Taten seiner bischöflichen oder adligen Rang-

92 Vgl. *Graus, František*, Volk, a. a. O., S. 286f.; zur Verherrlichung der Armut siehe ebenda, S. 291 ff.

93 Vgl. ebenda, S. 138 u. 291.

94 Vgl. *Stroheker, Karl Friedrich*, a. a. O., S. 67f.

95 Etwas anders ist die Auffassung von *Buchner, Rudolf*, Einleitung zu: Gregor von Tours, S. XI f.

und Standesgenossen abspielten, sofern sie nicht die leidenden Objekte der von den Gewalten der Natur hervorgerufenen Nöte und Katastrophen oder der vom Menschenwillen gesteuerten kriegerischen Ereignisse waren. Dennoch vermitteln Gregors Historien gute Einblicke auch in die materielle Lage der Unterschichten, namentlich der städtischen, da Gregors Wirken von seinem 34. Lebensjahr an vornehmlich in der *civitas* Tours und ihrer *ecclesia* seinen Mittelpunkt gefunden hatte. Darüber hinaus lassen sie Ansatzpunkte für bestimmte Tendenzen sichtbar werden, die nach ihrer vollen Entfaltung in den folgenden beiden Jahrhunderten die sozialökonomische Struktur der Karolingerzeit wesentlich mit geformt und namentlich in der Terminologie der Kapitularien ihren Niederschlag gefunden haben.<sup>96</sup>

96 Vgl. dazu als neuere Arbeiten das schon genannte Werk von Bosl und Müller-Mertens, *Eckhard*, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien, Berlin 1963, S. 83f. u. 143, sowie *Epperlein, Siegfried*, Zur weltlichen und kirchlichen Armenfürsorge im karolingischen Imperium, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1963, T. 1, S. 41–60.

# Zu den Problemen von Ethik und Moral in Ökonomie und Politik der Antike

VON ELISABETH CHARLOTTE WELSKOPF

Auf dem Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte in München im September 1965 wandte sich die Aussprache über ökonomische Probleme im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike rasch politischen Fragen zu, da die einen ohne die anderen nicht hinreichend analysiert werden konnten. Im Anschluß an die Diskussion über die Systematisierung der Ausbeutung der römischen Provinzen durch die ersten Principes in einer für einen längeren Zeitraum tragbaren Form wurde auch die Frage aufgeworfen, ob eine solche politisch-ökonomische Entscheidung und Ordnung ethisch und moralisch höher zu bewerten sei als die ungeordnet-rücksichtslose Ausraubung der Provinzen durch die stadt-römische Nobilität in der unmittelbar vorangegangenen Endphase der Republik.

Die Fragestellung erscheint charakteristisch für den Stand der Forschungen und Erkenntnisse auf dem Gebiete der Ethik. Offenbar war der allgemeine Ausgangspunkt der spontan aufgeworfenen Frage ein Zweifel, ob wir überhaupt und wenn, unter welchen Gesichtspunkten, nach welchen Maßstäben wir ökonomische und politische Handlungsweisen ethisch und moralisch beurteilen bzw. bejahen könnten, sofern sie offensichtlich aus eigenem Interesse entspringen und auf ein eigenes Interesse zielen. Ein solcher allgemeiner Zweifel kann sich aus der traditionellen Vorstellungswelt des Christentums ergeben. Historisch gebundene Verhaltensregeln<sup>1</sup> und historisch verankerte gesellschaftliche Zielsetzung, als Richtpunkt gesellschaftlicher Verantwortung, haben in den Ursprungsformen des Christentums keinen bleibenden Ort gefunden, da nach dem Scheitern aller Oppositionsbewegungen beim Übergang von der Republik zum Principat die gesamte frühe christliche Konzeption im Abstand zu den damaligen politischen Verhältnissen geworden und gewachsen ist und sich auf das Individuum, im wesentlichen auf einen aus den besonderen sozialen Verhältnissen abstrahierten Menschen und eine aus den besonderen sozialen Verhältnissen abstrahierte Ich-Du-Beziehung gründete. Der Endzustand, auch das Weltgericht, wurden apolitisch gedacht. Das war, geschichtlich betrachtet, aus den besonderen Verhältnissen einer wachsenden passiven Negation des Römischen Staates nicht nur verständlich, sondern notwendig. Die schnelle Verbreitung in der späten, sich umformenden Antike, die Anpassung an be-

stehende politische Verhältnisse, das Wirken in der folgenden historischen Epoche im Bunde oder auch — als selbständige Organisation formiert — im Streite mit dem Thron, hat das Christentum in bezug auf die Fragen ethischer Verantwortung in der Politik und moralischer Verhaltensweisen der Mächtigen vor prekäre Probleme gestellt, die von allen hohen geistigen Anstrengungen, irdisch-chiliasmatischen Wunschträumen und philosophischen Systemen, auch von allen Bemühungen praktischer Kompromisse nie befriedigend gelöst werden konnten. Der ursprüngliche Ausgangspunkt, das Individuum und die abstrakte Ich-Du-Beziehung sowie eine die politische und ökonomische Welt verabschiedende Eschatologie konnten offenbar nicht den Weg zu in sich geschlossenen Lösungen freigeben.

In der jungen Theorie des Sozialismus gehören die ethischen und moralischen Probleme, sowohl was die gesellschaftliche als auch was die individuelle Seite der Fragen angeht, noch weithin zu den weißen Flecken der wissenschaftlichen Karte. Analysen und Lösungsversuche sind im Gange. Wissenschaftlich gesichert erscheint die Historizität der Fragen, die allgemeine — formale — Prinzipien allerdings nicht ausschließt. Ethischer Ausgangspunkt ist die Absage an eine ökonomisch auf den hemmungslosen Egoismus als Antriebskraft gegründete und vertrauende Gesellschaftsstruktur, ethisches, politisches, ökonomisches Ziel ist eine Gesellschaft freier, gleichberechtigter, schöpferisch tätiger Menschen. Was dazwischen liegt, Weg und Methoden, muß auch von den Aspekten der Ethik und der Moral praktisch und theoretisch erst durchkämpft und in sehr vieler Beziehung wissenschaftlich als Neuland erforscht werden.

Das Problem politischer und ökonomischer Ethik und Moral in einer vergangenen Epoche der Geschichte erscheint unter solchen Aspekten geeignet, einige Diskussionsfragen zu präzisieren, die nicht nur für eine wachsende Klärung der Verhältnisse der Vergangenheit, sondern auch für die im Fluß befindliche Arbeit Bedeutung haben.

Das zweifelnde Unbehagen in der eingangs genannten Frage wurzelte, wie angedeutet, in dem Problem, ob eine von Mächtigen aus eigenem Interesse und im eigenen Interesse getroffene Regelung überhaupt etwas mit einer Ethik und einer Moral zu tun haben könne, die wir rein emotional als Begriffe und Konzeptionen werten, die der Humanität und dem gesellschaftlichen Interesse verbunden sind und verbunden bleiben sollten. In jeder solchen Wertung schwingt aber entweder die von politischen und ökonomischen Gesichtspunkten abstrahierende christliche Ethik oder eine von einem heute erreichten Standpunkt der Menschheitsentwicklung ausgehende, frühere Verhältnisse modernisierende Ethik mit.

Ich habe in der Diskussion die Thesen vertreten, daß

1. im genannten Falle Systematisierung und Rationalisierung der Ausbeutung im Römischen Reich historisch politisch-ökonomisch und auch historisch ethisch-moralisch höher gestanden haben als die kurzfristige Ver-

nichtung und Verschwendung eines Kräftepotentials durch ungezügelter Raub;

2. wir bei der Beurteilung von politisch-ökonomischer Ethik und Moral unter den Verhältnissen des Altertums nicht von der christlichen Ethik ausgehen können, sondern — als Historiker — zunächst etwaige Anknüpfungspunkte für unsere Analysen in den ethischen Konzeptionen der Antike und ihren politischen und ökonomischen realen Verhältnissen suchen müssen;
3. ein über die einzelnen Epochen hinausgehender allgemeiner Maßstab politischer und ökonomischer Ethik und Moral in der Forderung gegeben sei, menschliche Kräfte zu erhalten und zu entbinden, der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft so viel wie möglich Raum und so gut wie möglich die fruchtbar wirkende Tendenz zu eröffnen.

Diese Thesen fanden Zustimmung. Da aber der Abschluß der Konferenz unmittelbar bevorstand, konnte nicht eingehend diskutiert werden. Ich würde es jedoch für nützlich halten, den Faden gemeinsamer Überlegungen nicht abreißen zu lassen.

Das Problemfeld ist sehr weit. Ich beschränke mich bei meinen weiteren Ausführungen im wesentlichen auf die Welt der griechischen Stadtstaaten, in denen antike Verhältnisse und antikes Denken ausgebildet wurden, also auf einen Ausschnitt aus der Geschichte des Altertums, und ich werde mich innerhalb dieser Phase der Geschichte auch noch auf ein spezielles Problem beschränken müssen, um nicht die gegebene Begrenzung eines Diskussionsbeitrags zu sprengen.

Die Ruinen und andere materielle Funde aus der sogenannten mykenischen Zeit, dem Bronzezeitalter in der griechischen Geschichte, und die noch umstrittenen Schriftfunde aus dieser Epoche liefern uns nicht oder noch nicht die Unterlagen, um die hier zur Debatte stehenden Fragen zu erhellen. Beginnen wir also — leider noch immer wie von altersher — mit der Ilias und der Odyssee. Unabhängig davon, wie viel oder wie wenig unmittelbaren historischen Gehalt wir den beiden Epen zuschreiben können, waren sie zusammen das National-epos der Griechen, das in seiner Wirksamkeit weit über Ursprungsort und Ursprungszeit hinausgegangen ist, das weder durch das Eingreifen einer Redaktionskommission und die schriftliche Fixierung, noch durch das Hineinpressen in die Schullektüre seine Wirkungsmöglichkeiten verlor; die Opposition von Xenophanes (fr. 11) und Heraklit (fr. 42) bis Platon (Pol 2. Buch XVII 378 C — XIX 380 C, 3. Buch 386 B — 396 A) konnte sich daran erhitzen.

In Ilias und Odyssee werden uns als ökonomische, politische, ethische Probleme aufgegeben: Krieg und Frieden, die Beziehungen zwischen Klassen und Schichten, menschliche Beziehungen innerhalb eines Betriebes, die Beziehungen der Generationen, das Individuum innerhalb und im Widerspruch zu seiner sozialen Funktion. Die Größe und Gewalt der Dichtung geht auch davon aus, daß eine solche Fülle gesellschaftlicher Fragen darin enthalten ist.

Ich nehme die beiden ersten heraus, Krieg und Frieden, und damit verbunden das Verhältnis der Klassen und Schichten. Als die griechischen Stämme mit den



führenden Völkern der alten Welt in Verbindung kamen und sich anschickten, ihrerseits Epoche zu machen, kamen sie aus einer Gesellschaftsordnung, die noch den begrifflich sehr weit gefaßten Verhältnissen der „Urgesellschaft“ in ihrer höchsten Stufe zuzurechnen war, und wuchsen hinein in eine bereits bestehende Strukturgruppe, in der Klassen und Krieg schon seit Jahrtausenden existent waren. Es erscheint nützlich, im Hinblick auf diesen Übergang an eine bereits von M. Dieckhoff in Gang gebrachte Diskussion<sup>1</sup> anzuknüpfen und uns zunächst über Natur und Definition von Krieg und Frieden zu verständigen oder zumindest unsere Anschauungen klar abzugrenzen, ehe wir über die Ethik und Moral von Krieg und Frieden in vergangenen Epochen, diese Kardinalfrage gesellschaftlichen Lebens, weitere Überlegungen anstellen.

Dieckhoff unterscheidet in Verbindung mit der weitgreifenden Diskussion über die Natur des Krieges überhaupt und die sogenannte Ewigkeit der Kriege die Begriffe Kampf und Krieg. „In der Urgesellschaft“, so schreibt er, „gibt es ein Volk in Waffen, das sich verteidigt, das einen feindlichen Stamm wohl vernichtet, doch nicht unterjocht. An der Versklavung von Menschen konnte noch niemand-interessiert sein, weil sich bei dem geringen Entwicklungsstand der Produktion noch kein Mehrprodukt erzielen ließ, das zur Ausbeutung von Sklaven hätte führen können. Eben darum fehlten bewaffneten Auseinandersetzungen die raffende Gier und Grausamkeit, die die Kriege der Klassengesellschaft kennzeichnen. Man tut also gut, in der Urgesellschaft überhaupt nicht von Kriegen, sondern nur von Kämpfen zu sprechen. Wenn die bürgerlichen Darstellungen diese Unterschiede ignorieren, hat das seinen Grund in dem Versuch, Kriege als naturgegeben und damit unabänderlich hinzustellen.“<sup>2</sup>

Nun ist es offenbar, daß sich auch unter urgesellschaftlichen Verhältnissen ein Volk in Waffen nicht zu verteidigen braucht, wenn es nicht angegriffen wird, und daß die „Vernichtung“ eines „feindlichen“ Stammes in jedem Falle über die Erfordernisse bloßer Verteidigung hinausgeht und an spontaner Grausamkeit nichts zu wünschen übrig läßt, von den kultisch begründeten Grausamkeiten nicht erst zu sprechen. Es ist allerdings nicht gesagt, daß die Erwartung eines Angriffs schon institutionell in Kriegswaffenbeschaffung und systematischer, körperlicher und psychologischer Ausbildung zum Krieger verankert wird – obgleich das letzte schon der Fall sein kann<sup>3</sup> –, vielmehr können die Jägervölker und auch jene nomadischen Viehzüchter, die sich stets gegen Raubtiere zu verteidigen hatten, ihre Waffen, die als Produktionsinstrumente beschafft worden sind, im gegebenen Fall ohne weiteres nutzen, um Angreifer zu töten oder um andere anzugreifen. Aber Angriff und Verteidigung

1 Dieckhoff, Max, Krieg und Frieden im griechisch-römischen Altertum, Berlin 1962 = Lebendiges Altertum, Bd 10.

2 Ebenda, S. 5.

3 Aus der Wiederholung spontaner Kämpfe um bestimmte Nahrungsmittel können sich z. B. schon auf einem primitiven Niveau sog. „Erbfeindschaften“ ergeben, d. h. eine Erziehung zur Feindschaft.



müssen auch auf diesem noch sehr einfachen Stand der produktiven Kräfte und der gesellschaftlichen Verhältnisse motiviert sein. Sie sind, wie Dieckhoff richtig ausführt, nicht durch einen Bedarf an Sklaven begründet. Gekämpft wurde von klassenlosen Gruppen um naturgegebene pflanzliche Nahrungsmittel, zum Beispiel um Gegenden, in denen Naturreis wuchs, um naturgegebene tierische Nahrungsmittel, zum Beispiel um reiche Fischgründe, um wandernde Großwildherden und auf einem höheren Stand der Produktionstechnik um den fruchtbaren oder um mehr Boden für Feldbau oder um die Frage, wem der Boden nützen solle, dem Viehzüchter als Weidegrund oder dem Bodenbebauer als Feld. Die Auseinandersetzungen des letztgenannten Charakters haben in der frühen Geschichte, allerdings schon im Übergang zur sogenannten „militärischen Demokratie“, einen solchen Umfang angenommen, daß sie eines noch eingehenderen Studiums durchaus wert sind.

Angriffe, wenn sie auch nur als Kämpfe mit der Jagdwaffe in einfacher Organisationsordnung zu bezeichnen sind, haben stets von seiten des Angreifers, und den muß es in jedem Fall gegeben haben, zum Ziel gehabt, dem anderen etwas wegzunehmen oder ihm bei einer Besitznahme zuvorzukommen. Es würde der „bürgerlichen Darstellung“<sup>4</sup> vermutlich nicht schwerfallen, den Begriff Krieg unterzuordnen und mit der neuen Definition „Kämpfe zwischen souveränen Gruppen“ solche Kämpfe, in welcher Form immer, als naturgegeben und damit unabänderlich hinzustellen. Auf diesem Wege kommen wir nach meinem Dafürhalten in der Diskussion nicht weiter. Es führt zu nichts, wenn wir den einst in einen paradiesischen Zustand rückprojizierten Wunschtraum vom Frieden jetzt in irgendeiner wissenschaftlichen Form wiederfinden wollten. Wir haben nur dem wirklichen Charakter der Entwicklung auf den Grund zu kommen.

Wenn es, soweit wir die Geschichte zurückverfolgen können, Kämpfe zwischen verschiedenen nebeneinander bestehenden Gesellschaftsgruppen gegeben hat, bei denen Menschen getötet wurden, um für die Sieger eine augenblickliche Notlage zu beheben oder eine Ausbreitung oder Verbesserung ihres Lebens in irgendeiner Form zu erreichen, so bedeutet das allerdings noch keineswegs, daß wir die moderne Auffassung, wonach zwischen den voneinander unabhängigen Gruppen entweder bewußt und prinzipiell Krieg oder bewußt und prinzipiell Frieden herrschen müsse, auf frühere Zustände zurückübertragen dürfen. Solche Auffassungen und bewußt gesetzte Bestimmungen des Charakters internationalen Lebens sind einem Entwicklungszustand entnommen, in dem ein Netz von Vertragsverhältnissen bereits eine dominierende Rolle gespielt hat. In den Zeiten der Sammler, Jäger, einfachen Feldbauern und nomadischen Viehzüchter gab es zwar strenge traditionelle Formen, in denen sich menschliche Begegnungen innerhalb und außerhalb der jeweiligen Gruppe vollzogen. Aber die Frage, was überhaupt als menschliche Gesellschaft anzuerkennen sei, wurde, wie wir schon der Sprachgeschichte entnehmen können,

4 Dieckhoff, Max, a. a. O., S. 5.

in nicht wenigen Fällen anders beantwortet als heute, wo wir den Begriff des homo sapiens kennen und wissenschaftlich anerkennen. Ausschließlich die eigene Gruppe konnte einst als Mensch gelten, nur ihrer Erhaltung und Ausbreitung galt das Ethos, die übrigen Gruppen wurden als eine besondere Art der Natur angesehen, wenn auch nicht das schon eine zu moderne Formulierung ist. Ich stelle aber die Frage, ob wir für eine solche Entwicklungsstufe – die noch weit vor der Entstehung griechischer Poleis liegt – überhaupt nachträglich von einem allgemeinen Kriegs- oder allgemeinen Friedenszustand sprechen dürfen. Ich bin der Meinung, daß die Anwendung eines völkerrechtlichen Begriffsapparates eine unzulässige Modernisierung bedeuten würde. Die Frage von Kampf oder Frieden drang damals nur von Fall zu Fall konkret in das menschliche Bewußtsein. Zu unseren heutigen Vertragsvorstellungen und -definitionen, die wir sicher bis in die frühe griechische Antike zurückverfolgen können<sup>5</sup>, gehört eine kontinuierliche Berührung vieler souveräner Gruppen untereinander. Was nun den Übergang von jenem einfachen Zustand der Produktion und der gesellschaftlichen Verhältnisse zu der großen Kooperation, der Metallbearbeitung, der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und zur Klassen- und Staatsbildung anbelangt, so hat sich mit ihm selbstverständlich auch der Charakter der Kämpfe verändert. Es war dies aber nicht nur eine Veränderung gesellschaftlicher Möglichkeiten und Motive, sondern es war zunächst auch eine Veränderung aus den Faktoren heraus, die auch für die gesellschaftlichen Veränderungen die Grundlage abgaben, nämlich eine wesentlich erweiterte und intensiviertere Organisation in Verbindung mit der Entwicklung wirksamerer Instrumente. Wie mit dem Sprung zu der großen Kooperation – zuerst im Alten Orient – völlig neue Formen gesellschaftlichen Lebens und gesellschaftlicher Leitung in Ökonomie, Politik und Kultur realisiert werden konnten, so haben sich die technisch-organisatorischen Kampfformen dementsprechend qualitativ verändert. Es ist im Hinblick auf die höhere Organisation der Kräfte und die Technik der eingesetzten Mittel durchaus zweckmäßig, erst auf dieser qualitativ höheren Stufe der Kämpfe von Kriegen zu sprechen und diesen Begriff sowohl nach dem Stande der verwendeten bzw. verschwendeten produktiven Kräfte als auch von dem gesellschaftlichen Charakter der kämpfenden Gruppen her auf diejenigen bewaffneten Auseinandersetzungen zu beschränken, die zwischen Staaten mit entwickelter Klassenstruktur seit dem Ausgang des Neolithikums und dem beginnenden Bronzezeitalter stattfinden. Der Begriff „Kampf“ als Erscheinung in internationalen Beziehungen schillert dann aller-

5 Gegen die traditionelle, auch von Dieckhoff (ebenda, S. 41) vertretene Auffassung von einem permanenten Kriegszustand in der griechischen Antike vgl. Gerlo, Alois, Der Friedensgedanke im griechisch-römischen Altertum, in: Wissenschaftl. Zeitschrift d. Humboldt-Universität zu Berlin, Ges.- u. Sprachw. Reihe, 12 Jg. 1963, S. 203–213; neuerdings in einer Spezialuntersuchung Bengtson, H., Die zwischenstaatlichen Beziehungen der griechischen Städte im klassischen Zeitalter, in: XII. Congrès International des Sciences Historiques, Rapports IV, Wien 1965, S. 69–76.

dings in drei Bedeutungen: Einmal als Bezeichnung für bewaffnete Auseinandersetzungen urgesellschaftlicher Gruppen, zweitens für Kampfhandlungen im Rahmen von Kriegen und drittens als Oberbegriff für alle bewaffneten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen voneinander unabhängigen Gruppen, seien diese nun Kriege im spezifischen Sinne oder nicht. Ich halte die Diskussion um die Definitionsfragen noch in keiner Weise für abgeschlossen. Nicht nur die technisch-organisatorischen Möglichkeiten und Formen, sondern auch die Motive für Angriffskriege und die Initiative zu solchen Kriegen haben mit dem Entstehen der hochorganisierten und in Klassen gespaltenen Gruppen natürlich eine Veränderung und eine Erweiterung erfahren. Während bis dahin vorwiegend um natürliche Gegebenheiten, überwiegend spontan und vielfach aus Not, gekämpft worden war, traten jetzt vor allem der Raub des produzierten Reichtums und danach der Raub des Produktionsinstruments, darunter in erster Linie des Menschen selbst als Sklaven mit in den Vordergrund. Der Raub produzierten Reichtums erhielt durch die zwar schon mindestens seit dem Mesolithikum bestehende, jetzt aber wesentlich verstärkte Ungleichmäßigkeit der Entwicklung seine hervorstechende Note. Das Auftauchen neuer oder wenigstens in neuer Richtung wirkender Motive bedeutet jedoch nicht, daß die ursprünglichen Motive verschwinden; es bedeutet lediglich, daß der Anreiz, den anderen zu verdrängen oder zu berauben, vielfältiger wird und daß man sich einen bedeutenderen Erfolg für das eigene Wohlleben sowie die Akkumulation eigener Entwicklungsmittel verspricht. Die Oberhäupter, die reich sind und noch reicher werden wollen<sup>6</sup>, und die sie unmittelbar stützende, mit ihnen herrschende Klasse haben durch eine geschickte Politik der Täuschung und Verführung auch immer wieder die abhängigen Klassen für ihre Ziele mit einzuspannen verstanden, ihnen die Lasten des Krieges, insbesondere das Opfer des Lebens, in zunehmendem Maße zugeschoben und dafür mit einem Anteil an der Beute und an einem besseren Leben auf Kosten anderer bezahlt. Die mögliche Erweiterung des materiellen Anreizes zum Krieg konnte dazu führen, daß ein ganzes Eroberervolk in einem Staate mit Vorzugsrechten ausgestattet wurde, wenn auch die Abstufungen und Abhängigkeiten im Bereich der herrschenden Gruppen damit nicht verschwanden. Es ist zum Beispiel an die ökonomische und politische Bevorzugung aller Meder und Perser im Persischen Reich oder an die kollektive Herrschaft der Spartiatengruppe über die ausgebeuteten Heiloten zu denken. Der in der Ilias geschilderte Streit mit den Königen ging darum, daß die abhängigen Fürsten und der Demos ihren Beuteanteil zu sehr geschmälert sahen. Das ganze Heer der Freien wollte seinen Gewinn machen, auch an Sklaven.<sup>7</sup> Der Krieg ist in dem Augenblick als solcher, und zwar als neue Entwicklungsform schon vorhandener Kräfte in Erscheinung getreten, als Staatswesen mit durchorganisierter Produktion entstanden, und das war im Alten Orient der Fall. Die Möglichkeit dazu wurde institutionell ver-

<sup>6</sup> Dieckhoff, Max, a. a. O., S. 5.

<sup>7</sup> Ilias I 122. 149–151. 158–160. 163–171; II 225–242.

ankert, auch in die Ethik und das System politischer Moral explizit eingliedert – zum mindesten als der Anspruch auf Verteidigungsbereitschaft, der übrigens auch vom Volk an den König gerichtet wurde. Es ist unbestreitbar, und diese Einsicht ist notwendig, daß der Raub des Menschen als Produktionsinstrument, der in den altorientalischen Staaten schon eine mehr oder weniger bedeutsame Rolle spielte, in der griechisch-römischen Antike mit der Abschaffung aller Versklavungsformen des eigenen Bürgers eine Rolle zu spielen begann, wie sie bisher nicht dagewesen war. Darin stimme ich Dieckhoff durchaus zu<sup>8</sup>. Wir würden uns aber unser Verständnis für die Gesamtvorgänge verschließen, wenn wir die Fortdauer aller übrigen Kriegsgründe nicht gleichzeitig im Auge behielten, wie es Dieckhoff wenigstens beiläufig tut.<sup>9</sup> Die griechischen Kolonisten zum Beispiel, die zweihundert Jahre lang immer wieder ausgezogen waren, um auf neuem Land an den Küsten des Mittelmeers und des Schwarzen Meers in vielen Hunderten von Städten zu siedeln, waren ohne Zweifel eine erobernde Kraft, auch militärisch gesehen, aber ihr Ziel waren nicht in erster Linie Sklaven, sondern vor allem neues Land und Aussichten für einen Handel, bei dem der Sklavenhandel zwar seine Rolle spielte, der sich aber nicht auf diese Ware beschränkte. Sklaven wurden in dieser Zeit für die erobernden Kolonisten, noch mehr aber in den Mutterstädten gebraucht, denen mit den Auswanderern Arbeitskräfte verloren gingen. Griechische Bauernsöhne sind im 7. und 6. Jahrhundert vor unserer Zeit ausgewandert, weil eine relative Übervölkerung bei stillstehenden oder sich nur wenig verändernden Produktionsmethoden eintrat. Handwerker konnten der Abhängigkeit entfliehen und sich selbständig machen. Arbeitslose fanden in den Kolonien Arbeit und zum Teil eigenen Besitz. Die Erstsiedler wurden dabei jeweils die herrschende Klasse des neuentstehenden Gemeinwesens. Wenn wir in den bezeichneten Jahrhunderten von Kolonisation und nicht auch von Kolonialkriegen sprechen, dann offenbar, weil der Widerstand der weniger hoch entwickelten Völker relativ gering und die Verhandlungstaktik vermutlich geschickt war. Im ganzen ging es um die erweiterte Reproduktion durch Expansion; das scheint mir der Kernpunkt zu sein.

Gehen wir von den realen Vorgängen zu einem kurzen Überblick über den Charakter der gedanklichen Verarbeitung von Krieg und Frieden in der griechischen Antike weiter. Gerlo und vor ihm Nestle<sup>10</sup> haben die Friedensgedanken in der antiken Welt unter anderem mit der Fragestellung untersucht, ob der antike Mensch schon zu einem allgemeinen Friedenswunsch oder einer allgemeinen Friedensvorstellung<sup>11</sup>, unabhängig von einer bestimmten Situation, vorgedrungen sei. Dabei kann man diese Unabhängigkeit von einer konkreten Situation in doppelter Weise verstehen, einmal dahingehend, daß

8 Dieckhoff, Max, a. a. O., S. 8.

9 Ebenda, S. 53 u. 56.

10 Nestle, Wilhelm, Der Friedensgedanke in der Antiken Welt, in: Philologus, Suppl. Bd 31, H. 1 1938, S. 1–79.

11 Ebenda, S. 2; Gerlo, Alois, a. a. O., S. 3.

sich aus einer konkreten Situation ein allgemeiner Friedenswunsch ablöst und verselbständigt, zum anderen darin, daß ein solcher allgemeiner Friedenswunsch ein Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins ist, zu einem Ethos wird, an dem dann die konkreten Situationen zu messen sind. Dieser Unterschied darf nicht außer acht gelassen werden.

Wenn wir alle die von Nestle und im Anschluß daran von Gerlo erörterten einschlägigen Stellen noch einmal einer Durchsicht unterziehen, so ergibt sich zunächst die Frage, wer in der griechischen Antike öffentlich sprechen und für die Öffentlichkeit schreiben konnte und Äußerungen und Meinungen welcher Herkunft uns damit überliefert wurden. Es sind vor allem drei Gruppen: der Politiker in seinen Reden, der Dichter in seinen Werken, der Philosoph in seinen Schriften; kurzum also: der Politiker und der Intellektuelle – wenn dieser Ausdruck gestattet ist – und unter diesen natürlich nur die geringe Auswahl, die uns bis heute tradiert wurde. Hesiod hat eine wichtige Sonderstellung.

In einer gewissen Fülle und Intensität finden wir friedliche Äußerungen, Friedenssehnsucht oder Verabscheuung des Krieges gruppiert um den Sagenkomplex von Troja sowie um die verhängnisvollen Ereignisse des Peloponnesischen Krieges und der nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Griechen, das heißt im letzten Falle um den als Bruderkrieg empfundenen Kampf, der zugleich die gegenseitige Schädigung der damals höchst entwickelten Gemeinwesen bedeutete. Es ist ein höchst eigenartiges historisches Schauspiel, daß sich die uns bekannt gewordenen Positionen erst um den Sagenkomplex eines verhängnisvollen Krieges entwickeln, dann um die nicht nur eindeutig reale, sondern schon von den Griechen quellenmäßig untersuchte Krisengeschichte und daß dazwischen eine lange, zwar nicht leere, aber doch schwach besetzte Strecke liegt, was unser Thema betrifft, nämlich die Strecke der Ausbreitung und des Aufstiegs der Poleis. Der Trojanische Krieg wurde von den Griechen als historisches Ereignis betrachtet, dessen Überlieferung bei Homer seine Fehler haben mochte, der aber nicht in das Reich der Phantasie verwiesen wurde. Anlaß und Verlauf, wie sie bei Homer erscheinen, waren von einer solchen Eindruckskraft des Typischen in bezug auf die aus Raub und Gegenraub von Schätzen und Frauen entstehenden Kämpfe und Kriege, daß sie mindestens in diesem Sinne wahr gewesen sind, und ich hege die Vermutung, daß auch die Erinnerung an Übermaß und Verhängnis opferreicher Feldzüge nicht nur ein Luftgebilde der Phantasie war.<sup>12</sup>

Während Odysseus in seinen Tarnerzählungen die kleine gut organisierte Raubfahrt lobt<sup>13</sup>, die zu Beute führt, und auch die dabei möglichen Wechselfälle als etwas betrachtet, was man in Kauf nehmen kann, finden wir eine Reihe von Äußerungen zum großen Trojanischen Krieg, die dieses männermordende Unternehmen als verhängnisvoll und tragisch verfluchen. Das entspricht auch trotz allen Heldenlobes der tragischen Grundstimmung der Ilias. Die Klagen um das

<sup>12</sup> Vgl. hierzu, *Welskopf, Elisabeth Charlotte*, Probleme der Muße im Alten Hellas, Berlin 1962, S. 104f.

<sup>13</sup> *Odyssee* XIV 222–234. 244–253; IX 40–42 u. 45/46.



Verhängnis dieses verlustreichen Krieges kommen in der Dichtung von den betroffenen Angehörigen der Familie und des Gutes, von Penelope und Eumaios, von dem schiffbrüchigen Odysseus selbst und dem alten Nestor.<sup>14</sup> Sie finden Ausdruck in dem ganz allgemeinen dringenden Wunsch heimzukehren, mit dem das gesamte Geschehen der Ilias beginnt.<sup>15</sup> Sie sprechen auch aus den Worten des Zeus, der den Ares als einen Greuel schilt<sup>16</sup>, einmal in dem Moment, in dem er, der Gott, verwundet worden, das heißt also von den Schrecken des Krieges betroffen worden ist, zum anderen in einer Lage, in der selbst ein Zeus nicht mehr sagen kann, daß der Krieg nach seinem Wunsche ginge. Die Erkenntnis des Pindar, daß der Krieg nur für denjenigen süß sei, der ihn nicht kennt, daß ihn aber der fürchtet, der ihn erleben muß<sup>17</sup>, wirkt sich in allen diesen Äußerungen und Vorstellungen mit aus. Dabei geht es vor allen um denjenigen Krieg, der trotz des Sieges so verlustreich war, daß er sich nicht gelohnt hat.

Von der allgemeinen Situation, die dem zweiten vielfältigeren und intensiveren Lautwerden von Friedenswünschen und Friedensäußerungen in der Zeit des Peloponnesischen Krieges und danach zugrunde liegt, sind nicht viel Worte zu machen. Man könnte allerdings auch beim Studium der Ereignisse, Gefühle und Gedanken während der 27jährigen Phase des griechischen Bruderkrieges feststellen, daß er nicht immer und nicht von jedermann abgelehnt wurde. Wenn wir auch bei den ersten Entscheidungen annehmen können, daß Perikles in konsequenter Verfolgung seiner Politik der Hegemonie Athens und der Ausbreitung seiner Handelsinteressen keine andere Wahl mehr zu haben glaubte, als sie mit den Mitteln des Krieges fortzusetzen bzw. durchzusetzen, und daß er eine solche Entscheidung als eine mehr oder weniger ihm von der Geschichte aufgezwungene empfand oder darstellen wollte<sup>18</sup>, so brauchen wir uns andererseits nur die Kriegsbegeisterung in Athen vor dem Beschluß und beim Beschluß zur sizilischen Expedition vor Augen zu halten, um zu erkennen, wie bei der Aussicht auf einen großen und allen Schichten in irgendeiner Weise mehr oder weniger materiell dienlichen Erfolg auch alle Schichten der Freien sich der Kriegspsychose ohne Hemmung hinzugeben bereit waren. Die Privatsklaven waren die einzige Klasse, der prinzipiell keine Waffe in die Hand gegeben, deren Desinteresse am Krieg ihrer Herren also allgemein vorausgesetzt wurde.<sup>19</sup> Sie waren aber individuell willens, sich für den Krieg zur Verfügung zu stellen, wenn ihnen die Freiheit dafür versprochen, das heißt, wenn sie aus ihrer Klassenlage entbunden wurden. Angesichts des raschen Schwindens von

14 *Odyssee* III 103–112; XIV 68/69. 237–239; XIX 260.

15 *Ilias* I.

16 *Ilias* V 890 ff.

17 Pindar, Fragment 110, zit. bei Nestle, Wilhelm, a. a. O., S. 7.

18 Thukydides II 61, 1; vgl. dazu Nestle, Wilhelm, a. a. O., S. 1.

19 Gemeint sind nur die im Privateigentum befindlichen Sklaven, nicht die im Staatseigentum befindlichen Heiloten, die regelmäßig Kriegsdienste zu leisten hatten.

Erfolgsaussichten und angesichts der üblen Begleiterscheinungen des ionisch-dekeleischen Krieges, von denen schließlich alle viel mehr betroffen waren, als daß sie etwaige Vorteile hätten ernten können, sind dann friedliche Gedanken aufgekommen, die in einigen Fällen tatsächlich von der konkreten Situation aus bis zum allgemeinen Lobpreis des Friedens, sogar in einer rhetorisch und poetisch sehr eindrucksvollen Weise, gesteigert wurden.<sup>20</sup>

Gruppieren wir die Stimmen der griechischen Dichter, Philosophen und Politiker und des einzigen Bauern, der uns überlieferte Dichtung verfaßt hat, nach historischer oder sagenhafter, aber typischer Situation, wie eben geschehen, so bleibt noch die dahinter stehende Frage übrig, welche Klassen und Schichten der freien Bevölkerung, welche spezifischen Interessen in den Äußerungen hervortreten.

Die Bauern werden zumeist als die ihrer ökonomischen Natur nach besonders friedliebende Klasse aufgefaßt: im Orient auf Grund ihrer Verteidigungskriege gegen die Nomaden, in der griechischen Antike auf Grund der Stimme, die ihnen Aristophanes in seinen Friedenskomödien verliehen hat, und auf Grund von Hesiods Gesängen. Hesiod gehörte nicht zu den Kolonisatoren. Sein Vater hatte bei einer solchen Unternehmung Schiffbruch erlitten, und Hesiod selbst war alles, was mit Risiko, Geld und Schifffahrt zusammenhing, verdächtig.<sup>21</sup> Er war insofern im 7. Jahrhundert nur für einen Teil der Bauernklasse der Polis typisch, für jenen, der seine Tendenzen auf Überarbeit, Erbstreitigkeiten und Abkehr von der Politik richtete und auf eine Hilfe von oben hoffte, sollte es Zeus sein oder ein Tyrann, der sich auf die Bauern stützte und die Aristokratie bekämpfte. Dieser friedliche Bauertyp – der durchaus bereit war, seinerseits Knecht und Magd auszunutzen, und sich, wie mehrfach bezeugt ist, jede Verfassung gefallen ließ, die ihn nicht unmittelbar schädigte<sup>22</sup> –, hat erst nach dem Ende der großen Kolonisation die Klasse als solche repräsentiert. Hesiods Gesänge waren insofern zukunftsweisend, soviel Rückstand auch in ihnen steckt. Sein Typ wirkte ökonomisch auch dadurch fruchtbar, daß die erweiterte Reproduktion nicht durch Expansion, sondern durch Intensivierung gesucht wurde, und das ist ein sehr interessanter und wesentlicher Punkt. Aber es ist historisch unrichtig, Frieden und Ackerbau prinzipiell und in einer romantischen Weise zu verbinden, wie es schon in der römischen Poesie geschah. Die Bauernklasse auf der Basis des Privateigentums hatte immer ein Doppeltgesicht<sup>23</sup> und eroberte unerbitterlich und zäh, solange und wenn sie die Möglichkeit dazu sah. Das ist ein Punkt, der sich aus der römischen Geschichte noch drastischer demonstrieren ließe. Im ganzen muß man sagen, daß der

20 Vgl. Gerlo, Alois, a. a. O., S. 206.

21 Hesiod, Erga 650. 682–686.

22 Vgl. z. B. Aristoteles, Politica 1318 b 9–16.

23 Vgl. Lenin, W. I., Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur, in: Werke, Bd 30, Berlin 1961, S. 91–101; in Verbindung hiermit vgl. Welskopf, Elisabeth Charlotte, Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957, S. 319.



friedliebende Bauer in der Antike derjenige war, der sich von leichten Erfolgsmöglichkeiten bei einer Expansion bereits abgeschnitten sah. Daß das Problem „mehr Land“ aber zum Beispiel in Athen über das ganze 5. Jahrhundert noch nachwirkte, können wir an den Bemühungen, Siedler unterzubringen und anderen Gemeinwesen aufzudrängen, leicht studieren, wenn es auch noch nicht eingehend genug studiert ist. Der Bauer oder derjenige, der es wieder werden wollte, verließ sich aber nun schon auf einen Staat, der in Wahrheit nicht mehr der seine war. Welcher Charakterzug der Bauernklasse im Hinblick auf Krieg und Frieden jeweils hervortritt, hängt vom Stande der Entwicklung der Produktion, der Produktionsverhältnisse und der politischen Struktur ab, kurz, es ist eine durchaus geschichtliche Frage.

Der vorwiegend auf die Interessen des Grundbesitzers gestützte Teil der athenischen Aristokratie hatte ebenfalls nicht nur eine kriegerische, sondern auch eine friedliebende Periode, zum Beispiel gegenüber Sparta, das heißt der in ihren Interessen gleichgerichteten Klasse gegenüber. Das gilt auch in bezug auf die Bündnispolitik im Seebund, wo mehr Toleranz und Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf die Aristokratie der anderen Poleis verfochten wurde, im Gegensatz zu den wesensbedingten Herrschafts- und Vereinheitlichungsbestrebungen der Handels- und Geldleute. Die Humanität des Antiphon, der politisch die Restauration mitvertrat, stand vielleicht nicht im Widerspruch zu solchen Tendenzen, wenn auch seine Konzeption von der allgemein gleichen körperlichen Beschaffenheit der Menschen darüber hinausgeht und für diese frühe Stufe bewundernswert ist.<sup>24</sup> Sie bleibt auch dann hervorzuheben, wenn wir die Fortsetzung seiner Gedanken nicht kennen und wenn uns auch bewußt bleiben muß, daß die spätere wissenschaftliche Einsicht in das allgemein gleiche körperliche Wesen des „homo sapiens“ an sich nicht das geringste für ein friedliches Miteinander genutzt hat.

Die Vertreter der Handels- und Geldinteressen in der griechischen Antike waren nicht von Natur kriegerisch. Sie scheuten vielmehr den Aufwand und das nicht in ihrem ökonomischen Wesen gelegene Gewaltrisiko. Doch wenn sie sich an der ihnen wesenseigenen Expansion durch entgegenstehende Interessen und deren Ausbreitung gehindert fanden, galt unbedingt die ultima ratio, zum Beispiel für Korinth gegen Athen und umgekehrt.

Intellektuelle, die nicht durch ein Vermögen spezifischer Art, Grund- oder Geldvermögen, an eine besitzende Klasse gebunden waren, gab es im Alten Griechenland sehr früh, zunächst sporadisch, als Dichter und Sänger, die von dem Schweinefleisch ernährt wurden, das ihnen die Fürsten und Könige stifteten, oder die auf den Märkten und bei den Festen vom Volke ihren Lohn erhielten. Der Kreis erweiterte sich. Archilochos zum Beispiel war Söldner. Eine breitere Schicht armer, auf Spenden oder Lohnzahlung angewiesener geistiger Arbeiter entstand durch die Vermögensverluste im Peloponnesischen Kriege. Das war

<sup>24</sup> *Antiphon*, in: Die Fragmente der Vorsokratiker. Griech. u. dt. von Hermann Diels nach der von Walter Kranz herausgegebenen 8. Aufl., Hamburg 1957 = Rowohlts Klassiker der Literatur und der Wissenschaft, Bd 10, 87 B 44, 1, 2.

zugleich die Zeit, in der die Enge der kriegführenden Poleis für jeden unabhängig von der einzelnen Stadt Denkenden offenbar werden mußte. Die kühnsten Gedanken entstanden bei solchen Menschen und Gruppen; sie waren vorwärtsweisend, während sich die an ihren Interessenkreis gebundenen Politiker, einschließlich der Demosvertreter, lange, allzu lange im eigentlichen Sinne im Kreise drehten, ausweglos, bis die Polis von außen her gesprengt wurde.

Frieden zwischen den Griechen gab es nun wieder, aber nur in Abhängigkeit und im Rahmen des Kampfes gegen die „Barbaren“, das heißt wiederum durch die erweiterte Reproduktion bei gewaltsamer Expansion, in der sich zugleich die vorher gegebenen ökonomischen und politischen Formen wesentlich veränderten. Soweit wir die Entwicklung der Gedankenwelt der Dichter und Philosophen kennen, ist auch von dort kaum eine andere Lösung der inneren Streitigkeiten in der Griechenwelt angeboten worden.

Alles in allem genommen, war es die erweiterte Reproduktion durch Expansion, die immer Angriffskriege oder Gewaltanwendung irgendwelcher Form hervorrief, sobald sie auf Hindernisse stieß. Diese erweiterte Reproduktion hatte nach der Organisation der großen Kooperation, der Metallbearbeitung, der Entwicklung des Wegewesens und der Schifffahrt bisher nicht gekannte Formen angenommen und traf auf Hindernisse bisher nicht gekannter Stärke, wenn ähnlich hochentwickelte Gesellschaftsgruppen aufeinanderstießen. Sie wirkte sich auch in den dem Kriege dienenden Institutionen aus. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, der Anblick produzierten Reichtums jenseits der Grenzen, das skrupellose Überlegenheitsgefühl gegenüber dem weniger entwickelten Volk haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Die maßgebenden und verantwortlichen Interessenvertreter der Expansion finden wir in den jeweils herrschenden Klassen, die die Verfügung über die Produktions-, speziell die Entwicklungsmittel an sich gerissen hatten und diese erweitern wollten; die abhängigen Klassen beteiligten sich, sofern sie den Versprechungen und Aussichten auf irgendwelche Vorteile vertrauten, unter Zwang oder auch aus Furcht auf Grund der Vorspiegelung bevorstehender Angriffe der als Gegner deklarierten Gruppe. Die Verdammung des Krieges, die Sehnsucht nach Frieden und das Lob des Friedens tauchen vor allem da und dann auf, wenn sich der Einsatz überhaupt nicht gelohnt hat, nicht einmal für die herrschende Klasse, wenn die gesellschaftlichen Opfer also generell übermäßig waren und wenn die Betroffenen den Kämpfen selbst nicht fern, sondern nah gewesen sind. Das Fernerrücken vom Kriege hat sich für die herrschenden Klassen stufenweise vollzogen. In der Ilias sind die Fürsten ökonomisch bis zu einem gewissen Grade vom Kriege abgelöst, da sie Gutsverwalter, Sklaven, haben, doch müssen sie noch den unmittelbaren Kampf als Vorkämpfer durchfechten. Der bloße Befehlgeber entwickelt sich allmählich, ohne daß bis zu Philipp und Alexander der kämpfende Fürst aus der griechischen Geschichte ganz verschwand. Das eigene Leben auch des Anführers wird noch immer für das Kriegsziel riskiert, doch sein ökonomisches Opfer ist in der Klassengesellschaft

stets geringer als das der Armen und Abhängigen. Das bleibt charakteristisch für die alte Welt der Poleis.

Das Gesamtergebnis einer notwendigerweise nur kursorischen Übersicht über das praktische, emotionale und gedankliche Verhältnis der Griechen, des klassischen Ursprungsvolkes der Antike, zu Krieg und Frieden könnte als Einsicht in eine völlig zynische Haltung wirken: Raub und Krieg werden bejaht, insofern sie im ganzen und für den einzelnen erfolgreich verlaufen. Das Problem liegt aber tiefer und ist schwieriger zu lösen, und ich versuche die ethische und moralische Seite der Vorgänge und Anschauungen nun an dem Beispiel der Theorie eines Philosophen, des Aristoteles, zu diskutieren, dessen Gedankenarbeit schon die gesamte Geschichte des klassischen Griechenland zur Voraussetzung hatte.

Die von Aristoteles ausgearbeitete Ethik zielt auf das höchste Gut einer freien, freundschaftlich verbundenen, schöpferisch tätigen, ökonomisch in ihren Bedürfnissen gesicherten und in Frieden lebenden Gruppe.<sup>25</sup> Er selbst hält dieses Ziel für ein unter den gegebenen Verhältnissen nicht oder doch nur ausschnittsweise zu verwirklichendes Ideal, das auch für eine herrschende Minderheit und ihre Angehörigen nicht voll realisierbar ist.<sup>26</sup> Das Ziel kann auch heute nur bejaht werden, es ist seinem Inhalt nach das „Reich der Freiheit“ von Karl Marx, der in diesem Punkte an Aristoteles anknüpft. Die Einsicht, daß das Ziel in der Zeit der Polis nicht verwirklicht werden konnte, ist ebenfalls unbestreitbar. Wäre das Ziel realisierbar, so entfielen alle theoretischen ethischen und moralischen Probleme, die Richtschnur des Handelns wäre gegeben, und eindeutig ließe sich feststellen, was dem Ziele diene oder zuwiderliefe und was an Handlungsweisen daher ethisch und moralisch bejaht oder verurteilt werden müßte. Das Ziel war aber in seiner Ganzheit nicht realisierbar, und damit beginnen die historischen Probleme der Ethik und der Moral.

Das Ziel sollte sogar nur unter der Vorbedingung des Erfolges unmenschlicher Handlungsweisen von Epoche zu Epoche in der Perspektive näherrücken<sup>27</sup>, und damit werden diese Probleme noch schwieriger.

Nehmen wir aus dem komplexen Ziel für unsere Betrachtung wieder speziell die Frage von Krieg und Frieden als Gegenstand der weiteren Diskussion. Verhältnismäßig einfach ist die Bejahung oder die Ablehnung des Verteidigungskrieges in der Antike. Ich kenne auch außerhalb der aristotelischen Philosophie keine Äußerung oder Handlung des absoluten Pazifismus aus dem klassischen Griechenland. In einer Welt, in der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, Tendenz zur erweiterten Reproduktion und Erfolgsaussichten geschickt geplanter und geführter Kriege bestanden, war die Bereitschaft zur Verteidigung prin-

<sup>25</sup> *Aristoteles*, *Politica* 1333 a; *Nikomochische Ethik* 1095 a 17–20; 1094 b 7–10; 1177 b 4–18; 1256 b 23–26; 1334 a 21–22.

<sup>26</sup> Hier und im folgenden vgl. *Welskopf, Elisabeth Charlotte*, *Probleme der Muße im Alten Hellas*, a. a. O., S. 209ff.

<sup>27</sup> *Engels, Friedrich*, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, *Marx/Engels, Werke*, Bd 20, Berlin 1962, S. 168.

ziptell ebenso selbstverständlich wie die Selbstbejahung des Lebens einer freien Gemeinschaft überhaupt. Die Bereitschaft mußte nicht in jedem Falle zur Aktion führen, aber sie wurde nicht grundsätzlich abgeleugnet, so wenig wie sie aus der Praxis je verschwand. Daß Ethik und gesellschaftliche Moral jeweils der Verteidigungsbereitschaft zur Herstellung des Potentials für angeblich präventive Angriffskriege und ihre ideologische Stimulierung dienen konnten, lasse ich hier als eine zweite Frage außer Debatte. In der psychologischen Kriegsvorbereitung und Kriegsführung spielte sie aber stets eine große Rolle, so auch im Vorspiel zum Peloponnesischen Krieg. Aristoteles bejaht ferner das Recht des Sklavenraubkrieges<sup>28</sup>, also ohne Zweifel eines Angriffskrieges, der für die bestehende Gesellschaftsstruktur die unabdingbar notwendige Produktivkraft, den Menschen, in ausreichender Zahl für die wirtschaftliche Expansion zu mobilisieren hatte. Diese Stellungnahme des Aristoteles fällt in den Rahmen der geschilderten allgemeinen antiken Denk- und Handlungsweise, die den Krieg als solchen, wenn er nur erfolgreich verlief, in Wahrheit nie verurteilte. Sie steht aber gewissen politischen und philosophisch-sophistischen Anschauungen gegenüber, die die Sklaverei als etwas Überholtes betrachteten und kritisierten.<sup>29</sup> Beide Gesichtspunkte beanspruchen ihre Geltung.

Ich gehe von unten nach oben und damit zunächst von der Frage aus, ob der blutige, immer grausame Kampf und Krieg einer Gruppe gegen eine andere unabhängige Gruppe überhaupt je ethische Normen haben und moralische Anforderungen erzeugen konnte. Das allgemeine Ziel, gleich, um welche Art von Kampf oder Krieg es sich handelte, war der Erfolg, sowohl für den, der den Krieg begonnen, als auch auf der anderen Seite für den, der den Kriegszug und seine Folgen abwehren, der sich verteidigen wollte. Erzwang der Erfolg als Ziel für die Kampfführung irgendwelche mehr als technisch-organisatorischen Richtlinien, verlangte er menschliche Verhaltensweisen? Wenn wir die Exemplifizierung in der Ilias wieder heranziehen und uns dabei der Ansicht des Aristoteles anschließen, daß die Dichtung tiefere Einsichten vermitteln konnte als ein reicher Tatsachenbericht des Geschichtsschreibers<sup>30</sup>, so finden wir implizite folgende Regeln:

Eine erfolgreiche Kriegsführung verlangte vom Anführer bzw. den Anführern Erkenntnis der realen Lage, das heißt die Fähigkeit, die Wahrheit zu hören und anzuerkennen — auch wenn sie den auf die eigene Person gerichteten Wünschen und Wunschträumen widersprach —, die Kräfte auf beiden Seiten richtig einzuschätzen, mit der eigenen spezifischen Leistung den gesellschaftlichen Anforderungen im Kriege zu genügen, gegebenenfalls das eigene Leben zu opfern, den anderen, damit das Ganze, auch bei persönlicher Gefahr nicht im Stich zu lassen. In der Klassengesellschaft ergaben sich als zusätzliche Forderungen: bei der Verteilung der Beute die Abhängigen mindestens bis zu dem Grade zu be-

28 *Aristoteles*, *Politica* 1256 b 23–26.

29 *Antiphon*, a. a. O.; *Xenophon*, *Hellenica* II 3, 48.

30 *Aristoteles*, *Poetica* IX.

rücksichtigen, der ihre Unzufriedenheit latent zu halten geeignet war, in besonders gefährlichen Augenblicken eine kameradschaftliche Gesinnung zu demonstrieren, und, wenn auf Grund eigener Fehler der allgemeine Gehorsam in die Brüche zu gehen drohte, rücksichtslos zuzuschlagen, um den Erfolg möglicherweise doch noch zu erzwingen.<sup>31</sup>

Alle diese Verhaltensweisen, gleich, wie wir heute über sie denken mögen, erforderten Entschlossenheit und Selbstdisziplin. Der Krieg als solcher hat historisch gesehen sein eigenes Ethos und eine dementsprechende Moral auch für die herrschende Klasse. Dem stand in der antiken Klassengesellschaft das Ethos der freien Abhängigen gegenüber: nur so lange zu kämpfen, als sich der Kampf auch für den Abhängigen lohnte, und die Forderung nach gerechter Beuteteilung ohne Furcht zu vertreten. Diese Haltung als Ethos zu bejahen, wagt der Dichter der homerischen Epen allerdings nur in bezug auf die abhängigen Fürsten in der Person des Achill, nicht in bezug auf den Demos, der in der Gestalt des Thersites mit seinen Forderungen und Anschauungen in den Schmutz gezogen wird, vielleicht als Konzession des Dichters an seine adligen schweinefleischspendenden Hörer.<sup>32</sup> Aber das Ethos der Abhängigen ist Wirklichkeit geworden in der Haltung der Hopliten-Bauern Athens und in der Haltung der römischen Plebs in den großen sogenannten Ständekämpfen.

Das aus dem Erfolg als Ziel entstehende Ethos des Krieges und die sich daraus ergebenden strikten Verhaltensregeln, die Kriegsmoral, haben sich zeitlich und örtlich verselbständigen können und in ihrer Verabsolutierung verheerende Folgen für die menschliche Entwicklung gezeitigt. Sie beherrschten die Gesellschaftsstruktur Spartas seit dem großen messenischen Aufstand im 7. Jahrhundert v. u. Z. in zunehmendem Maße. Sparta war das Land des permanenten, latenten oder offenen Kriegszustandes der Spartiaten gegen die Heiloten. Ein Volk, das, nicht weniger als die Bevölkerung anderer griechischer Poleis, für Kunst, Dichtung und Wissenschaft begabt sein mochte und, wie die Zeugnisse der Frühperiode beweisen, tatsächlich begabt war, erging sich jahrhundertlang in Selbstentsagung, körperlich im Drill, geistig auf weit zurückbleibendem Niveau und erstickte bei sich selbst und bei den Unterworfenen gewaltsam die Fähigkeiten, die in anderen Griechenstädten zu weltgeschichtlichen epochemachenden Leistungen geführt haben. Allein die historische Möglichkeit einer solchen kulturellen Verstümmelung – bei den Eroberern um der stets wachen Kriegsbereitschaft und ihrer Moral willen, bei den Unterjochten durch den Zwang – läßt schauern. Ein Kampf bis aufs Messer, wie er in der Urgesellschaft schon vorhanden war und in der Klassengesellschaft zur technisch-organisatorisch und gesellschaftlich entwickelten Dauererscheinung wurde, bedeutete stets Unkosten der menschlichen Entwicklung, trotz der vom Kriege bewirkten technischen Errungenschaften, und eine Vernachlässigung produktivanspornender Ziele und der entsprechenden Fähigkeiten zugunsten der Bindung

31 *Ilias* I. II.

32 *Welskopf, Elisabeth Charlotte*, Probleme der Muße im Alten Hellas, a. a. O., S. 107–110, bezugnehmend auf *Ilias* II.



menschlicher Fähigkeiten und Verhaltensweisen an destruktive Ziele. In diesem Sinne ist der Angreifer nicht nur an sich selbst schuldig, sondern auch an dem Angegriffenen, der seine Kräfte für fruchtbareres Wirken gebrauchen könnte als für die Abwehr.

Die Umstellung einer Gesellschaftsstruktur, ihrer Ökonomie und Politik, und die Abwürgung ihrer Kultur um des permanenten latenten oder offenen Krieges willen hat zwar in sich ein Ethos — und das spartanische ist nicht selten, aber ganz zu unrecht, bewundert worden —, doch dieses Ethos verurteilt sich, verselbständigt, nach jenem Maßstabe, den wir eingangs bezeichneten: nämlich menschliche Kräfte in einem möglichst weiten Raum zu möglichst fruchtbarer Wirkung kommen zu lassen und den Weg für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dadurch freizugeben.

In anderen griechischen Staatswesen als dem spartanischen finden wir den Krieg nicht verabsolutiert, sondern eingeordnet in die allgemeine historische Entwicklung, und einer solchen Einordnung entsprechen Ethik und Politik des Aristoteles. Die Fragen gewinnen dabei ein anderes Gesicht. Wir gelangen aus der Sphäre des einfachen geschichtlichen Abgleitens in die Unproduktivität, in die höhere Sphäre echter Tragik des zeitweise unlösbaren Widerspruchs unausweichlicher Tendenzen. Gehen wir von dem allgemeinen und höchsten, daher heute noch gültigen Ziel menschlicher Entwicklung, wie es von Aristoteles schon charakterisiert wurde, aus. Dieses Ziel ist dem Frieden verhaftet. Die Bejahung des Verteidigungskrieges war ein Zugeständnis an eine noch unfriedliche Zeit, in der Entwicklungsunterschiede und expansive Reproduktion immer wieder zum Kriege reizten. Es war ein Zugeständnis, daß Unkosten menschlicher Entwicklung bezahlt werden mußten, um die Entwicklung überhaupt zu sichern. Das Beispiel der griechischen Abwehrkriege und -siege gegen die persische Despotie steht als eines für alle. In Athen waren dabei Ethos des Krieges, reale Beurteilung der Lage, höchste Einsatzbereitschaft einem höheren Ziele und Ethos eingeordnet; Sparta war in diesem besonderen Falle als Bundesgenosse Athens ein Mittel menschlicher Weiterentwicklung, ebenso wie dieser Krieg überhaupt.

Der Verteidigungskrieg war einzuordnen in das historische Ethos einer ihre Zukunftsmöglichkeiten bejahenden Gesellschaft, einzugliedern in jeder Richtung als Unkosten, Verlust an Menschen, an menschlicher Haltung durch den mörderischen Kampf, an Material, an Arbeit und Arbeitspotential. Er wurde als Notwendigkeit bejaht, nicht als Ziel begrüßt. Jeder Verteidigungskrieg hatte das Ethos des Krieges schlechthin in sich, seine gesamte historische Rechtfertigung oder Verdammung aber in dem Ethos der Gesellschaft, die ihn führte. Denn der „Verteidigungskrieg“ eines Staates, der seine Untertanen in überholter oder unproduktiver Weise versklavte, war nicht der Entwicklung förderlich. Er war im Grunde nichts anderes als die Fortführung einer Aggression bzw. die Stabilisierung ihrer Resultate in einer neuen prekären Lage. Wenn Sparta allein über Persien gesiegt hätte, wäre für die Welt nichts gewonnen gewesen.

Die Probleme spitzen sich praktisch und theoretisch am krassesten zu, wenn wir mit Aristoteles über den Sklavenraubkrieg sprechen wollen. Er bejahte ihn. Die Geschichte bejahte ihn nach Aristoteles noch jahrhundertlang durch das Weiterbestehen der Staatswesen, deren Ökonomie auf der gewaltsamen Verschleppung von Ausländern beruhte, insofern sie sich überhaupt in erweiterter Form reproduzieren wollten. Der Sklavenraub von der einfachen Form bis zum großen Kriege war der spezifischen antiken Produktionsweise inhärent. Er gehörte insofern zum Ethos und zur Moral einer auf Fremdsklaverei gegründeten Gesellschaftsstruktur. Die nackte Anerkennung dieser Tatsache kann und muß im weltgeschichtlichen Sinne zwar als unmenschlich, aber nicht spezifisch-historisch nicht als unmoralisch oder dem Ethos einer solchen Gesellschaft widersprechend bezeichnet werden.

Doch geht es bei Aristoteles nicht um die bloße Anerkennung der ökonomischen Notwendigkeit generell unmenschlicher Verhaltensweisen; es geht darüber hinaus um ihre Beschönigung. Hier versagt das persönliche Ethos des Aristoteles, des großen Philosophen. Er lebte in der ersten großen Krise antiker Sklavereiverhältnisse. Viele Jahrhunderte, ehe die Fremdsklaverei der Antike praktisch endgültig überholt war, erhob in der ersten Krise um die Wende des 4. Jahrhunderts v. Z. der Zweifel an ihrer menschlichen Berechtigung, erhob die Humanität in der Opposition ihr Haupt. Aristoteles wußte das, er polemisierte gegen die Männer, die das Gewaltverhältnis ein reines Gewaltverhältnis nannten.<sup>33</sup> Historisch gesehen, lügt er. Die gesellschaftliche Lüge der herrschenden Klasse dient jedoch nicht der Entwicklung, sie hemmt. Tragik kann nicht dadurch gelöst werden, daß der unlösbare Widerspruch verklebt wird. Er ist bloßzustellen. Aristoteles stellte ihn nicht völlig bloß. Seine in der Tradition verwurzelten Emotionen, die in den Wunschtraum vom Fortbestand der Polis mündeten, hinderten ihn an der schonungslosen Charakterisierung der Realität. Das ist historisch zu verstehen, doch verletzt es das Ethos des Wissenschaftlers, das von der Wahrheit her bestimmt wird. Hätte Aristoteles sich selbst bezwungen, ein weiteres ungeheueres Feld der Erkenntnis hätte sich dem Meister antiker Philosophie in Richtung der Ökonomie und der Politik, auch der Ethik, aufgetan. Der echte tragische Widerspruch lag darin, daß die Mobilisierung des unmittelbaren Produzenten nach der Seßhaftwerdung der Gruppen die nächste unausweichlich gestellte Aufgabe war, wenn die menschliche Gesellschaft ökonomisch, politisch und kulturell fortschreiten wollte. Diese Mobilisierung erforderte in ihren Anfängen, Jahrtausende hindurch, Gewalt, Unmenschlichkeit, Unkosten des Zwangs. Die theoretische Prognose konnte dieser Situation schon voraussehen, ehe die Praxis zu folgen vermochte; da sie es konnte, war es moralische Verpflichtung, es zu tun. Das Ethos praktischer Politik und Ökonomie und das Ethos der Wissenschaft gerieten zeitweise in Widerspruch.

Aristoteles hat aber nicht nur den Sklavenraubkrieg innerhalb der antiken Gesellschaftsformation bejaht, sondern auf der anderen Ebene, der der Zukunft

<sup>33</sup> *Aristoteles*, *Politica* 1252 a 30–35; 1254 b 20–25; 1255 a 1–3.



und des Friedens, die Erziehung zum Frieden gefordert und damit an einer großen Aufgabe, auch einer großen Aufgabe der Zukunft, gearbeitet. Seine in diese Richtung gehenden Gedanken<sup>34</sup> sind heute noch, oder gerade heute, von besonderem Interesse als Anknüpfungspunkte. Frieden an sich ist eine Form, eine leere Form wie die freie Zeit der Muße. Das Ethos des Friedens kann nicht nur in der Negation des Krieges bestehen. Ethos des Friedens ist aktive Freundschaft der Menschen und Entfaltung aller ihrer schöpferischen Kräfte. Ethos des Friedens ist nicht die sture Vorbereitung und Erziehung zum Kriege wie bei den Spartanern, Ethos des Friedens ist nicht Kräfteverschwendung, Kräfte mißbrauch durch Essen an sich, Trinken an sich, als Selbstzweck, unabhängig von der Bedürfnisbefriedigung oder weit über sie hinaus. Ethos des Friedens ist die Ausbildung des Charakters durch die Wiederholung richtiger Entscheidungen in konkreten Situationen, Ethos des Friedens sind die Anstrengungen des Menschen zur Ausbildung der eignen Fähigkeiten und zum Wirken mit diesen produktiven Fähigkeiten. Aristoteles ist in diesem Umkreis noch insofern seiner Zeit und ihren Verhältnissen der Herrschaft und Knechtschaft verhaftet, als er die höchste Freiheit und Bildung zu friedlicher Arbeit nur dem begüterten, grundbesitzenden Manne zuschreibt. Aber seine Erfahrungen und gedanklichen Bemühungen lassen sich, von der Klassenbindung befreit, für uns nutzen.

Die ökonomische und politische Zielsetzung, das ihr entsprechende Ethos und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Sitten, die mores, das System der Moral, in den hellenischen Poleis der nomos, griffen tief in das Leben, Wirken und Verhalten des einzelnen ein. Persönliche und politisch-ökonomische Ethik und Moral konnten prinzipiell nicht getrennt werden. Die Verstrickung in echte Tragik der gesellschaftlichen Entwicklung ging daher auch an dem persönlichen Handeln und Denken nicht vorüber, sondern ergriff es unnach-sichtlich, da jedes Mitglied der Gesellschaft eine Funktion in dieser Gesellschaft hatte, mochte sie aktiv oder passiv, bejahend oder oppositionell sein. Solange generelle Unkosten der Entwicklung getragen werden mußten, Gewaltanwendung im Innern, Verteidigungskriege – zumindest diese –, kontinuierliche Spannungen, ökonomische, politische und kulturelle Unkosten der Klassenspaltung und der offenen, unter Umständen blutigen Klassenkämpfe, konnte sich diesen niemand entziehen, und ein jeder vermochte lediglich dazu beizutragen, daß die Ursachen solcher gesellschaftlichen Unkosten so bald wie möglich ausgeschaltet würden. Das persönliche Verhalten, Handeln und Denken eines jeden war auch in der Sphäre der Ökonomie und der Politik dem Ethos verpflichtet, nicht mehr der Humanität Hinderliches und Unmenschliches zu tun, als seine Funktion unbedingt mit sich brachte, und alles zu bewirken, was das bereits erkennbare höchste Ziel der Menschlichkeit fördern konnte. Ultra posse nemo obligatur, doch blieb es der jeweils hart umkämpften

34 *Aristoteles*, Nikomochische Ethik III 1095 b; V 1097 b; VII 1177 b; XIII 1118 b; 1153 a; XV 1154 a. b; 1119 b; *Politica* 1337 a. b; 1338 a; 1339 a–1340 b.

Entscheidung des Menschen überlassen zu erkennen und zu erproben, wie weit die Möglichkeiten bereits offenstanden.

Da in dem vorliegenden Beitrag zur Diskussion historischer, ethischer und moralischer Probleme mehrfach von historischen Tendenzen sowie von der Unvermeidlichkeit bestimmter Entwicklungen, zum Beispiel der Sklaverei, die Rede gewesen ist, sei hierzu noch ein Exkurs über den gegenwärtigen Stand der Forschung erlaubt. Solange sich die Gesellschaftswissenschaft nur in einem äußerst unzulänglichen Maße mit der Geschichte der altorientalischen, altafrikanischen (mit Ausnahme Ägyptens) und altamerikanischen Kulturen und Staaten beschäftigte, hat sich die Hegelsche Geschichtskonstruktion mit ihrem Grundgedanken, daß alles, was sei, auch vernünftig sei und daß darauf aufbauend die prädestinierte oder teleologisch begründete Notwendigkeit in jeder Stufe der geschichtlichen Entwicklung in vollem Maße einfach und eindeutig zur Geltung komme, in populärwissenschaftlichen Konzeptionen weit verbreitet. Heute sehen wir die Besonderheiten der in Europa als Schauplatz sich vollziehenden Entwicklung von der Antike bis zum Kapitalismus und dem Entstehen der sozialistischen Ideen und Bewegungen deutlicher, und wir sind gezwungen, den Gründen dieser Besonderheiten gewissenhaft nachzugehen. Wir müssen die Frage stellen, warum der Kapitalismus hier und nirgends anders entstanden ist. Nach unserem heutigen Wissensstand halte ich es für zutreffend, wenn F. Engels eine der Voraussetzungen hierfür in der besonderen Struktur der Antike sieht, allerdings nicht in der dort vorhandenen Institution der Sklaverei überhaupt – wie Engels noch annehmen konnte<sup>35</sup> –, sondern in der Besonderheit der antiken Form der Sklaverei. Sklaverei überhaupt war in der ganzen Welt verbreitet, ohne daß die Voraussetzungen für die Entstehung des Feudalismus europäischer Prägung und des daraus hervordwachsenden Kapitalismus damit geschaffen worden wären. Antike Sklaverei bedeutete die Hinaussetzung dieses Gewaltverhältnisses aus dem Kreise der eigenen Bürgerschaft, Beschränkung von Strafarbeit auf die Verurteilten selbst, ohne Sippenhaftung, Abschaffung der Schuldsklaverei, also des inhärenten ökonomischen Automatismus der Herstellung von Sklavereiverhältnissen, ausschließliches Basieren auf der Fremd-, der Raubsklaverei. Das ist eine Entwicklung, die wir, soweit ich sehen kann, in keiner anderen Struktur von sklavenhaltenden Gesellschaften im Altertum finden, in dieser Ausschließlichkeit auch nicht in den dem Alten Orient verbundenen hellenistischen Staaten. Mit der Frage, warum die antike Form der Sklaverei in den Poleis und in Rom und nirgends anders entstanden ist und sich ein Jahrtausend – also für Entwicklungen jener Epoche eine wesentliche und doch nur relativ kurze Zeit – gehalten hat, bedarf noch vieler weiterer Untersuchungen. Wichtig ist zunächst, daß wir die Frage stellen und uns nicht auf dem Begriff der Notwendigkeit ausruhen, solange wir noch nach den zureichenden Gründen zu suchen haben.

<sup>35</sup> Engels, Friedrich, a. a. O.

Von dieser Problemstellung aus müssen wir das Zugeständnis antiker Bürger an die Ideologie der Sklavenraubkriege stets von ihrer historischen Entscheidung her, die eigenen Bürger nicht mehr zu versklaven, betrachten. Das hat nichts mit Menschlichkeit im vollen und höchsten Sinne zu tun, da in dem einen und in dem anderen Falle Menschen ihrer Selbstbestimmung beraubt wurden. Es ist aber im Zusammenhang historischer Entscheidungen und Entwicklungstendenzen insofern von großer Bedeutung, als durch die Verschärfung des Gegensatzes von frei und unfrei die Entwicklung in einen besonderen und schnelleren Fluß kam. Der Bürger wurde im vollen Sinne frei, der Sklave im historisch höchstmöglichen Grade unfrei, bis diese Entwicklung mit dem Ende der römischen Republik sich selbst ad absurdum führte und neue Tendenzen auftraten, die in einer wissenschaftlich noch nicht ganz entwirrten Weise Vergangenes und Zukünftiges verbanden.

# Neue Fragestellungen in der politischen Ökonomie des Imperialismus und ihre Beziehungen zur wirtschaftshistorischen Forschung

VON HANS WAGNER

Man kann sich streiten, ob die Wirtschaftsgeschichte eine Unterdisziplin der Geschichte oder eine Unterdisziplin der politischen Ökonomie ist. Fest steht jedoch, daß die politökonomische Forschung ohne die Wirtschaftsgeschichte und ihre praktischen Ergebnisse nicht auskommt, wie auch umgekehrt die Wirtschaftsgeschichte ohne den Ausgangspunkt der politischen Ökonomie zu einer rein beschreibenden Disziplin herabsinken würde. Fruchtbare Forschung ist in beiden Wissenschaften nur bei wechselseitiger Anregung und Zusammenarbeit möglich.

Die politische Ökonomie entwickelt das Modell, das System der Ökonomik der Gesellschaft und deckt seine notwendigen, inneren Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen auf. Die Wirtschaftsgeschichte untersucht auf dieser Grundlage die konkrete historische Entwicklung dieser Ökonomik, sie untersucht, wie sich die notwendigen ökonomischen Beziehungen und Tendenzen herausbilden und wie sie sich im Kampf der Klassen, der gesellschaftlichen Gruppierungen und Interessen durchsetzen. Die politische Ökonomie bewegt sich auf einer höheren Stufe der Abstraktion als die Wirtschaftsgeschichte, aber die Wirtschaftsgeschichte deckt auf, wie sich die abstrakten, allgemeinen Kategorien der politischen Ökonomie im wirklichen Leben entwickeln und sich im Handeln der Menschen widerspiegeln. Das innere, logische System der politischen Ökonomie kann nicht a priori aus der „Selbstenfaltung der Kategorien“, sondern nur aus dem wirklichen Leben abgeleitet werden. Die Geschichte des wirklichen Lebens ist die Grundlage für die Entfaltung der ökonomischen Kategorien. Deshalb muß man historisch herangehen, wenn man herausarbeiten will, wie sich die Logik der ökonomischen Kategorien entfaltet. Diese Einheit von logischer und historischer Betrachtungsweise ist einer der wichtigsten und leider zu unrecht vernachlässigten methodologischen Grundsätze politökonomischer Forschung.

In der marxistischen politischen Ökonomie haben sich in den letzten Jahren wichtige Veränderungen vollzogen. Sie sind nicht so sehr darin zu sehen, daß eine Reihe von Problemen von den Politökonomien gelöst werden konnten, sondern eigentlich vielmehr darin, daß zahlreiche neue Fragen aufgetaucht sind. Diese Fragen können aber nur beantwortet werden, wenn neue metho-

dologische Grundsätze erarbeitet und viele praktische Untersuchungen durchgeführt werden, und zwar sowohl von der politischen Ökonomie als auch von der Wirtschaftsgeschichte.

Einige dieser neu aufgetauchten Fragen, für die es noch keine allgemein anerkannten Antworten gibt, seien zunächst angeführt.

Lange Zeit wurde von uns die These vertreten, daß Privateigentum an Produktionsmitteln und gesamtwirtschaftliche Planung unvereinbar sind. Diese These läßt sich sogar politökonomisch-theoretisch beweisen, wenn man den Begriff „Privateigentum an Produktionsmitteln“ definiert als Privateigentum völlig isoliert voneinander produzierender kapitalistischer Warenproduzenten. Es zeigt sich aber, daß im gegenwärtigen Imperialismus bestimmte Formen der Planung existieren. Bereits Lenin sprach vom monopolistischen Kapitalismus als einer „planmäßigen Form“ des Kapitalismus<sup>1</sup>, und noch mehr gilt dies in bezug auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Es ist ein alter Grundsatz der politischen Ökonomie, daß die zyklischen Überproduktionskrisen unvermeidliche Begleiterscheinungen des kapitalistischen Privateigentums sind, die mit Notwendigkeit letzten Endes aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus entspringen. Die Periode zwischen den beiden Weltkriegen brachte den praktischen Beweis, daß mit der Verschärfung des Grundwiderspruches auch die Krisen schärfer werden, indem mit der Großen Krise 1929 bis 1932 die tiefste und verheerendste Krise des Kapitalismus überhaupt auftrat. Es besteht kein Zweifel, daß der Grundwiderspruch des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg nicht weniger scharf, sondern schärfer ausgebildet ist als vor dem zweiten Weltkrieg. Und doch sieht es so aus, als ob der gegenwärtige monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus diese These widerlegt, denn in ganz Westeuropa gab es seit dem zweiten Weltkrieg nicht eine einzige ordentliche zyklische Überproduktionskrise. Selbst in den USA waren die Krisen nach dem zweiten

1 „Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmäßig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung des Rohstoffs nach den geeigneten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie in Deutschland durch den amerikanischen ‚Petroleumtrust‘) – dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit einer bloßen ‚Verflechtung‘; daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht. . .“ (Lenin, *W. I.*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Werke*, Bd 22, Berlin 1960, S. 308.)

Weltkrieg nicht stärker, sondern bedeutend schwächer als vor dem zweiten Weltkrieg.

Es ist ein seit langem von uns vertretener Grundsatz der politischen Ökonomie, daß das Monopol eine Tendenz zur Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen und des technischen Fortschritts im besonderen erzeugt. Den praktischen Beweis lieferte die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in der sich der technisch-wissenschaftliche Fortschritt außerordentlich langsam vollzog, was sich zum Beispiel am geringen Wachstum der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität zeigt. Es besteht kein Zweifel, daß seitdem die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und damit die Rolle der Monopole in den hochentwickelten imperialistischen Ländern bedeutend zugenommen hat. Und doch ist der technische Fortschritt in der imperialistischen Welt noch nie so schnell und so planmäßig vorangetrieben worden, wie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus der fünfziger und sechziger Jahre.

Es ist eine von Marx im „Kapital“ aufgedeckte Gesetzmäßigkeit, daß sich, in dem Maße, wie sich das Kapital akkumuliert, die Lage der Arbeiter absolut verschlechtern muß. Die Gesamtentwicklung des Imperialismus ist ein Beweis für diese These. Der Akkumulationsprozeß des Kapitalismus erreicht im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Intensität, wie sie wohl nur selten in früheren Perioden des Kapitalismus anzutreffen ist. Die Arbeiterklasse hat sich aber im Verlaufe der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus Positionen erkämpfen können, die mit den Vorstellungen, die wir über die Wirkungsweise dieses Gesetzes entwickelten, nicht übereinstimmen.

Es ist ein unbezweifelbarer Grundsatz der politischen Ökonomie, daß Kapitalismus und Sozialismus zwei diametral entgegengesetzte Gesellschaftsordnungen sind, die auf völlig entgegengesetzten Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln beruhen: auf Privateigentum einerseits und gesellschaftlichem Eigentum andererseits. Es wurde daraus der Schluß gezogen, daß die wirkenden Gesetze und Tendenzen absolut entgegengesetzt funktionieren und daß die politische Ökonomie des Sozialismus im völligen Gegensatz zur politischen Ökonomie des Kapitalismus zu entwickeln ist. Die gesellschaftliche Praxis der Periode nach dem zweiten Weltkrieg zeigt aber, daß es durchaus auch Analogien zwischen den beiden Gesellschaftsformationen gibt, daß der Sozialismus ökonomische Formen des Kapitalismus übernehmen kann und muß, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen.

Für alle diese Probleme – und für die vielen übrigen, hier nicht angeführten – muß die politische Ökonomie nach Lösungen suchen, und zwar nach solchen, die mit der Wirklichkeit übereinstimmen, weil sie nur dann, wie seinerzeit die Marxschen Lösungen, für die revolutionäre Praxis nutzbar gemacht werden können. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist jedoch die von der marxistischen politischen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten angewandte Methodologie unzureichend.



Es handelt sich hier nicht um einzelne, isolierte Probleme, die eine einzelne, isolierte, besondere Erklärung verlangen. Es handelt sich um Probleme, deren Lösung letzten Endes nur möglich ist, wenn das Gesamtsystem des modernen Imperialismus theoretisch richtig erklärt werden kann. Es ist also notwendig, nach neuen methodologischen Gesichtspunkten und Wegen zu suchen, die eine solche Erklärung des Gesamtsystems gestatten und erleichtern. Im vorliegenden Artikel soll ein Versuch in dieser Richtung unternommen werden.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wandte sich das theoretische Interesse der marxistischen Ökonomen, die sich mit den Entwicklungsprozessen des Kapitalismus beschäftigten, in stärkerem Maße der Krisentheorie zu. Auf der Grundlage einer den modernen Bedingungen gemäß weiterentwickelten Krisentheorie sollte die Entwicklung des Reproduktionsprozesses des Kapitals erklärt und wenn möglich vorausgesagt werden. Die Krisenforschung geriet jedoch an Probleme, die vom Standpunkt der Krisentheorie nicht mehr erklärt werden konnten, weil das Gesamtsystem des modernen Kapitalismus offenbar verschiedene Voraussetzungen der Krisen modifiziert oder aufhebt. So wurde seit Anfang der sechziger Jahre versucht zu erforschen, wie sich der Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verändert, um daraus Rückschlüsse für die Entwicklung der kapitalistischen Reproduktion zu ziehen. Der Versuch, das Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erklären, ist noch nicht voll gelungen. Aber bereits jetzt scheint es sich anzudeuten, daß weitere Probleme theoretisch und praktisch untersucht werden müssen, um das Wirken der ökonomischen Widersprüche des modernen Imperialismus in ihrer Gesamtheit tiefer zu erklären. Ein solches in den Vordergrund tretendes Problem ist das der *Rationalität* der ökonomischen Kategorien, das heißt ihres allgemein-gesellschaftlichen Inhalts. Damit im Zusammenhang erheben sich folgende Fragen: Worin bestehen die objektiven, allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte? Was ist das allgemeine Ziel, auf das die Reproduktion einreguliert wird, welche Hauptbedingungen müssen dabei im Gleichgewicht gehalten werden, welche Mittel und Methoden dienen der Erreichung dieses Zieles? Es handelt sich also um Probleme der Wachstumsmodelle, deren Kenntnis auch für die sozialistische Planung unbedingt notwendig ist; denn wenn es gelingt, die allgemeinen Ziele, Methoden, Gleichgewichtsbedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion richtig zu erfassen – zum Beispiel die Beziehungen zwischen Akkumulation, Arbeitskräfteentwicklung und technischem Fortschritt als Hauptfaktoren des Wachstums –, werden auch die besonderen Formen der Regulierung dieser Bedingungen – also etwa die staatsmonopolistische Form der Regulierung über den Monopolprofit – besser zu beurteilen sein. Die politische Ökonomie dringt damit in einen Bereich ein, der ihr bisher relativ gleichgültig war: in den Bereich der Aufdeckung allgemeiner Entwicklungsbedingungen und Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Produktion bzw. der gesellschaftlichen

Produktivkräfte. Die planmäßige, bewußte Gestaltung des Reproduktionsprozesses verlangt die Kenntnis dieser Gesetze, und aus der Kenntnis und praktischen Erfahrung des Sozialismus erwachsen neue Gesichtspunkte für die Beurteilung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Wirtschaftsgeschichte eröffnet sich hier ein reiches Betätigungsfeld.

Die entscheidende Frage für die politische Ökonomie des Imperialismus bleibt aber nach wie vor die, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen sich heute die Widerspruchsbewegung des Kapitalismus abspielt, welche Formen die Widersprüche für ihre Bewegung geschaffen haben und wie sich diese Veränderung auf das Gesamtsystem und seine Entwicklungstendenzen auswirkt, welche Schlüsse daraus für den Kampf um die Bändigung des Imperialismus gezogen werden müssen.

Eine der wichtigsten Grundthesen des XXII. Parteitages der KPdSU war folgende: Aufbau des Kommunismus bedeutet in erster Linie Aufbau seiner materiell-technischen Basis, und erst abgeleitet davon, auf der Grundlage dieser entwickelten materiell-technischen Basis, sind kommunistische Produktionsverhältnisse und überhaupt kommunistische Beziehungen zu entwickeln. „Dann wird die UdSSR über beispiellos mächtige Produktivkräfte verfügen, die höchstentwickelten Länder technisch überflügeln und in bezug auf die Pro-Kopf-Produktion an die erste Stelle in der Welt vorrücken. *Auf dieser Grundlage* werden sich die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen allmählich in kommunistische verwandeln . . .“<sup>2</sup>

Dieser Grundsatz hat eine enorme methodologische Bedeutung für die politische Ökonomie überhaupt. Auf dem Parteitag der KPdSU wurde bei der Analyse der Dialektik der Entwicklung nachgewiesen, daß die Herausbildung des kommunistischen Eigentums und des kommunistischen Charakters der Arbeit *nicht* primär von der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, zum Beispiel dem Produktaustausch, der Beseitigung der individuellen Hauswirtschaften der Kolchosen usw. ausgehen darf, sondern daß man bei der Entwicklung der Produktivkräfte, und zwar in erster Linie der Entwicklung der materiell-technischen Basis der kommunistischen Gesellschaft, anfangen muß. Auch die Erfahrung des Aufbaues des Sozialismus bzw. Kommunismus in allen sozialistischen Ländern lehren, daß die Schaffung sozialistischen Eigentums durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht ausreicht, allseitige sozialistische Beziehungen zu entwickeln, sondern daß dazu eine bestimmte materiell-technische Basis vorhanden sein muß. Methodologisch bedeutet das, daß prinzipielle Fragen der Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und Produktions- bzw. Eigentumsverhältnissen *innerhalb* der Entwicklung einer Gesellschaftsformation aufgeworfen sind. Die Politökonomen haben sich lange mit der Grundthese des historischen Materialismus begnügt, nach der in den Ausbeutergesellschaften auf eine Periode der (relativen) Über-

<sup>2</sup> *Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Berlin 1961, S. 63 (Hervorhebung von mir — H. W.).

einstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte jedesmal eine Periode der Nichtübereinstimmung zwischen beiden folgt, die durch eine Revolution zugunsten neuer Produktionsverhältnisse überwunden werden muß.

Die Entwicklung des Kapitalismus wurde danach im wesentlichen als ein Prozeß der quantitativen, linearen Verschärfung der Widersprüche, der Zuspitzung der Antagonismen, der Entstehung neuer Widersprüche betrachtet. Zwar wurde der Umschlag von der freien Konkurrenz zum Monopol als ein qualitativer Umschlag in der Entwicklung des Kapitalismus angesehen, doch wurden von den qualitativen Veränderungen, die der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium durchmachte, im wesentlichen diejenigen Momente herausgearbeitet, die die Verschärfung der Widersprüche ausdrücken. Das ist nicht etwa falsch, im Gegenteil. Lenin erkannte in dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus einen qualitativen Umschlag und konnte daher nachweisen, daß der Imperialismus das höchste, letzte und zugleich sterbende Stadium des Kapitalismus ist, daß der Imperialismus die Epoche des Kapitalismus ist, die sich durch große Kriege und Revolutionen hervorhebt. Und die historische Praxis hat Lenin und der Taktik, die er aus der wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus heraus entwickelte, recht gegeben. Diese Taktik führte zum Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland und damit zum Beginn einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte. Aber zur Erklärung solcher Phänomene des modernen Kapitalismus, die wir zu Beginn des Artikels skizzierten, reicht es nicht mehr aus, lediglich die Verschärfung der Widersprüche zu untersuchen. Es ist notwendig, die zahlreichen Hinweise auszuwerten, die Lenin zur Gesamtanalyse des monopolistischen Kapitalismus gibt, und die Frage nach der Rolle aller von ihm entwickelten Momente in der Gegenwart zu beantworten.

Gerade die Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen *innerhalb* einer Gesellschaftsordnung ist von eminenter Bedeutung, um qualitative Veränderungen *im Rahmen* eines bestimmten *Typs* von Produktions- bzw. Eigentumsverhältnissen und die ökonomischen und historischen Charakteristika der jeweiligen Entwicklungsstadien aufzudecken.

Marx analysiert im „Kapital“ ganz ausführlich die Wandlungen, die das Kapitalverhältnis selbst im Laufe seiner Entwicklung durchmacht. Und er erkennt auch die Ursache dieser Wandlungen: die Entwicklung der Produktivkräfte oder noch genauer, die Entwicklung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus!

Im Abschnitt über den absoluten Mehrwert entwickelt er die prinzipielle Qualität des Lohnarbeitsverhältnisses oder, was ja dasselbe ist, des Kapitalverhältnisses. Er deckt diejenigen Merkmale auf, die die soziale Grundbeziehung des Kapitalismus überhaupt kennzeichnen, jene Grundbeziehung, die sowohl in der ältesten kapitalistischen Manufaktur als auch im modernsten kapitalistischen Konzern existent ist.

Die qualitative Konstanz des Kapitals ist jedoch eine prinzipielle oder allgemeine, aber eben dadurch nur eine relative, weil der gleiche qualitative Grundgehalt in den verschiedensten Formen und Tendenzen zum Ausdruck kommen kann. Obwohl die prinzipielle Qualität des kapitalistischen Eigentumsverhältnisses erhalten bleibt, gehen im Rahmen dieser Qualität durchaus wesentliche Veränderungen vor sich. Die materielle Grundlage derartiger Veränderungen ist die Entwicklung und Entfaltung der materiell-technischen Basis, auf der sich das Wirken des Kapitalverhältnisses als Folge der Akkumulation abspielt. Die objektive Struktur der Sachen ist immer die Grundlage, an die sich das Produktionsverhältnis heftet, und es ist für das Kapitalverhältnis durchaus nicht gleichgültig, ob es sich an einen handwerklichen (manufakturrellen) oder an einen industriellen Prozeß heftet. Es ist auch nicht gleichgültig, auf welcher Stufe sich der vergesellschaftete Prozeß der industriellen Produktion abspielt.

Es ist ja letzten Endes nicht die Kapitalstruktur, die die sachliche Struktur bedingt, sondern umgekehrt, die sachliche Struktur des produktiven Apparates bedingt die Kapitalstruktur. Das schließt Rückwirkungen natürlich nicht aus, im Gegenteil, es handelt sich hier um eine Wechselwirkung, die die Entwicklung des Kapitalismus und der Gesellschaft überhaupt maßgeblich beeinflusst.

Im Abschnitt über die Produktion des relativen Mehrwerts untersucht Marx, wie das Wechselverhältnis zwischen Produktivkraft und Produktions- oder Eigentumsverhältnissen sich im Kapitalismus betätigt. „Das Kapital ordnet sich zunächst die Arbeit unter mit den technischen Bedingungen, worin es sie historisch vorfindet. Es verändert daher nicht *unmittelbar* die Produktionsweise. Die Produktion von Mehrwert in der bisher betrachteten Form (als absoluter Mehrwert – H. W.), durch einfache Verlängerung des Arbeitstags, erschien daher von jedem Wechsel der Produktionsweise selbst unabhängig. Sie war in der altmodischen Bäckerei nicht minder wirksam als in der modernen Baumwollspinnerei.“<sup>3</sup>

Die handwerkliche technische Grundlage des Manufakturstadiums des Kapitalismus steht aber in krassem Gegensatz zu dem allgemeinen Wesen des Kapitals. Seiner prinzipiellen Qualität nach ist das Kapital schrankenlos. Die Zirkulations- oder Bewegungsform des Kapitals,  $G-W-G'$ , ist ihrer Qualität nach unbeschränkt. Der Ausgangspunkt ist im Endpunkt der Bewegung wieder gegeben, und das Kapital muß sich, vermehrt um die Verwertung, erneut verwerten. In der einfachen Warenproduktion können sich die Produzenten vermehrte Arbeitsergebnisse nur aneignen, wenn sie die *eigene* Arbeit vermehren. Ausbeutung von Lohnarbeit bedeutet dagegen Aneignung fremder Arbeit. Ausbeutung von Lohnarbeit kennt daher weder eine moralische noch eine prinzipielle quantitative Schranke, die angeeignete Arbeit zu vermehren. Ferner eignet sich das Kapital nicht private Arbeit, Arbeit einzelner an, son-

<sup>3</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 328.

dern es eignet sich gesellschaftliche, das heißt kooperierte Arbeit an. Die Aneignung kooperierter Arbeit ist aber ebenfalls ihrer Qualität nach prinzipiell unbegrenzt, denn sie wandelt die Produktivkraft aus einer an das einzelne Subjekt und seine Fähigkeiten und Kräfte gebundenen Größe in eine gesellschaftliche Größe der Kooperation und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts um. Die handwerklich-technische Grundlage der Produktion im Manufakturstadium des Kapitals läßt jedoch die schrankenlose Ausdehnung der Verwertung nicht zu und setzt der Entfaltung des Kapitals relativ enge Grenzen; die inneren Tendenzen und Gesetze des Kapitals können sich nicht voll entfalten und bewegen.

Die innere Widersprüchlichkeit des Kapitals besteht darin, daß der Zweck des Kapitals – die Verwertung – immer in Gegensatz zu dem Mittel – Herauspressung eines möglichst großen Quantum von Mehrarbeit aus den Arbeitern – gerät. Es ist die Proportion zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, die das Kapital ständig zugunsten der Mehrarbeit verändern muß. Aber die Schranke, die der Aneignung von Mehrarbeit durch die Höhe der notwendigen Arbeit gesetzt ist, läßt sich auf der handwerklichen Grundlage der Manufaktur nicht überwinden. Die maßlose Verlängerung des Arbeitstages, die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, die massenhafte Vergrößerung der exploitierbaren Arbeiterbevölkerung durch die Ruinierung der Mittelklassen, drei Hauptwege der Vergrößerung der Verwertung, stoßen auf „natürliche“ Schranken der technischen Grundlage.

Im Kapitalismus ist es generell der Arbeiter, der von den Produktionsmitteln angewandt wird. Im Manufakturstadium des Kapitalismus ist es jedoch technisch so, daß der Arbeiter die Produktionsmittel anwendet. Erst im kapitalistischen Maschinenbetrieb wird es daher technisch handgreiflich, daß die Maschine, als Kapital, den Arbeiter anwendet. Erst mit der großen Industrie und der Produktion von Maschinen durch Maschinen wird es dem Arbeiter auch gesellschaftlich handgreiflich, daß er ein Zubehör zum Kapital und dessen Verwertungsbedingungen untergeordnet ist. Erst auf der Grundlage der Produktion von Maschinen durch Maschinen wird die Maschine in vollem Maße zum Konkurrenten des Arbeiters, setzt sie ihn frei, schafft sie die industrielle Reservearmee und damit jenes Druckmittel, das die Arbeiter fester an das Kapital schmiedet als „den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen“. Erst mit der Produktion einer industriellen Reservearmee werden die Arbeiter unter jene Gesetze gezwungen, die das Verhältnis zwischen Lohn und Akkumulation immer im Gleichgewicht halten, so daß die Arbeiter im Durchschnitt nie mehr erhalten als den Wert ihrer Arbeitskraft und die Verwertung des Kapitals immer gesichert ist.

Erst die Produktion von Maschinen durch Maschinen bildet eine materielle Basis, die den inneren Widersprüchen des Kapitals freien Bewegungsspielraum schafft und die ständige Überwindung der inneren Schranken des Kapitalverhältnisses gestattet. „Die große Industrie mußte sich also ihres charakteristischen Produktionsmittels, der Maschine selbst, bemächtigen und Ma-



schinen durch Maschinen produzieren. So erst schuf sie ihre adäquate technische Unterlage und stellte sich auf ihre eignen Füße.“<sup>4</sup>

Erst mit dieser technischen Grundlage entfaltete sich daher der Krisenzyklus als Bewegungsform der kapitalistischen Widersprüche, erst jetzt erfolgte jene sprunghafte Ausdehnung der Produktion, die ständig in Widerspruch zu den engen Konsumtionsverhältnissen des Kapitalismus gerät, erst jetzt wird die Entwicklung der Produktivkraft durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik im Produktionsprozeß eine Angelegenheit des Kapitals. Erst jetzt konnte sich das Kapital mit voller Wucht auf die Produktion von relativem Mehrwert konzentrieren, wurde die Entwicklung der Produktivkraft zum wichtigsten Hebel der Akkumulation.<sup>5</sup> Die Produktion von relativem Mehrwert als Hauptmethode der Mehrwertproduktion „unterstellt also eine spezifisch kapitalistische Produktionsweise, die mit ihren Methoden, Mitteln und Bedingungen selbst erst auf Grundlage der formellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital naturwüchsig entsteht und ausgebildet wird. An die Stelle der formellen tritt die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital.“<sup>6</sup> Die Zusammenfassung aller Entwicklungstendenzen des Kapitals auf der ihm entsprechenden materiell-technischen Grundlage ist das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Die Entwicklung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus ist das Ergebnis der Akkumulation des Kapitals, das heißt der Verwandlung von Mehrwert in Kapital. Mit der Entwicklung seiner materiell-technischen Basis entwickelt das Kapital seine eigenen Widersprüche, bis an einem bestimmten Punkt ein qualitativer Umschlag eintritt. Der qualitative Umschlag, den wir als den Umschlag von der freien Konkurrenz zum Monopol bezeichnen, läßt den gesamten Kapitalismus in ein neues, höheres, letztes Stadium hinüberwachsen, in den Imperialismus. Diesem Prozeß liegt eine Weiterentwicklung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus zugrunde. Es wird eine neue Stufe erreicht, und zwar eine höhere Stufe der Vergesellschaftung der Produktion.

Um die Jahrhundertwende traten wesentliche Veränderungen in der materiell-technischen Basis des Kapitalismus ein. Mit völligem Recht stimmte Lenin der Meinung zu, daß die Elektroenergie ihrem Charakter nach eine sozialistische Produktivkraft ist. Sie leitete eine völlige Umgestaltung der technischen Produktionsbasis ein, gab der Produktion eine neue Beweglichkeit und Disponibilität und ermöglichte ihr die Verbreitung in die fernsten Gebiete. Zur gleichen Zeit entwickelte sich die chemische Industrie in großem Maßstab und erhöhte ihre volkswirtschaftliche Bedeutung sehr rasch. Die traditionellen führenden Industrien treten in den Hintergrund zugunsten der Produktionsmittel produzierenden Zweige, vor allem der Schwerindustrie.

4 Ebenda, S. 405.

5 Ebenda, S. 650.

6 Ebenda, S. 533.



Gerade in den zur damaligen Zeit führenden Industriezweigen entwickelte sich die Massenproduktion in wenigen Dutzend oder noch weniger Riesenbetrieben, die die Voraussetzung für die Bildung von Monopolen sind. Die elektrotechnische Industrie entstand von vornherein als monopolisierte Industrie.<sup>7</sup> Die wachsende Bedeutung der Produktionsmittel produzierenden Zweige war der Indikator dafür, daß die Produktion der Gesellschaft in wachsendem Maße dazu dienen muß, den produktiven Apparat, oder die materiell-technische Basis der Produktion, in Gang zu halten und qualitativ wie quantitativ zu entwickeln. Jede Entwicklung dieser Basis, die ja bereits auf der Anwendung von Wissenschaft und Technik im Produktionsprozeß beruht, erhöht die Notwendigkeit und Möglichkeit, die Wissenschaft in immer größerem Maße produktionswirksam zu machen. Die chemische und elektrotechnische Industrie sind erst auf einer entwickelten Stufe der Wissenschaft entstanden.

Während die erste Stufe der kapitalistischen industriellen Produktion die Produktionsmittelherstellung als eigene Abteilung der Volkswirtschaft konstituiert und damit das Gesetz vom vorrangigen Wachstum der Abteilung I gegenüber der Abteilung II ins Leben ruft, wird auf der neuen Stufe nicht nur die relative, sondern auch die absolute Vorrangigkeit der Abteilung I auf die Tagesordnung gestellt. Das heißt, daß im Vordergrund der Entwicklung die Produktionsmittel produzierenden Zweige standen, die das Gesicht der materiell-technischen Basis der Produktion im Zeitalter des Imperialismus bestimmen. Wenn wir von der Automobilindustrie der USA absehen, erleben wir in den imperialistischen Ländern erst nach dem zweiten Weltkrieg eine allgemeine Phase der Entwicklung, in der auf der Grundlage des hochausgebildeten produktiven und distributiven Apparates die Konsumgüter produzierenden Zweige in ihrer Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Reproduktion wieder anwachsen.

Die wachsende Kompliziertheit, der wachsende Umfang und damit auch die wachsende Empfindlichkeit der materiell-technischen Basis der Produktion erforderte neue Voraussetzungen ihrer Beherrschung. Das blind wirkende, hinter dem Rücken der Produzenten und des Kapitals sich durchsetzende Prinzip des Durchschnittsprofits reichte nicht mehr aus, um den gesellschaftlichen Zusammenhang zu regeln. Der wachsende Umfang des produktiven Apparates der Gesellschaft verlangte in wachsendem Maße die Beherrschung der allgemeinen Eigengesetzlichkeit seiner Reproduktion. Vor allem mußte das Kapital die Vergesellschaftung von Wissenschaft und Technik meistern, um die notwendigen Voraussetzungen der weiteren Entwicklung der Produktion und damit der Verwertung zu schaffen.

Wir finden also in der Konzentration der Produktion und des Kapitals, in der materiell-technischen Basis der Produktion um die Jahrhundertwende eine in

7 Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 122 ff. = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 14.*

jeder Hinsicht neue Stufe der Vergesellschaftung. Diese neue Stufe der Vergesellschaftung der Produktion verlangt die Ablösung des Privateigentums und die Schaffung der Voraussetzungen für die Entfaltung des gesellschaftlichen Eigentums.

Solange aber der Kapitalcharakter der Produktion nicht generell aufgehoben ist, muß das Kapital sich Formen schaffen, die seinen inneren Widersprüchen Bewegungsraum geben. Wenn das Kapital nicht in der Lage wäre, solche Formen anzunehmen, die der Entfaltung seiner Widersprüche und der Entwicklung der Produktivkräfte noch Raum geben, dann würde es zu einer *absoluten* Fessel der Produktion und müßte automatisch gesprengt werden. Aber es gibt weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht absolut ausweglose Situationen für die Bourgeoisie, und ökonomische Theorien, die in ihrer Konsequenz auf den notwendigen ökonomischen Zusammenbruch des Systems, auf die ökonomische Unmöglichkeit seiner Weiterentwicklung zielen, haben sich als falsch erwiesen. Eine Situation wird für die Bourgeoisie erst dann politisch ausweglos, wenn das Proletariat und alle revolutionären Kräfte der Bourgeoisie den Ausweg versperren!

Wir finden also in der Entwicklung des Kapitalismus drei Phasen. In der ersten besteht ein Widerspruch zwischen der prinzipiellen Qualität des Kapitalverhältnisses und seiner zurückgebliebenen materiell-technischen Basis. Im Vordergrund der ökonomischen Entwicklung steht die Herausbildung der materiell-technischen Basis und die Entfaltung der inneren Widersprüchlichkeit des Kapitals.

In der zweiten Phase besteht eine prinzipielle Übereinstimmung der Qualität des Kapitalverhältnisses mit seiner materiell-technischen Basis. In dieser Phase entwickelt das Kapital seine eigentlichen historischen Potenzen, wirkt das Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktion, das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, finden die Widersprüche des Kapitals den vollsten Spielraum für ihre Bewegung und Entwicklung. Durch die Herausbildung von Formen, in denen sich die Widersprüche des Kapitals bewegen können, werden diese Widersprüche nicht etwa – im Sinne einer Liquidierung – gelöst; vielmehr können sie sich nun erst voll entfalten. Das bedeutet, daß sich sowohl die positiven Seiten dieser Widersprüche, als auch die negativen Seiten, die zerstörerischen, spontanen, in vollem Umfang auswirken können.

In der dritten Phase besteht ein prinzipieller Widerspruch zwischen dem Kapitalcharakter der Produktion und dem fortgeschrittenen Charakter der materiell-technischen Basis der Gesellschaft. Im Vordergrund der ökonomischen Entwicklung steht in dieser Periode das Problem der Formen, die das Kapital annimmt, um sich den Notwendigkeiten dieser fortgeschrittenen Basis anzupassen und einen Fortschritt der Produktion überhaupt noch zu ermöglichen.

Die entscheidende Entwicklungsform des Kapitals in dieser letzten Phase ist das Monopol. Das Monopol als eine spezielle Form des Kapitals überhaupt müssen wir daher näher einschätzen. Dabei taucht sofort die Frage auf, wie sich

die Marxsche Feststellung, daß die Produktionsverhältnisse auf einer bestimmten Stufe aus Entwicklungsformen in Fesseln der Produktivkräfte umschlagen, im Monopol zeigt.

Die Bewegungsformen, die das Kapital finden muß und findet, stehen in krassem Widerspruch zu dem erhalten gebliebenen Rahmen des privatkapitalistischen Eigentums. So sehr daher das Kapital im Imperialismus einerseits Widersprüche löst, indem es ihnen Spielraum für ihre Betätigung schafft, so sehr muß es andererseits Widersprüche verschärfen. Das Ergebnis ist eine bedeutende *Verlagerung* der Widersprüche und Antagonismen, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Ökonomie und die Politik des Kapitalismus in seinem letzten Stadium ist.

Was ist dem Monopol an Besonderheiten eigen, die es zu einer Bewegungsform der Widersprüche des Kapitals in seinem dritten und letzten Entwicklungsstadium machen? Drückt sich der von uns als prinzipiell bezeichnete Widerspruch zwischen einer fortgeschrittenen materiell-technischen Basis und einem zurückgebliebenen Eigentumsverhältnis im Monopol aus?

Ein Monopol ist eine ökonomische Machtposition des Finanzkapitals, die dem Zweck dient, Monopolprofit zu erzielen, das heißt einen Profit, der größer ist als der Durchschnittsprofit unter den Verhältnissen der freien Konkurrenz. Welche wesentlichen Merkmale lassen sich jedoch zusätzlich gewinnen, wenn man das Monopol unter dem Aspekt der Veränderung betrachtet, die die Bewegungsformen der kapitalistischen Ökonomik durchmachen?

Das Monopol erwächst aus der Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf einer hohen Stufe der Entwicklung der gesellschaftlichen, kapitalistischen Produktion. Das Monopol schaltet die Konkurrenz innerhalb des Produktions- oder Wirtschaftszweiges, den es beherrscht, aus. Das Monopol ist also die Negation der Konkurrenz, obgleich es aus der Konkurrenz hervorwuchs. Die freie Konkurrenz aber, schreibt Marx, ist nichts anderes als die innere Natur des Kapitals selbst. „Begrifflich ist die *Konkurrenz* nichts als die innere *Natur des Kapitals*, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innere Tendenz als äußerliche Notwendigkeit. Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.“<sup>8</sup>

Das Kapital hebt die Konkurrenz, die doch sein inneres Wesen ausmacht, selbst auf, negiert sie, verwandelt sie in ihr Gegenteil, in das Monopol. Das Monopol bedeutet also die Ausschaltung der „innren Natur des Kapitals“, die Aufhebung des Kapitalcharakters der Produktion. Marx schätzte diesen Prozeß vorausschauend folgendermaßen ein: „Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken

<sup>8</sup> *Marx, Karl*, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 317.

weg, und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“<sup>9</sup> Das imperialistische Monopol, das dem Kapital einerseits durch die Ausschaltung der Konkurrenz einen unerhörten Machtzuwachs sichert, ist andererseits gleichzeitig ein Ausdruck der Schwäche des Kapitals, ein Ausdruck der Tatsache, daß das Kapital als Bewegungsform der gesellschaftlichen Produktion bereits überlebt ist.

Das Monopol schaltet also in seinem Herrschaftsbereich die Konkurrenz und damit den Kapitalcharakter der Produktion aus. Aber es entwickelt die Konkurrenz der verschiedenen Monopolgruppen untereinander. Während der Kapitalcharakter der Produktion innerhalb des Monopols aufgehoben wird, bleibt der allgemeine Rahmen der Konkurrenz, das Privateigentum, also der Kapitalcharakter der Produktion im ganzen, erhalten. Der bereits erwähnte Widerspruch zwischen der fortgeschrittenen materiell-technischen Basis des Kapitalismus und der Überlebtheit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, der die imperialistische Etappe allgemein kennzeichnet, tritt daher in der Ökonomik der Gesellschaft konkret als Widerspruch zwischen Monopol und Konkurrenz zutage: Er tritt zutage als Widerspruch zwischen Formen, die den Kapitalcharakter der Produktion aufheben und der Beibehaltung des kapitalistischen Charakters der Produktion. Das Verhältnis zwischen Konkurrenz und Monopol ist daher das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Imperialismus. Der Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol, zwischen Beibehaltung des Rahmens und Wesens der Konkurrenz und gleichzeitiger Aufhebung der Konkurrenz, bringt gerade jene konfliktgeladene Situation hervor, die zum Untergang des Imperialismus führt.

Im Grunde handelt es sich darum, daß die wachsende Möglichkeit, die Produktion zu beherrschen und zu lenken, durch die Ausschaltung der Konkurrenz in die Hände einer kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten gerät, die diese gewachsene Macht für ihre privaten Interessen rücksichtslos gegen die gesamte Gesellschaft ausnutzt. Daher schrieb Lenin 1917: „Gerade diese Verkoppelung der einander widersprechenden ‚Prinzipien‘ – Konkurrenz und Monopol – ist für den Imperialismus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d. h. die sozialistische Revolution vor.“<sup>10</sup>

Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber eben noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus. Nicht reine Monopole oder ein Weltmonopol, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen – gerade das bezeichnet Lenin als die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 544/545.

<sup>10</sup> Lenin, W. I., Werke, Bd 24, Berlin 1959, S. 466.

Trägt daher der Imperialismus einerseits schon Züge der höheren, der sozialistischen Gesellschaftsordnung – sie schauen ihm sozusagen „aus allen Knopflöchern“ hervor –, so werden andererseits auch die negativsten und reaktionärsten, die menscheitsfeindlichen Züge des Kapitals außerordentlich verstärkt.

Daher konnte Lenin auf der Aprilkonferenz der Bolschewiki 1917 erklären: „Die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution, die zweifellos in den am stärksten entwickelten fortgeschrittenen Ländern schon vor dem Kriege gegeben waren, sind noch mehr herangereift und entwickeln sich infolge des Krieges mit rasender Schnelligkeit weiter. Die Verdrängung und der Ruin der Klein- und Mittelbetriebe wird noch mehr beschleunigt. Die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals wächst ins Riesenhafte. Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über, einige von ihnen führen die allgemeine Arbeitspflicht ein.“<sup>11</sup> Und die allgemeine Arbeitspflicht charakterisiert Lenin bereits als etwas Neues, das „einen Teil des sozialistischen Ganzen“ ausmacht!

Lenin betont jedoch immer, daß bei der Betrachtung des modernen Kapitalismus zwei Seiten zu beachten sind. „Interessant ist, daß Engels vor 27 Jahren (1890 – H. W.) auf die Unzulänglichkeit einer Betrachtung des Kapitalismus hinwies, bei der man die Rolle der Trusts übersieht und sagt, das Merkmal des Kapitalismus sei die Planlosigkeit. Engels bemerkt dazu: ‚Und wenn wir zu den Trusts übergehen . . . , so hört da auch die Planlosigkeit auf‘, und doch ist das Kapitalismus. Darauf hinzuweisen ist jetzt um so angebrachter, als wir einen Militärstaat, einen staatsmonopolistischen Kapitalismus haben. Die Einführung der Planmäßigkeit befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite ‚planmäßiger‘ ein. *Was wir jetzt haben, ist ein direktes Hinüberwachsen des Kapitalismus in seine höchste, planmäßige Form.*“<sup>12</sup>

Bleibt das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln erhalten, dann wird der Prozeß der umfassenden Vergesellschaftung – nämlich die zunehmende Monopolisierung, die immer weitgehendere Beherrschung der Produktion durch die Monopole – von einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, von zunehmender Unterdrückung, von der Erschwerung des Widerstandes gegen die Ausbeuter, von dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus begleitet. Bei Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln dagegen bieten die Schritte in Richtung einer umfassenden Vergesellschaftung Bedingungen, die einen erfolgreichen und raschen Aufbau des Sozialismus garantieren.<sup>13</sup> In der Verschmelzung von Monopol und Staat,

11 Ebenda, S. 298.

12 Ebenda, S. 298/299.

13 Ebenda, S. 202/203.

im Hinüberwachsen des Monopols in den Bereich des gesellschaftlichen Überbaus, erkennen wir einen Trend zur weiteren Überwindung der Konkurrenz im Inneren des staatlichen Wirtschaftsgebietes. Das gesamte öffentliche Leben der Nation wird monopolistischer Kontrolle und Herrschaft unterworfen. Aber wozu? Um die Kraft der Nation für den imperialistischen Konkurrenzkampf nach außen, gegen andere, konkurrierende, ebenfalls staatlich organisierte Monopolgruppen zu mißbrauchen (Weltkriege!), um die Herrschaft des Kapitals gegen die demokratischen Kräfte der Nation im Inneren zu sichern und die Überwindung des Kapitalismus überhaupt zu erschweren. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol nicht aufgehoben, nicht einmal im Innern der einzelnen Staaten – hier wird die monopolistische Konkurrenz sogar auf den Staatsapparat übertragen –, geschweige denn im internationalen Rahmen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist also die Verstärkung der zwielfachen Tendenz, die im Monopol liegt. Kein anderer hat das so treffend ausgedrückt wie Lenin: „Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt . . ., sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ist, denn auf der historischen Stufenleiter *gibt es* zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen mehr*. . . in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab.“<sup>14</sup> – „Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein.“<sup>15</sup>

Es ist völlig klar, daß diese Charakterisierung des modernsten Imperialismus, die im Monopol sowohl die Aufhebung als auch die Zuspitzung des Kapitalcharakters der Produktion sieht, zu wichtigen methodologischen Schlußfolgerungen für die weitere Erforschung und Einschätzung des Imperialismus führen muß. Zum ersten dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns bei der Untersuchung der imperialistischen Wirklichkeit ökonomische Erscheinungsformen begegnen, die uns aus der sozialistischen Ökonomik bekannt sind oder die dem Sozialismus adäquat sind. Die Erscheinungsformen verdecken das Wesen des Imperialismus, sie sind nicht mit dem Grundcharakter dieser Gesellschaftsordnung unmittelbar identisch. Sie sind vom Wesen deutlich unterschieden, sie existieren jedoch objektiv und nicht etwa nur in der Vorstellung. Wir haben sie gründlich zu studieren, auf ihre Rationalität hin zu untersuchen und für die sozialistische Praxis auszuwerten. Die Untersuchung ihrer Geschichte läßt wichtige Schlüsse auf Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung zu.

14 Ebenda, Bd 25, Berlin 1960, S. 370.

15 Ebenda, S. 369.



Wesen und Erscheinung sind zwar unbedingt zueinandergehörige Momente; das Wesen eines Eigentumstyps drückt sich in den verschiedensten ökonomischen Erscheinungsformen aus. Aber zwischen Wesen und Erscheinungsform besteht keine unvermittelte, direkte Beziehung, sondern eine durch die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der materiell-technischen Basis, vermittelte Beziehung. Die Formen entwickeln daher ein relatives Eigenleben, eine Eigengesetzlichkeit, die nicht unmittelbar und nicht ausschließlich auf das Eigentum zurückgeführt werden kann, sondern die an die Entwicklung der vergesellschafteten Produktion, in erster Linie die vergesellschafteten Produktivkräfte gebunden ist.

Zum zweiten muß klar sein, daß wir auf Grund der speziellen Doppelseitigkeit des Imperialismus nicht erwarten dürfen, daß die Zuspitzung der Widersprüche im Imperialismus sozusagen eine lineare Fortsetzung der Wirkung dieser Widersprüche aus der Zeit der freien Konkurrenz ist. Im Gegenteil, das Problem besteht ja gerade darin, die Verlagerung der Widersprüche des Kapitalismus bzw. ihrer Wirkungsweise aufzudecken, die in seinem imperialistischen Stadium auftreten. Solche Verlagerungen haben einen ganz wesentlichen Einfluß auf den konkreten Verlauf der ökonomischen und damit der politischen Prozesse und sind daher für den Kampf zur Überwindung des Imperialismus von großer Bedeutung.

Das Entscheidende dieser Verlagerungen springt sofort ins Auge: Während der Grundwiderspruch des Kapitalismus im vormonopolistischen Stadium seinen Hauptausdruck in der zyklischen Krise findet, ist es nunmehr der imperialistische Weltkrieg, der zum Hauptausdruck dieses Grundwiderspruches wird. Marx und Engels haben eine revolutionäre Zuspitzung der Klassengegensätze im allgemeinen im Zusammenhang und im Gefolge einer zyklischen Krise erwartet, weil die Krise, der Hauptausdruck der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Ordnung, die Bourgeoisie an die Unfähigkeit erinnert, mit ihren ökonomischen Problemen fertig zu werden. In der Periode des Imperialismus dagegen waren es die beiden Weltkriege, die eine entscheidende Zuspitzung der Gegensätze, eine Zerrüttung des gesamten künstlichen Getriebes der imperialistischen Herrschaft brachten, so daß die Entwicklung von revolutionären Situationen am Ausgang der Weltkriege schließlich zur Entstehung eines sozialistischen Weltsystems führte, das heute bereits einen bestimmenden Einfluß auf den Verlauf der Menschheitsgeschichte ausübt.

Aber wir können im Grunde für jedes einzelne ökonomische Gesetz des Kapitalismus feststellen, daß sich seine Wirkungsweise im Imperialismus zum Teil sogar ganz erheblich verändert. Das Gesetz des Durchschnittsprofits, das eine Erscheinungsform des Mehrwertgesetzes darstellt, wandelt sich in das Gesetz des Monopolprofits, den logischen Ausgangspunkt des gesamten ökonomischen Systems des Imperialismus um. Die Erscheinungsformen des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation verändern sich ganz wesentlich, woraus sich wichtige Schlußfolgerungen für die Veränderung der Strategie und Taktik zum Sturz des Imperialismus ergeben. Das Krisengesetz ver-

ändert seine Erscheinungsweise und kann seine Funktionen nicht mehr voll erfüllen.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation zum Beispiel wirkt im vormonopolistischen Kapitalismus in zwei Hauptrichtungen: in Richtung der Polarisierung der gesamten Gesellschaft in die entgegengesetzten Klassen Bourgeoisie und Proletariat und in Richtung der wachsenden Konzentration der Macht und des Reichtums auf dem Pol der – immer kleiner werdenden – Klasse der Bourgeoisie und der absoluten Verschlechterung der sozialen Lage der immer größer werdenden Klasse der Arbeiter. Nach wie vor wirkt dieses Gesetz in diesen Hauptrichtungen, und doch unterscheidet sich seine Wirkung im vormonopolistischen Kapitalismus ganz wesentlich von der Wirkung im monopolistischen Kapitalismus. Die Polarisierung der Klassen geht weiter – doch nachdem der selbständige, produzierende Mittelstand ruiniert worden war, wuchsen in der Periode des Imperialismus zahlreiche andere Zwischenschichten und entstanden neue Gruppen, die alle ihrer eigentümlichen Stellung nach nicht zu der Bourgeoisie, ihrer Stellung im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion nach jedoch auch nicht zur industriellen Arbeiterklasse zu rechnen sind: die Intelligenz, viele Schichten von Angestellten, die Manager als eine besondere Gruppe der Intelligenz bzw. der Angestellten, die Beamten und die neue Schicht des Kleinbürgertums im Handels- und Dienstleistungsgewerbe. Es zeigt sich, daß der Entwicklungsprozeß der materiell-technischen Basis auf einer bestimmten Stufe zu einem generellen relativen und absoluten Anwachsen dieser Schichten führt. Die soziale Existenzgrundlage dieser Schichten wird mit der Entwicklung der Akkumulation des Kapitals nicht zerstört – obgleich auch solche direkten Ruinierungsprozesse eintreten –, sondern sie wächst. Gerade diese Schichten, deren Entwicklung mit der Entwicklung des Monopols verbunden ist, werden vielfach zum Vermittler der Herrschaft des Monopolkapitals über die Gesellschaft; nicht nur im ökonomischen oder technischen Sinne (Intelligenz, Manager), sondern auch im politischen Sinne. So sehr auf der einen Seite diese Schichten in gewisser Beziehung Nutznießer des imperialistischen Systems bzw. der vom Monopolkapital angeeigneten Gesellschaftlichkeit der Produktion und dadurch besonders anfällig für die Ideologie der herrschenden Schicht sind, so sehr sind sie auf der anderen Seite der politischen und ökonomischen Macht des Monopolkapitals untergeordnet und seiner Ausbeutung und Ausplünderung ausgesetzt. Es ist dies einer der Hauptgründe, weshalb es mit der vollen Entwicklung des Imperialismus und seiner politischen Herrschaft für die Partei des Proletariats notwendig wird, eine neue strategische Konzeption auszuarbeiten, deren Hauptinhalt die Entwicklung eines gesamt nationalen Bündnisses aller antimonopolistischen Klassen und Schichten – auch der nichtmonopolistischen Bourgeoisie – gegen den Imperialismus ist. Das Heranreifen der objektiven Bedingungen für ein derartiges gesamt nationales Bündnis, das Wachsen der subjektiven Erkenntnis seiner Notwendigkeit in den verschiedenen Schichten der Nation – das ist noch längst nicht genügend untersucht.

Wir können so im Grunde alle Seiten der Wirkungsprozesse des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation untersuchen, immer werden wir solche Veränderungen feststellen, deren historische Erfassung für eine Gesamteinschätzung der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze von großer Bedeutung ist.

Es handelt sich also letztlich darum, daß auch unter den Bedingungen des Imperialismus die objektiven Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Beherrschung der politökonomischen gesellschaftlichen Beziehungen wachsen, daß aber diese Möglichkeiten und Fähigkeiten nur auf der Basis und im Bereich der Machtausübung einer kleinen Gruppe von Privateigentümern des Finanzkapitals heranreifen und sie somit zu einer absoluten Stärkung ihrer Privatmacht führen.

Mit Hilfe dieser Möglichkeiten herrscht die Finanzoligarchie rücksichtslos und unterwirft die gesamte Gesellschaft in wachsendem Maße ihrem Diktat.

Wenn wir festgestellt haben, daß die Bewegung der Widersprüche im modernen Imperialismus durch die Doppelseitigkeit seines Charakters bestimmt wird, so ist natürlich noch lange nicht gesagt, welche Seite des Widerspruches zwischen Monopol und Konkurrenz die dominierende ist, wie sich die Umsetzung dieses „fundamentalsten Widerspruches“ des Imperialismus in die gesellschaftliche Praxis vollzieht. Es liegt auf der Hand, daß das Element der Planmäßigkeit, das im Monopol und im staatsmonopolistischen Kapitalismus existiert und auf das bereits Lenin hinwies, auf keinen Fall zum Beispiel zu einer kontinuierlichen, sozusagen „automatischen“ Abschwächung der Krisen führt. Die Krise von 1929 bis 1932 könnte der schlagendste Beweis gegen diese These sein. Aber auch die Behauptung, das Element der Planmäßigkeit würde eine kontinuierliche Verstärkung und Häufung der Krisen mit sich bringen, kann durch Fakten widerlegt werden: Denken wir nur an die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg oder an die Krisen vor dem ersten Weltkrieg. Das Element der Planmäßigkeit des Kapitals im Imperialismus wirkt offenbar weder ausschließlich in dieser noch ausschließlich in jener Richtung. Worum handelt es sich?

Es handelt sich zunächst einfach darum, daß es innerhalb eines Monopols möglich ist, bewußt wirtschaftspolitische Eingriffe in den Ablauf des Reproduktionsprozesses vornehmen zu können, was im Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht möglich war. Die Ausschaltung der Konkurrenz in einem bestimmten Bereich der Wirtschaft gestattet es dem Monopol einerseits, die Entwicklung der Nachfrage nach Erzeugnissen des vom Monopol beherrschten Zweiges voll zu analysieren. Andererseits, und das ist das entscheidende, gestattet die Ausschaltung der Konkurrenz dem Monopol, seine Produktion der Nachfrageentwicklung anzupassen, ohne zum Beispiel in der Phase der Hochkonjunktur dem Zwang zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion, wie er unter den Verhältnissen der freien Konkurrenz herrscht, fatalistisch zu unterliegen. Um mehr handelt es sich zunächst nicht. Daraus ist noch lange nicht abzuleiten, daß dieses Element der planmäßigen Regulierung des Reproduktionsprozesses in Richtung eines Ausgleichs der ökonomischen Widersprüche wirkt.

Die Triebkraft für das Handeln des Monopolisten ist die Erzielung von Monopolprofit. Wenn das Monopol fest genug ist, kann es unter Umständen durch künstliche Einschränkung der Produktion das Angebot verknappen und höchste Preise diktieren – bis etwa ein anderes Monopol das erste zunichte macht. Natürlich gibt es auch unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus objektive Grenzen für den Monopolprofit. Selbst ein hundertprozentiges Monopol kann den Monopolpreis nicht bis ins Unendliche treiben, weil die Nachfrage ja immer eine Nachfrage bei bestimmten Preisen ist. Wird der Preis zu hoch getrieben, so sinkt die Nachfrage immer mehr, selbst bei lebenswichtigen Waren, und von einem bestimmten Punkt an – dem berühmten Cournotschen Punkt – sinkt bei weiterer Preissteigerung die Nachfrage derartig, daß keine Profitserhöhung mehr erzielt werden kann. Hinzu kommt, daß bei entsprechend hohen Profiten die Versuche fremder Finanzgruppen, in den Bereich des betreffenden Monopols einzudringen und es zu liquidieren, natürlich stärker werden. Schließlich tritt oft genug der Fall ein, daß das Produkt eines Monopolunternehmens durch ein anderes Produkt aus einem anderen Bereich ersetzt werden kann, zum Beispiel Stahl durch Plaste, Kohle durch Erdöl. Im Zeitalter der technischen Revolution wächst die Bedeutung dieser sogenannten Substitutionskonkurrenz für viele Monopole. Daher steigt das Bestreben, die Festigkeit des eigenen Monopols durch das Eindringen in diese Konkurrenzbereiche zu erhöhen. Das Ergebnis ist eine wachsende Verflechtung der Monopole.

Wenn es feststeht, daß die Höhe des Monopolprofits von der Festigkeit des Monopols abhängt, so ist mit dem Vorstehenden auch gesagt, daß diese Festigkeit des Monopols nicht nur eine mehr oder weniger zufällige, vom Grad des Monopols oder ähnlichem abhängige Größe ist, sondern daß sie notwendige Grenzen hat. Zweifellos gilt eine Rationalität auch für die Kategorie des Monopolprofits. Auch der Monopolprofit muß einer Notwendigkeit der vergesellschafteten Produktion auf einer hohen Stufe der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte nachkommen. Schon im Durchschnittsprofit ist eine Rationalität nachzuweisen. Der Ausgleich der Profitraten, die infolge der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung der Kapitale in den einzelnen Zweigen zunächst unterschiedlich sind, ermöglicht es jedem Kapitalzweig, in der gleichen Zeit in gleichem Maße zu akkumulieren. Jedoch können die einzelnen Zweige in den verschiedenen Perioden nicht gleichmäßig wachsen. Einzelne Zweige, die jeweils gerade eine führende Rolle in der Produktion spielen, das heißt die zur sogenannten dynamischen Produktion gehören, müssen im allgemeinen schneller wachsen als die übrigen und umgekehrt. Deshalb müssen die Kapitale von einem Zweig in den anderen wandern. Dieses Wandern der Kapitale erfolgt nach dem Prinzip des höchsten Profits, und gerade dadurch wird in der Tendenz ein Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate erzielt.

Diese Wanderung der Kapitale ist jedoch, wenn sie wirksam werden soll, an eine ideal freie Konkurrenz gebunden, daß heißt an die absolute Mobilität

der Arbeit und des Kapitals. Mit dem raschen Anwachsen der Masse des fixen Kapitals, das in der Industrie festliegt, wird die Mobilität des Kapitals jedoch außerordentlich erschwert. Gerade die rasche Konzentration des fixen Kapitals und sein wachsendes spezifisches Gewicht sind einer der Hauptantriebe zur Monopolbildung, wie die Denkschrift von Duisberg deutlich macht. Der Monopolprofit muß daher der objektiven Notwendigkeit nachkommen, durch eine unterschiedliche Größe der Profitraten in den einzelnen Industriezweigen die erweiterte Reproduktion der Zweige, entsprechend den unterschiedlichen objektiven Bedingungen, zu sichern. Die Monopolprofitraten der Monopole in den verschiedenen Zweigen müßten, wenn sie optimal gestaltet sein sollen, so gestaffelt sein, daß die erweiterte Reproduktion im wesentlichen über den Preis der Monopolprodukte gesichert werden kann. Das ist die Rationalität, die in dieser Kategorie enthalten ist und die im übrigen auch bei der sozialistischen Preisbildung als preistypenbestimmend sichtbar wird. Der Sozialismus allerdings hat die Möglichkeit, der Rationalität, die hinter der Kategorie des Monopolpreises steht, voll nachzukommen.

Das Einspielen der Monopolprofitraten auf die objektiv erforderliche Höhe hängt dagegen von viel mehr Zufälligkeiten ab, als selbst der Ausgleich der Profitraten im Kapitalismus der freien Konkurrenz. Dort erfolgt der Ausgleich zum Durchschnittsprofit zwar als spontan wirkende Tendenz, aber es bildet sich, eben infolge der freien Konkurrenz, das heißt der vollen Mobilität der Arbeit und des Kapitals, doch ein gewisser Automatismus heraus.

Der Monopolprofit ist dagegen bedeutend schwerer auf seine objektiv notwendige Höhe einzuspielen. Der Kampf, den ein Monopol um die Sicherung und um den Ausbau seiner Monopolstellung gegen seine Konkurrenten führen muß, das heißt gegen Konkurrenzmonopole, andere Finanzgruppen aus anderen Zweigen usw., nimmt ja meist gewaltige materielle Mittel in Anspruch. Weil das Einspielen auf die objektiv erforderliche Höhe des Profits im Monopolkapitalismus bedeutend schwieriger ist als in der freien Konkurrenz, sind das Monopol und seine Folgen zunächst auch rein ökonomisch als *Störungen* im Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz aufzufassen. So ist zum Beispiel die Funktion der Krisen und des Krisengesetzes gestört: Die Krisen können nicht mehr wie vordem momentan die Widersprüche lösen, weil diese viel zu stark und zu modifiziert auftreten und sich außerdem auf andere Ebenen verlagern. Von der rein ökonomischen Ebene verlagern sich die Widersprüche auf die politisch-ökonomische, wo imperialistische Raubkriege als „Lösung“ unvermeidlich werden.

Die Rationalität, die dem Monopolprofit zugrunde liegt, erfordert, daß der Reproduktionsprozeß planmäßig, im vorhinein festgelegt wird. Dieser Notwendigkeit kann das einzelne, private Monopol natürlich nicht nachkommen, denn die Festlegung der richtigen Relationen bei der Entwicklung der Zweige kann nur durch eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung erfolgen. Auch in dieser Beziehung stellt die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus einen Schritt vorwärts dar. Die *Möglichkeit* einer Gesamtplanung



# Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland

VON ALFRED SCHRÖTER

Erst in jüngster Zeit beschäftigt sich die marxistisch-leninistische politische Ökonomie und Geschichtswissenschaft intensiver mit der Existenz verschiedener Gruppierungen innerhalb des Monopolkapitals eines Landes. Die Zuspitzung der Widersprüche im Lager des Imperialismus, die volle Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der verschärfte Kampf einzelner Teile der herrschenden Klasse um die Kontrolle des staatsmonopolistischen Regulierungssystems machten Untersuchungen der inneren Struktur des Monopolkapitals außerordentlich notwendig. Besonders der XX. Parteitag der KPdSU lenkte die Aufmerksamkeit auf diese Frage, wobei prinzipiell die Existenz von Gruppen innerhalb des Monopolkapitals anerkannt und gleichzeitig die Möglichkeit taktischer Bündnisse der Arbeiterklasse mit den an friedlichen Beziehungen interessierten Teilen der Monopolbourgeoisie betont wurde.<sup>1</sup>

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde besonders seit 1958 im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands damit begonnen, die verschiedenen Strömungen innerhalb der herrschenden Klasse zu untersuchen. Die durch Hinweise der Partei der Arbeiterklasse angeregten Untersuchungen zum Problem monopolistischer Gruppierungen in Deutschland und ihrer politischen Rolle haben bereits eine Reihe von Erfolgen gezeitigt.<sup>2</sup> Die Untersuchungen gingen von folgenden Worten Lenins aus: „Das Proletariat steht jeder Bourgeoisie und allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ordnung feindlich gegenüber, aber diese Feindschaft enthebt es nicht der Pflicht, zwischen den historisch fortschrittlichen und reaktionären Vertretern der Bourgeoisie zu unterscheiden.“<sup>3</sup>

1 Vgl. *Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag*, Berlin 1956, S. 22f.

2 Besonders sei auf die organisierte Untersuchung der Rolle der bürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland hingewiesen. Vgl. dazu *Fricke, Dieter*, Methodologische Probleme der Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: ZfG), 2/1965, S. 189–202.

3 Vgl. *Lenin, W. I.*, Der Fall von Port Arthur, in: *Werke*, Bd 8, Berlin 1958, S. 39.



Während sich die politische Geschichtsschreibung vor allem der politischen Rolle verschiedener Gruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse annahm, untersuchte die Wirtschaftsgeschichtsschreibung die ökonomische Basis verschiedener Gruppierungen innerhalb des Monopolkapitals. Kuczynski wies darauf hin, daß die Bourgeoisie heute nicht mehr als Klasse herrsche, sondern daß die Herrschaft nur noch vom Monopolkapital als Schicht der Bourgeoisie ausgeübt werde, und zwar nicht nur gegen das werktätige Volk, sondern auch gegen die nichtmonopolistische Bourgeoisie, wobei er besonders auf die Geschichte und die politische Rolle der beiden Hauptgruppen des deutschen Monopolkapitals, der Gruppe „Kohle-Eisen-Stahl“ und der Gruppe „Chemie-Elektro“, einging.<sup>4</sup> In der Historiographie der Deutschen Demokratischen Republik hat es sich inzwischen durchgesetzt, von der Existenz zweier Gruppen in der deutschen Geschichte und Gegenwart auszugehen. Sie werden unter anderem auch als die „abenteuerliche“ und die „parlamentarische“<sup>5</sup>, die „extreme“ und die „wendigere“<sup>6</sup> oder die „Gruppe der offenen Gewaltanwendung“ und die Gruppe „des Liberalismus“<sup>7</sup> bezeichnet. Für bestimmte Zeiten in der deutschen Geschichte lassen sich auch Gruppen nachweisen, die von dieser Grundeinteilung abweichen. Im Grunde genommen handelt es sich dabei aber meist um eine für den jeweiligen Zeitabschnitt durchaus berechnete weitere Untergliederung der genannten Hauptgruppen. So spricht zum Beispiel Faingar von der „Gruppe der Großindustriellen in der Schwer- und Rüstungsindustrie“ und von der „Gruppe der Monopolverbände in der verarbeitenden und Exportindustrie“.<sup>8</sup> Für die Zeit der Weimarer Republik wird häufig eine Trennung zwischen der Gruppe der Vereinigten Stahlwerke und der Gruppe der nicht zum Stahlverein gehörenden schwerindustriellen Monopole vorgenommen.<sup>9</sup> Auch im ersten Weltkrieg agieren innerhalb der beiden Hauptgruppen mehr oder minder selbständig andere Gruppen, wie zum Beispiel innerhalb der schwerindustriellen Gruppierung die Sprengstoffgruppe und innerhalb der Chemie-Elektro-Gruppe die AEG einerseits und die Siemens-Gruppe andererseits.<sup>10</sup> Alle bisherigen Auffassungen über Monopolgruppen in Deutschland haben gemeinsam, daß sie von Industriezweigen bzw. von Großunternehmungen

4 Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG, 7/1961.

5 Ruge, Wolfgang, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 6/1963, S. 1088 ff., bes. S. 1090.

6 Gutsche, Willibald, Bethmann Hollweg und die Politik der „Neuorientierung“, in: ZfG, 2/1965, S. 209 ff., bes. S. 213.

7 Schellenberg, Johanna, Die Herausbildung der Militärdiktatur in den ersten Jahren des Krieges, in: Politik im Krieg 1914–1918, Berlin 1964, S. 22 ff.

8 Faingar, I. M., Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1959, S. 100.

9 Vgl. Volkland, Gerhard, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affaire im Jahre 1932, in: ZfG, 3/1963, S. 289 ff.

10 Schröter, Alfred, Krieg–Staat–Monopol 1914–1918, Berlin 1965, S. 149.

einzelner Industriezweige ausgehen. Von diesem Standpunkt aus erweisen sich jedoch nur die von Kuczynski genannten zwei Hauptgruppen als durchgängig in der gesamten Geschichte des deutschen Monopolkapitals bestehend, während sich die zwischen den Hauptgruppen vorhandenen Differenzierungen bisher immer nur zeitweilig nachweisen lassen. Das Kriterium für eine aus der Geschichte abzuleitende Verallgemeinerung ist aber in erster Linie Dauer und Häufigkeit, in denen Erscheinungen unter verschiedenen konkret-historischen Bedingungen anzutreffen sind. Um die Rolle der Monopole in der deutschen Geschichte noch gründlicher aufzudecken, ist es notwendig, über eine grobe Klassifizierung monopolistischer Gruppen hinaus die wichtigsten weitergehenden Differenzierungen herauszuarbeiten. Hierzu muß man sich über den Grundbegriff und die bestimmenden Elemente der Gruppenbildung innerhalb des Monopolkapitals im Verlauf der Geschichte Klarheit verschaffen. Als sich in Deutschland der Monopolkapitalismus herauszubilden begann, war der klassische Industrialisierungsprozeß eben erst beendet. Neben der Entwicklung der Schwerindustrie, die in den unmittelbar vorausgegangenen Jahrzehnten einen starken Aufschwung genommen hatte, setzte ein „zweiter Industrialisierungsprozeß“ ein, der auf den neueren technisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnissen basierte und in dessen Gefolge sich die „neuen“ Industriezweige Chemie- und Elektroindustrie entwickelten.

Zwischen den „alten“ und den „neuen“ Industriezweigen bestanden von Anfang an, besonders aber seit ihrer Monopolisierung, unüberbrückbare Gegensätze. Die Entwicklung der „alten“ Zweige und die Haltung ihrer führenden Vertreter waren durch folgende Merkmale charakterisiert:

1. Die Produktion dieser Zweige bestand, abgesehen vom Maschinenbau, im wesentlichen aus Massengütern mit Standardeigenschaften. Die Produkte waren relativ einfach zu klassifizieren und dementsprechend auch leicht zu kartellieren.
2. Der technologische Prozeß war ziemlich ausgereift und wurde relativ wenig von weiteren technischen Neuerungen revolutioniert.
3. Die Leitung der Produktion war wenig von Spezialisten abhängig, so daß es für den Unternehmer leicht war, die zentrale Übersicht zu behalten und das Unternehmen selbst zu leiten.
4. Die Rohstoffgrundlage war im wesentlichen im Inlande gegeben.
5. Auch der Absatzmarkt war vornehmlich auf das Inland beschränkt. Die Bedeutung des Binnenmarktes wuchs für die Schwerindustrie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hauptsächlich infolge der Umstrukturierung des Rüstungsmarktes. Da sich seit dem Übergang zum Imperialismus ein Prozeß der engeren Verbindung von Ökonomie und Krieg vollzog, hörte die Rüstungsindustrie – im großen und ganzen – auf, hinsichtlich ihrer Absatzmöglichkeiten eine Industrie wie jede andere zu sein. Die kapitalistischen Staaten verhinderten im Gesamtinteresse der herrschenden Klasse des eigenen Landes den Export wichtiger und neuester Rüstungsgüter, um ihre militärische Position nicht zu schmälern. Die Absatzmöglichkeiten der

Rüstungsindustrie beschränkten sich somit in zunehmendem Maße auf den einheimischen staatlichen Markt, was auf die Haltung der Rüstungsindustriellen einen starken Einfluß ausübte.

6. Die Schwerindustrie war im wesentlichen in einer Zeit entstanden, als die Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht ein so hohes Maß der Vergesellschaftung der Produktion verlangte. Infolgedessen entstanden hier auch noch, ähnlich wie in der Leichtindustrie, wenn auch nicht in so großer Zahl, kleinere und mittlere Unternehmen. Die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren dann aber durch einen starken Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital gekennzeichnet, in dessen Verlauf schwerindustrielle Großunternehmen und schwerindustrielle Familiendynastien auf der Grundlage individueller Großvermögen entstanden.
7. Die Inhaber dieser Großvermögen waren in der Regel Nachkommen von „self made men“, die nicht gewohnt waren, auf andere Interessen Rücksicht zu nehmen, denen der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ von Kindesbeinen an eigen war. Sie verteidigten ihn zäh gegen die mit den neuen Industriezweigen aufkommenden neuen Wirtschafts- und Herrschaftsmethoden. Sie versuchten bis zum zweiten Weltkrieg als Monopolisten weiter so zu herrschen, wie ihre Väter und Großväter über ihre Betriebe geherrscht hatten.<sup>11</sup>

Auf Grund der angeführten Tatsachen entwickelte sich in der Schwerindustrie das Monopol auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses von Großunternehmungen. Die entscheidenden Vertreter der Montanindustrie – vor allem der rheinisch-westfälischen – trafen Absprachen über Preise, Absatzbedingungen, Absatzmärkte und dergleichen, wobei sie zunächst die Form des Kartells, später die des Syndikats bevorzugten. Die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital war in den siebziger bis neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland so stark, daß in absehbarer Zeit nicht mit einer Schwächung der einzelnen Großunternehmen im freien Konkurrenzkampf gerechnet werden konnte. Zum anderen war eine Ausschaltung von Großunternehmen durch kapitalmäßige Durchdringung oder Unterwanderung ebenso ausgeschlossen, da sich die Aktienmajorität überwiegend in der Hand der Inhaber der individuellen Großvermögen befand. Die Großbourgeois von Rhein und Ruhr stellten folglich nicht nur als Unternehmer, sondern auch als Individuen eine starke ökonomische Macht dar. Diese Konstellation charakterisiert das Wirken der ersten deutschen Monopole.

Die ersten großen Monopolverbände in der Schwerindustrie entstanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, der Stahlwerksverband und andere sind zu Begriffen geworden. Die hier zusammen-

<sup>11</sup> Vgl. *Droste, Manfred*, Die Stellung des Ruhrbergbaus in Staat und Gesellschaft bis zum Jahre 1918, phil. Diss., Göttingen 1953, bes. S. 74 ff.

geschlossenen Großunternehmen der Montanindustrie – Namen wie Kirdorf, Stinnes, Winkhaus, Beukenberg, Röchling, Thyssen, Reusch, Klöckner usw. könnten das schon beweisen – hatten von vornherein sehr gegensätzliche Interessen. Hier sei nur auf die in der Wirtschaftsliteratur hinreichend bekannte Auseinandersetzung zwischen den reinen und gemischten Werken und auf die Quotenkämpfe innerhalb der Syndikate hingewiesen.<sup>12</sup> Die Monopole dagegen traten als etwas Neues auf und stießen vor allem auf eine breite literarische, wirtschaftliche und zum Teil sogar gesetzgeberische Gegnerschaft. Das machte sie zu einer Einheit nach außen. Die Zeit des Aufkommens des Monopolkapitals kennt daher viele Widersprüche zwischen Einzelinteressen, aber noch wenig widerstreitende Gruppeninteressen des Monopolkapitals. Seit dieser Zeit war es in Deutschland üblich, unter Monopolen, wenn weiter keine Zusätze zu diesem Begriff gemacht werden, solche der Schwer- und Rüstungsindustrie, insbesondere der an Rhein und Ruhr, zu verstehen. Die Tatsache des im wesentlichen einheitlichen Handelns der ersten Monopole und die jahrelange Einengung des Monopolbegriffs auf sie dürften schuld sein an der Herausbildung der Vorstellung, daß das deutsche Monopolkapital eine homogene Einheit bilde.

Die zweite Hauptgruppierung entstand am Ende des 19. Jahrhunderts in Gestalt der „neuen Industriezweige“. Ihre Entwicklung und die Haltung ihrer führenden Vertreter waren im Gegensatz zu den „alten Zweigen“ durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. In der chemischen Industrie und in der Elektroindustrie war von Anfang an in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine außerordentliche Vielfalt der Produkte vorhanden. Deshalb war es außerordentlich kompliziert, die Produkte zu klassifizieren und dementsprechend auch schwer, sie zu kartellieren. In diesen Zweigen wurden daher in der Regel nur Teile der Produktion kartelliert, was die geschäftliche Selbständigkeit der jeweiligen Unternehmer nur unwesentlich schmälerte. Die Kartelle waren deshalb meist kurzlebig, und zahlreiche Versuche zu Vereinbarungen scheiterten bereits während der ersten Verhandlungen.
2. Entsprechend der vielfältigen Produktion bestanden innerhalb der einzelnen Unternehmungen mehrere technologisch stark voneinander abweichende Produktionsverfahren. Jedes von ihnen war unter den Bedingungen des stürmischen Fortschritts der Technik in den neuen Industriezweigen überaus stark von Neuerungen abhängig.
3. Die Leitung der Produktion war daher von einer großen Anzahl technisch-wissenschaftlicher Spezialisten abhängig, die Lenkung eines Großunternehmens folglich von vornherein in wesentlich größerem Maße als in den alten Zweigen auf eine Art „teamwork“ angewiesen. Die einzelnen Unter-

<sup>12</sup> Vgl. z. B. *Heymann, Hans Gideon*, Die gemischten Werke im deutschen Groß-eisengewerbe, Stuttgart-Berlin 1904.

- nehmer konnten jeweils nur Teilbereiche ihrer Betriebe technisch überschauen und administrativ leiten.
4. Die neuen Industriezweige fanden im Inlande keine gesicherte Rohstoffgrundlage. Zu keiner Zeit brachte beispielsweise die einheimische Produktion in Deutschland genügend Nichteisenmetalle für die Elektroindustrie auf. Daher waren diese Industriezweige in wesentlich größerem Maße auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen.
  5. Auch der Absatz der neuen Industriezweige ging weit über den inländischen Bedarf hinaus. Die deutsche chemische Industrie deckte beispielsweise vor dem ersten Weltkrieg mit ihrer Teerfarbenproduktion zirka neunzig Prozent des Weltbedarfs. In ähnlichem Ausmaß beherrschte Siemens den europäischen Markt in bezug auf Fernsprecheinrichtungen und elektrische Straßenbahnen. Infolgedessen waren die meisten Repräsentanten der Chemie und der Elektroindustrie – im Unterschied zur Schwer- und Rüstungsindustrie – von Anfang an an einer liberaleren und damit an einer Wirtschaftspolitik interessiert, die weltoffene Verbindungen zu garantieren versprach, und sie standen meist auch im staatlichen Leben auf der Seite derer, die einen kompromißlosen, Verhandlungen und Konzessionen ablehnenden Standpunkt verurteilten.
  6. In den neuen Industriezweigen waren im Vergleich zur Schwerindustrie nur wenige individuelle Großvermögen entstanden. Das Jahrbuch der preußischen Millionäre aus dem Jahr 1911 weist unter den hundert größten individuellen Vermögen (bis siebzehn Millionen Mark) nur zehn auf der Grundlage der neuen Industriezweige erworbene Großvermögen aus. Erst an achtzehnter Stelle erscheint ein Vermögen der chemischen Industrie (Theodor Böninger) und erst an achtunddreißigster Stelle ein Vermögen der Elektroindustrie (Wilhelm von Siemens).<sup>13</sup> Die Anzahl der Großvermögen war in der Schwerindustrie wesentlich größer und die Summe der individuellen Vermögen weitaus höher als in den neuen Zweigen. Deshalb war es nicht so leicht, ein Großunternehmen der Elektro- oder der chemischen Industrie durch eine Person allein zu kontrollieren. Monopolisten dieser Zweige waren allein schon durch diese Tatsache von vornherein zu einer Zusammenarbeit mit anderen Großbourgeois gezwungen und konnten eine der Schwerindustrie ähnliche große ökonomische Macht nur als Bourgeois-Kollektiv aufbauen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte schritt gerade zu jener Zeit in den neuen Industriezweigen stürmisch voran. Sie führte zu einer größeren Vergesellschaftung der Produktion und erzwang in den neuen Industriezweigen von vornherein die Bildung von Großunternehmungen. Es gibt hier auch – wenn wir von den ersten Anfängen absehen – keine solche Vielzahl kleinerer und mittlerer individueller Unternehmen wie in den „alten Zweigen“. Das Patent-

<sup>13</sup> Vgl. *Pritzkolet, Kurt*, Wem gehört Deutschland? Wien-München-Basel 1957, S. 61 ff.



recht und die Monopolstellung, die es bei der Ausnutzung neuester Erfindungen gewährte, beschränkte – mit Ausnahme der traditionellen chemischen Produktion, wie zum Beispiel der Erdfarbenindustrie – von vornherein die Anzahl der konkurrenz- und schließlich existenzfähigen Betriebe. Da jedoch andererseits die entstehenden Großunternehmungen noch keineswegs jene ökonomische Festigkeit besaßen, die die vergleichbaren Unternehmungen der Schwerindustrie aufwiesen, und da weiterhin diese Unternehmen auch nicht durch Einzelpersonen auf der Grundlage großer individueller Vermögen vollständig kontrolliert werden konnten, ergab sich hier von vornherein ein anderer Weg der Entstehung von Monopolen. Die neuen Industriezweige vollzogen den Monopolisierungsprozeß im wesentlichen auf der Basis des Konzerns. Sie sind durch eine kapitalmäßige Durchdringung und schließliche Unterordnung der Konkurrenten und wesentlich weniger durch Kartellabsprachen charakterisiert.

Entsprechend der unterschiedlichen ökonomischen Basis, den unterschiedlichen Markt-, Kapital- und Personalverhältnissen hatten die beiden Hauptgruppierungen von Beginn ihrer Existenz an scharf entgegengesetzte wirtschaftspolitische Interessen. Sie unterstützten jeweils andere politische Parteien und Verbände und nahmen eine unterschiedliche Haltung zur staatlichen Wirtschaftspolitik, zur Außenpolitik, zur Innenpolitik und zum Staat überhaupt ein.<sup>14</sup> Der Kampf der beiden Hauptgruppierungen des deutschen Monopolkapitals zieht sich durch die gesamte Geschichte des deutschen Imperialismus. Er ist ein Kampf um die ökonomische und politische Vorherrschaft, der im Streben nach Beherrschung des Staates einen Höhepunkt fand.

Die Unterteilung des deutschen Monopolkapitals in die beiden Hauptgruppierungen zeigt jedoch noch keineswegs die vielfältige Gruppenstruktur des deutschen Monopolkapitals insgesamt. Man muß vielmehr feststellen, daß innerhalb der beiden Hauptgruppierungen noch weitere Gruppen bestehen. Dabei ist sehr deutlich zu unterscheiden zwischen solchen, die im Verlauf der Geschichte des deutschen Imperialismus mehr oder weniger durchgängig anzutreffen sind, und solchen, die nur zeitweilig bestanden und die ich daher im Unterschied zu den konstanten Monopolgruppen als monopolistische Bündnisse bezeichnen möchte.

Was sind nun die für die Bildung einer monopolistischen Gruppe bestimmenden Faktoren? Der Ausgangspunkt einer jeden derartigen Betrachtung muß die ökonomische Basis der in einer solchen Gruppe zusammengeschlossenen Monopole sein. Das gleiche oder ähnliche ökonomische Interesse verschiedener Monopole und die daraus resultierende gleiche oder ähnliche Haltung zur gesamten Politik und besonders zur Wirtschaftspolitik dürften der ausschlaggebende Faktor jeder beständigen Gruppenbildung des deutschen Monopol-

14 Vgl. auch *Nussbaum, Helga*, Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1966.



kapitals gewesen sein. Wenn der Historiker jedoch versucht, einer Gruppenbildung nachzuspüren, so stößt er auf vielfältige Schwierigkeiten. Die Ursachen für die Entstehung eines Gruppeninteresses und einer darauf basierenden monopolistischen Gruppe sind sehr verschiedenartig. Sie können sowohl in gemeinsamen Rohstoff- als auch in gemeinsamen Absatzinteressen, sowohl in einer wechselseitigen kapitalmäßigen Durchdringung und der damit notwendig werdenden Kompromißbereitschaft als auch in gemeinsamen gleichen Problemen des technologischen Prozesses gesucht werden. Sehr deutlich dürften Gruppeninteressen bei den Bankenkonsortien – und zwar nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch gerade bei der organisierten „Nichtfinanzierung“, der Kreditsperre – hervortreten. Ausgangspunkt der Entstehung von Gruppierungen innerhalb der beiden Hauptgruppen ist also in jedem Fall das kapitalistische Profitstreben. Das Monopol, geboren aus der Entwicklung der Produktivkräfte, die die immer weitergehende Vergesellschaftung der Produktion verlangte, beseitigte den kapitalistischen Konkurrenzkampf bekanntlich nicht, sondern hob ihn auf eine höhere Stufe. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz kämpfte letztlich jeder einzelne Unternehmer für sich; doch auch hier kam es bereits nicht selten zu einer Zusammenarbeit von Einzelunternehmern, die aus persönlichen oder wirtschaftlichen Interessen heraus für kürzere oder längere Zeit gleiche Ziele hatten. Interessenverbände in großer Zahl sind Ausdruck dieses Dranges nach Koalition, und die Koalition war für die herrschende Klasse nicht nur eine Waffe im Kampf gegen das Proletariat, sondern auch im Kampf untereinander und vor allem, zumindest im 19. Jahrhundert, im Kampf mit dem Staat. Ohne daß diese Formen des Konkurrenzkampfes verschwinden, tritt seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts der monopolistische Konkurrenzkampf auf. Durch die Kapitalverflechtung innerhalb der großen Monopole ist die gleichgeschaltete Einbeziehung viel größerer und viel zahlreicher Unternehmen in den Konkurrenzkampf möglich als im Kapitalismus der freien Konkurrenz. Es entspricht der historischen Gesetzmäßigkeit, daß unter diesen Bedingungen auch die Organisationsformen, in denen der monopolistische Konkurrenzkampf geführt wird, auf eine höhere Stufe gehoben werden. Monopolistische Interessenverbände treten ebenso auf wie eine Reihe monopolistischer Gruppen ohne öffentlich sichtbare Organisation, die gemeinsam im Konkurrenzkampf handeln und daher meist auch eine gleiche oder ähnliche Stellung zur Wirtschaftspolitik und zum Staate überhaupt einnehmen.

Infolgedessen hat es sich eingebürgert, unter monopolistischen Gruppen verschiedene Kapitalzusammenballungen zu verstehen, deren maßgebliche Vertreter eine gemeinsame oder ähnliche Richtung in Politik und Wirtschaft verfolgen. So werden unter der Gruppe Chemie-Elektro im wesentlichen die IG-Farben, die AEG und Siemens verstanden, wobei der Vereinfachung halber von den dazugehörigen Bankgruppierungen abgesehen werden soll. Die Erforschung der Geschichte der Monopole und des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland begetnet jedoch hier schon den ersten Schwierig-

keiten, da alle eben genannten Konzerne in sich keine Einheit darstellten und widerstreitende Interessen hatten. Das erklärt sich schon daraus, daß nicht die Unternehmen, sondern Personen handeln. Die leitenden Angestellten der Konzerne verfolgen einerseits eigene Ziele und gehorchen andererseits den Anweisungen der Großaktionäre, die wiederum verschiedenen Interessengruppen des Monopolkapitals angehören können. Die Namen der Monopole sind bekannt, während die der jeweils maßgeblichen Personen, abgesehen von solchen wie Krupp, Thyssen oder Stinnes, oft weniger bekannt sind. So finden wir nicht selten bei Gegenüberstellungen von Monopolgruppen, daß für die eine Seite eben solche Namen wie Krupp, Thyssen oder Stinnes genannt werden, die große Familienvermögen repräsentieren, während für die andere Seite etwa die IG-Farben angeführt wird, anstelle von Namen wie Duisberg, Bosch und Bücher. Es dürfte für die Forschung auf dem Gebiet des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Zukunft äußerst wichtig sein, die monopolistischen Gruppierungen auch auf ihre personelle Zusammensetzung hin zu untersuchen. Wie wichtig das ist, zeigt sich am auffallendsten wohl darin, daß die Banken gewöhnlich ebenfalls einer der Gruppierungen zugeordnet werden, ihre Beteiligungen aber grundsätzlich in allen Gruppierungen zu finden sind. Die Bank als Ganzes ist meist schwerlich einer einzigen Gruppe zuzuordnen, wohl aber einzelne ihrer Direktoren.

Die Berücksichtigung der personellen Struktur versetzt den Historiker bei der Untersuchung der monopolistischen Gruppierungen in die Lage, alle Faktoren, die zur Bildung einer monopolistischen Gruppe führen, in die Betrachtung einzubeziehen. Neben kollektive Kapital- bzw. Zweiginteressen tritt nunmehr das individuelle ökonomische Interesse des einzelnen Monopolisten. Die starke Verzweigung dieses Interesses kann bei Aktiengesellschaften meist schon an der Beteiligungsquote bzw. an der Mitgliedschaft in Aufsichtsräten gemessen werden, schwieriger ist sie jedoch bei anderen Kapitalgesellschaften bzw. bei Personalgesellschaften nachzuweisen. Vom Kapitaleigentum der Personen ausgehend, kann man häufig den Einflußbereich einer Monopolgruppe besser erkennen. So wird man zum Beispiel zur AEG-Gruppe nicht nur die unmittelbar oder mittelbar von der AEG beherrschten, im Geschäftsbericht als Tochtergesellschaften ausgewiesenen Unternehmen rechnen dürfen, wie etwa (1914) die BEWAG, die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die Felten & Guilleaume Carlswerk AG, die Elektro-Chemischen Werke und andere. Vielmehr wird man auch die Unternehmen, an denen AEG-Präsident Walther Rathenau maßgeblich beteiligt war, wie die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, Frankfurt, und die Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb dazu rechnen müssen, ebenso wie die Stahlwerke Richard Lindberg und in gewisser Beziehung sogar die Mannesmann-Werke.

Weshalb jedoch diese oder jene Monopolisten dieser oder jener Gruppe der herrschenden Klasse zugeordnet werden können, kann auch noch Gründe haben, die außerhalb der ökonomischen Interessen zu suchen sind. Für die Erforschung der monopolistischen Gruppe spielen, ähnlich wie für die der

bürgerlichen Parteien, neben den ökonomischen, politischen und ideologischen Elementen auch die sozialpsychologischen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für das Zusammengehen bestimmter Monopole haben zum Beispiel verwandtschaftliche Beziehungen oft eine nicht geringe Bedeutung. Die Zugehörigkeit des in der Leichtindustrie und in Grundstücks- und Maklergeschäften stark vertretenen Bankhauses Hardy & Co. zur AEG-Gruppe resultiert aus der Heirat ihres Inhabers Fritz Andraea mit Walther Rathenaus Schwester Edith.<sup>15</sup> Selbstverständlich ging das Bankhaus Hardy & Co. primär aus ökonomischen Interessen und nicht ausschließlich aus verwandtschaftlichen Gründen mit der AEG, aber diese Verbindung war maßgebend dafür, daß eben Hardy und nicht irgendein anderes der großen Privatbankhäuser sich eng mit der AEG verband. Die bekannte Gasmotorenfabrik Deutz befand sich unter anderem deshalb meist im chemischen Lager, weil ihr Haupt, Gottlieb von Langen, mit Minna vom Rath aus der zahl- und einflußreichen rheinischen Familie vom Rath verheiratet war, Walter vom Rath hatte wiederum durch die Heirat mit Maximiliane Meister Verbindung mit den Farbenwerken Höchst (vorm. Meister, Lucius und Brüning).<sup>16</sup>

Selbstverständlich wirken nicht alle verwandtschaftlichen Beziehungen auf die Struktur monopolistischer Gruppen ein; denn es gibt auch eine Reihe solcher Beziehungen, die durch Feindschaften und Haß gekennzeichnet sind. So lebten die Brüder Karl und Hans Goldschmidt von der Th. Goldschmidt AG, Essen, seit Ende des ersten Weltkrieges in erbitterter Feindschaft.<sup>17</sup> Außer verwandtschaftlichen Beziehungen kommen aber bei der Suche nach Gründen, weshalb gerade bestimmte Unternehmen miteinander kapitalmäßig verbunden sind, auch Freundschaften in Frage, die ohne biographische Untersuchung meist nicht feststellbar sind. Emil Rathenaus Freundschaft mit Carl Fürstenberg war zum Beispiel die Grundlage dafür, daß gerade die Berliner Handelsgesellschaft die Hausbank der AEG werden sollte<sup>18</sup>, und die Freundschaft seines Sohnes mit Fritz von Friedländer-Fuld sicherte der AEG später das Eindringen in die oberschlesische Montanindustrie.<sup>19</sup> Nicht zuletzt aber muß man auch politische und religiöse Überzeugungen, von denen Mitglieder der Finanzoligarchie ebenfalls nicht frei sind, als Triebkräfte bestimmter Handlungen und damit als Grundlage ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen betrachten. Peter Klöckner nahm sicher nicht zuletzt deshalb innerhalb der Montanindustriellen des Rhein-Ruhr-Gebietes eine Sonderstellung ein, weil er und sein Bruder Florian überzeugte Katholiken und als solche mit der Zen-

15 Vgl. *Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft*, Berlin 1931, S. 26.

16 Ebenda, S. 1477.

17 *Th. Goldschmidt AG, Essen. 9 Jahrzehnte einer deutschen chemischen Fabrik*, Essen 1937.

18 *Fürstenberg, Hans*, Carl Fürstenberg. Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, Berlin 1931, bes. S. 170.

19 Vgl. *Keßler, Harry Graf*, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928.

trumspartei verbunden waren, die damals im Ruhrgebiet in vielen Fragen in heftiger Opposition zur Nationalliberalen Partei stand, besonders zu deren rechtem Flügel, den das Gros der westlichen Schwerindustriellen unterstützte.

Die auf der Kapitalstruktur und den persönlichen Beziehungen beruhenden Gruppierungen sind in der Regel beständig. Die Einbeziehung der persönlichen Beziehungen der Monopolisten in die Untersuchung des Bereiches bestimmter Gruppierungen eröffnet einer gründlicheren Erforschung weit mehr Möglichkeiten als eine Einengung allein auf die bekannten Monopolverbände.

Neben diesen beständigen Gruppen finden wir aber in der Geschichte sehr häufig gemeinsame Handlungen oder Willenskundgebungen bestimmter Monopolisten, die nur eine bestimmte Zeit hindurch andauern, während die gegenseitigen Beziehungen in der übrigen Zeit durch harten monopolistischen Konkurrenzkampf gekennzeichnet sind. Nicht selten wird in der gegenwärtigen Diskussion auch hier von Gruppen gesprochen. Es scheint mir aber richtiger zu sein, in diesen Fällen von monopolistischen Bündnissen zu sprechen, um den Unterschied deutlich zu machen.

Die vielleicht interessanteste Zeit solcher monopolistischer Bündnisse dürften die Jahre der Weltwirtschaftskrise 1929/33 gewesen sein. Damals kam es zu dem zeitweiligen – noch nicht hinreichend erforschten – Bündnis zwischen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die Exponenten unterschiedlicher monopolistischer Gruppen waren.<sup>20</sup> Die Deutsche Bank, die eine relative Krisenfestigkeit aufwies, verbündete sich nach dem Zusammenbruch der DANAT im Juli 1931 mit ihrer schärfsten Konkurrentin, der Dresdner Bank, deren Liquidation, die sich aus dem DANAT-Krach hätte ergeben können, die Deutsche Bank früher sicher nicht ungern gesehen hätte. Die Deutsche Bank ging meines Erachtens dieses Bündnis ein, um erstens den gefährlichen Run auf alle Banken, der auch ihren eigenen Sturz hätte hervorrufen können, durch staatliche Gewalt zu verhindern. Da die Dresdner Bank aber nur mit Staatshilfe erhalten werden konnte, die Deutsche Bank jedoch größeren Einfluß auf diesen Staat schon besaß, ging sie dieses Bündnis zweitens deshalb ein, eine Kontrolle der ersteren aufzurichten.

Der Kampf um die Verstaatlichung oder Reprivatisierung der sich zu neunzig Prozent in Staatseigentum befindlichen Dresdner Bank war daher auch eine der schärfsten monopolistischen Kontroversen in den ersten Jahren der Nazi-zeit.<sup>21</sup>

Fast zur gleichen Zeit kam es zu dem bekannten Bündnis monopolistischer Gruppen, das dem Zweck diente, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu

20 Vgl. hierzu *Säuberlich, Hans*, Das Großbankkapital und der Staat in der Weltwirtschaftskrise 1931/32 in Deutschland, rer. oec. Diss., Berlin-Karls-horst 1964, S. 119 ff.

21 Vgl. u. a. *Gossweiler, Kurt*, Die deutsche Finanzbourgeoisie und das Blutbad des 30. Juni 1934, phil. Diss., Berlin 1963.

ermöglichen, und das, obwohl es ebenfalls nur ein zeitweiliges Bündnis war, weltgeschichtlich so außerordentlich verhängnisvoll wurde. Ohne näher auf den ganzen Fragenkomplex einzugehen, sei darauf hingewiesen, daß die einzelnen monopolistischen Gruppen zunächst eine unterschiedliche Haltung zum Faschismus und zur faschistischen Diktatur einnahmen, die von der offenen Unterstützung über die Tolerierung bis zur Ablehnung reichte.<sup>22</sup> Unter den für das Monopolkapital komplizierten Bedingungen des Jahres 1932 glichen sich die Differenzen der einzelnen Gruppen jedoch so weit aus, daß die stärksten unter ihnen die faschistische Diktatur für notwendig, zweckmäßig oder zumindest zeitweilig unumgänglich hielten. Dabei versprach sich jede Gruppierung eigene Vorteile von der Macht der Hitlerclique; jede Gruppe hoffte, den entscheidenden Einfluß auf den faschistischen Staatsapparat nehmen und dadurch alle Konzessionen, die sie des Bündnisses wegen ihren Konkurrenten hatte gewähren müssen, mit Zins und Zinseszins wieder eintreiben zu können. Die berühmte Eingabe der deutschen Schwerindustrie an Hindenburg nach den für die Nazis schmachvoll ausgegangenen Reichstagswahlen vom 6. November 1932 wurde zwar nur von Angehörigen der extremsten Gruppierungen, aber doch von Angehörigen unterschiedlicher Gruppierungen unterzeichnet. Neben den Namen der Initiatoren der Eingabe, Schacht, Thyssen und von Schröder, die wohl nach der bisherigen Auffassung die extremste Gruppierung des deutschen Monopolkapitals jener Zeit vertraten, standen diejenigen von Woermann, Krogmann, Krep und Beindorf, diejenigen der reaktionären Landbundführer Graf Kalckreuth, von Oppen-Dannevalde und von Rohr-Manzo, der Name August Rostergs vom Wintershall-Konzern, der zwar schon immer mit der Ruhrindustrie besonders verbunden, aber eben doch nur verbunden gewesen war, und der Name Rudolf Ventzkis, des Vertreters des allgemeinen Maschinenbaus, dessen Vater fünfzehn Jahre früher noch zu den entschiedensten Verfechtern der staatlichen Nichteinmischung in die Wirtschaft gehört hatte. Auch bei den Personen, die nicht unterzeichneten, aber gleichzeitig Hindenburg ihr „grundsätzliches Einverständnis“ mitteilen ließen, finden wir drei unterschiedliche schwerindustrielle Kreise, repräsentiert von Vögler (Vestag), Reusch (Haniel) und Springorum (Hoesch), der in dieser Zeit auch noch Vorsitzender des Langnamvereins („Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“) war. Eine besondere Rolle spielen innerhalb der monopolistischen Gruppen die Banken. Gewöhnlich werden die großen deutschen Monopolbanken, wenn über monopolistische, besonders über industriezweiggebundene Gruppen gesprochen wird, diesen oder jenen von ihnen zugeordnet, so beispielsweise die Deutsche Bank der Elektroindustrie, die Dresdner Bank der Schwerindustrie.<sup>23</sup> Das ist

22 Vgl. u. a. *Lochner, Louis P.*, Die Mächtigen und der Tyrann, Darmstadt 1955; *Hallgarten, G.W.F.*, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1955; *Meissner/Wilde*, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958, u. zahlreiche andere.

23 Zum Beispiel *Faingar, I. M.*, a. a. O., S. 85 ff.



aber meines Erachtens bedenklich. Wir finden in der Geschichte die Banken stets überall dort, wo im traditionellen Bankgeschäft Profite zu erzielen sind. Daher ist keine Großbank ausschließlich an einen Industriezweig gebunden. Die Deutsche Bank fusionierte zum Beispiel 1929 mit der Disconto-Gesellschaft, die überwiegend schwerindustrielle Interessen vertrat. Dagegen übernahm drei Jahre später die Dresdner Bank die Geschäfte der liquidierten DANAT-Bank, die stark in der Leichtindustrie engagiert war, wie zum Beispiel im Nordwollekonzern und vor allem in Sobernheims Brauerei-Konzern. Obwohl hier schon eine größere „Spezialisierung“ anzutreffen ist, finden wir die Bankvertreter in den Aufsichtsräten aller Arten von Unternehmungen. Häufig dürften deshalb die Banken eine selbständige Gruppierung darstellen. Wenn aber ihr Zusammenhang mit Monopolgruppen wirklich ergründet werden soll, dann darf man auf keinen Fall nur von den Bankvertretern, den Direktoren der Monopolbanken, wie zum Beispiel von Gwinner, Gutmann usw., ausgehen, sondern muß die Frage zu beantworten suchen, wer denn eigentlich die Monopolbanken beherrscht. Dabei würde man in zahlreichen Fällen feststellen, daß hinter den großen Monopolbanken ähnlich große individuelle Vermögen stehen wie in der Industrie und daß die Bankvertreter häufig in ihren Entscheidungen genau so wenig unabhängig sind wie die Direktoren von Monopolbetrieben. Diese großen individuellen Vermögen sind vielfach in Privatbankhäusern beheimatet. Die Dresdner Bank zum Beispiel dürfte vor 1918 maßgeblich unter dem Einfluß des Bankhauses Gebr. Arnhold (Privatbankhaus in Dresden) gestanden haben.<sup>24</sup> Die Deutsche Bank wurde vom Stammhaus Siemens kontrolliert sowie von Eduard Beit von Speyer aus dem Bankhaus Lazard Speyer Ellissen, dessen persönliche Beteiligung an der Deutschen Bank von Pritzkoheit auf zirka zwanzig Prozent geschätzt wird.<sup>25</sup> Über Beits Mutter, eine geborene Ladenburg, bestand hier die Verbindung zu einem weiteren führenden Privatbankhaus.<sup>26</sup> Wenn man überall die eigentlichen Kontrolleure der Großbanken erkennt, kann man auch die Politik der deutschen Großbanken analysieren.

Die genaue Erforschung monopolistischer Gruppierungen hat eine außerordentliche Bedeutung für die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Da das Monopolkapital zu keiner Zeit eine homogene Einheit darstellte, sondern stets in verschiedene Gruppierungen mit einander widerstreitenden Interessen zerfiel, ergibt sich für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, daß stets bestimmte Gruppen des Monopolkapitals mit bestimmten Teilen des Staatsapparates verschmelzen und daß damit beispielsweise die staatsmonopolistische Regulierung die „Diagonale“ der verschiedenen Interessen oder die Dominante einzelner Gruppeninteressen ist, der sich die anderen als zeitweilig Unterlegene zu fügen haben.

24 Festgestellt nach Angaben im *Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften*.

25 *Pritzkoheit, Kurt*, a. a. O.

26 *Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft*, a. a. O.



Wenn man, wie Kuczynski, mit gewisser Berechtigung davon spricht, daß die Bourgeoisie nicht mehr als Klasse herrscht, sondern nur noch das Monopolkapital als Schicht der Bourgeoisie, und wenn man dabei gleichzeitig die Existenz verschiedener Gruppen des Monopolkapitals anerkennt, so muß man, zumindest theoretisch, auch deduzieren, daß eine Gruppe des Monopolkapitals über andere herrschen kann. Das wird meines Erachtens sehr plastisch von Thielecke dargelegt: „Dadurch, daß das Gesetz des Monopolprofits, also die modifizierte Form des Mehrwertgesetzes, auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus Grundgesetz ist, ergibt sich, daß auch das Gesetz der Konkurrenz und Anarchie weiter wirkt. – Wenn die Monopole durch die Entwicklung der Produktivkräfte gezwungen sind, den Staat in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß einzubeziehen, so muß zwangsläufig nach dem Gesetz der Konkurrenz jedes Monopol versuchen, sich den Staatsapparat für die Vergrößerung seines Monopolprofits dienstbar zu machen. In dem Sinne versucht es, sich den Staat zu unterordnen. Dabei geht das eine Monopol Verbindungen, Beziehungen usw. zu anderen Monopolen ein.“<sup>27</sup> Unter den Bedingungen der monopolistischen Konkurrenz ist es ausgeschlossen, daß ein Monopol den ganzen Staatsapparat erobert. Es kann sich „darum nur immer einen bestimmten Teil des Staatsapparates unterordnen und das auch nur für einen ganz bestimmten Zweck und in einer bestimmten Zeit . . . Hat sich nun ein Monopol infolge seiner Konkurrenzposition einen Teil des Staatsapparates untergeordnet, dann ist faktisch der andere Teil des Monopolkapitals gezwungen, sich in dieser Frage zu dieser Zeit dem Staat unterzuordnen.“<sup>28</sup> So verfügte in den Jahren der Weimarer Republik die Chemie über das Reichswirtschaftsministerium (zum Beispiel Warmbold), die Schwerindustrie über die Reichsbank (Schacht). An dieser Konstellation änderte sich auch nichts durch den Machtantritt des Faschismus. Bis zum Jahre 1935 gelang es der Schwerindustrie, insbesondere durch Schacht, die Chemie aus dem Reichswirtschaftsministerium zu verdrängen, das dann ebenfalls von Schacht besetzt wurde, worauf die Chemie die außerhalb der traditionellen Regierungsämter stehende Vierjahresplan-Organisation unter Leitung von Göring aufbaute, die immer mehr wirtschaftliche Macht erlangte, insbesondere über die profitable Rüstungswirtschaft, so daß das Reichswirtschaftsministerium im Herbst 1938, bei Schachts Rücktritt, nur noch so wenig wichtige Befugnisse besaß, daß es sogar von dem Dilletanten Walther Funk geleitet werden konnte. Die damit weitestgehend ausgeschaltete Schwerindustrie verschmolz nunmehr mit dem neugebildeten Ministerium für Bewaffnung und Munition, das unter Speers Leitung stand, und konnte so seit 1942 wieder ein Übergewicht im Konkurrenzkampf erlangen. Aus alledem ergibt sich auch die für den staatsmonopolistischen Kapitalismus typische Aufblähung des Staats-

27 Thielecke, *Karl-Heinz*, Die Arisierung des Flick-Konzerns, rer. oec. Diss., Berlin 1963, S. 221 f.

28 Ebenda.

apparates, denn die jeweils als Machtapparat ausgeschalteten Behörden blieben stets als Institution bestehen.

Die Erforschung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland ist insbesondere für den gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland von außerordentlicher Aktualität. Die heutigen Gruppen des Monopolkapitals in Westdeutschland, die die Politik des Bonner Staates bestimmen, haben ihre Wurzeln, ihren Ursprung in den früheren Gruppen und sind nicht selten deren geradlinige Fortsetzung.<sup>29</sup> Die Lösung der deutschen Frage, die für eine friedliche Perspektive unseres Volkes Voraussetzung ist, verlangt die Bändigung und Entmachtung des kriegslüsteren westdeutschen Militarismus. Bei diesem Kampf finden die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern viele Verbündete in allen Schichten des Volkes. Zeitweise können sich die fortschrittlichen Kräfte sogar mit Teilen der Monopolbourgeoisie verbünden; denn die Monopolbourgeoisie ist, wie gezeigt wurde, keineswegs eine einheitliche und homogene Schicht. Vielmehr bestehen heute „tiefe Widersprüche zwischen der Gruppe einflußreicher Monopolvereinigungen, die unmittelbar mit der Rüstungsproduktion beschäftigt sind, und allen anderen Industrie- und Bankkorporationen.“<sup>30</sup>

Das Monopolkapital war sich zu keiner Zeit vollständig einig, und die jeweils dominierenden Kreise machten auch keineswegs immer die Mehrheit aus. Es gibt auch heute innerhalb der herrschenden Klasse Westdeutschlands durchaus bürgerliche, ja monopolistische Kräfte, die eine vernünftiger und weniger aggressive Politik wünschen bzw. die in dieser oder jener Frage von der Politik der herrschenden Richtung abweichen.

Die Untersuchung der monopolistischen Gruppen stellt somit einen wissenschaftlichen Beitrag zur Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Schichten gegen den aggressiven westdeutschen Imperialismus dar.

<sup>29</sup> Vgl. *Pritzkoheit, Kurt*, a. a. O.; *Baumann, G.*, Eine Handvoll Konzernherren, Berlin 1953, u. zahlreiche andere.

<sup>30</sup> *Inosemzew, N.*, Hoffnungen und Sorgen der Amerikaner, in: Presse der Sowjetunion, 5/1964, S. 91.

## Über Quellen zur Geschichte der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe\*

VON INGRID KOPPELOW

Das Bemühen vor allem der Wirtschaftshistoriker, die Erforschung der Geschichte der landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe mehr als bisher zu fördern<sup>1</sup>, verdient Anerkennung und die größtmögliche Unterstützung durch alle staatlichen Leitungsorgane und jene Organe und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, die auf Grund ihrer Aufgaben und räumlichen Zuständigkeit die Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe maßgeblich beeinflußt haben oder als Archive zur Übernahme und Erschließung der historischen Quellen für die politisch-aktuelle, wissenschaftliche und volkswirtschaftliche Auswertung berufen sind.

Auf wichtige Quellen und noch nicht allgemein bekannte Wege zu den Quellen für die Erforschung der Geschichte der landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe aus der Sicht eines Archivars aufmerksam zu machen, ist das Anliegen der folgenden Ausführungen.

Sicher wäre es sehr reizvoll, das Werden und Wachsen von bäuerlichen Betrieben zu untersuchen, die nach der historischen Wende vor nun schon über zwanzig Jahren durch die demokratische Bodenreform entstanden bzw. lebensfähig geworden sind. Die staatlichen Archive besitzen darüber in verschiedensten Beständen aussagekräftige Dokumente. Da gegenwärtig jedoch vor allem die Möglichkeiten und Erfordernisse für die Geschichtsschreibung über die wichtigsten sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe, die volkseigenen Güter (VEG) und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), interessieren, sei hier nur darauf verwiesen, daß in Heft 6 der „Archivmitteilungen“ Ende 1965 ausführliche Berichte über archivalische Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in den Beständen der Landesregierungen

\* Überarbeiteter Diskussionsbeitrag, gehalten am 28. Januar 1966 auf der Gründungstagung der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte in Berlin.

<sup>1</sup> Vgl. *Thesen. Aufgabe und Bedeutung der Geschichte unserer Fabriken, Werke und Güter*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, T. 2., S. 145–152; Müller, Hans-Heinrich/Roth, Hermann, *Landwirtschaftliche Betriebe*, in: ebenda, 1964, T. 2/3, S. 486–504.

Mecklenburg und Sachsen-Anhalt veröffentlicht worden sind<sup>2</sup>, die für Historiker von besonderem Interesse sein dürften.

#### ZUM SCHRIFTGUT DER VEG

Wer die Geschichte eines volkseigenen Gutes schreiben will, wird sich zunächst sicher an Ort und Stelle davon überzeugen, welches Schriftgut vorhanden ist und in welchem Ordnungs- und Erhaltungszustand es sich befindet. Nicht selten wird sich dabei die von Archivaren bereits vor Jahren getroffene Feststellung bestätigen, daß man sich nicht um den „Aktenkram“ gekümmert hat und es auch gegenwärtig noch nicht in erforderlichem Maße tut. „Infolgedessen wird das Schriftgut unkontrolliert in die Papiermühle geschafft oder es lagert unsachgemäß auf Böden, in Kellern oder Schuppen, wodurch es Feuchtigkeit, Schädlingsfraß, mindestens aber starker Schmutzeinwirkung ausgesetzt wird und damit in der Endkonsequenz ebenso der Vernichtung anheimfällt.“<sup>3</sup>

Trotz der den volkseigenen Gütern im Jahre 1950 auferlegten Verpflichtung, Betriebsarchive einzurichten und zu unterhalten<sup>4</sup>, ist eine allgemeine Verbesserung der Schriftgutverwaltung nicht eingetreten. In der Mehrzahl der VEG ist die Archivgesetzgebung nicht bekannt, auch nicht die im Juni 1960 bestätigte und verbindlich gemachte „Richtlinie für die Aufbewahrung und Kassation des Schriftgutes der volkseigenen Güter (VEG)“<sup>5</sup>.

Würde auch nur annähernd nach dieser Richtlinie verfahren, wäre in den VEG wenigstens ab 1960 eine breite Quellenbasis für die Forschung gesichert, und es stünden unter anderem die Planberichterstattungen, Statistiken, Analysen, Geschäftsberichte, Jahreskontrollberichte, betriebswirtschaftlichen Auswertungsbogen (BAB), Wettbewerbsverträge und -auswertungen sowie Inventare, um nur einige Schriftgutkategorien zu nennen, zur Verfügung. Da den in Staatsarchive umgebildeten fünf ehemaligen Landeshauptarchiven

2 *Kuntsche, Siegfried*, Archivalische Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform. Die Bestände der Landesregierung im Staatsarchiv Schwerin, in: Archivmitteilungen, 6/1965, S. 204–211; *Papendieck, Herbert*, Archivalische Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform. Die Bestände der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Staatsarchiv Magdeburg, in: ebenda, S. 212–216.

3 *Koppelow, Ingrid*, Zur Schriftgutverwaltung im Bereich der sozialistischen Landwirtschaft, in: ebenda, 4/1964, S. 137.

4 Vgl. *Anweisung zur Errichtung von Betriebsarchiven in den dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstellten volkseigenen Betrieben sowie in den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und landwirtschaftlichen Genossenschaften vom 17. August 1950*, in: Ministerialblatt der DDR, S. 151.

5 Die genannte Richtlinie ist abgedruckt in den *Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft – Ausgabe Land- und Forstwirtschaft*, 10/1960, S. 115–118.

Dresden, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Weimar und dem Staatsarchiv Leipzig bisher keine Übergaben von VEG-Registaturen an staatliche Archive (Kreisarchive) ihres Zuständigkeitsbereiches bekannt geworden sind<sup>6</sup>, müssen die in den Altregistaturen der volkseigenen Güter fehlenden Unterlagen als verloren gelten.

Diese Tatsache ist sehr bedauerlich. Macht man sich aber die Mühe, auch das bei den übergeordneten Staats- und wirtschaftsleitenden Organen der Landwirtschaft über die einzelnen VEG erwachsene Schriftgut auszuwerten, läßt sich manche Lücke schließen. Da hierzu die Kenntnis der parallel zu der der volkseigenen Betriebe in der Industrie verlaufenen Entwicklung der Organisations- und Leitungsform der Güter erforderlich ist, wird nachfolgend ein Überblick über die wichtigsten Etappen gegeben.

Die Voraussetzung für die Entstehung der volkseigenen Güter war die Bodenreformgesetzgebung der ehemaligen Länder im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom September 1945. Sie nahm bis zu 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) zur Schaffung eines staatlichen Sektors mit verschiedenen Aufgaben von der Aufteilung aus. Wie die seinerzeit landeseigenen Güter in Mecklenburg entstanden sind, hat der Vizepräsident der damaligen Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Otto Möller, in einem Beitrag für die Jubiläumsschrift „20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg“ anschaulich beschrieben.<sup>7</sup>

Die staatliche Verwaltung der Güter begann Anfang Oktober 1945 mit der Einsetzung von Betriebsleitern. In den nächsten Jahren unterstanden die Güter der im November 1945 gebildeten „Landesgüterverwaltung Mecklenburg“.<sup>8</sup>

Analog verlief die Entwicklung in den anderen Ländern und Provinzen der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Auch dort entstanden Landes- bzw. Provinzialgüterverwaltungen oder -direktionen. Sie waren in der Regel der Abteilung Land- und Forstwirtschaft der Landes- bzw. Provinzialverwaltung, nach der Konstituierung der Regierungen Ende 1946 dem entsprechenden Fachministerium unterstellt.

In Mecklenburg ist das Unterstellungsverhältnis der landeseigenen Güter im Laufe des Jahres 1947 insofern geändert worden, als den Leitern der Abteilungen Landwirtschaft der Landratsämter die volle Verantwortung und Aufsichtspflicht für die Güter ihres Kreises übertragen worden ist.

6 Nach schriftlicher Mitteilung der genannten Archive, denen der Verfasser an dieser Stelle für ihre schnelle und bereitwillige Unterstützung dankt.

7 Möller, Otto, Meine Mitarbeit beim Aufbau der Landwirtschaft und bei der Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern 1945/46, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, hg. von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock, Rostock 1965, S. 61–70.

8 Die Angaben über die Landesgüterverwaltung Mecklenburg sind der von Kurt Harland erarbeiteten Findbucheinleitung für den Bestand im Staatsarchiv Schwerin entnommen.

Mit Wirkung vom 31. August 1949 begann eine neue Etappe in der Geschichte der Organisations- und Leitungsformen der Güter.<sup>9</sup> Die Landesgüterverwaltungen wurden aufgelöst und die bisher von ihnen geleiteten Güter neben anderen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in den als Anstalten des öffentlichen Rechts gegründeten sechzehn Gebiets- (GVVG) und drei Fachvereinigungen (FVVG) volkseigener Güter zusammengefaßt, die wiederum einer zentralen Vereinigung volkseigener Güter in Berlin unterstanden. Die Gebietsvereinigungen, von denen es in Mecklenburg und Brandenburg zum Beispiel je vier gab, übten die wirtschaftliche, finanzielle und verwaltungsmäßige Leitung der unterstellten Betriebe aus.<sup>10</sup> Bereits im Januar 1951 traten an ihre Stelle fünf Vereinigungen volkseigener Güter (VVG), welche die in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Güter zusammenfaßten. Diese VVG unterstanden dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Die Fachministerien der Länder hatten ihnen gegenüber nur beratende und im Auftrage des Ministeriums kontrollierende Funktionen.<sup>11</sup>

Erst mit der Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung im volkseigenen Sektor erhielten auch die VEG ihre volle wirtschaftliche und juristische Selbständigkeit.<sup>12</sup> Die bisherigen VVG wurden 1952 aufgelöst und durch Landesverwaltungen volkseigener Güter ersetzt, allerdings zu einem Zeitpunkt, als die Länder und Landesregierungen auf Grund des Gesetzes über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik bereits aufgelöst wurden und in den gebildeten Bezirken die Räte der Bezirke als neue Staatsorgane ihre Tätigkeit aufnahmen. Die Landesverwaltungen volkseigener Güter sind dementsprechend zu Bezirksverwaltungen Volkseigener Güter umgebildet worden, die 1954 als selbständige Abteilungen in die Räte der Bezirke eingegliedert worden sind. Als Unterabteilungen innerhalb der Abteilungen Land- und Forstwirtschaft haben sie bis 1963 bestanden. Sie leiteten die Güter unmittelbar an.

9 Vgl. *Arlt, Rainer*, Agrarrechtsverhältnisse in West- und Ostdeutschland, Berlin 1957, S. 159f.

10 In dieser Zeit beginnt im mecklenburgischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die Überlieferung von Schriftgut über die Kontrolle der VEG. Es befinden sich dort z. B. Betriebsfragebogen mit Angaben über Ackerflächen, Grünland, Spezialisierung, Ausbildungswesen, Person des Betriebs- und Kulturleiters, statistische Berichte der Gebietsvereinigungen, Berichte über Frühjahrsbestellung, Viehbestände, Traktoren, Tier- und Saatzucht bei den einzelnen GVVG.

11 Vgl. *Arlt, Rainer*, a. a. O., S. 159f.

12 Vom Grad der Selbständigkeit der VEG sind sowohl der Umfang des Schriftgutes von und über einzelne VEG als auch die in ihm enthaltenen Detailangaben über einzelne VEG in den Akten der übergeordneten Leitungsorgane abhängig; seit der juristischen Selbständigkeit der VEG wird beides geringer.



Eine längere Lebensdauer hatte bisher, sieht man von den Landesgüterverwaltungen der ersten Jahre ab, keine Organisationsform der volkseigenen Güter. Nur vorübergehend waren einige Güter den Räten der Kreise unterstellt.

Heute ist es Aufgabe der „Bezirksdirektionen volkseigener Güter“ (BD-VEG), die örtlich geleiteten VEG anzuleiten und zu kontrollieren. Die Bezirksdirektionen sind Organe der mit der Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft gebildeten Bezirkslandwirtschaftsräte und ihrer Produktionsleitungen.<sup>13</sup> Ausgesprochene Spezialgüter unterstehen ihnen nicht. Diese wurden seit der Auflösung der Landesgüterverwaltungen und der Deutschen Saatzuchtgesellschaft (DSG), der bis 1950 eine Reihe von Saatzuchtgütern unterstand, größtenteils durch drei Fachvereinigungen (FVVG), danach durch die zentralen VVB geleitet. Jetzt unterstehen sie der VVB Saat- und Pflanzgut in Quedlinburg, der VVB Tierzucht in Paretz bzw. der Güterdirektion der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Die Akademie ist 1951 gegründet und in der Folgezeit mit der Nutzung und Verwaltung der agrarwissenschaftlichen Einrichtungen betraut worden. Darunter befinden sich auch einige VEG.<sup>14</sup>

Die genannten VVB sind die zentralen Fach- und leitenden Wirtschaftsorgane des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Die ihnen nachgeordneten Betriebe führen zur Kennzeichnung ihrer zentralen Unterstellung die Bezeichnung VEG (Z).

Selbst wenn man diese wesentlichen Entwicklungsetappen aus der Geschichte der Leitungsorgane der volkseigenen Güter kennt und somit weiß, wo interessierende Quellen entstanden sein können, ist es für den Forscher oft keine leichte Aufgabe, den derzeitigen Lagerort der Quellen festzustellen. Eine gewisse Hilfe kann dabei die Archivgesetzgebung leisten.

## ZUSTÄNDIGKEIT DER ARCHIVE

In der ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Staatliche Archivwesen vom 25. Juni 1965<sup>15</sup> ist folgende Zuständigkeitsregelung für das nach 1945 entstandene Archivgut getroffen: „Das *Deutsche Zentralarchiv* ist zuständig für das Archivgut der nach der Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates im Jahre 1945 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gebildeten zentralen Organe und Einrichtungen des Staatsapparates sowie der wirtschaftsleitenden Organe“.<sup>16</sup>

13 Vgl. *Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat vom 11. Februar 1963*, Abschnitt III, 4, in: Gesetzblatt der DDR (im folgenden: GBl.) I 1963, S. 2.      14 Vgl. GBl. 1952, S. 36 ff.

15 *Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Staatliche Archivwesen vom 25. Juni 1965*, in: GBl. II 1965, S. 570 ff.

16 Ebenda, S. 571.

Die zu *Staatsarchiven* umgebildeten ehemaligen Landeshauptarchive sind zuständig für das Archivgut „der zentralen, regionalen und örtlichen Organe und Einrichtungen der ehemaligen Länder und ihrer Vorgängerterritorien“, alle jetzt bestehenden Staatsarchive für das Archivgut „der Organe und Einrichtungen des Staatsapparates und der wirtschaftsleitenden Organe auf Bezirksebene sowie der volkseigenen Betriebe auf Bezirksebene, soweit kein Betriebsarchiv zuständig ist.

Die Zuständigkeit eines Staatsarchivs kann sich auf mehrere Bezirke erstrecken.“<sup>17</sup>

Für das Archivgut der Räte der Kreise ab 1952, der ihnen unterstellten Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie der Gemeinden, die kein eigenes Archiv unterhalten, sind die *Kreisarchive* zuständig. Diese Zuständigkeit ist nach dem gegenwärtigen Stand der Archivorganisation analog gegeben für Organe und Einrichtungen auf Kreisebene und die ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen, die, wie die Kreislandwirtschaftsräte zum Beispiel, den Räten der Kreise nicht unterstellt sind. Die *Stadtarchive* übernehmen das wertvolle Schriftgut der Räte der Städte, ihrer Einrichtungen und der den Räten der Städte unterstellten Betriebe der örtlichen Wirtschaft. Bevor das Schriftgut in die oben genannten Endarchive gelangt, wird es in der Regel mehrere Jahre in den *Verwaltungsarchiven* der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe und Einrichtungen aufbewahrt.

Die genaue Kenntnis der archivischen Zuständigkeit hilft zeitaufwendige Umwege bei der Suche nach Quellen zu vermeiden. Ob die Unterlagen sich tatsächlich im zuständigen Endarchiv befinden, hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab: Die wichtigste ist natürlich, daß das archivwürdige Schriftgut erhalten ist. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt aber auch die Raumfrage. So ist zum Beispiel das Staatsarchiv Magdeburg noch nicht in der Lage, die Akten der ehemaligen Landesgüterdirektion Sachsen-Anhalt zu übernehmen. Diese befinden sich zur Zeit noch im Verwaltungsarchiv des Rates des Bezirkes Halle.

Es empfiehlt sich deshalb, die zuständigen Verwaltungs- bzw. Endarchive über die Quellen, den momentanen Lagerort und den Erschließungsgrad der gewünschten Akten zu konsultieren.

## ZUM SCHRIFTGUT DER LPG

Welche nicht unwesentliche Rolle die in der DDR bestehenden etwa 16000 LPG im Vergleich zu den VEG im Rahmen der Volkswirtschaft spielen, läßt sich daran ermessen, daß sie mehr als 85 Prozent der LN, die etwa 660 VEG jedoch nur 6,5 Prozent der LN der DDR bewirtschaften.<sup>18</sup> Die LPG als wichtigste

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Vgl. *Statistisches Jahrbuch der DDR 1965*, Berlin 1964, S. 259.

genossenschaftlich-sozialistische Landwirtschaftsbetriebe verdienen deshalb die besondere Aufmerksamkeit sowohl der Archivare als auch der Historiker und Wirtschaftswissenschaftler.

Von einer wirkungsvollen Einflußnahme der verantwortlichen Staatsorgane auf die Schriftgutverwaltung der LPG kann bisher kaum gesprochen werden. Das heißt jedoch keineswegs, daß es dem Ermessen der LPG anheimgestellt war und ist, Ereignisse aus dem Leben der Genossenschaft schriftlich zu fixieren oder nicht.<sup>19</sup> Schon die Rechtsgrundlagen der LPG schreiben eine ganze Reihe von Schriftgutkategorien vor. Sie unterscheiden sich nach den drei durch den Grad der Vergenossenschaftlichung unterschiedenen Typen, die sich nach dem Vorbild der LPG Worin, Merxleben und Fienstedt herausgebildet haben. Für alle Genossenschaften sind vorgeschrieben: das Statut, schriftliche Aufnahmeanträge der Mitglieder, Beschlußvorlagen und Protokolle der Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen, Protokolle der Kommission zur Übernahme und Bewertung des eingebrachten Bodens, bei Typ II und III auch Protokolle der Kommission zur Übernahme und Bewertung des eingebrachten Inventars, das Bodenbuch als Nachweis der gesamten von der Genossenschaft bewirtschafteten Flächen, Rechtsträgnachweise, sofern der LPG vom Staat Boden zur Nutzung übertragen wurde, Rechenschaftsberichte des Vorstandes und der Revisionskommission, die innere Betriebsordnung und Arbeitsordnungen für einzelne Arbeitsbereiche. Die LPG müssen einen Perspektivplan haben, ferner jährliche Finanz- und Produktionspläne (Betriebspläne) und Pläne für die Bestellung, Saatenpflege, Ernte usw.

Über das Rechnungswesen heißt es in den Statuten: „In der Genossenschaft wird genaue Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben der genossenschaftlichen Wirtschaft sowohl der pflanzlichen als auch der tierischen Produktion und über das gesamte Eigentum, stetige Abrechnung der Arbeitseinheiten sowie Abrechnung über die Verrechnung mit den Mitgliedern der Genossenschaft, Lieferanten usw. geführt . . . Der Buchhalter ist verpflichtet, seine Arbeit so auszuführen, daß ein ständiger Überblick über den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der LPG besteht.“<sup>20</sup>

Um eine Vorstellung von der Methode der Aktenführung und der Behandlung der Altregistraturen zu erhalten, die eine gewisse Verallgemeinerung zuläßt, wurde eine größere Anzahl von LPG verschiedener Typen und Größenklassen in den Bezirken Schwerin und Potsdam aufgesucht. Der vorgefundene Zustand war außerordentlich unterschiedlich. In LPG, deren verantwortliche Mitglieder an der Gewährleistung einer lückenlosen Dokumentation der Entwicklung ihrer Genossenschaft interessiert waren, ist von Anfang an die Verantwortung des Buchhalters für eine sichere und zweckmäßige Aufbewahrung der Akten festgelegt worden. In der Mehrzahl der LPG fühlen sich die Buchhalter noch heute nur für das Schriftgut des Rechnungswesens verantwortlich. Daher ist es eine

19 Vgl. zu diesem Abschnitt Koppelow, *Ingrid*, a. a. O., S. 138.

20 *Musterstatuten vom 9. April 1959*, in: GBl. I 1959, S. 333.

weit verbreitete Erscheinung, daß gerade aus den ersten Jahren der Gründung der jeweiligen Genossenschaft wenig Schriftgut vorhanden ist. Lassen sich noch Akten der Anfangsjahre von 1952 bis 1960 auffinden, sind sie meist sehr unvollständig.

Nur wenige der älteren LPG werden nach unseren Feststellungen in der Lage sein, das für die eigene Entwicklung wie für das Wachsen des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft so wichtige erste Jahrzehnt dokumentarisch zu belegen. Deshalb wird man auch bei der Erforschung der Geschichte der LPG auf das korrespondierende Schriftgut der Leitungsorgane der Landwirtschaft zurückgreifen müssen.

Zuständig für die Anleitung und Kontrolle der LPG sind seit der Gründung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Jahre 1952 bis zum Frühjahr 1963 ununterbrochen die Räte der Kreise, Abteilung Land- und Forstwirtschaft, gewesen, wenn auch landwirtschaftliche Leitungsorgane der verschiedenen Verwaltungsebenen bis hin zum Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR für die Entwicklung der genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe mitverantwortlich waren und sich daher für die ersten Jahre auch Quellen über einzelne LPG in deren Akten befinden.

Seit der Bildung der Kreislandwirtschaftsräte und ihrer Produktionsleitungen im Zuge der Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sind diese für die Betreuung der LPG verantwortlich.

Eine wesentliche Verbesserung der Schriftgutverwaltung ist in den LPG seitdem nicht eingetreten. Zwar wurden regional begrenzte Bemühungen auf diesem Gebiet bekannt. Der Bezirkslandwirtschaftsrat Schwerin zum Beispiel hat 1964 die eigenmächtige Vernichtung von Schriftgut untersagt und angewiesen, das gesamte Schriftgut, vor allem aber Urkunden, Protokolle von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen sowie Unterlagen der Buchhaltungen so aufzubewahren, daß sie vor Verlust geschützt sind. Den LPG wurde anheimgestellt, ihr Schriftgut den Kreisarchiven zu übergeben. Zu sichtbaren Erfolgen hat diese Maßnahme nicht geführt.

Wenn bisher LPG-Registaturen an staatliche Archive übergeben worden sind, dann sicher in sehr geringer Zahl. Den Staatsarchiven sind solche Fälle nicht bekannt. Eine Ausnahme bildet nach Mitteilungen des Staatsarchivs Leipzig lediglich das Kreisarchiv Borna, das die Registaturen aller aufgelösten LPG aus den Gemeinden übernommen hat, die im Zuge der Braunkohlegewinnung verlegt oder überbaggert worden sind.

Der bisher erreichte Stand der Sicherung von LPG-Schriftgut kann in keiner Weise befriedigen. Andererseits stehen die Archive, sollen sie von etwa 16000 LPG das historisch wertvolle Schriftgut übernehmen<sup>21</sup> – nicht gerechnet die

21 Für jeweils zwölf Jahre handelt es sich pro LPG um einen laufenden Meter. Das Schriftgut würde wegen großer Überlieferungslücken durch zweit- oder drittrangiges ergänzt werden müssen und dadurch noch wesentlich umfangreicher.

große Zahl anderer Betriebe, Einrichtungen und Organe der Staatsmacht ihres Zuständigkeitsbereiches —, vor einem Massenproblem, das in nächster Zukunft gelöst werden muß. Wenn man die Frage unvoreingenommen beantwortet, ob es jemals möglich sein wird, für alle LPG eine bis ins Detail gehende Betriebsgeschichte zu schreiben, wird auch jeder noch so interessierte Historiker zugeben müssen, daß das sicher nicht der Fall ist. Um aber dennoch eine breite Quellenbasis für die Forschung zu sichern, ohne in einem Wust von Papier zu ersticken und die Volkswirtschaft mit gesellschaftlich nicht vertretbaren Forderungen nach umfangreichen Neubauten für dieses Schriftgut zu belasten, sind zwei Wege möglich. Der gangbarste Weg wäre, alle LPG zur dauernden Aufbewahrung ihrer historisch wertvollen Dokumente zu verpflichten, ein anderer, sich auf die Übernahme der aussagekräftigen Unterlagen einer großen Zahl — aber eben nicht aller — LPG in staatliche Archive zu beschränken. Welche Regelung die auf zentraler Ebene zwischen den zuständigen Staats- und wirtschaftsleitenden Organen in Vorbereitung befindliche Vereinbarung über das Archivwesen im Bereich der Landwirtschaft trifft, bleibt abzuwarten. Sollte die Archivierung von Schriftgut einer begrenzten Zahl von LPG vorgesehen sein, wäre es wünschenswert, daß die Historiker und Wirtschaftswissenschaftler die Archivare bei der Auswahl der LPG tatkräftig unterstützen.

So würde man zum Beispiel Schriftgut von Produktionsgenossenschaften aller drei Typen archivieren müssen, ebenso Unterlagen solcher LPG, die von einem niedrigeren Typ zu einem höheren Typ übergegangen sind oder gar die Entwicklung von Typ I über Typ II zu Typ III durchlaufen haben und von einigen, die sich durch Verschmelzung vergrößert haben bzw. neu entstanden sind. Man muß bei der Auswahl ferner die Hauptproduktionsrichtungen wie Feldbau, Viehzucht, Saatzucht, Spezialkulturen usw. ebenso berücksichtigen wie den Standort, die Bodenwertzahl und die Größe. LPG mit 500 Hektar haben zum Teil andere Probleme zu lösen als die mit 2000 Hektar. Produktionsgenossenschaften in einem überwiegenden Agrargebiet sind von besonderem Interesse. Man wird auch darauf achten müssen, daß nicht nur LPG ausgewählt werden, die von Anfang an rentabel gewirtschaftet haben. Wichtige Unterschiede bestehen auch zwischen LPG, in denen sich überwiegend oder ausschließlich Neubauern zusammengeschlossen haben, solchen, denen allein oder überwiegend Großbauern angehören, sowie LPG mit gemischter sozialer Zusammensetzung. Um die Schwierigkeiten und Erfolge allseitig und real darstellen zu können, sind unbedingt auch jene LPG zu berücksichtigen, die die Entwicklung wesentlich gefördert haben, beispielgebend gewesen sind.

Daß eine derartige Auswahl nicht am grünen Tisch möglich ist, sondern jede Entscheidung sehr sorgfältig an den konkreten Gegebenheiten der jeweiligen LPG überprüft werden muß, braucht auf Grund der vorstehenden Ausführungen nicht besonders hervorgehoben werden. Der Geschichtswissenschaft würde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man schematisch verfahren und nachträglich bemerken würde, daß bei einigen „ausgewählten LPG“ das wichtigste Schriftgut nicht mehr vorhanden ist.



Um festzustellen, welches Schriftgut der LPG Archivwürdigkeit besitzt, wurde von einem Mitarbeiter des Staatsarchivs Schwerin und Mitgliedern einer Forschungsgruppe der Staatlichen Archivverwaltung das bei den LPG vorhandene Schriftgut geprüft. Als historisch wertvoll und damit von Interesse für jeden Bearbeiter einer LPG-Geschichte wurden ermittelt:

die *Gründungsunterlagen* und sonstigen *Rechtsgrundlagen* wie das Statut, das Protokoll über die Gründungsversammlung, die Protokolle über eingebrachtes Inventar und eingebrachten Boden, das Bodenbuch bzw. Flächennachweise, Rechtsträgernachweise und das Mitgliederverzeichnis. Diese Unterlagen müssen in jeder LPG dauernd aufbewahrt werden.

Abhängig von der Qualität der Geschäfts- und Protokollführung, geben die *Vorlagen, Beschlüsse und Protokolle der Mitgliederversammlung, des Vorstandes und der Kommissionen* einen vielseitigen Einblick in die innergenossenschaftliche Demokratie. In den Unterlagen über Mitgliederversammlungen müßten zum Beispiel alle Beschlüsse zu finden sein, die die Rechte und Pflichten der Mitglieder in ihrer Genossenschaft grundsätzlich regeln. Dazu gehören die Betriebsordnung und – abhängig von der Größe und Struktur der jeweiligen LPG – die Arbeitsordnungen für den Vorstand, den Buchhalter, für Brigaden, die Pflegeordnung für die Technik, eine Stallordnung, Brandschutzordnung usw. Sollten die für die Entwicklung der LPG aussagekräftigen Beschlüsse der Mitgliederversammlung, des Vorstandes und der Kommissionen nicht bei den Protokollen abgelegt sein, was recht häufig vorkommt, müssen jene Akten-einheiten eingesehen und zur dauernden Aufbewahrung vorgesehen werden, in denen sie sich befinden.

Bei großen LPG kann *Schriftgut über ökonomische Konferenzen und Arbeitstagungen* vorhanden sein, das historischen Wert besitzt, ebenso über die *Zusammenarbeit mit dem Rat der Gemeinde, Parteien und Massenorganisationen*.

Am aufschlußreichsten für die Darstellung der Entwicklung der LPG sind neben den noch näher zu beschreibenden Jahresabschlußberichten die in der Qualität allerdings sehr unterschiedlichen jährlichen *Rechenschaftsberichte des Vorstandes und der Revisionskommission*. Sie sollen einen Abriß der Geschichte des Jahres mit allen Erfolgen und Schwierigkeiten darstellen. Eine bestimmte Form ist für die Rechenschaftsberichte nicht vorgeschrieben. Auf ihre inhaltliche Gestaltung aber haben die Leitungsorgane der Landwirtschaft, zumindest in den letzten Jahren, Einfluß genommen. So wurde zum Beispiel im Bezirk Schwerin für die Jahresrechenschaftslegung 1963 empfohlen<sup>22</sup>, ausgehend von der Einhaltung des Statuts und der inneren Betriebsordnung, einzugehen auf die materielle und finanzielle Planerfüllung, die Sicherung der Produktions-

<sup>22</sup> Vgl. *Remy Gerda/Maaß, Willi*, Die Jahresendabrechnung in unseren LPG – eine wichtige Etappe in der Vorbereitung des VIII. Deutschen Bauernkongresses, in: Informationen für die sozialistische Landwirtschaft im Bezirk Schwerin, 1/1964, S. 6f.



grundlagen für die Steigerung der Erträge der Feld- und Leistungen der Viehwirtschaft im Jahre 1964, die Realisierung des Programms zur Hebung der Bodenfruchtbarkeit, die Verwirklichung des Wettbewerbsprogrammes und die Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, die Durchsetzung der Frauen- und Jugendförderungspläne, die Arbeit der Kommissionen und Spezialistengruppen, Brigadiere, Arbeitsgruppenleiter und leitenden Kader des Vorstandes, die Durchsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 19. Dezember 1962 zur weiteren Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit und Finanzierung der LPG im Jahre 1963, die Auswirkungen des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 15. März 1963 über die schrittweise Herstellung einer einheitlichen Leitung für Traktoristen- und Feldbaubrigaden in allen LPG auf die Arbeitsorganisation der LPG und den Stand der Qualifizierung der Mitglieder.

Für die LPG Typ I wurde außer auf die bereits angeführten noch auf folgende Schwerpunkte hingewiesen: Stand der Entwicklung der genossenschaftlichen und individuellen Viehbestände und Erfüllung des Planes der tierischen Produktion insgesamt und durch die einzelnen Mitglieder, Abstufung der großbäuerlichen Betriebe, Futtermittelverteilung zur Sicherung einer hohen Marktproduktion und Erhöhung der Viehbestände, Schaffung eines Ausgleichs in der Genossenschaft für das noch individuell bewirtschaftete Grünland, notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der genossenschaftlichen Einnahmen und zur Erhöhung der genossenschaftlichen Fonds.

Die *Jahresabschlußberichte* (JAB) werden seit 1953 auf einem vom damaligen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, seit 1959 auf einem von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen Vordruck erstattet. Der Vordruck besteht aus einer im Laufe der Jahre sehr unterschiedlichen Zahl von Einzelberichten. 1963 war sie auf 21 angestiegen, wurde aber nach dem VIII. Deutschen Bauernkongreß für 1964 auf 12 reduziert. Der Jahresabschlußbericht als komplexer Bericht, der die materielle und finanzielle Abrechnung in den LPG ermöglicht, hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) „Die Ergebnisse der genossenschaftlichen Produktion, die Ernteerträge und die Leistungen der Viehwirtschaft sowie die Leistungen der Nebenproduktion und die Hilfsleistungen zu erfassen,
- b) die Erfolge der gemeinsamen Arbeit der Genossenschaftsmitglieder nachzuweisen,
- c) die Geld- und Naturaleinkünfte entsprechend den Festlegungen im Statut zu berechnen,
- d) das genossenschaftliche Vermögen genau zu erfassen und
- e) den Genossenschaftsmitgliedern einen Überblick über die Entwicklung der genossenschaftlichen Fonds zu geben.“<sup>23</sup>

23 *Erläuterungen zum Jahresabschlußbericht der LPG im Jahre 1963*, hg. v. der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, S. 2.

Dementsprechend enthält der Vordruck außer konkreten Angaben über die strukturelle Entwicklung der Genossenschaft (Zusammensetzung, Bodennutzung) Standort, Versammlungs- und Kontrolltätigkeit der LPG jeweils Berichte über:

Planerfüllung der pflanzlichen Produktion und Verwendung der Ernte,  
 Entwicklung der genossenschaftlichen Viehbestände,  
 Leistungen der Viehhaltung, Planerfüllung der tierischen Produktion und Verwendung der tierischen Produkte,  
 Arbeitskraft und Arbeitsaufwand,  
 Durchführung der geplanten Neuanschaffungen,  
 Erfüllung des Finanzplanes und Ermittlung der Geldeinkünfte,  
 Bildung und Verwendung genossenschaftlicher Fonds,  
 Forderungen und Verbindlichkeiten am 31. Dezember des Jahres,  
 Vermögensübersicht zum 31. Dezember des Jahres,  
 Einkünfte der Mitglieder, seit 1961 auch den real erarbeiteten Wert der Arbeitseinheit,  
 seit 1962 Ermittlung der Einkünfte aus der LPG-Waldwirtschaft und ihre Verwendung,  
 seit 1957 Ermittlung der landwirtschaftlichen Brutto- und Marktproduktion, vorübergehend, von 1955 bis 1959, Zwischenfruchtanbau zur Ernte,  
 Mineräldüngeraufwand,  
 von 1955 bis 1963 Abrechnung der Futterfonds,  
 für 1957 und 1958 Bestand an Maschinen und Geräten per 31. Dezember,  
 für 1954 bis 1959 Vertragserfüllung durch die MTS,  
 für 1960 finanzielle Abrechnung der LPG über die von der MTS in den Jahren 1959/60 übernommene Technik,  
 für 1963 Nachweis der von der MTS/RTS im Jahre 1963 übergebenen, unterstellten und gekauften Technik.

Einige weitere Berichte wurden nur für wenige Jahre erstattet.

Für die fortgeschrittenen LPG mit Kostenrechnung sind die jährlichen *Betriebsabrechnungsbogen* bzw. die 1964 angelegten Bücher „*Betriebswirtschaftliche Auswertung*“ für jeweils fünf aufeinanderfolgende Jahre von besonderem Interesse. Sie erfassen die im Laufe eines Jahres angefallenen Kosten an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit nach Kostenarten und Kostenstellen.

Auf die Auswertung der *Betriebspläne* (in den ersten Jahren Produktionspläne genannt) wird man verzichten können. Wichtig ist, was tatsächlich erreicht wurde. Darüber gibt der Jahresabschlußbericht Auskunft, der bei den Hauptkennziffern – allerdings nicht konsequent und einheitlich für alle Jahre – eine Gegenüberstellung von Soll und Ist enthält. Außerdem muß der Stand der Planerfüllung aus dem Rechenschaftsbericht ersichtlich sein.

Die ersten *Perspektivpläne* der LPG besitzen keinen Dauerwert. Vielfach wurden sie nicht auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet und waren in der Praxis kaum von Bedeutung.

Die bei den übergeordneten Leitungsorganen der Landwirtschaft zur Wahrnehmung ihrer Anleitungs- und Kontrollfunktionen benötigten Dokumente der LPG, wie Betriebsplan, Jahresabschlußbericht, bis 1962 obligatorisch auch die Rechenschaftsberichte des Vorstandes und der Revisionskommission sowie die betriebswirtschaftlichen Auswertungen, gingen und gehen ihnen von allen LPG, jährlich in je einem Exemplar als Arbeitsmaterial zu und verblieben in ihren Registraturen. Daß sich beispielsweise die Jahresabschlußberichte seit 1952 zum Teil noch heute in den laufenden Registraturen der Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsgeräte befinden, die sie von den früheren Abteilungen Land- und Forstwirtschaft der Räte der Kreise übernommen haben, zeugt für ihre Bedeutung auch für eine wissenschaftliche Leitungstätigkeit.

Die Jahresabschlußberichte müssen ebenfalls bei den Kreisstellen der Deutschen Bauernbank, jetzt Landwirtschaftsbank der Deutschen Demokratischen Republik, und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vorliegen.

Das Statut und eine Durchschrift des Protokolls über die Gründungsversammlung, eventuelle Änderungen des Statuts, Protokollauszüge mit den Beschlüssen der Mitgliederversammlung, die zur Änderung des Statuts geführt haben, und Angaben über die personelle Zusammensetzung des jeweiligen Vorstandes befinden sich normalerweise in den Beiakten zum Register der LPG. Das LPG-Register wurde beim zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Land- und Forstwirtschaft, geführt. Seit der Bildung der Kreislandwirtschaftsräte im Jahre 1963 haben diese die Aufgaben der Registerführung zum Teil an sich gezogen. Soweit dies nicht geschehen ist, ist die Abteilung Bodenrecht und Bodenordnung der Räte der Kreise dafür zuständig. Weiteres Schriftgut von und über LPG findet sich in den Akten der örtlichen Räte. Noch fehlt leider ein genauer Überblick, so daß an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen werden kann.

Außer durch die bereits genannten Staatsorgane und Einrichtungen wurde und wird die Entwicklung der LPG wesentlich beeinflußt durch die örtlichen Organe der Staatsmacht, Parteien, vor allem durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Massenorganisationen, die früheren Maschinen-Traktoren-Stationen, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die volkseigenen Erfassungs- und Aufkauf-Betriebe sowie durch Rechtspflegeorgane und die Arbeiter- und Bauern-Inspektion. Für umfassende LPG-Geschichten kann auch ihr Schriftgut mit Gewinn herangezogen werden. Es befindet sich zur Zeit größtenteils noch nicht in staatlichen Archiven und ist deshalb in den zuständigen Verwaltungsarchiven bzw. in den selbständigen Archiven der Parteien und Massenorganisationen zu suchen.

# Die Periodisierung einzelner Betriebsgeschichten auf Grund der nationalen Periodisierung für die Zeit ab 1945

VON HELMUT SEIDL

Was verstehen wir unter „Periodisierung“?

Was verstehen wir unter Gliederung?

Über die Notwendigkeit der Periodisierung der Betriebsgeschichte ab 1945

Einige allgemeine Grundsätze für die Periodisierung der Betriebsgeschichten

Einige Beispiele für die Periodisierung und Gliederung von Betriebsgeschichten  
und deren kritische Betrachtung

Einige spezielle Probleme der Periodisierung von Betriebsgeschichten

Ein Modell für die Periodisierung

Modell für die Periodisierung und Gliederung einer Betriebsgeschichte für die  
Zeit ab 1945

Wie erarbeitet sich die Betriebsgeschichtskommission eine richtige Periodisierung  
und Gliederung?

Anhänge I bis III

Die wissenschaftlich exakte Periodisierung und eine logische Gliederung der Betriebsgeschichte gehören zu den Problemen, die den Betriebsgeschichtskollektiven in der Deutschen Demokratischen Republik oft noch große Schwierigkeiten bereiten. Das gilt insbesondere für Untersuchungen und Darstellungen, die die Zeit nach 1945 behandeln. Für die Geschichte der Werke in der kapitalistischen Zeit zwang schon die oft hundertjährige kapitalistische Vergangenheit zu einer Unterteilung der Gesamtgeschichte eines Werkes in einzelne Perioden. Außerdem konnte sich die Betriebsgeschichtsschreibung die Erkenntnisse der vorhandenen allgemeinen, politischen und wirtschaftshistorischen Geschichtsschreibung hinsichtlich der Periodisierung zunutze machen. Vor dem Erscheinen des „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung boten vor allem die Arbeiten Jürgen Kuczynskis über die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland<sup>1</sup> und die umfangreichen wirtschaftshistorischen Studien über den Kupferschieferbergbau, den Steinkohlen-

1 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Bd 1, T. 1: 1789 bis 1870, Berlin 1954; T. 2: 1871 bis 1932, Berlin 1954; Bd 2, T. 1: 1933 bis Mai 1945, Berlin 1953 = derselbe, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 1-2; der-

bergbau und andere Industriezweige<sup>2</sup> viele Anregungen und Hinweise für die Periodisierung der Geschichte der Werke in der Zeit bis 1945.

Auch die I. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ hat auf die Wichtigkeit des Problems hingewiesen und Anregungen zu seiner Lösung gegeben.<sup>3</sup> Eine Reihe bereits erschienener, sachlich und zeitlich gut gegliederter Betriebsgeschichten stellen anschauliche Beispiele dar.<sup>4</sup>

Für die Zeit nach 1945 liegen dagegen die notwendigen allgemein historischen Forschungsergebnisse erst vor, seit im April 1963 der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ überarbeitet veröffentlicht wurde<sup>5</sup>, die „Kurze Geschichte der DDR“ von Doernberg<sup>6</sup> erschien, in der die für die Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1945 gegebene Periodisierung auf die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik übertragen wird, und die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ publiziert wurde.<sup>7</sup> Bis dahin dominierte in den betriebsgeschichtlichen Darstellungen eindeutig die systematische Gliederung. Einzelne Ausnahmen, wie zum Beispiel die von Wissenschaftlern erarbeitete Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena<sup>8</sup> ließen schon damals

*selbe*, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 1; Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1952 = ebenda, Bd 2; Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962 = ebenda, Bd 3.

- 2 Titelangaben dazu sind folgenden Veröffentlichungen zu entnehmen: *Radandt, Hans*, Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 1, Berlin 1960, S. 353–363; *derselbe*, Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind (1. Fortsetzung), in: ebenda 1961, T. 1, Berlin 1961, S. 363–371; *Handke, Horst*, Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind (2. Fortsetzung), in: ebenda 1963, T. 3, Berlin 1963, S. 298–306.
- 3 Vgl. *Radandt, Hans*, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, Berlin 1960, S. 171–173.
- 4 Vgl. u. a. *Von den Brückenberggeschächten zum VEB Steinkohlenwerk Karl Marx, Zwickau 1859–1959*, hg. v. der Leitung der Betriebsparteiorganisation und der Werkleitung des VEB Steinkohlenwerk Karl Marx Zwickau, o. O. (1961); *Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk „Karl Liebknecht“ Bleicherode 1899–1962*, hg. v. VEB Kaliwerk „Karl Liebknecht“ Bleicherode, o. O. (1963).
- 5 *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1963.
- 6 *Doernberg, Stefan*, Kurze Geschichte der DDR, Berlin 1964.
- 7 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, 8 Bde, Berlin 1966.
- 8 *Carl Zeiss Jena einst und jetzt*. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1962.

das Suchen nach einer chronologischen Gliederung erkennen und stellten interessante Lösungen zur Diskussion.

Die genannten Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bieten jetzt allen Betriebsgeschichtskommissionen die erforderlichen allgemeinen Erkenntnisse für die Erarbeitung einer exakten Periodisierung der Geschichte des einzelnen Werkes. Die vorliegende Periodisierung der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR muß Ausgangspunkt und Grundlage für die Periodisierung der Betriebsgeschichte sein, denn nur wenn die allgemeine Periodisierung als Grundlage für die Erforschung der Betriebsgeschichte dient, läßt sich die wirkliche gesellschaftliche Bedeutung des Geschehens in einem Betrieb richtig erkennen.

Seitdem der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ erschien, lenkten daher auch wiederholt Wirtschaftshistoriker die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Problem. In seinem methodischen Leitfaden „Wie schreiben wir Betriebsgeschichte?“ forderte Hans Radandt auch für die Betriebsgeschichte die Beachtung und Berücksichtigung der im Grundriß vorgenommenen Periodisierung und gab erste praktische Hinweise dazu.<sup>9</sup> Horst Handke nahm die Rezension der Geschichte des VEB Carl Zeiss zum Anlaß, sich ausführlich mit dem Teilproblem der chronologischen und systematischen Gliederung auseinanderzusetzen.<sup>10</sup> Auch ein Artikel von Hans Czihak über die Darstellung einiger Probleme der Entwicklung nach 1945 in der Betriebsgeschichte beschäftigt sich mit Fragen der Periodisierung.<sup>11</sup> Den Versuch, für ein Teilgebiet der Betriebsgeschichte nach 1945 – die Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung – eine Periodisierung zu erarbeiten, enthält eine Studie von Helmut Seidl.<sup>12</sup> Diese Arbeiten können jedoch nur als erste Schritte auf dem Weg zur Lösung des Problems angesehen werden. Die Forderung der II. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“<sup>13</sup>, den methodischen Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung für die Zeit nach 1945 mehr Aufmerksamkeit zu schenken, gilt auch weiterhin. Der vorliegende Artikel soll einen Beitrag zur Verwirklichung dieser Forderung leisten. Zumindest soll er die Diskussion dieser Probleme anregen und den

9 Radandt, Hans, *Wie schreiben wir Betriebsgeschichte?* Berlin 1963, S. 43–46.

10 Handke, Horst, Rezension: Carl Zeiss Jena einst und jetzt, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1963, T. 4 (im folgenden: Rezension), S. 177–180.

11 Czihak, Hans, Zur Darstellung einiger betriebsgeschichtlicher Probleme der Entwicklung nach 1945, untersucht am Beispiel der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz, in: ebenda 1966, T. 1, S. 221 ff.

12 Seidl, Helmut, Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, in: ebenda 1964, T. 2/3, S. 448–451.

13 Vgl. Czihak, Hans/Schröder, Rudolf/Seidl, Helmut, Bericht über die II. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“, in: ebenda 1965, T. 1, S. 197–213; *Betriebsgeschichte* 1964, Auszüge der 2. Arbeitstagung zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe vom 4. bis 5. Juni 1964 in Berlin, Berlin (1965).



Betriebsgeschichtskommissionen einige Hinweise für die Ausarbeitung von Gliederungen für ihre Werksgeschichte geben.

#### WAS VERSTEHEN WIR UNTER „PERIODISIERUNG“?

Im Verlauf der historischen Entwicklung jeder gesellschaftlichen Einheit, ganz gleich, ob es sich um eine Nation, einen Staat, eine Klasse usw. oder um ein Werk, eine Fabrik, eine Grube usw. handelt, entstehen eine Vielzahl miteinander verflochterner, sich durchdringender, einander bedingender und zugleich ausschließender konkreter gesellschaftlicher Erscheinungen, Ereignisse, Prozesse usw., die durch das Wirken objektiver Gesetze hervorgerufen werden und in denen jene sich durchsetzen. Das sind keine statischen, sondern sehr dynamische Verhältnisse. In bestimmten Zeitabschnitten, deren Dauer sehr unterschiedlich sein kann, bilden sich auf Grund bestimmter Bedingungen ganz bestimmte Erscheinungen, Prozesse usw. heraus, die in ihrer Gesamtheit das Geschehen in einer bestimmten Periode ausmachen. Bei der Periodisierung geht es nun darum, diese Perioden festzustellen, das heißt den typischen Inhalt aller einzelnen Erscheinungen eines bestimmten Zeitabschnittes aufzufinden und die einzelnen Zeitabschnitte im chronologischen Nacheinander zu erfassen. Hier wird schon deutlich, daß die Periodisierung auf der Durchsetzung der objektiven Gesetze im gesellschaftlichen Geschehen fußen muß und nicht willkürlich nach nebensächlichen Vorgängen, Zufälligkeiten oder subjektiven Vorstellungen vorgenommen werden kann.

#### WAS VERSTEHEN WIR UNTER GLIEDERUNG?

Die Gliederung einer Betriebsgeschichte soll dazu dienen, dem Leser eine mehr oder weniger umfangreiche Veröffentlichung leichter zugänglich zu machen, indem bestimmte Zusammenhänge zeitlich oder nach Themenkomplexen geordnet, zusammenhängend, doch getrennt von anderen Zeitabschnitten oder Problemkreisen, behandelt werden. Damit sind die beiden Grundmöglichkeiten der Gliederung – chronologische und systematische – schon genannt. Schon hier wird deutlich, wie wichtig die Periodisierung für die Gliederung ist und daß sie der Gliederung zugrunde liegen müßte, was eine starke Beachtung systematischer Gesichtspunkte nicht ausschließt.

#### ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DER PERIODISIERUNG DER BETRIEBSGESCHICHTE AB 1945

Bereits im Jahre 1931 wies Maxim Gorki die Fabrik- und Werksgeschichte schreibenden Arbeiter auf die Notwendigkeit der Periodisierung hin. Gorki forderte damals: „Das Material jedes Sammelbandes (über die Geschichte eines

Werkes – H. S.) soll in Übereinstimmung mit den grundlegenden ökonomischen und politischen Etappen der Geschichte der UdSSR geordnet werden . . .

Zum zweiten Teil (gemeint ist der Teil der Betriebsgeschichte, der sich mit der sozialistischen Zeit ab 1917 beschäftigt – H. S.) gehören: der Oktoberumschwung, die Periode des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus, die Wiederherstellungs- und Rekonstruktionsperiode.

Wünschenswert ist ferner, die Perspektive der weiteren Entwicklung der Werke darzulegen.<sup>14</sup>

Für die Notwendigkeit einer solchen Periodisierung gibt es verschiedene Gründe: Jede Geschichtsschreibung, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben will – das muß schließlich auch das Ziel der Betriebsgeschichtskommissionen jedes unserer sozialistischen Betriebe sein –, muß danach streben, die verschiedenen Prozesse und Ereignisse hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, der Produktion und deren Leitung, des Klassenkampfes, der Lage der Werktätigen, der Kultur usw., die wiederum zu bestimmten Zeiten durch bestimmte objektive und subjektive Bedingungen hervorgerufen werden, für jede einzelne Periode zu erfassen und zu ergründen. Dabei geht es vor allem darum, die Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung zu erforschen und einzelne Ereignisse im Betrieb in ihren Beziehungen zu den grundlegenden Entwicklungstendenzen zu sehen. Ein Beispiel aus der Geschichte der DDR in den ersten Jahren nach 1945 soll das verdeutlichen: Bodenreform, Schulreform, die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und deren Überführung in Volkseigentum, die Zerschlagung der Konzerne und zahlreiche andere Maßnahmen dienten dem grundlegenden Ziel der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Das gesamte Geschehen in jedem einzelnen Betrieb, sei es die Ablösung reaktionärer Betriebsleiter durch demokratische Kräfte oder der Einsatz aller Werktätigen für die Erreichung der Vorkriegsproduktion oder die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften usw., diente der Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse, die ihrerseits wieder bestimmte Geschehnisse, zum Beispiel die Entstehung der Aktivistenbewegung, hervorriefen. Wir haben es hier also mit einer bestimmten Periode zu tun, die durch grundlegende Entwicklungstendenzen gekennzeichnet ist, deren spezifischer Charakter sie von anderen Zeitabschnitten und Ereignissen unterscheidet. Keine Betriebsgeschichtskommission kann wissenschaftlich exakte und gründliche Forschungen betreiben, wenn sie am grundlegenden Charakter einer bestimmten Zeit vorübergeht, wenn sie die Periodisierung außer acht läßt. Die Kriterien für die Periodisierung liefert nicht der spezifische Ablauf einzelner Teilbewegungen im Betriebsgeschehen (etwa die Entwicklung der Produktiv-

14 *Gorki, Maxim*, Wie die Geschichte der Fabriken und Werke zu schreiben ist. Instruktion der Hauptredaktion, in: A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke, Sammelband zur Unterstützung der Arbeit an der Betriebsgeschichte, Berlin 1964, S. 50.

kräfte, Veränderungen der Lage der Arbeiter oder anderes), sondern die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Die Untersuchung einzelner Ereignisse in der Geschichte des Betriebes, losgelöst vom allgemeinen Charakter einer bestimmten gesellschaftlichen Periode, müßte zu einer bloßen Aneinanderreihung von Fakten führen, die die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr erkennen ließe.

Die Periodisierung der Betriebsgeschichte ist auch deshalb notwendig, weil die historische Entwicklung keine Aneinanderreihung gleichförmiger und gleichartiger Ereignisse zu einer unendlichen Kette ständiger Wiederholungen ist, sondern eine Aufwärtsentwicklung vom Niederen zum Höheren, eine Ablösung alter durch neue Qualitäten. Die neuen Qualitäten können aber nur erkannt und erforscht und der Gesamtprozeß kann nur dargestellt werden, wenn das Typische zahlreicher Einzelereignisse für einen bestimmten Zeitabschnitt erfaßt und mit dem anderer Zeitabschnitte verglichen wird. Dazu bedarf es der Zusammenfassung der einzelnen Ereignisse, die in einer bestimmten Zeit alle durch bestimmte übereinstimmende Merkmale charakterisiert sind, und des Vergleiches mit anderen Zeitabschnitten, in deren Einzelercheinungen sich wiederum gewisse gemeinsame Charakterzüge zeigen.

Die Aktivistenbewegung beispielsweise ist charakteristisch für die Periode, in der die Grundlagen des Sozialismus geschaffen werden, sie war aber auch schon zur Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung vorhanden. Während ihr Ziel aber zunächst in einer Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine richtige Ausnutzung der Arbeitszeit und eine gute Arbeitsorganisation und -vorbereitung lag und Einzelleistungen bewußter Arbeiter ein Beispiel für alle anderen Werkstätigen schufen, vollzogen sich in der folgenden Periode, in der die Grundlagen des Sozialismus geschaffen wurden, erhebliche Veränderungen. Nicht mehr einmalige Spitzenleistungen einzelner, sondern kontinuierlich gute Arbeitsergebnisse ganzer Brigaden, Abteilungen usw. über einen längeren Zeitraum machten das Wesen der Aktivistenbewegung aus. Die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe, auch über die Betriebsgrenzen hinaus, die Weitergabe von Arbeitserfahrungen und die Einführung neuer Arbeitsmethoden bildeten Merkmale der neuen Zielsetzung der Aktivistenbewegung, die dadurch eine qualitativ neue Stufe erreicht hatte. Deshalb darf sich eine betriebsgeschichtliche Darstellung nicht darauf beschränken, für 1954 zum Beispiel eine gegenüber 1948 fünfmal größere Anzahl von Aktivisten festzustellen. Das ist sicher wichtig, aber viel notwendiger ist es, die qualitativen Veränderungen zu untersuchen.

In der Schrift „15 Jahre Volkseigene Betriebe“ des VEB Döbelner Beschläge- und Metallwerke wird zum Beispiel über die Arbeit der Frauen berichtet: „In unserem Kombinat sind werktätige Frauen zahlenmäßig stark vertreten. Die Lösung der ökonomischen, politischen und kulturellen Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik wäre ohne ihre aktive Mitarbeit undenkbar. Ohne Gleichberechtigung der Frauen in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben ist der Sieg des Sozialismus nicht möglich. . . Unsere Frauen

haben den Beweis erbracht, daß sie Großes leisten können. Der Einsatz unserer Frauen in unseren Betrieben neben ihren sonstigen Verpflichtungen als Hausfrau und Mutter konnte nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch besondere soziale Maßnahmen von den letztgenannten Verpflichtungen zeitlich befreit wurden und dafür besondere Erleichterungen geschaffen wurden. Die Betreuung der Kinder erfolgt in Betriebskindergärten durch geschulte Kindergärtnerinnen, Konsum- und HO-Verkaufsstellen in den Betrieben und sanitäre Anlagen schaffen die Voraussetzung für die Mitarbeit unserer Frauen im Arbeitsprozeß. Im Januar 1952 wurden zur schnellen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in den Betrieben und Verwaltungen auf Vorschlag des Politbüros der SED Frauenausschüsse gebildet. In unseren Betrieben fanden im August 1952 die konstituierenden Sitzungen der Frauenausschüsse statt. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten in der Arbeit der Ausschüsse, die ja erst einmal das volle Vertrauen der Kolleginnen gewinnen mußten, konnte man einen Schritt weiter gehen. Während in der ersten Zeit der Tätigkeit der Frauenausschüsse die Alltagsorgen unserer Frauen im Mittelpunkt standen zeigte sich später, daß unsere Kolleginnen gegenüber unseren politischen Aufgaben aufgeschlossener wurden und an Schulungen teilnahmen. . .“<sup>15</sup>

Was wir erfahren, ist die Bildung der Frauenausschüsse im Jahre 1952, was offen bleibt, sind viele Fragen. Waren die Frauen schon immer zahlenmäßig stark im Betrieb vertreten? Seit wann ist das so? Wie haben sich die Zahlen entwickelt? Wie war das in den verschiedenen Perioden unserer gesellschaftlichen Entwicklung? Wann wurden welche sozialen Einrichtungen für die Frauen geschaffen? Wann entstand zum Beispiel die HO-Verkaufsstelle? Warum war ab 1952 eine schnellere Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen notwendig? Ab wann wurden die Frauen politisch geschult? Fragen über Fragen – und auf keine gibt die Betriebsgeschichte des Döbelner Werkes eine Antwort. Man erfährt in allgemeiner Form, welcher Stand bis 1961 erreicht wurde, nicht wie und wann es dazu kam, kurz gesagt, man kann die qualitativen Veränderungen, die sich im Laufe der einzelnen Perioden unserer gesellschaftlichen Entwicklung vollzogen hatten, nicht erkennen. Sicher kann eine Betriebsgeschichte, noch dazu, wenn es sich um eine kleine Arbeit handelt und nur ein Teilbereich des Betriebsgeschehens, in diesem Fall die Entstehung des Volkseigentums, untersucht wird, nicht alle Fragen beantworten, aber dann sollte man sich auf einzelne Probleme beschränken und diese um so ausführlicher darstellen.

Ein besseres Beispiel für die Behandlung einer solchen Problematik liefert uns die Betriebsgeschichte des Braunkohlenwerkes Greifenhain. Der Leser erfährt über die Erwachsenenqualifizierung zum Beispiel, daß sie 1953 begann, die Weiterbildungslehrgänge zunächst ohne Abschluß blieben, aber die Kurse ab 1956 bzw. 1958 der Erlangung der Meister- bzw. Facharbeiterqualifikation

15 *15 Jahre Volkseigene Betriebe*, hg. v. VEB Döbelner Beschläge- und Metallwerke, o. O. (1961), S. 33–35.

dienten. Angaben über die für die Erwachsenenqualifikation 1954 und in den Jahren ab 1960 ausgegebenen Mittel und ein statistischer Rückblick aus dem Jahre 1965 auf die erzielten Ergebnisse runden das Bild ab.<sup>16</sup> Leider erfuhr der Leser vorher nicht, in welchen Perioden sich die sozialistische Entwicklung des Werkes vollzog. So bleibt es ihm selbst überlassen, aus den Faktenangaben über die Erwachsenenqualifizierung die Beziehungen zur allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und zu der im Werk herzustellen. Man könnte dann vielleicht zu folgendem Ergebnis kommen: Als die Grundlagen des Sozialismus geschaffen wurden, begann auch die Erwachsenenqualifizierung notwendig zu werden. Als es darum ging, den sozialistischen Produktionsverhältnissen zum Sieg zu verhelfen, war dazu auch eine fest organisierte und niveauvolle Erwachsenenqualifizierung Voraussetzung. Man hat sicher gute Gründe, von der Richtigkeit der eigenen Erkenntnisse überzeugt zu sein, aber genau weiß man es nicht, weil man eben die Entwicklungsetappen im Werk selbst nicht kennt. Vergleiche der betrieblichen mit der allgemeinen Entwicklung sind notwendig, damit die Betriebsgeschichte die ihr zugeordneten Aufgaben erfüllen kann.

Radandt kommt zu dem Ergebnis: „Die Kenntnis der Geschichte – nicht so sehr der einzelnen Fakten, wohl aber der sich beim näheren Studium in den verschlungenen und wechselseitigen Zusammenhängen abzeichnenden großen Entwicklungslinien, die das Wirken objektiver Gesetze offenbaren – ist ein wesentlicher Faktor für die Herausbildung und Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins“<sup>17</sup>.

Eine solche der Bewußtseinsbildung dienende Kenntnis der Geschichte kann zweifellos nur dann erreicht werden, wenn eine den objektiven Entwicklungstendenzen entsprechende Periodisierung vorgenommen wird. Ähnlich verhält es sich mit anderen Aufgaben der Betriebsgeschichtsschreibung. Sie soll zum Beispiel den Werkleitungen helfen, die Erfahrungen der Vergangenheit für eine wissenschaftliche Leitung der Betriebe in der Gegenwart nutzbar zu machen. Dazu gehört aber, daß frühere Leitungsmethoden unserer sozialistischen Wirtschaft im Zusammenwirken mit den jeweiligen Bedingungen und Verhältnissen in den einzelnen Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung untersucht werden. Erst dann läßt sich das für heutige Bedingungen Wertvolle oder Brauchbare vom heute Unbrauchbaren, nur für damalige Verhältnisse Geeigneten unterscheiden.

So zeigt sich, daß eine wissenschaftlich exakte und der gesellschaftlichen Entwicklung dienende Betriebsgeschichtsschreibung für die Zeit der sozialistischen Umgestaltung in der DDR nicht ohne eine sorgfältige, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Periodisierung auskommen kann.

16 *30 Jahre Braunkohlenwerk Greifenhain*. Vom Werden und Wachsen unseres Werkes, Festschrift, hg. v. VEB Braunkohlenwerk Greifenhain, o. O. (1965), S. 103.

17 *Radandt, Hans*, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? a. a. O., S. 10.



## EINIGE ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE FÜR DIE PERIODISIERUNG DER BETRIEBSGESCHICHTEN

Aus den bisherigen Darlegungen läßt sich bereits schlußfolgern: Eine Betriebsgeschichte darf niemals nach willkürlichem Ermessen, zufälligen und nebensächlichen Ereignissen oder einem einzelnen, für ein bestimmtes Teilgebiet der betrieblichen Arbeit zwar wichtigen, aber den Gesamt Ablauf des Betriebsgeschehens nicht grundlegend beeinflussenden Moment periodisiert und gegliedert werden. Es wäre also falsch, willkürlich Zehn- oder Fünfjahresabschnitte zu bilden und alle Ereignisse innerhalb dieser Zeiträume zusammenzufassen ohne Rücksicht auf den sich aus objektiven Entwicklungsgesetzen ergebenden qualitativen Gehalt der Ereignisse. Ein nebensächliches Ereignis wäre in den Mittelpunkt gerückt, wenn etwa der 50. Gründungstag des Betriebes in der Darstellung zum Beginn einer neuen Periode würde. So wichtig der 50. Jahrestag des Bestehens eines Werkes für dessen Geschichte auch sein mag, so bringt er doch keinen Einschnitt in der Entwicklung der Produktivkräfte, der sozialökonomischen Verhältnisse usw. mit sich. Auch die Errichtung eines neuen Kulturhauses ist für die Geschichte des Sozialwesens und der kulturellen Betreuung im Betrieb sicher ein wichtiges und einschneidendes Ereignis. Es hat wichtige Auswirkungen auf den gesamten Betrieb und sicherlich auch auf das Betriebsklima. Dadurch wird möglicherweise die Arbeitsfreudigkeit zunehmen, die Fluktuation zurückgehen, die Produktion steigen, die Planerfüllung sich verbessern usw. Aber für sich genommen, reicht dieses eine Geschehnis noch nicht aus, um als Kriterium für den Beginn einer neuen Periode in der Betriebsgeschichte gewählt zu werden. Erst aus der Summe aller Ereignisse lassen sich die allgemeinen Grundzüge ablesen, die es rechtfertigen, von einer besonderen Periode zu sprechen, die Anfang und Ende einer Periode bestimmen und sie von anderen Perioden unterscheiden und abgrenzen. Die Entstehung des neuen Kulturhauses zusammen mit der Tätigkeit des Betriebes für die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes, der Entstehung der kollektiven Aktivistenarbeit, dem Beginn des sozialistischen Wettbewerbs, der Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und vielen anderen Momenten, die im engsten Zusammenhang mit der nationalen und internationalen Geschichte dieser Jahre stehen, geben uns erst das Recht, diesen Zeitabschnitt in der Geschichte des Betriebes als die Periode zu erfassen, in der die Grundlagen des Sozialismus geschaffen werden. Daraus läßt sich als erster Grundsatz schließen: *Der Periodisierung müssen die wesentlichsten allgemeinen Grundzüge der Betriebsentwicklung in einem bestimmten Zeitabschnitt zugrunde liegen. Die allgemeinen Grundzüge werden unter Berücksichtigung der dialektischen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und zwischen Produktionsverhältnissen und Überbau die grundlegenden sozialökonomischen Verhältnisse sein.*

Auf die Wichtigkeit der Beziehungen zur nationalen Geschichte wurde oben schon hingewiesen. Die engen Wechselbeziehungen zwischen allgemeiner und



nationaler Geschichte und Betriebsgeschichte waren auch bereits Untersuchungsgegenstand einer umfangreichen Veröffentlichung im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte.<sup>18</sup> Ein Resümee zu diesem Thema gab hinsichtlich der Periodisierung Radandt: „Stets muß in einer betriebsgeschichtlichen Darstellung die Periodisierung der nationalen Geschichte der des Betriebes übergeordnet werden.“<sup>19</sup> Das gilt für alle Perioden und in besonders hohem Maße für die Geschichte eines Werkes in der sozialistischen Phase seiner Entwicklung: Der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, der Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse, vor allem das Vorhandensein des Volkseigentums, die Funktionen des Staates bezüglich der Lenkung und Leitung der Wirtschaft und besonders die richtungweisenden Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse auf ökonomischem Gebiet lassen den Zusammenhang zwischen betrieblicher und nationaler Geschichte in einem solchen Grade enger und dichter werden, daß die ungenügende Berücksichtigung der Periodisierung der Geschichte der DDR bei der Betriebsgeschichtsschreibung zu unwissenschaftlichen Ergebnissen führen müßte.

Als zweiten Grundsatz können wir daher festhalten: *Die Periodisierung der Betriebsgeschichte muß von der Periodisierung der nationalen Geschichte ausgehen, weil deren Perioden in der Regel zugleich die Hauptetappen der Entwicklung der Betriebe sein werden.*

#### EINIGE BEISPIELE FÜR DIE PERIODISIERUNG UND GLIEDERUNG VON BETRIEBSGESCHICHTEN UND DEREN KRITISCHE BETRACHTUNG

Im folgenden schließt sich die Betrachtung einiger bisher veröffentlichter Betriebsgeschichten hinsichtlich ihrer Periodisierung und der Gliederung ihrer Darstellung an. Jedes dieser Beispiele kann gleichsam als Typ für eine Vielzahl anderer Betriebsgeschichten gelten. Aus diesem Grund, aber auch weil sicher nicht jedem Betrieb alle diese Veröffentlichungen zugänglich sind, und sodann, weil in einigen Fällen die Gliederung nicht in einem Inhaltsverzeichnis enthalten ist, wird sie in drei Fällen, soweit sie aus Überschriften hervorgeht, für die Geschichte ab 1945 im Anhang vollständig wiedergegeben.

Die 1961 veröffentlichte Geschichte des VEB Döbelner Beschläge- und Metallwerke<sup>20</sup> enthält eine Einleitung, in der über das Jahr 1945, über Westdeutschland im Jahre 1961 und allgemeines über den Titel der Broschüre geschrieben wird. Dann folgen die vier Kapitel:

I. Die Aktivisten der ersten Stunde

II. Die Bildung des Kombinats VEB DBM, ein historisch notwendiger Schritt

18 Es handelt sich um die aus zahlreichen Einzelbeiträgen bestehende Kollektivarbeit *Betriebsgeschichte und allgemeine Geschichte*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, Berlin 1964.

19 Radandt, Hans, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? a. a. O., S. 43.

20 15 Jahre Volkseigene Betriebe, a. a. O.

III. Die weitere Entwicklung unseres Kombinates bis zum 80. Jahrestag des Kampfes der Döbelner Metallarbeiter am 8. Oktober 1958

IV. Einiges zur Festigung unserer Produktionsverhältnisse in den letzten drei Jahren

Angaben über die kapitalistische Vergangenheit des Betriebes enthält nicht die Einleitung, sondern das erste Kapitel beginnt mit der Gründung des Metallbetriebes 1878. Als erstes wird der Gründer erwähnt. Man fragt sich: War der Gründer der Aktivist der ersten Stunde? Dann werden verschiedene Ereignisse behandelt, zum Beispiel die Tätigkeit der Aktivisten der ersten Stunde und die Art der Produktion bis 1960. Danach folgt in der Darstellung ein Sprung zurück in das Jahr 1946. Es wird vermerkt, daß die gesamte Belegschaft für die Enteignung des Betriebes gestimmt habe. Sicher war das beim Volksentscheid in Sachsen, über den die Veröffentlichung, die den Titel „15 Jahre Volkseigene Betriebe“ trägt, aber nichts sagt. Nachdem das Werk zunächst von einem Treuhänder verwaltet worden war, ging es 1948 in Volkseigentum über. Darüber heißt es in der Betriebsgeschichte: „1948 wurde nun endlich unser Betrieb volkseigen. Uns standen vor Freude die Tränen in den Augen . . . Die einheitlich handelnden Arbeiter hatten in unserem Betrieb einen ersten großen Sieg errungen. Nun begann eine harte mühevollte Arbeit. Die Produktion wurde im September 1946 mit drei Maschinen aufgenommen.“<sup>21</sup>

Also: Weil der Betrieb 1948 volkseigen wurde, begann 1946 eine harte Arbeit. Solche chronologischen Überschlänge wiederholen sich häufig. Innerhalb des genannten Kapitels erfährt man auch etwas über den Zustand des Werkes im Jahre 1954, aber gleich anschließend geht man auf das Jahr 1945 zurück, weil man ja das Kapitel seiner Betitelung entsprechend abschließen muß. Innerhalb dieses ersten Kapitels werden zahllose Ereignisse nahezu willkürlich, zumindest aber der Logik widersprechend und mit häufigen zeitlichen Sprüngen aneinandergereiht. Einer sinnvollen und richtigen Periodisierung wurde hier zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Sicher wäre es richtiger gewesen, wenn man zwar mit der Behandlung dessen begonnen hätte, was die Aktivisten der ersten Stunde geleistet haben, dabei aber nur erwähnt hätte, was zum Thema gehört. Daran hätte sich eine logisch und chronologisch richtig gegliederte Darstellung der Entstehung und Festigung des Volkseigentums bis zum Jahre 1955 anschließen müssen, vielleicht sogar als ein neues Kapitel.

Gegen die Wahl des Zeitpunktes für den Beginn des zweiten Kapitels gibt es keine Einwände. Sicher kann die Bildung des Kombinats als Beginn der Periode des Kampfes für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR innerhalb des Werkes gewertet werden. Allerdings weichen die Abhandlungen innerhalb des Kapitels wieder stark vom Thema ab. Einen Abschluß findet dieses Kapitel erst im folgenden dritten Kapitel.

Das dritte Kapitel liefert ein konkretes Beispiel für die im vorhergehenden Abschnitt erwähnte Periodisierung nach nebensächlichen Ereignissen. Zunächst wird „gründlich“ und „prinzipiell“ weit ausgeholt. Das Kombinat war 1956 entstanden, aber jetzt schreibt man erst einmal ausführlich über wichtige Ereignisse in den Jahren 1945 und 1946, weil es im ersten Kapitel vergessen worden war. Daß es sich dabei um die Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, also um ein für die in der Arbeit behandelte Thematik grundlegendes Ereignis handelt, scheint den Autoren wenig Kopfzerbrechen bereitet zu haben. Es soll an dieser Stelle schon vermerkt werden, daß es gegen Rückblicke oder Vorschauen in den Betriebsgeschichten nichts einzuwenden gibt, höchstens daß noch viel zu wenig mit dieser Methode gearbeitet wird; aber wenn es sich um grundsätzliche und alle anderen Ereignisse und Prozesse bestimmende oder entscheidend beeinflussende Faktoren handelt, dann ist eine solche Methode wohl doch ungeeignet und führt zur Unwissenschaftlichkeit und Fehlerhaftigkeit der Betriebsgeschichtsschreibung.

Warum schließlich das Kapitel mit dem 80. Jahrestag des Kampfes der Döbelner Metallarbeiter am 8. Oktober 1958 abgeschlossen wird, erfährt der Leser nie. Nur am Rande soll noch vermerkt sein, daß man über die Feier am 8. Oktober 1958 kein Wort erfährt, das hätte man aber nach der Überschrift auf jeden Fall erwartet. Mehr noch, man weiß nach dem Lesen nicht einmal, was sich vor achtzig Jahren ereignet hatte. Oder sollte sich dahinter lediglich die Werksgründung, die 1878 erfolgte, verbergen?

Der letzte Abschnitt der Betriebsgeschichte hat die Festigung der Produktionsverhältnisse in den Jahren 1958 bis 1961 zum Inhalt. Allerdings läßt der Titel bereits außer acht, daß es nicht um die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse schlechthin, sondern um deren Sieg ging.

Die erwähnte Veröffentlichung liefert also insgesamt zahlreiche Beispiele für eine unrichtige oder ungeschickte Gliederung der Betriebsgeschichte. Die kritische Betrachtung soll den Betriebsgeschichtskommissionen helfen, zu besseren Arbeitsergebnissen zu gelangen.

Ein besseres Beispiel für die Gliederung einer Arbeit zu Teilproblemen der Betriebsgeschichte liefert die Broschüre des VEB Hydrierwerk Zeitz über die Geschichte des Werkes als SAG-Betrieb in den Jahren 1946 bis 1953<sup>22</sup>. Allerdings darf bei dieser Veröffentlichung nicht übersehen werden, daß ihr eine Diplomarbeit zugrunde liegt und daß diese Spezialuntersuchung bereits auf den Ergebnissen einer Betriebsgeschichte<sup>23</sup> aufbauen konnte. Die Arbeit ist richtig

22 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, 1. Anhang zur Betriebsgeschichte „Unser Werk“, hg. zum 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus von der SED-Betriebsparteiorganisation VEB Hydrierwerk Zeitz – Kommission für Agitation und Propaganda, o. O. (1965).

23 *Unser Werk* – Betriebsgeschichte, T. 1 (1937–1962), hg. v. der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Hydrierwerk Zeitz, ausgearbeitet und zusammengestellt von der Kommission zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte, o. O. (1964).

periodisiert und systematisch gegliedert. Auch sie verzichtet nicht auf historische Rückblenden, die aber sinnvoll eingefügt sind und sich logisch aus den Darstellungen zur Thematik ergeben.<sup>24</sup>

Der spezifische Charakter solcher Darstellungen über wichtige Teilgebiete der Geschichte eines Werkes bestimmt auch weitestgehend ihre Gliederung. Systematische Gesichtspunkte spielen eine große Rolle, weil alle oder möglichst viele Probleme der Thematik untersucht werden sollen. Daher ist auch der Hauptabschnitt<sup>25</sup> der erwähnten Veröffentlichung des Hydrierwerkes Zeitz systematisch gegliedert und beschäftigt sich mit folgenden Problemen: die Bedeutung der Entstehung der SAG-Betriebe, der Zustand und der Wert des Werkes bei der Übernahme in das Eigentum der Sowjetunion, der Wiederaufbau und die Erweiterung des Werkes und die Voraussetzungen für ein ständiges Anwachsen der Produktion, darunter werden die Investitionen, die Forschung, die Entwicklungsarbeiten und das Erfindungswesen, die Neuerer-, Erfinder- und Rationalisatorienbewegung, die Einführung der Planung, die soziale und kulturelle Entwicklung sowie die Produktionsleistung des Werkes und der Verkauf der Erzeugnisse behandelt. Aber auch die chronologischen Aspekte werden in der Darstellung nicht vernachlässigt. Der Darstellung über die Geschichte des Werkes als SAG-Betrieb geht die Analyse seiner Entwicklung bis zur Übernahme in sowjetisches Eigentum voraus. Sie umfaßt die für das Verständnis der Thematik notwendigen Abhandlungen über die Stellung des Werkes in der faschistischen Kriegswirtschaft, die Geschichte des Werkes während der Besetzung durch USA-Truppen und die Initiative der sowjetischen Besatzungsbehörden beim Wiederaufbau des Werkes und bei der Steigerung seiner Produktion, bevor es SAG-Betrieb wurde.

Betriebsgeschichtliche Arbeiten dieser Art müssen in jedem Fall systematische und chronologische Gesichtspunkte für die Gliederung berücksichtigen. Chronologische Gesichtspunkte müssen um so mehr beachtet werden, je umfangreicher der Zeitabschnitt ist, für den ein bestimmtes Problem der Betriebsgeschichte untersucht wird. Dabei taucht die Frage auf, ob die Chronologie oder die Systematik das übergeordnete Prinzip sein soll. Eine allgemeine Entscheidung zu fällen ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Die Art der zu behandelnden Thematik und die Anzahl der dabei auftauchenden Probleme wird dafür ebenso bestimmend sein wie der zeitliche Umfang. Doch kann man wohl allgemein feststellen, daß sich bei dieser Art betriebsgeschichtlicher Darstellungen eine systematische Gliederung nach den einzelnen zu behandelnden Problemen empfiehlt und daß dann innerhalb dieser Abschnitte zu einzelnen Sachgebieten die Entwicklung chronologisch dargestellt wird. In der Arbeit des Zeitzer Hydrierwerkes beschränkt sich die Periodisierung, also die chrono-

24 Vgl. 20. *Jahrestag der Befreiung vom Faschismus*, a. a. O., Abschnitt 2,1: Die Entstehung und die Bedeutung des Hydrierwerkes Zeitz als Teil des Brabag-Konzerns im Rahmen der faschistischen deutschen Rüstungsindustrie, S. 26–31.

25 Vgl. ebenda, Abschnitt 3: Der SAG-Betrieb Hydrierwerk Zeitz, S. 55–85.

logische Gliederung nach grundlegenden Gesichtspunkten, zunächst auf die Vorgeschichte des zu behandelnden Ereignisses. Das Ereignis selbst wird dann als geschlossener Komplex („Der SAG-Betrieb Hydrierwerk Zeitz“) hervorgehoben. Allerdings werden auch innerhalb der systematisch gegliederten Abschnitte des Hauptteils der Arbeit die Ereignisse und Prozesse wiederum in ihrem chronologischen Ablauf erfaßt. Die Gesichtspunkte für die Periodisierung sind stark durch die spezielle Thematik bestimmt, und die Gliederung eignet sich nur für diese eine, ganz besondere Problematik. Anders verhält es sich mit Arbeiten, wie wir sie am Beispiel der Geschichte der Döbelner Beschläge- und Metallwerke kennenlernten. Die Geschichte des Volkseigentums, am Beispiel eines Werkes dargestellt, ist ein so umfassendes Thema und der Zeitraum ist so groß, daß seine Darstellung, ohne die Periodisierung der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR zu berücksichtigen, nicht mehr möglich ist, wenn die qualitativen Unterschiede zwischen den einzelnen Perioden nicht verwischt werden sollen. In diesem Falle müßte also eindeutig die Periodisierung das der systematischen Gliederung übergeordnete Prinzip sein.

In der Betriebsgeschichte des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ Zwickau<sup>26</sup>, deren Gliederung als Typ für viele andere stehen kann, ist der Zeitraum ab 1945 in dem Kapitel „14 Jahre VEB Steinkohlenwerk Karl Marx – was des Volkes Hände schufen, ward des Volkes Eigentum“ dargestellt und dann, wie im Anhang I angegeben, gegliedert. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine Betriebsgeschichte, in der unter gewisser Berücksichtigung chronologischer Gesichtspunkte der Ablauf des Betriebsgeschehens ab 1945 systematisch, die Geschichte vor 1945 jedoch chronologisch dargestellt wurde. Viele bisher erschienene Betriebsgeschichten sind in dieser Weise aufgebaut. In einigen wird dabei noch die Periode der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (1945 bis 1949) von der des sozialistischen Aufbaus (ab 1949) unterschieden.<sup>27</sup>

Als die Arbeiten entstanden, befanden sich Probleme der Periodisierung der Geschichte der DDR bestenfalls im Stadium der Diskussion, und die Autoren dieser Betriebsgeschichten leisteten selbst einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte des sozialistischen Aufbaus.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Verzicht auf jegliche Periodisierung in der Gliederung der Werksgeschichte ab 1945 die Aussagekraft des Dargestellten mindert, weil qualitative Veränderungen beim sozialistischen Aufbau des Werkes nicht genügend deutlich hervorgehoben werden konnten. Verstärkt wird dieser Mangel in der Betriebsgeschichte des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ noch durch eine zu starke Aufgliederung des Betriebsgeschehens in einzelne Abschnitte.

Erscheint für die Zeit vor der Erarbeitung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Wahl dieses Typs der Gliederung von Betriebs-

26 *Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk Karl Marx, Zwickau 1859–1959*, a. a. O.

27 Vgl. z. B. *Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk „Karl Liebknecht“ Bleicherode 1899–1962*, a. a. O.



geschichten noch verständlich, so ist es seit dessen Veröffentlichung als völlig unbefriedigend anzusehen, wenn dieser Gliederungstyp weiterhin angewandt wird, wie Einsendungen von Manuskripten an die Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig beweisen. Er ermöglicht es nicht in ausreichendem Maße, die einzelnen Perioden des sozialistischen Aufbaus qualitativ zu erfassen und die Weiterentwicklung von Periode zu Periode nachzuweisen.

In der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz<sup>28</sup> ist die für die Geschichte der DDR gültige Periodisierung berücksichtigt worden. Die Gliederung der Arbeit für die Zeit ab 1945 wird im Anhang II wiedergegeben. Viele der Überschriften sind zu lang, einige zu allgemein, und es ist auch gar nicht einzusehen, warum sich manche wiederholen. Aber das sind nicht die Hauptprobleme. Ein Verdienst dieser Betriebsgeschichte besteht darin, daß ihre Autoren erstmalig die im Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gegebene Periodisierung auf die Werksgeschichte anwenden und dabei auch zu erfreulichen Ergebnissen gelangen. Allerdings läßt sich auch nicht übersehen, daß die Darstellung der Zusammenhänge zwischen allgemeinem und betrieblichem Geschehen noch nicht immer gelungen ist.<sup>29</sup> Das strenge Festhalten am chronologischen Prinzip führte dazu, daß die Arbeit den Charakter einer nach Jahren nachträglich aufgezeichneten Chronik erhielt. Während man beim vorher genannten Typ der Gliederungen von Betriebsgeschichten die Zusammenhänge zwischen den sachlich unterschiedlichen Ereignissen innerhalb der einzelnen Perioden und die Entwicklung von Periode zu Periode vermißte, ist es hier nicht oder nur sehr schwer möglich, zum Beispiel etwas Zusammenhängendes über die Entwicklung der Produktivkräfte seit 1945 zu erfahren. An die Stelle eines Mangels tritt also ein anderer. Eine befriedigende Lösung des Problems ist noch nicht gefunden. Die Gliederung der Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena<sup>30</sup>, die am Anhang III angegeben ist, bringt die Lösung näher.

Der Periodisierung liegen in dieser Arbeit nicht – wie es zunächst den Anschein hat – einfach Zeitabschnitte von fünf Jahren, sondern echte Perioden, gebildet nach sozialökonomischen Merkmalen, zugrunde. Zu überprüfen wäre unter Berücksichtigung des nach der Veröffentlichung der Betriebsgeschichte erschienenen Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lediglich die Zeitdauer der einzelnen Perioden.

Die Gliederung basiert zunächst auf einer wissenschaftlichen Periodisierung und bedient sich dann innerhalb der verschiedenen Perioden der systematischen Gliederung. Damit werden die Vorteile des einen Prinzips mit denen des anderen verbunden. Es ist beispielsweise jetzt möglich, nacheinander die Abschnitte V, 3, b; VI, 2, d und VII, 2, d zu lesen, wenn man zusammenhängend für die ganze Zeit ab 1945 etwas über Quantität und Qualität der produzierten Erzeug-

28 *Unser Werk*, a. a. O.

29 Vgl. dazu *Czihak, Hans*, Zur Darstellung einiger betriebsgeschichtlicher Probleme der Entwicklung nach 1945, a. a. O.

30 *Carl Zeiss Jena einst und jetzt*, a. a. O.



nisse erfahren will. Mit Recht stellt deshalb Handke, der sich ausführlich mit den Vorteilen beschäftigt, die die Gliederung der Geschichte des Zeiss-Werkes bietet, fest: „Die Autoren haben sich dieser schwierigen Aufgabe mit viel Geschick angenommen. Sie sind hier nach der einzig möglichen Methode verfahren, Chronologie und Systematik zu verbinden. . .“ und fügt hinzu, daß „diese Art der Darstellung auch für andere Betriebsgeschichten als vorbildlich angesehen“<sup>31</sup> werden kann.

Leider ist dies zunächst ein Einzelbeispiel.

Eine interessante, von den bisher genannten Mustern abweichende Periodisierung enthält die Arbeit über die Kraftwerke Lübbenau.<sup>32</sup>

Entsprechend dem chronologischen Ablauf im Aufbau der Werke wurde folgende Periodisierung vorgenommen, die zugleich das Gerüst für die Gliederung abgibt:

1. Periode, das Jahr 1957 – Erschließung des Baustellengeländes und Errichtung der Baustelle
2. Periode, die Jahre 1957 bis 1960 – Errichtung des Kraftwerkes I mit Nebenanlagen
3. Periode, die Jahre 1958 bis 1963 – Errichtung des Kraftwerkes Lübbenau II. Parallele Baudurchführung zu Werk I
4. Periode, die Jahre 1959 bis 1964 – Errichtung des KW III

Etwas störend wirkt die Überschneidung der Perioden, aber das resultiert daraus, daß in den letzten drei Abschnitten unter „Periode“ nicht nur ein zeitlicher Abschnitt erfaßt, sondern zugleich der Aufbau eines Werkes verstanden wird. Innerhalb der einzelnen Perioden wird dann nach den einzelnen aufeinander folgenden Bauabschnitten gegliedert. Die Gliederung der Arbeit basiert also auf den Perioden, die sich beim Aufbau der Lübbenauer Kraftwerke ergaben. Die Periodisierung erfaßt übersichtlich und exakt das Geschehen. Daher kann sie für andere entstehende oder gerade entstandene Werke, die die Geschichte ihres Aufbaus schriftlich festhalten und veröffentlichen wollen, als vorbildlich gelten. Auf diese Art der Periodisierung wird später noch näher eingegangen.

#### EINIGE SPEZIELLE PROBLEME DER PERIODISIERUNG VON BETRIEBSGESCHICHTEN

Unter sozialistischen Bedingungen ist der Zusammenhang zwischen nationaler und betrieblicher Geschichte besonders eng, und die Periodisierung der Geschichte der DDR muß daher notwendigerweise als übergeordnetes Prinzip an-

31 *Handke, Horst*, Rezension, a. a. O., S. 177.

32 *Kehrer, Werner*, Der Aufbau des Kraftwerkes vom ersten Spatenstich bis zur Fertigstellung, in: *Aufbau der Kraftwerke Lübbenau 1957–1964*, hg. v. VEB Kraftwerk Lübbenau, o. O. (1964), S. 28–48.

erkannt und entsprechend berücksichtigt werden. Im einzelnen bedeutet das, die Betriebsgeschichte wie folgt zu periodisieren<sup>33</sup>:

- I. Die Geschichte des Werkes in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949)
- II. Die Geschichte des Werkes in der Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (1949 bis 1955)
- III. Die Geschichte des Werkes in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1956 bis 1961)
- IV. Die Geschichte des Werkes in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (ab 1961)

Die Perioden der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR lassen sich – wenn auch manchmal nicht auf den ersten Blick – auch in der Geschichte jedes einzelnen Betriebes erkennen:

Der erste Fünfjahrplan diente der Schaffung der Grundlagen für den Sozialismus unter anderem durch Produktionssteigerungen, die zum Beispiel durch den Ausbau und die Neuausrüstung bestehender Betriebe erreicht wurden. In einem Betrieb der Leichtindustrie ist jedoch – so wollen wir annehmen – für diese Zeit festzustellen, daß seine Produktionsmittel nicht erneuert wurden und seine Produktionssteigerung geringer war als die anderer Betriebe in anderen Industriezweigen. Gilt also für diesen Betrieb dieses Merkmal der Charakteristik der Periode nicht? Der Schein trügt. Die Aufgabe bestand darin, die Zweige der Schwerindustrie vordringlich zu entwickeln. Dieser Betrieb der Leichtindustrie stand keinesfalls außerhalb der allgemeinen Entwicklung. Er leistete seinen Beitrag, indem er mit der alten Ausrüstung die Produktion – wenn auch in bescheidenerem Maße – steigerte. Aber um das zu erkennen, muß man die Geschichte dieses Werkes im Zusammenhang mit der Gesamtgeschichte der DDR sehen.

Ähnliches gilt beispielsweise für ein Werk, das bis 1958 von einem privaten Unternehmer betrieben und dann zum halbstaatlichen Betrieb wurde, also zu einer Form sozialistischen Eigentums. Gelten für diesen Betrieb die ersten beiden Perioden nicht? Das zu behaupten, wäre auf keinen Fall richtig. Zwar handelt es sich bis 1958 um einen privatkapitalistischen Betrieb, aber der Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR war so stark, daß er sich auch auf die Geschichte dieses Betriebes auswirkte, zum Beispiel dadurch, daß die Möglichkeiten zur Ausbeutung der Arbeiter stark eingeschränkt waren oder daß der Betrieb innerhalb des wirtschaftlichen Aufstieges in der DDR eine Perspektive erhielt. Die Perioden der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus gingen auch an diesem Betrieb nicht spurlos vorüber, sondern prägten seine Geschichte sogar sehr stark.

<sup>33</sup> Vgl. dazu *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1963, S. 197–299 u. S. 304.

Natürlich traten bestimmte Ereignisse in den einzelnen Betrieben zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Das eine Werk wurde 1946, das andere erst fünf Jahre später volkseigen. Aber solche Unterschiede ergaben sich zu einem erheblichen Teil gerade aus der allgemeinen Entwicklung, und es gibt keinen Grund, bei betriebsgeschichtlichen Gesamtdarstellungen von der allgemeinen Periodisierung abzuweichen.

Spezielle Ereignisse jedoch, die nur in einem bestimmten Betrieb eintraten, müssen hervorgehoben werden. Das kann durch einen besonderen Abschnitt mit eigener Überschrift innerhalb des einer bestimmten Periode gewidmeten Kapitels geschehen. Eine solche Zwischenüberschrift wäre zum Beispiel angebracht, wenn ein Betrieb erst 1951 volkseigen geworden wäre.

Auf solche, von anderen Betrieben zeitlich abweichende Ereignisse und Prozesse nimmt Radandt Bezug, wenn er schreibt und mit Berechtigung empfiehlt: „In solchen Fällen müssen, ohne das Prinzip der durchgehenden Beibehaltung der nationalen Periodisierung zu verletzen, in dem betreffenden Zeitraum Unterabschnitte gebildet werden.“<sup>34</sup>

Es kann aber auch vorkommen, daß die Abweichungen der Betriebsentwicklung von der allgemeinen Entwicklung in der DDR so erheblich sind, daß entsprechend dem konkreten Geschehen im Werk eine vom allgemeinen abweichende spezielle Periodisierung ausgearbeitet werden muß. Das wird zum Beispiel dann nötig sein, wenn ein Werk neu erbaut wurde, wenn eine Rekonstruktion oder eine Betriebsumstellung erfolgte, die sich über mehrere Perioden erstreckte. Dann ist es zwar auch erforderlich, das betreffende Ereignis im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung zu untersuchen, aber die Periodisierung wird in diesem Fall hauptsächlich vom Betriebsgeschehen bestimmt, das heißt, in der Betriebsgeschichte wäre ein besonderes Kapitel der Periode des Aufbaus des Werkes, der Rekonstruktion oder der Betriebsumstellung zu widmen. Es wäre also etwa so zu verfahren, wie wir es oben am Beispiel der Geschichte des Aufbaus der Kraftwerke Lübbenau kennenlernten.

Eine gute Periodisierung ist aber bestenfalls erst das Skelett einer brauchbaren Gliederung. Die Periodisierung muß jetzt mit der Vielzahl der Probleme, die die Gesamtdarstellung einer Betriebsgeschichte umfaßt, verknüpft werden. Das ist für viele Betriebsgeschichtskommissionen das Hauptproblem. Bei aller Wissenschaftlichkeit soll die Betriebsgeschichte auch angenehm zu lesen sein.

Aus diesem Grunde empfiehlt es sich im allgemeinen nicht, die Periodisierung einer sachlichen Gliederung unterzuordnen und jedes Teilgebiet in die oben genannten vier Perioden zu untergliedern. Dieser Weg wäre nur gangbar, wenn – wie in der Geschichte des VEB Carl Zeiss Jena – alle Ereignisse zu wenigen umfassenden und großen Themenkomplexen zusammengefaßt werden sollen. Dazu werden aber die meisten Betriebe in ihren populärwissenschaftlichen Arbeiten wenig Neigung verspüren, denn schließlich wollen sie einzelne

34 Radandt, Hans, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? a. a. O., S. 45.

Leistungen, zum Beispiel die Schaffung eines neuen Kulturhauses, auch besonders hervorheben. Die für wissenschaftliche Arbeiten geeignete Gliederung der Betriebsgeschichte der Zeiss-Werke ist für diesen Zweck nicht geeignet.

Einen interessanten Versuch, das Problem zu lösen, enthält die Betriebsgeschichte des Kaliwerkes „Karl Liebknecht“ Bleicherode<sup>35</sup>, allerdings für eine weiter zurückliegende Periode. Die Geschichte des Werkes in der Zeit der Weimarer Republik ist wie folgt gegliedert:

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen in Deutschland

Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD

Der Kampf der Bleicheröder Bergarbeiter in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise

Der Bergarbeiterstreik und der Kampf um die Sozialisierung

Die Weimarer Republik, ein Staat der Monopole

Der Sieg über den Kapp-Putsch

Lage und Kampf der Arbeiter und die Auswirkungen der Inflation

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus

Die Entwicklung des Betriebes

Die Chlorkaliumfabrik

Die Wasserversorgung

Das Mahlwerk

Die Wärme- und Energieversorgung

Die Werksbahn

Die kapitalistische Rationalisierung im Betrieb

Die Lage und der Kampf der Arbeiter in den Jahren 1924 bis 1929

Die Wirtschaftskrise und der Kampf um die antifaschistische Aktion

Die den ersten zwei Perioden gewidmeten Abschnitte beschränken sich vorwiegend auf Probleme der Arbeiterbewegung. Die Geschichte der Produktivkräfte befindet sich erst im dritten Abschnitt. Mit Hilfe von Rückblenden wird deren Entwicklung zusammenhängend für die ganze Zeit der Weimarer Republik behandelt. Dadurch wird der Zusammenhang gewahrt. Diese Methode bietet sich auch für die Behandlung der Zeit ab 1945 an. Es wäre zum Beispiel unzumutbar und unsinnig, wollte man viermal über die Unterstützung der Landwirtschaft durch den Betrieb schreiben. Diese Problematik würde am besten wahrscheinlich innerhalb der dritten Periode (Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse [1956 bis 1961] behandelt, dann aber mit Rückblenden auf die Entwicklung ab 1945 und einer Vorschau auf die Fortschritte bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Betriebsgeschichte. So wäre die Darstellung interessant geschrieben, aber auch richtig periodisiert worden.

<sup>35</sup> *Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk „Karl Liebknecht“ Bleicherode 1899–1962*, a. a. O., S. 269/270.

Ähnlich könnte mit anderen Teilproblemen der Betriebsgeschichte verfahren werden, zum Beispiel mit Arbeitsschutz und Sicherheitswesen, Geschichte der Massenorganisationen, außer Gewerkschaften, Frauenförderung, Lehrlingsausbildung, Kulturarbeit, Sozialeinrichtungen, Betreuung der Kinder, Kampfgruppe und anderen. Die Chronologie entsprechend der Periodisierung würde dann durch Vor- und Rückblenden zu sichern sein. Einige der genannten Probleme könnten auch gänzlich aus der Darstellung innerhalb der Perioden herausgelöst und in Sonderkapiteln dargestellt werden, allerdings wären dann wahrscheinlich Verweisungen nötig. Ein solches Verfahren könnte man sich zum Beispiel für die Behandlung der Kulturarbeit ohne weiteres vorstellen.

Auf alle Fälle aber soll die Vierteilung der Darstellung entsprechend der Periodisierung für die Hauptprobleme der Betriebsgeschichte, also für die Entwicklung des Werkes, seiner Produktivkräfte und seiner Produktion, für die Gestaltung und Veränderung der Produktionsverhältnisse, die führende Tätigkeit der Partei, die Rolle der Gewerkschaften und die Initiative der Werktätigen, beibehalten werden. Aber auch hierbei können viele Vor- und Rückblenden Wiederholungen vermeiden helfen und die Zusammenhänge innerhalb der Gesamtentwicklung deutlicher sichtbar werden lassen.

#### EIN MODELL FÜR DIE PERIODISIERUNG

Sicher ist es schwierig, die bisherigen Erkenntnisse über die Periodisierung und Gliederung von Betriebsgeschichten in einem Modell zusammenzufassen. Dabei wird vom konkreten Geschehen in einem bestimmten Betrieb abstrahiert und diese Gruppe von Faktoren, die das Aussehen einer Gliederung bestimmen, nur in allgemeiner Form berücksichtigt. Dennoch wird hier der Versuch unternommen, den Betriebsgeschichtskommissionen Anregungen — nicht mehr — für ihre Arbeit zu geben.

Der Versuch, ein Modell zu konstruieren, wird immer relativ unbefriedigend sein müssen, weil nicht alle Gesichtspunkte, die bei der Gliederung und Periodisierung Berücksichtigung finden müßten, auch tatsächlich erfaßt werden können.

Eine Anzahl wichtiger Ereignisse, Prozesse und Themenkomplexe, die in dem Kapitel zur jeweiligen Periode vollständig oder auswahlweise zu behandeln wären, werden als Problemkreise aufgeführt. Ob das in einem oder mehreren Abschnitten geschieht, muß dem einzelnen Betrieb überlassen bleiben und wird entsprechend dem speziellen Ablauf der einzelnen Betriebsgeschichten zu entscheiden sein. Auf alle Fälle soll die Aufzählung der Themenkreise im Modell nicht zugleich als deren Trennung in einzelne Abschnitte der Betriebsgeschichte verstanden werden. Es empfiehlt sich zum Beispiel nicht, das Wirken von Partei und Gewerkschaft getrennt von der ökonomischen und produktionstechnischen Entwicklung zu behandeln. Vielmehr ist es richtig, wenn beide Problem-

kreise im Zusammenhang untersucht und dargestellt werden, weil auch im Betriebsgeschehen selbst beides nicht voneinander zu trennen ist.<sup>36</sup> Zu beachten wäre noch, daß sich die gewählten Titel nicht als Titel für die Geschichte eines bestimmten Betriebes eignen, dazu sind sie zu allgemein.

#### MODELL FÜR DIE PERIODISIERUNG UND GLIEDERUNG EINER BETRIEBSGESCHICHTE FÜR DIE ZEIT AB 1945

Die Geschichte des Betriebes in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (1945 bis 1949)

Problemkreise:

Die Befreiung vom Faschismus und die Situation im Jahre 1945. Die Hilfe durch die Sowjetunion

Das Programm der KPD für den Wiederaufbau und die gesellschaftliche Umgestaltung Deutschlands

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Entstehung der SED und deren Wirken

Die Rolle der Gewerkschaften

Das Wiedereingangssetzen und die Entwicklung der Produktion bis zum Ende der Periode

Die Aktivisten der ersten Stunde

Das Niveau der Produktivkräfte und ihre Entwicklung bis 1949

Die Entstehung neuer Produktionsverhältnisse (Entstehung des Volkseigentums, Mitbestimmung der Arbeiter usw.)

Die Lage der Werktätigen (grundsätzliche Veränderungen, Schwierigkeiten dieser Jahre, neue Tarifverträge, Lohnerhöhungen usw.)

Probleme des Klassenkampfes (Ausrottung des Faschismus und des Militarismus, Zerschlagung der Monopole, Herausbildung eines neuen Bewußtseins, Orientierung auf den Neuaufbau, Entstehung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung)

Die Geschichte des Betriebes in der Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (1949 bis 1955)

Die Gründung der DDR und die neue Aufgabenstellung für die gesellschaftliche Entwicklung (der III. Parteitag und die 2. Parteikonferenz der SED). Die politischen, ökonomischen und ideologischen Auswirkungen auf den Betrieb. Die Stellung des Betriebes in der Volkswirtschaft

Die Bedeutung des sozialistischen Aufbaus für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland

<sup>36</sup> Vgl. dazu auch *Radandt, Irmgard*, Wie muß sich in einer Betriebsgeschichte die führende Rolle der Partei widerspiegeln? Dargestellt am Beispiel der „Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin, Warschauer Straße, am 1. Oktober 1957“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963*, T. 1, Berlin 1963, S. 165–183.



Die Entwicklung der Führungstätigkeit der SED in dieser Periode und deren Auswirkungen auf die ökonomische und ideologische Entwicklung im Betrieb  
 Die Rolle der Gewerkschaften (stärkere Beschäftigung mit der Produktion usw.)  
 Die Entwicklung der Produktivkräfte (Rekonstruktion, neue Produktionsverfahren, neue Arbeitsorganisation, Standardisierung, Neuerer und Rationalisatoren usw.)

Der Beginn der Planung – mit Rückblende auf die Zeit 1945 bis 1949 – (der Zweijahrplan und der Fünfjahrplan, ihre Aufgabenstellung und Erfüllung, die Entwicklung der Produktion von 1949 bis 1955)

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse (Festigung des Volkseigentums, Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Direktorenfonds usw.)

Die Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen

Die Weiterentwicklung von Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (kollektive Aktivistenarbeit, kameradschaftliche Hilfe, sozialistischer Wettbewerb usw.)

Der Kampf gegen den Widerstand des Klassenfeindes (17. Juni 1953 usw.)

Die Entwicklung der Lage der Werktätigen (Lohnformen, Lohnentwicklung, Prämien usw.)

Die Geschichte der Sozialeinrichtungen (Sozialversicherung, Feriendienst, Kultur- und Sportstätten, Krankenbetreuung und Vorbeugungsmaßnahmen usw.) mit Vor- und Rückblenden für die ganze Zeit von 1945 bis zur Gegenwart

Die Entwicklung des Arbeitsschutzes – mit Vor- und Rückblenden für die ganze Zeit von 1945 bis zur Gegenwart

Gründung und Entwicklung der Betriebsberufsschulen – mit Rückblenden auf die Berufsausbildung ab 1945 und Vorblenden auf die Entwicklung bis zur Gegenwart

Die Arbeit der Jugendlichen unter Leitung der FDJ und die Förderung der Jugend (Gesetz zur Förderung der Jugend und dessen Verwirklichung, Jugendförderungspläne des Betriebes) – mit Rück- und Vorblenden für die ganze Zeit von 1945 bis zur Gegenwart

Die Geschichte des Betriebes in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1956 bis 1961)

Problemkreise:

Die Stellung des Betriebes in der Volkswirtschaft

Die Aufgaben des Betriebes in dieser Periode und deren Verwirklichung unter Führung der SED, die Tätigkeit der Gewerkschaften. Die Hilfe der Sowjetunion.

Die Lösung der ökonomischen Aufgaben – ein wichtiger Beitrag für die Verwirklichung der nationalen Politik der DDR

Die Wirtschaftspläne und ihre Erfüllung, die Entwicklung der Produktion von 1956 bis 1961

Die Entwicklung der Produktivkräfte (Einführung neuer Produktionsinstrumente, Mechanisierung und Automatisierung usw.). Die sozialistische Arbeitsteilung und Kooperation

Herausbildung neuer wissenschaftlicher Leitungsmethoden (Bildung der Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Kombinatbildung, Betriebszusammenschlüsse, Methoden der Wirtschaftsführung usw.)

Die Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (Festigung des Volkseigentums, Abschluß der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft und deren Unterstützung durch

den Betrieb – mit Vor- und Rückblende auf die ganze Zeit von 1945 bis zur Gegenwart –, sozialistisches Bewußtsein, Gemeinschaftsarbeit, sozialistische Arbeitsgemeinschaften usw.)

Entwicklung der Lage der Werktätigen (Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen usw.)

Die Sicherung der Erfolge im Jahre 1961 (13. August 1961)

Die Entstehung und Entwicklung der Betriebskampfgruppe – mit Vor- und Rückblenden auf ihre Entwicklung von 1953 bis zur Gegenwart

Die Entstehung der Betriebsakademie und die Erwachsenenqualifizierung – mit Vor- und Rückblenden auf die ganze Zeit von 1945 bis zur Gegenwart

Die Geschichte des Betriebes in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (ab 1961)

Die neuen Aufgaben und der Beginn ihrer Verwirklichung unter Führung der SED (Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, Perspektivplanung, Siebenjahrplan, Entwicklung neuer Leitungsmethoden usw.) – die Tätigkeit der Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit mit den Werktätigen anderer sozialistischer Staaten. Die Bedeutung der Betriebsentwicklung in dieser Periode für die nationale Politik der DDR

Die Entwicklung der Produktion seit 1961, darunter das Verhältnis der Erzeugnisse des Betriebes zum Welthöchststand – mit Rückblenden auf die Entwicklung dieses Verhältnisses in den vergangenen Perioden

Die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der technischen Revolution

Die Festigung der Produktionsverhältnisse und die Anwendung neuer Leitungsmethoden im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (Anwendung ökonomischer Hebel mit Rückblende auf die vergangenen Perioden und die Entwicklung bis zum Stand in der gegenwärtigen Periode)

Die Entwicklung der Lage der Werktätigen im neuen ökonomischen System

Die Geschichte des Wohnungsbaus (Werkwohnungen, AWG) – mit Rückblenden auf die Zeit ab 1945

Die Rolle der Frauen im Betrieb (Frauenkommuniqué, Arbeit, Qualifizierung, Förderung und Unterstützung der Frauen) – mit Rückblenden auf die Entwicklung ab 1945

An die Behandlung der vier Perioden können sich anschließen: Ein Überblick über die Entwicklung der Kulturarbeit im Betrieb

Die Entstehung und Entwicklung von Betriebsfunk und Betriebszeitung

Die Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Die Geschichte der Gesellschaft für Sport und Technik

Die Geschichte der Betriebssportgemeinschaft

WIE ERARBEITET SICH DIE BETRIEBSGESCHICHTSKOMMISSION  
EINE RICHTIGE PERIODISIERUNG UND GLIEDERUNG?

Noch bevor die Materialsammlung beginnt, muß sich die Kommission eine „Arbeitsgliederung“, die die allgemeine Periodisierung bereits berücksichtigt, schaffen. Dazu ist es nötig, daß die Mitglieder der Kommission einen allge-

meinen Überblick über die Geschichte des Werkes haben und die Periodisierung der Geschichte der DDR kennen.<sup>37</sup>

Mindestens eine Kommissionssitzung sollte letzterem Problem vorbehalten sein. In Vortrag und Diskussion machen sich die Kommissionsmitglieder mit der Grundproblematik vertraut und beginnen erst dann mit der Ausarbeitung der Arbeitsgliederung. Die Arbeitsgliederung muß dann jedem Mitarbeiter an der Betriebsgeschichte ständig zugänglich sein; sie wird also zweckmäßigerweise jedem ausgehändigt.

Je nachdem, wie umfangreich die Betriebsgeschichte geplant ist, wird dann ein mehr oder weniger großes Kollektiv gemeinsam das Material für die ganze Zeit ab 1945 oder in Gruppen unterteilt für die einzelnen Perioden sammeln. Allerdings darf bei der letztgenannten Methode kein Ressortgeist entstehen, der dazu führt, daß die Zusammenhänge zwischen den Perioden verloren gehen, denn die Periodisierung kann erst anhand des konkreten Materials endgültig vorgenommen werden und so aus der Arbeitsgliederung die Gliederung der Veröffentlichung entstehen. Das wird allmählich über mehrere Stufen vor sich gehen, wobei auf jeder Stufe die ursprünglich allgemeine Gliederung immer mehr den konkreten Ablauf des Betriebsgeschehens berücksichtigt und damit schrittweise in eine Gliederung der tatsächlichen betrieblichen Geschichte hineinwächst. Dazu aber ist erforderlich, daß sich die Betriebsgeschichtskommission mehrmals mit dem Betriebsgeschehen unter Berücksichtigung der Periodisierung und Gliederung beschäftigt und sich die Ergebnisse der Diskussion in jeweils verbesserten Gliederungen niederschlagen.

Der Nutzen der beschriebenen Arbeitsweise wird auch darin bestehen, daß bei der Materialsammlung und beim Schreiben der Betriebsgeschichte kein Problem „vergessen“ werden kann. „Ständig wird die Periodisierung daran erinnern“, schreibt Radandt, „daß für bestimmte Perioden noch nichts oder nur ungenügendes über die betrieblichen Ereignisse bekannt ist, und dadurch anspornen, für diese Zeiten noch eingehender nach Quellen zu suchen“<sup>38</sup>. Das gleiche gilt für bestimmte Ereignisse, Prozesse oder Problemkreise.

37 Neben dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sind dazu vor allem folgende Veröffentlichungen zu beachten: *Ulbricht, Walter*, Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED, 10. bis 12. April 1963, Berlin 1963, vor allem S. 48–52; *Doernberg, Stefan*, Kurze Geschichte der DDR, a. a. O.; *Lucas, Werner/Witzel, Harry*, Die Bergarbeiter im Kampf für die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Die Leistungen der Bergarbeiter unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1965. – Letztere Veröffentlichung ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Periodisierung auch für alle Betriebe, die nicht zum Bergbau gehören, interessant.

38 *Radandt, Hans*, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte? a. a. O., S. 45/46.

Um zu einer Periodisierung der Betriebsgeschichte zu gelangen, die sowohl die allgemeinen Perioden als auch den Ablauf des konkreten Betriebsgeschehens berücksichtigt, sollte sich die Betriebsgeschichtskommission entsprechender Hilfsmittel bedienen. Zu empfehlen wäre vor allem eine tabellarische Übersicht, in der in einer Spalte die allgemeinen Ereignisse, in einer zweiten Spalte die wichtigsten Ereignisse im Betrieb hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, des Klassenkampfes usw. mit Zeitangabe erfaßt werden.<sup>39</sup> Sind die allgemeinen Geschehnisse periodisch gegliedert, dann zeigt deren Gegenüberstellung mit dem Betriebsablauf, inwieweit die Betriebsentwicklung mit der allgemeinen Periodisierung übereinstimmt und inwiefern bzw. hinsichtlich welcher Teilprobleme Abweichungen auftreten, die in der Gliederung der Betriebsgeschichte berücksichtigt werden müssen.

<sup>39</sup> Vgl. dazu auch *Seidl, Helmut*, a. a. O., S. 461/462.

## ANHANG I

*Gliederung der Geschichte ab 1945 in der Betriebsgeschichte „Von den Brückengrubenschächten zum VEB Steinkohlenwerk Karl Marx, Zwickau 1859–1959“*

14 Jahre VEB Steinkohlenwerk Karl Marx – Was des Volkes Hände schufen,  
ward des Volkes Eigentum

Kriegsende

Das neue Leben muß anders werden

Die Partei, die führende Kraft

VEB Steinkohlenwerk Karl Marx

Improvisation

Umfangreiche Ausrichtungsarbeiten – Verbesserung des Grubenklimas

Umbau der Hauptschächte

Mechanisierung der Gewinnungsarbeiten

Die Förderung

Neue Maschinen für die Ausrichtung

Ausrichtung – Vorrichtung – Ausbau

Verbesserung der Preßluftwirtschaft

Förderung mit E-Loks

Bau der Skipanlage

Grubenausbau

Erweiterung der Wasserhaltung

Elektrizität in der Grube

Moderne Schachtsignalanlagen – erhöhte Sicherheit

Ausbau des Fernmeldewesens

Die Tageanlagen stehen nicht nach. Neubauten im allgemeinen Tagebetrieb

Kapazitätserweiterung der Energieversorgung

Produktionssteigerung der Kokerei

Massenbedarfsgüter

Die Werkbahn

Mitarbeit der Kumpel bei der Entwicklung des Betriebes. Aktivisten – Wettbewerbe – Neuerer

Die Arbeit der Rationalisatoren und Erfinder

Unser neues Speisehaus

Sicherheit für Arbeiter und Betrieb

Arbeitsschutz

Unsere Grubenwehr und Gasschutzwehr

Brandschutz

Entlohnung

Lohnentwicklung

Die Renten

Zusätzliche Belohnung

Direktorfonds

Betriebsprämienfonds, Kultur- und Sozialfonds  
 Leistungen der Sozialversicherung  
 Urlaub – Feriendienst  
 Soziale und kulturelle Betreuung – Betriebsärztliche Fürsorge  
 Bergbaupoliklinik  
 Nachtsanatorium  
 Kurverschickung  
 Neubauwohnungen für Bergarbeiter  
 Kulturarbeit  
 Betreuung der Kinder unserer Arbeiter  
 Patenschaften  
 Betriebszeitung und Betriebsfunk  
 Die Waffen befinden sich in den Händen der Arbeiter  
 Mitbestimmung der Arbeiter  
 Freie Deutsche Jugend  
 Gesellschaft für Sport und Technik  
 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft  
 Frauen stehen gleichberechtigt neben Männern  
 Betriebssportgemeinschaft  
 Ausbildung  
 Berufsausbildung  
 Technische Betriebsschule  
 Polytechnischer Unterricht  
 Besuch von Fach- und Hochschulen

## ANHANG II

### *Gliederung der Geschichte ab 1945 in der Betriebsgeschichte „Unser Werk“ des VEB Hydrierwerk Zeitz*

#### II. Der Kampf der Hydrierwerker um die Beseitigung der Kriegsfolgen, für den Wiederaufbau des Werkes und für die antifaschistisch-demokratische Ordnung

Die KPD weist den Weg zu neuem Beginnen. Der Wiederaufbau des Hydrierwerkes. Die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Der Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Rolle der amerikanischen Besatzungsmacht.

Die klassenbewußten Arbeiter des Hydrierwerkes beginnen mit der Verwirklichung des Programms der KPD vom 11. Juni 1945.

Der Kampf um die Lösung der Tagesaufgaben schmiedet die Aktionseinheit und führt zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED.

Die Anstrengungen der Hydrierwerker, um in kürzester Frist die von der „Brabag“ erreichte Bruttoproduktion zu erzielen und zu überbieten.



Die Werktätigen schaffen das wahre Wirtschaftswunder in Deutschland. Der Wiederaufbau des Werkes aus eigener Kraft.  
Die Hilfe der sowjetischen Genossen.  
Die Aktivistenbewegung überwindet alle Schwierigkeiten.  
Die Gründung der DDR – ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes.

III. Der politische und ökonomische Kampf der Hydrierwerker um die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus

Im Kampf um die Erfüllung der Aufgaben des Zweijahrplanes wächst das Bewußtsein der Werktätigen. Der III. Parteitag der SED wird mit guten Taten vorbereitet. Die Initiative der Parteiorganisation beim weiteren Aufbau des Werkes. Die Gewerkschaftsorganisation stellt die Probleme der Produktion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Der III. Parteitag der SED wird mit guten Taten vorbereitet.

Die gute Erfüllung des Zweijahrplanes ermöglichte die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen.

Die Jugend entwickelt immer mehr Initiative.

Der erste Fünfjahrplan – der große Plan des Kampfes für die Herstellung der Einheit Deutschlands und die weitere Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht durch den Aufbau der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.

Der III. Parteitag wird ausgewertet.

Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus wird zur historischen Notwendigkeit.

Die Feinde des Sozialismus haben bei den Hydrierwerkern keine Chancen.

Die Sowjetunion beweist erneut, daß sie der beste Freund des deutschen Volkes ist.

„Alle Kraft für die Erfüllung unserer Pläne“ – unter dieser Losung wird der IV. Parteitag der SED ausgewertet.

Das Jahr 1955 stand im Zeichen des Kampfes um die vorfristige Erfüllung des Fünfjahrplanes.

Die ökonomischen Erfolge im 1. Fünfjahrplan machen Verbesserungen auf sozialem Gebiet möglich.

Die schöpferische Anwendung der neuen Erkenntnisse des XX. Parteitages der KPdSU. Der 2. Fünfjahrplan – Weg zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR.

Die III. Parteikonferenz der SED zog aus dem XX. Parteitag der KPdSU die Lehren für den Kampf in Deutschland.

IV. Der Kampf der Hydrierwerker für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und für die nationale Wiedergeburt Deutschlands

Der V. Parteitag der SED wurde gut vorbereitet.

Das Chemieprogramm setzt neue Maßstäbe für die weitere Entwicklung der Produktion.

Mechanisierung, Zentralisierung und Automatisierung rücken in den Vordergrund.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit – Ausdruck des Neuen in der Entwicklung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaften festigen das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Der 10. Jahrestag der Gründung der DDR – Bilanz stolzer Erfolge.

Die Bauern des RTS-Bereiches Staschwitz beschreiten den Weg zum sozialistischen Dorf.

Die Heranbildung des Menschen der sozialistischen Gemeinschaft – Grundlage für weitere Erfolge.

Das enge Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz – ein festes Prinzip der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Zum ersten Male „Tag des Chemiarbeiters“ in der Geschichte Deutschlands.

Die Volkskammer wählt den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik.

Hervorragende Leistungen und Arbeitstaten helfen den Plan 1961 erfüllen.

Spare mit jedem Gramm, jedem Pfennig, jeder Minute.

Das Vertrauen zur Partei wird immer größer.

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles wird von den Hydrierwerkern richtig verstanden.

V. Einem Jahr neuer Erfolge entgegen! Auf dem 17. Plenum verkündet Genosse Walter Ulbricht den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR

Einem Jahr neuer Erfolge entgegen.

Waffen in Arbeiterhänden – Unsere Kampfgruppen.

Das Nationale Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ – wertvolle Hilfe für die ideologische, politische, ökonomische und kulturelle Arbeit.

Die Auswertung der 17. Tagung des ZK der SED und die Vorbereitung des VI. Parteitages in unserem Werk.

Die Perspektive.

### ANHANG III

*Gliederung der Geschichte ab 1945 in der Betriebsgeschichte „Carl Zeiss Jena einst und jetzt“*

V. Die Geburt des Volkseigenen Betriebes Carl Zeiss Jena und die Neuformierung der Konzernkräfte in Westdeutschland (1945 bis 1950)

1. Die Amerikaner in Jena
2. Der Einmarsch der Sowjetarmee – Beginn des demokratischen Lebens
3. Die geeinte Arbeiterklasse – führende Kraft der revolutionären Umwälzung

- a) Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Unterpfand des Sieges
  - b) Produktion für den Frieden
  - c) In den Händen des Volkes
4. Die Neuformierung der Konzernkräfte im Westen und der Kampf der Zeiss-Arbeiter um Einheit und gerechten Frieden
  5. Der planmäßige Aufbau der Friedenswirtschaft. „Mehr produzieren – besser leben“ – das mutige Beispiel der Aktivisten

VI. Der Anteil des VEB Carl Zeiss Jena am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Restaurierung des Konzerns in Westdeutschland (1951 bis 1955)

1. Höhere Aufgaben im ersten Fünfjahrplan
2. Partei und Gewerkschaft – Organisatoren der Masseninitiative
  - a) Den Anfangsschwierigkeiten zu Leibe
  - b) Der erste Betriebskollektivvertrag im VEB Carl Zeiss
  - c) Steigende Arbeitsproduktivität – sinkende Selbstkosten
  - d) Auf dem Wege zu neuer Weltgeltung
  - e) Arbeiterklasse und Intelligenz
  - f) Sozialistischer Betrieb und Universität
3. Gescheiterte Anschläge auf die friedliche Arbeit
  - a) Rechtsprechung für den Profit
  - b) Die Arme der Konterrevolution sind zu kurz
  - c) Dialektik unserer Tage
4. Die Restaurierung des Konzerns in Westdeutschland
5. Bilanz des wachsenden Wohlstandes

VII. Frieden, Wohlstand und Sozialismus. Der VEB Carl Zeiss im zweiten Fünfjahrplan und in den ersten Jahren des Siebenjahrplanes (1956 bis 1960)

1. Ökonomie, Wissenschaft und Technik bis zum V. Parteitag der SED
  - a) Auf dem Wege zum sozialistischen Arbeitsstil
  - b) Wissenschaftlich-technischer Fortschritt in Forschung, Entwicklung und Produktion
  - c) Gestiegene Produktivität – hohe Rentabilität
  - d) Mit neuen Erfolgen zum V. Parteitag
2. Der VEB Carl Zeiss in der Periode des Sieges des Sozialismus
  - a) Die Auswertung des V. Parteitages: Der VEB Carl Zeiss in Aktion
  - b) Die Kraft der Gemeinschaft
  - c) Durch sozialistische Rekonstruktion zu höchster Arbeitsproduktivität
  - d) Erzeugnisse von Weltruf
  - e) Völkerverbindender Handel
  - f) Früchte sozialistischer Arbeit

# Quellen

## zur Geschichte der Betriebe im Stadtarchiv Leipzig

VON GERTRAUDE GEBAUER

Bisher wurden die Bestände des Stadtarchivs Leipzig von den Betriebshistorikern noch sehr wenig ausgewertet. Zwar enthält es keine Akten, die durch die Arbeiterbewegung selbst entstanden sind, und nur wenige ungedruckte Dokumente der Arbeiterbewegung (zum Beispiel Eingaben der Gewerkschaften oder der Arbeiterparteien an den Rat der Stadt), aber die wichtige und interessante Korrespondenz zwischen den Betriebsleitungen und dem Rat der Stadt (z. B. bis 1927 mit dem Gewerbegericht) sowie die Akten des städtischen Polizeiamtes (bis 1921)<sup>1</sup>, das eines der wichtigsten Instrumente des Rates zur Unterdrückung der Arbeiterklasse war, harren der kritischen Sichtung und Auswertung durch die Betriebshistoriker.

Bevor näher auf die archivalischen Quellen zur Betriebsgeschichte eingegangen wird, soll noch auf die Bedeutung einer anderen Quellengruppe aufmerksam gemacht werden, die für alle Forschungsarbeiten zur Geschichte der neueren und neuesten Zeit wichtig ist, nämlich die in den Stadtarchiven vorhandenen Periodica, insbesondere die Zeitungen.

Das Stadtarchiv Leipzig verfügt über einen umfangreichen Bestand an Zeitungen, der, vom Rat der Stadt gesammelt, 1730 einsetzt und die wichtigsten in/Leipzig erschienenen und bis zur Gegenwart erscheinenden Presseorgane enthält.<sup>2</sup> Zu diesem Bestand gehört vor allem die Arbeiterpresse, darunter die älteren Jahrgänge der „*Leipziger Volkszeitung*“ (SPD, zeitweise USPD, 1902 bis 1933) und die „*Freie Presse*“ (SPD, 1917 bis 1922). In diesen Zeitungen, besonders aber in der „*Sächsischen Arbeiterzeitung*“, (KPD, 1924 bis 1933), erschienen zahlreiche Artikel über die Lage der Arbeiter in den Betrieben, über ihre Ausbeutung, ihre Rechtlosigkeit und ihren Kampf. So behandelten zum Beispiel 1928 drei Beiträge unter den Titeln „Vertrauensarzt als Unternehmerbüttel“, „Leipziger Baumwollspinnerei“ und „16% Dividende in der Baumwollspinnerei“<sup>3</sup> die Zustände in der Leipziger Baumwollspinnerei. Die „*Sächsische*

1 Der Bestand des Polizeiamtes ist 1921 im Bestand des Polizeipräsidioms aufgegangen.

2 Seit 1960 auch fast alle Leipziger Betriebszeitungen.

3 *Sächsische Arbeiterzeitung* v. 4. 1. 1928, 11. 1. 1928 u. 22. 2. 1928.

Arbeiterzeitung“ berichtete laufend über die Lohnbewegung in der Leipziger Industrie sowie über Streiks und Aussperrungen, über die auch die „Leipziger Volkszeitung“ informierte, die dadurch ebenfalls eine wichtige und notwendige Ergänzung zur Streikstatistik des Statistischen Reichsamtes darstellt.

Ferner befinden sich im Stadtarchiv Leipzig fast alle Nummern der „Sachsenpost“ (KPD, 1933), eine große Anzahl seltener und einzelner Exemplare von Betriebszeitungen aus Leipzig (aber auch aus Berlin, zum Beispiel von Siemens, und aus anderen Orten)<sup>4</sup>, Flugblätter und Wahlzettel der KPD und SPD.<sup>5</sup>

Neben diesen Publikationen stellt bei entsprechend kritischer Auswertung auch das Organ der Leipziger Großbourgeoisie, die 1892 aus den „Leipziger Nachrichten“ hervorgegangene Zeitung „Leipziger Neueste Nachrichten“ – besonders deren wirtschaftliche Aufsätze – eine wichtige Quelle dar.

Ein wichtiges Hilfsmittel bei der Benutzung der Zeitungen sind die *Quellennachweise zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Leipziger Presse 1919 bis 1945*. Das 2000 Seiten umfassende Verzeichnis ist in drei Teile gegliedert:

1. Die Arbeiterpresse 1918 bis 1933,
2. Die bürgerliche Presse über die Arbeiterbewegung und
3. Die Widerspiegelung des antifaschistischen Widerstandskampfes in der faschistischen Presse 1933 bis 1945.

Dabei wurden folgende Zeitungen ausgewertet: „Leipziger Volkszeitung“, „Sächsische Arbeiterzeitung“, „Sachsenpost“, „Leipziger Neueste Nachrichten“, „Leipziger Tageblatt“ und „Neue Leipziger Zeitung“.

Neben den Quellennachweisen sei noch auf ein von R. Jacob und G. Höhnel bearbeitetes Verzeichnis, „*Der Zeitungsbestand des Stadtarchivs Leipzig, 1730 bis 1963*“, verwiesen, dem mehrere Beilagen zugefügt wurden, zum Beispiel ein Verzeichnis der bis 1945 in Leipzig erschienenen Zeitungen, das den Benutzer auch auf solche Zeitungen aufmerksam macht, die nicht im Stadtarchiv vorhanden sind.

Die wichtigste Gruppe der Akten des Archivs für die Betriebsgeschichtsschreibung ist der Bestand des 1877 gebildeten Gewerbeschiedsgerichts der Stadt Leipzig, das 1891 in Gewerbegericht umbenannt wurde und bis zur Errichtung des Arbeitsgerichts im Jahre 1927 bestand. Offiziell eine „unparteiische“ Schlichtungsinstitution, war es tatsächlich ein Instrument der Bourgeoisie, das deren Interessen bei arbeitsrechtlichen Streitfällen durchzusetzen hatte. Es wurde zum Beispiel als Einigungsamt bei Streiks und Lohnkämpfen angerufen. Besonders materialreich sind die seit 1899 vom Statistischen Reichsamt angeforderten Nachweise über Streiks, die es dem Stadtarchiv ermöglich-

4 Stadtarchiv Leipzig, Nachlaß Walter Schöne, C 2 Nr 8, 9, 10 u. 16; vgl. dazu das Verzeichnis der Betriebszeitungen in der bibliographischen Arbeit von *Wiegel, Karl*, Bibliographie zur Betriebsgeschichte des Bezirks Leipzig, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 284 ff., in dem die im Stadtarchiv Leipzig vorhandenen Betriebszeitungen im einzelnen aufgeführt sind.

5 Stadtarchiv Leipzig, Nachlaß Walter Schöne, Zeitungswissenschaftliche Sammlung.

ten, eine Streikstatistik für die Jahre 1899 bis 1922 aufzustellen, die rund 1000 Streiks erfaßt. Die in den Nachweisen enthaltenen Angaben bieten wichtige Hinweise über den politischen Reifegrad der Arbeiterklasse, über die Haltung der Gewerkschaften, aber auch über die Stärke oder Schwäche der jeweiligen Unternehmer gegenüber der Streikbewegung. So schrieb zum Beispiel der Unternehmer Mansfeld 1906 an das Gewerbegericht Leipzig: „Der Ausstand wurde von langer Hand vorbereitet. Es sind bei uns eine kleine Anzahl von Vertrauensleuten des bekannten sozialdemokratischen Verbandes der Metallarbeiter. Wir haben schon versucht, solche Leute los zu werden und die Entlassung eines solchen ‚Mannes‘ gab zu dem bereits vorerwähnten kurzen Streik im vorigen Jahre Veranlassung, welchen wir nur dadurch in aller Eile beilegen konnten, indem wir den betreffenden Mann schleunigst bei uns wieder annahmen, weil wir sonst im vorigen Jahre bereits mit einem mehrwöchigen Ausstand zu rechnen gehabt hätten. – Die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiter ist so stark, daß dadurch der Arbeitgeber gezwungen wird, Leute im Betrieb beizubehalten, von denen er noch nicht weiß, daß sie Hetzer und Aufwiegler sind.“<sup>6</sup>

Die Nachweise enthalten vor allem Angaben über die Dauer der Streiks, die Zahl der Streikenden, die Namen der bestreikten Betriebe, die Forderungen der Arbeiter und die Ergebnisse, die der Kampf der Arbeiter brachte. Sie enthalten aber auch Angaben über Aussperrungen, mit deren Hilfe die Unternehmer versuchten, Druck auf die Arbeiter auszuüben, um sie an der Beteiligung an politischen Aktionen zu hindern. So wurden 1899 zum Beispiel 1000 Former in Leipzig für längere Zeit ausgesperrt, weil sie an der Maifeier teilgenommen hatten.<sup>7</sup> 1903 wurden acht Maurer für sieben Tage ausgesperrt, weil sie es „gewagt“ hatten, an den Wahlen zum Reichstag teilzunehmen.<sup>8</sup> Die den Akten beigehefteten Tarifverträge geben – vor allem wenn andere Lohnstatistiken nicht zu Verfügung stehen – Aufschluß über die Entwicklung der Löhne in den Unternehmungen. Aber auch die Streiknachweise selbst können als Grundlage für die Untersuchung der Löhne dienen. Wenn sie detaillierte Forderungen und die durchgesetzten Lohnerhöhungen enthalten, lassen sich daraus zumindest für einzelne Berufsgruppen die durchschnittlichen Stunden-, Tage- oder Wochenlöhne ablesen, und wir erhalten wichtige Aufschlüsse über die Lage der Arbeiter (zum Beispiel Abwehrstreiks 1902 gegen Lohnreduzierungen von 1 bis 5 Pfennigen pro Stunde bei einem Stundenlohn von 50 bis 60 Pfennigen).

Einen weiteren wichtigen Bestand des Stadtarchivs Leipzig bilden die Akten des Gewerbebeamten. Hier befinden sich die Unterlagen der Gewerbebehörde, die Fabrikrevisionen vornahm und deren Berichte viele Einzelheiten über die Lage der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitsbedingungen enthalten, soweit sie gegen

6 Ebenda, Gewerbegericht, Reg. VI c, Nr. 17 Bd 6, Bl. 53–55.

7 Ebenda, Reg. G. G. 17, Bd 12, Bl. 148 ff.

8 Ebenda.



die bestehenden Gesetze verstießen. Diese Akten geben zum Beispiel 1904 Aufschluß darüber, daß Kinder unter 14 Jahren länger als 6 Stunden und Frauen länger als 11 Stunden täglich arbeiten mußten, daß Arbeiter ohne Arbeitsbücher beschäftigt wurden usw. Auch die Erteilung von Konzessionen gehörte zu den Aufgaben der Gewerbe Polizei.<sup>9</sup>

Auch die Akten der sogenannten II. Sektion des Rates der Stadt Leipzig müssen hier erwähnt werden. In den Händen dieser Sektion lagen unter anderem die Bearbeitung der Innungs- und Gewerkschaftsangelegenheiten und die der Wohlfahrtspolizei. Der Bestand enthält daher zum größten Teil Akten über Fabrikordnungen und Unterstützungskassen.

Um „Herr im eigenen Hause“ zu sein, erließen die Unternehmer Fabrikordnungen, die dem Rat der Stadt zur Genehmigung vorgelegt wurden. Von welcher Einstellung sich die Unternehmer bei diesen Fabrikordnungen leiten ließen, drückte Alfred Krupp so aus: „Wir wollen nur treue Arbeiter haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen das Brot bieten, wir wollen sie mit aller Menschenliebe behandeln und für sie wie für ihre Familie sorgen, sie sollen das Maximum bei uns verdienen, was eine Industrie bieten kann . . . Dagegen soll aber niemand wagen, gegen ein wohlwollendes Regiment sich zu erheben, und eher ist alles in die Luft zu sprengen, alles zu opfern, als Arbeiterbegehre nachzugeben unter dem Druck von Streiks.“<sup>10</sup> Die wirklichen Zustände zeigt zum Beispiel das „Reglement für die Maschinenfabrik von Karl Krause in Leipzig für 1863:

§ 2 Die Arbeitszeit ist von morgens 6 bis abends 7 Uhr, Montag und Sonnabend bis 6 Uhr, davon ist eine halbe Stunde zum Frühstück und eine Stunde zu Mittag gestattet . . . Sobald zum Anfang der Arbeitszeit geläutet ist, hat jeder Arbeiter seinen Platz einzunehmen und seine ihm zugeteilte Arbeit zu beginnen, öfteres Zuwiderhandeln wie Zuspätkommen wird unnachsichtlich mit Entlassungen bestraft. . .

§ 6 Alle Arbeiter, welche an Hilfsmaschinen arbeiten, haben dieselben jeden Sonnabend Abend, nach Schluß der Arbeitszeit, sorgfältig zu reinigen. . .“<sup>11</sup> Verzeichnisse über Beschäftigte unter 16 Jahren im Aktenbestand der II. Sektion zeigen, daß, die Not der Eltern ausnutzend, auch viele Kinder von den Unternehmern ausgebeutet wurden. So beschäftigten 1871 die Offizin Bernhard Tauchnitz 7 und die Kammgarnspinnerei zu Leipzig im Jahre 1875 24 Arbeiterinnen unter 16 Jahren.<sup>12</sup>

Das soziale Elend des Proletariats zeigt sich besonders deutlich in den Akten des Armenamtes und des Fürsorgeamtes, denen die soziale Unterstützung unter anderem der Arbeitslosen oblag, die weder Arbeitslosen- noch Krisenunterstützung bekamen. Die Dokumente enthalten konkretes Material über die Lage der Arbeitslosen, besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise.

9 *Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig* für das Jahr 1904, Leipzig 1906, S. 743 ff.

10 *Berdow, Wilhelm*, Alfred Krupp, Bd 2, Berlin (1927), S. 362.

11 Stadtarchiv Leipzig, II. Sektion, F 1117, Bd 1, Bl. 211 ff.

12 Ebenda, J 489, Bl. 55 u. Bl. 130.

Durch die Eingemeindung zahlreicher Vororte in die Stadt Leipzig seit 1889 und den damit verbundenen Übergang der entsprechenden Akten an das Archiv der Stadt bildete sich der Bestand der Gemeindeakten I und II. Die Gemeindeakten II, die bei den Gemeindeverwaltungen der einzelnen Orte entstanden waren, sind wenig aussagekräftig. Weit wichtiger sind die Gemeindeakten I, die von der Amtshauptmannschaft Leipzig über die nun eingemeindeten Orte geführt worden waren. Die Leipziger Industrie hatte ihren Sitz zum größten Teil in den Vororten, wo sich dadurch im 19. Jahrhundert ein starkes Proletariat bildete. Seine Überwachung und Unterdrückung gehörte zu den Aufgaben der Amtshauptmannschaft. Der Historiker findet in den Gemeindeakten Material über die Zeit bis etwa 1890, zum Beispiel Protokolle über Arbeiterversammlungen usw.

Für die Jahre 1918 bis 1945 liegt im Stadtarchiv Leipzig verhältnismäßig wenig Material vor. Dennoch enthält es wichtige Dokumente aus der Zeit des Faschismus, zum Beispiel über die Zwangverschleppung, Ausbeutung und Mißhandlung ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und Häftlinge der Konzentrationslager. Einen größeren Bestand stellen jedoch lediglich die Akten des Amtes für Kriegsschäden dar, der etwa 2000 Akteneinheiten umfaßt und eine wahre Fundgrube für den Betriebshistoriker bildet. Die Ämter für Kriegsschäden wurden in allen den Städten gebildet, die sehr zerstört worden waren. Aus den Dokumenten dieses Bestandes ist die Höhe der Schäden feststellbar, die die einzelnen Betriebe durch den Krieg erlitten haben. Auch die Verluste anderer Betriebe bei Leipziger Firmen sind angegeben. Ein besonderer Teil des Bestandes enthält Zahlen und sogar namentliche Listen der ausländischen Arbeiter sowie Angaben über die Zwangsarbeiterlager, die zu den einzelnen Betrieben gehörten. Solche Lager bestanden zum Beispiel bei der Peniger Maschinenfabrik und der Unruh & Liebig AG, bei der Wollgarnfabrik Titel & Krüger und bei der Sternwoll-Spinnerei AG, bei der Firma Paul Glöckner Erla Maschinenwerk GmbH (etwa vierzig Bände), bei der Chn. Mansfeld GmbH, der Hugo Schneider AG usw.

Außerdem enthält dieser Bestand zahlreiche Materialien über die Geschichte der gesamten graphischen Industrie Leipzigs.

Naturgemäß enthalten Stadtarchive besonders viel Material über die städtischen Unternehmungen, ihre technische Entwicklung und über die Lage der dort beschäftigten Arbeiter. Hier müssen aus den Beständen des Stadtarchivs Leipzig besonders die Stadtverordnetenakten (zum Beispiel über Arbeiterausschüsse und Löhne in sächsischen Betrieben, 1898 bis 1935) genannt werden sowie der Bestand des Städtischen Betriebsamtes, von dem alle die städtischen Betriebe betreffenden Angelegenheiten bearbeitet wurden.

Der 8. Mai 1945 leitete eine historische Wende in der deutschen Geschichte ein. Mit der Niederschlagung des Faschismus begann der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung. Die vordringlichste Aufgabe bestand auch für den Rat der Stadt Leipzig darin, so schnell wie möglich normale Produktions- und Lebensbedingungen zu schaffen. Die Akten aus dieser Zeit

zeigen, wie die noch vorhandenen Rohstoffe und alle Produktionsstätten erfaßt, in Zusammenarbeit mit klassenbewußten Arbeitern die Betriebsleitungen von aktiven Faschisten gesäubert, staatliche Treuhänder eingesetzt und die ersten Organe der Arbeiterkontrolle geschaffen wurden. Diese wichtigen Akten über die Ingangsetzung der Wirtschaft, die Entnazifizierung, die erste Industrieplanung sowie über Fragen der Demontage wurden beim Sekretariat des Oberbürgermeisters geführt, ebenso wie die Akten des Amtes für Betriebsneuordnung. Sie enthalten Angaben über die Einteilung der Betriebe zur Sequestrierung, über die Einsprüche der betroffenen Betriebe usw. Zu diesen Beständen kommen Akten des Amtes für Betriebsneuordnung, das laut Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration die zu beschlagnahmenden Vermögenswerte zu erfassen und die politische Säuberung der Betriebsleitungen durchzuführen hatte. In all diesen Beständen kommt der schwere Anfang des Neuaufbaus der Industrie in Leipzig zum Ausdruck.

Es wurde bereits erwähnt, daß im Stadtarchiv Leipzig besonders viel Material über die Städtischen Werke gesammelt wurde. Dasselbe trifft selbstverständlich auch für die Zeit nach 1945 zu, wo über die Kommunalen Wirtschaftsunternehmen große Bestände vorhanden sind.

Auch die Bestände des Volksbildungsamtes und des Amtes für Buch- und Bibliothekswesen sollten bei der Erforschung der Betriebsgeschichte berücksichtigt werden, da hier viel Material über die Entwicklung der Leipziger Verlage nach 1945 zu finden ist.

Dem Historiker, der die im Stadtarchiv Leipzig vorhandenen Quellen zur Erforschung der Betriebsgeschichte auswerten will, stehen verschiedene Findbücher und Spezialinventare zur Verfügung. Neben den schon genannten Quellennachweisen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Leipziger Presse und dem Verzeichnis des Zeitungsbestandes des Stadtarchivs Leipzig mit seinen Beilagen, worauf bereits hingewiesen wurde, sei hier noch auf eine Reihe weiterer Hilfsmittel eingegangen:

Eines der wichtigsten Spezialinventare sind die *Archivalischen Quellennachweise zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1830 bis 1945)*, in dem rund 1000 Akteneinheiten mit vielen historischen Dokumenten zur Arbeiterbewegung genannt werden. Für die Zeit nach 1945 wurden das Findbuch *Kommunale Wirtschaftsunternehmen* und die Findkartei *Örtliche Wirtschaft* erarbeitet. Diese Spezialinventare befreien den Benutzer des Stadtarchivs allerdings nicht von der Notwendigkeit, selbst Findbücher, Registranden und andere Archivhilfsmittel durchzusehen und in den Akten – wenn auch oft mit großem Zeitaufwand – nach weiteren Dokumenten zu forschen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß im Stadtarchiv Leipzig viele wichtige Quellen vorhanden sind, die als wertvolle Ergänzung des Materials der Betriebsarchive dienen können.

Berichte

Quellen und Materialien

Literaturkritik

Bibliographie

## Zum Dritten Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte im August 1965

Vom 23. bis 27. August des Jahres 1965 fand in München der Dritte Internationale Kongreß für Wirtschaftsgeschichte statt. Mit diesem Kongreß blickt die Internationale Gesellschaft für Wirtschaftsgeschichte auf eine noch recht kurze Geschichte zurück – ja, in gewisser Beziehung fand der Gründungsakt der Gesellschaft erst auf diesem Kongreß mit der Annahme des Statuts seinen endgültigen Abschluß. Zur Information unserer Leser sei an dieser Stelle das angenommene Statut veröffentlicht:

### „Statut der Internationalen Gesellschaft für Wirtschaftsgeschichte

1. Die Internationale Gesellschaft für Wirtschaftsgeschichte verfolgt rein wissenschaftliche Ziele.
2. Die Ziele der Gesellschaft sind:
  - a) Gewährleistung und Entwicklung der persönlichen Kontakte zwischen Wirtschaftshistorikern aller Länder,
  - b) Veranstaltung wissenschaftlicher Konferenzen und insbesondere eines Internationalen Kongresses für Wirtschaftsgeschichte alle zwei oder drei Jahre,
  - c) Förderung aller Publikationen, die der Entwicklung und Verbreitung der Wirtschaftsgeschichte dienen.
3. Die Gesellschaft besteht aus nationalen Kommissionen für Wirtschaftsgeschichte oder politische Ökonomie und aus nationalen oder internationalen Gesellschaften, die sich für einen bestimmten Abschnitt der Wirtschaftsgeschichte oder der politischen Ökonomie interessieren.  
Über die Aufnahme in die Gesellschaft entscheidet die Kommission.
4. Die Gesellschaft wird von einer Kommission und von einem Exekutivkomitee geleitet.
5. Der Kommission gehören ein Vertreter von jeder nationalen Kommission oder Gesellschaft oder Mitgliedgesellschaft und zwei Vertreter der nationalen Gesellschaften der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion an. Sie kann Mitglieder kooptieren, deren Zahl 15 Prozent der Gesamtheit der Kommission nicht überschreiten darf. Die Kommission tritt mindestens einmal während eines jeden internationalen Kongresses zusammen.

6. Das Exekutivkomitee besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, einem Generalsekretär, einem Schatzmeister und sechs von der Kommission gewählten Mitgliedern.
7. Jedes Land kann nicht mehr als zwei Vertreter im Exekutivkomitee haben. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion haben Anspruch auf mindestens einen Vertreter im Exekutivkomitee.
8. Das Komitee wird von der Kommission anlässlich eines jeden internationalen Kongresses gewählt; der Präsident und der Vizepräsident sind gleichzeitig Präsident bzw. Vizepräsident der Kommission und des Exekutivkomitees.
9. Das Exekutivkomitee kann Ehrenpräsidenten benennen, die mit beschließender Stimme zu den Sitzungen des Komitees eingeladen werden.
10. Der Schatzmeister muß dem Komitee alljährlich einen Finanzbericht vorlegen.
11. Jede Veränderung des Statuts bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder der Kommission. Die anderen Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
12. Die Höhe der Beiträge ist für jede nationale Kommission oder Gesellschaft und Mitgliedgesellschaft auf 25 Dollar jährlich festgesetzt. Die nationalen Gesellschaften der Wirtschaftshistoriker der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion zahlen einen doppelten Beitrag.
13. Maßgeblich für den Text des Statuts ist der Wortlaut der englischen, französischen und russischen Fassung.

Das vorliegende Statut wurde von der Vollversammlung des 3. Internationalen Kongresses für Wirtschaftsgeschichte in München am 27. August 1965 angenommen.“

Der Kongreß fand in den Räumen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, statt. Etwa 600 Wirtschaftshistoriker aus 42 Ländern waren anwesend. Die teilnehmende Delegation der DDR bestand aus zehn Mitgliedern und wurde von Akademiemitglied Jürgen Kuczynski geleitet. Die auf diesem Kongreß behandelte wissenschaftliche Thematik war außerordentlich umfangreich, fast schon zu umfangreich. Im Plenum wurden zwei Generalthemen behandelt:

1. Zinssätze und Investitionen seit dem Mittelalter
2. Die Landschaften und ihre ländliche Bevölkerung in Europa nach dem Mittelalter,

während in 15 Sektionen folgende Spezialthemen diskutiert wurden:

1. Die technischen Erfindungen und ihre Ausbreitung, speziell im Bereich der Textil- und der Eisenbahnindustrie
2. Produktion und Produktivität der Landwirtschaft
3. Der Konsum der breiten Bevölkerungsschichten (Massenkonsum) und Luxuskonsum als ökonomische Größen in vorindustriellen Gesellschaften.
4. Die Wüstungen
5. Strukturen der Unternehmungen
6. Aufwendungen für Gesundheitspflege in der wirtschaftlichen Entwicklung
7. Bevölkerungsverhältnisse und Wirtschaft



8. Der Stand der Wirtschaftsgeschichte im Rahmen der Geschichte des klassischen Altertums
9. Die Bildung der Klassen der industriellen Arbeiterschaft
10. Die Versorgung der Großstädte vom ausgehenden Mittelalter bis zur Neuzeit
11. Die unterentwickelten Gebiete
12. Löhne und Wirtschaft
13. Die Instrumente des internationalen Handels
14. Steuern und Wirtschaft
15. Die soziale Verteilung des Eigentums (Grundeigentum und mobiles Eigentum)

Von den Mitgliedern der Delegation der DDR wurden zwei Kurzreferate und acht Diskussionsbeiträge gehalten. Entsprechend dem neuen Statut konstituierten sich die Kommission und das Exekutivkomitee der internationalen Gesellschaft. Das Nationalkomitee der Wirtschaftshistoriker der DDR ist durch ihren Leiter, Akademiemitglied Jürgen Kuczynski, in der Kommission vertreten. Es wurde beschlossen, den nächsten Kongreß (1968) in Indianapolis (USA) und den übernächsten Kongreß (1970) in Leningrad (UdSSR) durchzuführen.

## Bericht

### über die wirtschafts- und agrarhistorische Arbeitstagung in Würzburg vom 7. bis 10. März 1966

Die „Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ und die „Gesellschaft für Agrargeschichte“ führten in der Zeit vom 7. 3. bis 10. 3. 1966 in Würzburg eine wissenschaftliche Arbeitstagung durch. Diese Tagungen finden im Abstand von drei Jahren statt. Sie werden in der Regel mit ausländischer Beteiligung durchgeführt. Diesmal waren Gäste aus Japan, Belgien, Holland, der Schweiz und Jugoslawien anwesend. Da sich die ausländischen Gäste mit Referaten und Diskussionsbeiträgen aktiv in den Verlauf der Tagung einschalteten, wurde der internationale Erfahrungsaustausch gefördert, und verschiedene Probleme wurden durch interessante Fakten aus unterschiedlicher nationaler Sicht deutlicher gemacht. Eine besondere Note erhielt die diesjährige Tagung durch die offizielle Teilnahme des Vorsitzenden des Arbeitskreises für Agrargeschichte der DDR, Prorektor Prof. Dr. Heitz, Direktor des Historischen Instituts, Rostock, und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises, Prof. Dr. R. Berthold, Leiter des Thünen-Archivs, Rostock, sowie von Dr. H. H. Müller vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die genannten Agrarhistoriker der DDR beteiligten sich aktiv an der sachlich geführten Diskussion zu Problemen ihres Fachgebietes. Prof. Dr. Heitz erhielt für sein von eingehender Quellenkenntnis zeugendes Referat zur spätf feudalen Agrargeschichte Mecklenburgs die Zustimmung der Anwesenden. Es zeigte sich, daß wir mit unserer Forschung, die auf einer gründlichen Detailkenntnis aufbaut, auf dem richtigen Wege sind. Quellen- und Literaturkenntnis sind die unabdingbaren Voraussetzungen für eine fruchtbare Diskussion auch unter Wissenschaftlern unterschiedlicher ideologischer Grundhaltungen. Prof. Dr. Franz, der geschäftsführende Vorsitzende der Gesellschaft für Agrargeschichte und Direktor des agrarhistorischen Instituts, Stuttgart-Hohenheim, konnte deshalb mit Recht feststellen, daß die gemeinsame Aussprache zu grundlegenden Fragen der Agrargeschichte für alle Beteiligten von Nutzen war und fortgesetzt werden sollte. Die Tagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte stand unter dem Motto „Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15. und 16. und im 19. Jahrhundert“. Hierzu wurden acht Referate gehalten. Die anschließende Tagung der Gesellschaft für Agrargeschichte befaßte sich mit Agrarproblemen des Feudalismus. Hierzu wurden sechs Referate gehalten, jeweils einem thematischen Komplex, zu dem mehrere Referate gehalten wurden, fand die Diskussion statt. In der Diskussion wurden die Referate ergänzt und die Problematik vertieft.

Nachdem am 7. März Prof. Dr. Lütge die Tagung in der Aula der Alten Universität eröffnet hatte, hielt das erste Referat *Prof. Dr. H. Ammann* (Saarbrücken): „Der Beitrag Oberdeutschlands zur europäischen Wirtschaft im 15. und 16. Jahrhundert“. Die Ausführungen stützten sich auf die Rolle Nürnbergs in der mittelalterlichen Wirtschaft. Besonders seine metallverarbeitenden Zünfte waren es, die Handelsware von europäischem Format herstellten und ihre Rohstoffe aus vielen Ländern bezogen. Da jedoch keine Angaben über den Umfang der Metalleinfuhr und die Höhe der Ausfuhr von Metallwaren nach den einzelnen Handelsplätzen gemacht wurden, konnte Ammann dem bisher Bekannten nichts wesentlich Neues hinzufügen.

Es folgten: *Archivar Dr. Pitz* (Hannover): „Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15. und 16. Jahrhundert nach hansisch-niedersächsischen Quellen“. Im Gegensatz zu beispielsweise Nürnberg arbeitete das Handwerk in den niedersächsischen Hansestädten, mit Ausnahme von Braunschweig, vorwiegend für die technischen Bedürfnisse des Handels und der Seefahrt. Nachdem in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die handwerkliche Produktion rückläufig war, was zu sozialen Spannungen führte, entspannte sich im 16. Jahrhundert die Situation durch erneutes Ansteigen der Produktion. Der Referent gebrauchte in diesem Zusammenhang den Terminus „soziale Ausgeglichenheit“, der in der Diskussion abgelehnt wurde.

*Dr. van Houtte* (Lüttich): „Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung in den Niederlanden im ausgehenden Mittelalter und in der Neuzeit“. Dem Referenten gelang es, den komplizierten dialektischen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und dem Entstehen des Landhandwerks einerseits und der Massenproduktion der Landhandwerker und der Qualitätsware der städtischen Zünfte andererseits richtig herauszuarbeiten. Das konnte er nur, weil er von den Grundtatsachen des damaligen Wirtschaftslebens ausging und nicht versuchte, sie in überholte Kategorien zu pressen.

*Prof. Dr. I. Bog* (Marburg): „Expansion und Kontraktion der gewerblichen Wirtschaft oberdeutscher Reichsstädte im 16. Jahrhundert“. Im Gegensatz zu der unverbindlichen Betrachtungsweise Ammanns versuchte Bog, die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft Nürnbergs im 16. Jahrhundert auch vom theoretischen Standpunkt zu erfassen. Man kann sich über seine Betrachtungsweise streiten. Marxistische Wirtschaftshistoriker sehen eine Reihe von Problemen anders als Bog. Aber sein Versuch, die Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Nürnberger Wirtschaft, die hier als Modellfall diente, herauszuarbeiten, ist beachtenswert.

*Prof. Dr. E. Maschke* (Heidelberg): „Deutsche Kartelle im späten Mittelalter und im 19. Jahrhundert vor 1870“. Obwohl dankenswerterweise wenig über die Kartelle im späten Mittelalter gesagt wurde, schlug doch Maschke den Bogen zur Neuzeit. Aus seinen Ausführungen wurde deutlich, daß bereits vor Beginn der eigentlichen Kartellierungsperiode in der deutschen Wirtschaftsgeschichte eine beachtliche Zahl von Kartellen gegründet wurden. Diese frühen Kartelle übten bereits die gleiche Funktion wie im monopolistischen Kapitalismus aus: Sie sicherten eine Monopolstellung auf dem Markt und die Erzielung von Monopolprofiten (was Maschke nur mit Vorbehalt anerkennen wollte) und versuchten, die Einführung des technischen Fortschritts zu umgehen.

*Prof. Dr. W. Fischer* (Westberlin): „Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland von 1850 bis 1914“. Ebenso wie die Ausführungen von Bog zeichneten sich die von Fischer durch neue Wege in der Forschung aus. Fischer kam es darauf an, die Rolle des Kleingewerbes statistisch zu erfassen. Das stieß natürlich auf erhebliche Schwierigkeiten, weil die Statistik das Kleingewerbe nicht gesondert ausweist. Wie man trotzdem zu brauchbaren Ergebnissen gelangt, bewies der Referent durch den von ihm gegebenen Einblick in seine Arbeitsmethoden. Er konnte nachweisen, daß das Kleingewerbe einen erstaunlich beachtlichen Anteil am Aufschwung der deutschen Wirtschaft hatte.

*Prof. Dr. K. Borchardt* (Mannheim): „Regionale Differenzierung der Wohlstandsentwicklung im 19. Jahrhundert“. Ähnliche Wege wie Fischer ging auch Borchardt in dem von ihm gegebenen Einblick in seine Forschungsarbeit. Es kam ihm darauf an, die Wohlstandsentwicklung statistisch zu erfassen und Indikatoren für ihre Messung zu finden. Da erst seit kurzer Zeit der Lebensstandard statistisch erfaßt wird, mußte sich der Referent auf die vorhandenen Angaben über das Einkommen stützen, die eine beschränkte Aussagekraft besitzen. Als weitere Indikatoren zog er die Dichte der höheren Schulen und der Ärzte heran. Diese drei Indikatoren ließen es bereits zu, ein Wohlstandsgefälle von West nach Ost nachzuweisen. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß im Rahmen des allgemeinen geographischen Trends das denselben untergeordnete Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd nicht übersehen werden dürfte.

*Prof. Dr. W. Zorn* (Bonn) informierte über die Probleme, die bei der Anfertigung einer „Wirtschaftskarte Deutschlands nach dem Stand von 1818 als Abbild der gewerblichen Wirtschaft zu Beginn der Industrialisierung“ zu beachten waren.

Die Tagung der Gesellschaft für Agrargeschichte eröffnete am 9. März Prof. Dr. G. Franz als geschäftsführender Vorsitzender. Das erste Referat hielt

*Dozent Dr. H. H. Hofmann* (Würzburg-Nürnberg): „Bauer und Herrschaft in Franken“. Die Agrargeschichte Frankens ist noch nicht ausreichend erforscht. Als Vertreter der rechtshistorischen Schule befaßt sich Hofmann mit den Rechtsbeziehungen zwischen Bauern und Herren im Feudalismus, das heißt mit einem Zeitraum von rund tausend Jahren. Derartige Betrachtungen haben ihren Nutzen. Die Entwicklung der Rechtsnormen muß man kennen, um Fehleinschätzungen zu vermeiden. Hofmanns Verzicht auf die Gegenüberstellung von Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit und deren Konfrontierung mit der ökonomischen Entwicklung erlaubte ihm nicht zu begründen, warum die Rechtsnormen eine bestimmte materielle Ausgestaltung erfuhren und weshalb sie im Verlaufe des Feudalismus umgestaltet wurden.

Es folgten:

*Prof. Dr. G. Heitz* (Rostock): „Spätfeudale Agrarverhältnisse in Mecklenburg“. Heitz machte in seinem Vortrag mit dem gegenwärtigen Stand der marxistischen Agrargesichtsforschung über den Spätfeudalismus bekannt, ein Gebiet, auf dem in der DDR bereits beachtenswerte Forschungsergebnisse vorliegen. Als bester Kenner der Quellen zur spätfeudalen Landwirtschaft Mecklenburgs ging er auf eine Reihe von quellenkritischen und methodischen Fragen ein, die auch für die westdeutschen Agrarhistoriker von Interesse waren. Die Diskussion zu den Ausführungen von Heitz zeigte, daß wir mit unserer Forschung auch in Westdeutschland Anerkennung gefunden haben, auch wenn es Vorbehalte gegenüber der marxistischen Grundhaltung gibt.

*Prof. Dr. I. Bog* (Marburg): „Grundzüge der hessischen Agrarverfassung“. Im Gegensatz zu der Betrachtungsweise von Hofmann versuchte Bog, die Agrarverfassung als eine funktionale Einheit von Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit zu erfassen. Aus seinen Ausführungen wurde deutlich, wie sehr doch das bäuerliche Bodenrecht von realen ökonomischen Bedingungen abhing. So hatten die Bauern, die ihr Ackerland selbst rodeten, ihre Wirtschaft zu dem günstigen Waldrecht erhalten. Mit dem Aufschwung des Städtewesens entstand die für die Bauern günstige Landsiedelleihe, aus der im 14. und 15. Jahrhundert während der Krise des Feudalismus die für die Bauern ungünstigere Erbpacht wurde.

*Doz. Dr. J. A. Faber* (Wageningen): „Die niederländische Wirtschaft und die abnehmende Getreidezufuhr aus den Ostseeländern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts“. Der Referent ging von den bekannten ökonomischen Tatsachen der Stagnation des niederländischen Wirtschaftslebens in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und der gleichzeitig abnehmenden Getreideeinfuhr aus den Ostseeländern aus, die für Polen und Danzig ausgesprochen nachteilig waren. Um die Ursachen der sinkenden Getreideeinfuhr zu ermitteln, arbeitete Faber mit der modernen Methode der Faktorenanalyse. Als Faktoren nannte er die veränderte Kaufkraft des Geldes, die veränderten Konsumgewohnheiten, den steigenden Getreideanbau in Westeuropa, die zunehmende Getreideeinfuhr aus anderen Ländern und die Bevölkerungsbewegung. Da für die einzelnen Faktoren kein ausreichendes Zahlenmaterial zur Verfügung stand, ist eine Wertung derselben sehr schwierig. Die gegenseitige Bedingtheit der Faktoren ließ sich mehr vermuten als beweisen.

*Dr. W. A. Boelcke* (Stuttgart-Hohenheim): „Geldentwertung und Vergütung in Ostelbien während Mittelalter und Neuzeit“. Die ökonomischen Ursachen für die Genesis der ostelbischen Gutsbetriebe werden schon seit langem untersucht. Bis heute ist noch keine eindeutige Klärung erfolgt. Boelcke versuchte in seinem Vortrag, einen zwar bekannten, aber bisher wenig beachteten Vorgang für die Vergütung heranzuziehen, die Geldentwertung. Die gleiche Geldentwertung der feudalen Zinsen, die im Westen dem Adel die Hofämter und Beamtenstellen erstrebenswert machte, ließ ihn im Osten zur Bewirtschaftung seiner Güter übergehen. Diese These, die viel für sich hat, müßte noch durch den exakten Nachweis gestützt werden, daß in einem Gutsbereich das selbst bewirtschaftete Land höhere Einnahmen brachte, als das an die Bauern ausgetane Land. Prof. Lütge warnte in der Diskussion mit Recht davor, diese interessante These als die alleinige Ursache der Vergütung ansehen zu wollen.

*Doz. Dr. R. Schulz-Klinken* (Hamburg): „Zur Geschichte der Bodenkultur in Mecklenburg“. Als letzter Referent mußte Schulz seinen Vortrag bereits unter Zeitdruck halten, so daß er sich auf die Ertragssteigerung im Feldbau in den letzten dreihundert Jahren beschränkte. Hinsichtlich der Ertragsberechnung und ihrer Verallgemeinerung wurden von Prof. Heitz und Prof. Berthold Bedenken angemeldet.

Obwohl von seiten der marxistischen Wirtschafts- und Agrargeschichtsforschung prinzipielle Einwände zur Thematik und Methodik der Vorträge zu machen wären, soll auf zwei bemerkenswerte Erscheinungen der Würzburger Tagung hingewiesen werden. Auffallend war die sachliche Atmosphäre der Auseinandersetzungen. Wirtschaftshistoriker unterschiedlicher Grundauffassungen diskutierten über wichtige Probleme ihres Fachgebietes unter ständiger Berücksichti-

gung der quellenmäßig erfaßbaren Fakten und des jeweiligen Forschungsstandes. Wenn auch in vielen Fragen keine einheitliche Meinung erzielt werden konnte, so war trotzdem das Abstecken der Standpunkte bereits ein Schritt zur Klärung. Die zweite auffallende Erscheinung war das Bemühen der jüngeren Wirtschaftshistoriker der Bundesrepublik, die ausgetretenen Pfade der bisherigen Forschung zu verlassen und die Statistik als wichtigste Beweisquelle für wirtschaftshistorische Vorgänge heranzuziehen. Damit wird für die Diskussion eine mathematisch erfaßbare Grundlage geschaffen, die den Spielraum für subjektive Auslegungen außerordentlich einengt. Das ist eines der Hauptanliegen auch der marxistischen Wirtschafts- und Agrargeschichtsschreibung, die nach Möglichkeit versucht, ihre Einschätzungen auf eine solide, mathematisch erfaßbare Basis zu stellen. Es kommt darauf an, die angebahnten fruchtbaren Diskussionen auch in der Zukunft weiterzuführen.

RUDOLF BERTHOLD



## Estnische Phosphate im Griff der IG Farbenindustrie AG\*

VON ROSWITHA CZOLLEK

Ende 1942 kam es im Bereich des deutsch-faschistischen Okkupationsregimes der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik zu einer eigenartigen Kontroverse, die einige Monate lang verschiedenste Instanzen bis zu den obersten Reichsbehörden beschäftigte. Gegenstand war das wechselvolle Schicksal der Eesti Fosforiit AG, des wichtigsten estnischen Phosphat-Aufbereitungsbetriebes, der nach jahrelanger, systematischer Durchdringung durch das deutsche Monopolkapital im Zuge der Okkupation zunächst in die allgemeine Regie des „Vierjahresplans“ genommen und dann im November 1942 der IG Farbenindustrie AG treuhänderisch unterstellt wurde. Den unmittelbaren Anstoß gab ein anonymes Schreiben aus Kollaborationskreisen, die zur Stärkung ihrer eigenen Position „die Verantwortung für die Erfüllung des Vierjahresplanes“ im Bereich der estnischen Rohstoffausbeutung (Phosphorite und Ölschiefer) für sich selber beanspruchten und zu diesem Zweck den deutschen Wirtschaftsstellen „Unfähigkeit“ nachzuweisen versuchten. Hieraus entwickelte sich zwischen den in Estland stationierten Dienststellen des Wirtschaftsstabes Ost, dem Reichswirtschaftsministerium und dem IG-Farben-Konzern ein aufschlußreicher Schriftwechsel, der seinen Niederschlag auch in den Akten der deutschen Zivilverwaltung in Tallinn fand.<sup>1</sup> Faszinierend klar ersteht vor dem Historiker aus diesen Dokumenten das Bild eines großangelegten Raubzuges gegen die estnischen Phosphoritvorkommen, und spult er den Faden der Ereignisse zurück, so stellt er überrascht fest, daß er größeren Zusammenhängen auf der Spur ist.

Die Vorgänge des Jahres 1942 in Estland hatten ihre Wurzeln in der Mitte der dreißiger Jahre. Damals schuf sich das faschistische Deutschland in Gestalt der Vierjahresplanbehörde ein entscheidendes Instrument der wirtschaftsorganisatorischen Kriegsvorbereitung. Die deutsche Armee müsse in vier Jahren einsetzbar und die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein, hieß es in Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan vom Jahre 1936<sup>2</sup>, und Reichswirtschaftsminister Funk präziserte die damit verbundenen Ziele dahingehend, daß die deutsche Wirtschaft „von unerwünschten ausländischen Abhängigkeiten“ frei-

\* Die Arbeit erscheint gleichzeitig in *Izvestija Akademii Nauk Estonskoj SSR*, Ges.-wiss. R., 4/1966.

1 Staatliches Zentralarchiv der Oktoberrevolution und des Sozialistischen Aufbaus der Estnischen SSR (im folgenden: Zentralarchiv) Tallinn, F. R-65, Reg. 1, Nr 30, Bl. 14–22.

2 *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1955, S. 184–210. Das Dokument wurde erstmalig von Wilhelm Treue veröffentlicht; zuvor hatte es als Schacht-Exhibit Nr 48 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und dann als Dok. NI-4955 im Wilhelmstraßen-Prozeß und im IG-Farben-Prozeß vorgelegen.

gemacht werden müsse. Beim Bezug „lebenswichtiger Rohstoffe und Werkstoffe“ dürfe sie „nicht auf Entschließungen oder Entwicklungen des Auslandes angewiesen sein, auf die sie keinen bestimmenden Einfluß“ habe.<sup>3</sup> Gerade dieses Autarkiestreben aber machte es zur zwingenden Notwendigkeit, die zu schmale Rohstoffbasis des faschistischen Deutschland durch Erschließung zusätzlicher ausländischer Ressourcen zu erweitern – natürlich immer so, daß deutscherseits die Bedingungen diktiert wurden oder zumindest, um mit Funk zu reden, der „bestimmende Einfluß“ ausgeübt werden konnte. Der Kreis der in Frage kommenden Länder oder Territorien war damit von vornherein begrenzt, doch um so systematischer betrieben Staat und Wirtschaft in engem Einvernehmen die Erkundung neuer Rohstoffquellen im In- und Ausland, in Europa und anderswo.

Besonders aufschlußreich, weil typisch für staatsmonopolistische Koordinierung der ökonomischen und gegebenenfalls auch militärischen Expansion, ist die Aktivität, die der IG-Farben-Konzern in diesem Zusammenhang entfaltete.<sup>4</sup> Gestützt auf seinen eingespielten Apparat personeller und sachlicher Auslandsverbindungen und die geographisch und thematisch weitgespannten Ausarbeitungen seiner Volkswirtschaftlichen Abteilung, die sozusagen die Vorerkundung für den Ernstfall besorgte<sup>5</sup>, kammte der Konzern im wahrsten Sinne des Wortes die Wirtschaftspotenzen der verschiedenen Länder durch und setzte sofort einen ganzen Apparat von Gutachtern und Verbindungsleuten zu den zuständigen staatlichen Stellen in Bewegung, wenn er Beute witterte.

Einen wichtigen Platz nahmen unter den Objekten dieser Rohstofferkundung im deutschen Macht- oder Einflußbereich die Phosphate ein, die sowohl zur Düngemittelversorgung der um Autarkie bemühten deutschen Landwirtschaft als auch für kriegschemische Zwecke in größerer Menge benötigt wurden, als aus eigenem Aufkommen und über die bisherigen Handelskanäle beschafft werden konnte.

Bereits 1935 hatte Dr. Moos von der IG-Bitterfeld eine Erkundungsreise nach *Jugoslawien* unternommen, und ein Jahr später, im Sommer 1936, wiederholten Dr. Erich Hayek und N. von Mallinckrodt diese Aktion<sup>6</sup>, um sich an Ort und Stelle über die vorhandenen Möglichkeiten der Phosphatgewinnung zu informieren. Im allgemeinen seien die Phosphatvorkommen Jugoslawiens zwar minderwertig, schrieben sie in ihrem mit detaillierten technischen Angaben versehenen Reisebericht, aber man habe sich noch viel zu wenig um ihre Erschließung bemüht.<sup>7</sup> Die Ergebnisse neuester Schürfarbeiten in Norddalmatien stünden noch

3 *Funk, Walther*, Die wirtschaftspolitische Aufgabe, in: Der Vierjahresplan, 3/1938, S. 130.

4 „Die Schaffung des Großdeutschen Reiches hat die mannigfaltigen Aufgaben, die die IG allgemein und besonders auf dem Gebiet des Vierjahresplanes und der Außenwirtschaft zu erfüllen hat, weiter gesteigert“, hieß es im Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1940 unter dem Stichwort IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., im Abschnitt Aufbau und Entwicklung rückblickend für das Jahr 1938 (*Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1940*, 45. Jg., Bd 5, Berlin 1940, S. 6261).

5 Über die „Vowi“ und ihre Rolle in der taktischen und strategischen Planung der IG siehe *Radandt, Hans*, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 146–195, bes. S. 167 f., und *derselbe*, Verzeichnis von Berichten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG über Südosteuropa in diesem Band, S. 289–314, bes. die Einführung S. 289–293.

6 Näheres über die sonstige Aktivität dieser IG-Vertreter als Reisende in Sachen IG-Farben-Expansion siehe *derselbe*, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa, a. a. O.

7 Betriebsarchiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld (im folgenden: BA), Estnische Phosphata, Nr 16/208, Bl. 25 f., Auszug aus Reisebericht v. 3. 11. 1937, hier Bl. 25.

aus, aber im Herbst werde man wahrscheinlich für ein genügend großes Gebiet Klarheit über die Reichhaltigkeit des Vorkommens haben. Vorsorglich enthielt der Bericht auch Angaben über die eigentumsrechtliche Situation im jugoslawischen Bergbau: Phosphat sei dort bisher noch kein „vorbehaltenes“ Mineral, sondern dem Grundeigentümer überlassen, aber bald sei mit einem neuen Gesetz zu rechnen, wodurch es zum Regal erklärt werden solle.<sup>8</sup>

Ähnlich verliefen die IG-Vorstöße auch in anderen Ländern. In *Spanien* – dem „weißen“ natürlich, wie in einem Schreiben des IG-Aufsichtsratsmitglieds Dr. Pistor und des IG-Direktors Dr. Bürgin vom 24. März 1937 an die Stickstoff-Direktion Ludwigshafen<sup>9</sup> über den Stand der Ermittlungen gesagt wurde – erschienen die Aussichten besonders günstig, da die lizenzrechtliche Situation, bei entsprechendem spanischem Interesse an den Verfahren aus Piesteritz, auf eine Lizenzierung der IG-Patente hoffen ließ, so daß man schon Untersuchungsmuster für Piesteritz anfordern konnte.<sup>10</sup>

Gleichzeitig streckte der Konzern seine Fühler nach *Ägypten* aus, wo vor allem „devisenpolitische Vorteile“ lockten. Allerdings schien es fraglich, ob sie auf die Dauer den Nachteil höherer Frachtkosten aufheben konnten, denn die ägyptischen Phosphatvorkommen waren nach angeforderten Untersuchungsergebnissen „für den europäischen Markt wegen ihrer Lage den anderen afrikanischen Phosphatvorkommen gegenüber im Nachteil“, wie es in einem Gutachten vom 11. Mai 1937 hieß.<sup>11</sup> Die Erschließung neuer Vorkommen erfordere erhebliche Geldmittel, „deren Einsatz mit einem nicht unbeträchtlichen Risiko verknüpft“ sei. Überdies könne man sich ein endgültiges Bild von Menge und Qualität der Vorkommen erst nach Abschluß der Aufschlußarbeiten für die industrielle Förderung machen, und das werde „frühestens in ein oder zwei Jahren“ sein.<sup>12</sup>

Angesichts dieser im großen und ganzen doch nicht gerade ermutigenden Ermittlungsergebnisse forcierte der IG-Konzern parallel mit dieser Auslandsaktivität auch die Untersuchungen in *Deutschland* selber. In engem Einvernehmen mit dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, einer Dienststelle des Vierjahresplans, griff man dabei auf Lagerstätten zurück, die bisher entweder als nicht mehr lohnend oder als überhaupt nicht abbauwürdig gegolten hatten. Am 3. Juni 1937 fand in den Räumen der genannten Vierjahresplan-Dienststelle eine Aussprache über mitteldeutsche Phosphatvorkommen statt, in der verantwortliche IG-Vertreter – Direktor Meyer-Küster (Frankfurt), Dr. H. Lehmann (Halle), Dr. Haager und Dr. Tienemann (Leverkusen) – mit Vertretern des Amtes – Dr. Laubenheim und Dr. Meffert – darüber diskutierten, wieweit hier noch ungenutzte Reserven erschlossen werden konnten.<sup>13</sup> Hauptthema war die Abbauwürdigkeit der Vorkommen von Zilly bei Halberstadt und von Ingeleben bei Schöppenstedt im Braunschweigischen; außerdem standen kleinere Vorkommen bei Runstedt, Büttenstedt (bei Schöningen) und Gehlberg (bei Frellstedt) zur Diskussion, denen aber von vornherein keine praktische Bedeutung mehr beigemessen wurde.<sup>14</sup> Die Erkundigungen über Ingeleben führten zu dem

8 Ebenda, Bl. 26.

9 Ebenda, Bl. 1–3, Durchschlag.

10 Ebenda, Bl. 3.

11 Ebenda, Bl. 4–7, Ausarbeitung mit Diktatzeichen Dr. R/Gr. v. 11. 5. 1937, Durchschlag, hier Bl. 7.

12 Ebenda.

13 Ebenda, Bl. 9–12, Durchschlag einer Niederschrift v. 14. 6. 1937, gez. Dr. Lehmann.

14 Ebenda, Bl. 12.

Ergebnis, daß das Vorkommen nicht abbauwürdig war.<sup>15</sup> In Bermbach bei Steinbach/Hallenberg in Thüringen mußte man feststellen, daß „die zu erwartenden Phosphoritmengen außerordentlich begrenzt“ waren<sup>16</sup>, und der Phosphoritbetrieb der Buderusschen Eisenwerke in Staffel, für den sich die IG jahrelang interessiert hatte, war so unergiebig, daß er im Dezember 1938 stillgelegt wurde.<sup>17</sup>

Nach dem Überfall auf *Polen*, als sich die deutschen Monopole auf dieses erste Opfer des von ihnen entfesselten zweiten Weltkrieges stürzten, war natürlich auch die IG sogleich zur Stelle, um sich ihren Anteil an der Beute zu sichern. So schrieb ihr Beauftragter Dr. Balz am 10. Dezember 1939 in einem Lagebericht aus Łódź<sup>18</sup>, „von gewissem Interesse“ seien die „bei Kielce liegenden Markasitgruben“, aus denen seiner Ansicht nach mit Hilfe von Juden und Polen möglichst viel Erz gefördert und ins „Altreich“ abtransportiert werden müsse; außerdem hoffe er für Piesteritz „noch gewisse Mengen Rohphosphat . . . andienen zu können.“ Auch lägen dort „ganz ansehnliche Mengen Superphosphat“.

Aber gerade jetzt, da durch die Kriegsbedürfnisse der Anwendungsbereich der Phosphate, vor allem in der Rüstungsindustrie, immer breiter wurde, war der Bedarf weniger denn je zu decken. Diese in Fachkreisen allgemein bekannte Tatsache veranlaßte einen gewissen Baron Thuemen-Blanckensee, sich am 11. März unter Berufung auf eine Empfehlung eines Herrn Teetzmann von der „Deutschen Superphosphat-Industrie GmbH“ vertrauensvoll an die IG-Bitterfeld „Betr.: Rohphosphat in der Ostmark“ zu wenden und ihr unter Hinweis auf die Millionen Mark Devisen, die jährlich für die Rohphosphateinfuhr ausgegeben werden müßten, Analysen aus zwei noch „völlig unbeachteten Rohphosphatlagern“ in Österreich zu schicken, wobei er um die nötigen Geldmittel für die Aufschlußarbeit bat – nicht ohne den Hinweis, daß sich die Kanzlei des Führers für sein Vorhaben interessiere und er von dort gegebenenfalls jede Unterstützung haben werde.<sup>19</sup>

Aber die IG hatte sich um diese Zeit schon mit zielstrebigem Entschlossenheit einer Rohstoffquelle zugewandt, die in ihren Plänen bereits längere Zeit eine Rolle spielte: dem damals noch bürgerlichen *Estland*. Weil die einzelnen Stadien und die Methodik des Vorgehens der IG als eines der räuberischsten und verbrecherischsten deutschen Konzerne in mancher Hinsicht auch hier typisch sind für die Formen der Expansion des deutschen Imperialismus überhaupt, für das Zusammenspiel von Staat und Monopolen und die Auswechselbarkeit „friedlicher“ und unfriedlicher Methoden im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus<sup>20</sup>, lohnt es, Planung und Verlauf der Aktion sozusagen als einen Modellfall im kleinen näher zu untersuchen – nicht zuletzt auch deshalb, weil in der Literatur zwar das deutsche Interesse an den estnischen Phosphaten und die Existenz ver-

15 Ebenda, Bl. 13f., Durchschlag einer Niederschrift v. 19. 7. 1937, gez. Dr. Lehmann.

16 Ebenda, Bl. 19–22, Durchschlag einer Niederschrift v. 8. 9. 1938, gez. Dr. Lehmann, hier Bl. 22.

17 Ebenda, Bl. 28f., Abschrift eines Schreibens der Gewerkschaft Rottberg-Phosphatbergbau v. 9. 1. 1939 an IG-Bitterfeld.

18 Ebenda, Bl. 63, abschriftl. Auszug für Direktor Dr. Lang, Bitterfeld.

19 Ebenda, Bl. 93f., Abschrift.

20 Eine ausführliche, reich dokumentierte Darstellung dieses Mechanismus unter spezieller Berücksichtigung des IG-Farben-Konzerns siehe bei *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, Kapitel IV, Abschn. 1: Die Verflechtung von Monopol und Staat – dargestellt am Beispiel der Rolle des IG-Farben-Konzerns – Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 16.

traglicher Liefervereinbarungen als bekannt vorausgesetzt werden<sup>21</sup>, die größeren Zusammenhänge und die näheren Umstände ihres Zustandekommens bis heute aber keine Darlegung gefunden haben.<sup>22</sup>

Aus dem erwähnten Schriftwechsel deutscher Instanzen um die Jahreswende 1942/43 ist ersichtlich, daß schon Jahre vor dem Überfall auf die Sowjetunion und der damit verbundenen Besetzung Estlands koordinierte Bemühungen auf höchster Ebene unternommen worden waren, um die estnischen Phosphatvorkommen in den Dienst der deutschen Rüstungswirtschaft zu stellen. Verglichen mit den großen Phosphatlagerstätten der Welt wie Florida, Marokko und der Halbinsel Kola hätten die nordestnischen bisher nur geringe Bedeutung gehabt, schrieb Dr. Prentzel vom Wirtschaftsstab Ost Ende 1942 in einem kurzen Abriss der Ereignisse<sup>23</sup> zu den anonymen Vorwürfen eines „estnischen Wirtschaftsführers“, der die Übernahme der Eesti Fosforiit in die Regie der Kollaborationsverwaltung forderte. „Erst als man deutscherseits im Hinblick auf die Devisenverknappung nach 1933 und im Hinblick auf eine etwaige neue Blockade sich für abbauwürdige Phosphatvorkommen in Europa näher interessierte“, schrieb er, habe das Reichswirtschaftsministerium die Deutsche Länderbank und die Dresdner Bank dafür gewonnen, der Eesti Fosforiit einen Kredit zum Ausbau ihrer Anlagen zu geben. Dieses Unternehmen sei nach der „Entdeckung einer reicheren Phosphoritlinse bei Maardu, 16 km nördlich von Reval“ als eine „unter staatlichem Einfluß stehende Gesellschaft“ gegründet worden, aber wegen Kapitalmangels nicht recht gedeihen. Gleichzeitig mit der Kreditgewährung deutscher Banken sei „die I. G. Farbenindustrie A. G. als Großverbraucherin von Phosphaten veranlaßt (worden), einen Lieferungsvertrag mit der genannten Gesellschaft abzuschließen, der dem Werk eine Existenzgrundlage geben sollte.“<sup>24</sup>

Ganz so passiv war die Rolle der IG dabei freilich nicht, wie aus dem Aktenbestand „Estnische Phosphata“ im Betriebsarchiv ihres damaligen Werkes Bitterfeld, des heutigen VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, hervorgeht. Mit Datum vom 29. Dezember 1938 erfuhren verschiedene IG-Instanzen, darunter der Zentraleinkauf Berlin, durch die IG Griesheim<sup>25</sup> von der Entdeckung der neuen Phosphatlager in Estland und der Absicht der estnischen Regierung, die Phosphatgewinnung auszudehnen; dies werde offenbar recht wirtschaftlich vor sich gehen, „da in einem Grubenbetrieb zugleich auch die Ölschiefer sowie ein Pyritlager abgebaut werden können“. Nachdem die Siebanlage vor kurzem abgebrannt sei, solle diese möglichst sofort durch eine kleine Flotationsanlage ersetzt werden. Auf Anregung der Aufbereitungsabteilung der Gutehoffnungshütte, die sich um die Bauaufträge bewarb, habe man sich in Griesheim mit der Frage der estnischen Phosphorite befaßt. Leitende Vertreter der Phosphatgesellschaft hätten

21 Vgl. *Veimer, A.*, Kompleksnoe razvitie i specializacija promyšlennosti Èstonskogo Èkonomičeskogo Administrativnogo Rajona (Die komplexe Entwicklung und Spezialisierung der Industrie des Estnischen Wirtschaftsverwaltungsbezirkes), Tallinn 1962, S. 158.

22 In gewisser Weise knüpft der Beitrag dabei an die schon erwähnten umfassenden Arbeiten von *Radandt, Hans*, Die IG-Farbenindustrie AG und Südosteuropa, a. a. O., und *derselbe*, Verzeichnis von Berichten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG über Südosteuropa, a. a. O., an, und zwar insofern, als er in kleinerem Maßstab — nur für ein bestimmtes Produkt (Phosphat) und nur für ein einzelnes Land (Estland) — sozusagen ein „nordöstliches“ Gegenstück zu der dort belegten Stoßrichtung Südost des IG-Farben-Konzerns liefert.

23 Zentralarchiv Tallinn, a. a. O., S. 17–19, Stellungnahme zu dem anonymen estnischen Bericht vom Oktober 1942, gez. Dr. Prentzel, Abschrift von Abschrift.

24 Ebenda.

25 BA, a. a. O., Bl. 27 u. 30, Durchschlag, gez. Reddehase.



sich bereits persönlich im Griesheimer Aufbereitungslabor vom Erfolg der dort angestellten Versuche überzeugt und so beeindruckt gezeigt, daß die Gutehoffnungshütte, die das IG-Verfahren ihrem Bauprojekt zugrundelege, begründete Aussicht auf Erhalt des Auftrages habe. Etwa 40 Prozent der Produktion seien für den Absatz in Estland und Finnland geplant. Für den Rest interessierten sich dem Vernehmen nach die Hermann-Göring-Werke. „Wir sehen Ihrer Mitteilung entgegen“, schließt das Schreiben an den Zentraleinkauf Berlin, „ob die Angelegenheit für Sie von Interesse ist und ob es Ihnen u. U. ratsam erscheint, sich durch unsere Beziehungen einen Teil der Produktion zu sichern. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß bei befriedigendem Aufbereitungserfolg einer Flotationsanlage eine weitere Produktionserhöhung stattfindet, wozu einerseits die Rohstoffreserven und andererseits der erhöhte deutsche Bedarf infolge der bevorzugten Verarbeitung deutscher, phosphorarmer Eisenerze ermutigen.“

Am 1. Juni 1939 fand dann in Düsseldorf eine grundsätzliche Beratung über die estnischen Phosphate statt, auf der die weitere taktische Linie festgelegt wurde, zunächst im engeren IG-Kreise und dann anschließend, auf Veranlassung von Dr. Fischer<sup>26</sup>, mit Vertretern der Gutehoffnungshütte.<sup>27</sup> Auf der ersten Besprechung berichtete C. von Kursell über die bisherigen Verhandlungen mit den estnischen Stellen. von Kursell war Zefi-Vertrauensmann der IG in Estland<sup>28</sup> und hatte am Zustandekommen der Absprachen mit der IG offenbar wesentlichen Anteil. Von seinem Wohnsitz in Tallinn, Weizenbergi 25, aus hielt dieser Sproß des deutsch-baltischen Großgrundbesitzeradels<sup>29</sup> das Sekretariat in Berlin NW 7 ständig über die Entwicklung in Estland auf dem laufenden, wie zum Beispiel aus einem an ihn gerichteten Schreiben dieses Sekretariats vom 16. Dezember 1936 hervorgeht, in dem es heißt, seine Mitteilungen über die chemische Industrie seien an die interessierten Stellen weitergeleitet worden.<sup>30</sup> Und Dr. Ilgner dankte ihm zur gleichen Zeit in einem Neujahrsbrief für seine „Mitarbeit in verflossenen Jahren an den Fragen, die uns als I. G. Berlin NW 7 besonders berühren“. Das Jahr 1936, schrieb er, hat „erneut die Zweckmäßigkeit unserer Gemeinschaftsarbeit bewiesen, die sich im Hinblick auf die besonderen Anforderungen, die im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan für das deutsche Auslandsgeschäft entstehen, auch in den nächsten Jahren wird bewähren müssen.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, auch im neuen Jahr durch Anregungen und Vorschläge an der Lösung der gestellten Probleme mitzuwirken, wo immer Sie es für nützlich halten.“<sup>31</sup>

26 Vermutlich Dr. E. R. Fischer von der IG Berlin NW 7, der ab 1. Januar 1940 neben seiner Tätigkeit als stellvertretender Leiter dieses IG-Farben-Büros gleichzeitig außertariflicher Angestellter des Reichswirtschaftsministeriums war.

27 BA, a. a. O., Bl. 35–38, Vertrauliche Aktennotiz v. 2. 6. 1939, Durchschlag, gez. Kolbe, gez. Wagner, gez. Erberich.

28 Ausführlich über Rolle und Bedeutung der Zefi-Vertrauensleute in dem von Max Ilgner aufgebauten und geleiteten Spionagesystem der IG siehe bei *Radandt, Hans*, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa, a. a. O., S. 173 f.

29 Über den Großgrundbesitz der Familie von Kursell und die Besitzverteilung der 491 baltischen Rittergüter bei Ausgang des ersten Weltkrieges in Estland siehe die Untersuchung von *Schilling, Erich Baron*, Der Rittergutsbesitz in Estland zur Zeit der Enteignung 1919, in: Baltische Hefte, Sonderheft 4 (1962), S. 1–25.

30 Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Potsdam, IG-Farben, Nr 113, Bl. 363, Durchschlag.

31 Ebenda, Bl. 361, Durchschlag. — Näheres zur Struktur und Bedeutung des Sekretariats NW 7 siehe *Radandt, Hans*, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa, a. a. O., S. 173 f.



Auch auf der zweiten Besprechung vom 1. Juni 1939, der „Hauptbesprechung mit den Herren der Gutehoffnungshütte im Verwaltungsgebäude der G.H.H., Düsseldorf“, zu der später noch der Direktor der Maschinenfabrik Franz Krull in Tallinn, von Essen, hinzugezogen wurde, gab von Kursell nähere Informationen, vor allem über Finanzierungsfragen, und nachdem die grundsätzliche Bereitschaft der IG zur Beteiligung durch Kreditgewährung bekundet worden war, einigte man sich über folgende nächste Schritte:

1. von Kursell sollte Dr. Fischer über die Unterredung informieren und ihm vorschlagen, daß er in Zusammenarbeit mit Dr. Plank von der G.H.H. die Frage der Finanzierung mit den Reichsstellen berate. Das Ergebnis sollte dann als Verhandlungsgrundlage in Estland dienen.
2. Bei der erforderlichen Untersuchung der Lagerstätte an Ort und Stelle sollte mit größter Gründlichkeit vorgegangen werden, auch wenn sich dadurch der Abschluß der Verhandlungen verzögerte. Das Laboratorium Griesheim sei zur Begutachtung bereit. Zur Vorbereitung sei jedoch Einsichtnahme in das „ganze Material der Esten“ erwünscht.<sup>32</sup>

Wie sehr den interessierten deutschen Stellen in dieser letzten Phase der unmittelbaren Kriegsvorbereitung das ganze Projekt „estnische Phosphate“ unter den Nägeln brannte, zeigt deutlicher als jeder Kommentar ein Schreiben, das Dr. E. R. Fischer in Berlin NW 7 mit Datum vom 5. Juni 1939 von Dr. Siedler (Abteilung Erze) erhielt und wovon der Absender auch dem IG-Direktor Dr. Moschel, Bitterfeld, einen Durchschlag zur Kenntnisnahme zuleitete.<sup>33</sup> Schienen sich die bisherigen Bemühungen der IG-Farben um die Besitzergreifung ausländischer Rohstoffquellen rein äußerlich in den Bahnen herkömmlichen, „normalen“ Kapitalexports zu bewegen, so zeigt vor allem die im folgenden zitierte Quelle, daß solcher Kapitalexport unter faschistischem Vorzeichen zwangsläufig den Charakter einer unmittelbaren, aggressiven Expansion annimmt. Anknüpfend an die Düsseldorfer Besprechung, von der Dr. Fischer inzwischen eine Aktennotiz erhalten hatte, schreibt Dr. Siedler zur grundsätzlichen Seite der Angelegenheit:

„Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß das Projekt rein privatwirtschaftlich gesehen wenig Anreiz bietet. Wenn Griesheim dennoch immer wieder auf dieses Projekt hingewiesen hat und ich mich darum ganz besonders freue, daß dasselbe nunmehr durch Ihre Initiative eifrig vorangetrieben wird, so geschah es von unserer Seite, weil die mir unterstellte Abteilung Erze es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansieht, die Versorgungsmöglichkeiten mit Rohstoffen für die I. G. aufmerksam zu verfolgen und Hinweise zu geben, falls darin Lücken zu entstehen drohen. *Und auf Grund unserer Kenntnis über die Verteilung der Phosphatvorräte in der Welt müssen wir immer wieder betonen, daß u. E. für das Reich und damit auch für die I.G. in Zeiten beschränkter Zufuhrmöglichkeiten die Lage auf dem Phosphatmarkte geradezu besorgniserregend ist.*

Da die wichtigsten Phosphat-Lagerstätten der Welt unter der Kontrolle der uns nicht günstig gesinnten Staaten stehen, so könnte nicht nur im A-Falle, sondern bereits bei einem Wirtschaftsboykott, selbst in der milderen Form von Strafzöllen, die Lage für uns bedrohlich werden. *Soweit wir es übersehen können,*

32 BA, a. a. O., Bl. 41.

33 Ebenda, Bl. 40-44.

*sind tatsächlich die Vorkommen estnischer Phosphate praktisch die einzigen mit einigermaßen bedeutsamen Vorräten, welche im Ernstfalle zu erreichen wären.* Es bedarf darum, wie wohl auch von allen Interessenten eingesehen wird, sehr sorgfältiger Abwägung, wieweit man von deutscher Seite allgemein bzw. der I. G. in besonderen zu Entgegenkommen und evtl. sogar zu finanziellen Opfern bereit ist, um diese Quelle sicherzustellen.“<sup>34</sup>

Dieser Brief ist ein konkretes Beispiel dafür, wie unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus „friedliche“ und gewaltsame Durchdringungsmethoden als Mittel zu ein und demselben Zweck alternierend eingesetzt werden. Als knapp zwei Monate später der Krieg begann, entfalteten alle interessierten deutschen Stellen die größte Betriebsamkeit, um das ganze Projekt so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. In einem von Dr. Moschel gezeichneten Schreiben vom 17. Januar 1940 an Dr. E. R. Fischer wird das Einverständnis bekundet, „daß sich die Abteilung Erze mit Untersuchungsarbeiten an den Phosphorit-Lagerstätten in Estland, deren Bedeutung für unsere Versorgung außer Zweifel steht, befaßt.“<sup>35</sup>

Aus einem Brief Dr. E. R. Fischers vom 11. März 1940 an die IG-Griesheim (Frankfurt/M.-Griesheim), die IG-Bitterfeld, die Bayerischen Stickstoffwerke (Piesteritz), die IG-Oppau und den IG-Direktor Dr. Bütetisch (Leunawerke) ersehen wir, wieweit die Angelegenheit zu diesem Zeitpunkt gediehen war, welche Rolle das Projekt in der Kriegführung des faschistischen Deutschland spielte und wie sich die IG die weitere Besitzergreifung der estnischen Phosphatindustrie dachte.<sup>36</sup> Nach einem kurzen Überblick über die technischen Fragen, die sich für die IG bei dem Bemühen um eine möglichst schnelle Ausnutzung des estnischen Phosphats mit seiner spezifischen Zusammensetzung und den sich daraus ergebenden Aufbereitungsschwierigkeiten ergaben, umriß Dr. E. R. Fischer die Gesamtproblematik wie folgt:

„Als im Spätsommer vorigen Jahres (1939 – R. Cz.) erkenntlich wurde, daß die Phosphat-Versorgung Deutschlands für 1940 wegen Devisenmangels gefährdet war, mußten Mittel und Wege gefunden werden, um eine möglichst noch im Laufe des Jahres 1940 wirksam werdende Lieferung von estnischen Phosphaten sicherzustellen. Es mußte also versucht werden, die Belieferung vor der Inbetriebnahme der Flotationsanlage zu ermöglichen. Dies konnte nur geschehen, wenn die Möglichkeit geschaffen werden konnte, auch niedrigerprozentige Phosphate zu verarbeiten. Diesen zur Lösung der Aufgabe erforderlichen Versuchen und Vorarbeiten widmete sich die Stickstoff-Abteilung Ludwigshafen in Zusammenarbeit mit Piesteritz. Erfreulicherweise ist es gelungen festzustellen, daß durch Siebung der Rohphosphate ein Material gewonnen werden kann, welches zur Verarbeitung geeignet ist.

Nachdem über die Verwendungsmöglichkeit niedrigerprozentiger Phosphate Klarheit geschaffen worden war, kam es darauf an, mit größter Beschleunigung entsprechende Anlagen in Estland zu erstellen. Hierfür liegen zwei Projekte vor.“ Als die eine Variante erwähnte Fischer die Möglichkeit, geeignete maschinelle Einrichtungen bei der Eesti Fosforiit zu schaffen, „wodurch wir von der Inbetriebnahme der Flotationsanlage zunächst unabhängig werden. Der Prüfung

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 41 f. (Hervorhebung von mir – R. Cz.).

<sup>35</sup> Ebenda, Bl. 71, Durchschlag.

<sup>36</sup> Ebenda, Bl. 88 f., Durchschlag.

dieser Frage dient die jetzt erfolgte Reise des Herrn Dr. Balz nach Estland.“ Das andere Projekt betreffe den seit langem beabsichtigten Erwerb eigener Phosphatkonzessionen in Estland mit dem Bau einer eigenen Flotationsanlage. Bei dem jetzigen Stand der Dinge müsse man aber für die Dauer des Krieges davon absehen, und es sei daher zunächst nur an eine Siebanlage gedacht. Einige Konzessionen habe man bereits an der Hand, und von Vertretern der Anorganischen Abteilung Griesheim seien sie auch schon begangen worden. Nach Ende der Frostperiode seien Abschlußbohrungen geplant, die über die von der IG zu belegenden Konzessionen entscheiden würden.<sup>37</sup>

Zum Verständnis der weiteren Entwicklung der IG-Aktivität in Estland ist es notwendig, kurz einen Blick auf die damalige innere Situation in diesem Lande, auf die Beziehungen seiner herrschenden Kreise zum faschistischen Deutschland und auf die Ereignisse des Jahres 1940 bis zur Wiedererrichtung der Sowjetmacht zu werfen.

Um zu verstehen, weshalb die deutschen Expansionsbestrebungen im damaligen Estland auf so günstigen Boden fielen, muß man sich vergegenwärtigen, daß dieses Land allein schon von seiner gesellschaftlich-politischen Struktur her anfällig war für jegliche Einflüsse des faschistischen Deutschland. „Eine charakteristische Besonderheit des politischen Kurses der estnischen Bourgeoisie in den dreißiger Jahren war die unablässige Annäherung an Hitlerdeutschland, was schließlich zu einer völligen Abhängigkeit der estnischen bürgerlichen Regierung von der faschistischen Regierung Deutschlands führte.“<sup>38</sup> Die Faschisierung der estnischen gesellschaftlichen Verhältnisse jener Zeit, die eng mit der verstärkten Einflußnahme Deutschlands auf das ganze Baltikum verbunden war, erleichterte die deutschen Expansionsbestrebungen – vor allem seit dem Frühjahr 1934, nach dem faschistischen Umsturz in Estland.<sup>39</sup> Von diesem Zeitpunkt an erfuhr der Warenaustausch zwischen Estland und Deutschland, der von estnischer Seite hauptsächlich durch die Lieferung von Agrarprodukten und Erzeugnissen der Ölschieferindustrie gekennzeichnet war, einen starken Aufschwung.

Von 1935 an datieren die estnischen Historiker eine neue Etappe der deutschen ökonomischen Expansion in Estland. Zwei wichtige strategische Rohstoffe gerieten in erheblichem Maße unter die Kontrolle deutscher Monopole: Zellulose und Ölschiefer.<sup>40</sup> Eines der drei großen privatkapitalistischen Ölschieferunternehmen Estlands, die Estnische Steinölgesellschaft, war mit deutschem Kapital aufgebaut worden, und später, während der Okkupation des Landes, rechnete man sich in Kreisen der deutschen Zivilverwaltung, die sich ja schon auf künftigen deutschem Reichsboden wähnte<sup>41</sup>, frohlockend aus, daß die Ölausbeute auf der Basis des estnischen Ölschiefers nach Vorkriegsmaßstäben ausreichen würde,

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> *Ožerki Istorii Kommunističeskoj Partii Estonii* (Abriss der Geschichte der Kommunistischen Partei Estlands), T. 2 (1920–1940), unter d. Red. v. A. Pankseev u. M. Pesti, Tallinn 1963, S. 297.

<sup>39</sup> Näheres zur politisch-gesellschaftlichen Gesamtsituation dieser Zeit in Estland siehe ebenda, Kapitel 12 (Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Estlands für den Zusammenschluß der Volksmassen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur [1934–1939]).

<sup>40</sup> Ebenda, S. 298.

<sup>41</sup> Siehe Aktenvermerk v. 16. 7. 1941 über eine Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring im Führerhauptquartier, als Dok. 221-L abgedr. in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946*, Bd 38, Nürnberg 1948, S. 88–94. – „Der Führer betont, das gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden.“ (Ebenda, S. 89.)

„um den Gesamtbedarf Großdeutschlands auf die Dauer von etwa 150 Jahren zu decken.“<sup>42</sup> Hinzu kam, daß „sich die Gewinnung von Mineralölen aus Brennschiefer immer noch erheblich billiger stellt(e) als die Erzeugung von Mineralölen aus Steinkohle oder Braunkohle nach den modernsten im Reich angewandten Verfahren.“<sup>43</sup>

Die wesentlich von strategischen Erwägungen diktierte Einflußnahme des deutschen Kapitals in Estland war so stark, daß die 1937/38 beginnende neue Wirtschaftskrise „auf Grund des Wachstums der Produktion in den Zweigen, die mit der Rüstungsindustrie Deutschlands verbunden waren“, nicht die gesamte estnische Industrie erfaßte. „Aber das führte zu einer noch größeren Unterordnung der Wirtschaft Estlands unter die Bedürfnisse der Hitlerschen Kriegsmaschine.“<sup>44</sup>

Alle ökonomischen, politischen und militärischen Pläne, deren Verwirklichung sich das faschistische Deutschland im ersten Kriegsjahr in Estland greifbar nahe glaubte<sup>45</sup>, wurden jedoch mit einem Schläge gegenstandslos, als die Völker Estlands, Lettlands und Litauens im Juni 1940 ihre Diktaturregime stürzten. In Estland begann die sozialistische Revolution am 21. Juni 1940, und am 6. August desselben Jahres nahm der Oberste Sowjet der UdSSR das Land offiziell als Estnische Sozialistische Sowjetrepublik in den Verband der Sowjetunion auf – was der „weiteren Geschäftsverbindung mit der Eesti Fosforiit ein Ende“ machte, wie IG-Direktor Dr. Lang dazu lakonisch in einem Rückblick Anfang 1943 schrieb.<sup>46</sup>

Rund ein Jahr blieben die estnischen Ressourcen dem Zugriff des deutschen Imperialismus entzogen, bis mit dem Überfall auf die Sowjetunion auch die IG in Estland erneut zum Zuge kam. Nun brauchte man in der Volkswirtschaftlichen Abteilung nicht länger mehr „auf neue Ereignisse und auf neue Sondermeldungen mit Fanfaren“ zu warten und sich den Kopf darüber zu zerbrechen, „welche Fanfaren nun anstelle des ‚Prinz Eugen‘ kommen“ würden.<sup>47</sup> Die „besten Truppen der Welt“ drangen ja nun „in den weiten russischen Raum nach Osten vor, um dem weltgeschichtlichen Kampf seinen ursprünglichen Sinn zurückzugeben“<sup>48</sup> – und dieser Sinn bestand unter anderem darin, „das, was man benötigt und nicht hat“, zu erobern.<sup>49</sup>

42 Klau, Friedrich, Estlands „braunes Gold“, in: Revaler Zeitung v. 14. 2. 1942.

43 Ebenda.

44 *Ožerki Istorii Kommunističeskoj Partii Estonii*, a. a. O., S. 299.

45 Näheres über die Paktiererpolitik des bürgerlichen estnischen Diktaturregimes gegenüber dem faschistischen Deutschland 1939–40 siehe 1940 *Aasta Sotsialistlik Revolutsioon Eestis* (Die sozialistische Revolution des Jahres 1940 in Estland), Tallinn 1960, russ. Resumé S. 451–465; ferner die sehr materialreichen Aufsätze von Martinson, Erwin, Richard Maasing – estonskij Kvisling (Richard Maasing – ein estnischer Quisling), in: Sovetskaja Estonija, Nr 9, v. 11. 1. 1963, und Barkov, L., Prestupnye Svjazi (Verbrecherische Verbindungen), in: ebenda, Nr 222, v. 19. 9. 1965; dergleichen Kruus, H., Kondanliku Eesti diktatuurivoimu välispoliitika seoses Teise Maailmasoja some arenemisega 1939–1940. a. (Die Außenpolitik des bürgerlichen Estland 1939/40 im Zusammenhang mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges), in: Eesti NSV Teaduste Akadeemia, Teaduslik Sessioon 23.–29. Aprillini 1947. a. (Akademie der Wissenschaften der Estnischen SSR, Wissenschaftliche Tagung 23.–29. April 1947), Tartu 1948, russ. Resumé S. 260–266.

46 Zentralarchiv Tallinn, a. a. O., Bl. 20–22, Stellungnahme für das Reichswirtschaftsministerium zu dem anonymen estnischen Schreiben, hier Bl. 20, Abschrift von Abschrift.

47 Formulierungen aus einem der turnusmäßigen „Feldpostbriefe“ der Vowi an ihre zur Wehrmacht eingezogenen Mitarbeiter v. 9. 5. 1941, unmittelbar nach der Okkupation Jugoslawiens (DZA Potsdam, IG-Farben, Nr 778, Bl. 46, Abschrift).

48 Aus einem analogen „Feldpostbrief“ von Anfang Juli 1941 (ebenda, Bl. 44, Abschrift).

49 Aktennotiz von General Thomas v. 20. 6. 1941 über eine „neue Auffassung des Führers“, die ihm Minister Todt am gleichen Tage „ausgeführt und Feldmarschall Keitel in einem anschließenden Vortrage bestätigt“ hatte, Dok. 1456-PS, Fall 11, ADB 122 A (ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall 11, Nr 415, Bl. 40–42, hier

Eines der ersten Objekte, die im Zuge der Besetzung des sowjetischen Baltikums unmittelbar in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt wurden, war die estnische Phosphatindustrie mit ihrem Kernstück, der Eesti Fosforiit. „Nach Lage der Dinge“, schrieb Dr. Prentzel als Vertreter des Wirtschaftsstabes Ost über die Vorgänge von der Besetzung bis Ende 1942, „könnte für die Betreuung (! – R. Cz.) des Werkes nur die I. G. in Frage kommen. Von der Wi In Nord wurde daher das Werk Piesteritz (phosphorerzeugender Betrieb der I. G.) veranlaßt, einen sachverständigen Ingenieur zu entsenden, um die wichtigsten Tagesanlagen, darunter die Sieberei, so schnell wie möglich in Gang zu setzen . . .“ Nachdem ein „Betriebsplan“ zwischen Vertretern des Vierjahresplans (Dr. Pohland), der Wirtschaftsinspektion Nord (Dr. Prentzel) und der Kollaborationsverwaltung abgesprochen worden war, der „als wichtigste Punkte die Inangsetzung der Sieberei und die Erstellung eines Verladesilos im Hafen von Reval vorsah“, mußte man feststellen, daß die Ausbeute keineswegs so reichlich war, wie es die deutschen Kriegserfordernisse wünschenswert erscheinen ließen. Dabei hatte gerade zu dieser Zeit die „Besetzung von Nordafrika durch die Feindseite . . . die entscheidende Bedeutung der estnischen Vorkommen für die deutsche Phosphatversorgung noch besonders klar hervortreten lassen“, und es waren „von der Dienststelle Professor Krauch inzwischen Pläne in Vorbereitung, die eine Ausdehnung der Erzeugung weit über den früher geplanten Rahmen“ vorsahen.<sup>50</sup>

In diesem Zusammenhang „wurde vom Ostministerium im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium der Entschluß gefaßt, die Eesti Fosforiit, die bisher von der I. G. nur in Form einer losen Patenschaft betreut worden war, nunmehr diesem Konzern in Treuhandschaft zu geben mit der Verpflichtung, alle zur Verfügung stehenden Mittel zur schnellsten Steigerung der Leistungsfähigkeit des Werkes einzusetzen.“ Es wurde ein offizieller Treuhandvertrag abgeschlossen „und seitens der I. G. Herrn Direktor Dr. Lang von der I.G.-Bitterfeld die verantwortliche Aufsicht über die Eesti Fosforiit übertragen.“<sup>51</sup> Alle Forderungen der darüber verärgerten Kollaborationskreise, das einheimische Phosphorit im Interesse der eigenen Landwirtschaft auf estnischen Böden zu verwenden<sup>52</sup>, hätten abgelehnt werden müssen, „weil in erster Linie die Versorgung des Reiches mit Phosphor für kriegschemische Zwecke durch Mitverwendung von Phosphorit sichergestellt werden muß und phosphorsäurehaltige Düngemittel, die heute nur unzureichend im europäischen Raum zur Verfügung stehen, dort eingesetzt werden müssen, wo sie nach Meinung der Landwirtschaft größtmöglichen Ertrag versprechen.“<sup>53</sup>

Die Beauftragung Dr. Langs mit der „verantwortlichen Aufsicht“ über die Eesti Fosforiit war vom Standpunkt der beteiligten deutschen Stellen eine logische

Bl. 40). „Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind. Es ist unmöglich alles was uns fehlt durch synthetische Verfahren oder sonstige Maßnahmen selbst herstellen zu wollen . . . Das Ziel muß also sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberung zu sichern.“ (Ebenda.)

50 Zentralarchiv Tallinn, a. a. O., Bl. 17.

51 Ebenda, Bl. 18.

52 Zur spezifischen Problematik der bürgerlich-nationalistischen Kollaboration in Estland und ihrer Vorgeschichte vgl. die außerordentlich materialreiche, mit umfangreichen biographischen Daten versehene Dokumentation von *Martinson, Erwin*, Slugi Svastiki (Diener des Hakenkreuzes), Tallinn 1962.

53 Zentralarchiv Tallinn, a. a. O., Bl. 18.



Entscheidung. 1892 in Würzburg geboren, hatte Dr. Lang als Fachmann und befähigter Manager eine kontinuierliche Laufbahn innerhalb des Konzerns hinter sich, die ihn in die Reihe der IG-Direktoren hatte aufrücken lassen. Als Direktor des IG-Werkes Bitterfeld hatte er in allen Stadien der Aneignung der estnischen Phosphate genauen Überblick über den Stand der Dinge. Sein Büro erhielt Abschriften, Durchschläge oder Auszüge aller wichtigen Briefe, Aufzeichnungen und Aktennotizen, die die estnischen Phosphatvorkommen und die Eesti Fosforiit betrafen.<sup>54</sup>

Aus seinem Bericht an das Reichswirtschaftsministerium vom 9. 1. 1943 geht hervor, wie die IG den übernommenen Betrieb so schnell wie möglich in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft zu stellen gedachte. Die seinerzeit geplante Flotationsanlage war bei der Besetzung des Landes noch nicht fertiggestellt. Die IG drängte daher auf schnellstmögliche Fertigstellung der Sieberei und den Bau der Flotationsanlage in zwei Hälften nacheinander. „Nach diesem Programm wurde gearbeitet“, schrieb Dr. Lang. Die Belegschaft zähle (Anfang 1943) über 400 Männer und Frauen – aber es gebe einen bedenklichen „Engpaß der Produktion“: den Mangel an Bergarbeitern. „Die Hoffnung auf ukrainische Bergarbeiter, die wir bei unserer Planung im Mai 1942 hatten, hat sich vollständig zerschlagen ...“<sup>55</sup>

Und ebenso zerschlugen sich die Hoffnungen auch im großen. Die Wende von Stalingrad, die sich zur Zeit der Abfassung dieses Berichtes von Dr. Lang schon klar abzeichnete, wies auch der weiteren Entwicklung auf dem Schauplatz der okkupierten Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik zwingend die Richtung. Im Frühjahr 1943 rechnete man zwar noch mit einer Plankapazität der Eesti Fosforiit von 120 000 jato angereichertem Phosphorit und 50 000 jato Superphosphat<sup>56</sup>, aber schon das nächste Jahr ließ alle deutschen Illusionen wie Seifenblasen platzen. Während man in den Dienststellen des Okkupationsapparates mit bürokratischer Akribie Zeittafeln für „Räumungs-, Lähmungs- und Zerstörungsmaßnahmen“<sup>57</sup> aufstellte, warf der Vormarsch der Roten Armee alle Pläne der Okkupanten über den Haufen. „Am 18. September teilte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord Generalkommissar Litzmann mit, daß eine planmäßige Rückverlegung der Narwafront nicht mehr möglich sei, sondern daß die Truppen eiligst zurückgenommen werden müßten.“ Zur „Durchführung der RLZ-Maßnahmen“ blieb der „Gebietskommissar Reval-Stadt“ mit einer Reihe von Mitarbeitern des Generalkommissars vorerst in der estnischen Hauptstadt zurück, wurde aber zum Leidwesen seiner Vorgesetzten in seiner Zerstörungswut „noch durch einen schweren Luftangriff“ beeinträchtigt. Von den Ölschieferwerken und der Eesti Fosforiit glaubte der „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“, Alfred Rosenberg, allerdings seinem Führer melden zu können, sie seien „durch Wehrmachtseinheiten unter Mitwirkung der Werkleitungen so nachhaltig zerstört“ worden, daß eine „Wiederinbetriebnahme“ nicht mehr in Frage käme.<sup>58</sup>

54 BA, a. a. O., vgl. auch die Personalakte Dr. Lang, ebenda, Nr PA 3560.

55 Zentralarchiv Tallinn, a. a. O., Bl. 21 f.

56 Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Vowi-Arbeiten IG-Farben, Nr 185, Vorläufiges Verzeichnis der chemischen Fabriken im Generalkommissariat (irrtümlich statt Reichskommissariat – R. Cz.) Ostland, 25. 3. 1943 (Vowi 4838), S. 2.

57 Offizielle Abkürzung: RLZ-Maßnahmen.

58 Rosenbergs „Meldung für den Führer über die Räumung des Generalbezirks Estland“ v. 28. 9. 1944, Dok. NG-1094, Fall 11, ADB 80 (DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall 11, Nr 362, Bl. 240–245).



Der Griff der IG-Farben nach den estnischen Phosphoritlagern und -aufbereitungsstätten war damit endgültig abgeschlagen, aber das Erbe, das die Okkupanten hinterließen, war in der Tat eine schwere Bürde. In der Gemeinschaft der sowjetischen Brudervölker ging das estnische Volk jedoch mit bewundernswürdigem Elan daran, sein ausgeblutetes, ausgeraubtes Land wieder aufzubauen; dort anknüpfend, wo es nach einem Jahr Sowjetmacht durch den Überfall des faschistischen Deutschland unterbrochen wurde, unternahm es erfolgreiche Anstrengungen, um neben der von jeher als leistungsfähig bekannten Landwirtschaft eine in sich ausgewogene, ebenso leistungsfähige Industrie aufzubauen. Die erst mit dem sozialistischen Aufbau möglich gewordene planmäßige und rationelle Erschließung der spezifischen Bodenschätze Estlands – Phosphorite und Ölschiefer – führte zu einem raschen, eindrucksvollen Aufschwung der chemischen Industrie. Auf der Basis von Natur- und Schiefergas entstanden moderne sozialistische Betriebe, darunter das erst in der Zeit der Sowjetmacht erbaute Chemiekombinat Maardu, das die estnische Landwirtschaft mit mineralischen Düngemitteln versorgt. Die erkundeten Vorkommen an Phosphoriten in der Estnischen SSR werden gegenwärtig mit 261,7 Millionen Tonnen angegeben, wovon 43 Millionen Tonnen auf die Vorkommen von Maardu entfallen, die in solchem Maße die Begehrlichkeit des faschistischen Deutschland auf sich zogen. Weitere Lagerstätten wurden im Kreise Aseri, bei Ülgaste und an anderen Orten ermittelt.<sup>59</sup> Der rasche und kontinuierliche Aufschwung, den gerade die Produktion von mineralischen Düngemitteln in der Estnischen SSR nach dem Krieg genommen hat, spiegelt sich in folgenden Angaben wider:

*Produktion mineralischer Düngemittel in der Sowjetunion als ganzes und einigen Republiken<sup>60</sup>*

in 1000 t

Territorium	1940	1950	1955	1958	1960	1965 Plan- ziffern	1958 kg pro Kopf der Bevölkerung
UdSSR insgesamt	3237,5	5497,1	9669,2	12419,5	13800	35000	60,1
Belorussische SSR	13,2	—	—	—	—	600	—
Litauische SSR	—	11,5	46,2	—	—	600	—
Lettische SSR	46,8	176,8	285,8	315,2	323,6	390,0	150,1
Estnische SSR	—	77,9	143,1	404,9	464,6	660,0	337,4

Von besonderem Interesse im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist bei diesen Gesamtangaben natürlich die spezielle Entwicklung auf dem Gebiet der Phosphatgewinnung. Die Erzeugung von Phosphatmehl und Superphosphat seit dem zweiten Weltkrieg zeigt die auf Seite 214 abgedruckte Tabelle.

So dient die Phosphaterzeugung Estlands, deren Aneignung und Nutzung einst im Interesse des deutschen Imperialismus in der Zentrale der IG Farbenindustrie AG für den Krieg geplant und gelenkt wurde, heute friedlichen Aufbauzwecken. Sie trägt wesentlich zur Verwirklichung der Beschlüsse des XXIII. Parteitag

<sup>59</sup> Veimer, A., a. a. O., S. 157.

<sup>60</sup> Nach ebenda.

der KPdSU bei, die für die sowjetische Landwirtschaft eine rasche Erweiterung ihrer materiell-technischen Basis, unter anderem durch verstärkte Chemisierung und eine Steigerung der Mineraldüngerproduktion auf 62 bis 65 Millionen Tonnen bis 1970, vorsehen.

*Erzeugung von Phosphatmehl und Superphosphat in der Estnischen SSR 1945 bis 1964<sup>61</sup>*

in 1000 t

Produkt	1945	1950	1955	1958	1960	1963	1964
Phosphatmehl	2,5	77,9	143,1	192,0	211,6	236,5	317,7
Superphosphat	—	—	—	212,9	253,0	378,4	456,2

<sup>61</sup> Nach *Sovetskaja Ėstonija za 25 let. Statističeskij sbornik* (25 Jahre Sowjetestland. Statistischer Sammelband), Tallinn 1965, S. 44.

# Der Quedlinburger Dom als Kultstätte der SS

VON WILLI SCHULZE

mit einer Vorbemerkung von LOTTE ZUMPE

Der Quedlinburger Dom, dessen Baugeschichte in das 9. Jahrhundert zurückreicht und der in seiner frühesten Zeit mit dem Namen Heinrich I. verbunden ist, begann gerade aus diesem Grunde Mitte der dreißiger Jahre eine nicht unwesentliche Rolle für die SS zu spielen. Als diese 1935 von den Feierlichkeiten hörte, die die Stadt Quedlinburg zum tausendjährigen Todestag Heinrichs I. vorbereitete, sah Himmler hier ganz offenbar eine Gelegenheit, seinen Germanenkult, der im Zusammenhang mit der Rassen- und Herrenmenschenideologie eine der gefährlichsten Theorien der schwarzen Verbrecher war, in einem gegenständlichen und zudem ehrwürdigen Objekt zu manifestieren. Da die zuständige Kirchengemeinde keineswegs gewillt war, der SS ohne weiteres Platz zu machen, begannen Jahre andauernde Auseinandersetzungen, die von seiten der SS mit hinterhältigen und kriminellen Mitteln geführt wurden.

Im Rahmen dessen, was unter der faschistischen Herrschaft durch die SS geschah, ist das, was in Quedlinburg vor sich ging, eine Episode. Nimmt man es als Auseinandersetzung zwischen einer Kirchengemeinde und der SS, so ist das ganze geradezu unbedeutend und liegt völlig am Rande dessen, was die SS als ihre eigentliche Aufgabe betrieb: die soziale und physische Vernichtung der politischen Gegner und der sogenannten rassisch Minderwertigen. Erfährt man die „Quedlinburger Episode“ aber als Teil der ideologischen Aufrüstung, so rückt sie näher zum Mittelpunkt, als man zunächst glauben möchte, ja, so tritt sie in enge Beziehung zu den Verbrechen der SS.

Himmler selbst äußerte sich 1937 über Sinn und Zweck der „historisch-wissenschaftlichen“ Ambitionen der SS sehr aufschlußreich: „Das Rasse- und Siedlungsamt ist praktisch auch das wissenschaftliche Amt zur Frage der Ausgrabungen, der Vorgeschichte, mit der wir uns sehr eingehend beschäftigen. Wir betätigen uns auch praktisch bei den Ausgrabungen, so zum Beispiel in Ostpreußen. Dort haben wir bei Altchristburg eine große Befestigung von 30 Morgen ausgegraben. Diese Ausgrabung ist politisch wichtig und wertvoll. Deswegen sind wir ja auch darangegangen.“ Nach einigen Ausführungen über Grabungen fährt er dann fort: „Diese Dinge interessieren uns, weil sie im weltanschaulichen und politischen Kampf von größter Wichtigkeit sind. Es ist mein Ziel, daß möglichst im Bereich jeder Standarte ein solcher kultureller Mittelpunkt deutscher Größe und deutscher Vergangenheit gezeigt werden kann, daß er wieder in Ordnung gebracht und in einen Zustand versetzt wird, der eines Kulturvolkes würdig ist, wie z. B. die Externsteine oder der Sachsenhain bei Verden, wo 4500 Sachsen hingemordet

wurden. Wir haben dort aus 4500 Findlingen, die aus 4500 niedersächsischen Dörfern hergeschafft wurden, einen sehr schönen Hain mit Häusern geschaffen.“ Mit einigen Tiraden verlegt Himmler nun großzügig die Geschichte Deutschlands um etliche hundert Jahre zurück und betont dann noch einmal den Zweck all dieser Anstrengungen auf historischem Gebiet: „Wir wollen dem einzelnen Mann in seiner Gegend zeigen, gleich, ob er im Osten oder Westen Deutschlands wohnt: Was hier in der Erde liegt, und was wir dann wieder heraufschaffen, ist schöpferische Tat deiner Vorfahren gewesen. Wir können heute im Westen zeigen, daß Armin nicht irgendein wilder Hordenführer war, sondern daß der Kampf damals geführt wurde mit höchsten militärischen Leistungen, mit allerbesten Befestigungen damaliger Zeit, von Germanen geschaffen. Das ist der Sinn unserer Beschäftigung, unserer wissenschaftlichen und kulturellen Beschäftigung mit der Vorgeschichte, die uns so in unendlich vielen Fragen angeht.“<sup>1</sup>

Es ging nicht um wissenschaftliche Genauigkeit, um historische Wahrheit – die Dokumente aus dem Quedlinburger Stadtarchiv beweisen es eindeutig –, es ging darum, alte Kultur in politisches Falschgeld umzumünzen, mit dem man die Menschen zu bestechen suchte. Sie sollten glauben, daß die SS im Namen dieser alten Kultur handelt und die von ihr begangenen Verbrechen deshalb keine Verbrechen sind; sie sollten nicht sehen, daß hinter all dem die eigentlichen Herren standen, die von dem Terror und den Verbrechen der SS profitierten. Diese Herren, die einflußreichsten Männer der Wirtschaft, waren es auch, die Himmler als Mitglieder seines „Freundeskreises“ im Laufe der Jahre Millionen schenkten, mit denen er unter anderem eben diese Kulturdenkmäler, ihre Erhaltung und ihren Umbau, finanzieren konnte. Für den Ausbau der Wewelsburg (Westfalen) zum Beispiel, die – einst alter und mächtiger Sitz der Bischöfe von Paderborn – zu einer Kultstätte der obersten SS-Führer werden sollte, hat allein die Dresdner Bank mehr als 12 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, gegen eine Deckung, die in nichts anderem als einer „Garantieerklärung des Reichsführers-SS“ bestand.<sup>2</sup> Die Herren, die in den Vorstandssitzungen der Dresdner Bank die Millionenkredite der SS vertraten und durchsetzten, waren Mitglieder des „Freundeskreis Himmler“.<sup>3</sup> Sie alle wußten, wofür sie ihr Geld gaben, und sie wußten auch, daß es sich mehr als bezahlt für sie machte.

In diesem Zusammenhang ist es gerechtfertigt, daß die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen der alljährlich im Quedlinburger Dom stattfindenden König-Heinrich-Gedächtnisfeier abspielten, die durch die Zweifel an der Legende um das angebliche Grab Heinrichs I. entstanden, anhand der im Stadtarchiv zu Quedlinburg liegenden Dokumente nachgezeichnet und belegt werden. Und es ist außerdem nicht zuletzt deshalb gerechtfertigt, weil heute in Westdeutschland die alten Vertreter dieser verbrecherischen Organisation immer offener und mit staatlicher Duldung ihre Rehabilitierung fordern, weil sie, wenn

1 Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937. (Nur für den Dienstgebrauch der Wehrmacht): Vortrag Himmlers über Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei, als Dok. PS-1992-A, in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946*, Bd 29, Nürnberg 1948, S. 225/226.

2 Bericht über die der SS zugehörigen „Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler e. V.“, Berlin o. J., Dok. No-1573, Fall XI, ADB 149-B (Archivum Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa).

3 Affidavit Oswald Pohl v. 20. 12. 1946 über die Verbindungen der SS zur Dresdner Bank. Dok. NID-10238, Fall XI, ADB 149-A (ebenda).

endlich doch noch vor ein Gericht gestellt, mit solcher Milde behandelt werden, daß es einer Verhöhnung ihrer unzähligen Opfer gleichkommt – und weil eben dieser westdeutsche Staat darin keinen Widerspruch zu seinen offiziellen proklamierten christlich-demokratischen Grundsätzen sieht.

LOTTE ZUMPE

In den folgenden Ausführungen<sup>1</sup> wird anhand authentischer Dokumente aus dem Stadtarchiv Quedlinburg über Vorgänge berichtet, die sich Mitte bis Ende der dreißiger Jahre um die Stiftskirche und die St. Wiperti-Kirche in Quedlinburg zwischen der SS und den Vertretern des Gemeindegemeinderates zugetragen haben. Zuvor soll jedoch eine kurze Darstellung der baulichen Entwicklung der beiden Kirchen gegeben werden.<sup>2</sup>

Die früheste Baugeschichte der St. Wiperti-Kirche ist in kurzen Sätzen umrissen: Im 9. Jahrhundert erfolgte ihre Gründung, 936 war sie erste Klosterkirche mit Krypta der Benediktinermönche, von 1148 an wurde sie durch Prämonstratenser im romanischen Stil neu erbaut, wobei die Krypta in der alten Form erhalten blieb, aus der Zeit um 1265 datieren die frühgotischen Erweiterungsbauten, die Errichtung des Nordwestturmes und das nördliche Seitenschiff. Die Kirchtürme wurden um 1336 nach einer Fehde mit den Regensteinern zerstört. Im Bauernkrieg flohen die Mönche, um sich vor den um ihre Freiheit kämpfenden Bauern in Sicherheit zu bringen. Das zum Kloster gehörende Stiftsgut wurde im 17. Jahrhundert verpachtet. Die Klosterkirche diente bis 1812 Vorstadtgemeinden als Gemeindegemeinde, danach wurde sie der Stadt übergeben, welche sie 1816 an den Pächter des Gutes für 1900 Taler verkaufte, der sie als Scheune nutzte. Als im Jahre 1954 die katholische Kirchengemeinde den Rat der Stadt bat, ihr die St. Wiperti-Kirche für kirchliche Zwecke zu überlassen, wurde diesem Wunsche stattgegeben. Die Restaurierung erfolgte zum großen Teil mit staatlichen Mitteln, und am 12. April 1959 konnte sie ihrer Bestimmung übergeben werden. So arbeiteten der sozialistische Staat und die Kirche in gutem Einvernehmen, um dieses historische Bauwerk zu erhalten.

Die St. Servatii-Kirche, auch Stifts- oder Schloßkirche genannt, ist aus der kleinen alten Peterskirche, der jetzigen Krypta, entstanden. Die mit dem Jahre 997 begonnenen Erweiterungsbauten wurden am 24. September 1021 in Gegenwart Kaiser Heinrichs II. und zahlreicher Bischöfe eingeweiht. Bei einem Brande wurde die Kirche im Jahre 1070 zerstört, um 1100 begann man, sie wieder aufzubauen, und 1129 wurde sie dann in König Lothars Anwesenheit eingeweiht. Der Umbau des hohen Chors im gotischen Stil erfolgte im 14. Jahrhundert unter der Äbtissin Jutta von Kranichfeld. In den folgenden Jahrhunderten wurden weitere bauliche Veränderungen und Erweiterungsbauten durchgeführt. 1812

<sup>1</sup> Für diese Arbeit wurden Teile einer kurzen Darstellung von F. R. Hildebrandt mit verwandt, dessen Angaben sich mit den Unterlagen des Stadtarchivs Quedlinburg decken.

<sup>2</sup> Die kurze Darstellung der Baugeschichte beruht auf dem Werk von *Brinkmann, Adolf*, Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises und der Stadt Quedlinburg, Berlin 1922.

schenkte Jérôme von Westfalen dem seiner Herrschaft unterstehenden Quedlinburg die St. Servatii-Kirche. Durch den Vertrag vom 20. April 1854 wurde die Kirche wieder Staatseigentum. Auf diesen Vertrag berief sich die Kirchengemeinde im Verlaufe ihrer späteren Auseinandersetzungen mit den Faschisten. Aus diesem Grunde soll der § 4 des Vertrages wörtlich zitiert werden:

„Der St. Servatii-Kirchengemeinde verbleibt das Recht, ihren Gottesdienst in der Schloßkirche ebenso, als sei dieselbe noch ihr Eigentum, für immer abzuhalten und die Kirche zu den kirchlichen Zwecken ganz wie bisher ungeschmälert für immer zu benutzen, ohne in irgend einer Weise in diesem Besitze und Genuße beeinträchtigt und beunruhigt werden zu dürfen.“<sup>3</sup>

In den Jahren 1878/79 wurde der Turm abgebrochen und 1882 der Neubau zweier Türme beendet. Am Ende des zweiten Weltkrieges wurden die Turmhelme noch durch Artilleriebeschuß beschädigt. Ihre Restaurierung erfolgte in den Jahren 1946/48.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der König-Heinrich-Feiern am 2. Juli 1936 war von der SS erwogen worden, das Kloostergut St. Wiperti zur Schaffung einer SS-Bauernsiedlung zu erwerben. Dies geht aus einem streng vertraulichen Bericht des SS-Brigadeführers Dr. Reischle vom 24. Oktober 1935 an Himmler hervor, in dem es unter anderem heißt:

„Ich schlage vor, in Verbindung mit dem Reichsnährstand in Quedlinburg auf dem St. Wipertihof (das frühere Königsgut Heinrich I.) die erste geschlossene SS-Siedlung zu errichten. Der Hof, am Fuße von Burg und Dom gelegen, scheint käuflich zu sein. Zu dem Hofe gehört, heute als Scheune benutzt, die frühere St. Wipertikirche, deren Krypta, die bis vor kurzem als Keller benutzt, eine der ältesten in Deutschland darstellt. Man könnte bei Aufsiedlung des Gutes die frühere Kirche zum Gemeinschaftshaus der Siedlung umgestalten und die Krypta als ein bestimmt in die vorchristliche Zeit zurückreichendes Heiligtum erhalten. Die SS-Siedler aber wären die Leibgarde, die symbolisch am Grabe Heinrichs die dauernde Totenwache übernommen haben.“<sup>4</sup>

Der Gedanke, eine SS-Siedlung im Wipertigut Quedlinburg zu errichten, wurde weiterverfolgt, was aus einer Aktennotiz des SS-Hauptsturmführers Weigel vom 24. Januar 1936 hervorgeht. Jedoch ging nicht alles so glatt, wie man hoffte, so daß von einem Erwerb des Gutes zunächst Abstand genommen und für die Feierlichkeiten nur die Krypta hergerichtet wurde. Für diesen Zweck wurde zwischen dem Besitzer des Gutes und der SS am 18. April 1936 ein Mietvertrag über die Krypta und einige näherbezeichnete Teile der Kirche selbst abgeschlossen.

Nach den Feiern im Juli 1936 griff die SS ihr Vorhaben wieder auf. Der Chef des SS-Siedlungsamtes teilte dem Reichsernährungs-Ministerium mit, daß der Reichsführer SS erwogen habe, das Wipertigut im Wege der Neuschaffung deutschen Bauertums unter Ansetzung von SS-Neubauern zu erwerben. SS-Untersturmführer Dr. Schmidt vom Rasse- und Siedlungshauptamt in Berlin hatte von Himmler den mündlichen Befehl erhalten, die Verhandlungen wegen des Ankaufs des Gutes zu führen.

3 Akten X. A. 10/I, Bl. 75.

4 Akten XI 363/V, Bl. 2.



Um die gleiche Zeit waren die Junkers-Werke im Einvernehmen mit dem Reichsluftfahrt-Ministerium bemüht, vierhundert Morgen Land des Gutes für die Errichtung eines Propellerwerkes zu erwerben. Außerdem beanspruchte die Luftwaffe für die Anlage eines Exerzierplatzes 320 Morgen Land der südlichen Feldmark der Stadt, davon entfielen etwa hundert Morgen auf Ländereien des Wipertigutes. Die SS glaubte nun, diese Umstände für ihre eigenen Ziele vorteilhaft nutzen zu können. Einige Sätze aus dem Schreiben des Stabsführers beim Chef-Adjutanten Himmlers, SS-Sturmführer Weist, vom 2. Oktober 1936 machen dies deutlich.

„Der Reichsführer SS bittet Sie jedoch, inzwischen mit dem Reichsernährungs-Ministerium Verhandlungen einzuleiten und nach Möglichkeit bis zum Termin Ihres Vortrages abzuschließen, mit dem Ziele, daß das Kloostergut auf Grund der wesentlichen Verkleinerung um die genannten 500 Morgen für nicht mehr selbständig lebensfähig erklärt wird.“<sup>5</sup>

Nun verblieben jedoch dem Gut nach Abzug der fünfhundert Morgen immer noch 1180 Morgen, es war also durchaus noch lebensfähig. Die Verhandlungen zogen sich geraume Zeit hin, Schwierigkeiten hauptsächlich finanzieller Art stellten sich ein. Das Gut war mit 550 000 Mark hypothekarisch belastet<sup>6</sup>, zum Ankauf waren also 700 000 Mark erforderlich. Schließlich bot man dem Besitzer die zirka 630 Morgen große anhaltische Staatsdomäne Radisleben bei Ballenstedt als Tauschobjekt an.<sup>7</sup>

Alle diese Dinge legte Schmidt in einem Bericht vom 10. März 1937 Himmler dar. Dieser befahl ihm in einem Schreiben vom 17. März 1937, darauf zu achten, daß der Besitzer nicht an andere Personen verkaufe. Das Gut sofort zu erwerben, hielt Himmler für unmöglich, da keinerlei Gelder dafür zur Verfügung stünden. Aus diesem Grunde sollte die Luftwaffe veranlaßt werden, das ganze Gut zu kaufen, damit die SS den nicht benötigten Teil über das Reich ohne Geldmittel erwerben könne. Inzwischen hatten die Junkers-Werke jedoch vom Ankauf des fraglichen Geländes Abstand genommen, und das ganze Projekt war damit gegenstandslos geworden. Das Vorhaben, eine SS-Siedlung in Quedlinburg zu errichten, mußte nun zum Leidwesen seiner Initiatoren endgültig zu Grabe getragen werden.

Etwas anders verliefen allerdings die Bemühungen der SS um die Aneignung der Stiftskirche.

Die Stadtverwaltung Quedlinburg hatte beschlossen, den 2. Juli 1936 als tausendsten Todestag König Heinrichs I. feierlich zu begehen. In verschiedenen Beratungen wurde festgelegt, die Feierlichkeiten in großem Rahmen durchzuführen, wovon die SS durch einen Zufall erfuhr: Ein SS-Unterscharführer Dr. Thoß hatte den Auftrag erhalten, die Geschichte Heinrichs I. zu schreiben, wozu erforderlich war, den geschichtlichen Stätten Quedlinburgs einen Besuch abzustatten. Hierbei hatte Thoß von dem Vorhaben der Stadt erfahren und dies bei der Berichterstattung seinen Auftraggebern mitgeteilt. Es handelte sich in diesem Falle um den Chef des Rasseamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt, SS-Brigadeführer Dr. Reischle, Berlin. Dieser begab sich nach Quedlinburg, um sich

5 Ebenda, 362/VII, Bl. 13.

6 Ebenda, Bl. 7 u. 12.

7 Ebenda, Bl. 28.

selbst ein Bild über die Möglichkeit einer maßgebenden Mitwirkung der SS zu machen. Aus einem vertraulichen Bericht vom 24. Oktober 1935 an Himmler gehen folgende aufschlußreiche Einzelheiten hervor:

„Mich leitete dabei folgender politischer Gesichtspunkt: wenn von uns Heinrich I. als erster deutscher König gegenüber Karl als letzten Cäsaren herausgestellt werden muß, dann ist die Tatsache der Tausendjahrfeier im nächsten Jahre für uns propagandistisch geradezu ein Geschenk des Himmels. Denn durch ihre zweckmäßige Gestaltung können wir natürlich mit einem großen Schlage das erreichen, was sonst auf propagandistischem Wege nur mühsam in Jahren durchgekämpft werden könnte. Schon aus diesem Grund muß die entscheidende Beteiligung der Schutzstaffel (SS) und damit Einflußnahme auf die Vorbereitung und Gestaltung der Feier dringend befürwortet werden.“<sup>8</sup>

Hier folgten dann unter anderem die bereits bekannten Vorschläge betreffend die SS-Bauernsiedlung.

Der Reichsführer SS ließ diesen Bericht von seinem Chef-Adjutanten, SS-Brigadeführer Wolf, noch im Dezember 1935 beantworten und legte fest, daß die SS mit der Stadt Quedlinburg alleinige Trägerin der Feiern am 2. Juli 1936 sein sollte.

Auf die Feiern selbst soll in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden. Wichtiger und bemerkenswerter sind die Ereignisse, die sich hinter den Kulissen abspielten und die schließlich die widerrechtliche Aneignung der Stiftskirche durch die SS zur Folge hatten.

Himmler hatte die Krypta der Stiftskirche und die Wiperti-Kirche unter seinen „Schutz“ gestellt. Zur Pflege und Verwaltung dieser Stätten wurde laut seinem Befehl vom 22. Juli 1936 der SS-Hauptscharführer Gerhard Fischer vom Rasse- und Siedlungshauptamt SS, Berlin, als Wachmann eingesetzt.<sup>9</sup>

Die König-Heinrich-Feiern sollten alljährlich wiederholt werden. Deshalb begann die SS im Frühjahr 1937 mit Vorbereitungen. Nach den vorliegenden Unterlagen hoffte sie damals, schon bald ohne Schwierigkeiten in den Besitz der Kirche zu kommen. Im April schrieb der SS-Obersturmführer Dr. Höhne an Himmler:

„Dr. R. Höhne  
SS-Obersturmführer  
Tgb. Nr. 39/5  
Dr. H./Mil.

Berlin, den 22. 4. 1937  
Prinz-Albrechtstr. 8

*Betr.:* St. Servatii-Dom Quedlinburg

*Bezug:* Mündliche Unterredung am 21. 4.

An den  
Reichsführer SS – Chef des Persönlichen Stabes

Wegen der Übernahme des St. Servatii-Domes in Quedlinburg, in dem die Überreste König Heinrich I. wieder beigesetzt werden sollen, bitte ich mitteilen zu dürfen, nach Aussage des Oberbürgermeisters von Quedlinburg, Pg. Selig, daß sich die Kirchengemeinden bereits auf die Übernahme des Domes eingerichtet

<sup>8</sup> Ebenda, 363/V, Bl. 1.

<sup>9</sup> Ebenda, 362/VIII, Bl. 29.

haben, dadurch, daß sie die St. Blasii-Kirche in Quedlinburg wieder haben neu herstellen lassen und wieder zu sakralen Zwecken benutzen wollen. Weiterhin ist in der Stadt Quedlinburg überall bekannt, daß mit dem 2. Juli der Dom zu einer König-Heinrich-Halle umgestaltet wird und der Kirche entzogen wird.

Höhne  
SS-Obersturmführer<sup>10</sup>

War es wirklich so, hatte sich die Kirchengemeinde tatsächlich auf den Entzug der St. Servatii-Kirche eingestellt, oder war dies nur die Meinung des Oberbürgermeisters? Offenbar traute man den Dingen doch nicht ganz, denn wäre es sonst nötig gewesen, die Post der Geistlichen zu überwachen? Folgendes Geheimschreiben des Höhne zeigt, daß es für die SS kein Postgeheimnis gab:

„Dr. R. Höhne  
SS-Obersturmführer  
Tgb. Nr. 54/5  
Dr. H./Mil.

Berlin, den 28. 4. 1937  
Prinz-Albrechtstr. 8

*Geheim*

*Betr.:* Feier am 2. Juli 1937 in Quedlinburg

*Bezug:* —

An den  
Reichsführer SS — Chef des Persönlichen Stabes

Da mit der kommenden Heinrichs-Feier und der Übernahme des Domes durch die SS vermutlich eine sehr starke Gegenaktion von kirchlicher Seite aus erfolgen wird, bitte ich bis auf weiteres bei dem

Superintendenten D. Schmidt, Quedlinburg und dem

Pfarrer Hein, Quedlinburg

Postüberwachung anzuordnen. Wegen der möglichen Übernahme des Domschatzes ist anzunehmen, daß von kirchlicher Seite vielleicht vorher irgendwelches Inventar beiseite geschafft werden soll. Desgleichen bitte ich die Staatspolizeistelle Halberstadt anweisen zu wollen, Briefe, die die obengenannten Absender in Halberstadt einstecken können, überwachen zu lassen.

Höhne  
SS-Obersturmführer<sup>11</sup>

Der Oberbürgermeister Selig hatte von der SS-Führung den Auftrag erhalten, mit dem Superintendenten Schmidt zu verhandeln und ihn zu einer Übergabe der Kirche an die SS zu veranlassen. Die Unterredung fand Anfang Juni statt. Selig teilte mit, daß nach umfangreichen Grabungen die Gebeine König Hein-

<sup>10</sup> Ebenda, 363/V, Bl. 6.

<sup>11</sup> Ebenda, Bl. 7.

richs wiedergefunden seien und die Reichsführung SS die Kirche als Nationalheiligtum des deutschen Volkes zu einer Wallfahrtsstätte umgestalten wolle. Der Superintendent sprach sich gegen diese Vorschläge aus und betonte die Notwendigkeit, den Gemeindegemeinderat zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Wie der folgende Bericht von Selig an seine Auftraggeber zeigt, hatte er nichts erreicht.

„Der Oberbürgermeister  
der Stadt Quedlinburg

Quedlinburg, den 10. 6. 37

An  
Herrn SS-Obersturmführer Dr. Höhne  
Schwarzfeld i. H.

*Bericht über Unterredung mit Superintendent Schmidt*

Die in Ihrem Auftrage geführte Unterredung ist so verlaufen, wie ich es Ihnen vorausgesagt habe. Schmidt verschanzt sich hinter seinen Gemeindegemeinderat und seine Aufsichtsbehörde. Er denkt nicht daran, in dieser Angelegenheit seine persönliche Meinung zu äußern.

Im Verlaufe der Unterredung wollte mir Schmidt das Vertragsverhältnis und die Entstehung der ganzen Pachtangelegenheit klarlegen. Er knüpfte an bei der Auseinandersetzung 1806, ging dann über auf die Verfügung Friedrich Wilhelms IV. usw., also alles Sachen, die uns ja längst bekannt waren. Ich habe ihm dann meine Frage, ob er persönlich mir nicht die Zustimmung geben wollte, daß ihm an ein weiteres Verbleiben im Dom wenig liege, da ja die Blasikirche bereit sei, seine Gemeinde aufzunehmen, vorgelegt.

Schmidt erwiderte, daß er darauf nicht antworten könne, ohne vorher mit dem Gemeindegemeinderat darüber gesprochen zu haben.

Lieber Dr. Höhne, Sie sehen, die Unterredung verlief wie das Hornburger Schießen und so, wie ich das Ihnen vorausgesagt habe. Ich begrüße Sie in alter Treue

Ihr  
Selig“<sup>12</sup>

Höhne ließ sich aber keinesfalls entmutigen. Er nutzte die Gelegenheit, als Superintendent Schmidt sich in Urlaub befand, und ließ durch Oberbürgermeister Selig die Mitglieder des Gemeindegemeinderates zu einer Besprechung in dieser Sache einladen. Höhne und je ein Vertreter der Gauleitung und der Kreisleitung der NSDAP nahmen daran teil. Pastor Hein als stärkster Gegner des SS-Kirchenplanes wurde nicht eingeladen. Von ihm erwartete man kein Entgegenkommen, seine Anwesenheit hätte von vornherein jede Möglichkeit einer Einigung im Sinne der SS ausgeschlossen. Aber auch diese Besprechung endete für die SS ergebnislos. Die Mitglieder des Gemeindegemeinderates stimmten einer freiwilligen Ab-

tretung der Kirche zugunsten der SS nicht zu. Sie erklärten, ohne Anwesenheit ihres Vorsitzenden könne keine Entscheidung getroffen werden.

Der Gemeindegemeinderat wagte unter den gegebenen Umständen jedoch nicht, das Ersuchen der SS-Führung abzulehnen, die die Kirche für die Feierlichkeiten am 2. Juli 1937 benutzen wollte, bei denen die angeblich wieder aufgefundenen Gebeine Heinrichs I. feierlich beigesetzt werden sollten.

Obwohl nach den Feierlichkeiten im Juli 1937 eine Zeitlang scheinbar Ruhe herrschte, hatte die SS ihre Pläne nicht aufgegeben und wollte wenigstens zu den Feiern im Juli 1938 im Besitz der Kirche sein. Die Bespitzelung richtete sich jetzt besonders gegen den Diakon Sann, der als Küster der Kirche auch für die Kirchenführungen verantwortlich war. Er hatte bei verschiedenen Gelegenheiten Besuchern gegenüber geäußert, daß er an die Legende von den aufgefundenen Gebeinen Heinrichs I. nicht glaube und sie für ein Märchen halte. Außerdem hatte er sich auch gegen die Mitbenutzung des Domes durch die SS ausgesprochen, wie aus einem Aktenvermerk des SS-Untersturmführers Fischer vom 15. Juli 1937 hervorgeht:

„Bei einem Besuch der Alten Kapelle äußerte der HJ-Rottenführer Hinrich Schmalfeld, Bremerhaven, Kaiserstr. 33, daß ihm der Domkürster Sann bei der Führung durch den Dom auf Befragen geantwortet habe, daß eine nochmalige Ausräumung des Domes für unsere Zwecke ‚Entrechtung und Vertragsbruch‘ bedeuten würde. Ein Aufgeben des Domes käme nie in Frage, es wären genug Besucher da, man hätte ja ‚so‘ einen Bekenntnispfarrer.“<sup>13</sup>

Fischer meldete dies sofort seinem Vorgesetzten, dem SS-Obersturmführer Höhne, der darauf mit folgendem Schreiben reagierte:

„Dr. Rolf Höhne  
SS-Obersturmführer  
im Persönlichen Stab des  
Reichsführers SS  
Tgb. Nr. 66  
Hö/Rd.

Berlin, den 20. 7. 1937

SS-Untersturmführer Fischer  
*Quedlinburg*

Lieber Kamerad Fischer!

Wollen Sie bitte sofort zu Kirchendiener Sann gehen und ihm sagen, daß er auf keinen Fall bei irgendwelchen Führungen etwas mehr über den Fund König Heinrich I. erzählen dürfe als das, was bisher in der Presse bekannt sei. Auf keinen Fall ist irgendeine Angabe der Fundstelle König Heinrichs zu machen. Andernfalls . . .

Heil Hitler  
Ihr  
Höhne  
SS-Obersturmführer“<sup>14</sup>

Was das Wort „Andernfalls“ zu bedeuten hatte, wurde allen Deutschen spätestens 1945, als sich die Tore der Konzentrationslager öffneten, zur Genüge bekannt.

Um Sann wirklich auszuschalten, fehlten der SS noch geeignete Vorwände. Deshalb wandte sich Höhne mit einem Geheimschreiben an den Pg. Dr. Salzmann in Hagen:

„Dr. R. Höhne  
SS-Obersturmführer  
Tgb. Nr. A  
Hö./Gl.

Berlin, den 31. 7. 37

An den  
Parteigenossen Dr. Salzmann  
*Hagen/Westfalen*  
Grünstraße 35

Sehr geehrter Herr Dr. Salzmann!

Durch die Schloßwartin von Quedlinburg wird mir mitgeteilt, was Sie und Ihre Frau Gemahlin bei der Führung durch den Quedlinburger Dom von Seiten des Kirchendieners Sann erzählt bekommen haben. Ich möchte Sie nun bitten, daß Sie sowie Ihre Frau Gemahlin mir einen vertraulichen Bericht über Ihre Führung und das Benehmen des Kirchendieners Sann, wenn möglichst umgehend, zukommen lassen. Insbesondere interessiert mich, was Sann über die Ausgrabung der Gebeine König Heinrichs, über die SS und über die altgermanische Kultur in Verbindung mit dem Christentum erzählt hat. Weiter wäre ich dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, wieviel Geld Sie für die Führung bezahlt haben.

Heil Hitler  
Höhne  
SS-Obersturmführer“<sup>15</sup>

Die Antwort Salzmanns erbrachte kein befriedigendes Resultat; er äußerte sich wohl ungünstig über Sann, aber ausreichend belasten konnte er ihn nicht. Sann wurde deshalb weiter beobachtet. Das beweist das Schreiben Höhnes vom 31. Juli 1937 an den SS-Untersturmführer Fischer, in dem es unter anderem heißt:

„Es fehlt mir immer noch die Meldung, daß dem Küster Sann mitgeteilt worden ist, daß er sich an den Text, der in der Presseveröffentlichung über König Heinrich stand, streng zu halten hat. Von meiner Schwester erfahre ich soeben, daß Sann etwa folgende Redensart gebraucht hat: ‚Kleine Knöchelchen, von denen man annimmt, daß sie von König Heinrich sein sollen.‘ Lassen sie bitte jeden Tag irgend einen Mann unter Deckmantel in den Dom, um sich auf dem Laufenden zu halten über die Äußerungen des Sann, nachdem Sie ihn mündlich noch einmal ernsthaft darauf hingewiesen haben. Ich hoffe, bei meinem nächsten Aufenthalt



in Quedlinburg mit dem Oberbürgermeister die Angelegenheit so regeln zu können, daß wir Sann abbauen lassen, oder im Wiederholungsfalle ihm Sommerurlaub im Arbeitslager geben . . . P. S. Weiter bitte ich noch, in Quedlinburg überall herum zu horchen, wo wir noch mehrere Fälle derartiger Schädigkeiten des Sann beleuchten können, wie den der Renee Schlösser.“<sup>16</sup>

An die Reichsführung SS schrieb Höhne am 16. August 1937 über Sann:

„Wie mehrfache Urteile von Besuchern bezeugen, hat der Domkürster Sann der Schloßkirche Quedlinburg, bei seinen Führungen in nicht genügender Art den Fund König Heinrichs und die Wiederbeisetzung durch den Reichsführer SS erwähnt. Es sind mehrmals von seiner Seite Äußerungen gefallen wie: ‚Kleine Knöchelchen, von denen man annimmt, daß sie von König Heinrich sein sollen.‘ Der Kürster Sann ist hierauf bereits wegen geschichtlicher Unrichtigkeit seiner Aussagen verwarnt und darauf aufmerksam gemacht worden, daß er bei seinen Domführungen über den Fund König Heinrichs genau zu berichten habe, was in der deutschen Presse erschienen ist.“<sup>17</sup>

Inzwischen war der SS bekannt geworden, daß Superintendent Schmidt beabsichtige, beim Reichs- und Preußischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten vorstellig zu werden, um die Kirche, die ja Eigentum des preußischen Staates war, auf 99 Jahre zu pachten. Ob es zu Verhandlungen kam, ist nicht feststellbar. Möglicherweise sorgte die SS dafür, daß sie nicht zustande kamen. Jedenfalls erschien am 9. Dezember 1937 Ministerialrat Dr. Stahn vom Reichskirchenministerium bei Superintendent Schmidt. Stahn trug vor, daß es dem Reichsführer SS nicht zugemutet werden könne, alljährlich um die Überlassung der Kirche zu bitten und dadurch in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Kirche zu geraten. Im Verlaufe der Besprechung gab Stahn unumwunden zu, daß sich Himmler weiter bemühe, die Kirche in Alleinbesitz zu bekommen. Das Reichskirchenministerium schlug aus diesem Grunde eine Kompromißlösung vor: Die Kirche solle von der SS und der Gemeinde gemeinsam benutzt werden, so wie es in einigen Kirchen von evangelischen und katholischen Gemeinden praktiziert wurde. Superintendent Schmidt lehnte jedoch eine solche Regelung ab. Stahn mußte deshalb mit den oberen Kirchenbehörden, in diesem Falle dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin, weiter verhandeln.

Aber die SS unternahm einen neuen Vorstoß. Am 10. Dezember 1937 schrieb Dr. Höhne an den Superintendenten Schmidt und forderte, die Kirche für eine Feierstunde am 18. und 19. Dezember 1937 anlässlich des Empfanges des italienischen Generalkonsuls Renzetti zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck sollten die Bänke der Kirche endgültig entfernt und durch Stühle ersetzt werden.<sup>18</sup>

Superintendent Schmidt antwortete bereits am nächsten Tag. Wohl wollte er die Kirche zur Verfügung stellen, jedoch die dauernde Entfernung der Bänke und deren Ersatz durch Stühle lehnte er ab.<sup>19</sup> Da Superintendent Schmidt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gemeindegemeinderates auf einem Kopfbogen desselben schrieb, fügte er dem amtlichen Schreiben an Dr. Höhne folgendes Handschreiben bei, in welchem er sich gegenüber der SS zu rechtfertigen suchte:

16 Ebenda, Bl. 17.

17 Ebenda, Bl. 20.

18 Ebenda, Bl. 27.

19 Ebenda, Bl. 29.

„Superintendent Schmidt

Quedlinburg, d. 11. 12. 37

Sehr geehrter Herr Dr. Höhne!

Für die mir freundlichst in Aussicht gestellte Aufnahme von der König-Heinrich-Krypta mit dem Sarkophag des ersten deutschen Königs danke ich verbindlichst. Sie wird mir um so lieber und wertvoller sein, als ich während der diesjährigen Feier auf Urlaub war und Krypta und Sarkophag nicht habe sehen können. Es tut mir aufrichtig leid, daß ich Ihnen keine andere als die anliegende Antwort habe geben können. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich auch diesmal den Wünschen der SS, deren förderndes Mitglied ich seit 4 Jahren bin, entgegengekommen wäre, wenn es möglich gewesen wäre. Ich habe bisher Ihre Wünsche bereitwillig erfüllt, so daß mir schon von gewisser Seite der Vorwurf gemacht worden ist, ich sei zu weit gegangen. Das hat mich allerdings weder sonst noch diesmal beeinflußt.

Mit den besten Wünschen  
Heil Hitler  
Ihr  
Schmidt“<sup>20</sup>

Die SS-Führung war sich wohl im klaren, daß sie auf diesem Wege nicht weiterkam. Höhne zog am 13. Dezember 1937 seine Forderungen zurück. Wollte die SS nun doch auf die Kirche verzichten? Nichts von alledem. In einer Besprechung am 9. Dezember 1937, an welcher auch ein Beauftragter des Reichs- und Preußischen Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten Kerrl teilnahm, unterbreitete Höhne Vorschläge einer Zwischenlösung, die bis zur endgültigen Übernahme der Kirche durch die SS gelten sollten. Verschiedene Umbauten waren vorgesehen. Der sehr wertvolle Domschatz sowie die Kirchenführungen sollten von der SS übernommen werden. Weiter sollte das Gestühl durch einfache Stühle ersetzt werden. Mit der Anfertigung von dreihundert Stühlen waren die SS-Wirtschaftsbetriebe im KZ-Lager Dachau beauftragt worden.<sup>21</sup>

Im Schreiben vom 11. Dezember 1937 teilte Höhne dem Reichsführer SS diese Vorschläge in einem Acht-Punkte-Programm mit.<sup>22</sup> Nochmals überarbeitet wurden sie am 18. Dezember 1937 als eine Vereinbarung zwischen dem Reichs- und Preußischen Minister für kirchliche Angelegenheiten und dem Reichsführer SS betr. die St. Servatii-Kirche in Quedlinburg unterzeichnet.<sup>23</sup>

Diese „Vereinbarung“, die am 15. Januar 1938 in Kraft treten sollte, war ohne Mitwirkung der Hauptbeteiligten abgeschlossen worden und sollte der Aneignung der Kirche durch die SS eine Rechtsgrundlage geben.

Nach dem Vertrag vom 20. April 1854 war der Kirchengemeinde das Nutzungsrecht der Kirche ausdrücklich für immer zugesichert worden. Aber alle Proteste des Gemeindegemeinderates gegen die rechtswidrige Vereinbarung blieben erfolglos.

<sup>20</sup> Ebenda, Bl. 30.

<sup>21</sup> Ebenda, Bl. 34.

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 32/33.

<sup>23</sup> Ebenda, Bl. 37–39.

Weder die SS noch das Reichs- und Preußische Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten dachten auch nur im entferntesten daran, den alten Vertrag zu respektieren.

Am 25. Januar 1938 teilte Höhne dem Superintendenten schriftlich mit, daß er am 27. Januar nach Quedlinburg kommen werde, um die Schlüssel zur Kirche und die Kirche selbst zu übernehmen. Mit zynischer Höflichkeit forderte er unter anderem, die verschiedenen Inventarlisten in doppelter Ausfertigung bereitzuhalten.<sup>24</sup>

Der Superintendent fragte fernmündlich nach der Meinung des Oberkirchenrates Berlin und kam mit diesem überein, nur die Schlüssel zur Krypta und zur Schatzkammer auszuhändigen. Am 27. Januar verweigerte der Superintendent daher die Herausgabe der Schlüssel zur Kirche und verwies abermals auf den Vertrag von 1854. Höhne ging zur offenen Drohung über und erklärte, daß er auch eine Vollmacht der Geheimen Staatspolizei zur Übernahme der Kirche habe. Da die Drohung ohne Wirkung blieb, wollte Höhne auf einer „symbolischen Übergabe“ der Kirchenschlüssel bestehen. Er erhielt jedoch nur die Schlüssel für Krypta und Schatzkammer.

Am 29. Januar 1938 wurden in Berlin erneut Verhandlungen geführt. Der Oberkirchenrat wollte die Kirche nicht der SS übergeben, doch seine Abwehr war schwach, zumal vom Reichs- und Preußischen Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten keine Hilfe zu erwarten war. Dennoch verliefen die Verhandlungen ergebnislos.

Unterdessen blieb die SS nicht untätig. Die Berichte des SS-Untersturmführers Fischer, der in Quedlinburg die in Berlin beschlossenen Anordnungen in die Tat umsetzte, zeigen das. In einem Schreiben an Höhne vom 30. Januar 1938, in dem auch eine Aufstellung der einzelnen Gegenstände des Domschatzes enthalten ist, werden die andauernden Auseinandersetzungen zwischen der SS und den Vertretern des Gemeindekirchenrates sehr deutlich:

#### *„Betr. Schlüsselfrage*

Die Übernahme der Kryptenschlüssel ist praktisch ohne Wirkung, da wegen der täglichen Heizung ein Durchgang zur Krypta offen bleiben muß. Die Heizung erfolgt in der Nacht. Schlüssel zum Hauptportal haben noch: Schmidt, Hein, Krause, Organist Fiebig, der Chorleiter, Bergmann und Sann.

#### *Betr. Führung durch Sann*

Sann ist von mir darauf aufmerksam gemacht worden, daß etwaige Reden über das jetzige Verhältnis zur Staffel (wegen der Schatzkammer) das sofortige Verbot weiterer Führung nach sich ziehen. Er soll sich mit Umbauarbeiten im besuchsarmen Winter herausreden.

#### *Betr. Kirchenüberwachung*

Auf Anruf bei Riderer, bei dem die SD-A.St. arbeitet, erfuhr ich von diesem, daß er die Nase voll habe, nichts mehr mache, und mich an Pfeiffer Neinstedt verweisen müsse. Da eine fernmündliche Verbindung zu Pfeiffer nicht besteht, habe ich ganz kurz telegraphiert, aber ohne Erfolg. Heute, Sonntag mittag erhalte ich einen Anruf von einem Vertreter von Pf. Ich habe darauf gestern für sämtliche

<sup>24</sup> Ebenda, Bl. 40.

hiesigen Kirchen weltanschaulich gefestigte Männer von mir eingesetzt. Ergeben deren Berichte wesentliches, geht es Ihnen als Anlage zu diesem Brief zu.“<sup>25</sup>

Und die Berichte der „weltanschaulich gefestigten“ Spitzel ergaben offenbar für die SS Wesentliches, denn sie wurden dem Schreiben beigelegt:

„Während in den anderen evangelischen Kirchen des neugeschaffenen Verhältnisses zwischen Dom und SS überhaupt nicht Erwähnung getan wurde (Besucherzahl im Durchschnitt 50–70) und der Dechand Brandt in der St. Mathildis nur über die von Rosenberg zu schaffende Staatskirche sprach, und daß die der katholischen Kirche den Rücken gewandt habenden Menschen nie *Katholiken* gewesen seien, führte Hein etwa folgendes aus: Wir stehen vor einer Zeitwende. Vielleicht verwirklicht sich scheinbar das, was ein Mann vor 3 Jahren sagte. Wir Christen gehören in die neue Welt. Die bevorstehende Weltwende erfordert den Zusammenschluß aller Christen zu einer revolutionären Gottesstreiterschar! . . .

Es folgt die Erklärung eines Gleichnisses: Christ und Staatshoheit mit der Folgerung, daß jeder Christ die bestehende Staatsform anerkennen müsse.

Von der Kanzel: Ihr alle seid gekommen, um zu hören, was mit unserm Gotteshaus ist. Man hat vor einigen Tagen versucht, uns dieses Gotteshaus zu nehmen. Man bedenke laut Vertrag (1854) ist uns dieses Gotteshaus übergeben und sollte nur für den Gottesdienst benutzt werden! . . .

Christentum und Deutschtum gehören zusammen. Im Christentum wird das Deutschtum verwirklicht. Wir müssen uns für Christus restlos einsetzen und nicht handeln wie die, denen es die 5 Sinne eingeben! . . .

Es darf uns nicht einerlei sein, was mit diesem Gotteshaus geschieht. Wir müssen uns dafür einsetzen, denn sollten wir es trotzdem verlieren, so geht dies nicht nur unsere Gemeinde, die Gemeinden dieser Stadt an, sondern die gesamte Christenheit der Welt! Wenn wir dieses Haus loswerden, wird es Gottes Wille sein.

Wir müssen uns dann eben fügen. Besucherzahl stärker als sonst, etwa 175 Personen, starke Teilnahme am Abendmahl, zu dem besonders dringlich eingeladen wurde.

Die Wiedergabe des Gesagten erfolgt hier sinngemäß.“<sup>26</sup>

Auch der nachfolgende Zusatz, von Fischer unterzeichnet, ist erwähnenswert, denn er zeigt, daß die SS nunmehr zum endgültigen Angriff überging, um die Kirche in ihren Besitz zu bringen:

„Ich bitte in Erwägung ziehen zu wollen, ob die Abstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters nicht beschleunigt erfolgen kann, auch Schirwitz ist der Meinung, daß es erst richtig losgeht, und bei aller Mühe kann ich nicht überall zugleich sein. Gegebenenfalls die zeitweise Hinzunahme eines hiesigen Mannes möglich?“<sup>27</sup>

Fischer hatte in diesen Tagen noch einen Eilbrief von Höhne erhalten, der Anweisungen enthielt, die mit Recht und Gesetz absolut nichts zu tun hatten. Nachfolgend der Brief in vollem Wortlaut:

<sup>25</sup> Ebenda, Bl. 42/43.

<sup>26</sup> Ebenda, Bl. 46.

<sup>27</sup> Ebenda. — Hierzu ist zu bemerken, daß Schirwitz das Quedlinburger Museum nebenamtlich leitete, hauptamtlich war er Lehrer an der Hilfsschule. Einige Zeit darauf wurde er auf Wunsch der SS zum Invaliden erklärt, damit man über ihn ausschließlich als Museumsleiter verfügen konnte. Im zweiten Weltkrieg wurde er jedoch trotz der „Invalidität“ zum Wehrdienst einberufen.

„Der Reichsführer SS  
 Persönlicher Stab  
 Abt. Ausgrabungen

Berlin SW 11, d. 31. 1. 38  
 Prinz-Albrecht-Str. 8

SS-Untersturmführer Gerhard Fischer  
*Quedlinburg*  
 Moltkestraße 8a

Lieber Kamerad Fischer!

Soeben höre ich aus dem Reichskirchenministerium, daß am Mittwoch eine Gemeindegemeinderatssitzung in Quedlinburg stattfindet. Ich bitte Sie, evtl. über Oberbürgermeister Selig, hierüber etwas in Erfahrung zu bringen. Vorläufig tritt keine Veränderung ein, bis ich über den Verlauf dieser Sitzung erfahren habe. Lassen Sie bitte, aber geschickt, einen Schlüssel für den Dom anfertigen, am besten in Halberstadt.

Ende der Woche werde ich Ihnen weitere Nachricht zukommen lassen. Bis dahin mit

Heil Hitler  
 Höfliche  
 SS-Obersturmführer“<sup>28</sup>

Fischer erledigte diesen Auftrag natürlich umgehend und erstattete darüber gewissenhaft Bericht:

„*Betr. Gemeindegemeinderatssitzung am 2. 2. 1938*

Die befehlsgemäß sofort mit dem Ober aufgenommenen Fühlungsname hatte folgendes Ergebnis:

In kircheneigenen Räumen abgehaltene Zusammenkünfte, zu denen Einladungen nicht ergangen sind, kommen nicht zur Kenntnis der Polizei. Ich werde, soweit ich schichtfreie zuverlässige Männer zur Verfügung habe, die Superintendentur beschatten lassen, Erfolg bleibt abzuwarten.

*Betr. Schlüssel für Dom*

Abdruck kann erst morgen unauffällig genommen werden, da heute nur der Turmraumeingangsschlüssel zur Verfügung der Architekten gestellt worden war.“<sup>29</sup>

Am 2. Februar 1938 trat der Gemeindegemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Er erkannte als alleinige Rechtsgrundlage nur den Vertrag von 1854 an und stimmte der Vereinbarung vom 18. Dezember 1937 nicht zu und lehnte es ab, nur Unterenutzer der Kirche zu sein. Die Herausgabe der Schlüssel wurde ebenfalls abgelehnt, für die König-Heinrich-Feier jedoch sollte die Kirche einmal im Jahr zur Verfügung stehen. Gegen bauliche Veränderungen sprach sich der Gemeindegemeinderat grundsätzlich aus. Die Führungen in der Kirche nahm er weiter für sich in Anspruch, da sie in einer Weise erfolgen sollten, die seinen Auffassungen entsprach.

Ob die SS Einzelheiten von dieser Sitzung erfahren hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Einige Tage danach, am 6. Februar 1938, erschien SS-Obersturmführer Höhne erneut beim Superintendenten und forderte abermals die Schlüssel zur Kirche. Wiederum berief er sich auf die Vereinbarung vom 18. Dezember 1937 und bezeichnete den Vertrag von 1854 als eine überwundene Rechtsauffassung. Vor allem aber behauptete er, daß der Präsident des Oberkirchenrates Berlin mit der Aushändigung der Schlüssel einverstanden sei.

Obwohl der Superintendent die Wahrheit dieser Angaben bezweifelte und Höhne mehrmals ausdrücklich befragte, beharrte dieser bei seinen Angaben und bestätigte sie schriftlich am 7. Februar 1938.<sup>30</sup> Da der Superintendent jedoch die Schlüssel trotzdem nicht ausliefern wollte, drohte Höhne, eine weitere Weigerung bedeute „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“, denn der Vertrag von 1854 sei von der Geheimen Staatspolizei überprüft worden und habe durch die Vereinbarung vom 18. Dezember 1938 keine Gültigkeit mehr. Unter diesem Druck lieferte der Superintendent die Schlüssel zur Kirche aus.

Noch am Nachmittag des 6. Februar 1938 wurde als Zeichen des Triumphes die Fahne der SS auf dem Kirchturm gehißt und damit der Bevölkerung der Stadt Quedlinburg demonstriert, daß die SS nunmehr Herr der Kirche war.<sup>31</sup> Die Führungen im Dom übernahm die SS, da sie ihrer Meinung nach bisher im „staatsfeindlichen Sinne“ erfolgt seien.

Am 7. Februar 1938 schrieb Höhne an den Superintendenten: „Um falschen Gerüchten in Quedlinburg entgegenzutreten, möchte ich Sie bitten, sehr geehrter Herr Superintendent, in den nächsten Predigten, die von Ihnen und Ihren Amtsbrüdern gehalten werden, mitzuteilen, daß Ihre bange Sorge um den Dom nicht mehr besteht, sondern Ihre Gottesdienste wie bisher abgehalten werden können. Um ein möglichst gutes Einvernehmen mit Ihnen auch weiterhin zu bewahren, möchte ich Sie um Durchgabe dieser Mitteilung in dem Sinne bitten, wie wir ihn gestern besprochen haben, damit ich nicht gezwungen werde, gegen die falschen Gerüchte vorzugehen.“<sup>32</sup>

Die SS wollte erreichen, daß die Pfarrer damit die Vereinbarung vom 18. Dezember 1937 öffentlich von der Kanzel aus anerkannten.

In der folgenden Zeit wurden die Gottesdienste in der St. Servatii-Kirche wiederum überwacht. Sicher wollte man überprüfen, ob sich die Pfarrer an die Anweisungen der SS hielten. Offenbar taten sie es, denn der Überwachungsbericht vom 15. Februar 1938 enthält nichts Gegenteiliges.

Nachdem nun die Kirche in den Besitz der SS übergegangen war, entschloß sich der Oberkirchenrat Berlin zu einer energischen Protestaktion, die jedoch den Umständen entsprechend erfolglos bleiben mußte.<sup>33</sup>

Die Inbesitznahme des Quedlinburger Domes hatte sich schnell herumgesprochen. In verschiedenen Zeitungen wurde, wenn auch keinesfalls in „staatsfeindlichem Sinne“, darüber berichtet. Dennoch zog es die Pressestelle des Reichsführers SS vor – wie das folgende Schreiben zeigt –, weitere Publikationen zu unterbinden.

<sup>30</sup> Ebenda, Bl. 49.

<sup>31</sup> Ebenda, Bl. 63/64.

<sup>32</sup> Ebenda, Bl. 49.

<sup>33</sup> Ebenda, Bl. 59–61 a.



„Pressestelle  
des Reichsführers SS  
und Chefs der deutschen Polizei  
Berlin SW 11  
Prinz-Albrecht-Str. 8  
Tgb. Nr. 147/38  
Gr./He

Berlin, den 25. 2. 1938

Über den Stabsführer des Pers. Stabes RFSS  
An  
SS-Obersturmführer Dr. Höhne  
im Hause

Lieber Höhne!

Zu Deiner Kenntnis überreiche ich Dir in der Anlage:  
,Mitteldeutschland/Saale-Zeitung' vom 21. 2. 38,  
,Der Evangelische Beobachter' 4. Jahrg. Nr. 20a  
,Deutscher Glaube' April-Heft 1938 Seite 206

Ich habe über die Pressestelle der Reichsregierung veranlaßt, daß weitere Nachrichten über die Sache nicht verbreitet werden dürfen.

Heil Hitler  
Unterschrift<sup>34</sup>

Im April 1938 leiteten<sup>34</sup> die Faschisten Maßnahmen ein, um die Kirchengemeinde nunmehr endgültig aus der Kirche zu verdrängen.

Ein Schreiben Höhnes vom 23. April 1938 an Fischer gibt darüber Aufschluß, es heißt dort unter anderem:

„Es ist ausgeschlossen, daß Sann einen Steckschlüssel oder überhaupt noch einen Schlüssel zum Dom erhält. Ich bitte erneut zum Superintendenten zu gehen und um Aushändigung sämtlicher Schlüssel zu bitten, da ‚neue Schlösser‘ angelegt werden. Desgleichen sind die Schlüssel vom Heizer, vom Organisten und allen anderen Besitzern einzufordern. Es sind weiter am Dom Steckschlösser anzubringen, zu denen nur Untersturmführer Fischer und SS-Mann Engelhardt einen Schlüssel haben. Selbst den Handwerkern wird kein Schlüssel ausgehändigt.“<sup>35</sup>

Bereits am 24. April meldete Fischer die Ausführung des Auftrages. Er allein hatte den Schlüssel zum Dom.<sup>36</sup> Wollten die Pfarrer oder der Küster die Kirche betreten, so mußten sie um Zugang bitten, was nur in Begleitung eines SS-Mannes geschehen konnte. Unter diesen unwürdigen Umständen zog es die Kirchengemeinde nach Ostern 1938 vor, ihre Gottesdienste künftig nur noch in der Blasiikirche abzuhalten.

An den Ostertagen des Jahres 1938 fanden die letzten Gottesdienste in der Kirche statt. Danach wurden die Altarlichter gelöscht, gelöscht für Jahre. Auch über die

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 62–66.

<sup>35</sup> Ebenda, Bl. 67.

<sup>36</sup> Ebenda, Bl. 70.

Stiftskirche senkte sich die Nacht des Faschismus. Es wurde still in der Kirche, und es war eine unheimliche Stille, die nur unterbrochen wurde durch die Nagelstiefel der SS-Männer, wenn diese durch die von der SS zur germanischen Kult- und Weihestätte deklarierten Kirche schritten.

Die Faschisten räumten die Kirche aus, die Bänke wurden entfernt, Kanzel und Altar lagen zerschlagen wochenlang auf dem Schloßhof umher.

Die umfangreichen Bauarbeiten in der Kirche zogen sich über ein Jahr hin. Auf Anfrage des Gemeindegemeinderates, wann die Kirche wieder gottesdienstlichen Zwecken dienen könne, antwortete das Staatshochbauamt II in Halberstadt am 10. Juli 1939, daß zur Zeit kaum die Hälfte der inneren Umgestaltungspläne ausgeführt sei. Die endgültige Beantwortung der Frage sei im übrigen davon abhängig, ob die Stiftskirche jemals wieder kirchlichen Zwecken dienen werde.

An einen Gottesdienst in der Stiftskirche war nach dem Willen der SS nicht mehr zu denken. Die Kirchenbehörden versuchten nunmehr auf gerichtlichem Wege, wieder in den Besitz der Kirche zu gelangen. Es war ein vergebliches Bemühen, denn wer wollte gegen die SS entscheiden?

Die SS bekam allerdings bei den Führungen mitunter sehr unliebsame Dinge zu hören, die peinlichst genau registriert und laufend dem Sicherheitsdienst berichtet wurden, wie zum Beispiel aus dem folgenden Vorfall ersichtlich ist. Am 14. August 1939 waren etwa 120 Teilnehmer der 7. Ökumenischen Hochschultagung der Luther-Akademie Sondershausen in Quedlinburg eingetroffen, um Stadt und Dom zu besichtigen. Unter ihnen befanden sich zwanzig Schweden. Bei dieser Führung kam es seitens der Besucher zu scharfen, aber auch spöttischen Kritiken.

Die Führung hatte an diesem Tage wie stets Fischer, der inzwischen für seine „gute Mitarbeit“ zum SS-Obersturmführer befördert und dem persönlichen Stab Himmlers zugeordnet worden war. In seinem Bericht über den Verlauf dieser Führung, den Höhne bereits am 15. August 1939 dem Sicherheitsdienst zuleitete, heißt es unter anderem:

„Verschiedene Teilnehmer verharrten vor Betreten des Domes einen Augenblick (scheinbar im stillen Gebet). Die ersten Fragen schwirrten schon sofort durcheinander, warum man die Kanzel, die Kruzifixe usw. entfernt habe. Fischer ließ sich natürlich auf irgend welche Fragen garnicht ein und versuchte nun in einem äußerst lehrreichen und kulturell hochstehenden Vortrage den Teilnehmern klar zu machen, was der Dom in Quedlinburg der SS bedeute, daß die Kultur (in der Art der Bauweise und der Runen im Dom) nicht aus dem Süden stamme, sondern rein nordisch sei, daß die SS keine Bilderstürmerei betriebe (in Bezug auf die Äußerungen der Entfernung der Kanzel) usw. Wiederum wurden unter den Teilnehmern Stimmen laut, was dieser Vortrag alles bedeuten solle, sie wären doch nicht hergekommen um sich zum Heidentum bekehren zu lassen, sie wollten ja nicht die Geschichte hören, sondern nur rein architektonisches sehen. Der äußerst lehrreiche Vortrag ertete überall nur lächelnde Gesichter. Eine Stimme wurde laut und äußerte, daß die Kultur aus dem Süden gekommen ist und jegliche Hervorhebung des Nordischen ein Schlag gegen die Kirche sei. Der SS-Obersturmführer Fischer war gezwungen, seinen Vortrag zu unterbrechen und die Teilnehmer aufzufordern jede Kritik zu unterlassen oder sie aber nach dem Verlassen des Domes zu üben. Die Führung ging dann weiter zum Grabe König Heinrichs und die Ankündigung veranlaßte wiederum einige der schon

äußerlich in ihrer Kleidung gezeichneten Herren zu einem ‚ha, ha, ha, wenn es das Grab ist‘.

Die Teilnehmer konnten sich, trotzdem sie an der geheiligten Stätte weilten, wiederum nicht enthalten Kritik zu üben, sodaß Fischer jetzt energisch auftreten mußte und sie auf die geheiligte Stätte aufmerksam machen mußte. Es brachte sogar eine Frau im Alter von 70 Jahren fertig, daß Gebiß aus dem Munde zu nehmen, es zu reinigen und wieder in den Mund zu stecken. Die Frau wurde auf das Ungehörige ihres Tuns hingewiesen und gebeten die Grabstätte König Heinrichs zu verlassen. Ein Ausländer trat an Fischer heran und bat ihn, doch eine Schrift zu empfehlen, wo er alle diese Ausführungen wiederfinde, es hätte ihn doch so tief gepackt, daß er sich die Dinge auch einmal von der anderen Seite aus ansehen wolle.“<sup>37</sup>

Aber Fischers Interpretationen der Geschichte des Quedlinburger Doms war offenbar selbst für Mitglieder der Nazipartei etwas zu primitiv, denn eines Tages erhielt er vom SS-Obersturmbannführer Ullmann ein Schreiben mit der Abschrift einer Aktennotiz des SS-Obersturmführers Hans Schleif – beide gehörten zum Persönlichen Stab Himmlers –, aus der folgendes hervorgeht:

„Aktennotiz

Berlin, d. 23. 8. 1938

Bei einer Führung im Dom zu Quedlinburg hat der führende SS-Angehörige (in Uniform) vor einer größeren Gesellschaft in- und ausländischer Gelehrter folgende Äußerung getan:

„Hier liegt die Königin Mathilde begraben. Sie hat zwar Deutschland sehr geschadet, der Reichsführer hat aber trotzdem einen Kranz niederlegen lassen. Wir sind ja garnicht so.“

Auch im weiteren Verlauf der Führung hat sich der betreffende SS-Angehörige mehrmals auf seine persönliche Beziehung zum Reichsführer SS berufen, z. B. hat er auch die Bitte, seinen politischen Vortrag abzukürzen, abgelehnt mit dem Hinweis, das haben sich die Herren anzuhören, das hat der Reichsführer SS so befohlen. Auch die Äußerung einer anderen wissenschaftlichen Meinung über eine Einzelheit hat er mit der Bemerkung beantwortet, der Reichsführer SS habe das anders bestimmt und dabei bleibe es. Als Gewährsmann für diese Führung benenne ich Professor Dr. Freiherr von Bissingen, München (Träger des goldenen Ehrenzeichens der Partei).

F.d.R.d.A.

Ullmann

SS-Obersturmbannführer

gez. Hans Schleif

SS-Obersturmführer“<sup>38</sup>

Fischer beantwortete das Schreiben am 10. September 1938; er stritt alle Äußerungen rundweg ab und protestierte unter anderem in folgender Weise gegen diese Kritik:

<sup>37</sup> Ebenda, Bl. 72/73.

<sup>38</sup> Ebenda, Bl. 74/75.

„Es bleibt also nur übrig, daß bereits dem Gewährsmann in übelster Absicht Äußerungen als von der Führung durch die SS im Dom herrührend zugeblasen worden sind. Dazu möchte ich dann mitteilen, daß es mir recht lieb wäre, Sie könnten täglich die Anwürfe hören, die hier fallen.

Da ich die Aktennotiz zwar heute erst erhalte, sie aber schon vom 23. August herührt, scheint es mir bald, als seien hier die Teilnehmer der 7. Ök. Hochschul-tagung der Luther-Akademie in Sondershausen gemeint, deren ausgesprochene Staatsfreundlichkeit und SS-Frommheit den SD bereits seit Wochen vorher bewogen hatte, diese Durchreise durch Quedlinburg genauestens überwachen zu lassen, sodaß an dem fraglichen Tage ein Mitarbeiter des SD jeden einzelnen dieser ‚Brüder‘ beschattete. Hierüber und über die Domführung liegt mir ein Bericht des SD-Mannes in Urschrift vor.

Sie wollen daraus sehen, daß ich hier Praxis leider zur Genüge erworben habe, um mich nach allen Seiten decken zu können.“<sup>39</sup>

Dieses Schreiben macht unter anderem deutlich, daß die Besucher des Domes genauestens überwacht wurden.

In der Zeit des zweiten Weltkrieges wurden die König-Heinrich-Feiern weniger aufwendig und fielen schließlich gänzlich weg.

Nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands wurde die Stiftskirche der Kirchengemeinde zurückgegeben, und am 3. Juni 1945 fand unter starker Beteiligung der Gemeinemitglieder der erste Gottesdienst statt.

Wie die ganze Stadt, so hatte auch die Stiftskirche in den letzten Tagen des Krieges sehr unter Artilleriebeschuß gelitten. Beide Türme, besonders ihr Holzwerk, aber auch das Mauerwerk des Langschiffes waren beschädigt worden. Der Rat der Stadt beschloß deshalb in seiner Sitzung am 8. Juli 1946, die beiden Turmhelme zu erneuern und stellte dafür am 18. Juli 1946 50 000 Mark zur Verfügung.

Die Bauarbeiten an den Türmen waren Ende 1948 beendet. In den folgenden Jahren gingen die Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten weiter, für die aus Mitteln der Denkmalspflege rund 300 000 DM und durch den Rat des Bezirkes Halle rund 200 000 DM zur Verfügung gestellt wurden. Und auch in den letzten Jahren sind die Arbeiter zur Erhaltung der historischen Bauwerke Quedlinburgs fortgesetzt worden. So endete die Geschichte des Quedlinburger Domes, den die Faschisten zu einer Kultstätte ihrer verbrecherischen Ideologie machen wollten, damit, daß er seiner alten Bestimmung zurückgegeben werden konnte.

# LÖHNE UND PREISE IN DEUTSCHLAND, 1750 BIS 1850

(Fortsetzung)

Löhne und Preise 1750 bis 1800

nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlingburg\*

VON WILLI SCHULZE

- I. Tagelöhne der Zimmerer
- II. Tagelöhne der Maurer und Handlanger
- III. Tagelöhne der Steinsetzer und Handlanger
- IV. Tagelöhne der Schieferdecker und Lehrburschen bzw. Handlanger
- V. Tagelöhne der Ziegeldecker und Handlanger
- VI. Tagelöhne der Tagelöhner
- VII. Jahresgehälter der Ratsangestellten
- VIII. Getreide- und Erbsenpreise
- IX. Preise verschiedener Lebensmittel und einiger Gebrauchsgüter
- X. Fleischpreise
- XI. Brot-, Fleisch- und Bier-Taxe einschließlich der Getreidepreise der Jahre 1750 bis 1774
- XII. Taxe des Fürstentums Halberstadt vom 1. 6. 1763, einschließlich Löhne
- XIII. Polizei-Taxe der Stadt Halberstadt für Januar 1764, einschließlich Löhne
- XIV. Quedlinburger Polizei-Taxe der Lebensmittel, Arbeitslöhne und zum Unterhalt und täglichen Gebrauch notwendigsten hiesigen Produkte, auch einiger fremder Waren, vom 4. 6. 1764
- XV. Auszug aus der Quedlinburgischen Brauordnung vom 16. April 1756

\* Tabellen I bis III erschienen in Teil 2/1965, Tabellen IV bis VI in Teil 3/1965, Tabellen VII bis IX in Teil 4/1965, Tabellen X bis XI in Teil 1/1966 und Tabellen XII bis XIII in Teil 2/1966 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

Tabelle XIV

*Quedlinburger Polizei-Taxe der Lebensmittel, Arbeitslöhne und zum Unterhalt und täglichen Gebrauch notwendigsten hiesigen Produkte, auch einiger fremder Waren, vom 4. 6. 1764\**

	Preis		Pfund	Lot	Quentchen
	gr	pf.			
<i>1. Brot-, Fleisch- und Getränke-Taxe**</i>					
1 Semmel	—	2	—	5	2½
1 Klar Roggenbrot	—	3	—	20	2
1 Klar Roggenbrot	—	6	1	9	—
1 Hausmannsbrot	1	—	3	3	3
1 Hausmannsbrot	2	—	6	7	2
			Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch, das beste			1	1	10
„ „ geringere			1	1	6
Kuhfleisch, das beste			1	1	6
„ „ geringere			1	1	1
Kalbfleisch			1	1	10
Hammelfleisch			1	1	6
Schafffleisch			1	1	2
Schweinefleisch			1	1	8
Schmalz			1	2	8
Schweinefomen (zum Ausbraten)			1	2	2
1 Stübchen Bier				1	2
1 „ „ Broyhahn				1	8
1 „ „ Gose				1	10
			gr.	pf.	

*2. Wein-Taxe*

1 Maß Rheinwein, beste Sorte		12—16	—
1 „ „ mittlere Sorte		10	—
1 „ „ geringere Sorte		8	—
1 „ Französischer Wein, beste Sorte		6	—
1 „ „ „ geringere Sorte		5	—
1 „ Franken-Wein, beste Sorte		6	—
1 „ „ „ geringere Sorte		4	—
1 „ Landwein		3	—
1 „ Weinessig		4	—

*3. Kaufmanns- und Materialwaren*

1 Pfund Levante Kaffeebohnen, extra	15—16	—
1 „ „ Martinique Kaffeebohnen, extra feine	7—8	—
1 „ „ „ „ „	6—6	6
1 „ „ Bourbonischer Kaffeebohnen extra	7—8	—

\* Quelle: Akten des Stadtarchivs Quedlinburg III/67, Bl. 85/99. Hinter verschiedenen Nummern sind keine Ausführungen gemacht worden, da aus diesen keine genauen Löhne hervorgehen. Die Angaben können aber auf Wunsch noch gemacht werden.

\*\* Die Brot- und Fleischtaxe wurde monatlich „nach dem Kornpreis und sonstigen Umständen geändert“. Die Getränketaxe wurde halbjährlich festgesetzt.



## Fortsetzung Tabelle XIV

	gr.	pf.
1 Lot gebrannter Kaffee	—	3-6
1 Pfund Canarien Zucker	8	—
1 „ feiner „	7-7	6
1 „ Raffinade „	6-7	—
1 „ Melis „	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -6	—
1 „ grober Melis Zucker	5	—
1 „ weißer Candis „	10-12	—
1 „ gelber „ „	8-9	—
1 „ brauner „ „	6-6	6
1 „ Syrup	2	—
1 „ Canaster Tabak	20-32	—
1 Lot Macis Blumen	5	—
1 „ „ Nüsse	2	6
1 Lot Nelken	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -3	—
1 Pfund weißen Ingwer	8	—
1 Lot Zimmt	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -4	—
1 Pfund süße Mandeln	4-6	—
1 „ bittere Mandeln	4	6
1 „ große Rosinen	3	—
1 „ kleine Rosinen	3	—
1 „ ordinärer Pfeffer	11-12	—
1 „ Reis, schlechter	1	6
1 „ „ besserer	1	8
1 „ brauner Ingwer	3	—
1 „ feine Perlgraupen	4-4	6
1 „ gröbere Perlgraupen	3	—
1 „ Gerstengraupen	—	6-7
1 „ Buchweizengrütze	1	4
1 „ Hafergrütze	1	6
1 Stück Zitrone	Spf. bis	1 4
1 Pfund Hirse	1-1	2
1 „ Allaun	2	8
1 „ Faden- oder Schneckenudeln	4-5	—
1 „ weiße Stärkenudeln	2	—
1 „ blaue M. C. Nudeln	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -4	—
1 „ blaue F. C. Nudeln	5-6	—
1 „ gezogenen Schwefel	3	—
1 „ gebackene Pflaumen	1	8
1 Zentner sächsische Butter incl. des Holzes	12-15 tl.	
irländische Butter ohne Holz	16-18 tl	
1 Pfund irländische Butter	4	—
1 „ Embder oder Holländischer Käse	3	—
1 „ Baumöl (Olivenöl)	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -3	8
1 „ Rüböl bis zum Öschlage von der neuen Saat	2	6
1 „ Leinöl	3	—
1 „ klaren Tran	3	—
1 Stück Hering (schwedischer)	—	4-5
1 Stück Hering (holländischer), extra groß	—	6-8
1 Brief Crantz Tabak	—	6
1 „ Crantz Tabak, ordinär	—	3
2 Briefe Nr. 4 Tabak	—	7
2 „ Holländischer Velden Tabak	—	9
2 „ Holländischer Teylinger Tabak	—	9
1 Stück Tabakpfeife	—	4-6
1 Pfund ländisch Magdeburgischer Tabak, geschnitten	2	—

Fortsetzung Tabelle XIV

	tl.	gr.	pf.
--	-----	-----	-----

4. *Ellen-Waren*a) *Seidenwaren*

1 Elle Damast	1 tl. 4 gr. bis	1	6	—
1 „ Damast, breit		1	12	—
1 „ Taft		1	—	—
1 „ Atlasseide, geblümt	1 tl. 12 gr. bis	1	16	—

b) *Wollwaren*

1 Elle feines Tuch, breit	2 tl. bis	2	12	—
1 „ extrafeines Tuch, schmal		1	18	—
1 „ mittelfeines Tuch, schmal		1	6	—
1 „ ordinäres Tuch		—	12-16	—
1 „ feine Berlinische Cammelotte		—	6	—
1 „ schlechte Berlinische Cammelotte		—	—4	—
1 „ gestreifter Berliner Flanell		—	6	—
1 Elle roter und anderer Land-Flanell		—	5-6	—

c) *Leinenwaren*

1 Elle Kattun		—	8-12	—
1 „ weißer breiter Barchent		—	7-8	—
1 „ steife Leinewand		—	3-4	—
1 „ schwarzes Wachstuch, ordinäres		—	5	—
1 „ schwarzes Wachstuch, feines		—	6	—
1 „ geblühtes Wachstuch		—	8	—
1 „ feine Leinewand, extra fein 20 gr. bis		1	4	—
1 „ schlechte Leinewand, extra fein		—	12-16	—
1 „ noch schlechtere Leinewand, extra fein		—	5 $\frac{1}{2}$ -8	—
1 „ Hausleinewand		—	3-6	—
1 „ Hemden-Leinewand		—	2 $\frac{1}{2}$ -3	—
1 „ Nessel Tuch, das beste	16 gr. bis	1	—	—
1 „ Nessel Tuch, das schlechtere		—	10-12	—

5. *Leder*

1 Pfund englisches Leder für Sohlen		—	8	—
1 „ englisches Kalbsleder		—	18-20	—
1 „ schwarzes Rauchleder	1 tl. bis	1	4	—
1 „ hiesiges Kalbsleder		—	10-14	—
1 „ Rindleder für Brandsohlen		—	5-6	—
1 „ Roßleder für Brandsohlen		—	4-5	—
1 Stück gelbes Saffianleder	1 tl. 6 gr. bis	1	12	—
1 „ rotes Saffianleder		2	—	—
1 Pfund Französisches Kalbsleder		—	12-14	—
1 Paar Schafbockfelle für Hosen		—	18	—
1 Paar Schafbockfelle für Hosen, ordinäre		—	10-12	—

6. *Gartenwerk*

2 Stück Kopfsalat		—	—	1
1 Schock Mohrrüben		—	1-1	4
1 „ Petersilienwurzeln		—	1 $\frac{1}{2}$ -2	—
1 Stück Braunkohlkopf, groß		—	—	1
2 „ Braunkohlköpfe, kleine		—	—	1
1 „ Selleriekopf je nach Größe		—	—	2-3

Fortsetzung Tabelle XIV

	tl.	gr.	pf.
1 „ Weißkohlkopf früher je nach Größe	—	—	6—8
1 „ Blumenkohlkopf je nach Größe	—	—	3—6
1 „ Kohlrabikopf	—	—	1
1 Metze Kartoffeln	—	—	8
1 Mandel rote Rüben	—	—	6
1 „ weiße Rüben je nach Größe	—	—	3—4
1 „ Zwiebeln	—	—	2—4
1 „ Salatgurken	—	—	5—6
1 Pfund kleiner Suppenspargel	—	3	—
1 „ Spargel untereinander (unsortiert)	—	4	—
1 „ Spargel großer ausgesuchter	—	5	—

*7. Fische*

1 Pfund Karpfen	—	3—4	—
1 „ Schleie	—	3	6
1 „ Hechte	—	4	6
1 „ Speisefische Rotfedern	—	2	—
1 Schock Gründlinge	—	8—10	—
1 „ Schmerlen	—	8—12	—
1 „ Bodenkrebse	—	10—12	—
1 Maß Schmerlen	—	2	6
1 „ anderer kleiner Fische	—	1	4
1 Schock auswärtiger Krebse	—	6—8	—

*8. Federvieh*

1 altes Huhn		3—4	—
1 junges Huhn oder junger Hahn		2—2	6
1 Capaun.		6—8	—

*9. Flachs und Federn*

1 Stein à 22 Pfund Flachs nach Reinheit und Beschaffenheit	1 tl. bis 1tl. 12 gr. gleich	34—36	—
1 Pfund ungerissene Federn		4	—
1 „ gerissene Federn		6	—

*10. Käse, Butter, Milch und Eier*

1 Schock Kuhkäse je nach Größe		8—16	—
1 Stück Schafkäse		—	4—5
1 „ Schafbutter à 1/2 Pfund (weitere Butterpreise bei Pos. 3)		1	4
1 Maß Kuhmilch		—	8
1 „ Ziegenmilch		—	10
1 Mandel Eier im Frühjahr		1	4
1 Mandel Eier im Herbst		2	8

*11. Branntwein*

1 Maß hiesiger Kornbranntwein		2	—
-------------------------------	--	---	---

*12. Seifensiederwaren*

1 Pfund gezogene Talglichte		3	6
1 „ gegossene Talglichte (beide mit Baumwollgarn)		4	—
1 „ Seife		2	6

Fortsetzung Tabelle XIV

13. Posamentierer }  
 14. Knopfmacher } sind, da unwichtig, nicht aufgeführt  
 15. Schnurmacher }

## 16. Schneiderarbeit

## a) Männerkleidung

	tl.	gr.	pf.
1 Kleid (Anzug) mit einer Anprobe	3	—	—
1 Kleid (Anzug) ordinäres, mit Weste und Hose	1 tl. 16 gr. bis	2	—
1 Kleid (Anzug) wenden	1	12	—
1 Rock (Jakett) ohne Hose und Weste	16 gr. bis	1	—
1 Weste	—	10—12	—
1 Hose	—	6	—
1 Brusttuch	—	5	—
1 ordinärer Schlafrock	—	10—12	—

## b) Frauenkleidung

1 Kleid mit Frisur über einen Reifrock mit Unterrock	1 tl. 12 gr. bis	2	—	—
1 Kleid ohne Frisur mit Unterrock	1 tl. 4 gr. bis	1	6	—
1 Unterrock	—	—	8—12	—
1 Rock mit Frisur	—	—	10—12	—
1 Rock ohne Frisur	—	—	8	—
1 Kinderjacke	—	—	4	—
1 Enveloppe oder Manteline	—	—	8—10	—
1 Camisol mit Schößen	—	—	6—8	—
1 Camisol ohne Schöße mit Klappen	—	—	3—4	—
1 Leibchen ohne Latz	—	—	5	—
1 großes vollständiges Schnürleib mit Gros de tour (sicher Korsett)	5—6	—	—	—
1 desgleichen ohne Gros de tour	4—5	—	—	—
1 mittel Schnürleib	3—4	—	—	—
1 klein Schnürleib für Kinder	1—2	—	—	—
1 Frauenmantel	—	—	6—8	—
1 Frauenbrusttuch	—	—	2—3	—

## 17. Schusterarbeit

1 Paar Stiefel von gutem engl. Leder	5	—	—
1 „ „ von deutschem Leder	3	12	—
1 „ „ vorzuschuhlen	1	8	—
1 „ „ besohlen	—	8—10	—
1 „ Männerschuhe von engl. Leder	1	2	—
1 „ „ von hiesigem Landleder	1	—	—
1 „ „ zu Markt gebracht	—	18—20	—
1 „ „ schwarz Rauchledern*	1	3	—
1 „ „ besohlen	—	5—6	—
1 „ Frauenschuhe von engl. Kalbsleder, rauchschwarz* Leder oder wollenem Zeuge	—	18—20	—
1 „ Frauenschuhe von hiesigem Leder	—	16	—
1 „ Frauenschuhe zu besohlen	—	3—3	6
1 „ Kinderschuhe	6, 8 bis	—	12

\* Die Bezeichnung „rauchschwarz“ und „schwarz Rauchledern“ ist wörtlich übernommen.

## Fortsetzung Tabelle XIV

	tl.	gr.	pf.
1 Paar Kinderschuhe zu besohlen	—	2—3	—
1 „ Männerpantoffeln von engl. Kalbsleder	—	18	—
1 „ „ „ „ deutschem Leder	—	16	—
1 „ Frauenpantoffeln, schwarz	—	10—12	—
<i>18. Strumpfweberarbeit</i>			
<i>19. Strumpfstrickerarbeit</i>			
<i>20. Hüte</i>			
1 ganzer Castor Hut extra	3	—	—
1 halber „ „ „	2	—	—
1 viertel „ „ „	1	8	—
1 ordinärer feiner Hut	1	—	—
1 Männerhut von gemeiner Wolle	—	16	—
1 Knabenhut	—	6—8	—
<i>21. Handschuhmacherarbeit</i>			
<i>22. Färberarbeit</i>			
<i>23. Kupferschmiedearbeit</i>			
<i>24. Zinngießerarbeit</i>			
<i>25. Rademacher- und Stellmacherarbeit</i>			
<i>26. Böttcherarbeit</i>			
<i>27. Seilerarbeit</i>			
<i>28. Sattler- und Riemerarbeit</i>			
<i>29. Klempnerarbeit</i>			
<i>30. Töpferarbeit</i>			
<i>31. Schmiedearbeit</i>			
<i>32. Schlosserarbeit</i>			
<i>33. Perückenmacherarbeit</i>			
<i>34. Tischlerarbeit</i>			
<i>35. Glaserarbeit</i>			
<i>36. Besen</i>			
<i>37. Fuhrlohn</i>			
1 vierspännige Holzfuhre nach dem Ramberg (Quedlinburg-Ramberg hin und zurück etwa 25 km)	2	6	—
1 vierspännige Holzfuhre nach auswärts, worauf ein ganzer Tag geht	2	—	—
1 Land- oder Spazierfahrt mit 4 Pferden einen ganzen Tag nebst Futter und Mahl	1	—	—
Trinkgeld für einen Knecht jeweils	—	2	—
<i>38. Kärnerlohn</i>			
Für 1 Karre Leim		3	—
„ 1 „ Triebssand		1	6
„ 1 „ Schutt		1	2
„ 1 „ Ziegel, Bernsteine, Bitter-Kalk von der Hütte		1	8
„ 1 „ Gips-Kalk		7	—
„ 1 „ weißen Sand		4	—
„ 1 „ Holz von und auf der Bauscheune zu rücken, auch von den Holzhändlern abzuholen		1	6

Fortsetzung Tabelle XIV

	tl.	gr.	pf.
<i>39. Bäckerlohn</i>			
1 Kuchen zu backen auf dem Blech		—	6
1 „ „ „ ohne Blech		—	4
1 Topfkuchen zu backen		1—1	6
1 Torte zu backen		1	1
1 Braten zu machen	6 bis 8 pf. bis	1	—
1 Brot zu backen		—	1—3
<i>40. Leineweberarbeit</i>			
<i>41. Schlächterlohn</i>			
1 Ochsen zu schlachten		12	—
1 Kuh zu schlachten		10	—
1 Kalb zu schlachten		2	—
1 Speckschwein zu schlachten		3	—
1 Hammel oder Schaf zu schlachten	1 gr. 4 pf. bis	1	6
1 Lamm zu schlachten		1	—
<i>42. Wochen- und übriges Tagelohn</i>			
Maurer-, Zimmerer- und Ziegeldeckergesellen inclusive des Trunkes, pro Tag		7	—
Handlanger pro Tag		6	—
Tagelöhner „ „		4	6
1 Tagelöhnerin pro Tag		2	—
Botenlohn pro Meile		2	—
1 Schieferdecker, wenn er in Seil und Kloben arbeitet, pro Tag		12	—
Derselbe, wenn er auf der Leiter arbeitet, pro Tag		8	—
Spinnerlohn pro Elle Leinen, nachdem es fein ist		6—8	—
<i>43. Gesindelohn, jährlich</i>			
1 Ackerknecht, und zwar ein Großspänner nebst einen Morgen Lein-Acker	24	—	—
1 Ackerknecht bei den übrigen Gespannen nebst einen halben Morgen Lein-Acker	20	—	—
1 Hausmagd exclusive des Mietpfennigs, Weihnachts- und Jahrmarktsgeschenkes	6—7	—	—
1 Kindermagd „ „	4—6	—	—
1 Amme „ „	12—14	—	—
1 Köchin „ „	8—10	—	—
1 Waschfrau nebst Essen und Trinken, täglich	—	3	—
Derselben, wenn sie trockenet oder rollet, täglich	—	2	—
1 Viehmagd nebst Zimmer, jährlich	6—7	—	—
1 Blasenmagd nebst Zimmer und was sie an Trinken erhält	10—12	—	—
1 Hausmagd bei einem Branntweinbrenner	8—9	—	—
<i>44. Schornsteinjeger</i>			
1 großen Schornstein zu fegen	—	2	—
1 mittleren „ „ „	—	1	6
1 kleinen „ „ „	—	1	—



Fortsetzung Tabelle XIV

		tl.	gr.	pf.
<i>45. Erntelohn</i>				
1 Mayer-Hute à 10 Morgen Sommerkorn zu mähen		1	6	—
1 Hute desgleichen zu harken		1	6	—
1 Morgen Weizen abzuschneiden		—	12—13	—
1 Morgen Roggen abzuschneiden		—	11	—
1 Morgen Stoppelroggen abzuschneiden		—	10	—
1 Morgen Wiese zu mähen		—	6	—
<i>46. Papier</i>				
1 Rieß Kanzleipapier	1 tl. 4 gr. bis	1	8	—
1 Rieß Postpapier	1 tl. 20 gr. bis	2	—	—
1 Buch Kanzleipapier	1 gr. 4 pf. bis	—	1	8
1 Bogen Postpapier	2 gr. bis	—	2	4

## Tabelle XV

Auszug aus der Quedlinburgischen Brauordnung  
vom 16. April 1756\*

Anschlag eines Gebräude Biers, welches in denen publiquen am Wasser belegenen  
Brau-Häusern abzubrauen (Anlage C)

Ausgabe	tl.	gr.
1. Löse-Geld dem Magistrat, exclus. des Pfannengeldes	1	—
2. Maltz-Accise	3	18
3. Faß-Accise	26	6
4. Waasen-Holz	10	—
5. dem Treiber Trinkgeld	—	4
6. Licht, Öl, Sey-Stroh und Salz	—	20
7. Barm	—	16
8. dem Böttcher	1	—
9. für Fassen und Füllen	—	18
10. Agio auf Accise-Geld	1	—
11. Lohn, Essen, Trinken, Konfent, Sey und Getränke etc.		
a) dem Braumeister	1	18
b) den beiden Brau-Knechten	2	8
c) dem Stöhr-Knechte	1	4
d) den 3 Rührern	1	18
e) dem Rührer für das Maltzschrot	—	5
f) der Brau-Magd	1	12
g) dem Müller für die Maltz-Kanne	—	6
12. für das Maltz-Darren	1	12
13. für Hopfen	6	—
14. der Brau-Tag	60	—
15. 4½ Wispel Gerste à 18 Taler	81	—
16. Behufs publiquen Brau-Hauses Salarirung der Bediente etc.	6	—
	208	21

Anschlag eines Gebräude Biers, welches in denen publiquen am Wasser belegenen  
Brau-Häusern abzubrauen (Anlage C)

Einnahme	tl.	gr.
Es werden aus 4½ Wispel Gerste hart Korn gebrauet      38 Faß davon zum Auffüllen      1 Faß		
bleiben 37 Faß		
Hiervon zu versellen 30 Faß à 6 tl. 2 gr. 8 pf. und 1 Stübchen 1 gr. 4 pf.	183	8
ausgezogen 7 Faß à 5 tl. 16 gr.	39	16
für Konfent, Sey und Barm	10	16
für Kohlen	—	16
	234	8
vorstehende Ausgabe	208	21
abgezogen, bleibet dem Brau-Bürger an Profit	25	11

\* Archivsignatur I/7, Nr 105.

## Tabula der Getränke-Preise beim Bier (Anlage E)

Wenn 4 $\frac{1}{2}$ Wispel Gerste gelten, (gelten — kosten)			so gilt ein Stübchen				so gilt ein Faß		
tl.	gr.	bis	tl.	gr.	gr.	pf.	tl.	gr.	pf.
17	21	„	32	—	1	—	4	14	—
32	—	„	46	3	1	1	4	23	2
46	3	„	60	6	1	2	5	8	4
60	6	„	74	9	1	3	5	17	6
74	9	„	88	12	1	4	6	2	8
88	12	„	102	15	1	5	6	11	10
102	15	„	116	18	1	6	6	21	—
116	18	„	130	21	1	7	7	6	2
130	21	„	145	—	1	8	7	15	4
145	—	„	159	3	1	9	8	—	6
159	3	„	173	6	1	10	8	9	8

Specification desjenigen, was die zum Brauen erforderlichen Meister und andere Leute an Löhne überhaupt bekommen (Anlage F)

	Vor jedwedes Gebräude					
	Broyhahn		Bier		Gose	
	tl.	gr.	tl.	gr.	tl.	gr.
1. dem Brau-Meister	2	—	1	18	2	—
2. den 2 Brau-Knechten	2	18	2	8	2	18
3. dem Stöhr-Knechte	1	4	1	4	—	—
4. den 3 Rührern	1	18	1	18	1	12
5. dem Rührer für das Maltz-Schroten	—	5	—	5	—	4
6. der Brau-Magd	1	12	1	12	1	8
7. 4 Zuschläger	—	—	—	—	—	12

Über die Ergebnisse des Zweiten Vatikanums.  
 Ein Überblick,  
 verbunden mit Bemerkungen zur „Soziologie der Päpste“<sup>1</sup>

VON HEINZ MOHRMANN

Am 25. Januar 1959 kündigte Papst Johannes XXIII. in der Basilika St. Paolo fuori le mura der Benediktiner feierlich die Einberufung des II. Vatikanischen Konzils an. Nach über dreieinhalbjähriger Vorbereitungszeit konnte das Oberhaupt der katholischen Kirche am 11. Oktober 1962 mehr als 2500 Teilnehmer des Konzils in der zu diesem Zweck eingerichteten Aula von St. Peter begrüßen. Diese Weltkonferenz des führenden katholischen Klerus war die 21. in der Geschichte der Kirche, seit Konstantin I. im Jahre 325 u. Z. die erste „große und heilige Synode“ nach Nikäa einberufen hatte.

Zur Teilnahme verpflichtet waren nach dem katholischen Kirchenrecht, dem Codex iuris canonici (CIC can. 223 §§ 1,2), die Spitzen der klerikalen Hierarchie (Kardinäle, Erzbischöfe, die Generaläbte und Generaloberen der Orden und andere) sowie Titularbischöfe, soweit sie als „Konzilsväter“ berufen wurden. In der päpstlichen Einberufungsbulle „*Humanae salutis*“ wurden darüber hinaus „alle Kirchenmänner, die von Rechts wegen dem Ökumenischen Konzil beiwohnen müssen“<sup>2</sup>, eingeladen. Es bedurfte aber noch besonderer Einladungen, um 31 „Beobachter“ aus Kreisen der orthodoxen, protestantischen und altkatholischen Kirchen in der Konzilsaula zu St. Peter die Plätze einnehmen zu sehen. Nicht weit von ihnen saßen die „mit beratender Stimme“ zugelassenen theologischen Experten, deren Zahl während der ersten Konzilsperiode (11. Oktober bis 8. Dezember 1962) von 201 auf 312 anstieg. Die größte Zahl der Konzilsteilnehmer kam, wie Tabelle 1 zeigt, aus Amerika und den europäischen Ländern. Die Aufgliederung läßt erkennen, daß die überwiegende Mehrheit der Konzilsteilnehmer aus Ländern stammte, in denen der staatsmonopolistische Kapitalismus mehr oder weniger weit entwickelt ist. Die stärkste Gruppe bildeten auch auf diesem Konzil die Italiener mit 89 Vertretern in der Kurie, 12 Abgesandten der römischen Kirchenprovinzen und 379 Vertretern der italienischen Diözesen.

Gesteuert wurden die Verhandlungen des Konzils durch ein noch von Johannes XXIII. berufenes Präsidium von 10 Kardinälen, durch ein Sekretariat für „außerordentliche Angelegenheiten“ unter Leitung des Kardinalstaatssekretärs Cicognani, ferner durch das eigentliche Konzilssekretariat und durch einige Spezialinstitutionen (für Technik, Organisation, Ausgaben etc.). In zehn

1 Maier, Harry, Soziologie der Päpste. Lehre und Wirkung der katholischen Sozialtheorie Berlin 1965 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd 17.

2 Herder-Korrespondenz, 1/1962, S. 58.

Tabelle 1

*Konzilsväter nach Kontinenten und Ländern\**

	Kardinäle	Sonstige	Zusammen
Römische Kurie	30	85	115
Römische Kirchenprovinz	2	10	12
1. <i>Europa</i>	25	922	947
Davon aus:			
Italien	7	372	379
Frankreich	6	165	171
Spanien	4	91	95
Westdeutschland	2	63	65
Volksrepublik Polen	1	59	60
2. <i>Amerika</i>	19	937	956 <sup>a</sup>
Davon aus:			
USA	5	234	239
Brasilien	3	199	202
Kanada	2	95	97
Argentinien	1	62	63
Mexiko	1	62	63
3. <i>Asien</i>	5	306	311
Davon aus:			
Indien	1	73	74
Philippinen	1	46	47
Indonesien	—	26	26
Libanon	1	25	26
4. <i>Afrika</i>	1	277	278
Davon aus:			
Kongo, Elisabethville	—	39	39
Südafrika	—	25	25
Tanganjika	1	21	22
Nigeria	—	16	16
5. <i>Australien und Ozeanien</i>	1	73	74
Davon aus:			
Australien	1	38	39
Neuguinea	—	13	13

\* Quelle: *Herder-Korrespondenz*, Freiburg i. Brsg., 1/1962, S. 59ff., und *Valicanum secundum*, Bd 1: Die erste Konzilsperiode, hg. v. Otfried Müller, Leipzig 1963, S. 212. Von den angegebenen Zahlen (Stand: Mitte der ersten Konzilsperiode) wurden die Dauervakanzen abgesetzt, um annähernd die tatsächliche Teilnehmerzahl zu erhalten. Im einzelnen werden nur die Länder mit der stärksten Beteiligung angeführt.

weiteren Kommissionen, von denen jede unter Leitung eines Kurienkardinals stand und 25 Mitglieder hatte — 9 davon vom Papst ernannt, 16 vom Konzil gewählt —, wurden Konzilsthemen (Schemata) bearbeitet und die damit verbundenen Diskussionen vorbereitet.

Die vier Perioden des Konzils, die jeweils im Herbst der Jahre 1962 bis 1965 begannen und meist Anfang Dezember endeten, verliefen, an den Ergebnissen gemessen, recht unterschiedlich. In der ersten Periode hatte die Leitung des Konzils

offensichtlich viel Mühe, um den projektierten Apparat überhaupt in Gang zu bringen. Erst am Ende der zweiten Periode, am 4. Dezember 1963, konnten die beiden ersten vom Konzil beschlossenen Dokumente, die „Konstitution über die Heilige Liturgie“ und das „Dekret über die publizistischen Mittel“, verkündet werden. Die Zahl der zu behandelnden Themen war unterdessen schon von 73 auf 17 reduziert worden. Aber auch in der nächsten Periode, in der die „Dogmatische Konstitution über die Kirche“ und zwei weitere Dekrete erlassen wurden, war die Bilanz nicht so wie erwartet. Die Kosten des Unternehmens – sie wurden nach Abschluß auf 20 Millionen Dollar geschätzt – drängten allmählich zur Eile. Aber auch noch andere Ereignisse wirkten stimulierend auf das Tempo.

Wie auch auf früheren Konzilien der katholischen Kirche gab es während der Verhandlungen heftige Dispute der Väter, Fehden in und außerhalb der Konzilsaula, „Unruhe in Konzilskreisen“, Murren erbitterter Teilnehmer gegen Maßnahmen der Konzilsleitung, Kabalen und Tage der „Krise des Konzils“, „schwarze Wochen“, Tumulte im Plenum, Flugblattaktionen einzelner Gruppierungen des Klerus, Proteste der Laien und Protestbewegungen im Bereich der katholischen Verbände, Drohungen mit einem Gegenkonzil (durch das Oberhaupt der Kopten Kyrillos VI.). Es gab „kirchenrechtliche“ und andere Seitensprünge einzelner Väter – und wie bei manchem der vorangegangenen zwanzig Konzilien tauchte auch im November 1965 ein „Gegenpapst“ als Clemens XV. auf, um bei einer nicht kleinen Anhängerschar in Frankreich und in Westdeutschland (hier vor allem in der Pfalz)<sup>3</sup> seine Kasse zu füllen und dann nach Kanada zu verschwinden. An Spektakulärem hatte das Zweite Vatikanum somit das Übliche zu bieten.

Giovanni Battista Montini, der am 21. Juni 1963 nach dem Tode Johannes XXIII. als Paul VI. Papst wurde, störte diese Unruhe unter dem Klerus und dem Kirchenvolk erheblich. Dabei ist nicht zu übersehen, daß mit seinem Regierungsantritt wieder die für den höchsten katholischen Klerus doch anscheinend nicht angenehme Diskussion über den Ursprung eines wesentlichen Teils der päpstlichen Finanzen entfacht und bisher ungewöhnliche finanzielle „Verluste“ in Kauf genommen werden mußten. Am 1. Januar 1963 war in Italien eine fünfzehnprozentige Aktien-Dividendensteuer eingeführt worden, die der Vatikan nicht zahlen wollte. Unter dem christlich-demokratischen Regime war die Weigerung zunächst erfolgreich. Aber unter der ersten Regierung Moro verlangte der Budgetminister strikt die Zahlung dieser Steuer auch vom Vatikan. Es nützten weder die Hinweise des Kardinalstaatssekretärs Cicognani auf die alten Abmachungen zwischen Kirche und Staat aus der Zeit des italienischen Faschismus (Lateranverträge) etwas, noch die Androhung eines Börsenskandals durch Veräußerung aller italienischen Aktien des „Heiligen Stuhls“. Die Steuer wurde für 1963 einbehalten, und das italienische Finanzministerium ließ auch einige Angaben darüber verlauten. So zeigte sich dann eben wiederum während des

<sup>3</sup> Über das Auftauchen des ehemaligen Paters des Herz-Jesu-Ordens als Clemens XV., in weißer Soutane mit päpstlichen Insignien und päpstlichem Stander an seiner großen Citroënlimousine, berichtete die *Frankfurter Rundschau* v. 19. 3. 1965 u. a.: „Seine These, die Römisch-Katholische Kirche habe ‚wegen ihrer übergroßen Schuld‘ zu existieren aufgehört und er allein sei ‚von Gott berufen, sie zu erneuern‘, hatte ihm in ganz Südwestdeutschland eine wachsende Anhängerschar zugeführt. In der südpfälzischen Gartenstadt Landau konnte er sogar eine regelrechte Niederlassung gründen. Das Bischöfliche Ordinariat in Speyer mußte mit Kanzelerklärungen vor dem Irrlehrer warnen und drei seiner rührigsten Anhänger exkommunizieren.“



Zweiten Vatikanums, daß die Zentrale der katholischen Kirche nicht nur personell durch den hohen Klerus mit den führenden staatsmonopolistischen Ländern verbunden ist, sondern auch durch umfangreiche Kapitalanlagen in den Basen dieser Länder ökonomische Heimstätten hat. Selbst bürgerliche Experten ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, dem „world's biggest property owner“ vorzurechnen, daß in seinem *gesamten* Kapitalvermögen (bestehend aus Ländereien, Gebäuden, eigenen Wirtschaftsbetrieben, Kunstschätzen, Gold, Devisen usw.) nach „sehr konservativer Schätzung“ für über 2 Milliarden Pfd. Sterling (5,6 Milliarden Dollar oder rund 22 Milliarden DM-West) an Aktien zu finden sein müßten.<sup>4</sup> Diese Vermögenserörterung im Schatten des Konzils war nicht gerade dazu geeignet, die gewünschte Beruhigung der Gemüter herbeizuführen. Und der Verlauf der Ereignisse hinterließ auch beim gegenwärtigen Inhaber des Stuhles Petri seine Spuren.<sup>5</sup>

Am 8. Dezember 1965 entließ er nach Zelebration der Messe vor der Peterskirche mit einer relativ kurzen Predigt die Teilnehmer des Konzils. Etwa insgesamt 100 000 Dollar wurden zum Abschied als päpstliches Geschenk für charitative Einrichtungen in Palästina, Argentinien, Indien, Pakistan und Kambodscha verteilt. Die „Bediensteten“ des Vatikans erhielten für geleistete Sonderdienste während des Konzils eine einmalige Gratifikation von je 100 000 Lire (umgerechnet 640 Westmark).

Bei allen gewiß zu findenden Ähnlichkeiten in bezug auf Prunk, Glanz, Zeremonie und Skandal unterscheidet sich das Zweite Vatikanum doch ganz wesentlich von früheren Konzilien. Ohne Zweifel war die Einberufung weitgehend von der Initiative Johannes XXIII. bestimmt<sup>6</sup>, aber diese selbst hatte ihre so wirk-samen Ursachen. Als Johannes XXIII. in seiner Eröffnungsrede davon sprach, daß es der Kirche auf diesem Konzil nicht darauf ankomme, „Irrtümer zu verurteilen“, sondern „den *heutigen Notwendigkeiten* angemessen die Kraft ihrer Lehre ausgiebig zu erklären“<sup>7</sup>, wurde die Ursache des Anliegens ziemlich deutlich ausgesprochen. Im Begriff des „Aggiornamento“, der von Johannes XXIII. in den letzten Jahren seines Lebens oft gebraucht und von seinen Zuhörern verschieden gedeutet wurde – etwa als „Anpassung durch Wandlung, Wandlung durch Anpassung“ oder als „Heutigwerden der Kirche“ –, kam das Ziel des konziliaren Vorhabens noch klarer zum Ausdruck. Es ist der Versuch einer Neuorientierung des Katholizismus, die von der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts und den damit verbundenen gesetzmäßigen gesellschaftlichen Auswirkungen diktiert wurde. Um nicht den „heutigen Notwendigkeiten“ gegenüber immer untauglicher bei der Wahrnehmung der – natürlich! – bleibenden alten Funktionen zu werden, das heißt immer untauglicher gegenüber den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber auch in der Auseinandersetzung mit dem siegreichen Vordringen des Sozia-

4 *The Vatican's Riches*, in: *The Economist* v. 27. 3. 1965, S. 1403 ff. In der Untersuchung wird betont, daß es sich *nur* um *vatikanischen* Aktienbesitz handele und nicht um die weiteren Bestände der Diözesen, Orden, Kongregationen usw.

5 „Paul VI. sah man die außerordentlichen Anstrengungen der Konzilsjahre an.“ (*Süddeutsche Zeitung* v. 9. 12. 1965.)

6 „Johannes XXIII. ist der alleinige Motor aller Konzilsvorbereitungen!“ (*Vaticanum secundum*, Bd 1: Die erste Konzilsperiode, hg. v. Otfried Müller, Leipzig 1963, S. 303.)

7 *Vaticanum secundum*, a. a. O., S. 217.

lismus und den Entwicklungsproblemen zahlreicher junger Nationalstaaten, war es für den Weltkatholizismus hoch an der Zeit, prüfend und orientierend Heerschau zu halten.

Es war dabei kein Zufall, daß die Vorarbeiten zum Zweiten Vatikanum zeitlich fast zusammenfielen mit der Ausarbeitung der „positiven Strategie“ der Kennedy-Regierung, deren Grundlinien der damalige Unterstaatssekretär für politische Planung, Prof. Walt W. Rostow, rund ein halbes Jahr vor der Eröffnung des Konzils öffentlich vortrug. Aber hier eine schematische Anpassung anzunehmen, wäre völlig verfehlt. Johannes XXIII. hatte einen klaren Blick für das Weltgeschehen und schätzte die Kräftesituation recht realistisch ein. Vorsichtig, aber entschlossen – und mit recht persönlich gehaltenen Warnungen – trat er dem Präsidenten der USA entgegen, als dieser sich in das gefährliche Abenteuer eingelassen hatte, das junge sozialistische Kuba anzugreifen. Niemand bezweifelt heute, daß dieser Papst ehrlich um die Erhaltung des Friedens in der Welt bemüht war. Daher war es naturgemäß sein Bemühen, über das Konzil auch die Stellung der katholischen Kirche zu den anderen Religionsgemeinschaften – den anderen Christen und Nichtchristen – sowie den „Ungläubigen“ festzulegen.

Während der letzten Jahre erschienen auch in der Deutschen Demokratischen Republik eine Reihe von Publikationen, die sich mit dem Konzil und seinen Problemen befaßten. Der St. Benno-Verlag in Leipzig brachte bereits 1963 den ersten Band des Werkes „Vaticanum secundum“ heraus, ließ bis zum Ende des Konzils die Bände II und III/1 (Sonderdruck der Dokumente) folgen und machte uns so die wesentlichsten Dokumente des Konzils schnell zugänglich.

Von den größeren Arbeiten, die aus Forschungsgemeinschaften marxistischer Historiker, Ökonomen und Philosophen hervorgingen, wurde eine große Anzahl in Form von Büchern und Broschüren sowie als Artikel in Jahrbüchern und Zeitschriften publiziert.

Unter diesen marxistischen Arbeiten nimmt die 1965 im Akademie-Verlag erschienene „Soziologie der Päpste – Lehre und Wirkung der katholischen Sozialtheorie“ von Harry Maier einen hervorragenden Platz ein. Wenn auch der Titel des Buches nicht ganz glücklich gewählt ist, so liegt hier doch die bisher gründlichste und umfassendste marxistische Analyse der katholischen Soziallehre vor, eine Analyse ihrer theoretischen Grundlagen, ihrer politökonomischen Bestandteile und ihres engen Konnexes zur faschistischen Gesellschaftskonzeption. Die Arbeit enthält eine Fülle von Material für die gegenwärtige und zukünftige Auseinandersetzung mit den publizistischen Wortführern des amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals, was im Zeichen der von USA-Präsident Johnson kreierten „Great Society“ und der von Erhards braintrust ihr nachkonzipierten „formierten Gesellschaft“ eine besondere Bedeutung erlangt.

Allerdings – und das ist leider für den sachkundigen Leser recht spürbar – war die „Soziologie der Päpste“ ursprünglich nicht auf das Konzil hin angelegt. Manches ist später bei der Überarbeitung hinzugeschrieben worden. Die Wertung mancher Konzilsereignisse läßt hier und da die notwendige tiefe Begründung vermissen, welche die kritische Auseinandersetzung des Autors mit der katholischen Soziallehre so auszeichnet. Maier sieht zunächst die „Anpassung des Klerus“ als Aufgabe des Konzils.<sup>8</sup> Fast könnte ihm die Bilanz von St. Peter recht geben. Sie

<sup>8</sup> Maier, Harry, a. a. O., S. 23 u. 33.

besteht aus vier Konstitutionen, neun Dekreten und drei Erklärungen. Von diesen sechzehn Dokumenten befassen sich:

- a) 10 mit innerkirchlichen Fragen, eingeschlossen das Ordensleben und Apostolat der Laien;
- b) 3 mit dem Verhältnis zu anderen Religionsgemeinschaften, einschließlich der nichtchristlichen;
- c) 3 mit Problemen der „Welt von heute“; eines davon ist die wichtige und heiß umstrittene „Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute“, das vormalige Schema 13.

Aber die oft recht zähe Auseinandersetzung um die Themen unter b) und c) zeigt, daß es nicht nur um eine „Anpassung des Klerus“ ging, sondern vielmehr noch um den Versuch einer Reaktivierung der Millionenmassen der katholischen Christen, um darüber hinaus die „ökumenische Einheit“ vorzubereiten. Auch zu den übrigen gesellschaftlichen Bewegungen und Problemen der Welt war eine Stellungnahme des Konzils nicht mehr zu umgehen.

Maier betont einleitend, die marxistische Forschung müsse bemüht sein und bemüht bleiben „um die Aufklärung der sozialen und politischen Rolle einer Institution, deren Organisationen, Sozialtheorien und Kader – man kann es nicht leugnen – seit Jahrzehnten eine wachsende Rolle im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion spielen.“<sup>9</sup> Der eigentliche *kirchliche* Bereich müßte dabei natürlich der Ausgangspunkt sein. Seine Entwicklung und seine Probleme gehören im Grunde genommen weitgehend zum Gegenstand einer „Soziologie der Päpste“. Aber von diesen Problemen erfährt der Leser nicht viel, was bei der ursprünglichen Anlage der Arbeit als Dissertation zum Thema „Katholische Soziallehre“ verständlich ist.

Dabei geht es hier, wie schon die Vorbereitung des Konzils zeigte, um das eigentliche Anliegen Johannes XXIII. Er wollte den eigentlichen kirchlichen Apparat (inkl. der Laien) „heutig werden“ lassen und ihn zu einem aktionsfähigen Instrument weiter ausbauen. Schon im Oktober 1959 wurden die hochgespannten Erwartungen, welche durch die Ankündigung des Konzils als „ökumenisches“ verursacht worden waren, durch die Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs, daß an eine Beteiligung nichtkatholischer Kirchengemeinschaften gar nicht gedacht sei, zerstört.<sup>10</sup> Ohne Zweifel hatte die „ökumenische Bewegung“ der christlichen Kirchen<sup>11</sup> stimulierend auf das Zustandekommen des Konzils zu Beginn der sechziger Jahre eingewirkt.<sup>12</sup> Aber für ein „Unionskonzil“ unter Führung der katholischen Kirche mußte erst in ihren *eigenen* Reihen manches bereinigt und vieles neu geordnet werden.<sup>13</sup> Das wußten Johannes XXIII. und seine engeren

<sup>9</sup> Ebenda, S. V.    <sup>10</sup> Siehe z. B. *Jedin, Hubert*, Kleine Konzilsgeschichte, Freiburg i. Brsg. 1962, S. 130.

<sup>11</sup> Im Herbst 1948 war in Amsterdam durch Abgesandte 147 nichtrömischer Kirchen der Ökumenische Rat konstituiert worden; dieser nahm Verbindungen zum Moskauer Patriarchat auf, die ab 1957 immer enger wurden. 1961 traten auf der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi die orthodoxen Kirchen der UdSSR, Polens, Bulgariens und Rumäniens dem Ökumenischen Rat bei.

<sup>12</sup> Dazu *Imhoff, Christoph* (Koexistenz der Kirchen? in: Europa-Archiv, 13/1963, S. 474): „Wir gehen wohl kaum fehl in der Annahme, daß die christliche Entwicklung außerhalb der römischen Mauern, die dem Protestantismus wieder Weltweite und Katholizität verlieh, die Römische Kirche mehr oder weniger zum Zweiten Vatikanischen Konzil gezwungen hat.“

<sup>13</sup> Dazu der Konzilstheologe Prof. Küng: „Das *Epochemachende* der Konzilsinitiative des Papstes ist: Die Wiedervereinigung der getrennten Christen wird wesentlich mit der Selbstbesinnung, Selbstüberprüfung, Selbstreform und Selbsterneuerung der katholischen Kirche verbunden.“ (*Vaticanum secundum*, a. a. O., S. 306.)

Berater, vor allem der kluge Jesuiten-Kardinal Bea, Leiter des bald nach der Ankündigung des Konzils gegründeten „Vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen“. Er war es in erster Linie, der katholische ökumenische Heißsporne höflich aber energisch zur Ordnung rief.

Unter diesem Blickpunkt müssen auch die Veränderungen der innerkirchlichen Verfassung und Ordnung gesehen werden, die Maier in seiner Arbeit dann auch als „Grundaufgaben des Konzils“ bezeichnet.<sup>14</sup> Es kam den Initiatoren des Konzils bei allem „Aggiornamento“ auf die Erhöhung der inneren Festigkeit ihrer ganzen Korporation an, um weiter als eine der Weltreligionsgemeinschaften bestehen zu können und in alter Weise respektiert zu werden.

So defensiv auch in der Anlage die Konzeption des Zweiten Vatikanums war, so heftig waren gerade auch bei innerkirchlichen Fragen die Auseinandersetzungen. Das wurde bereits am zweiten Tag in der Konzilsaula klar, als von der Mehrheit der Väter das von der Kurie vorgeschlagene Wahlverfahren für die Konzilskommissionen zurückgewiesen wurde und die Kardinäle Liénart (Frankreich) und Frings (Westdeutschland) eine Vertagung der Wahl mit folgender Begründung beantragten: „Um die Konzilsväter besser kennenlernen zu können, seien vor der Wahl Konsultationen notwendig, insbesondere unter den Mitgliedern der verschiedenen größeren kirchlichen Jurisdiktionsräume.“<sup>15</sup>

Damit kündigten sich entscheidende Gruppierungen der Konzilsteilnehmer an. Die Bildung nationaler und regionaler Bischofskonferenzen am Rande des Konzils, deren Zahl bis zu seinem Abschluß auf 45 anwuchs, war der kurialen Zentralbürokratie bestimmt nicht angenehm und hinterließ auch Spuren: Es kam zu – allerdings nur geringfügigen – Veränderungen in der Struktur der obersten Leitung.

Über „Gruppierungen“ ist während der Konzilsperioden viel berichtet worden. Man versuchte, die Haltung der Gruppen zu deuten und sie zu bezeichnen. So wurde zum Beispiel zwischen Traditionalisten und Progressiven unterschieden, andere Autoren – so auch Maier – sprachen von einem reformatorischen Flügel und Konservativen, wieder andere von Konservativen, Gemäßigten und Neuerern.

Libero Pierantozzi, der drei derartige Hauptströmungen auf dem Konzil zu analysieren versucht, warnt gleichzeitig berechtigt vor einer schematischen Festlegung.<sup>16</sup> Die Zusammensetzung der Mehrheiten, Minderheiten bzw. der nach Artikel 37, § 2 des „Regolamento“ mit Placet iuxta modum (Ja, mit Vorbehalten) Abstimmenden war bei den verschiedenen Themen (Judenfrage, Freiheit der Religion, Verurteilung der atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen und anderes) ziemlichen Veränderungen unterworfen. Neuerer wurden schnell zu Konservativen. Andererseits bewarb sich der viel zitierte Wortführer der letzteren, Kardinal Ottaviani, mit seinem „Friedensappell“ und dem Vorschlag, in der Diskussion um das Schema 13 alle Nationen – natürlich erst nach „Überwindung des Kommunismus“ – zu einer Weltrepublik zu vereinen, in der Aula von St. Peter als „Neuerer“ um den Beifall der Väter. Allerdings konnte er kaum den Eindruck erwecken, daß die Kurie, das heißt der zentrale Leitungs-

<sup>14</sup> Maier, Harry, a. a. O., S. 33.

<sup>15</sup> *Vaticanum secundum*, a. a. O., S. 246.

<sup>16</sup> Pierantozzi, Libero, Die Sozialdoktrin des Vatikans und das 20. Jahrhundert, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7/1965, S. 558.

Verwaltungs- und Finanzapparat des Weltkatholizismus, nach den vielen kritischen Bemerkungen, die auf dem Konzil speziell an diese Einrichtungen gerichtet wurden, nun auch zu den Jüngern des „Aggiornamento“ gehöre. Bei all den Gruppierungen der Konzilsväter, die während des Verlaufs im schnellen Wechsel zu beobachten waren, standen als „trockene Felsen“ im Fluß der Dinge – einflußreich im Konzil und noch mehr an dessen Rande wirkend – die Vertreter der Kurie, unterstützt von den italienischen und den USA-Bischöfen, wenn sich letztere auch manchmal „progressiv“ gaben. Gegen die Kurie, deren Anhängerschaft über die römischen Leitungs- und Verwaltungsgremien hinaus weit in die Hierarchie der kirchlichen Organisationen und Verbände reicht, wird es auch nach dem Konzil nicht leicht sein, das wirklich zu verändern, was nun nach jahrelanger Selbstbesinnung und Selbstüberprüfung geändert werden soll. „Aggiornamento“ heiße jetzt: „Alles klug mit dem Geist des Konzils durchdringen . . .“, so meinte Papst Paul VI. beim Abschluß des Konzils, und sein Hirtenwort am 8. Dezember 1965 deutete auf die noch bevorstehenden Anstrengungen hin.<sup>17</sup>

Wenn auch die Beschlüsse über innerkirchliche Fragen weniger eine Veränderung des Bestehenden als vielmehr seine nochmalige Bestätigung durch die Autorität des Konzils darstellen, so hat die am Abschluß der dritten Konzilsperiode (21. November 1964) verkündete umfangreiche Constitutio Dogmatica De Ecclesia von den sechzehn vorliegenden Konzilsdokumenten die größte Bedeutung. Das Dokument fixiert die religiös-programmatischen Grundlagen des Katholizismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und enthält so die Anleitung für die Abfassung des größten Teils der anderen vom Konzil verabschiedeten Beschlüsse. Auffallend ist, daß jetzt in der Wesensbestimmung der katholischen Kirche sehr stark ihr Charakter als der zum besseren Jenseits, *aber auch zum besseren Diesseits* „pilgernden Kirche“ betont wird.<sup>18</sup>

Wenn in der Formulierung des Endzieles der katholischen Kirche jetzt die notwendige Neugestaltung irdischer Verhältnisse, natürlich immer in der Verbindung „neuer Himmel und neue Erde“ gesehen, so hervorgehoben wird, dann beweist das nur, *mit welcher Kraft* und *wie weit* die vor fünfzig Jahren begonnene tatsächliche Neugestaltung der Welt heute ihre Wirkung zeigt.

Natürlich ist dieser irdische Gestaltungswille der katholischen Kirche nicht ganz neu. Maier hat in Teil C III seiner „Soziologie der Päpste“ diese Problematik ausführlich erläutert und die klerikale Dienstleistung für die aggressivsten monopolistischen Kräfte, deren gesellschaftspolitisches Ziel der formierte Faschismus ist, in allen Einzelheiten analysiert.

Wenig Neues brachte die dogmatische Konstitution auch für die Organisation der Leitung. Nochmals wurde die Primatsgewalt des Bischofs von Rom und die Abhängigkeit aller anderen klerikalen Autoritäten von dieser bestätigt. Auch die Unfehlbarkeit des Oberhauptes der katholischen Kirche, wenn es *ex cathedra* in

17 „Die Lehren und Weisungen des Konzils bleiben für das Leben in den Gemeinden fruchtlos, wenn nicht alle – Priester wie Laien – sie mit bereitem Herzen und vollständigem Gehorsam annehmen.“ (*Hirtenwort zum Konzil*, in: Süddeutsche Zeitung v. 28. 11. 1965.)

18 „Das Ende der Zeiten ist also bereits zu uns gekommen (vgl. 1 Kor 10, 11) und die Erneuerung der Welt ist unwiderruflich und wird in dieser Weltzeit in wirklicher Weise vorausgenommen.“ (*Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, Leipzig 1965, S. 93.)

Sachen der Glaubens- und Sittenlehre spricht, wurde wiederum deklariert.<sup>19</sup> Während die neuerliche Erklärung der unfehlbaren Lehrautorität, die auf dem I. Vatikanischen Konzil zu heftigen Auseinandersetzungen und zum Schisma der Altkatholiken (Döllinger) geführt hatte, die Väter wenig interessierte – um so mehr allerdings die anwesenden Beobachter der anderen christlichen Kirchen –, war die Stellung der Bischöfe weiterhin Gegenstand der Diskussion. Das schließlich am 28. November 1965 verkündete Dekret über das Hirtenamt der Bischöfe in der Kirche betont auffällig, daß jene ihr Amt „kraft göttlicher Vollmacht“ und nicht auf Grund ihrer Ernennung durch den Papst ausüben.

Einige Wochen vorher hatte Paul VI. dem Konzil mit dem *Motu proprio* (aus eigenem Antrieb) „*Apostolica sollicitudo*“ die Einsetzung einer Bischofssynode angekündigt, einer Dauereinrichtung, die zum Teil von den Delegierten der einzelnen Bischofskonferenzen gebildet werden soll. Die Behauptung, daß damit die Zentralisierung des kirchlichen Regiments ihr Ende erreicht habe, harrt des Beweises.<sup>20</sup> Einige wichtige Bestimmungen der „*Apostolica sollicitudo*“ geben zu denken. So sollen die von dieser Synode zu erörternden Angelegenheiten durch die Zentrale in Rom festgelegt und bekanntgegeben werden; bis zu 15 Prozent der Teilnehmer werden jeweils gemäß der Thematik vom Papst *berufen*; die Präfekten (Metropolen) der römischen Ostkirchen werden *Dauermitglieder*; der Generalsekretär dieser neuen Bischofssynode wird allein vom Papst ernannt. Diese Bestimmungen lassen eher darauf schließen: Die Leitung der Kurie ist bemüht, das Streben nach Eigenständigkeit, das bei den Kirchenleitungen auf der Länder- und Diözesenebene hervortritt, einer höheren Effektivität *ihrer* Maßnahmen dienstbar zu machen. Sie versucht, sich mit der Bischofssynode eine entsprechende Institution zu schaffen.

Entscheidende Veränderungen hatte nach allerlei Andeutungen die katholische und nichtkatholische Öffentlichkeit für Priester und Ordensfrauen erwartet. Die Sorge um den Nachwuchs und die Sorge um das angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution in manchen Ländern wachsende „katholische Bildungsdefizit“<sup>21</sup> ließen die Beseitigung existenter Widernatürlichkeit erhoffen. Die Enttäuschung war groß. Recht eindringlich wurde schon im Verlaufe des Konzils den Vätern nahegebracht, daß das Thema „Zölibat“ nicht zu erörtern sei. Als in der letzten Konzilsperiode der brasilianische Bischof Koop dennoch das unerwünschte Thema erwähnte, griff der verärgerte Paul VI. persönlich ein und untersagte jede weitere Erörterung.<sup>22</sup>

19 „Dieser Unfehlbarkeit erfreut sich der römische Bischof, das Haupt des Bischofskollegiums, kraft seines Amtes, wenn er als oberster Hirte und Lehrer aller Christgläubigen, der seine Brüder im Glauben stärkt (vgl. Lk 22, 23), eine Glaubens- oder Sittenlehre in einem endgültigen Akt verkündet.“ (*Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, a. a. O., S. 53.)

20 „Am Ende der dritten Sitzungsperiode muß die Mehrheit der Bischöfe in der Konzilsaula erkennen, daß die neue Freiheit des Bischofskollegiums unter und neben dem Papst vorerst noch vom Wohlwollen der Kurie abhängig bleibt.“ (*Kabalen im Konzil*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 22. 11. 1964.)

21 „Die zölibatär lebenden katholischen Geistlichen fallen als Zubringergruppe für die katholische Akademikerschaft dabei jedoch aus. Das protestantische Pfarrhaus stellt bekanntlich seit eh und je eine große Zahl akademischer Nachwuchskräfte. Wir werden auf diese Überlegung noch einmal zurückkommen müssen“ (*Erlinghagen, Karl*, *Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland*, Freiburg i. Brsg. 1965, S. 37; siehe auch S. 195/196).

22 „Dieses einzigartig dastehende Vorkommnis rief eine gewisse Konsternation bei den Beobachtern der anderen Kirchen hervor, während die Konzilsväter dem Papst für die Belehrung eine Dankadresse darbrachten.“ (*Christ und Welt* v. 22. Oktober 1965.)



Ebenso energisch wurde die Forderung der Zulassung von Frauen zum Priesterberuf, die am Rande des Konzils durch eine von katholischen Frauen aus Westdeutschland verbreitete Denkschrift „Wir schweigen nicht länger“ in die Diskussion gebracht wurde, zurückgewiesen. Unter dem zwingenden Druck des Priestermangels in einigen Ländern mußten allerdings einige „Kannbestimmungen“ geschaffen werden. So sieht die dogmatische Konstitution jetzt vor, daß die in der Hierarchie unter den Priestern stehenden *Diakone* als „eigene und beständige hierarchische Stufe“ wiederhergestellt werden können. Ebenso können zu dieser untersten Stufe verheiratete Männer zugelassen werden.<sup>23</sup>

Zusammen mit dem Dekret über das Hirtenamt der Bischöfe wurden weitere Dekrete über die Erziehung zum Priestertum, über die christliche Erziehung und über die zeitgemäße Erneuerung des Ordenslebens verkündet. Während die beiden ersteren den bereits bekannten christ-katholischen Auffassungen und Forderungen zu diesen Themen kaum etwas hinzufügen, bringt das Ordensdekret das „Aggiornamento“ stark zum Ausdruck. Mehr als ein Drittel der in der Aula von St. Peter Versammelten gehörte dem Bereich der Orden an, war aus Klöstern, klösterlichen Genossenschaften und deren Filialen hervorgegangen und fühlte sich berufen, zur „zeitgemäßen Erneuerung des Ordenslebens“ etwas zu sagen. Über 14 000 Stellungnahmen wurden zur ursprünglichen Vorlage eingereicht. Die Hauptprobleme waren „Gehorsam und Freiheit“ und „Glaube und Welt“ (Erziehung der jungen Ordensmitglieder zur Begegnung mit der Welt). Das „Mehr“ an Freiheit, das heute eingeräumt werden müsse, sei in Richtung der stärkeren Heranziehung zur Mitverantwortung zu gestalten, und damit erhalte auch der Gehorsam – zweifellos Wesenselement des Ordenslebens bleibend – einen höheren Inhalt. Solches – und differenziertere Aufgaben für den heute „differenzierteren Einzelnen“ sollen das künftige Ordensleben bestimmen.

Der 1965 neugewählte „Schwarze Papst“, der neue Generaloberer der Gesellschaft Jesu, P. Pedro Arrupe, kommentierte, wie vorzugehen sei. Sein Orden erhielt durch päpstlichen Auftrag die „differenzierte Aufgabe“ der Bekämpfung des Atheismus.

„Zu diesem Zwecke müssen wir“, so führte der neue Jesuitenchef Ende Juni 1965 auf einer internationalen Pressekonferenz in Rom aus, „in erster Linie die atheistischen Doktrinen und die Ungläubigen, die Atheisten selbst, besser kennenlernen . . . und gleichzeitig jene verstehen und ihnen helfen, die auf den *Vorposten* der zeitgenössischen Kultur, insbesondere der Wissenschaft und Technik, stehen, und die oft *Atheisten* sind. Wenn wir uns dem Atheismus widersetzen wollen, dann müssen wir uns anstrengen, die Atheisten kennenzulernen: ihre Lebensbedingungen, ihre Ideen, die moderne Wissenschaft, die atheistische Philosophie. Wir brauchen viel Wissen und viel Philosophie. Vor allem aber ist wichtig, daß wir den Atheisten ehrlich helfen wollen . . .“<sup>24</sup>

23 „Den zuständigen verschiedenartigen territorialen Bischofskonferenzen kommt mit Billigung des Papstes die Entscheidung zu, ob und wo es für die Seelsorge angebracht ist, derartige Diakone zu bestellen. Mit Zustimmung des römischen Bischofs wird dieser Diakonat auch verheirateten Männern reiferen Alters erteilt werden können, ferner geeigneten jungen Männern, für die jedoch das Zölibatgesetz in Kraft bleiben muß.“ (*Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, a. a. O., S. 63.)

24 *Die Jesuiten und die Atheisten* – Aus der Pressekonferenz des neuen Jesuitengenerals Pedro Arrupe, in: Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln v. 4. 7. 1965, S. 22.

Gustav A. Wetter S. J. reicht also allein nicht mehr aus. Recht aufschlußreich ist die Tatsache, daß man dabei auf Teilhard de Chardin zurückgreift. Maier müßte seine Feststellung in der „Soziologie der Päpste“ über das 1962 noch erfolgte Monitum gegen den „unorthodoxen Kirchenmann“ Teilhard de Chardin<sup>25</sup> durch den Hinweis auf dessen plötzliche Rehabilitierung ergänzen. Wie bereits aus einzelnen Reden der Konzilsväter zu entnehmen war, wurde Teilhard jetzt eine ganz andere Einschätzung zuteil. Er wurde zum großen Helfer in der Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Atheismus befördert. Pedro Arrupe plazierte ihn 1965 mit einer glänzenden *laudatio* („... einer der großen Meister des Denkens der zeitgenössischen Welt“) als Vorkämpfer für das besondere Apostolat der Gesellschaft Jesu, den Kampf gegen den Atheismus.

Auch die Behandlung des Themas „Laien“ war ganz auf die zu aktivierende religiöse Propaganda angelegt.<sup>26</sup> Das vom Konzil beschlossene Dokument trägt dementsprechend schon die Überschrift „Dekret über das Apostolat der Laien“. Obwohl es in vielen Ländern mit der Teilnahme der katholischen Christen am kirchlichen Leben nicht gerade zum besten bestellt ist, sahen die Bearbeiter des Laienabschnittes der *Constitutio* wie auch des Dekrets nicht diese Problematik als die wesentliche an. Für die „Heilsökonomie des Gläubigen“<sup>27</sup> wird es als entscheidend angesehen, daß seine Stellung als Kirchenmitglied harmonisch mit der als Glied der menschlichen Gesellschaft verbunden ist. Damit aber kein Irrtum über die Art der gemeinten irdischen Gesellschaft aufkommt, wird gleichzeitig „jene unselige Lehre verworfen, die eine Gesellschaft ohne Rücksicht auf die Religion zu errichten sucht. . .“<sup>28</sup> Das angestrebte neue „laikale Bewußtsein“ soll aus der Masse der einfachen Gläubigen aktive katholische Propagandisten werden lassen und aus den Laienverbänden („Vereine von Befehlsempfängern und Zettelausträgern“ – wie sie selbst von Katholiken bezeichnet werden) einen entsprechend aktionsfähigen organisatorischen Apparat, der für genehmes Auftreten seiner Mitglieder sorgt, ohne daß sofort die geistlichen Berater in Erscheinung zu treten brauchen. Letztere werden ja längst in vielen Fällen als für die „Optik“ nicht besonders erwünscht angesehen.

Viele katholische Christen hatten vom Konzil in der Laienproblematik mehr erwartet als den Beschluß, jene Bemühungen zu verstärken, die die Marxisten mit dem Begriff des politischen Klerikalismus umfassen. Erwartet wurde – nach den Äußerungen der höchsten Autorität, Johannes XXIII., in „*Mater et Magistra*“ und in „*Pacem in terris*“ – auch ein klärendes Wort zur Stellung der Frau in der Kirche.

Rein äußerlich waren hier in Verbindung mit der Zulassung von Laien zum Konzil Fortschritte zu beobachten. Als es eröffnet wurde, gab es noch keine „Laienauditoren“. Erst am 21. November 1962 wurde der erste katholische Laie als Gast zugelassen. Die zweite Konzilsperiode sah dann schon einige weitere Laienvertreter in der Aula – natürlich nur männliche. Im dritten Abschnitt zogen auch

<sup>25</sup> Maier, Harry, a. a. O., S. 39.

<sup>26</sup> „Die Laien sind besonders dazu berufen, die Kirche an jenen Stellen und in den Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche nur durch sie das Salz der Erde werden kann.“ (*Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, a. a. O., S. 69. – Hervorhebung von mir – d. Verf.)

<sup>27</sup> Der Gegenstand dieser „Ökonomie“ ist, wie der manch anderer „Ökonomie“ auch, nicht leicht bestimmbar. Der Begriff wird hier in neuerer Zeit ebenso wie in der Wortfusion „Gnadenökonomie“ im Versorgungssinne gebraucht.

<sup>28</sup> *Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, a. a. O., S. 74 u. 75.

einige Frauen mit in St. Peter ein, Ordensoberinnen und Vorsitzende internationaler katholischer Frauenverbände. Zu dieser Repräsentanz der „organisierten“ Frau kam im letzten Abschnitt als Vertreter der Laien ein Ehepaar hinzu, das in der katholischen Familienbewegung Mexikos seine Meriten aufzuweisen hatte. Weiterhin ist beachtlich, daß Beata Maria Virgine derartig herausgestellt wurde und der Papst bei seinen Audienzen nunmehr die Anrede „*fili* et *filiae*“ gebrauchen wird!

Bei dem nun vorliegenden Ergebnis ist das im folgenden von einer westdeutschen, sehr um die gesellschaftliche Stellung der katholischen Frauen bemühten und ansonsten recht kirchentreuen Publizistin geschilderte Konzilerlebnis verständlich: „Aus den Lautsprechern an den Pfeilern schallt die Stimme eines Bischofs von Uganda, der es begrüßt, daß der Text des zur Debatte stehenden Schemas 13 ‚Über die Kirche in der Welt dieser Zeit‘ mit der Diskriminierung von Kultur, Rasse oder Geschlecht ein Ende macht. Gleichzeitig erzählt mir die einzige zum Konzil berufene Ehefrau beim Kaffee, daß sie leider nicht mit ihrem Mann gemeinsam diese Stärkung einnehmen könne, da weder er in der Damenbar, noch sie in der Herrenbar des Konzils zugelassen sei. Die Aufsicht ist streng.“<sup>29</sup>

Und streng blieb auch das Konzil bei dem Thema „Geburtenregelung“. Die erwartete Zustimmung zur Anti-Baby-Pille blieb aus, was wohl bei einigen zuständigen Produzenten als recht störend empfunden wurde.

Weniger streng wird es in Zukunft im Bereich der Liturgie zugehen. Hier ist der katholische Klerus schon seit Jahren um „Auflockerung“ bemüht. Urwaldtrommeln und Jazz blieben nicht ungenutzt.<sup>30</sup> Die neue Konstitution „De Sacra Liturgia“ gestattet den stärkeren Gebrauch der Muttersprache bei Kulthandlungen. Trotz Schwierigkeiten, die sich dabei durch die Belebung alter Kultformen ergeben können<sup>31</sup>, soll die Liturgie immer mehr dem Brauchtum und geistigen Erbe der Stämme und Völker angepaßt werden. Den Künstlern werden im Dienste der Kirche eigene Stilwahl und Freiheit der Ausübung ihrer Kunst zugesichert. Ergänzt wird hier die Konstitution über die Liturgie durch das gleichfalls am Ende der zweiten Konzilsperiode verabschiedete Dekret „De Instrumentis Communicationis Socialis“, in dem die Kirche ihr „ursprüngliches Recht“, jede Art der publizistischen Mittel (Presse, Film, Rundfunk, Fernsehen und anderes) für ihre Ziele zu „benutzen und zu besitzen“, recht betont proklamiert. Daraus wird die Notwendigkeit abgeleitet, Geistliche, Ordensleute – vor allem aber Laien – in nötigem Umfang (auch als Kritiker) „technisch, theoretisch und charakterlich“ auszubilden, um diese Mittel für das „Apostolat“ einsetzen zu können. An die Gläubigen wird appelliert, für einen Massenkonsum katholischer Massenmedien – zum Beispiel Kirchenzeitungen – tatkräftig besorgt zu sein. Die „in Wirtschaft oder Technik einflußreichen Verbände und Einzelpersonlichkeiten“ werden eindringlich aufgefordert, „diese publizistischen

<sup>29</sup> Gössmann, Elisabeth, Visitatrix/Besucherin im Konzil, in: Süddeutsche Zeitung v. 1. 11. 1965.

<sup>30</sup> Nach der Meldung „Moderne Jazzklänge im Kölner Dom“ erhielt die „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ zahlreiche Protestschreiben. In einem, das die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 11. 7. 1965 auf Seite 5 unter der Überschrift „Mozart würde in Ohnmacht fallen“ veröffentlicht, heißt es: „Wenn wir die Jugend nur noch mit Jazz und heißer Musik in der Kirche halten können, dann sollten wir doch lieber ganz einpacken.“

<sup>31</sup> „Der brasilianische Katholizismus wird also auf breitester Ebene buchstäblich von einem etwas untergeordneten Geisterkult unterwandert.“ (Eine Zweitreligion kann sich hier jeder leisten . . ., in: Süddeutsche Zeitung v. 23. 12. 1965.)

Mittel mit ihren finanziellen Beiträgen und ihrer Erfahrung bereitwillig zu unterstützen.“<sup>32</sup>

Diese beiden Konzilsdokumente hatten eine unterschiedliche Resonanz. Der Widerhall der „*Sacra Liturgia*“ brachte in vielen Ländern die „Lateiner“ in Bewegung. Sogar in Westberlin mußten Flugblätter verteilende Anhänger der „*Una voce*“ (katholische Vereinigung zur Erhaltung des Lateins in der Liturgie) vor St. Alfons in Marienfelde mit „sanfter Gewalt“ vom Platze gewiesen werden. Das Dekret über die publizistischen Mittel führte dagegen schon vor der Abstimmung in der Aula von St. Peter am 25. November 1963, wie Jesuitenpater und Konzilsberater Mario von Galli später schilderte, zu einem „schwarzen Konzilstag.“ Eine starke Gruppe von Konzilsvätern blieb nach Beratungen mit Experten der Ansicht, daß auch die sogenannte verbesserte Vorlage nicht den fachlichen Erwartungen entspreche. Auch hier lernten die Opponenten die „sanfte Gewalt“ kennen.<sup>33</sup>

Nicht weniger aufregend ging es bei der Beratung der Themen zu, welche das Verhältnis der katholischen Kirche zu den anderen Religionsgemeinschaften, vor allem den christlichen, betrafen. Besonders war das bei der „Dogmatischen Konstitution über die göttliche Offenbarung“ und bei dem „Dekret über die Katholischen Ostkirchen“ der Fall. Erstere hat natürlich wesentlich innerkatholische Bedeutung, wurde aber in ihrer inhaltlichen Hauptproblematik „Heilige Schrift und Tradition“ sehr stark unter dem Aspekt der Wirkung „nach außen“ gestaltet.

In seiner Ansprache an die Werktätigen am Vorabend des 1. Mai 1961 im Hohen Dome zu Köln hatte Josef Kardinal Frings noch auf die Ablehnung eines „natürlich erkennbaren Naturrechts“ durch Martin Luther hingewiesen und dazu ausgeführt: „... auch heute haben die Protestanten diesen Standpunkt grundsätzlich noch nicht aufgegeben. Sie suchen daher alle Einzelheiten aus der Hl. Schrift abzuleiten. Das bedeutet aber ein großes Hindernis, weil die Hl. Schrift über viele soziale Fragen der Menschheit nur sehr allgemeine Aussagen macht.“<sup>34</sup>

Der Kardinal wird sich jetzt eine solche Bemerkung kaum noch gestatten können. Die Neubewertung der Bibel – Papst Paul VI. wünschte sogar, daß die historische Wahrheit vom Leben Jesu nachdrücklich betont werde, was der Theologischen Kommission des Konzils allerdings zu viel des Guten erschien – war ein in seiner Wirkung genau berechneter Brückenschlag.<sup>35</sup>

In seinem Buch „Soziologie der Päpste“ hat Maier im Abschnitt B „Die theoretischen Grundlagen der katholischen Soziallehre“ darauf hingewiesen, daß die „vaticanischen Soziologen“ sich darum bemühen, ihren Wirkungsbereich nicht durch eine „sektiererische Beschränktheit“ einzuengen und daß sie deshalb auf neothomistischer Grundlage eine Sozialphilosophie (Katholische Gesellschafts-

<sup>32</sup> *Vaticanum secundum*, Bd. 2, a. a. O., S. 756.

<sup>33</sup> „Auch ein letzter verzweifelter Versuch durch Flugblätter, die einige Fachleute und Berater unterzeichnet hatten und einige Bischöfe am Tag der letzten GesamtAbstimmung am 25. November vor St. Peter, was nicht verboten ist, verteilt, wurde mit physischer Gewalt behindert.“ (*Galli, Mario v.*, Der 25. November, ein schwarzer Konzilstag, in: *Vaticanum secundum*, Bd 2, a. a. O., S. 765.)

<sup>34</sup> *Wer hat das rechte Ordnungsbild?* in: *Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln* v. 7. 5. 1961, S. 1.

<sup>35</sup> „Von protestantischen Konzilsbeobachtern wird gesagt, es könne nicht genug hervorgehoben werden, welche Folgen solche Beschlüsse für die ökumenische Situation haben können.“ (*Der Papst dringt auf Unfehlbarkeit der Bibel*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25. 10. 1965.)

lehre) als „Vernunftswissenschaft“ entwickelten.<sup>36</sup> Der dabei von dem Autor herausgearbeitete Widerspruch zwischen dem religiös-metaphysischen Ausgangspunkt und gewissen methodischen Anstrengungen, die den Glanz der Wissenschaft über das Ganze breiten sollen, charakterisiert aufschlußreich diese aus der klassischen katholischen Theologie kommende und in die spätbürgerliche Gesellschaftslehre infiltrierte Lehrmeinung. Aber das, was die „sektiererische“ Beschränktheit durchbrechen sollte, war andererseits für den Dialog mit den nicht-katholischen Christen ein Hindernis. Es gab zwar auch schon bisher Fälle, in denen gemeinsame Arbeiten von Vertretern der katholischen Soziallehre und den „nur aus der Schrift“ schöpfenden evangelischen Sozialethikern durchgeführt wurden – so zum Beispiel in Westdeutschland über Eigentumsfragen. Aber als Hindernis blieb die unterschiedliche Bewertung von Naturrecht und Bibel. Jetzt ist der Weg für eine über die katholische Soziallehre hinausgehende *allgemeine* christliche Sozialtheologie von katholischer Seite kaum noch versperrt.

Auch das „Dekret über die katholischen Ostkirchen“ befaßt sich sehr stark mit dem Verhältnis zu den von Rom noch „getrennten Ostchristen“. Zwar wird zunächst die Eigenständigkeit dieser „Teilkirchen“ hervorgehoben, die ja kirchengeschichtlich als christliche Gemeinschaften angesehen werden, die bereits das Schisma überwunden haben. Bei ihrer Rückkehr in den Schoß Roms konnten sie sich in Ritus, Liturgie und Verfassung gewisse Besonderheiten sichern, die auch jetzt nicht angetastet werden.

Aber gleichzeitig wird prononciert die gemeinsame Oberleitung durch den römischen Papst betont. Stark auf den Widerhall bei der Orthodoxie berechnet sind die Bestimmungen des Dekrets, die die Würde der Patriarchen der Ostkirche sanktionieren und die Wiederherstellung ihrer Rechte und Privilegien verfügen.<sup>37</sup> Die letzten sechs Abschnitte des Dekrets sind direkt dem „Verkehr mit den Brüdern aus den *getrennten* Kirchen“ gewidmet und legen „zur immer stärkeren Förderung der Einheit mit den von uns getrennten Ostkirchen“ Normen für eine wechselseitige Unterstützung in der Seelsorgepraxis fest.

Diese augenscheinliche Konzilianz versuchen auch die anderen Konzilsdokumente, die das Verhältnis der katholischen Kirche zu anderen Religionsgemeinschaften zum Inhalt haben, aufrechtzuerhalten, obwohl bei ihrer Ausarbeitung und Diskussion peinliche Pannen – so zum Beispiel in der Judenfrage – zu verzeichnen waren. Sehr hochgespielt in der staatsmonopolistischen Propaganda wurde die „Erklärung über die Religionsfreiheit“, die allerdings weniger um eine Klärung des Begriffs „Freiheit“ bemüht ist als um eine Begründung der Religionspflicht des einzelnen aus der „Würde der menschlichen Person“ heraus. Dabei werden nach der bewährten klerikalen Methodik des „kalten Krieges“ gegen die sozialistischen Länder deren Regierungsformen „trotz der Anerkennung der religiösen Kultfreiheit durch ihre Verfassungen“ als prinzipiell religions- und damit natürlich auch freiheitsfeindlich abgestempelt.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Maier, Harry, a. a. O., S. 77 ff.

<sup>37</sup> „Es sind dies jene Rechte und Privilegien, die galten, als Ost und West noch geeint waren, mag auch eine gewisse Anpassung an die heutigen Verhältnisse notwendig sein.“ (*Vaticanum secundum*, Bd 3, T. 1, a. a. O., S. 133.)

<sup>38</sup> Die Presse der aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals nahm sich in der kapitalistischen Welt der Verbreitung dieser Erklärung besonders an. In Westdeutschland veröffentlichte Springers Organ „Die Welt“ v. 8. 12. 1965 größere Auszüge unter der fälschenden Überschrift „Jeder nach seiner Fasson . . .“



Wenn in der „Freiheitserklärung“ von der kommenden Einheit der Völker die Rede ist, so untersucht das „Dekret über den Ökumenismus“ die Bedingungen für die Einheit der Christen. Obwohl in diesem Dokument nicht mit selbstkritischen Bemerkungen gespart wird, zeigt sich an vielen Stellen ganz offensichtlich, daß für die Konzilsväter „Ökumenismus“ immer noch Heimkehr der anderen christlichen Kirchen in die katholische bedeutet. Die Enttäuschung bei den Vertretern der nichtkatholischen Christen auf dem Konzil war entsprechend.<sup>39</sup>

Auch die im Ökumenismus-Dekret zu findende Zuneigung zu den orthodoxen Kirchen, die feierliche Aufhebung der gegenseitigen Bannflüche aus der Zeit des großen Schismas (1054) – allerdings nur von einem Teil der Orthodoxen anerkannt – und die vielen Beteuerungen gegenseitigen Wohlwollens können das hier vorliegende Resultat des Konzils nicht beschönigen. Eine der ihm gestellten Hauptaufgaben wurde nicht erfüllt.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ standen die Aussagen über das Judentum. Im November 1963 wurde den Vätern ein Dokument über das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum übergeben. Es sollte zunächst dem Verständnis des Kapitels über die Juden dienen, das von dem verstorbenen Papst Johannes XXIII. und Kardinal Bea vorbereitet worden war. Aber selbst diese hierarchische Autorität vermochte nicht viel zu erreichen. Ein großer Teil der Konzilsteilnehmer konnte sich mit dem „Judenkapitel“, in dem der judenchristliche Ursprung der Kirche stark betont wurde, nicht befreunden. Es begann der vor der Weltöffentlichkeit peinliche Kampf um das „Judenschema“, in welchem der religiöse Antisemitismus eine kräftige Sprache zu führen begann. In den einzelnen Abstimmungen erreichte die Zahl der Gegenstimmen, als es um die Streichung der Formulierung „des Gottesmordes schuldig“ ging, mit 250 eine stattliche Zahl. Selbst der „Stellvertreter“ Paul VI. hielt am 4. April 1965 eine die jüdische Kultusgemeinde Italiens zu heftigem Protest veranlassende Predigt, in der nach einem Bericht in „Christ und Welt“ vom 23. April 1965 zu hören war: „Das jüdische Volk hat den Messias nicht nur nicht erkannt, sondern verschmäht und verleumdet und am Ende getötet“. Der religiöse Antisemitismus war so stark, daß in der endgültigen Erklärung seine Spuren noch zu finden sind. Der „Gottesmord“ wurde zwar gestrichen, aber dafür wurde die jüdische Obrigkeit mit „ihren *Anhängern*“ – also doch letzten Endes Juden, wenn auch, wie gleich vorsichtig eingefügt wurde, nicht „alle damals lebenden Juden“ – für den Tod Christi verantwortlich gemacht. Auch wurde der Antisemitismus nicht nachdrücklich verurteilt, sondern die katholische Kirche *beklagt* ihn nur.<sup>40</sup> Wenn nun dieser bedrückende Kompromiß, der im Hinblick auf die Verbindungen zwischen

39 „Das eigentliche dogmatische Gespräch und die gemeinsamen Bemühungen um eine Neuinterpretation und um gemeinsame Glaubensaussagen haben jedoch auf dem Konzil noch *nicht* begonnen.“ (*Schlink, Edmund*, Hier Brücken – dort Hindernisse, in: *Die Welt*, Ausg. B, v. 11. 12. 1965.) „Doch für Protestanten ist Ökumene nicht Heimkehr in irgendeine der bestehenden Kirchen, auch nicht in eine erneuerte katholische Kirche . . . Die Kirchen sind darin nach dem Konzil soweit voneinander entfernt wie vorher.“ (*Olin, Karl Alfred*, Die christlichen Kirchen sind dem Zusammenschluß nicht näher, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11. 12. 1965.)

40 So die Konzilerklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen: „Im Bewußtsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, *beklagt* die Kirche . . . alle Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben (Hervorhebung von mir – d. Verf.).“ (*Neue Zürcher Zeitung* v. 6. 11. 1965.)



einflußreichen jüdischen und katholischen Kreisen in den USA zustande gekommen war, in stockkatholischen Gremien kaum eine Wirkung erzielt<sup>41</sup>, so beweist das nur, wie stark der religiöse Antisemitismus im 20. Jahrhundert noch Bestandteil der klerikal-katholischen Ideologie ist.

Wo in unserem Jahrhundert Antisemitismus offen oder versteckt praktiziert wird, da tritt gewöhnlich auch die militante antikommunistische Aktion auf den Plan. Ihre Anhänger sammelten sich noch während der Diskussion über das Verhältnis zu den Juden, um das Konzil zu einer lautstarken „Verurteilung“ des Kommunismus zu bewegen. 209 entsprechende Anträge (Modi) und 332 gleichgerichtete Petitionen wurden der Konzilsleitung eingereicht. Dem Papst wurde eine Petition mit den Unterschriften von 450 Vätern vorgelegt, und in ihrer Haltung schwankende Konzilsteilnehmer wurden unter Druck gesetzt. Aber die oberste Spitze der katholischen Hierarchie und auch die überwiegende Mehrheit des Konzils waren nicht bereit, zu einem neuen antikommunistischen Kreuzung aufzurufen. Eine Verurteilung des Kommunismus durch das Konzil fand *nicht statt*. Um den militanten antikommunistischen Klerus aber doch prinzipielle Zustimmung zu bezeugen, wurde in einer Fußnote auf bereits vorliegende antikommunistische Bekundungen höchster Autorität und dabei an erster Stelle auf die unter Papst Pius XI. veröffentlichte Enzyklika *Divini Redemptoris* verwiesen.<sup>42</sup> Und im Geiste dieses Dokuments verlagerte sich die antikommunistische Aktion nach der Niederlage ihrer militanten Vertreter in der Konzilsaula in andere Kontaktbereiche. So nahmen deutsche Väter im „Gremium Caritatis“ – der Bischof von Meißen, Dr. Spülbeck, war mit von der Partie – mit den „polnischen Amtsbrüdern“ am 4. Oktober 1965 engere Beziehungen auf, und dabei wurden „Überlegungen angestellt“, wie „Ruhrbischof“ Franz Hengsbach mitteilte<sup>43</sup>, die zu den geistigen Voraussetzungen des inzwischen bekannten Briefwechsels gehören. Dieser Briefwechsel, von dem außenpolitischen Experten der CSU, Baron v. Guttenberg, als „mutige Tat der polnischen Bischöfe“ bezeichnet und von Springers Zehrer als die „große Versöhnungsbotschaft“ bejubelt, von Strauß und Jaksch belobigt, bezeugt nur, daß jene taktische Hinwendung zur „Überwindung des Kommunismus von innen her“ (und „der DDR vom Osten her“) zum Repertoire der „neuen Ostpolitik“ Bonns gehört. Führende Vertreter des hohen katholischen Klerus, besonders in den USA und Westdeutschland, hatten dafür schon seit einiger Zeit noch weiteres zu empfehlen.

„Diese innere Unterminierung der sozialistischen Länder“, so schreibt Maier, der sich in seinem Buch ausführlich mit den hier seit Johannes XXIII. zu registrierenden Veränderungen befaßt, „glaubt der auf diese taktische Konzeption festge-

41 So verlangten nach der Veröffentlichung der Erklärung einige Leitungsmitglieder der Oberammergauer Passionsspiele, die 1970 wieder aufgeführt werden sollen, eine neue, weniger antijüdische Fassung der Texte. Der Gemeinderat von Oberammergau lehnte dieses Ansinnen kategorisch ab.

42 In dieser Enzyklika, die in der Zeit intensiver Kriegsvorbereitung des deutschen und italienischen Faschismus veröffentlicht wurde, hieß es: „Ganze Völker sind in Gefahr, in eine noch grauenvollere Unkultur zurückzusinken als jene war, die noch über dem größeren Teil des Erdkreises lag, als der Erlöser erschien. Wir sprechen . . . vom bolschewistischen und atheistischen Kommunismus, der die Welt furchtbar bedroht.“ (*Papst Pius XI., „Die Enzyklika gegen den Kommunismus – Divini Redemptoris“*, 4. Aufl., Luzern 1955, S. 7.)

43 Vgl. Höfer, Werner, Die Briefe der Bischöfe – Gespräch mit Ruhrbischof Hengsbach über die Kontakte zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat, in: *Die Zeit* v. 17. 12. 1965.

legte Teil des hohen Klerus am besten durch die positive Darlegung der katholischen Soziallehre zu erreichen.“<sup>44</sup>

Bei dieser positiven Darlegung geht es weniger darum, den Inhalt der bekannten und in der „Soziologie der Päpste“ der marxistischen Kritik unterzogenen Kategorien der klerikalen Gesellschaftstheorie zu verändern. Einige der führenden Vertreter dieser Theorie, zum Beispiel die Jesuitenprofessoren v. Nell-Breuning und Wallraff, sind der Meinung, daß die katholische Soziallehre sowieso anpassungsfähig genug sei und genügend „Raum für eine Vielfalt von einander abweichenden Anschauungen und gegensätzlichen Meinungen hat.“<sup>45</sup> Das „Aggiornamento“ liegt hier in einer sich schnell wandelnden Einstellung, welche allgemein durch die wissenschaftlich-technische Revolution erzwungen wurde. Die katholisch-christliche Weltgemeinschaft, deren Führung bis gegen Ende der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts ihre Anhänger eindringlich vor den Gefahren der „technisch-wirtschaftlichen Perfektion“ in „Allgemeinen Gebetsmeinungen“ warnen ließ, rief wenige Jahre später ihre Anhänger zur verstärkten Aktivität in den Bereichen von Wissenschaft und Technik auf. Welche schnelle Wandlung?! In „Mater et Magistra“ berief sich 1961 Johannes XXIII. noch auf die Meinung seines Vorgängers in diesen Fragen und schrieb: „Auch unser Vorgänger Pius XII. erklärt mit Recht, daß sich unsere Zeit dadurch von anderen unterscheide, daß Wissenschaft und Technik zwar ins Ungeheure fortgeschritten seien, die Menschen aber an Sinn für ihre Würde verloren haben.“<sup>46</sup> Zwei Jahre später dagegen wurde in der noch unter Johannes XXIII. verfaßten Friedensencyklika „Pacem in terris“ hervorgehoben, daß die Fortschritte der Wissenschaft und Technik gerade *bezeugen*, „wie in den Lebewesen und in den Naturkräften eine wunderbare Ordnung herrscht und auch den Menschen eine *solche Würde* zu eigen ist, daß er diese Ordnung entdecken und geeignete Werkzeuge anfertigen kann, um sich dieser Kräfte zu bemächtigen und sie zu seinem Nutzen zu gebrauchen.“<sup>47</sup>

Auch in der vom Konzil beschlossenen Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“, deren drittes Kapitel die Überschrift „Das wirtschaftlich-gesellschaftliche Leben“ trägt, wird die Entwicklung der modernen Produktivkräfte bejaht, wobei die Bevölkerungsvermehrung und die wachsende Lebenshaltung der Menschen als stimulierende Faktoren dieser Entwicklung herausgestellt werden. Dabei wird natürlich, wie schon in „Pacem in terris“, gleichzeitig ein religiöses Wachstum unter den Fittichen der katholischen Kirche gefordert, „um so den göttlichen Plan vom Menschen zu erfüllen.“<sup>48</sup> Die *lex aeterna* – nach der katholischen Soziallehre „Gottes existenter Schöpfungsplan“ – wird jetzt gemäß dem in der dogmatischen Konstitution formulierten Ziel der Kirche stark in den irdischen Bereich gerückt. Auch die in der Vergangenheit unter den Vertretern der katholischen Soziallehre noch recht umstrittene „menschliche“ Wirtschaftsplanung wird in dem Abschnitt über Investitionen klar bejaht, so

44 Maier, Harry, a. a. O., S. 30.

45 Gottes Wort und das personale Eigentum, in: Industrie-Kurier e. 5. 8. 1965.

46 Herder-Korrespondenz, 12/1961, S. 556.

47 Johannes XXIII., Pacem in terris, deutsche Übersetzung der Vatikanischen Polygott-Druckerei, Sonderdruck der ‚begegnung‘, Berlin 1963, S. 3.

48 Die Kirche in der Welt von heute, Auszug aus dem III. Kapitel der Pastoralkonstitution, in: Industrie-Kurier v. 23. 12. 1965.

daß die katholischen staatsmonopolistischen Planifikateure und Programmierer keinen Anlaß mehr haben, abweichende Meinungen beichten zu müssen. Aufregung in den Kreisen des Monopolkapitals verursachten – wie schon nach der Veröffentlichung von „Mater et Magistra“ und „Pacem in terris“ – die Entwürfe zu den Punkten Eigentum und Miteigentum. Was die meisten Vertreter der katholischen Soziallehre bislang zu dieser Thematik äußerten, hat Maier in den Abschnitten „Prälaten des Volkskapitalismus“ und „Winkelzüge um das „Miteigentum““ kritisch analysiert. Auch jetzt wird wiederum bei grundsätzlicher Bejahung des Privateigentums seine „innere soziale Ausrichtung“ stark betont und vor den Folgen der Nichtbeachtung gewarnt.<sup>49</sup> Weit mehr ist allerdings zu dem Problem der Mitbestimmung zu sagen, da diese Diskussion zeitlich mit der Ankündigung der Mitbestimmungsinitiative der westdeutschen Gewerkschaften zusammenfiel und, abgesehen von der wütenden Reaktion monopolistischer Unternehmerkreise, im katholischen Lager selbst vom Bund katholischer Unternehmer (BKU) bis zu der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) hin recht divergierende Meinungen auftraten. Selbst innerhalb einzelner Organisationen kam es zum Streit. So verwahrte sich Jesuitenpater Anton Rauscher, Leiter der katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, heftig gegen eine Unterstützung der vom DGB geforderten Mitbestimmung; seine Ordensbrüder Wallraff und vor allem v. Nell-Breuning wurden dagegen wegen zustimmender Äußerungen der intimen Beraterschaft westdeutscher Gewerkschaftsführer bezichtigt und als „linksaußen stehende Jesuitenpatres“ eingestuft, die es sich leisten, „Wasser auf die Mühlen sozialistischer Revolutionäre zu gießen.“<sup>50</sup> Selbst die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“ der „christlich-sozialen Kollegenschaft“ griffen den Senior der katholischen Soziallehre wegen seiner „eigenen sozial-ethischen Argumente“ und seiner Interpretation der Aussagen des Konzils heftig an, und der „Industrie-Kurier“ setzte seine Leserschaft durch Abdruck der Kommentare sofort davon in Kenntnis.<sup>51</sup> Nell-Breuning verteidigte sich in Wort und Schrift. Welches sind die Ursachen dieses Streites? Hat Nell-Breuning die „demagogischste Konzeption“, von der in „Soziologie der Päpste“ geschrieben wird<sup>52</sup>, um einen neuen Beitrag bereichert?

Ein einfaches „Ja“ auf diese Frage wäre so wenig befriedigend wie die Einschätzung der Nell-Breuningschen Variante der katholischen Soziallehre als „demagogischste Konzeption“.

Nell-Breuning wird natürlich jeden Hinweis auf Annäherung an den Marxismus mit weiteren Ausrufungszeichen hinter dem bereits von ihm im Streite gebrauchten Protestruf „Rufmord!“ beantworten. Aber die Kenntnis der Lehre von Karl Marx hat er nie bestritten.

„Wir Katholiken scheuen uns nicht, anzuerkennen“, so heißt es in einem seiner Aufsätze aus der Mitte der fünfziger Jahre, „daß Karl Marx uns für manche Erscheinung, die wir nicht rechtzeitig oder nicht scharf genug gesehen hatten, den Star gestochen. . .“<sup>53</sup> Die Erscheinung, die nun den Pater von der Jesuitenhoch-

49 „Wenn diese soziale Ausrichtung nicht beachtet wird, kann das Eigentum häufig zum Anlaß von Begierden und schweren Störungen werden, so daß es seinen Gegnern einen Vorwand bietet, das Recht selbst in Frage zu stellen. . .“ (*Süddeutsche Zeitung* v. 24./25./26. 12. 1965, S. 9.)

50 *Mißbräuchliches Konzil*, in: *Industrie-Kurier* v. 7. 10. 1965.

51 *Befürwortet die Kirche die Mitbestimmung?* in: ebenda v. 8. 1. 1966.

52 *Maier, Harry*, a. a. O., S. 160.

53 *Nell-Breuning, Oswald v.*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd 2: *Zeitfragen*, Freiburg i. Brsg. 1957, S. 32.

schule St. Georgen in Frankfurt am Main außer Mitbestimmung noch interessiert, ist die „Etablierung privater Mächte in der Wirtschaft“ Westdeutschlands, die einen gefährlichen Machteinfluß ausüben. Nell-Breuning bezeichnet diese Erscheinung als *Neofeudalismus*, die Marxisten bezeichnen sie als *Macht der Monopole* in Auswirkung der Konzentration der Produktion und des Kapitals. Der Pater setzte im westdeutschen Fernsehen, zweites Programm, am 18. November 1965 im „Gespräch des Monats“ auseinander, daß die neue gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption und die dabei geforderte Veränderung der Unternehmensverfassung recht „antifeudal“ wirken könnten.<sup>54</sup> Damit sieht er selbst in der Mitbestimmung ein Mittel gegen eine ebenso gefährliche wie verstärkte reaktionäre Entwicklung, die dem deutschen Volke nichts Gutes verheißt. Der Ausdruck „Neofeudalismus“ ist nicht ohne Grund gewählt, und der „scharfe Blick“ ist nur zu begrüßen. Dazu kommt, daß auch die Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Rolle spielen mögen.

1949 wurde auf dem Katholikentag zu Bochum folgende EntschlieÙung gefaÙt: „Die katholischen Arbeiter und Unternehmer stimmen darin überein, daß das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden bei sozialen, personalen und wirtschaftlichen Fragen ein *natürliches Recht* in gottgewollter Ordnung ist, dem die Mitverantwortung aller entspricht. Wir fordern seine gesetzliche Festlegung. Nach dem Vorbild fortschrittlicher Betriebe muß schon jetzt überall mit seiner Verwirklichung begonnen werden.“<sup>55</sup> Nell-Breuning wies noch später auf den „ungeheuren Beifallssturm“ hin, den diese EntschlieÙung entfachte. Aber es kam unter Pius XII. anders. Im Juni 1950 erklärte dieser jeder demokratischen Regung feindliche Papst in einer Ansprache an den „Weltkongreß für soziale Studien“, daß das Mitbestimmungsrecht weder die wichtigste noch die im Augenblick dringlichste Aufgabe wäre. Und der „Rheinische Merkur“ formulierte unter der Überschrift „Das Ende eines Irrwegs“ die endgültige Absage: „Das römische Nein zum wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht wird abschließend noch einmal mit aller Massivität dahin formuliert, daß aus Gründen prinzipieller und tatsächlicher Art das Mitbestimmungsrecht nicht zu den möglichen Verwirklichungen der Sozialordnung gehöre.“<sup>56</sup> Das war deutlich, und die katholischen Soziallehrer in Westdeutschland, an der Spitze ihr Altmeister Pater v. Nell-Breuning, hatten es nicht leicht, das Gesicht zu wahren. Das wurde vor den Millionen katholischer Arbeiter und Angestellter immer schwieriger, da die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Westdeutschlands zur Restauration der alten Mächte führte, die in Bochum noch so hart verurteilt wurden.

Der tolerante Johannes XXIII. ließ sich durch das Nein seines Vorgängers nicht stören. Zum Mißvergnügen vieler Vertreter des Monopol- und Finanzkapitals bekam die Diskussion über „Mitbesitz“, „Miteigentum“ etc. einen Akzent, der auf Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt hindrängte und so auch gegen die Eigentumsgrundlagen ihrer Macht gerichtet war. Der jetzt vorliegende Beschluß des Konzils bewegt sich gleichfalls in dieser Richtung. Allerdings wurde der Begriff

54 Würde es möglich sein, „zunächst einmal für die größten Unternehmen, sagen wir 50 Komplexe, den Gedanken der Unternehmensverfassung zu verwirklichen, hätten wir dem Neofeudalismus an einer entscheidenden Stelle einen Schlag versetzt.“ (Zit. nach *Unternehmerbriefe des Deutschen Industrieinstituts v. 2. 12. 1965*, S. 3, wo diese Formulierung natürlich keine freundliche Aufnahme fand.)

55 Nell-Breuning, Oswald v., a. a. O., S. 101.

56 *Rheinischer Merkur* v. 10. 6. 1950.

„Mitbestimmung“ überhaupt vermieden, was in westdeutschen Unternehmerkreisen als Erfolg der Proteste verbucht werden kann. Aber bei aller Trennung der Funktionen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll „durch in geeigneter Weise zu bestimmende Formen die tätige Teilnahme *aller* an der *Mitverwaltung* der Unternehmen und an ihrem *Ertrag* gefördert werden.“<sup>57</sup> Auch für eine Beteiligung der Arbeiter – persönlich oder durch gewählte Vertreter – an Entscheidungen außerhalb des Betriebes, „auf höherer Ebene von übergeordneten Institutionen“, sprachen sich die Väter aus, und ebenso wurde die Waffe des Streiks als ein „notwendiges, wenn auch letztes Hilfsmittel“ akzeptiert. Elementare Forderungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern mußten so berücksichtigt werden, aber auch Nell-Breuning und seine Anhänger können sich auf die Pastoralkonstitution berufen.

Natürlich ist der Pater aus St. Georgen kein „Marxjünger im schwarzen Rock“. In der Schrift, in welcher er die Wirkung der Lehre von Marx auf die Katholiken würdigt, wird ausgeführt, daß andererseits die „Kritik an Marx“ und noch mehr die klerikale sozial- und gesellschaftspolitische Aktivität „sozialistische Kreise“ in Richtung katholische Kirche in Bewegung brachte. Und diesen Prozeß sieht Nell-Breuning als gefährdet an, wenn jetzt keine eindeutige Stellungnahme zur Mitbestimmung erfolgt. Aber was er sonst noch zugunsten seines Anliegens vorbringen mag, die Mitbestimmungsbestrebungen der westdeutschen Arbeiter wurden durch seine bisherige Haltung in dieser Frage faktisch zeitweise unterstützt.

Nicht weniger Resonanz in der Öffentlichkeit hatte ein weiteres Problem der Pastoralkonstitution. Von Abschnitt 77 an befaßt sie sich mit der alle Menschen bewegenden Frage der Erhaltung des Friedens. Im ganzen hat sich auch hier die bereits in „Pacem in terris“ deutlich spürbare Linie durchgesetzt. Über ihre Ursache schrieb Rudi Bellmann in einer Analyse der Friedenszyklika 1963 folgendes: „Unter den Bedingungen des sich verändernden Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und des Kommunismus führt ein Festhalten der römischen Kurie an der Atomkriegskonzeption von Dulles und Pius XII. nicht nur zur Isolierung des Klerus von den katholischen Massen, sondern schließt in der Konsequenz den eigenen Untergang ein. Das läßt offensichtlich gewisse vatikanische Kreise zu pazifistischen und neutralistischen Auffassungen in Fragen des Krieges und Friedens gelangen.“<sup>58</sup>

Das Konzil bestätigte die schon in „Pacem in terris“ zu findenden Auffassungen, und auch die jüngsten Friedensappelle Pauls VI. sind ein Zeugnis dafür, daß die Leitung der katholischen Kirchen nicht gegen die Stimmung der Masse ihrer Glieder handeln kann und das Friedensthema zu nutzen weiß, um sich in der Welt Gehör zu verschaffen. Die Diskussion dieser Punkte zeigte aber auch, daß im obersten katholischen Klerus durchaus noch Anhänger der Konzeption von Dulles und Pius XII. vertreten sind und daß sie sich vor dem Versuch nicht scheuten, das Konzil auf die alte Position zurückzubringen. Es war die Gruppierung der amerikanischen Bischöfe, die eifrig am Werke war und auch einiges erreichen konnte, was im Text seinen Niederschlag fand. Obwohl eine starke Gruppe mit den Kardinälen Liénart und Léger als Sprecher sich dafür einsetzte, daß der

57 *Die Kirche in der Welt von heute*, Auszug aus dem III. Kapitel der Pastoralkonstitution, in: *Industrie-Kurier* v. 23. 12. 1965.

58 *Bellmann, Rudi*, Die päpstliche Enzyklika „Pacem in terris“ und der Frieden, in: *Einheit*, 7/1963, S. 99.

Krieg überhaupt verurteilt und somit der Unterschied zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg unter den Bedingungen der modernen Vernichtungsmittel nicht mehr akzeptiert werden könne, fand dieser Vorschlag keine Berücksichtigung. Es heißt jetzt: „Solange die Gefahr eines Krieges besteht und eine mit ausreichenden Machtmitteln ausgestattete zuständige internationale Autorität fehlt, so lange kann den Regierungen, wenn alle Mittel friedlicher Verhandlungen ausgeschöpft sind, das Recht legitimer Verteidigung nicht abgesprochen werden.“<sup>59</sup> Bei aller „Verdammung des totalen Krieges“ wird eine Anwendung von Atomwaffen nicht klar und eindeutig verurteilt. Zwar wurde die Rechtfertigung des „Besitzes von Kernwaffen ausschließlich als Abschreckungsmittel“ – sie war vorgelesen! – gestrichen, aber in Verbindung mit der „legitimen Verteidigung“ offengelassen.

Eine merkwürdige Auffassung wird auch bei der Erörterung derjenigen Faktoren vorgebracht, die die Sicherheit des Friedens gefährden. Hier wird den Staatsmännern eine hohe Verantwortung zugesprochen, aber diese, so heißt es, „sind sehr abhängig von der Meinung und Gesinnung der Massen.“<sup>60</sup> Umgekehrt – die *Massen* wollen Sicherheit und Frieden! Aber sie werden Paul VI. und den Vätern des Zweiten Vatikanums diese Textstelle verzeihen und zutiefst dankbar sein, wenn die christlichen Staatsmänner das beherzigen, was in der Pastoralkonstitution über Krieg und Frieden ausgeführt ist.

Wenn auch das Konzil in dieser so wichtigen Problematik hinter den Aussagen Johannes XXIII. zurückblieb, so kamen – wie bei der ganzen Veranstaltung – nicht jene auf ihre Rechnung, die, wie in der „Soziologie der Päpste“ analysiert<sup>61</sup>, „dem ehemaligen Staatssekretär Pius XII.“ ihre Stimme bei der Papstwahl gaben und die unter Paul VI. die Auferstehung der alten antikommunistischen Atomkriegspolitik der „Kirche *gegen* die Welt“ erhofften.

59 Zit. nach *Süddeutsche Zeitung* v. 24./25./26. 12. 1965, S. 9.

60 Ebenda.

61 *Maier, Harry*, a. a. O., S. 44.



Einige Überlegungen über Leitungsprobleme bei der Lektüre von Sidney Pollard, *The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain.*

*London: Edward Arnold Ltd. 1965, 328 Seiten, Preis 50 s*

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Es kann nicht die Aufgabe des Historikers sein nachzuweisen, „daß alles schon einmal dagewesen“. Wohl aber kann er zum Beispiel zeigen, daß so manches schon dagewesen, bevor es offiziell oder von einer größeren Anzahl von Menschen entdeckt worden ist, oder daß manches, was als „ganz neues Problem“ erscheint, zumindest in so ähnlicher Weise schon vorher existiert hat, daß man aus der Vergangenheit lernen kann.

Das letztere fällt einer neuen Gesellschaftsordnung häufig schwer, da sie sich selbstverständlich von der vorangehenden scharf abgrenzt und abgrenzen muß, und dabei bisweilen teils die Kontinuität in der Geschichte, teils die Tatsache vergißt, daß gewisse Probleme und zum Teil auch ihre Lösung mehreren Gesellschaftsordnungen gemeinsam sein können.

Nach der Phase des Proletkults ist das heute eine Selbstverständlichkeit auf dem Gebiete der Schönen Literatur. Daß ein Schriftsteller von Leo Tolstoi, Balzac, Hölderlin oder Kleist lernen kann, ist eine Binsenwahrheit geworden. Auch von Dürrenmatt oder Böll, die alles andere als Sozialisten sind, zu lernen, gilt nicht mehr als verdammenswert.

Ebenso selbstverständlich gilt das heute auf dem Gebiete der Militärwissenschaft – und nur ganz besondere „Radikalinskis“ haben das überhaupt je auf dem Gebiete der Naturwissenschaften bestritten.

Anders auf dem Gebiet der Ökonomie und angrenzenden Feldern. Hier begegnet uns noch durchaus die Auffassung: Der Kapitalismus kann uns nichts lehren, und wir können nichts von ihm übernehmen. Lenin hat sich in Wort und Tat gegen solchen Unsinn gewandt. Auch soll man sich überlegen, warum man selbst Kategorien wie Wert oder Ware für die sozialistische Wirtschaft benutzt, wenn sie etwas ganz grundsätzlich anderes im Sozialismus sind als im Kapitalismus. Für grundsätzlich andere, völlig unvergleichbare Dinge, die nichts miteinander gemein haben, ist es üblich, verschiedene Worte, nicht die gleichen Termini zu benutzen.

Eines der Probleme, das wir lange ungenügend beachtet haben und auf dessen Lösung entsprechend den Erfordernissen unserer Gesellschaftsordnung die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und unser Staat heute den größten Wert legen, ist das Problem der wirtschaftlichen Leitung im Gesamtrahmen der Leitungsprobleme überhaupt.

Natürlich sind Leitungsprobleme so alt wie die Menschheit, und natürlich stehen sie verschieden in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Man braucht sich

nur vorzustellen, wie verschieden etwa Probleme der Familienleitung sind unter dem Matriarchat, dem Patriarchat und in der sozialistischen Familie, in der Frau und Mann gleichberechtigt sind.

Grundverschieden stehen sie auch in einer Armee, in der es darauf ankommt, daß die Soldaten nicht verstehen, wofür bzw. wogegen sie kämpfen – etwa in der Armee eines imperialistischen Staates –, und in einer Armee, in der es darauf ankommt, daß die Soldaten genau verstehen, wofür bzw. wogegen sie kämpfen – etwa in der Armee eines sozialistischen Staates.

Aber sind alle Leitungsprobleme in den Armeen so grundverschieden, wenn die militärische Gliederung zum Beispiel in den Armeen imperialistischer und sozialistischer Staaten genau die gleiche sein kann? Eine Formalität, die über den wahren Unterschied oberflächlich hinwegtäuscht? Ganz und gar nicht! Vielmehr handelt es sich dabei um eine tiefbegründete, sehr entscheidende Gleichheit. Tief begründet ist diese Gleichheit in der, beiden Typen von Armeen gemeinsamen, Militärtechnik.

Während die Leitungsfaktoren, die dem direkten Einfluß der Produktionsverhältnisse unterliegen, im Sozialismus grundverschieden gelöst werden müssen als etwa unter Verhältnissen des Imperialismus, trifft das auf Leitungsfaktoren, die unter dem direkten Einfluß der Produktivkräfte stehen, nicht zu – wobei wir uns natürlich darüber klar sein müssen, daß nur wenige Leitungsfaktoren dem gewissermaßen von den Produktionsverhältnissen isolierten Einfluß der Produktivkräfte unterliegen. Aber selbst wenn es einen solch isolierten Einfluß praktisch überhaupt nicht geben sollte, bleibt doch stets ein Element des Einflusses der Produktivkräfte, und dieses Element kann zwei Gesellschaftsordnungen mit sich entsprechenden Produktivkräften gemeinsam sein. Deshalb sind sich zum Beispiel moderne Produktionsbetriebe in der Sowjetunion und in den USA etwa in der Anordnung des Produktionsprozesses – ein wichtiges Problem der Leitung der Wirtschaft und keineswegs eine „Formalität“ – sehr ähnlich, ja können völlig identisch sein, so daß sozialistische und kapitalistische Länder sich gegenseitig völlig eingerichtete Betriebe verkaufen können . . . in diesem Fall ist eine völlige Identität aller Produktivkräfte gegeben mit Ausnahme des Menschen, aber auch hier liegt zumindest eine teilweise Identität vor, etwa in der technischen Erfahrung und Qualität seiner Arbeit.

Die ständige Revolution der Produktivkräfte beginnt, wie schon Engels und Marx im „Kommunistischen Manifest“ festgestellt haben, mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung . . . alle vorangehenden Gesellschaftsordnungen hatten eine Tendenz, in dieser Hinsicht konservativ zu sein. Das der Entwicklung der Produktivkräfte immanente Gesetz, sich immer schneller zu entwickeln, setzt sich unter dem Kapitalismus mit erstaunlicher Wirksamkeit durch.

Und da mit der gewissermaßen permanenten Revolution der Produktivkräfte völlig neue Leitungsprobleme entstehen, so ist es für uns auch heute nützlich, uns historisch mit dem Entstehen dieser neuen Leitungsprobleme zu beschäftigen.

Eine erste gründlichere und ausführlichere Frühgeschichte der neuen Leitungsprobleme gibt uns Sidney Pollard in seinem hier angezeigten Buch.

Wie aktuell im wahrsten Sinne des Wortes die Problematik und ihre Behandlung durch Pollard sind, zeigt seine Gliederung der Leitungsfragen der Industriellen Revolution wie folgt:

1. Die Schaffung und die Ausbildung einer Schicht von Leitungsfunktionären (managers).
2. Die Rekrutierung, Ausbildung, Disziplinierung und gesellschaftliche Einpassung (acculturation) der Arbeiter.
3. Die Verwendung von Abrechnungsmethoden (accountancy) und anderen Informationsquellen zur Feststellung der Profitabilität von Unternehmen, um zu rationell begründeten Betriebsentscheidungen zu kommen.
4. Inwieweit wurde während der Industriellen Revolution bereits eine systematisierte Theorie und Praxis der Leitung zum Unterschied von unsystematisierten ad-hoc-Beschlüssen entwickelt?

Was die Frage der systematisierten Theorie und Praxis betrifft, so verneint sie Pollard, der scharf zwischen „managerial function“ und technischer Aufsicht wie wirtschaftlicher Beherrschung (commercial control) unterscheidet und der die Bedeutung einer Reihe von Arbeiten, insbesondere Charles Babbage's Werk „On the Economy of Machinery and Manufactures“<sup>1</sup> unterschätzt. Ich glaube, daß Pollard zu dieser Fehleinschätzung verführt wird auf Grund folgender Tatsachen:

1. Die Hauptprobleme der Leitung im vormonopolistischen Kapitalismus waren in England am Ende der Industriellen Revolution gelöst. Größere neue Probleme tauchten erst gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder auf.
2. Unter diesen Umständen beobachten wir in dem der Mitte der dreißiger Jahre folgenden Halbjahrhundert keine entscheidende Weiterentwicklung der „Theorie der Leitung“.
3. Nachdem das Werk von Babbage in drei Jahren vier Auflagen erlebt hatte, wurde es von der Bourgeoisie (natürlich nicht von Marx!) vergessen – ebenso wie zahlreiche andere Werke dieser Art. Sie waren selbstverständlicher Bestandteil des Denkens geworden und lebten in ihren Lehren in der Praxis weiter.
4. Die Zusammenfassung der Lehren der Industriellen Revolution in „Lehrbüchern“ und die immer erneute „Überarbeitung“ dieser Lehrbücher auf Grund immer neuer Erfahrungen in sich stetig verändernden Verhältnissen war keine zwingende Notwendigkeit in den Jahren 1835 bis 1885.

Daraus zieht Pollard den meiner Ansicht nach falschen Schluß, daß es keine systematisierte Theorie und Praxis der Leitungsprobleme vor dem Beginn des 20. Jahrhunderts gab, als ganz zweifellos die sich seit einiger Zeit neuauftürmenden Leitungsprobleme ein neues Durchdenken der Leitungsprobleme erforderten.

Überaus interessant, auch vom soziologischen Standpunkt, ist das Kapitel, das sich mit der Schaffung und Ausbildung einer Schicht von Managern beschäftigt. Dabei taucht eine auch schon zuvor von uns berührte Frage auf. Pollard identifiziert ihre Funktion, wie es in einem bestimmten Zusammenhang auch Engels und Marx taten, mit der des Unternehmers (entrepreneur) – nur daß der Manager eben angestellt war (dabei gar nicht selten mit einem Anteil am Geschäft). Von diesem Typ des Managers unterscheidet er scharf diejenigen, die wir heute als technical managers, als technische Leiter, bezeichnen würden. Man muß sich auf Grund unserer heutigen Einsicht in die verschiedenen Leitungsfunktionen rückblickend fragen, ob diese Isolierung des Managers als Gesamtvertreter des

<sup>1</sup> Babbage, Charles, *On the Economy of Machinery and Manufactures*, London 1832.

Eigentümers von dem für die Technik Verantwortlichen hinsichtlich der Untersuchung von Leitungsproblemen noch richtig ist.

Eine solche scharfe Scheidung führt Pollard zum Beispiel zu der Feststellung (S. 158f.)<sup>2</sup>, daß es ein allgemeines Wissen von den Problemen des Managertums nicht gab, da die industrial managers sich nach einzelnen Industrien und Gegenden gliederten, Übergänge von einer Industrie zur anderen nicht üblich waren, während die technischen Leiter solche Begrenzungen nicht kannten und sich „national technologies“ entwickelten. Man braucht doch aber nur an das Werk von Babbage oder an Andrew Ures „Philosophy of Manufactures“<sup>3</sup> zu denken, um sich einerseits klar darüber zu werden, daß sich hinsichtlich der Leitungsprobleme eine scharfe Trennung zwischen Entrepreneur-Vertretern, Pollards industrial managers, und technischen Leitern nicht durchführen läßt, und daß es sehr wohl „a common body of knowledge“, ein allgemeines Wissen von den Problemen des Managertums, über die Grenzen der einzelnen Industrien gab.

Die Frage des rational and methodical management of labour nennt Pollard „in vieler Beziehung das Zentralproblem der Industriellen Revolution“ (S. 160). Die Behandlung des Problems durch Pollard ist durchaus marxistisch. Um so mehr aber muß man sich wundern, daß auf Marx, der gerade diesem Problem als erster grundlegende Aufmerksamkeit gewidmet hat, hier nicht verwiesen wird . . . obwohl neben zahlreichen Quellen der Zeit W. Sombart, M. Weber, W. E. Moore und andere mit ihren Werken genannt werden. Das ist wissenschaftlich ungehörig . . . jedoch nicht mehr, denn Pollard hat die Untersuchungen von Marx und deren Resultate sehr wohl in sich aufgenommen. In der Tat kann man das ganze Buch als eine Übung betrachten, ohne Marx und Engels zu nennen, eine von den Resultaten ihrer Arbeit entscheidend beeinflusste Darstellung der untersuchten Probleme zu geben. Solches Vorgehen ist berechtigt, wenn man in einem faschistischen Lande sich bemüht, marxistische Gedankengänge legal zu veröffentlichen – Sklavensprache nennt das Lenin. Aber so weit hat es das Monopolkapital in England in seinen Bemühungen in dieser Richtung noch nicht gebracht, daß Pollard sich der Sklavensprache bedienen muß.

Ärger über wissenschaftlich ungehöriges Benehmen ist eine berechtigte menschliche Reaktion. Aber sie darf natürlich nicht den Menschen beherrschen. Und Pollard macht es einem leicht, sich rational zu verhalten, denn seine Untersuchungen sind wirklich hoch bedeutsam, zeugen von erster gründlicher Materialsuche auf einem neuen Untersuchungsgebiet, von klug abwägendem und bescheidenem Urteil hinsichtlich der Berechtigung zur Verallgemeinerung, von ernstem Bemühen, eine Reihe wichtiger, vielfach ungenügend beachteter Probleme tiefer zu durchdenken. (Das Register allerdings ist ein schlechter Witz.)

Wer über moderne Leitungsprobleme arbeitet, sollte an diesem Buch unter keinen Umständen vorbeigehen.

<sup>2</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

<sup>3</sup> Ure, Andrew, The Philosophy of Manufactures; or, an exposition of the scientific, moral and commercial economy of the factory system of Great Britain, London 1835.

# Zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland

Bemerkungen und Gedanken zu:

Kurt Hinze, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685 bis 1806.

Bibliographisch vermehrte und verbesserte, mit einem Registeranhang versehene zweite Auflage mit einer Einführung von Otto Büsch

*Berlin: de Gruyter 1963. XVI, 296 S. = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd 9, Neudrucke Bd. 1. Preis: 36,- DM*

VON HILDEGARD HOFFMANN

Die vorliegende äußerst interessante und anregende Arbeit ist eine Neuauflage der unter Werner Sombart entstandenen, 1927 gedruckten Dissertation des Verfassers. Mit ihrer umfangreichen Quellen- und Literaturoswertung stellt sie einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung eines der Hauptprobleme dar, die sich in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland ergaben, nämlich des Problems der „Schaffung“ einer Lohnarbeiterschicht. Die Arbeit bildet einen Ausgangspunkt für Vergleiche dieser Seite der ursprünglichen Akkumulation in Brandenburg-Preußen mit der entsprechenden Entwicklung in anderen deutschen Territorien und im Ausland, vor allem in den Ländern, in denen die kapitalistische Entwicklung erst spät einsetzte. Trotz der Mängel, die der Arbeit – besonders in methodologischer Hinsicht – anhaften, ist die Neuauflage zu begrüßen.

Im folgenden wollen wir einige wichtige Ergebnisse der Untersuchung betrachten und auf noch ungelöste Probleme hinweisen, die der Verfasser im Rahmen seines Themas nicht behandeln konnte oder die er nicht – bzw. nicht klar genug – als noch offene Fragen hervorgehoben hat. Auf die theoretische Konzeption des Verfassers, die auf der Sombartschen Kapitalismus-Definition basiert, wollen wir dabei nicht besonders eingehen. Hinze stimmt zwar dieser Definition im Vorwort zur Neuauflage wiederum zu, aber allgemein wird sie in der Geschichtswissenschaft, besonders der marxistischen, als längst überholt betrachtet.

Die Arbeiterfrage bestand nach Hinze im untersuchten Zeitraum in Brandenburg-Preußen darin, daß ein Mangel an Arbeitern für die kapitalistische Produktion auftrat sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht und daß sich daraus die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeitern ergab. Aus dieser Definition der Arbeiterfrage im 18. Jahrhundert ist die Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes durch den Verfasser ersichtlich.

Den zeitlichen Rahmen spannt der Verfasser von 1685 bis 1806, daß heißt von der Zeit, in der sich im Zusammenhang mit der Einwanderung der Hugenotten stärkere kapitalistische Elemente in der gewerblichen Produktion entwickelten,

bis zum Ende des „Alten Reiches“. Da den mittleren Provinzen<sup>1</sup>, insbesondere der Kurmark mit ihrem zentralen Schwerpunkt Berlin, im Rahmen der preußischen Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung zukam, stehen sie auch im Mittelpunkt der Untersuchung. Sie beruht auf einem aus weit verstreuten Quellen des ehemaligen preußischen Geheimen Staatsarchivs<sup>2</sup> zusammengestellten Material, aus dem eine Vielzahl bisher unbekannter, einprägsamer und repräsentativer Beispiele zur behandelten Thematik dargeboten werden, sowie auf den gedruckten Quellen und der einschlägigen Literatur. Daneben geht der Verfasser ausführlich auf die Verhältnisse in Schlesien ein, das in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraumes noch nicht zu Brandenburg-Preußen gehörte. In bezug auf Schlesien konnte sich Hinze auf Veröffentlichungen – vor allem von Fechner<sup>3</sup> – stützen, die auf gründlicher Quellenauswertung beruhen, wogegen für die übrigen Provinzen keine entsprechenden Untersuchungen vorlagen. Trotz der auf Grund der Quellenlage verständlichen Beschränkung hätte eine vergleichende Betrachtung der westlichen Provinzen ebenso wie eine differenziertere der mittleren anhand des vom Verfasser benutzten Materials bestimmte Teilergebnisse der Untersuchung klarer herausgestellt.

Im ersten Teil der Arbeit (S. 11 bis 66)<sup>4</sup> geht der Verfasser auf die „Gesellschaftlich-wirtschaftliche Lage vor Beginn des Kapitalismus“ in Brandenburg-Preußen und auf die besonderen Hemmnisse ein, die dem neuen Wirtschaftssystem durch den Arbeitermangel erwachsen.

Im zweiten Teil (S. 67 bis 241) werden dann die Maßnahmen von Staat und Unternehmern zur Beseitigung dieser Hemmnisse der ursprünglichen Akkumulation sowie die bei der Arbeitskräftebeschaffung im In- und Ausland auftretenden neuen Schwierigkeiten behandelt, um „so von der Seite der Arbeiterbeschaffung her eine eingehende Klarlegung der Ursachen zu erhalten, die der langsamen Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zugrunde lagen“ (S. 10). In einer kurzen Schlußbetrachtung (S. 242 bis 246) setzt sich der Verfasser im Ergebnis seiner Untersuchung mit Schmollers These von der Sozialpolitik des preußischen Staates auseinander. Das ergänzte und bis zum Erscheinen der Neuauflage fortgeführte Literaturverzeichnis (S. 249 bis 271), in dem man einige wichtige Titel vermißt<sup>5</sup>, sowie ein in der ersten Auflage fehlendes Namens- und Sachregister schließen die Arbeit ab.

In der Einleitung, die „Problemstellung und Methode“ behandelt, geht der Verfasser auch auf die Bedeutung ein, die der Vorsprung der westeuropäischen

1 Der hier benutzte Begriff „Provinz“ sowie die Bezeichnungen der einzelnen preußischen Provinzen entsprechen den im 18. Jahrhundert gebräuchlichen, sind also nicht mit denen des 19. und 20. Jahrhunderts identisch.

2 Leider fehlt ein Verweis auf den jetzigen Standort dieser von Hinze benutzten Akten im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg.

3 Insbesondere *Fechner, Hermann*, Wirtschaftsgeschichte der preußischen Provinz Schlesien in der Zeit ihrer provinziellen Selbständigkeit 1741–1803, Breslau 1907 (im folgenden: Wirtschaftsgeschichte).

4 Sämtliche Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

5 Von den neueren Titeln fehlen u. a. die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands von Mottek sowie die Arbeiten zur Entstehung der Lohnarbeiterklasse von Neuss über Halle und Strauß über Chemnitz, von den älteren z. B. die Festschriften für die Grafschaft Mark und für Minden-Ravensberg, ferner die Dissertation von Ring über die „Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen am Niederrhein“ und der Beitrag von Meier über die klevischen Städte unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft im 17. und 18. Jahrhundert. Die Literaturergänzungen sind auch verschiedentlich ungenau bzw. unvollständig (so muß es z. B. bei Schroetter *Bd 11*, 1898 statt 1899 und *Bd 14* statt *Bd 12* heißen, und nur bei einem der Aufsätze Schmollers wurde darauf hingewiesen, daß er auch in einem Sammelband enthalten ist).



Staaten für die Entfaltung kapitalistischer Kräfte in Preußen seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts hatte und stellt die besonders enge Verknüpfung der Anfänge des Kapitalismus in Brandenburg-Preußen mit dem Staat heraus. Nach Sombart faßt Hinze den „modernen“, das heißt den absolutistischen Staat ebenso wie die Unternehmer als „Träger des kapitalistischen Geistes“ auf, die – als Wirtschaftssubjekte beide gleichermaßen an der wirtschaftlichen Entwicklung interessiert – ihre aus dem Bevölkerungs- und Arbeitermangel resultierende Politik „auf die Vermehrung der für den Kapitalismus geeigneten Bevölkerungselemente“ ausrichteten (S. 3 u. 9).

Ebenfalls in der Einleitung weist Hinze darauf hin, daß er im ersten Teil – der der Überschrift nach die Lage vor Beginn des Kapitalismus behandelt – bei der Darstellung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lage, in die der Kapitalismus in Brandenburg-Preußen hineingetroffen sei, nicht am Ausgang des 17. Jahrhunderts habe Halt machen können, sondern „weit in das 18. Jahrhundert“ habe hineingehen müssen, da sich der Kapitalismus in dieser Übergangszeit nur nach und nach durchgesetzt hätte (S. 3). Selbst diese – allerdings nur teilweise durchgeführte – zeitliche Ausweitung ist unseres Erachtens nicht ausreichend, denn entscheidende, vom Verfasser zum Teil nicht entsprechend berücksichtigte Hemmnisse waren bis zum Ende des von ihm untersuchten Zeitraumes wirksam.

Überhaupt wird Hinze in seiner Darstellung dem einleitend betonten Übergangscharakter seines Zeitabschnittes insofern nicht gerecht, als er die quantitative Seite des Wachstums der kapitalistischen Elemente zwar deutlich macht, dabei aber die qualitative Seite dadurch entscheidend vernachlässigt, daß er seine Betrachtung im wesentlichen auf die Produktivkraft Mensch beschränkt und die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln nicht in sie einbezieht. Zwar definiert Hinze den Begriff Arbeiter eindeutig – er stellt die „besitzlosen Nuarbeiter (als Wirtschaftsobjekte)“ den Inhabern der Produktionsmittel und gleichzeitigen Leitern der Produktion gegenüber (S. 8) – und stellt darüber hinaus fest, daß bei der Arbeiterbeschaffungspolitik zumindest theoretisch „die Arbeitskräfte für kapitalistische Unternehmungen von der andern Masse nicht oder noch nicht kapitalistischer Elemente zu scheiden sind“ (S. 9); jedoch vermischen wir sowohl bei den einleitenden theoretischen Erörterungen als auch im Verlaufe der gesamten Darstellung einen Hinweis auf die vielfältigen Übergangsverhältnisse, die es auf dem Wege vom Produktionsmittel besitzenden Handwerker bis zum besitzlosen Lohnarbeiter gab, ebenso wie auf das Überwiegen dieser Übergangsverhältnisse bis zum Ausgang des Untersuchungszeitraumes.

Daß Hinze die qualitative Entwicklung der Elemente des kapitalistischen Eigentums ungenügend berücksichtigt hat, drückt sich nicht nur darin aus, daß er oftmals die zeitgenössischen Bezeichnungen für die Arbeitskräfte ohne jede Erläuterung benutzt, sondern auch in der Übernahme der für Handwerk, Verlag und Manufaktur in den zeitgenössischen Quellen gleichermaßen gebrauchten Begriffe Manufaktur und Fabrik.

Das erste Kapitel des ersten Teils beginnt mit einer eingehenden quantitativen und qualitativen Analyse der Bevölkerungsstruktur Brandenburg-Preußens bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Dabei stellt Hinze fest, daß die Bettler- und Vagabundenscharen zwar ständig zunahmen, vor allem durch Söldnerwesen, Kriege und Bauernlegen, daß man sich aber davor hüten müsse, „die ‚Massen‘ der existenzlosen Elemente . . . zahlenmäßig zu hoch einzuschätzen“ (S. 19). Über-

wogen habe der Bevölkerungsmangel, die Besiedlung der mittleren Provinzen habe sich im Vergleich zu den übrigen deutschen Gebieten auf einem niedrigeren Stand befunden und die Bevölkerung sei nur sehr langsam gewachsen. Den Ursachen der zeitweiligen absoluten Bevölkerungsverminderung – Tod infolge Krieg, Pest, Hungersnot, mangelhafter Hygiene, Auswanderung und Vertreibung ländlicher sowie städtischer gewerblicher Produzenten – geht Hinze in kritischer Auswertung des überlieferten spärlichen Zahlenmaterials, insbesondere über die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges, nach. Dazu kam die Heereswerbung, durch die der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion eine immer größere Zahl von Arbeitskräften verloren ging. Eindringlich weist Hinze darauf hin, daß die Militarisierung in Brandenburg-Preußen eine weit größere Rolle spielte als in den Nachbarländern (S. 35).

Im folgenden Abschnitt wird die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land behandelt, „um so einen wenn auch beschränkten Einblick in der Reichweite der Agrar- und Gewerbesphäre zu bekommen“ (S. 37). Zustimmung können wir Hinze darin, daß dabei die Feststellung der tatsächlichen Reichweite der Agrarsphäre wichtiger ist als die bloße zahlenmäßige Zuordnung der Ortschaften zu „Stadt“ und „Land“ (ebenda). Etwas zu einseitig scheint uns jedoch das anschließende allgemeine Urteil, „daß bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts hinaus die Bevölkerung der Städte durchaus ländlichen Charakter bewahrte“ (S. 40). Darüber hinaus unterläßt es Hinze hier, auch auf die entgegengesetzte Erscheinung, nämlich auf die Tatsache hinzuweisen, daß es – in der Kurmark allerdings nur als Ausnahme – auch ländliche Siedlungen gab, die vornehmlich gewerblichen Charakter hatten. Diese Ortschaften lagen vor allem in denjenigen Provinzen, in denen der Anteil der Stadtbevölkerung besonders gering war.<sup>6</sup> Mit seiner zusammenfassenden Feststellung, „daß der Anteil der Landbevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert noch außerordentlich groß war und sich im Laufe des 18. Jahrhunderts nur wenig verschob“ (ebenda), nimmt Hinze bereits ein Teilergebnis der Arbeit vorweg, das wir an der entsprechenden Stelle im zweiten Teil vermissen. Ergänzt sei hier, daß eine Untersuchung des Anteils der Städte an der gewerblichen und insbesondere der kapitalistischen Produktion um 1770 in Brandenburg-Preußen unter anderem ergeben hat, daß beachtliche Unterschiede zwischen den ostelbischen und den westelbischen Provinzen, vor allem hinsichtlich des jeweiligen Anteils der großen, mittleren und kleineren Städte, bestanden.<sup>7</sup>

Die „Hemmungen für den beginnenden Kapitalismus“ werden, belegt durch vielfältige Beispiele aus dem gesamten Untersuchungszeitraum, im zweiten Kapitel des ersten Teils dargestellt. Als Hemmnisse quantitativer Art nennt Hinze den Bevölkerungs- und damit Arbeitskräftemangel, was allerdings Widerspruch aufgelöst hat<sup>8</sup>; als qualitative Hemmnisse bezeichnet er die „wirtschaftliche und technische Ungeeignetheit der Arbeitskräfte“. Die erste Aufgabe der Arbeitskräftepolitik in Brandenburg-Preußen bestand seiner Ansicht nach nicht darin, einem „ungeheuren Überfluß“ existenzloser Arbeitskräfte abzuhelpen“ (S. 63),

<sup>6</sup> Vgl. S. 285 der vorliegenden Rezension.

<sup>7</sup> Vgl. Hoffmann, Hildegard, Die gewerbliche Produktion Preußens im Jahre 1760 auf Grund des statistischen Taschenbuches des Dodo Heinrich Frhr. von Knyphausen „Listen derer in sämtlichen königlichen Provinzen befindlichen Fabriken und Manufakturen . . . pro anno 1760“, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1957, S. 102–109.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Neuss, Erich, Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle, Berlin 1958, S. 168.

sondern darin, die Hemmnisse für die Entwicklung des Kapitalismus durch Beschaffung der notwendigen geeigneten Arbeitskräfte zu beseitigen. Hier aber zeigen sich unseres Erachtens deutlich die Auswirkungen der fehlerhaften theoretischen Konzeption des Verfassers, denn die allgemeine Außerachtlassung der Eigentumsverhältnisse führt dazu, daß er die feudalen Produktionsverhältnisse auf dem platten Land hier nicht zu den Hemmnissen für die kapitalistische Produktion rechnet; er erwähnt lediglich mit zwei Zeilen in dem kurzen Kapitel „Standortbedingungen für die entstehende kapitalistische Industrie“, daß die „grundherrliche Bindung“ der Agrarbevölkerung mit eine Rolle bei der Standortwahl der Unternehmen gespielt habe (S. 65); ebenso kurz weist er auf S. 71 auf die Schwierigkeiten des Ortswechsels bei den rechtlich gebundenen Gutsuntertanen hin. Nicht berücksichtigt wird also der entscheidende Gegensatz zwischen den Interessen der kapitalistischen Produktion und denen des Feudaladels, vor allem in den preußischen Kernlanden, obwohl die feudale Bindung der Landbevölkerung im Rahmen der Gutswirtschaft, die neben den Einnahmen aus dem Militär- und Verwaltungsdienst die ökonomische Basis des Adels darstellte, ein entscheidendes Hindernis für die Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse darstellte. So spielte die starke Belastung der Gutsuntertanen mit Frondiensten und Abgaben bei der Flucht in außerpreußische Gebiete zweifellos eine große Rolle; darüber hinaus verhinderte die starke feudale Bindung der Produzenten in den Gebieten der Gutswirtschaft die Einbeziehung dieser Arbeitskräfte in die gewerbliche Produktion.

Der Feststellung, „daß der Standort der kapitalistischen Industrien in jener Zeit vorwiegend irrational orientiert, das heißt nicht die Folge ökonomischer Zweck-erwägungen war“, können wir nicht ohne weiteres zustimmen, da dies eine eingehendere Untersuchung erfordert hätte. Als Gründe gibt Hinze unter anderem „irrationale Bedingungen aus der rechtlichen Sphäre und der allgemein-gesellschaftlichen Ordnung“ an, „die von außen her eine freie Auswirkung rationalistischer Standortserwägungen verhinderten“ (S. 64). Dazu führt er dann bei der Behandlung der gebundenen Industriestandorte im einzelnen folgendes aus: „Eine Gebundenheit an die Arbeiterquelle wirkte sich dann aus, wenn es sich für eine sonst freie Industrie darum handelte, Arbeitskräfte zu gewinnen, die nur an einem bestimmten Ort zu haben waren: Anstaltsinsassen aller Art in Waisenhäusern, Arbeits-, Zucht- und Spinnhäusern, Garnisonen usw.; andererseits gewisse Zweige der Textilindustrie, besonders die Spinnerei, die meist Nebenbeschäftigung der (physisch und rechtlich an den Boden gebundenen – H. H.) Agrarbevölkerung war [...] Gebundenheit aus rechtlichen Gründen fand sich auch bei der Verwendung städtischer Arbeitskräfte: bezunftete Handwerker, die auch in der kapitalistischen Industrie beschäftigt wurden, durften sich (mit Ausnahme von fünf Berufen) lange Zeit nur in den Städten aufhalten; daneben allgemeiner Mangel an Freizügigkeit“ (S. 65). Die Zunftbindung als Ursache dafür anzugeben, daß die gewerbliche Produktion – mit Ausnahme von fünf Berufen – auf die Städte beschränkt war, überzeugt nicht; diese Deutung erklärt zum Beispiel auch nicht, warum es gerade in den mittleren und östlichen Provinzen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine kapitalistischen Unternehmen gab, die ihren Sitz auf dem platten Land hatten.<sup>9</sup> Viel wichtiger in diesem Zusammenhang

<sup>9</sup> Vgl. Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958, S. 58 ff., sowie Hoffmann, Hildegard, a. a. O., S. 98 f. u. 146 f. – Hingewiesen sei in diesem Zusammen-

waren die feudalen Bindungen der Landbevölkerung und vor allem die Finanzpolitik des Staates.

Auf ein weiteres, auf ideologischen Ursachen beruhendes Hemmnis für die Einbeziehung der von Produktionsmitteln „freien“ Bevölkerungsschichten in die kapitalistische Produktion, das Hinze nicht erwähnt, sei hier noch hingewiesen, weil es uns als sehr wichtig erscheint: die Tätigkeit der katholischen Kirche, insbesondere der Klöster. So finden sich zum Beispiel in den Gewerbe- und Manufakturtabellen des Xantener Kreises der Provinz Kleve von 1770<sup>10</sup> bei den Angaben über die Serge- und Miselanproduktion<sup>11</sup> in Xanten aufschlußreiche Bemerkungen. In der Spalte „Praktikable Vorschläge, wie die Fabrik zu poussieren“, heißt es: „Die Klöster müßten Befehl erhalten, niemanden als denen ganz Bedürftigen und den gar keine Arbeit mehr verrichten können, von ihrer Mildigkeit etwas zu fließen zulassen.“ Und in der nächsten Spalte „Bemerkungen“ heißt es: „Durch die vielen Wohlthaten derer Klöster allhier, wird die Armuth und der geringe Mann faul und negliriert die Arbeit. Das Spinnerlohn steigt dadurch merklich und der Fabrikant kann solches ohne den größten Schaden nicht bezahlen, daß die Fabrikata teurer werden und der Debit abnimmt und nicht mehr Stühle angelegt werden können.“

Zu Beginn des zweiten Teils behandelt Hinze die Bedingungen für die Herausbildung eines Arbeitsmarktes in Brandenburg-Preußen und weist auf die zahlreichen Faktoren hin, die seine Entstehung hemmten. Hinderlich war sowohl die mangelhafte Nachrichtenvermittlung für die Arbeiterbeschaffung als auch die mangelnde Beweglichkeit der Arbeitskräfte, die wiederum bedingt war durch die Technik des Personenverkehrs einerseits und die Rechtsverhältnisse andererseits. Dazu bemerkt Hinze: „Die rechtliche Seite dieser Frage war die nach der Freizügigkeit. Die Beschränkungen auf diesem Gebiet sind bekannt. Gebundenheit der Gutsuntertanen, der angesessenen Bauern und der Städter, die Schwierigkeiten, die ihnen beim Abzug mit hohen Gebühren und Abgaben ebenso wie bei der Erwerbung des Bürgerrechts gemacht wurden: alles das behinderte einen beliebigen Ortswechsel“ (S. 71). Letztlich sieht Hinze also auch hier allein in der Behinderung des Ortswechsels der Stadt- und besonders der Landbewohner die feudalen Hemmnisse für die kapitalistische Produktion, die damit für ihn in erster Linie eine Standortfrage sind.

Im folgenden Kapitel (S. 73 bis 198) geht Hinze dann wiederum anhand vieler Beispiele aus den Quellen umfassend auf die vielfältigen Maßnahmen des Staates und der Unternehmer zur Arbeitskräftebeschaffung sowie auf die dabei auftauchenden Schwierigkeiten ein. Seiner Feststellung, daß sich speziell bei der Beschaffung von Arbeitern aus den außerpreußischen Gebieten „die Interessen des Staates und der Unternehmer vollkommen“ deckten (S. 75), können wir zwar im wesentlichen zustimmen, möchten dabei aber doch auf die nicht geringe Zahl von staatlichen Zwangsaufgaben an Unternehmer hinweisen, mit denen letztere gezwungen wurden, zur Erweiterung bzw. Neueinrichtung von Unternehmen Arbeitskräfte aus dem „Ausland“ heranzuschaffen. Interessant ist unseres Er-

hang auf das unter Friedrich II. erlassene Verbot für den Adel, „bürgerliche Nahrung“ zu treiben, und auf das Verbot des Erwerbs von adligem Grundbesitz durch Bürgerliche.

<sup>10</sup> Staatsarchiv Düsseldorf, Xantener Kreisregistratur, 17. 12. 1770.

<sup>11</sup> Serge = ein wollenes, geköpertes Zeug, Miselan = ein halbwoolles und halbleinenes Zeug (vgl. *Vollmer, Gisela*, Eine Fabrikenstatistik des Herzogtums Kleve aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, Düsseldorf, Jahrbuch, Bd 46, 1954, S. 186).

achtens in diesem Kapitel, daß unter den vom Verfasser als typisch ausgewählten Beispielen die sächsischen Gebiete (das Kurfürstentum Sachsen und auch die sächsischen Herzogtümer) etwa ebenso häufig genannt werden wie außerdeutsche Länder. Leider äußert sich Hinze nicht über den ungefähren Anteil der aus dem Ausland und den verschiedenen deutschen Territorien herangezogenen Arbeitskräfte.

Bei der Darstellung der Maßnahmen, mit welchen Staat und Unternehmer der kapitalistischen Produktion „inländische“ Arbeitskräfte aus den verschiedensten Sphären zuführten, weist Hinze darauf hin, daß, im Unterschied zur Beschaffung aus dem „Ausland“, was eine absolute Bevölkerungsvermehrung bedeutete, hier andere staatliche Interessen mit eine Rolle spielten, die „eine uneingeschränkte Unterstützung“ der Arbeiterbeschaffung „der kapitalistischen Kräfte seitens des Staates beeinträchtigten“ (S. 133). Wie weit diese Einschränkung ging, zeigt sich deutlich bei der Erörterung der Arbeiterbeschaffung aus dem städtisch-handwerklichen Bereich, bei der der Staat nach Hinze „eine eigentümliche Rolle“ spielte (S. 134), indem er eine zielgerichtete, auf die Erhaltung der Zünfte abgestellte Zunftpolitik betrieb, die den Niedergang der Zünfte zugunsten der kapitalistischen Produktionsformen verhinderte. Im Hinblick auf die neu aufkommenden Produktionszweige beschränkte sich der Staat darauf, keine hemmenden Zunftbindungen zuzulassen bzw. anzuordnen und die Frauen- und Kinderarbeit in den Manufakturen dieser neuen Produktionszweige zu dulden, während er zugunsten der älteren kapitalistischen Betriebe erst am Ausgang des 18. Jahrhunderts stärker eingriff und zum Beispiel erst Anfang der neunziger Jahre den Bandmanufakturen gestattete, Frauen und Kinder bei der Arbeit an Posamentierstühlen zu verwenden. Trotz allem wurden, wie die dargebotenen Beispiele verdeutlichen, im Laufe des 18. Jahrhunderts, besonders in der zweiten Hälfte, nicht nur zunehmend zunftfreie Arbeitskräfte, sondern auch Zunfthandwerker in die kapitalistische Produktion einbezogen. Die Grundlage für diesen Vorgang bildete die ständig anwachsende soziale Differenzierung der städtischen Bevölkerung.

Hinsichtlich der Arbeitskräftebeschaffung aus dem Agrarbereich weist Hinze darauf hin, „daß der Kapitalismus sich gerade jener Industriezweige bemächtigte, welche bis dahin als Hausarbeit und ländliche Nebentätigkeit die Agrarbevölkerung neben ihrer landwirtschaftlichen Arbeit beschäftigt hatten: Woll- und Flachs-spinnerei und teilweise auch Weberei. Diese Kräfte wenigstens für die Anfangsproduktion in der Textilindustrie für die eigenen Unternehmungen nutzbar zu machen, sehen wir die städtischen und ländlichen Unternehmen in weitem Umfang bestrebt“ (S. 143f.). Hier wäre allerdings zu ergänzen, daß im Unterschied zur Spinnerei die ländliche Weberei in den einzelnen Provinzen eine recht unterschiedliche Rolle spielte, was in noch stärkerem Maße für die angeführten ländlichen Unternehmer in der Textilproduktion gilt. Um nun die Bedeutung der ländlichen Weberei zu unterstreichen, weist Hinze darauf hin, daß „z. B. in Minden und Ravensberg die Zahl der Weber auf dem Lande sechsmal so groß wie in den Städten war. Im Herzogtum Magdeburg wurden noch 1802 1584 ländliche gegen 585 städtische Leineweber gezählt, in Pommern, der Neu- und der Kurmark standen sich um diese Zeit beide Gruppen gleich“ (S. 145 Anm. 4).<sup>12</sup> Da bekanntermaßen die ländliche Textilproduktion im Prozeß des Übergangs vom Feudalismus

<sup>12</sup> Ein Quellennachweis fehlt hier bei Hinze, ebenso eine Datierung der Angabe für Minden-Ravensberg.



zum Kapitalismus eine hervorragende Rolle spielte, wollen wir dieser Frage anhand weiteren Zahlenmaterials etwas nachgehen und die von Hinze gegebenen Zahlen entsprechend ergänzen, um dabei auf die bedeutsamen quantitativen und qualitativen Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Provinzen hinzuweisen. In den folgenden Tabellen 1 und 2 wird die Anzahl der ländlichen Leineweber mit der Anzahl der Dörfer bzw. der städtischen Leineweber verglichen.

Tabelle 1

	Zahl der Dörfer	Zahl der ländlichen Leineweber
Kurmark	1816	1056
Neumark	461	59
insgesamt	2277	1115

*Anzahl der Dörfer und der ländlichen Leineweber in der Kur- und Neumark nach Erhebungen aus den Jahren 1719 bis 1728*

Quelle: Zusammengest. aus: *Behre, Otto*, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 327.

Tabelle 2

*Anzahl der Dörfer und der städtischen und ländlichen Leineweber in der Kur- und Neumark 1801 bzw. 1802*

	Zahl der Dörfer (1801)*	Zahl der Leineweber (1802)**	
		in den Städten	auf dem Lande
Kurmark	2053	1793	2000
Neumark	902	468	431
insgesamt	2955	2261	2431

\* *Bratring, F. W. A.*, Statistisch-topographische Beschreibung der gesammten Mark Brandenburg, Bd 1, Berlin 1804, S. 55, u. Bd 3, Berlin 1809, S. 32.

\*\* *Behre, Otto*, a. a. O., S. 329.

Vom Zeitraum 1719/28 bis zum Jahre 1802 hat sich die Zahl der ländlichen Leineweber fast verdoppelt. Setzen wir sie jedoch in Beziehung zur Gesamtzahl der Dörfer, so entfällt noch um 1800 im Durchschnitt auf jedes Dorf nicht mehr als ein Weber, was schwerlich eine über den lokalen Bedarf hinausgehende Marktproduktion ermöglichte.<sup>13</sup> Hinzu kommt noch folgendes: Die Zahl der Leineweber auf dem Lande wurde zwar nicht vom Staat beschränkt, aber in den entsprechenden Patenten und Edikten war festgelegt worden, daß die Landweber nur bestimmte Produkte herstellen durften, während andere den Stadtwebern vorbehalten blieben. Darüber hinaus durften die Landweber Gesellen und Lehrlingen nur halten, wenn sie Meister waren und sich als solche einer städtischen Zunft angeschlossen hatten und damit auch deren Beschränkungen in bezug auf die Zahl der Webstühle, Gesellen und Lehrlinge unterlagen. Unter diesen Bedingungen waren hier also selbst um 1800 die Voraussetzungen für die Einbeziehung dieser Produzenten in die kapitalistische Produktion kaum gegeben,

<sup>13</sup> Wahrscheinlich würde eine nähere Untersuchung Entwicklungsunterschiede zwischen den linkselbischen und den ostelbischen Gebieten ergeben.



wenn man von einzelnen Ausnahmen, wie etwa der Webersiedlung Nowawes, absieht. Wesentlich anders war die Situation sowohl in Schlesien<sup>14</sup> als auch in den westlichen Provinzen, die zur Zeit der Besitzergreifung durch Brandenburg-Preußen bereits eine starke ländliche Textilproduktion ohne Zunftbindung besaßen. Hier bestanden teilweise auch schon erhebliche kapitalistische Elemente im ländlichen Gewerbe, schreibt doch zum Beispiel Fechner über die schlesischen Weber um 1740, daß die meisten von ihnen eigene Stühle besaßen, „vermögende oft 4 bis 8 und noch mehr, auf denen sie Arme um Lohn arbeiten ließen.“<sup>15</sup> Wie groß die Strukturunterschiede in den einzelnen preußischen Provinzen waren, zeigt die Auswertung einer Gewerbe- und Manufakturtablelle für die Jahre 1769/70 für alle preußischen Provinzen mit Ausnahme Schlesiens, in der – abgesehen von einigen Produktionszweigen, so Bergbau, Hüttenwesen, Glas- und Salzproduktion – alle gewerblichen städtischen und ländlichen Produzenten bzw. Unternehmen erfaßt wurden, die nicht für den örtlichen Bedarf, sondern für den Handel arbeiteten.

Tabelle 3

*Ländliche gewerbliche Produzenten in den einzelnen Provinzen Brandenburg-Preußens 1769/70*

Provinz	Prozentualer Anteil der ländlichen gewerblichen Produzenten der Provinz an der Zahl		
	aller gewerblichen Produzenten Brandenburg-Preußens	aller ländlichen gewerblichen Produzenten Brandenburg-Preußens	der gewerblichen Produzenten der jeweiligen Provinz
Kurmark	0,4	4,0	1,3
Neumark	—	—	—
Magdeburg	0,0*	0,3	0,7
Pommern	0,1	0,8	12,7**
Preußen	—	—	—
Litauen	—	—	—
Kleve	0,1	1,2	6,1
Mörs	—	—	—
Geldern	1,2	12,2	67,2
Mark	2,5	20,3	34,4
Minden-Ravensberg	5,3	55,3	82,9
Ostfriesland	—	—	—
Insgesamt	9,6	100	—

\* 0,0 = kleiner als 0,05.

\*\* Die 12,7 Prozent für Pommern sind infolge der geringen absoluten Zahl der gewerblichen Produzenten in Pommern ohne Bedeutung; ihr Anteil an der Gesamtzahl der erfaßten Produzenten aller Provinzen beträgt nur 1,2 Prozent.

Quelle: Hoffmann, Hildegard, Die gewerbliche Produktion Preußens im Jahre 1769 auf Grund des statistischen Taschenbuches des Dodo Heinrich Frhr. von Knyphausen „Listen derer in sämtlichen königlichen Provinzen befindlichen Fabriken und Manufakturen . . . pro anno 1769“, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1957, S. 96.

14 So gab es in den 3 Gebirgskreisen von Hirschberg, Landshut und Schweidnitz 1742 allein 7879 Webstühle (Fechner, Hermann, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 5.).

15 Ebenda, S. 4.

Von der Gesamtzahl der in dieser Tabelle erfaßten gewerblichen Produzenten sind rund 10 Prozent ländliche gewerbliche Produzenten, allein auf Minden-Ravensberg entfallen über 5 Prozent, auf die Grafschaft Mark knapp 3 Prozent und auf Geldern 1,2 Prozent. Der Anteil aller anderen Provinzen ist fast bedeutungslos. Ein noch deutlicheres Bild ergibt ein Vergleich des Anteils der einzelnen Provinzen an der Gesamtzahl der ländlichen gewerblichen Produzenten in Spalte 2 der Tabelle 3. Die Bedeutungslosigkeit der ländlichen Gewerbeproduktion in den mittleren und östlichen Provinzen wird unterstrichen durch die Zahlen in Spalte 3. Von Bedeutung erscheint dabei einmal, daß diese Unterschiede in der ländlichen Gewerbeproduktion jeweils mit der unterschiedlichen Agrarstruktur (Grund- bzw. Gutsherrschaft) dieser Provinzen und der damit verbundenen unterschiedlichen feudalen Bindung der gewerblichen Produzenten zusammenfallen. Weiterhin ist zu bemerken, daß das relativ starke ländliche Gewerbe der westlichen Provinzen, besonders die Textilproduktion, bereits in der vorpreußischen Zeit bestand. Am stärksten war es übrigens bereits in vorpreußischer Zeit in Schlesien entwickelt.<sup>16</sup> Während in der Gewerbe- und Manufakturtablelle von 1769/70 lediglich rund 3400 ländliche gewerbliche Produzenten für alle übrigen Provinzen aufgeführt werden<sup>17</sup>, gab es in Schlesien zur gleichen Zeit allein rund 22000 überwiegend ländliche Leineweber.<sup>18</sup>

Wichtig sind die Ausführungen des Verfassers über Art und Umfang der für die gewerbliche Produktion benutzten Frondienste der Untertanen, besonders in Schlesien, wo der Adel sich vielfach als Unternehmer betätigte, aber auch in der Kur- und Neumark. Sie erstreckten sich in der Regel auf Hilfs- und Bauarbeiten sowie Fuhrdienste, besonders im Bergbau, Hüttenwesen, in der Glasproduktion und bei ähnlichen Unternehmen. Jedoch können wir Hinze nicht zustimmen, wenn er schreibt: „Die Spinnerei wurde nicht nur in Schlesien, sondern auch in der Mark mit der Weberei in großem Umfange im Untertanenverhältnis getrieben. Daß diese Pflichtdienste kapitalistischen Unternehmungen zugute kamen, haben wir schon früher gesehen“ (S. 152). Hierzu muß man zunächst einmal grundsätzlich feststellen, daß es sich offensichtlich um feudale und nicht um kapitalistische Produktionsverhältnisse handelt, wenn in der gewerblichen Textilproduktion für die Spinnerei und Weberei Frondienste der Untertanen verwendet wurden. Zum anderen spielten die Frondienste im 18. Jahrhundert in der Spinnerei in Schlesien wie auch in der Kur- und Neumark zwar eine gewisse Rolle, doch waren sie unseres Erachtens selbst in Schlesien nicht so bedeutend wie Hinze annimmt, und die Weberei gar wurde im 18. Jahrhundert weder in Schlesien noch in den mittleren Provinzen im Frondienst betrieben.<sup>19</sup>

Hinze behandelt dann ausführlich die verschiedenen Formen der „Arbeiterbeschaffung aus dem anstaltlich-militärischen Nexus.“ Anhand von Zahlenmaterial und interessanten Beispielen weist er auf die wichtige Rolle hin, die die verschiedenen staatlichen Zwanganstalten – Zuchthäuser, Gefängnisse, Spinn- und Arbeits- oder Werkhäuser, ferner Armen- und Waisenhäuser – bei der Beseitigung

16 Vgl. Anm. 14 der vorliegenden Rezension.

17 Insgesamt wurden 35 608 Arbeitskräfte erfaßt (wobei Bergbau, Hüttenwesen, Glasproduktion u. ä. fehlen!), vgl. *Hoffmann, Hildegard*, a. a. O., S. 88, 96 u. 98.

18 *Fechner, Hermann*, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 660f.

19 Hinze verweist dabei auf seine Ausführungen S. 80f., wo er aber lediglich Beispiele für die Spinnerei für Schlesien bringt. Vgl. dazu *Krüger, Horst*, a. a. O., S. 59f.

von Hemmnissen für die kapitalistische Produktion zu erfüllen hatten, indem sie den in ihnen zwangsweise untergebrachten Personenkreis der gewerblichen Produktion zuführten und damit die Unterordnung der unmittelbaren Produzenten unter die kapitalistische Arbeitsdisziplin förderten. Sicher ist es nicht möglich, alle deutschen Zwangsanstaltgründungen einigermaßen vollständig zu erfassen, jedoch würde uns nur ein derartiger Vergleich der Zwangsanstalten in den verschiedenen deutschen Territorien genauer darüber unterrichten können, welche Bedeutung die Zwangsanstalten im Prozeß der Herausbildung der kapitalistischen Produktion in Brandenburg-Preußen rein quantitativ und als Stätten zentralisierter Produktion hatten. Wahrscheinlich würde eine derartige Untersuchung ergeben, daß sie in Brandenburg-Preußen im Vergleich zu anderen inner- und außerdeutschen Ländern – zumindest quantitativ gesehen – eine größere Rolle spielten, entfallen doch von 110 bisher erfaßten deutschen Zwangsanstalten allein 34 auf Brandenburg-Preußen.<sup>20</sup> Als besonders plastisches Beispiel für die Situation in Brandenburg-Preußen führt Hinze unter anderem das 1722 begründete Potsdamer Militärwaisenhaus an, in dem sich seit 1728 im Durchschnitt 1000, nach dem Siebenjährigen Krieg sogar 1400 bis 1500 (Höchststand 1778 mit 1950) Kinder befanden (S. 164 ff.), die für verschiedene Manufakturunternehmer arbeiten mußten. Die sozialen Auswirkungen dieses Beispiels, das den Prozeß der Herausbildung des Kapitalismus besonders kraß kennzeichnet, deutet Hinze an, indem er darauf hinweist, daß infolge Überlastung 300 bis 400 Kinder des Potsdamer Militärwaisenhauses dauernd krank waren und jährlich 200 starben (S. 165 Anm. 4).

Eine weitere Besonderheit bei der Herausbildung des Kapitalismus in Brandenburg-Preußen sieht Hinze in dem hohen Anteil, den die Militärbevölkerung an der Gesamtzahl der Lohnarbeiter hatte. Im Hinblick auf die zur Arbeit beurlaubten Soldaten stellt er fest: „Von Vorteil für die Unternehmer war, daß die Beurlaubten weiter unter der Militärgerichtsbarkeit blieben, welche mit nachdrücklicher Strenge Zucht und Ordnung bei ihnen aufrecht erhielt und für die Disziplin der Arbeitskräfte sorgen konnte. Als weiterer Vorzug, den wir immer bei anstaltlich zusammengefaßten Bevölkerungsgruppen feststellen konnten, kam hinzu, daß die Soldaten sich in einer bereits bestehenden und übersichtlich durchgeführten Organisation befanden, welche . . . für die Verteilung und Durchführung gewerblicher Arbeit nutzbar gemacht werden konnte“ (S. 173 f.). Die Soldatenfrauen und -kinder, die infolge des geringen Soldes und der wenigen Unterstützungsgelder zur Arbeit gezwungen waren, unterstanden ebenfalls der Militärgerichtsbarkeit und durften disziplinarisch körperlich gezüchtigt werden (S. 176). Anstelle der „Blutgesetzgebung“, wie in England, trat also in Brandenburg-Preußen neben den Zwangsanstalten der Korporalsstock in Aktion, um die Arbeitskräfte zur kapitalistischen Disziplin zu erziehen. So beschäftigte zum Beispiel eine Breslauer Manufaktur in der Glatzer Garnison 1139 Personen mit Spinnen und dazu erforderlichen Hilfsarbeiten, während gleichzeitig aus der Bürgerschaft und auf dem platten Lande nur 200 Personen für diese Manufaktur tätig waren (S. 177).

<sup>20</sup> Diese Zusammenstellung basiert im wesentlichen nur auf einer Auswertung der einschlägigen Literatur. Vgl. auch Müller-Armack, *Alfred*, Genealogie der Wirtschaftsstile, Stuttgart 1941, S. 230 f., der die besondere Rolle der protestantischen Gebiete in diesem Zusammenhang hervorhebt.

Am Schluß des zweiten Kapitels geht Hinze dann den Interessengegensätzen nach, die sich bei der Arbeiterbeschaffung im 18. Jahrhundert ergaben und die nach seiner Ansicht im Menschenmangel ihre Ursache hatten. Er faßt seine Ausführungen unter dem Stichwort „Konflikte bei der Arbeiterbeschaffung“ zusammen und unterscheidet dabei drei Komplexe. Im ersten, der den „Kampf der Staaten um den Arbeiter“ beinhaltet, schildert der Verfasser die gegenseitigen Abwerbungsversuche und entsprechenden Abwehrmaßnahmen der einzelnen Länder. Der zweite Fragenkomplex befaßt sich mit dem „Kampf der Unternehmer um den Arbeiter“, mit dem gegenseitigen Ausspannen von Arbeitern und den in diesem Zusammenhang getroffenen staatlichen Maßnahmen, die gewisse Freizügigkeitsbeschränkungen für die Arbeiter mit sich brachten. Den dritten Komplex überschreibt Hinze: „Kreuzung staatlicher Interessen: Kapitalismus und Militarismus“. Auf ihn müssen wir etwas näher eingehen, da er außerordentlich wichtige Fragen umfaßt, die unseres Erachtens sowohl der Ergänzung als auch teilweise der Korrektur bedürfen.

Ausgehend von der Absorption umfangreicher Bevölkerungsteile durch die Heereswerbung weist Hinze darauf hin, daß durch die Flucht der von der Werbung Betroffenen und Bedrohten in allen Provinzen eine erhebliche Bevölkerungs- und damit auch Arbeitskräfteverminderung eintrat und darüber hinaus Einwanderungslustige abgeschreckt wurden. So führt Hinze unter anderem eine Zeitungsnotiz aus dem Jahre 1714 an, nach der innerhalb von zwei Jahren 17000 Menschen, darunter allein 7000 bis 8000 Handwerker, Berlin verlassen haben sollen (S. 217). Er legt dar, daß zu Beginn der preußischen Regierung in Schlesien eine merkliche Auswanderung von „Manufakturisten“ eintrat und daß auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Provinzen Kleve und Grafschaft Mark infolge der Werbungen beträchtlichen Schaden erlitt (S. 218).<sup>21</sup> Die Einführung des Kantonreglements 1733 sowie die Befreiung bestimmter Personengruppen, Gegenden, Städte und Provinzen von der Enrollierung und Werbung in der Folgezeit stellten die wichtigsten Gegenmaßnahmen des Staates dar. Unverständlich bleibt, warum der Verfasser in diesem Zusammenhang einen so bedeutenden negativen Faktor wie die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der zahlreichen Kriege, die Brandenburg-Preußen in dem hier betrachteten Zeitraum führte, mit keinem Wort erwähnt, betont er doch andererseits bei Behandlung der Arbeiterbeschaffung aus dem „Ausland“ ausdrücklich: „Zu den politischen Ereignissen wirksamster Art, welche Ursachen zur Auswanderung gaben, gehörte vor allem der Krieg und seine Begleiterscheinungen, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht“ (S. 85). Vermerkt sei hier als Beispiel nur, daß Brandenburg-Preußen von den zirka 4500000 Einwohnern, die es 1756 hatte, durch den Siebenjährigen Krieg nach Friedrichs II. eigenen Angaben 500000 verlor.<sup>22</sup>

Eine systematische Zusammenstellung aller Auswanderungs- und Fluchtursachen, die übrigens auch die abschließende Einschätzung des Ergebnisses der Arbeiterbeschaffungspolitik sehr erleichtern würde, hätte den Verfasser sicher darauf hingelenkt, daß es auf der Basis des grundlegenden Konfliktes zwischen

<sup>21</sup> Von einer bedeutenden Eisenindustrie in der Provinz Kleve (S. 218) kann u. E. allerdings, selbst Ende des 18. Jahrhunderts, nicht die Rede sein. (Vgl. dazu *Vollmer, Gisela*, a. a. O., insbes. S. 203.) Zur Auswanderung aus der Grafschaft Mark gibt Hinze S. 216 u. 223f. ohne Kommentar zwei sich widersprechende Nachrichten.

<sup>22</sup> Nach *Ring, Walter*, phil. Diss. Bonn 1917, S. 12.

den machtpolitischen und militärischen Absichten des Staates und dem Profitstreben der aufstrebenden kapitalistischen Kräfte noch weitere offene und versteckte Interessenkonflikte gab, die hier hätten angeführt werden müssen. Dies hätte auch deutlich gemacht, daß zwischen den machtpolitischen und militärischen Interessen des preußischen Staates und seinem Interesse an der kapitalistischen Produktion ein qualitativer Unterschied bestand, der es unseres Erachtens verbietet, hier nur von einer „Kreuzung staatlicher Interessen“ zu sprechen. So wäre es zum Beispiel notwendig gewesen, das Verhältnis Staat – Unternehmer näher zu durchleuchten und die verschiedenen Ebenen, auf denen der Interessengegensatz zwischen Staat und Unternehmern zutage trat, einmal systematisch zusammenzustellen. Hierher gehören unter anderem die staatliche Zunftpolitik, die trotz gewisser Zugeständnisse bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts keineswegs den Interessen des kapitalistischen Unternehmertums entsprach, sondern vielmehr den militärischen und fiskalischen Belangen des Staates, seiner Bevölkerungs- und Steuerpolitik, untergeordnet war. Wichtig ist dabei vor allem die vom preußischen Militarismus diktierte staatliche Finanz- und Steuerpolitik mit ihren stark negativen Auswirkungen auf die kapitalistische Produktion. So war zum Beispiel die von Hinze überhaupt nicht erwähnte Akziseverfassung ein entscheidendes Hindernis für die Ausdehnung kapitalistischer Produktion auf das platte Land<sup>23</sup>, suchte doch der preußische Staat die – vor allem in den westlichen Provinzen und in Schlesien – auf dem Lande vorhandene gewerbliche Produktion in die Städte zu verweisen bzw. keine neue Produktion außerhalb der Städte aufkommen zu lassen.<sup>24</sup> Der preußische Staat strebte seiner militärischen Interessen wegen nach Stabilität der Staatseinkünfte; da die Akzise neben den Domänen-erträgen den Hauptteil aller Staatseinnahmen darstellte, kam eine Änderung der Akziseverfassung nicht in Frage. Dieses Streben nach finanzieller Stabilität führte also dazu, daß vom preußischen Staat im wirtschaftlichen Bereich wesentliche Voraussetzungen für die Entfaltung der kapitalistischen Produktion nicht geschaffen, sondern sogar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert wurden.

Schließlich sei noch auf den bereits oben erwähnten Gegensatz zwischen kapitalistischer Produktion und Feudaladel ebenso wie auf den bisher nur ungenügend untersuchten Interessengegensatz zwischen den „Objekten“ der Arbeiterbeschaffungspolitik, den Arbeitern, einerseits und den Unternehmern und dem Staat andererseits hingewiesen. Beide Gegensätze verstärkten sich im Verlaufe des Untersuchungszeitraumes wesentlich und besonders der letztere spielte für die Ergebnisse der Arbeiterbeschaffungspolitik sicher eine bedeutende Rolle.

Im letzten Kapitel des Hauptteils versucht Hinze dann, den Erfolg der von Staat und Unternehmertum betriebenen Arbeiterbeschaffungspolitik einzuschätzen. Er geht dabei von der Überlegung aus, daß es theoretisch der einfachste Weg wäre festzustellen, wieviel kapitalistische Unternehmungen sich im Laufe des Untersuchungszeitraumes entwickelten und welchen Umfang an dessen Ende die kapitalistische Arbeiterschaft hatte. Das ist aber – wie Hinze meint – praktisch unmöglich, weil die Statistik der damaligen Zeit unseren heutigen Erkenntniswünschen nicht entspricht und in den wenigen uns erhalten gebliebenen

23 Vgl. die Ausführungen über die Stärke- und Zuckerfabrikation in Schlesien bei *Fechner, Hermann*, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 30.

24 Die Beschränkungen, denen die für das platte Land zugelassenen fünf Handwerksarten unterlagen, zeigen dies deutlich.

statistischen Tabellen dieser Zeit genaue Angaben über die Arbeiterzahlen fehlen bzw. selten zwischen handwerklichen und kapitalistischen Arbeitern unterschieden wird, so daß ein „Rückschluß auf die innere Gestaltung und die Zurechnung des betr. Wirtschaftskörpers zu diesem oder jenem System“ kaum möglich ist (S. 227). Das ist zwar alles richtig, jedoch muß man Hinze gegenüber ausdrücklich darauf hinweisen, daß das natürlich vor allem daran liegt, daß der Untersuchungszeitraum Bestandteil der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus ist, in der die Masse der gewerblichen Betriebe weder rein feudale Handwerksbetriebe noch rein kapitalistische Unternehmen waren, sondern selbst Übergangscharakter trugen. Dies trifft ganz besonders auf die beiden Hauptproduktionszweige dieser Übergangszeit, die Textilproduktion und die Metallverarbeitung zu; in diesen Zweigen war der größte Teil der Produzenten nicht in zentralisierten Werkstätten der Unternehmer tätig, sondern arbeitete im Rahmen von Verlagsbeziehungen oder sogar – noch juristisch selbständig, aber schon dem Handelskapital untergeordnet – in eigenen Werkstätten. Diese Produzenten sind daher statistisch schwer zu erfassen und in eine der beiden Hauptgruppen einzuordnen.

Da die Lohnarbeiterschaft sich in erster Linie aus der Masse der kleinen städtischen Handwerker – alteingesessener wie eingewanderter – und der ländlichen gewerblichen Produzenten rekrutierte, zeigt uns die quantitative Bevölkerungsentwicklung in Stadt und Land die Stärke der für diesen Prozeß vorhandenen Bevölkerungsbasis an und verdient deshalb unsere Aufmerksamkeit. Dieser Tatsache hat Hinze im ersten Teil seiner Arbeit auch Rechnung getragen (S. 11 ff.). Leider vermischen wir entsprechende Angaben für das 18. Jahrhundert als Anhaltspunkt für die Wirksamkeit der Arbeiterbeschaffungspolitik. In einem Vergleich mit anderen deutschen Territorien sowie anderen Ländern weist Hinze auf die Rückständigkeit der preußischen Gebiete hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdichte um 1700 hin. Hier drängt sich die Frage auf, welche Fortschritte nun bis zum Ausgang des Untersuchungszeitraumes erzielt wurden. Ein entsprechender Vergleich der von Hinze für 1700 gegebenen Einwohnerzahlen pro Quadratmeile mit denen für 1800 ergibt folgendes Bild:

Tabelle 4

*Zahl der Einwohner pro Quadratmeile in verschiedenen deutschen und außerdeutschen Ländern um 1700 und 1800*

Provinzen bzw. Länder	Zahl der Einwohner pro Quadratmeile		
	um 1700	um 1800	
mittlere u. östliche preußische Provinzen	616 (919)?	1584	
darunter:			
Kurmark	636	1930	
Schlesien	1740: etwa 1500	1805: 2940	
Kursachsen	2017	2774	
Hannover	1365	1567	
Württemberg	2272	3955	
Böhmen	2150 (1590)?	1805: 2896	
Frankreich	2400	2800	
England und Wales	1970	3559	
Niederlande	2150	3500	
Lombardei	3000	4000	

Quelle: Die Zahlen sind zusammengestellt nach *Hinze*, S. 32, sowie nach den von ihm herangezogenen Arbeiten von Fechner und Schmöller.



Mit dem schnellen absoluten Bevölkerungswachstum, auf das sich sicher die intensive Bevölkerungspolitik fördernd ausgewirkt hatte, haben die ostelbischen Provinzen und hier besonders die Kurmark ihren relativen Rückstand im Verlauf des 18. Jahrhunderts offensichtlich verringert. Dennoch bestand um 1800 gegenüber Schlesien<sup>25</sup> sowie den wichtigeren deutschen und außerdeutschen Ländern noch ein erheblicher Rückstand.

Sodann ergibt sich aus der vorliegenden Untersuchung die weitere Frage nach dem Anteil, den die Einwanderer an der rapiden Bevölkerungsvermehrung in Brandenburg-Preußen hatten. Auch dazu gibt uns Hinze keine zusammenfassende Darstellung, obwohl die von ihm benutzte statistische Literatur solches Material bietet. Sowohl in der neueren als auch in der älteren Literatur wird dazu – im wesentlichen übereinstimmend – festgestellt, daß in der Zeit von 1685 bis 1805 etwa 350 000 Menschen eingewandert sind, von denen rund 250 000 auf die Regierungszeit Friedrichs II. entfallen sollen.<sup>26</sup>

Auf ein Problem müssen wir in diesem Zusammenhang noch einmal zurückkommen. Wir erwähnten bereits die Feststellung des Verfassers im ersten Teil des Buches, daß der Anteil der Landbevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert noch außerordentlich groß war und sich im Laufe des 18. Jahrhunderts nur wenig verschob.<sup>27</sup> Nun können wir aber selbst bei den in der kapitalistischen Entwicklung weiter fortgeschrittenen Ländern nur mit gewissen Einschränkungen von einem relativ stärkeren Anwachsen der Stadtbevölkerung auf eine stärkere Entwicklung der kapitalistischen Produktion schließen, da der größte Teil der Arbeitskräfte in den wichtigsten von der kapitalistischen Entwicklung erfaßten Produktionszweigen – der Textilproduktion und Metallverarbeitung – in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus im allgemeinen nicht in den Städten, sondern auf dem platten Land ansässig war. Eine Gegenüberstellung der für 1769/70 gegebenen Zahlen<sup>28</sup> über den Anteil der städtischen und ländlichen Produzenten in den einzelnen Provinzen mit der bei Hinze (S. 39) enthaltenen Tabelle über den Anteil der Stadt- und Landbevölkerung in diesen Provinzen 1778 zeigt dies recht deutlich, insbesondere in Minden-Ravensberg und Geldern.

Ein Vergleich mit den Angaben über die Bevölkerungsdichte der einzelnen Provinzen läßt erkennen, daß die am dichtesten besiedelten Gebiete jene mit ländlichem Gewerbe waren.<sup>29</sup> Diese Vergleiche zeigen eindringlich, wie notwendig eine differenziertere Untersuchung und Beurteilung der einzelnen Provinzen ist, selbst wenn wir nur die Kurmark einerseits und Schlesien andererseits berücksichtigen.

<sup>25</sup> Vgl. auch Anm. 29 der vorliegenden Rezension.

<sup>26</sup> So z. B. bei *Kulischer, Josef*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, Bd 2, Berlin 1954, S. 23, nach *Behaim-Schwarzbach, Max*, Hohenzollernsche Colonisationen, Leipzig 1874; ferner *Behre, Otto*, a. a. O., S. 155 ff. – Es ist allerdings zu vermuten, daß die Quellen auch hier „Maximalzahlen“ ohne Berücksichtigung der Abgänge ausweisen. Vgl. S. 286 der vorliegenden Rezension.

<sup>27</sup> Siehe S. 274 der vorliegenden Rezension.

<sup>28</sup> Siehe S. 279 der vorliegenden Rezension.

<sup>29</sup> Aufschlußreich ist dafür auch die Bevölkerungsverteilung in Schlesien. 1778 kamen auf Nordschlesien 1525, auf Mittelschlesien 1725 Einwohner pro Quadratmeile, während auf den Grenzstreifen mit den ländlichen Hauptgebieten der Textilproduktion 2500 Einwohner pro Quadratmeile (1807 = 3350) entfielen, wobei für den Reichenbacher Kreis die entsprechenden Zahlen 3178 (1807 = 4660) und den Kreis Hirschberg sogar 3404 (1807 = 4000) lauten. (*Ziekursch, Johannes*, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte, Breslau 1927, S. 134.)

Um den Umfang des Erfolges der „vereinten Bestrebungen des Staates und der Unternehmer zur Entwicklung kapitalistischer Unternehmungen“ erkennen zu lassen, bringt Hinze abschließend noch eine Reihe aus Quellen und Literatur ausgewählter interessanter statistischer Materialien für einzelne Unternehmen, kleinere Gebiete und auch Gesamtzahlen für einzelne Produktionszweige und Provinzen. Bei einer der interessantesten und aufschlußreichsten dieser Tabellen, die Schlesien betrifft, wollen wir noch etwas verweilen, da Hinzes Ausführungen hier einer Korrektur und Ergänzung bedürfen. Nachdem er hier nämlich zunächst Zahlen über die Entwicklung des Berg- und Hüttenwesens in Schlesien gegeben hat, heißt es bei ihm weiter: „Die jährlichen Hauptberichte aus Schlesien, bei denen jedoch jeweils die Maximalzahl eingesetzt und der Abgang an Arbeitern nicht in Rechnung gezogen wurden, zeigen folgende Angaben über den Gesamtstand der Arbeiterschaft: . . .“ (S. 239). Im Anschluß daran übernimmt Hinze dann von Fechner<sup>30</sup> folgende von uns nachstehend in der Tabelle 5 als „Maximahlzahlen“ angeführten Angaben für die Jahre 1765 bis 1786. Dabei ist ihm jedoch ein geradezu unverständliches Versehen unterlaufen, denn Fechner bemerkt zu diesen Zahlen ausdrücklich: „Die Minister sandten dem Könige jährlich Hauptberichte über die seit dem Hubertusburger Frieden gegründeten Fabriken mit einer Tabelle über die Zahl der Arbeiter ein, wobei sie stets Maximalzahlen einsetzten und den Abgang nicht in Rechnung zogen“ und führt dann an der gleichen Stelle<sup>31</sup> auch die – zumindest bis 1782 – von der Kammer zwar ermittelten, aber nicht nach Berlin gemeldeten korrigierten Zahlen an, die den realen Stand der Arbeitskräfte in den seit 1763 in Schlesien gegründeten Betrieben für die einzelnen Jahre erkennen lassen. Sie sind jeweils als „Realzahlen“ in der Tabelle 5 aufgeführt.

Tabelle 5

Jahr	Zahl der Arbeiter		Jahr	Zahl der Arbeiter		<i>Zahl der Arbeitskräfte in den 1763 bis 1786 in Schlesien ge- gründeten Betrieben</i>
	Maximal- zahl	Realzahl		Maximal- zahl	Realzahl	
1765	1979	1612	1776	12368	7144	
1766	4736	4066	1777	13209	7779	
1767	5612	5059	1778	13591	7637	
1768	6603	6042	1779	13790	7309	
1769	7315	6470	1780	14130	7658	
1770	7918	5998	1781	14331	7819	
1771	8265	4553	1782	14604	7844	
1772	9024	4858	1783	15261	?	
1773	9797	5523	1784	15720	?	
1774	10505	6321	1785	16445	?	
1775	11938	6919	1786	17682	?	

Quelle: Fechner, Hermann, Wirtschaftsgeschichte der preußischen Provinz Schlesien in der Zeit ihrer provinziellen Selbständigkeit 1741–1806, Breslau 1907, S. 145.

Diese der Wirklichkeit näherkommenden Zahlen zeigen uns, daß von 1763 bis 1782 der Prozentsatz der Abgänge an Arbeitskräften im Verhältnis zur Gesamt-

30 Fechner, Hermann, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 145.

31 Ebenda. – Die gleichen Angaben finden sich auch in dem von Hinze ebenfalls benutzten Aufsatz von Fechner, Hermann, Die Fabrikgründungen in Schlesien nach dem 7jährigen Kriege unter Friedrich d. Gr., in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 57. Jg. 1901, S. 638.

zahl der in den neu gegründeten Betrieben ursprünglich angesetzten Arbeitskräfte erheblich war. 1765 betrug er 18 Prozent, 1770 waren es 24 Prozent, 1775 42 Prozent, 1780 rund 43 und 1782 mehr als 46 Prozent. Die gesamte Arbeitskräftezahl in den seit 1763 gegründeten Betrieben hat sich also zwischen 1765 und 1782 nicht so stark erhöht, wie dies den Maximalzahlen nach den Anschein hat. Den Maximalzahlen zufolge hätte eine Steigerung auf 738 Prozent vorgelegen, den Realzahlen zufolge nur eine auf 486 Prozent. Bedeutsam für eine Gesamtschätzung sind auch Fechners weitere Ausführungen dazu: „Man würde aber irren, wollte man alle diese Arbeiter für Ausländer halten; die Zucht- und Arbeitshausinsassen sind mitgerechnet, ebenso die zahlreichen Soldaten und Soldatenweiber, welche spannen, Hunderte von Kindern, die Lehrmädchen der Nonnen und diese selbst, soweit sie Spitzen klöppelten; den Stiftern mußte vielfach gestattet werden, einheimische, anstatt fremder, Weber anzusetzen.“<sup>32</sup> Auch die von Fechner zusammengestellten Angaben über die im gleichen Zeitraum in Schlesien gegründeten und wieder eingegangenen Unternehmen wären für eine zusammenfassende Stellungnahme sicher ebenso nützlich gewesen wie dessen Bemerkungen über das Ergebnis der unter einzelnen Provinzialministern betriebenen Einwanderungspolitik, die Fechner nicht sehr positiv einschätzt.<sup>33</sup>

Den Kritikern der merkantilistischen Wirtschaftspolitik Brandenburg-Preußens hält Hinze entgegen, daß die Frage nach dem Erfolg oder Nichterfolg der Arbeiterbeschaffungspolitik damit beantwortet sei, „daß es überhaupt in der 2. Hälfte des 18. Jh. gelungen war, bedeutende Industrien zu entwickeln“ und „eine technisch hochstehende, an Zahl im Vergleich zu früher bedeutende Arbeiterschaft zusammenzubringen“. Der Erfolg der wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Zukunft sei der gewesen, „daß hierdurch die Anfänge der Bildung eines Lohnarbeiterstandes geschaffen wurden, die in der folgenden Zeit trotz aller Rückgänge auf anderen Wirtschaftsgebieten vorwärtsschritt“ (S. 241).

Ausgehend von diesem Ergebnis seiner Untersuchung, geht Hinze in einem kurzen Schlußteil auf die in der Literatur viel behandelte Frage nach der Bedeutung der staatlichen Sozialpolitik ein. Während im 19. Jahrhundert die Arbeiterfrage aus dem Überangebot an Arbeitskräften resultierte, ergab sie sich im 18. Jahrhundert nach Ansicht des Verfassers aus der Notwendigkeit der Arbeiterbeschaffung. Gegen Schmoller gewendet, betont er deshalb: „Nicht in der Erhaltung der Existenz der Arbeiter, sondern in der Schaffung und Unterhaltung der neuen Unternehmungen und für sie der Arbeiter lag der Zielpunkt aller Sozialpolitik des Staates“ (S. 245).

Abschließend sei vermerkt, daß Hinze das von Büsch in der Einführung gesteckte Ziel der Arbeit, nämlich „die politische Geschichte des hier behandelten Themas durch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Einsichten zu ergänzen und so jener Monopolisierung von Aspekten entgegenzuwirken, die eine rein politische Historiographie in wissenschaftliche Vereinsammung führen kann“ (S. VI), zweifellos erreicht hat. Können wir dem zweiten Teil dieses Satzes auch ohne weiteres zustimmen, müssen wir zum ersten Teil jedoch feststellen, daß es nicht um eine Er-

<sup>32</sup> *Derselbe*, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 145. — Interessant sind Fechners Ausführungen zur Entwicklung der Zahl der Spinner und Weber in Schlesien; für erstere nimmt er nämlich eine Stagnation seit 1740 an (ebenda, S. 660), und die Vermehrung der Webstuhlzahl könnte nach seiner Meinung auch nur auf eine verbesserte statistische Erfassung zurückzuführen sein (ebenda, S. 730).

<sup>33</sup> *Derselbe*, Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 732.

gänzung der politischen Geschichte geht, sondern vielmehr darum, die Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft herauszuarbeiten. In dieser Beziehung läßt die Arbeit von Hinze – vor allem infolge ihrer unzureichenden theoretischen Grundlage – manche Wünsche offen.

Die Aufbereitung des reichen Quellenmaterials und das eindrucksvolle Bild, das der Verfasser von der Arbeiterbeschaffungspolitik in Brandenburg-Preußen zeichnet, bringen uns zweifellos einen bedeutenden Schritt weiter auf dem Wege der Erforschung dieses wichtigen Problemkomplexes der Vorbereitung des Kapitalismus unter den besonderen Bedingungen des preußischen Militarismus. Spezielle vergleichende Untersuchungen einzelner Produktionszweige sowie Provinzen werden dieses Bild sicher noch klarer hervortreten lassen. Und erst eine Erforschung dieses entsprechenden Vorganges in anderen deutschen Territorien, insbesondere in Sachsen und auch in Österreich, wird die Bedeutung der preußischen Wirtschaftspolitik auf diesem Gebiet und für die deutsche Geschichte allgemein in das rechte Licht rücken helfen.

## Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG über Südosteuropa<sup>1</sup>

VON HANS RADANDT

Die Vowi-Berichte, wie sie von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG selbst genannt wurden, sind von ihrer Zweckbestimmung her recht unterschiedlichen Charakters. Es sind von der Konzernleitung bestellte Hilfsmittel, die, mit einer Arbeitsnummer und dem Datum der Fertigstellung versehen, in der jeweils benötigten Stückzahl hektographiert und den interessierten Konzernstellen sowie staatlichen Dienststellen zugeleitet wurden. Im Jahre 1939 wurde eine Arbeitsgruppe der Volkswirtschaftlichen Abteilung gebildet, die im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit und unter Weiterbeschäftigung bei IG-Farben volkswirtschaftliche Untersuchungen im Auftrage des OKW anfertigte.<sup>2</sup>

Die Vowi-Arbeiten umfassen Firmenadressen ebenso wie Listen von Personen in bestimmten Funktionen, Außenhandelsanalysen und eingehende Untersuchungen über die Wirtschaftslage und Wirtschaftsstruktur eines Landes bzw. zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen. Wir begegnen auch mehr oder weniger eingehenden Firmenbeschreibungen und sogenannten Bilanzanalysen einzelner Unternehmen, die allerdings oft nicht viel mehr als mit wenigen Bemerkungen versehene Zusammenstellungen der Bilanzposten der letzten Jahre darstellen. Hier und da befindet sich auch ein Reisebericht unter den Vowi-Berichten, weil diese Reise von der Konzernleitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung übertragen worden war.<sup>3</sup> Allerdings gibt es viel bedeutendere Reiseberichte, die zwar auch hektographiert im Konzern verbreitet wurden, aber, weil nicht von der Volkswirtschaftlichen Abteilung erstattet, nicht als solche Berichte bezeichnet wurden.<sup>4</sup> Andererseits gibt es eine Reihe von Vowi-Arbeiten, die keine Arbeitsnummer tragen und deren Titel und Zahl außerordentlich schwer feststellbar ist, weil die Übersichten über die Ausarbeitungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung nicht vollständig vorhanden sind. So wurden zum Beispiel nach einem Arbeitsbericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung<sup>5</sup> in der Zeit vom 1. Oktober

1 Vgl. hierzu die allgemeinen Bemerkungen zur Volkswirtschaftlichen Abteilung bei Radandt, Hans, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, Abschnitt 3, Das Netz wird geknüpft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 164.

2 Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Potsdam, IG Farbenindustrie AG (im folgenden: IG-Farben), vorläufige Aktennummer 45.

3 Zum Beispiel der Bericht vom Leiter der Außenstelle Wien der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG Dr. Gross über seine Bulgarienreise vom 21. 2. bis 3. 3. 1940 (Vowi-Bericht, Nr 3939 v. 24. 4. 1940).

4 Zum Beispiel Konzernbericht der Südamerika-Reise von Dr. Max Ilgner von 1937.

5 Betriebsarchiv des VEB Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ (im folgenden: LA), Nr 617, Bl. 6f.

1943 bis 31. März 1944 insgesamt zwanzig allgemeine Anfragen beantwortet bzw. kleinere Umarbeitungen gemacht, von denen elf Südosteuropa zu folgenden Fragen betrafen:

Ungarns Außenhandel mit Italien,  
 Französische Guthaben in Rumänien,  
 Ausnutzung der französischen Guthaben in Rumänien zur Abdeckung des deutsch-rumänischen Clearingsaldos,  
 Beiträge der besetzten Gebiete zu den Reichseinnahmen,  
 Zusammenstellung ungarischer und bulgarischer Ernten,  
 Die Gebietseinteilung Ungarns,  
 Die Slowakei in der Großraumwirtschaft Europas,  
 Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten,  
 Die Wirtschaftsstruktur Südosteuropas,  
 Volkseinkommen und Kriegsausgaben in den Ländern Südosteuropas,  
 Goldbestände der Rumänischen Nationalbank.

Vielfach sind diese und andere kleinere Arbeiten nicht als Vowi-Arbeiten kenntlich gemacht und, da sie nicht in besonderen Ordnern gesammelt wurden, kaum auffindbar.<sup>6</sup> Nur in Einzelfällen stoßen wir in einschlägigen Archiven auf Ausarbeitungen, die als Vowi-Berichte gekennzeichnet sind, aber keine Arbeitsnummer tragen.<sup>7</sup> Schließlich finden sich eine Reihe von Ausarbeitungen, die den Vowi-Arbeiten in Inhalt und Themenstellung ähnlich sehen und manchmal versehentlich als solche gewertet werden, obwohl sie von Angehörigen anderer Konzernteile ausgearbeitet wurden.<sup>8</sup> Ganz abgesehen sei hier von Berichten, die ähnliche Themenstellungen wie die Vowi-Berichte haben, aber von anderen Stellen herausgegeben wurden<sup>9</sup>, bei denen jedoch eine enge Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben vorausgesetzt werden darf.<sup>10</sup> Die vorliegende Zusammenstellung von Arbeiten der Volkswirtschaftlichen Abteilung umfaßt nur solche, die bei Auftragserteilung durch die Konzernleitung von der Vowi selbst mit einer Arbeitsnummer versehen, also von ihr von vornherein als größere oder arbeitsintensive Ausarbeitungen angesehen wurden, gleichgültig, ob diese Arbeiten später wirklich so ausgeführt wurden, wie ursprünglich geplant, und ob sie nach Fertigstellung eine oder mehrere 100 Seiten umfaßten.

6 Von dem Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben, Anton Reithinger, stammen z. B. folgende Arbeiten, die auch mit seinem Namen versehen, aber nicht als Vowi-Arbeiten gekennzeichnet sind: Das wirtschaftliche Gesicht Europas, V. Südosteuropa (DZA, IG-Farben, Akte Nr 453); Das wirtschaftliche Gesicht Europas, VI. Die Nachfolgestaaten (DZA, IG-Farben, Akte Nr 603).

7 Zum Beispiel *Südosteuropa nach den Gebietsveränderungen 1938–1941* v. 20. 6. 1941 (Betriebsarchiv des VEB ORWO Filmfabrik Wolfen [im folgenden: OW], Nr A 4967) und *Wirtschaftsstrukturelle Skizze Kroatiens* v. 29. 5. 1941 (ebenda).

8 Zum Beispiel *Österreichische Chemieeinfuhr 1935* (LA, Nr 4742); *Die Auslandsbeziehungen der chemischen Industrie Österreichs* (v. 22. 3. 1936) (LA, Nr 4754); *Tomljenović, Dragan*, Belgrad, Industrialisierung Jugoslawien (v. 15. 6. 1939) (OW, in: Nr A 5259).

9 Zum Beispiel vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages zusammengestellte Berichte über *Behörden, Wirtschaftsorganisationen und Firmen in Griechenland* (August 1943), Deutsches Wirtschaftsinstitut, Volkswirtschaftliche Berichte (im folgenden: DWI), Nr 52; entsprechende Berichte wurden im Mai 1943 für Kroatien (DWI, Nr 61) und im Januar 1943 für Bulgarien (DWI, Nr 88) zusammengestellt.

10 Zur engen Zusammenarbeit zwischen IG-Farben und Mitteleuropäischem Wirtschaftstag vgl. *Radanđić, Hans*, a. a. O., S. 170 f. Anm. 83 u. S. 176 Anm. 108.



Die Grundlage für die Aufstellung der Titel von Vowi-Arbeiten bildete eine Liste mit der Überschrift: „Wirtschaftsberichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG“<sup>11</sup>, die vermutlich als Eingangsliste vom Büro des Direktors der Filmfabrik Wolfen, Otto Gajewski, angelegt worden ist. Der in dieser Liste vorhandene Vermerk, daß sie ab 1939 alle Vowi-Berichte, welche Ländern zugeordnet werden könnten, enthalte<sup>12</sup>, erwies sich als nicht zutreffend. Ergänzungen wurden ermittelt aus Akten, welche Arbeitsberichte der Vowi enthielten<sup>13</sup>, aus einer Zusammenstellung der Arbeiten für das OKW<sup>14</sup> sowie auf Grund der in einzelnen Archiven vorhandenen Vowi-Arbeiten.<sup>15</sup> Es wurde jeweils nur ein Standort angegeben.<sup>16</sup>

Nur für 306 Vowi-Berichte von insgesamt 547 ermittelten Titeln konnte ein Standort angegeben werden. Viele Arbeiten, darunter besonders Firmenbeschreibungen, wurden im Laufe der Zeit durch neuere ersetzt. Des öfteren findet sich in den Akten der Vermerk zu Vowi-Arbeiten, daß diese an ihren Aufbewahrungsstellen zerrissen wurden, weil sie durch neue Ausarbeitungen überholt waren.<sup>17</sup> Nur Konzernteile, welche an dem jeweiligen Thema der Arbeit interessiert waren, bekamen diese von der Vowi zugeschickt.

Manches ist auch durch Kriegseinwirkung verloren gegangen. Das erklärt zum großen Teil, warum in den einschlägigen Archiven der DDR nicht mehr Berichte aufgefunden wurden: Mancher Bericht, der nicht als selbständiges Aktenstück, sondern einer anderen Akte beigeheftet in den Archiven liegt, kann dabei übersehen worden sein. Eine Reihe Berichte sind auch noch in den Akten von Ministerien oder anderen staatlichen Dienststellen bzw. anderen Betrieben zu finden, denen die Vowi diese auf Anordnung des IG-Farben-Vorstands zugesandt hatte.

Wenn die Vowi-Arbeiten bisher nur wenig Beachtung in der Geschichtsforschung gefunden haben, dann wohl deshalb, weil ihr allgemeiner Quellenwert bisher nicht eingeschätzt worden ist. Schon die Beobachtung, welche Themen in welcher Zeit gestellt bzw. fertiggestellt worden sind, ist aufschlußreich. Die Arbeiten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG belegen, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge in Südosteuropa bis zum zweiten Weltkrieg und während seiner ersten Jahre immer stärker verfolgte. Allein in den vier Jahren 1938 bis 1941 wurden 351 Themen, das sind über 64 Prozent der ins-

11 DZA Potsdam, IG-Farben, Nr 1040/6. 12 Ebenda.

13 Ebenda, Nr 360 u. 549; OW, Nr A 4967 u. 17; LA, Nr 617.

14 DOCUMENT No NI-7978-con, OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES „Arbeiten des Ressorts III der Volkswirtschaftlichen Abteilung im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht“, in: *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 230 ff. = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 16.

15 Für die Archive werden folgende Sigel verwendet: DZA Potsdam, IG-Farben – DZA; Deutsches Wirtschaftsinstitut – DWI; Wirtschaftsarchiv der VVB Braunkohle Merseburg – WM; Betriebsarchiv des VEB ORWO Filmfabrik Wolfen, Bestand der Planungsabteilung – OW; Betriebsarchiv des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ – LA; Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main – WAH; Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen – WAB. In den Betriebsarchiven des VEB Farbenfabrik Wolfen und des VEB Chemische Werke Buna und des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld befinden sich nur einige Vowi-Berichte, die in anderen Archiven ebenfalls vorhanden sind. Im Betriebsarchiv des VEB Stickstoffwerk Piesteritz, in den Firmen Badische Anilin- und Sodafabriken AG, Ludwigshafen, Chemische Werke Hüls AG, Marl-Hüls, Cassella & Co. AG, Frankfurt-Mainkur, Kalle & Co. AG, Wiesbaden-Biebrich, Dynamit-Nobel AG, Troisdorf, sind keine Vowi-Berichte vorhanden.

16 Maßgebend für die Standortangabe war die Reihenfolge in Anm. 15.

17 Vgl. OW, Nr A 5259.

gesamt für Südosteuropa für 1933 bis 1944 ermittelten, fertiggestellt. Weit überwiegend wurden bis etwa 1938 Außenhandelsfragen bearbeitet. Ausnahmen stellen besonders die für eine Reihe südosteuropäischer Länder angefertigten Berichte über deren Bergbaufirmen vom Oktober 1935 dar. Ab 1938 tritt in der Themstellung das Außenhandelsinteresse zurück, ohne je ganz zu verschwinden. An seine Seite tritt deutlich ein starkes Interesse für die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, welches die Absichten der IG-Farben erkennen läßt, die Beziehungen zu leitenden Stellen von Saat und Wirtschaft dieser Länder bedeutend zu erweitern und in deren chemische Industrie stärker einzudringen.

*Vowi-Arbeiten über Südosteuropa 1933 bis 1944 nach Ländern*

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	Gesamt 1933— 1944
Albanien							1						1
Bulgarien			2	1	4	4	7	8	8	5	8		47
Griechenland			5	3	2	6	8	7	2	2			35
Jugoslawien		1	2	1	7	6	8	8	3	5			49
Österreich	1		3	5	6	18	5	7	2	3	1	1	52
Rumänien			5		7	12	12	24	18	5	11	2	96
Tschechoslowakei	1	4	3	8	5	27	21	14	6	9	4	1	103
Ungarn		4	9	3	6	8	6	9	23	11	6		85
Südosteuropa	1		3	2	4	14	18	20	6	6	3	2	79
	3	9	32	23	41	95	86	97	73	44	38	6	547

In den Monaten Juli bis September 1938 wurden elf Berichte über die Wirtschaft der Tschechoslowakei fertiggestellt, in denen die Außenhandelsfragen im Thema keine und in der Darstellung nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dieses Beispiel ist gleichzeitig geeignet, den spezifischen Quellenwert einzelner dieser Berichte zu verdeutlichen.

In der Vowi-Arbeit Nr 2955 vom 8. Juli 1938 über die wichtigsten Firmen der Tschechoslowakei wird hinter dem Inhaltsverzeichnis betont:

„*Zeichenerklärung* die Kreuze hinter den Werken bedeuten:

\* Sudetenländer (Böhmen, Mähren/Schlesien)

\*\* Sudetendeutsche Majoritätsgebiete

• Lage des Werkes ist zur Zeit noch nicht bekannt.“

Bei den später folgenden Berichten änderte sich diese Zeichengebung ein wenig, indem zum Beispiel kein Zeichen Slowakei bedeutete, aber im Grunde wurde diese anfängliche Einteilung beibehalten. Im Juli 1938 hatte also der IG-Farben-Konzern seinen Schlachtplan bereits so weit entwickelt, daß er für sich die zunächst zu erreichenden Ziele, nämlich die sogenannten sudetendeutschen Majoritätsgebiete, klar abgrenzte von den Fernzielen, den Gebieten des späteren „Protektorats“ und der Slowakei.

Ein großer Teil der Vowi-Arbeiten enthält nur oder überwiegend Fakten, für die Hand- oder Jahrbücher bzw. Werke der allgemeinen Literatur vorrangige Quellen abgeben. Für Absichten und Einschätzungen der IG-Farben aber werden die Vowi-Arbeiten, wie die im voraus für die Konzernbedürfnisse festgelegten Grenzen zeigen, selber zu erstrangigen Quellen. Daneben aber sind sie auch für Untersuchungen über den deutschen Imperialismus schlechthin überall dort von Be-

deutung, wo dessen Interessen durch die IG-Farben bzw. deren Vertreter verfochten werden. Auf Grund des Charakters der Vowi-Arbeiten als von Experten angefertigter Unterlagen für die legislativen und exekutiven Leitungen des Konzerns, finden sich hier in erster Linie richtungsweisende Anregungen, deren Aufnahme durch die Konzernspitze oder eine seiner Organisationen nur in Protokollen und im allgemeinen Schriftwechsel weiterverfolgt werden kann.

Die folgende Liste der Vowi-Arbeiten ist nach Ländern und innerhalb dieser chronologisch nach den Daten der Fertigstellung der Arbeiten geordnet. Diese Abschlußdaten werden oftmals nur auf der letzten Seite einer Arbeit oder eines Vorwortes, ganz selten aber nur bei statistischen Anhängen verzeichnet. Sie stimmen oftmals nicht mit den Erscheinungsdaten der regelmäßig von der Volkswirtschaftlichen Abteilung veröffentlichten Wirtschaftsnachrichten überein. Manchmal ist die Arbeit, wie auf der jeweils letzten Seite vermerkt, einige Tage vor oder auch erst viele Tage nach dem auf der ersten Seite genannten Erscheinungsdatum fertiggestellt worden. In manchen Archiven wurde dieser Umstand nicht berücksichtigt und nur das Erscheinungsdatum der Wirtschaftsnachrichten auf den Karteikarten vermerkt. Um die Auffindung der Vowi-Arbeiten zu erleichtern, wurden in die Liste auch die Arbeitsnummern mit aufgenommen. Da die Arbeitsnummern bei Auftragseingang in der Volkswirtschaftlichen Abteilung und nicht etwa nach Arbeitsabschluß gegeben wurden, stimmt ihre Reihenfolge nicht mit der hier gewählten chronologischen überein.

Generell wurden in diese Aufstellung nur Arbeiten aufgenommen, die eines oder mehrere Länder Südosteuropas (ohne Türkei) betrafen oder mit betreffen. Die faschistischen Aufteilungen von Ländern (Tschechoslowakei und Jugoslawien) wurden nicht berücksichtigt. Einzelne Gebietsteile wurden dem Lande zugeordnet, zu dem sie in der betreffenden Vowi-Arbeit in Beziehung gesetzt sind. Vowi-Berichte, die zwei oder mehrere südosteuropäische Länder betreffen, wurden nur unter Südosteuropa eingeordnet. Vowi-Berichte über zwei Firmen, deren Sitz sich in Berlin befand, wurden ebenfalls in die Aufstellung eingereiht, weil ihr Tätigkeitsgebiet ausschließlich in Jugoslawien (Südost-Montan Gesellschaft mbH) bzw. in Südosteuropa (Südostropa Handelsgesellschaft AG) lag.

*Arbeiten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG  
über Südosteuropa*

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitsliste	Land/Titel
		Albanien
30. 6. 1939	3525	Wirtschaftsnachrichten Nr 26/1939: Die Wirtschaft Albaniens (auch mit Vowi 3520 bezeichnet. — H. R.) (DWI, in Nr 76)
		Bulgarien
18. 9. 1935	1524	Die Einfuhr Bulgariens im Jahre 1933 nach Waren und Ländern unter dem Gesichtspunkt der Umlagerungsmöglichkeiten von dritten Ländern aus Deutschland (in 1000 Lewa)
18. 10. 1935	1564	Bergbaufirmen in Bulgarien
26. 11. 1936	2119	Einfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
14. 4. 1937	2296	Bulgarien
12. 5. 1937	2368	Wirtschaftsnachrichten Nr 19/1937: Der Chemie-Außenhandel Bulgariens (DWI, in Nr 76)
28. 8. 1937	2529	Reisemappe Bulgarien: Banken
5. 11. 1937	2625	Bulgariens Einfuhr von Chemikalien und Mineralfarben im Jahre 1935 (LA, Nr 3928)
24. 6. 1938	2949	Bulgarien: Handelskammern und Industrieverbände, Noten- banken, Privatbanken
5. 7. 1938	2976	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Bulgariens (kurze Übersicht) (LA, Nr 4087)
20. 7. 1938	3004	Liste der wichtigsten chemischen Unternehmen Bulgariens (LA, Nr 4099)
14. 12. 1938	3208	Reisemappe Bulgarien. Handelskammern, Industrieverbände Notenbanken, Privatbanken
25. 2. 1939	3310	Liste der wichtigsten chemischen Unternehmen Bulgariens (DWI, Nr 395)
2. 3. 1939	3216	Wirtschaftsbericht Bulgarien (DWI, Nr 5)
18. 4. 1939	3396	Iskovitsch & Levy A. G. Rustschuck (Firmenbeschreibung)
25. 4. 1939	3408	Die Lackindustrie Bulgariens (LA, Nr 4337)
31. 7. 1939	3586	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Bulgariens (kurze Übersicht, Neuauf.) (LA, Nr 4405)
12. 9. 1939	3648	Außenhandel Bulgariens nach Waren und Ländern im Jahre 1938
20. 9. 1939	3648a	Bulgariens Ein- und Ausfuhr von wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1937 (Tabellen)
17. 1. 1940	3773	Reisemappe Bulgarien: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbank und Privatbanken
12. 3. 1940	3850	Vertreter wichtiger deutscher und neutraler Industrieunter- nehmen in Bulgarien (DWI, Nr 277)
6. 4. 1940	3894	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Kriegswirtschaftliche Maßnahmen und wirtschaftliche Lage Bulgariens (DWI, in Nr 81)
24. 4. 1940	3939	Bericht über die Bulgarienreise vom 21. 2. bis 3. 3. 1940 (von Dr. Gross) (DWI, Nr 337)
9. 5. 1940	3950	Die Chemiewirtschaft Bulgariens
8. 7. 1940	4052	Britische und französische Kapitalbeteiligungen an bulgarischen Bergbauunternehmen

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
24. 10. 1940	4159	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Die Wiedervereinigung der Süddobrukscha nach dem Vertrag von Craiova und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Probleme (LA, Nr 4529)
20. 11. 1940	4200	Bulgariens politische Struktur und territoriale Ansprüche (DZA, Nr 916)
27. 3. 1941	4299	Erzeugung und Verbrauch von Seife in Bulgarien (LA, Nr 4560)
27. 3. 1941	4300	Die Versorgung Bulgariens mit pflanzlichen Ölen und Fetten (DWI, Nr 301)
2. 5. 1941	4343	Notenbank und ihre Leiter, Privatbanken und ihre Leiter, Bulgarien
3. 5. 1941	4340	Der Außenhandel Bulgariens an Erzeugnissen der chemischen Industrie nach Ländern und Sparten im Jahre 1939 (Werte in 1000 RM) (LA, Nr 4567)
3. 5. 1941	4344	Bulgarien: Handelskammern und Industrieverbände
17. 6. 1941	4391	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1941 Großbulgariens wirtschaftliche Bedeutung (LA, Nr 4584)
Juli 1941	4428	Kreditbank (Kreditna Banka), Sofia, Bilanzanalyse 1935-1940
14. 11. 1941	4495	Ein- und Ausfuhr Bulgariens nach wichtigen Waren und Ländern im Jahre 1939
15. 7. 1942	4682	Organe und Grundsätze der staatlichen Wirtschaftsorganisation und -lenkung in Bulgarien
12. 10. 1942	4729	Wichtigste Firmen in Bulgarien (Kurzfassung) (DWI, Nr 196)
28. 10. 1942	4749	Organe und Grundsätze der staatlichen Wirtschaftsorganisation und -lenkung in Bulgarien (DWI, Nr 125)
4. 11. 1942	4745	Wichtige Banken in Bulgarien (DWI, Nr 124)
11. 11. 1942	4752	Überblick über die Wirtschaft Großbulgariens (DWI, Nr 127)
26. 1. 1943	4774	Bulgarien: Seidenwirtschaft und Seidenindustrie (DWI, Nr 168)
28. 1. 1943	4790	Erste Bulgarische Dynamitfabrik D. Stoimenoff & Co. AG, Sofia vertraulich
29. 1. 1943	4772	Bulgarien: Baumwollwirtschaft und Baumwollindustrie
2. 2. 1943	4773	Bulgarien: Wollwirtschaft und Wollindustrie
3. 2. 1943	4775	Bulgarien: Leinen-, Hanf- und Jutewirtschaft
18. 2. 1943	4808	Kundenindustrien im Ausland: Die Textilversorgung Bulgariens im Jahre 1938 (DWI, Nr 179)
9. 3. 1943	4784	Italiens Einfluß und Interessenlage in Bulgarien (DWI, Nr 174)
21. 11. 1943	4955	Erzeugung und Außenhandel der wichtigsten deutschen Einfuhrwaren aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn 1938 und teilweise 1942
Griechenland		
26. 6. 1935	1436	Griechenland: Wirtschaftsstruktur
16. 9. 1935	1511	Die Einfuhr Griechenlands nach Waren und Ländern unter dem Gesichtspunkt der Umlagerungsmöglichkeit von dritten Ländern auf Deutschland im Jahre 1934 in Millionen Drachmen
19. 9. 1935	1518	Schweizer Verrechnungsverkehr mit Griechenland
27. 9. 1935	1540	Bemerkungen zur Ausfuhr von getrockneten Trauben aus Griechenland

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
8. 11. 1935	1590	Der Handelsverkehr mit Rohtabak griechischer Herkunft (WAH)
25. 8. 1936	1987	Griechenland: Wirtschaftsstruktur (LA, Nr 3759/60)
23. 10. 1936	1767	S. A. Hellénique de Produits et Engrais Chimiques, Athen (Firmenbeschreibung) (LA, Nr 3692)
26. 11. 1936	2122	Griechenland, Einfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
30. 8. 1937	2530	Reisemappe Griechenland: Banken
2. 12. 1937	2640	S. A. Hellénique de Produits et Engrais Chimiques, Athen, Bilanzanalyse 1931—1936 (LA, Nr 3942)
21. 6. 1938	2940	Poudreries et Cartoucheries Helléniques, S. A., Athen, Bilanzanalyse 1937
24. 6. 1938	2950	Griechenland: Handelskammern und Industrieverbände, Notenbanken, Privatbanken
5. 7. 1938	2974	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Griechenlands (kurze Übersicht) (LA, Nr 4085)
12. 8. 1938	3047	Wirtschaftsnachrichten Nr 32/1938: Die Chemiewirtschaft Griechenlands (DWI, in Nr 76)
1. 11. 1938	3144	Die Glycerinversorgung Griechenlands
9. 12. 1938	3201	Die Seifenindustrie Griechenlands (LA, Nr 4253)
16. 1. 1939	3243	Deutsche Versicherungsgesellschaften in Griechenland
22. 6. 1939	3498	Poudreries et Cartoucheries Helléniques, S. A., Athen Bilanzanalyse 1937—1938
20. 7. 1939	3568	Anilinfarbenfabrik „Biochrom“, A. G., Athen, Bilanzanalyse 1935—1938
31. 7. 1939	3587	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Griechenlands (kurze Übersicht, Neuauf.) (LA, Nr 4406)
11. 9. 1939	3632	Griechenland. Kurze Übersicht über Politik und Wirtschaft (WAH)
15. 9. 1939	3628a	Griechenlands Einfuhr von wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1938 (Tabellen)
12. 10. 1939	3628	Außenhandel Griechenlands nach Waren und Ländern im Jahre 1938 (davon im DWI vorhanden: Einfuhr Griechenlands im Jahre 1938 — H. R.) (DWI, Nr 316)
27. 11. 1939	3750	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1939, Versorgungslage und kriegswirtschaftliche Außenhandelsordnung in Griechenland 1939 (DWI, in Nr 81)
18. 1. 1940	3774	Reisemappe Griechenland: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbank und Privatbanken
3. 4. 1940	3852	Liste der Vertreter wichtiger deutscher und neutraler Industrieunternehmen in Griechenland (DZA, Nr 244)
8. 7. 1940	4057	Britische, belgische, französische und amerikanische Kapitalbeteiligungen an wichtigen Unternehmen der chemischen, Bergbau- und Schwerindustrie in Griechenland
Sept. 1940	4133	Anilinfabrik „Biochrom“ AG, Athen, Bilanzanalyse 1935—1939
16. 9. 1940	4136	Farbenfabriken G. I. Metaxas AG, Athen, Bilanzanalyse 1935—1939
Sept. 1940	4138	Farbenfabriken „Piräus“ S. A. Oeconomidis & Co., Piräus, Bilanzanalyse 1935—1939



Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
23. 11. 1940	4204	Die Chemiewirtschaft Griechenlands und wichtige Unternehmen der chemischen Industrie (DZA, Nr 421)
30. 4. 1941	4355	Magnesitbergbau in Griechenland (DZA, in Nr 333)
24. 6. 1941	4397	S.A. Hellénique de Produits et Engrais Chimiques (Firmenbeschreibung) (LA, Nr 4585)
5. 1. 1942	4767	Kundenindustrien im Ausland: Die Textilindustrie Griechenlands 1937—1940 (DZA, Nr 249)
24. 3. 1942	4637	Ländermappe Griechenland (DZA, Nr 590)
Jugoslawien		
7. 4. 1934	933	Vorläufige Untersuchungen zur Frage der Erzeugung von Eiprodukten in Jugoslawien für die Ausfuhr nach Deutschland
14. 8. 1935	1475	Die Einfuhr Jugoslawiens an Erzeugnissen der chemischen Industrie nach Ländern im Jahre 1934 in Millionen Dinar
16. 10. 1935	1560	Bergbaufirmen in Jugoslawien
27. 11. 1936	2137	Jugoslawien: Einfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
28. 1. 1937	2208	Wirtschaftsnachrichten Nr 4/1937: Der Chemie-Außenhandel Jugoslawiens (DWI, in Nr 76)
18. 3. 1937	2292	Jugoslawiens Einfuhr an wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie 1935 (LA, Nr 3828)
31. 8. 1937	2531	Reisemappe Jugoslawien: Banken
9. 9. 1937	2577	Jugoslawien (WAH)
30. 9. 1937	2562	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie und verwandter Industriezweige in Jugoslawien (LA, Nr 4674)
30. 9. 1937	2562a	Verkaufsgesellschaften der IG und ihrer Konzerngesellschaften in Jugoslawien
5. 11. 1937	2623	Jugoslawiens Einfuhr an Chemikalien, Mineralfarben, Farbstoffen im Jahre 1936 (LA, Nr 3925/26)
2. 5. 1938	2833	Reisemappe Jugoslawien: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbanken, Privatbanken
17. 6. 1938	2931	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Jugoslawiens (LA, Nr 4064)
11. 8. 1938	2833a	Sonstige Banken in Jugoslawien
5. 9. 1938	2931a	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Jugoslawiens (LA, Nr 4065)
19. 10. 1938	3116	Energie- und Rohstoffbasis Jugoslawiens (DWI, Nr 359)
3. 11. 1938	2559	Wirtschaftsbericht Jugoslawien (DWI, Nr 18)
24. 2. 1939	3333	Zur Herabsetzung des Kurses der Clearing-Reichsmark durch die jugoslawische Nationalbank
6. 4. 1939	3378	Reisemappe Jugoslawien: Handelskammern und Industrieverbände, Notenbank, und Privatbanken
31. 7. 1939	3584	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Jugoslawiens (kurze Übersicht, Neuaufl.) (LA, Nr 4403)
16. 9. 1939	3646a	Jugoslawiens Ein- und Ausfuhr von wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1937 (Tabellen)
19. 10. 1939	3701	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) Nr 4/1939, Die wirtschaftliche Lage und die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Jugoslawiens (DWI, in Nr 81)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitsliste	Land/Titel
1939	3718	Die Ausfuhr Jugoslawiens nach Ländern, Warengruppen und Verkehrswegen (Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Eisenbahn) im Jahre 1937
20. 10. 1939	3646	Außenhandel Jugoslawiens nach Waren und Ländern im Jahre 1938
20. 12. 1939 streng vertraulich	3800	Bericht über Eindrücke während einer Geschäftsreise nach Jugoslawien in der Zeit vom 16. November bis 2. Dezember 1939 (OW, in Nr A 5259)
22. 1. 1940	3775	Reisemappe Jugoslawien: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbank und Privatbanken
30. 1. 1940	3788	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Die Lage der jugoslawischen Textilindustrie seit Kriegsbeginn (DWI, in Nr 81)
27. 3. 1940 vertraulich	3851	Liste der Vertreter wichtiger deutscher und neutraler Industrieunternehmen in Jugoslawien
29. 4. 1940 vertraulich	3930	Die Chemiewirtschaft Jugoslawiens (OW, Nr A 4393)
3. 5. 1940	3922	Jugoslawien, Wirtschaftsstruktur
8. 7. 1940	4051	Britische, französische und amerikanische Kapitalbeteiligungen an wichtigsten Unternehmen der chemischen, Erdöl-, Bergbau- und Schwerindustrie in Jugoslawien (DWI, Nr 240)
3. 8. 1940 streng vertraulich	4107	Bericht über allgemeine Eindrücke während einer Reise nach Jugoslawien in der Zeit vom 16. bis 27. Juli 1940 (OW, in Nr A 5259)
13. 9. 1940	4135	Jugo-Tanin AG, Zagreb (Firmenbeschreibung)
7. 5. 1941 vertraulich	4352	Chromerzbergbau im damaligen Jugoslawien (LA, Nr 4569)
7. 5. 1941	4354	Magnesitbergbau im ehemaligen Jugoslawien (Manuskript) (LA, Nr 4570)
10. 5. 1941	4360	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1941: Das ehemalige jugoslawische Vardar-Banat (OW, in Nr 5186)
9. 5. 1941	4349	Die wichtigsten Unternehmen der chemischen Industrie in Jugoslawien (DWI, Nr 268)
17. 5. 1941	4362	„Zorka“ Erste jugoslawische AG für chemische Industrie in Belgrad, Belgrad (Firmenbeschreibung) (LA, Nr 4572)
2. 7. 1941	4407	Die wirtschaftlich wichtigen Kohlevorkommen Kroatiens (DWI, Nr 246)
22. 7. 1941	4429	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1941: Montenegro (Skizze der Wirtschaftsstruktur) (LA, Nr 4595)
22. 12. 1941	4536	Die Kohlevorkommen und -Bergwerke im ehemaligen Jugoslawien (u. d. Gebietsstand von 1941) (DWI, Nr 239)
23. 3. 1942 streng vertraulich	4479	Die Wirtschaftsstruktur Kroatiens
Aug. 1942	4799	Wichtige Banken im Unabhängigen Staat Kroatien (Ausführliche Fassung). Stand vom August 1942
Nov. 1942 streng vertraulich	4788	Die Bauxitindustrie in Kroatien
30. 3. 1943	4842	Südost Montan Gesellschaft mbH Berlin (Zweck: „Der Erwerb, die Errichtung und der Betrieb von Bergwerksunternehmen jeder Art einschließlich weiterverarbeitender Betriebe im Raume des ehemaligen jugoslawischen Staates“, gegründet Februar 1943) (DWI, Nr 187)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
2. 4. 1943	4860	Textilrohstoffe und Textilindustrie in Serbien
8. 5. 1943	4864	Kundenindustrien im Ausland: Die Textilversorgung des ehemaligen Jugoslawien (LA, Nr 4142)
14. 5. 1943	4872	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Kroatien (LA, Nr 4145)
15. 6. 1943	4904	Die Textilrohstoffgewinnung im ehemaligen Jugoslawien im Jahre 1937
Österreich		
27. 1. 1933	560	Vergleich der steuerlichen Belastung der Aktiengesellschaften in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika
17. 4. 1935	1326	Mercurbank Wien, Bilanzanalyse 1929-1934
15. 11. 1935	1603	Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG, Wien
3. 12. 1935	1636	Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich und die Möglichkeiten ihrer Steigerung (LA, Nr 3670)
31. 7. 1936	1974	Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich und die Möglichkeiten ihrer Steigerung (LA, Nr 3750)
6. 10. 1936	2051	Der österreichische Schilling, Herbst 1936
7. 11. 1936	2090	Wirtschaftsnachrichten Nr 45/1936: Der Chemie-Außenhandel Österreichs (OW, in Nr 445)
27. 11. 1936	2139	Österreichs Einfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
11. 12. 1936	2132	Deutschland und die synthetische Benzinerzeugung in Österreich (LA, Nr 3792)
28. 7. 1937	2503	Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG, Wien, Bilanzanalyse 1931-1936
2. 9. 1937	2534	Reisemappe Österreich: Banken
10. 9. 1937	2542	Gruppe Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG, Firmenbeschreibung (LA, Nr 3884)
10. 9. 1937	2541	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie und verwandter Industriezweige in Österreich (DZA, Nr 687)
16. 9. 1937	2555	Österreichische Dynamit Nobel AG, Wien, Bilanzanalyse 1933 bis 1936
4. 11. 1937	2624	Österreichs Einfuhr an Chemikalien, Mineralfarben, Farbstoffen im Jahre 1936 (LA, Nr 3927)
Jan. 1938	2697	Österreichs Wareneinfuhr aus Schweden (LA, Nr 3976)
2. 3. 1938	2739	Zur Lage des österreichischen Schilling, Februar 1938 (LA, Nr 3997)
4. 3. 1938	2743	Wollwirtschaft Österreichs (LA, Nr 4000)
15. 3. 1938	2755	Österreichs Außenhandel mit Mineralölen 1935-1937 (LA, Nr 4005)
16. 3. 1938	2757	Österreichs Seifenerzeugung und -außenhandel in den Jahren 1935-1937 (LA, Nr 4007)
18. 3. 1938	2756	Österreichs Außenhandel mit wichtigsten Chemierzeugnissen 1936 und 1937 (DZA, Nr 1040/3)
18. 3. 1938	2774	Wirtschaftsnachrichten Nr 11/1938: Der wirtschaftliche Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich (DWI, in Nr 76)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
31. 3. 1938	2779	Ländermappe Österreich (DWI, Nr 17)
31. 3. 1938	2785	Zur Vereinigung der deutschen und österreichischen Forst- und Holzwirtschaft (LA, Nr 4015)
12. 4. 1938	2808	Vergasungs-Industrie AG, Wien (Firmenbeschreibung)
1938	2827	Zahlen zur Landwirtschaft Deutschlands und Österreichs (DZA, in Nr 675, Bl. 6–15)
29. 4. 1938	2832	Reisemappe Österreich: Handelskammern, Industrieverbände und Banken
9. 5. 1938	2846	Zur Vereinigung der deutschen und österreichischen Landwirtschaft (DZA, in Nr 675, Bl. 1–5)
11. 8. 1938	3049	Länderbank Wien AG (kurze Firmenbeschreibung) (LA, Nr 4180)
9. 9. 1938	3065	Österreichische Dynamit Nobel AG, Wien, Bilanzanalyse 1933 bis 1937 (LA, Nr 4193)
10. 9. 1938	3082	Carbidwerk Deutsch-Matrei AG, Wien, Bilanzanalyse 1933–1937 (LA, Nr 4205)
4. 11. 1938	3157	Wirtschaftsbericht Österreich
22. 12. 1938	3219	Wiener Edelsejowerk GmbH (kurze Firmenbeschreibung) (DWI, Nr 390)
29. 6. 1939	3518	Donau-Chemie AG, Wien (bis 6. 6. 1936 Pulverfabrik Skoda-werke-Wetzler AG), Bilanzanalyse 1933–1938 (LA, Nr 4393)
Juli 1939	3580	Creditanstalt-Bankverein, Wien, Bilanzanalyse 1935–1938
10. 8. 1939	3600	Chemikalien Verkaufsgesellschaft Donau GmbH, Wien (DWI, Nr 312)
15. 8. 1939	2827	Zahlen zur Landwirtschaft Deutschlands und Österreichs
Sept. 1939	3640	Carbidwerk Deutsch-Matrei AG, Wien, Bilanzanalyse 1933–1938
14. 3. 1940	3858	Österreichische Dynamit Nobel AG, Wien, Bilanzanalyse 1933 bis 1938 (LA, Nr 4452)
27. 3. 1940	3873	Donau-Chemie AG, Wien, Bilanzanalyse 1934–1939 (LA, Nr 4457)
22. 6. 1940	4030	Liste wichtiger Firmen in der Ostmark (DZA, Nr 980, Bl. 1–3)
13. 7. 1940	4072	Donau-Chemie AG, Wien, Bilanzanalyse 1935–1939 (LA, Nr 4508)
15. 7. 1940	4073	Carbidwerk Deutsch-Matrei AG, Wien, Bilanzanalyse 1935–1939 (LA, Nr 4509)
31. 7. 1940	4101	Österreichische Dynamit Nobel AG, Wien, Bilanzanalyse 1935–1940 (DZA, Nr. 734)
24. 9. 1940 vertraulich	4134	Elektrochemia Südosteuropäische Handelsgesellschaft mbH, Wien (DZA, Nr 4131)
23. 4. 1941	4329	Creditanstalt-Bankverein, Wien, Bilanzanalyse 1937–1940 (DZA, Nr 730)
Aug. 1941	4447	Österreichische Dynamit Nobel AG, Wien, Bilanzanalyse 1936 bis 1940
27. 7. 1942	4688	Alpen-Elektrowerke AG, Wien (kurze Firmenbeschreibung) (LA, Nr 4115)
20. 8. 1942 geheim	4693	Mineralöl-Vorkommen, Förderung und Verarbeitung sowie wichtige Mineralölfirmen in der Ostmark (DZA, Nr 733)
15. 12. 1942	4765	I.G.-Stellen und befreundete Firmen in Wien (Stand 14. 12. 1942) (DWI, Nr 130)
2. 12. 1943	4958	Gips in der Ostmark (DZA, Nr 731)
31. 5. 1944	5013	Creditanstalt-Bankverein, Wien, Bilanzanalyse 1939–1943 (DZA, Nr 371)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
		Rumänien
30. 4. 1935	1343	Banca Românească S. A., Bukarest, Bilanzanalyse 1929–1934
24. 9. 1935	1527	Die Einfuhr Rumäniens nach wichtigsten Waren und Ländern unter dem Gesichtspunkt der Umlagerungsmöglichkeit von dritten Ländern auf Deutschland im Jahre 1934 in Millionen Lei
15. 10. 1935	1559	Bergbaufirmen in Rumänien
21. 11. 1935	1615	„Phönix“ Fabrica de acid sulfuric și produse chimice S. A. (Firmenbeschreibung)
13. 12. 1935	1655	Ölmühlen und Raffinerien in Rumänien
24. 4. 1937	2332	Der rumänische Außenhandel
20. 8. 1937	2523	Die rumänische Einfuhr an Superphosphat und die wichtigsten deutschen Superphosphatproduzenten (LA, Nr 3881)
2. 9. 1937	2533	Reisemappe Rumänien: Banken
15. 9. 1937	2554	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Rumänien (LA, Nr 3887)
2. 11. 1937	2618	„Mica“ Rumänische Bergbau AG (LA, Nr 3921)
5. 11. 1937	2626	Rumäniens Einfuhr an Chemikalien, Mineralfarben, Farbstoffen (LA, Nr 3929)
10. 11. 1937	2630	Der rumänische Markt für Schwefelsäure (LA, Nr 3933)
vertraulich		
22. 1. 1938	2674	„Concordia“ S. A. Română pentru Industria Petrolului (Firmenbeschreibung)
3. 3. 1938	2709	Wichtige Kundenfirmen der Glas-, Textil-, Papier-, Leder- und Kautschukindustrie in Rumänien (LA, Nr 3982)
4. 5. 1938	2805	Unterlagen über Kohle, Mineralöle, Paraffin, technische Öle und Fette sowie Seife in Italien, Rumänien und Japan
12. 5. 1938	2853	Wirtschaftsnachrichten Nr 19/1938: Die Chemiewirtschaft Rumäniens (DWI, in Nr 76)
30. 5. 1938	2845	Die Wirtschaftsstruktur Rumäniens (DWI, in Nr 24)
2. 6. 1938	2909	Die chemische Industrie Rumäniens (LA, Nr 4054)
21. 6. 1938	2941	Zur Entwicklung der rumänischen Staatsfinanzen 1935/36–1937/38
23. 6. 1938	2948	Rumänien: Handelskammern und Industrieverbände, Notenbanken und Privatbanken
5. 7. 1938	2975	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Rumäniens (kurze Übersicht) (LA, Nr 4086)
30. 8. 1938	3106	Wirtschaftsbericht Rumänien (DWI, Nr 24)
28. 10. 1938	3138	Angaben über Hanffasern, Sojabohnen, Kokereierzeugnisse (insbesondere Toluol) und Glycerin in Rumänien
13. 12. 1938	3207	Reisemappe Rumänien: Handelskammern und Industrieverbände, Notenbanken, Privatbanken
6. 3. 1939	3335	Erdgas in Siebenbürgen (LA, Nr 4303)
11. 4. 1939	3386	Wirtschaftsnachrichten Nr 13/1939: Das rumänische Erdöl (DWI, in Nr 76)
27. 4. 1939	3412	Die wichtigsten rumänischen Erdölfirmen (DWI, Nr 391)
28. 4. 1939	3418	Die wichtigsten rumänischen Erz- und Kohlenbergbau-Gesellschaften (DWI, Nr 400)
1. 6. 1939	3461	Die Herkunfts- und Bestimmungsländer der Ein- und Ausfuhrwaren Rumäniens im Jahre 1937 (LA, Nr 4368)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
13. 7. 1939	3550	Möglichkeiten zur Steigerung des Stickstoffverbrauches in Rumänien
31. 7. 1939	3567	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Rumäniens (kurze Übersicht, Neuaufl.) (LA, Nr 4398)
1. 8. 1939	3589	Schmalzfabrik Rumänien
20. 9. 1939	3657	Rumäniens Ein- und Ausfuhr von wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1937 (Tabellen)
22. 11. 1939	3742	Zur neuen rumänischen Devisenverordnung (DWI, Nr 227) vertraulich
16. 12. 1939	3731	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1939: Rumäniens Außenhandel und der europäische Konflikt (DWI, in Nr 81) streng vertraulich
29. 12. 1939	g41	Fliegerbenzin in Rumänien Geheim (für OKW)
8. 1. 1940	3771	Rumänien am Jahresende 1939 streng vertraulich
10. 1. 1940	3801	Bericht über allgemeine Eindrücke während eines Aufenthaltes in Rumänien in der Zeit vom 21. 12. 1939 bis 4. 1. 1940 streng vertraulich
21. 2. 1940	3745	Politik und Wirtschaft Rumäniens
22. 1. 1940	3776	Reisemappe Rumänien: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbank und Privatbanken
27. 2. 1940	3828	Die wichtigsten Unternehmen der chemischen Industrie in Rumänien (DWI, Nr 230) vertraulich
27. 2. 1940	3833	Wirtschaftswissenschaftliche und sonstige Institute in Bukarest
14. 3. 1940	3860	„Nitrogen“ Rumänische Kunstdünger- und chemische Industrie AG, Bukarest, Bilanzanalyse 1934–1939 (LA, Nr 4453)
14. 3. 1940	3861	„Phönix“ Schwefelsäure- und chemische Produktenfabrik AG Baia-Mare, Bilanzanalyse 1935–1938
14. 3. 1940	3862	„Mărășești“ Rumänische AG für chemische Industrien, Bukarest, Bilanzanalyse 1935–1938 (LA, Nr 4455)
15. 3. 1940	3883	Aufwertung der Reichsmark in Rumänien? vertraulich
18. 3. 1940	3882	Die Aussichten des rumänischen Agrarexportes im Jahre 1940 (DWI, Nr 279) vertraulich
26. 3. 1940	3872	Bessere Geldversorgung der rumänischen Volkswirtschaft durch Aufwertung des Nationalbankgoldes vertraulich
2. 4. 1940	3853	Liste der Vertreter wichtiger deutscher und neutraler Industrieunternehmen in Rumänien (DWI, Nr 278) vertraulich
30. 4. 1940	3920	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage in Rumänien
8. 5. 1940	3936	Rumänien als Auslandsschuldner (LA, Nr 4473)
9. 5. 1940	3781	Die Reichsmark in Rumänien streng vertraulich
25. 5. 1940	4022	Das rumänische Pressewesen (vorläufige Zusammenstellung)
15. 6. 1940	4018	Naphthensäure in Rumänien vertraulich
8. 7. 1940	4050	Britische, französische und amerikanische Kapitalbeteiligungen an wichtigen Unternehmen der chemischen, Erdöl-, Bergbau- und Schwerindustrie in Rumänien (DWI, Nr 343)
15. 7. 1940	4077	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Die wirtschaftlichen Kräfte Bessarabiens und der nördlichen Bukowina und ihre Bedeutung für Rumänien (DWI, in Nr 81)



Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
23. 9. 1940	4147	„Phönix“ Schwefelsäure- und chemische Produktenfabrik AG, Baia-Mare (DWI, Nr 220)
23. 9. 1940	4151	Die wichtigsten Erzeugnisse der „Phönix“ AG, Baia-Mare, im Vergleich zur rumänischen Gesamterzeugung
5. 11. 1940	4192	„Nitrogen“ S. A. R., Dicioșânmartin, Bewertung, Kapitalisierung und Liquidität (DWI, Nr 224)
20. 11. 1940	4202	Unterlagen zur Frage der Errichtung einer Zellstoff- und Zellwollefabrik auf Basis von Donauschilf in Rumänien (LA, Nr 4542)
23. 1. 1941	4156	Rumänien, Deutsche Pressestellen
1. 2. 1941	4256	Nationale Erdgasgesellschaft Rum. AG, Bukarest (Societatea Națională de Gaz Metan S. A. R.) Sonametan (LA, Nr 4554)
9. 4. 1941	4316	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1941: Die Wirtschaftsstruktur Rumäniens unter Berücksichtigung der Gebietsabtretungen (LA, Nr 4563)
14. 5. 1941	4361	Der Anteil der großen rumänischen Ölgesellschaften an der Erdölförderung Rumäniens im Jahre 1940
22. 5. 1941	4376	Rumänien: Wichtige Chemieprodukte (WAB)
23. 5. 1941	4370	„Mărășești“ Rumänische AG für chemische Industrie, Bukarest (Firmenbeschreibung) (LA, Nr 4575)
12. 6. 1941	4393	Das Genossenschaftswesen in Rumänien und das Nationale Genossenschaftsinstitut (DWI, Nr 260)
20. 6. 1941	4398	Wichtige rumänische Banken und Kreditinstitute (DWI)
23. 6. 1941	4399	Handelskammern und Industrieverbände Rumäniens (DWI, Nr 262 [nur erste Seite vorhanden — H. R.])
3. 7. 1941	4411	Nationale Erdgasgesellschaft Rum. AG, Bukarest (Societatea Națională de Gaz Metan S. A. R. (Sonametan) (DWI, Nr 247)
7. 7. 1941	3745a	Politik und Wirtschaft Rumäniens
7. 7. 1941	4413	Wichtige Wirtschaftszahlen Rumäniens (LA, Nr 4590)
10. 7. 1941	4418	Unternehmungen der Gummiindustrie in Rumänien (DWI, Nr 248)
6. 10. 1941 vertraulich	4486	Wichtige Firmen und Organe der rumänischen Erdölwirtschaft (Vorläufige Zusammenstellung) (DWI, Nr 214)
9. 10. 1941	4398a	Wichtige rumänische Banken und Kreditinstitute
28. 10. 1941	4501	Allgemeiner Verband der Industriellen Rumäniens (Uniunea Generală Industriașilor din România, U.G.I.R.) (LA, Nr 4613)
17. 11. 1941	4518	Das deutsch-rumänische Clearing (Geheim ab 23. 2. 1942)
6. 12. 1941 Berichtigung	4501	Allgemeiner Verband der Industriellen Rumäniens (Uniunea Generală Industriașilor din România, U.G.I.R.) (DZA, in Nr 358, Bl. 176—199)
8. 7. 1942 vertraulich	4657	Transnistrien: Gebiet, Bevölkerung, Wirtschaft (OW, in Nr A 4967)
22. 7. 1942	4684	„Solagra“ rum. AG für Kultur und Handel mit ölhaltigen Pflanzen (DWI, Nr 209)
7. 9. 1942	4699	Rumänien: Wichtige Firmen der chemischen Industrie (DWI, Nr 160)
28. 11. 1942	4742	Wichtige Banken in Rumänien (DWI, Nr 122)
4. 12. 1942	4750	Wichtige Banken in Rumänien (ausführliche Fassung)
21. 1. 1943	4780	Wirtschaftsverbände und Bewirtschaftungsämter Rumäniens
25. 1. 1943	4781	Wirtschaftslenkende Organe Rumäniens (LA, Nr 4132)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitsliste	Land/Titel
27. 1. 1943	4782	Wichtigste Bergbau- und Industrie-Firmen Rumäniens (DWI, Nr 173)
12. 3. 1943	4828	Liste der Vertreter wichtiger deutscher Unternehmen in Rumänien, die an Export von landwirtschaftlichen Maschinen nach Rumänien interessiert sind (DWI, Nr 182)
30. 3. 1943	4847	Überblick über die Wirtschaft Rumäniens (nach der Rückgliederung Bessarabiens und der Nordbukowina) (DWI, Nr 188)
3. 4. 1943	4849	Die Schuh- und Lederwirtschaft Rumäniens im Kriege (DWI, Nr 189)
8. 5. 1943	4868	Kundenindustrien im Ausland — Die Textilversorgung Rumäniens 1936—1940 (LA, Nr 4144)
29. 5. 1943	4892	Delta S.A.R., Bukarest (DZA, Nr 1040/31)
24. 6. 1943	4911	Das Problem der rumänischen Erntefinanzierung (DZA, Nr 1040/38)
streng vertraulich		
11. 12. 1943	4956	Italienisches Kapital in Rumänien (DZA, Nr 294)
31. 12. 1943	4957	Neugründungen deutsch-rumänischer Gesellschaften seit dem Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens vom 23. 3. 1939 (DZA, Nr 1040/14)
15. 2. 1944	4963	Erdgas in Rumänien
15. 2. 1944	4975	Zellstoff-, Papier- und Pappunternehmen in Rumänien (OW, in Nr 17)
Tschechoslowakei		
14. 11. 1933	792	Verein für chemische und metallurgische Produktion Aussig Bilanzkritik (LA, Nr 3611)
12. 2. 1934	853	Die Devaluation der tschechischen Krone
14. 7. 1934	1065	Verein für chemische und metallurgische Produktion Aussig, Bilanzkritik/Nachtrag 1933 (LA, Nr 3627)
9. 8. 1934	1107	Der Außenhandel der Tschechoslowakei im ersten Halbjahr 1934
30. 10. 1934	1144	Die tschechische Krone nach der Devaluation
6. 9. 1935	1494	Die tschechische Krone Anfang September 1935
25. 11. 1935	1616	Bata AG, Zlin (Firmenbeschreibung)
10. 12. 1935	1551	Möglichkeiten der Steigerung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei
27. 5. 1936	1865	AG Dynamit Nobel, Bratislava (LA, Nr 3728/29)
28. 7. 1936	1973	Wirtschaftsnachrichten Nr 30/1936: Der Chemieaußenhandel der Tschechoslowakei (OW, in Nr 447a)
8. 8. 1936	2000	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Aussiger Verein) (LA, Nr 3766/67)
vertraulich		
21. 8. 1936	1999	Wirtschaftsnachrichten Nr 34/1936: Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, „Aussiger Verein“ (LA, Nr 3765)
27. 8. 1936	2003	Zur Lage der tschechischen Krone, August 1936
27. 11. 1936	2138	Die Einfuhr der Tschechoslowakei an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
1. 12. 1936	2158	Die Wareneinfuhr der Tschechoslowakei unter dem Gesichtspunkt der Umlagerungsmöglichkeit von dritten Ländern auf Balkan- und vorderasiatische Länder im Jahre 1935

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitsliste	Land/Titel
11. 12. 1936	2159	Der Außenhandel der Tschechoslowakei nach Ursprungsländern im Jahre 1935 in Millionen Kronen
6. 1. 1937	2175	Die Außenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und die Möglichkeiten ihrer Steigerung
21. 7. 1937	2500	Die tschechoslowakische Krone Mitte Juli 1937
28. 8. 1937	2528	Reisemappe Tschechoslowakei: Banken
9. 9. 1937	2546	AG Dynamit Nobel, Bratislava, Bilanzanalyse 1933—1936
22. 9. 1937	2543	AG Dynamit Nobel, Bratislava (Firmenbeschreibung) (LA, Nr 3885)
19. 4. 1938	2814	Bank für Handel und Industrie ehemals „Länderbank“ (kurze Firmenbeschreibung)
26. 4. 1938	2822	Deutsche Agrar- und Industriebank, Prag (Firmenbeschreibung)
3. 6. 1938	2910	Deutsche Banken in der Tschechoslowakei
11. 6. 1938	2916	Živnostenská Banka, Prag, Bilanzanalyse 1932—1937
21. 6. 1938	2939	Die Wollindustrie der Tschechoslowakei (LA, Nr 4069)
28. 6. 1938	2954	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, Bilanzanalyse 1933—1937 (LA, Nr 4076)
1. 7. 1938	2917	Wirtschaftsnachrichten Nr 23/1938: Die Chemiewirtschaft der Tschechoslowakei (DWI, in Nr 76)
8. 7. 1938	2955	Die wichtigsten Firmen in der Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00263)
28. 7. 1938	3024	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Aussiger Verein) (WM, Nr Ia 00260)
31. 8. 1938	3063	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage der Tschechoslowakei (kurze Übersicht) (LA, Nr 4192)
1. 9. 1938	2960	Wirtschaftsbericht Tschechoslowakei (DWI, Nr 25)
3. 9. 1938	3076	AG Dynamit Nobel, Bratislava, Bilanzanalyse 1933—1937 (LA, Nr 4200)
21. 9. 1938	3088	Standorte größerer chemischer Werke in der Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00258)
24. 9. 1938	3097	Die tschechoslowakische Textilindustrie mit besonderer Berücksichtigung der sudetendeutschen Textilindustrie (DWI, Nr 384)
26. 9. 1938	3114	Die Mineralölsituation der Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00261)
26. 9. 1938	3115	Die Kohlesituation der Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00262)
27. 9. 1938	3025	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in der Tschechoslowakei (ohne Aussiger Verein) (WM, Nr Ia 00264)
1. 10. 1938	3101	Die Kaufkraftparität der tschechischen Krone (LA, Nr 4212)
3. 10. 1938	3099	Die tschechoslowakischen Industrien der Steine und Erden einschließlich der Baumaterialien-Industrie (DWI, Nr 383)
6. 10. 1938	3054	Wirtschaftsbericht Sudetendeutschland (DWI, Nr 27)
14. 10. 1938	3117	Aussiger Verein, Kraftwerke und Braunkohlenbesitz im Deutschen Reich (LA, Nr 4221)
18. 10. 1938	3129	Unterlagen zu der Frage Aussig — Heyden
19. 10. 1938	3103	Die Elektrizitätswirtschaft in der Tschechoslowakei unter besonderer Berücksichtigung Sudetendeutschlands
25. 10. 1938	3125	Wirtschaftsnachrichten Nr 42/1938: Die wirtschaftliche Struktur Sudetendeutschlands (DWI, in Nr 76)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
1. 11. 1938	3199	Liste der in den im sudetendeutschen Gebiet gelegenen Werken Aussig und Falkenau des Aussiger Vereins hergestellten Chemikalien (LA, Nr 4252)
7. 11. 1938	3161	Liste der wichtigsten Unternehmungen in und bei Preßburg (LA, Nr 4240)
6. 12. 1938	3193	Die Wirtschaftsstruktur der neuen Tschechoslowakei (LA, Nr 4251)
10. 1. 1939	3233	Wichtige Banken in der Slowakei und ihre Leiter
18. 3. 1939	3361	Produkte und Kapazitäten der in der früheren Tschechoslowakei gelegenen chemischen Werke (WM, Nr Ia 00257)
März 1939	3350/54	Die Wirtschaftsgebiete des Protektorats Böhmen und Mähren und der Slowakei (DWI, Nr 28)
20. 3. 1939	3351/48/52	Bergbau und Industrie im Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei (DWI, in Nr 28)
20. 3. 1939	3351	Energiewirtschaft, Bergbau und Hüttenindustrie in der Tschechoslowakei (DWI, in Nr 28)
21. 3. 1939	3350	Außenhandelsprobleme der Eingliederung des tschechoslowakischen Wirtschaftsgebietes in das Deutsche Reich (DWI, Nr 348)
22. 3. 1939	3364	Produzenten wichtiger chemischer Großprodukte in der früheren Tschechoslowakei
23. 3. 1939	3352	Die Rüstungsindustrie der ehemaligen Tschechoslowakei (WAB)
24. 3. 1939	3353	Zur Frage der deutsch-tschechischen Währungsunion (LA, Nr 4314)
24. 3. 1939	3354	Die Landwirtschaft im Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei (DWI, Nr 347)
27. 3. 1939	3370	Die Chemiekartelle der alten Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00256)
31. 3. 1939	3360	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Nachtrag zu Vowi 3024) (LA, Nr 4320)
5. 4. 1939	3358	Wirtschaftsnachrichten Nr 12/1939: Großdeutschland und die Wirtschaftsgebiete des Protektorats Böhmen-Mähren und der Slowakei (DWI, Nr 345)
12. 4. 1939	3384	Die wichtigsten Auslandsbeteiligungen von Industrieunternehmen und Banken der alten Tschechoslowakei (WM, Nr Ia 00259)
15. 4. 1939	3348	Die wichtigsten verarbeitenden Industrien der ehemaligen Tschechoslowakei (LA, Nr 4310)
5. 5. 1939	3420	Die Wirtschaftsstruktur der Slowakei (OW, Nr A 4384)
22. 5. 1939	3449	Die wichtigsten Banken in Böhmen, Mähren und der Slowakei (Stand Anfang Mai 1939)
15. 6. 1939	3482	Živnostenská Banka, Prag, Bilanzanalyse 1933—1938
Juli 1939	3542	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Bilanzanalyse 1935—1938
7. 8. 1939	3596	AG Dynamit Nobel, Bratislava, Bilanzanalyse 1934—1938
28. 12. 1939	3686	Liste der Kokereien des Mährisch-Ostrau Karwiner Kohlengebietes (LA, Nr 4426)
16. 3. 1940	3863	Živnostenská Banka, Prag, Bilanzanalyse 1934—1939
10. 4. 1940	3895	Slowakei: Handels- und Industriekammer Preßburg, Notenbank und Privatbanken

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
23. 4. 1940	3928	Die Werke der AG Dynamit Nobel, Preßburg (Tabelle)
31. 5. 1940	3994	Wichtige Stellen und Personen in der Slowakei
20. 6. 1940	4025	Živnostenská Banka, Prag (Firmenbeschreibung)
8. 7. 1940 vertraulich	4055	Britische und französische Kapitalbeteiligungen an slowakischen Chemie- und Bergbauunternehmen (DWI, Nr 408)
19. 7. 1940	4084	Dynamit Nobel AG, Preßburg, Bilanzanalyse 1935–1939 (LA, Nr 4512)
23. 7. 1940	4090	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Bilanzanalyse 1935–1939
30. 8. 1940	4124	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Wertberechnungen (DWI)
31. 8. 1940 vertraulich	4125	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Nachtrag zu den Vowi-Arbeiten 3024 und 3360 mit den wichtigsten Veränderungen seit Ende 1938
19. 9. 1940	4143	Prager Chemische Gesellschaft mbH (kurze Firmenbeschreibung)
14. 10. 1940 vertraulich	4171	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein) (vorläufige Fassung) (LA, Nr 4533)
11. 12. 1940	4167	Wichtige Stellen und Personen in der Slowakei (ergänzte Zusammenstellung nach dem Stand vom 30. November 1940) (DWI, Nr 222)
22. 11. 1940	4206	Handlovaer Kohlenbergbau, Sillein (LA, Nr 4543)
29. 1. 1941 vertraulich	4247	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein) (LA, Nr 4552)
14. 3. 1941	4281	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), 1. Nachtrag zur Vowi-Arbeit 4247 (OW, in Nr A 5259)
17. 5. 1941	4363	Fanto-Werke AG, Prag-Smichow (Firmenbeschreibung) (DWI, Nr 342)
4. 6. 1941	4378	Kropfacher Kupferwerke AG, Kropf (Slowakei) (DWI, Nr 409)
23. 7. 1941	4431	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Bilanzanalyse 1932–1940
Nov. 1941	4498	AG Dynamit Nobel, Preßburg, Bilanzanalyse 1935–1940
5. 1. 1942	4540	Die Kapitalisierung der Bata AG, Zlin
26. 2. 1942	4574	Das Pressewesen in der Slowakei (Wichtige Stellen, Persönlichkeiten und Zeitungen)
5. 3. 1942	4599	Die Handels- und Industriekammern der Slowakei
17. 7. 1942	4676	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, Bilanzanalyse 1937–1941 (DWI, Nr 208)
19. 8. 1942	4681	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag (Prager Verein), Entwicklung im Jahre 1941/42 (2. Nachtrag zur Vowi Nr 4247) (LA, Nr 4113)
Aug. 1942	4695	AG Dynamit Nobel, Preßburg, Bilanzanalyse 1937–1941
30. 9. 1942	4718	Wichtigste Firmen der Slowakei (DWI, Nr 163)
5. 11. 1942	4744	Wichtige Banken in der Slowakei (DWI, Nr 123)
7. 7. 1942	4746	Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, Bilanzanalyse 1937–1941 (LA, Nr 4112)
16. 2. 1943 geheim!	4793	Mineralölvorkommen, Förderung und Verarbeitung sowie wichtige Mineralölfirmer im Protektorat Böhmen und Mähren (LA, Nr 4136)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
16. 2. 1943	4794	Mineralölvorkommen, Förderung und Verarbeitung sowie wichtige Mineralölfirmen in der Slowakei (LA, Nr 4137)
22. 2. 1943	4797	AG Dynamit Nobel, Preßburg, Konzerndarstellung, Stand 31. 12. 1942 (WAB)
4. 5. 1943	4869	Ferdinands-Nordbahn, Mährisch-Ostrau/Prag
1944	5004	Dynamit Nobel, Preßburg (Bilanzanalyse)
Ungarn		
12. 2. 1934	854	Errichtung einer Schweineschmalzfabrik in Ungarn (LA, Nr 3616)
5. 4. 1934	931	Errichtung einer Schweineschmalzfabrik in Ungarn, Nachtragsbericht (LA, Nr 3617)
17. 4. 1934	950	Errichtung einer Schweineschmalzfabrik in Ungarn, Verlustrisiken und ihre Deckung (DWI, Nr 95)
17. 4. 1934	951	Errichtung einer Schweineschmalzfabrik in Ungarn
13. 3. 1935	1270	Pester Ungarische Commercial-Bank, Budapest, Bilanzanalyse 1929—1934
22. 3. 1935	1277	Ungarische Escompte und Wechselbank, Budapest, Bilanzanalyse 1929—1934
27. 3. 1935	1319	Die ungarische Außenhandelssituation
4. 4. 1935	1306	Die Wirtschaftslage in Ungarn
27. 4. 1935	1343	Britisch-Ungarische Bank AG, Budapest, Bilanzanalyse 1929 bis 1934
29. 4. 1935	1342	Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest, Bilanzanalyse 1929—1934
29. 4. 1935	1346	Ungarisch-Italienische Bank AG, Budapest, Bilanzanalyse 1929 bis 1934
9. 10. 1935	1553	Ungarns Einfuhr nach Waren und Ländern unter dem Gesichtspunkt der Umlagerungsmöglichkeit von dritten Ländern auf Deutschland im Jahre 1934 in 1 000 Pengö
19. 10. 1935	1558	Bergbaufirmen in Ungarn
5. 2. 1936	1742	Ungarns Außenhandel nach wichtigen Bezugs- und Absatzländern in 1 000 Pengö
27. 11. 1936	2124	Ungarns Einfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen im Jahre 1935
28. 11. 1936	2149	Struktur und Lage der ungarischen Land- und Forstwirtschaft (LA, Nr 3797)
6. 1. 1937	2078	Ungarn: Wirtschaftsstruktur
19. 3. 1937	2294	Nitrochemie Industrie-Anlagen AG (Firmenbeschreibung)
5. 8. 1937	2509	Liste deutscher Firmen, die an dem Handel mit Ungarn besonders interessiert sind (DZA, Nr 422)
3. 9. 1937	2535	Reisemappe Ungarn: Banken
18. 8. 1937	2521	Wirtschaftsnachrichten Nr 32/1937: Der Chemie-Außenhandel Ungarns (DWI, in Nr 76)
5. 11. 1937	2627	Ungarns Einfuhr an Chemikalien, Mineralfarben, Farbstoffen 1934/35 und 1936 (LA, Nr 3930)
21. 1. 1938	2672	Manfred Weiß, Stahl- und Metallwerke AG (Firmenbeschreibung)
17. 6. 1938	2930	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Ungarns (LA, Nr 4063)
30. 6. 1938	2945	Die Wirtschaftsstruktur Ungarns (DWI, Nr 57)
1938	2945a	Wirtschaftsbericht Ungarn (LA, Nr 4167)



Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
18. 7. 1938	2988	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Ungarn (DWI, Nr 341)
1. 8. 1938	3036	Die chemische Industrie Ungarns (DWI, Nr 219)
28. 11. 1938	3179	Die wirtschaftliche Bedeutung der Rückgliederung Oberungarns an Ungarn (LA, Nr 4249)
16. 12. 1938	3210	Zur Lage des ungarischen Pengö, Dezember 1938 (DWI, Nr 325)
20. 3. 1939	3363	Die „Hungaria“ und Peter Nitrogen als Majoritätsbesitzer der Metallochemia (LA, Nr 4322)
20. 5. 1939	3590	Ungarns Ausfuhr 1937 nach wichtigen Waren und Ländern (LA, Nr 4407), Juli 1939 erweitert unter gleicher Nummer zu Ungarns Außenhandel 1937 nach wichtigen Waren und Ländern
31. 7. 1939	3585	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Ungarns (kurze Übersicht, Neuaufl.) (DWI, Nr 349)
21. 9. 1939	3658	Ungarns Ein- und Ausfuhr von wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1937 (Tabellen)
2. 10. 1939	3677	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) Nr 3/1939: Kriegswirtschaftliche Maßnahmen und gegenwärtige wirtschaftliche Lage Ungarns (DWI, in Nr 81)
21. 11. 1939	3711	Außenhandel Ungarns nach Waren und Ländern im Jahre 1938 (DWI, Nr 233)
26. 1. 1940	3777	Reisemappe Ungarn: Handelskammern, Industrieverbände, Notenbank und Privatbanken
8. 2. 1940	3798	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Veränderungen in der ungarischen Industrie seit Ausbruch des Krieges (DWI, in Nr 81)
19. 3. 1940	3854	Liste der Vertreter wichtiger deutscher und neutraler Industrieunternehmen in Ungarn
22. 4. 1940	3911	Überblick über Staat und Wirtschaft Ungarns: I. Volk und Staat (LA, Nr 4465)
30. 4. 1940	3921	Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage Ungarns
8. 7. 1940	4056	Britische, französische und amerikanische Kapitalbeteiligungen an wichtigen Unternehmen der chemischen, Erdöl- und Bergbauindustrie in Ungarn (DWI, Nr 241)
24. 8. 1940	4105	Notenbank und ihre Leiter in Ungarn
7. 9. 1940	4106	Wichtige Stellen und Personen in Ungarn (LA, Nr 4516)
23. 12. 1940	4158	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Die wirtschaftliche Bedeutung der Rückgliederung Nordsiebenbürgens für Ungarn (LA, Nr 4528)
21. 5. 1941	4369	„Hungaria“ Kunstdünger-Schwefelsäure und chemische Industrie AG (Firmenbeschreibung) (DWI, Nr 298)
17. 6. 1941	4386	Kapitalverflechtung in der ungarischen Großchemie (Schaubild)
18. 6. 1941	4392	Gemeinschaftsbilanz von sechs Firmen der ungarischen Großchemie (am 31. Dez. 1939 in Millionen Pengö)
4. 7. 1941	4410	Chemiewirtschaft in Ungarn (DWI, Nr 58)
12. 8. 1941	4449	Wichtige Wirtschaftszahlen Ungarns (DWI, Nr 275)
4. 9. 1941	4466	Kundenindustrien im Ausland: Die Textilindustrie Ungarns
9. 9. 1941	4466a	Die wichtigsten Firmen der Textilindustrie in Ungarn
9. 9. 1941	4468	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1941: Die wirtschaftliche Bedeutung Südungarns für Ungarn (LA, Nr 4605)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
9. 9. 1941	4469	Die Papierindustrie Ungarns
9. 9. 1941	4469a	Die wichtigsten Firmen der Papierindustrie in Ungarn
9. 9. 1941	4470	Die Holz- und Beinindustrie Ungarns
9. 9. 1941	4470a	Die wichtigsten Firmen der Holzindustrie Ungarns
9. 9. 1941	4471	Die Stein-, Ton-, Asbest- und Glasindustrie Ungarns
9. 9. 1941	4471a	Die wichtigsten Firmen der Glas- und Keramikindustrie in Ungarn
9. 9. 1941	4472	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Ungarn, Gruppe Chemikalien, Farben und Pharmazeutika (LA, Nr 4606)
9. 9. 1941	4473	Die wichtigsten Firmen der Maschinen- und Metallindustrie in Ungarn
9. 9. 1941	4474	Die wichtigsten Firmen der elektrotechnischen Industrie in Ungarn (LA, Nr 4607)
9. 9. 1941	4484	Der Außenhandel Ungarns nach Waren und Ländern im Jahre 1940
10. 9. 1941	4475	Ungarns Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie (LA, Nr 4608)
11. 9. 1941	4476	Mineralöle in Ungarn
5. 12. 1941	4526	Verein arischer Industrierwerke im „Teszisz“ (Ungarn)
6. 12. 1941	4551	Bund der Ungarischen Fabrikindustriellen „Magyar Gyáripárosok Országos Szövetsége“ (Gyosz)
10. 12. 1941	4571	Landesverein der chemischen Industriellen Ungarns (Magyar Vegyészeti Gyárosok Országos Egyesülete)
10. 2. 1942	4589	Wichtige Stellen und Personen in Ungarn (DWI, Nr 215)
14. 4. 1942	4610	Ungarische Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (gegründet 2. Juli 1941) (DWI, Nr 218)
2. 3. 1942	4584	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Ungarn (LA, Nr 4628)
23. 4. 1942 vertraulich	4622	Gruppenbildung in Ungarn/Chemische Industrie
24. 4. 1942 vertraulich	4621	Die Großaktionäre der chemischen Industrie in Ungarn nach Sparten
12. 6. 1942	4646	Die Wirtschaftsstruktur Ungarns (LA, Nr 4647)
22. 8. 1942	4694	Die wichtigsten Firmen der chemischen Industrie in Ungarn (Kurzfassung)
9. 9. 1942 vertraulich	4709	Deutsche Beteiligungen an der chemischen Industrie Ungarns
11. 9. 1942	4708	Deutsche Beteiligungen an Industrieunternehmungen in Ungarn, ohne chemische Industrie (LA, Nr 4117)
17. 10. 1942 vertraulich	4734	Ungarisch-Amerikanische Ölindustrie AG, Budapest (Magyar Amerikai Olajipari R. T.-Moort)
31. 10. 1942	4743	Wichtige Banken in Ungarn (LA, Nr 4123)
8. 5. 1943	4862	Kundenindustrien im Ausland: Die Textilversorgung Ungarns 1936-1939
	1943	4873 „Gamma“ Feinmechanische und Optische Werke AG, Budapest (kurze Firmenbeschreibung)
	1943	4874 Ganz & Co. Elektrizitäts-, Maschinen-, Waggon- und Schiffbau AG, Budapest (kurze Firmenbeschreibung)
13. 8. 1943	4939	Die Versorgung Ungarns mit Ölsaaten

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitsliste	Land/Titel	
14. 8. 1943	4935	Kapazität der ungarischen Ölmöhlen	
1. 9. 1943	4941	Italiens Einfluß und Interessenlage in Ungarn (DZA, Nr 1040/17)	
Südosteuropa			
25. 10. 1933	808	Bericht über eine Reise nach dem Südosten vom 13. 9. bis 10. 10. 1933	
25. 10. 1935	1572	Die Erzeugung und Ausfuhr der südosteuropäischen Länder und Deutschlands Einfuhr an Erzen und Metallen	
14. 11. 1935	1602	Maispreise in Rumänien und Jugoslawien	
28. 11. 1935	1628	Die Möglichkeit der Versorgung der italienischen Kunstseidenindustrie mit österreichischem Zellstoff und der weiteren Belieferung Österreichs und Ungarns mit italienischer Kunstseide (OW, in Nr 5255)	
30. 11. 1936	2147	Wirtschaftszahlen für Südosteuropa	
17. 12. 1936	2169	Wirtschaftsnachrichten Nr 51/1936: Kaufkraftentwicklung und Industrialisierung in den Balkanstaaten (OW, in Nr 445)	
10. 5. 1937	2358	Direkte und indirekte IG-Beteiligungen in Südosteuropa	
streng vertraulich			
25. 5. 1937	2373	Salzsäureproduzenten in Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Jugoslawien (LA, Nr 3856)	
24. 6. 1937	2444	Handelskammern und Industrieverbände: Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn	
17. 9. 1937	2577	Südosteuropa: Struktur des Außenhandels und dessen Industrie in Rumänien, Österreich, Jugoslawien, Ungarn (LA, Nr 3899-3902)	
	1938	2702	Ausfuhr Frankreichs von gefärbten Garnen und Geweben nach Südost-Europa
28. 2. 1938	2729	Die Clearing-Salden Deutschlands im Clearing-Verkehr mit südosteuropäischen Ländern	
28. 2. 1938	2731	Übersicht über die Entwicklung des Volkseinkommens in den südosteuropäischen Ländern	
Febr. 1938	2883	Struktur und Entwicklung der Wirtschaft im Donaauraum (LA, Nr 4044)	
28. 2. 1938	2884	Die Auslandsverschuldung im Donaauraum (DZA, Nr 838)	
5. 4. 1938	2797	Beteiligung österreichischer Banken an jugoslawischen Banken	
11. 4. 1938	2803	Dynamit Nobel, Bratislava, und Skoda-Wetzler, Wien, Standorte der Werke, Graphik nebst Verzeichnis der Werke (LA, Nr 4023)	
vertraulich			
2. 8. 1938	3037	Handelsverflechtungen Deutschlands und Großbritanniens mit den ost- und südosteuropäischen Ländern im Jahr 1937	
6. 10. 1938	3100	Bedeutung und wirtschaftlicher Einfluß der österreichischen Großbanken in Südosteuropa (LA, Nr 4211)	
12. 10. 1938	3108	Der Anteil der wichtigsten Industrieländer am Außenhandel Südosteuropas (WAH)	
15. 10. 1938	3107	Wirtschaftszahlen Südosteuropa (WAB)	
	1938	3107a	Der Großwirtschaftsraum Mittel- und Südosteuropa
28. 10. 1938	3136	Der tschechoslowakisch-rumänische Außenhandel und die Möglichkeit einer Umlagerung der rumänischen Bezüge aus der Tschechoslowakei auf Deutschland (LA, Nr 4231)	

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
9. 11. 1938	3163	Die Bedeutung der Aussig-Beteiligungen (ohne Sodainteressen) in Ost- und Südosteuropa (LA, Nr 4241)
25. 1. 1939	3263	Textilausfuhr Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei nach Jugoslawien
27. 1. 1939	3265	Wirtschaftsnachrichten Nr 4/1939: Deutschlands Versorgung mit Nichteisenmetallen unter besonderer Berücksichtigung der Versorgung aus Südosteuropa (OW, in Nr 447)
31. 1. 1939	3244	Die Entwicklung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewinnung wichtiger Nichteisenmetalle in Südosteuropa (DWI, Nr 40)
17. 2. 1939	3300	Deutschlands Leinsaat-Einfuhr aus Südosteuropa
23. 3. 1939	3254	Erzeugung und Außenhandel von Ölsaaten in Südosteuropa und im Nahen Osten
31. 3. 1939	3254a	Erzeugung und Außenhandel von Ölsaaten in Südosteuropa und im Nahen Osten (DWI, Nr 401)
31. 3. 1939	3254b	Erzeugung und Außenhandel von Ölsaaten in Südosteuropa und im Nahen Osten (LA, Nr 4272)
17. 5. 1939	3445	Schaubilder zur Entwicklung des Handels Deutschlands und seiner wichtigsten europäischen Konkurrenten in Mittel- und Südosteuropa seit Ende des Weltkrieges (OW, Nr A 4633)
Juli 1939	3494	Deutsche Einfuhrpreise für Weizen und Mais aus den Balkanländern im Vergleich zu den Weltmarktpreisen
31. 7. 1939	3591	Möglichkeiten einer intensiveren Handelsverflechtung mit den südosteuropäischen Ländern (WAB in Nr 13/25)
7. 8. 1939	3254c	Außenhandel der Balkanländer mit Ölsaaten, pflanzlichen Ölen und Ölkuchen (LA, Nr 4271)
4. 9. 1939	3633	Der deutsche Rohstoffbezug aus der UdSSR und Südosteuropa
13. 9. 1939	3637c	Die bisherige polnische Ausfuhr von wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten nach den südosteuropäischen Ländern
15. 9. 1939	3644	Ernährungswirtschaftliche Ausfuhren der südosteuropäischen Länder im Jahre 1938 nach Absatzmärkten
15. 9. 1939	3668	Die Entwicklung des Ölsaatenanbaues in Südosteuropa und Vorausschätzung der Ernteergebnisse 1939
6. 11. 1939	3720	Erzeugung und Außenhandel wichtiger Rohstoffe in Südosteuropa im Jahre 1938 (Tabellen)
23. 11. 1939	3645	Einfuhr Frankreichs aus den südosteuropäischen Staaten 1938 nach der französischen Statistik
14. 12. 1939	3741	Großdeutschlands Außenhandel mit Südosteuropa im Jahre 1938 (mengenmäßig und wertmäßig), Tabellen (DZA, Nr 670)
4. 1. 1940	g43 geheim (für OKW)	Übersicht über Förderung, Gewinnung, Ein- und Ausfuhr von Mineralien und Metallen im Jahr 1938 in Südosteuropa (Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland)
26. 1. 1940	3786 vertraulich	Der Außenhandel Bulgariens, Griechenlands, der Türkei und Irans nach Herkunfts- und Bestimmungsländern sowie der Außenhandel Deutschlands mit diesen Ländern (Tabellen)
11. 3. 1940	3849	Wirtschaftsnachrichten Nr 2/1940: Zur Lage der südosteuropäischen Währungen (DWI, Nr 276)
30. 4. 1940	3942	Deutschlands Außenhandel mit dem Südosten
3. 5. 1940	3948 vertraulich	Die Interessen des Bata-Konzerns unter besonderer Berücksichtigung der Chemieinteressen sowie der Beteiligungen in Südosteuropa (DWI, Nr 336)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
3. 5. 1940 vertraulich	3949	I.G.-Beteiligungswerke (ohne Preßburg-Gesellschaften in Südosteuropa)
10. 5. 1940 vertraulich	3952	Zahlen und Schaubilder zum Außenhandel Südosteuropas (WAH)
20. 5. 1940	3963	Italiens Handelsbeziehungen zu Südosteuropa und dem Orient (DZA, Nr 282)
8. 7. 1940 vertraulich	4049	Solvay und Prager Verein in Südosteuropa
8. 7. 1940	4053	Die Einfuhr Südosteuropas an Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1938 und der Anteil wichtiger Lieferländer
12. 7. 1940	4065	Ländernachrichten (Kriegsausgabe) 1940: Die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit den südosteuropäischen Staaten (OW, in Nr 5186)
31. 8. 1940 vertraulich	4049a	Solvay und Prager Verein in Südosteuropa (LA, Nr 4504)
24. 9. 1940	4153	Die Entwicklung des Reichsmarkdisagios in den südosteuropäischen Ländern
30. 10. 1940	4186	Die Reichsmark in Südosteuropa (DZA, Nr 414)
5. 11. 1940	4190	Zellstoff- und Zellwolle-Projekte in Südosteuropa
26. 11. 1940	4207	Wirtschaftsnachrichten Nr 10/1940: Die Reichsmark in Südosteuropa (DWI, in Nr 76)
4. 12. 1940	4157	Literaturnachweis über das Zeitungswesen Südosteuropas
11. 12. 1940 vertraulich	4177	Zellstoff- und Kunstfaserwerke in Südosteuropa (DWI, Nr 223)
21. 12. 1940 vertraulich	4229	Der italienische Kapitaleinfluß auf Finanz- und Wirtschaftsunternehmen in Südosteuropa (Manuskript) (DZA, Nr 292)
23. 12. 1940	4156	Wichtige Stellen und Persönlichkeiten im Pressewesen der Länder Südosteuropas
4. 2. 1941	4257	Liste größerer Sauerstoffwerke in Südosteuropa
15. 3. 1941 streng vertraulich	4317	Die Lieferfähigkeit Sowjetrußlands und Südosteuropas für Deutschland
24. 4. 1941 streng vertraulich	4345	Die Rizinuswirtschaft Deutschlands und die Entwicklung des Rizinusanbaues in Südosteuropa (DZA, Nr 419)
14. 5. 1941	4359	Die Beteiligungen deutscher Großbanken an Bankinstituten in Südosteuropa zu Beginn des Jahres 1941 (DZA, Nr 411)
20. 5. 1941	4366	Südostropa Handelsgesellschaft A.G., Berlin (Firmenbeschreibung) (DWI, Nr 297)
11. 7. 1941 vertraulich	4421	Südosteuropäische Schwefelsäure-Fabriken (DWI, Nr 250)
29. 1. 1942	4555	Wirtschaftszahlen Südosteuropa (Anlage 1 zum Exposé Dr. Ilgner) (DZA, in Nr 1758)
30. 1. 1942	4556	Die Vorkommen an Kohle und wichtigen Rohstoffen in Südosteuropa mit Standortkarte (Anlage 2 zum Exposé von Dr. Ilgner) (DZA, in Nr 1758)
30. 1. 1942	4557	Synoptische Übersichten mit Standortkarte, Chemische Industrie in Südosteuropa (Stand: Ende 1941) (Anlage 4 zum Exposé von Dr. Ilgner) (DZA, in Nr 1758)
30. 1. 1942	4558	Die Versorgung Südosteuropas mit wichtigen Erzeugnissen der chemischen Industrie im Jahre 1939 (ohne Slowakei) (Anlage 3 zum Exposé Dr. Ilgner) (DZA, in Nr 1758)

Datum der Fertigstellung	Nummer der Arbeitenliste	Land/Titel
17. 2. 1942	4570	Der Außenhandel Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens, Ungarns mit Rohkautschuk und den wichtigsten Gummiwaren, 1937–1939 (DZA, Nr 679)
29. 6. 1942	4660	Schweizer Südost-Beteiligungen (DWI, Nr 202)
11. 3. 1943	4827	Südostropa A.G., Berlin, Zweigniederlassungen in Südosteuropa (DWI, Nr 181)
27. 5. 1943	4889	Die Zellstoffindustrie in den südosteuropäischen Ländern (DZA, Nr 1040/34)
21. 11. 1943	4955	Erzeugung und Außenhandel der wichtigsten deutschen Einfuhrwaren aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn 1938 und teilweise 1942 (DZA, Nr 1040/8)
21. 3. 1944	4968	Die Bedeutung Südosteuropas in der Einfuhr Großdeutschlands im Kriege
31. 10. 1944	4968a	Die wichtigsten Warengruppen der Ausfuhr Großdeutschlands nach Südosteuropa 1939–1943 (Werte) (DZA, Nr 257)



## Autorenverzeichnis

- Berthold Rudolf*, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Thünen-Archivs der Universität Rostock und Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte.
- Czollek, Roswitha*, Dipl.-Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abt. Allgemeine Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Gebauer, Gertraude*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stadtarchiv Leipzig.
- Hoffmann, Hildegard*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Abt. Feudalismus am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Jonas, Wolfgang*, Dr. rer. oec. habil., Stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Koppelow, Ingrid*, Wissenschaftlicher Archivar, Staatsarchiv Schwerin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Mohrmann, Heinz*, Professor mit Lehrstuhl an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und Prorektor der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Pollard, Sidney*, Prof., Leiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte an der Universität Sheffield.
- Radandt, Hans*, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abt. Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Rózycka-Glassowa, Maria*, Dr., Institut für Geschichte der materiellen Kultur der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau.
- Schneider, Johannes*, Dr. phil. habil., Stellvertretender Direktor des Instituts für griechisch-römische Altertumskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Schröter, Alfred*, Dr. rer. oec. habil., Dozent an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Institut für Wirtschaftsgeschichte.

*Schulze, Willi*, Staatlich geprüfter Archivar, Stadtarchiv Quedlinburg.

*Seidl, Helmut*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Abt. Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Wagner, Hans*, Dr. rer. oec. habil., Lehrstuhl Imperialismus am Institut für Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

*Welskopf, Elisabeth Charlotte*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Zumpe, Lotte*, Dr. rer. oec., Leiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Imperialismus in Deutschland am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

# GERHARD BONDI

9. März 1911

3. Dezember 1966

Herbst 1928 Mitglied der Sozialistischen Studentenschaft in Wien. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Mitglied des Republikanischen Schutzbundes.

Herbst 1929 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1934 bis 1938 u. a. hauptamtlicher Parteisekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier; anschließend verantwortliche illegale Arbeit.

März 1939 bis August 1946 Funktionär der tschechoslowakischen Emigrationsgruppe in England.

Seitdem Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Welch gradliniges und bewegtes politisches Leben in den Jahren 1928 bis 1946! bis Gerhard Bondi endgültig in unserem Lande und unserer Arbeiterpartei eine Heimat fand.

Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften in:

Wien

Berlin

Nürnberg (1934 wegen „kommunistischer Umtriebe“ relegiert; Haftbefehl)

Prag (Promotion 1938)

In England

Bote

Karteiführer

Flüchtlingssekretär

Gehilfe eines Bücherrevisors

Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Britischen Handelsministerium

In der Deutschen Demokratischen Republik Hauptabteilungsleiter für Planung und Statistik der Zentralverwaltung für die Brennstoffindustrie, Stellvertretender Leiter und Leiter der Statistischen Zentralverwaltung

Dozent an der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna, später Babelsberg

Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle und Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte. Dekan, Prorektor, Rektor

Welch wechselreiches Berufsleben! bis Gerhard Bondi zur Wirtschaftsgeschichte und zur Martin-Luther-Universität Halle kam.

Seit 1939, seit jenen fernen Jahren in der englischen Emigration kenne ich meinen Kollegen, meinen Genossen, meinen Freund Gerhard Bondi. Bisweilen war er mein Schüler, und er machte mir auch die Freude, mich zum Betreuer seiner Habilitationsarbeit „Deutschlands Außenhandel 1815–1870“, dem Standardwerk zu dieser Thematik, zu wählen. Bisweilen war ich sein Schüler, insbesondere in Fragen der Statistischen Verwaltung.

Gerhard Bondi schrieb Gutachten über mehrere Bände meiner Geschichte der Lage der Arbeiter im 19. Jahrhundert, und ich war stolz, wenn er bemerkte, daß es mir gelungen sei, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte wirklich zu einem zu verschmelzen. Stolz, denn Gerhard Bondi war einer der wirklich umfassend gebildeten Gesellschaftswissenschaftler an unseren Universitäten und Forschungsstätten. Man konnte mit Genuß und Nutzen mit ihm streiten über Platon oder den Hallischen Pietismus, über englische Monopole um 1600 und deutsche Monopole um 1900, über die Zuverlässigkeit französischer Handelsstatistiken um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und die Ursachen der Dekadenz in der französischen Dichtung zur gleichen Zeit.

Ein guter Genosse war Gerhard Bondi, wohl vertraut mit den Lehren von Marx, Engels und Lenin, treu ergeben den großen Zielen unserer Bewegung und mutig im Festhalten an unseren Prinzipien dem Feind gegenüber – aufrichtig auch in der Diskussion mit den eigenen Genossen.

Und das machte ihn zu einem klugen, zuverlässigen und stets vertrauten Freund in guten wie schlechten Zeiten.

Von Anfang an hat Gerhard Bondi unserem Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte wärmstes Interesse entgegengebracht. Er war Mitglied unseres Beirats, und noch wenige Wochen vor seinem Tode erschien ein wichtiger Artikel aus seiner Hand. Wir konnten von ihm veröffentlichen:

Der Beitrag des Hallischen Pietismus zur Entwicklung des ökonomischen Denkens in Deutschland (Teil II/III 1964)

Zur Rolle natürlicher Faktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung (Teil IV/1964)

Die Weltwirtschaftskrise im Spiegel westdeutscher Geschichtsschreibung (Teil II/1965)

Zu einigen grundsätzlichen Fragen der Historiographie auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte (Teil II/1965)

Historische Betrachtung zum Problem Freihandel und Schutzzoll (Teil IV/1965)  
Zur Vorgeschichte der „kleindeutschen Lösung“ 1866–1871. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung (Teil II/1966)

An anderer Stelle werden seine Schüler von Gerhard Bondi dem Lehrer sprechen. An anderer Stelle werden andere Kollegen, Genossen und Freunde über Gerhard Bondi schreiben.

Je länger und je besser man Gerhard Bondi kannte, desto höher schätzte man ihn; je vertrauter man mit Gerhard Bondi wurde, desto mehr liebte man ihn.

Teil I/1967 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte enthält:

## MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

D. BAUDIS

Über Bildung und Tätigkeit einer deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe

H. MOHRMANN

Public Relations in Kuba. Eine Fehlrechnung für Washington und Rom

B. PUCHERT/H. HANDKE

Politische Gefangene des Naziregimes im Zuchthaus Brandenburg. Eine soziologische Untersuchung

H. RADANDT

Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

D. EICHHOLTZ

Zur Lage der deutschen Werktätigen im ersten Kriegsjahr 1939/40. Eine Studie über die staatsmonopolistische Kriegswirtschaft des deutschen Faschismus

B. ČERNÝ

Die Rolle der Agrarpartei in der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik zwischen den beiden Weltkriegen

H. KREISSIG

Hellenistische Grundbesitzverhältnisse im oströmischen Kleinasien

## DISKUSSIONEN

G. NARWELEIT/W. NEEF/W. STRENZ

Bemerkungen zum Wesen und Inhalt des geographischen Milieus

## BETRIEBSGESCHICHTE

R. BERTHOLD

Warum betreiben wir agrare Betriebsgeschichte ?

R. SCHRÖDER

Die Ausschußprotokolle der IG-Farben als Quelle zur Betriebsgeschichtsschreibung über die Zeit des Kapitalismus

## FORSCHUNGSBERICHTE

H. KREISSIG/H. FISCHER

Aufgaben und Probleme der Wirtschaftsgeschichte des Altertums in der DDR

## QUELLEN UND MATERIALIEN

F. PETRICK

Eine Untersuchung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in den Jahren von 1933 bis 1935

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

W. SCHULZE

Löhne und Preise 1800 bis 1850 nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg

## LITERATURKRITIK

J. KUCZYNSKI

Einige Überlegungen über Bürokratie und Personenkult anlässlich der Lektüre von Helen P. Liebel, Enlightened bureaucracy versus enlightened despotism in Baden, 1750–1792

J. KUCZYNSKI

Zur Dokumentation der Lage der Werktätigen am Ende der Industriellen Revolution in England: E. Royston Pike, Human Documents of the Industrial Revolution in Britain

G. VOGLER

Über den Sinn des Kampfes der Bauern im deutschen Bauernkrieg 1524 bis 1526. Bemerkungen zu Adolf Waas, Die Bauern im Kampf um Gerechtigkeit 1300–1525

D. LÖSCHE

Agrargeschichte oder Agrarverfassungsgeschichte? Einige Bemerkungen zu Friedrich Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert

## BIBLIOGRAPHIE

R. GÜNTHER

Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen der Berliner Bibliotheken (3. Fortsetzung)



„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

*Bisher sind erschienen:*

BÄNDE 1 bis 6, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1945 geben, und BÄNDE 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu den BÄNDE 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18. Die BÄNDE 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, die BÄNDE 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen die BÄNDE 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln, sowie die Bände 29 und 30 über die Lage der Arbeiter in den USA.

Im Verlaufe des Jahres 1967 erscheinen die BÄNDE 32 und 33 über die Lage der Arbeiter in Frankreich, die BÄNDE 31 und 34 (Studien- und Dokumentenbände zur Geschichte der Lage der Arbeiter in den USA wie in Frankreich), die BÄNDE 36 und 37, die die Weltlage der Arbeiter und die Theorie der Lage der Arbeiter behandeln, sowie BAND 19, der eine Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes gibt.

Die restlichen Bände werden 1968 erscheinen.

## Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus

Kuczynski gibt in seiner Geschichte der Lage der Arbeiter im Grunde eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika

### DIE GLIEDERUNG DES GESAMTWERKES

(Die mit Preis bezeichneten Bände liegen vor,  
die übrigen Bände erscheinen in unregelmäßigen Zeitabständen)

### TEIL I

Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart

- BAND 1 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849 (MDN 27,—)
- 2 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870 (MDN 28,—)
- 3 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900 (MDN 44,—)
- 4 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18 (MDN 40,—)
- 5 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 (MDN 23,—)
- 6 Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945 (MDN 31,50)
- 7a/7b Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945 (MDN 59,50)
- 8 Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter (MDN 11,—)
- 9 Bürgerliche und halbfeudale Literatur aus den Jahren 1840 bis 1847 zur Lage der Arbeiter — Eine Chrestomathie (MDN 16,—)
- 10 Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien (MDN 11,—)

- 11 Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1825 bis 1866 (MDN 16,—)
- 12 Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914 (MDN 16,—)
- 13 Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien (MDN 16,—)
- 14 Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (MDN 27,50)
- 15 Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945 (MDN 21,—)
- 16 Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945 (MDN 26,—)
- 17 Zur westdeutschen Historiographie  
Schöne Literatur und Gesellschaft im 20. Jahrhundert und andere Studien (MDN 19,20)
- 18 Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (MDN 35,—)
- 19/20 Dokumente und Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch des Faschismus (*in Vorbereitung*)
- 21 Register zu Band 1 bis 20 (*in Vorbereitung*)

## TEIL II

### Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich

- BAND 22 Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1640 bis 1760 (MDN 24,50)
- 23 Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832 (MDN 19,80)
- 24 Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900 (MDN 23,—)
- 25 Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart (MDN 24,70)
- 26 Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien (MDN 28,—)

- 27 Die Geschichte der Lage der Arbeiter im englischen Kolonialreich  
 a) Die englischen Kolonien  
 b) Die alten englischen Dominions (beide Teile MDN 44,-)
- 28 Die Lage der Arbeiter in der Baumwollindustrie Shanghais, insbesondere in den englischen Fabriken (MDN 21,80)
- 29 Die Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1775 bis 1897 (MDN 27,30)
- 30 Darstellung der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1898 (MDN 32,-)

*In Vorbereitung befinden sich noch:*

- 31 Dokumente und Studien zu den Bänden 29 und 30  
 Studien zur Sozialgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika
- 32 Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1830
- 33 Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1830
- 34 Dokumente und Studien zu den Bänden 32 und 33  
 Geschichte der Politischen Ökonomie in Frankreich und andere Studien
- 35 Register zu Band 22 bis 34

### TEIL III

#### Zusammenfassung

- 36 Die Theorie der Lage der Arbeiter
- 37 Eine Weltübersicht über die Lage der Arbeiter
- 38 Gesamtbibliographie

Die Bände erscheinen im Format 16,7 × 24 cm und sind in braunem Ganzleinen gebunden und mit Schutzumschlag versehen.

*Bestellungen bzw. Vorbestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*

